

LEVEL  
ONE

21. JAHRGANG / NR. 1

1. VIERTELJAHR 1933

# DIE EICHE

**VIERTELJAHRSSCHRIFT  
FÜR FREUNDSCHAFTSARBEIT  
DER KIRCHEN**

IN VERBINDUNG MIT  
**YNGVE BRILIOTH u. ADOLF KELLER**  
HERAUSGEGEBEN VON  
**F. SIEGMUND-SCHULTZE**



**LEOPOLD KLOTZ VERLAG / GOTHA**



# INHALTSVERZEICHNIS

## ARTIKEL

Rundschau. Vom Herausgeber . . . . .	1
Die Probleme der internationalen Zusammenarbeit in Europa. Von Reichsaußenminister a. D. Dr. Julius Curtius (Berlin) . . . . .	19
Die europäische Zentralstelle für kirchliche Hilfsaktionen. Von Prof. D. Dr. Adolf Keller (Genf) . . . . .	28
Fragen und Aufgaben der ökumenischen Bewegung. Von Prof. Dr. Martin Dibelius (Heidelberg) . . . . .	41
Nathan Söderbloms schriftstellerisches Werk. Versuch eines Überblicks. Von Pfarrer Peter Katz (Hechingen, Hohenzollern) . . . . .	49
Bericht über die Tagung des Deutschen Ausschusses für Glaube und Verfassung der Kirchen in Königsfeld. Von Pfarrer Lic. René Wallau (Frankfurt a. M.) . . . . .	56
Eindrücke über das Bildungswesen in Rußland. Von Studienrätin Marie Sturm (Hartha, Niedergersdorf) . . . . .	72

## CHRONIK

### I. Ökumenisch-Soziales:

Aus der Tätigkeit des Internationalen Arbeitsamtes. Von Oberregierungsrat Dr. Willy Donau (Berlin) . . . . .	76
Vierte Internationale Settlementskonferenz . . . . .	78
Der Internationale Missionsrat (Abt. für soziale und wirtschaftliche Forschung und Beratung). Von Dr. Otto Iserland (Genf) . . . . .	79

### II. Wege zur Einheit der Kirche Christi:

Tagung des Deutschen Ausschusses für Glaube und Verfassung in Königsfeld. Von Prof. Dr. Martin Dibelius (Heidelberg) . . . . .	80
Die Studienkonferenz von Faith and Order in England (High Leigh). Von D. J. V. Macmillan, Bischof von Dover (Dover) . . . . .	81

Tagung der französischen Freunde von Lausanne. Von Prof. Dr. Martin Dibelius . . . . .	82
Eine Aussprache von Anglikanern und schottischen Presbyterianern über die Kircheneinigung . . . . .	83
Botschaft des Deutschen Evangelischen Kirchenbundes an die Kirche Schwedens . . . . .	83
Die Jahrhundertfeier des Gustav Adolf-Vereins. Von Pfarrer Lic. Richard Schlier (Leipzig) . . . . .	85
Am Rande des Balkans. Reiseeindrücke aus Jugoslawien. Von D. Gerhard Füllkrug (Berlin) . . . . .	86
Die Waldenser Synode . . . . .	90

### III. Aus dem Weltbund:

Die Abrüstungsaktion der Britischen Kirchen . . . . .	90
Brief der Deutschen Vereinigung des Weltbundes an die Britische . . . . .	97
Der Bischof von Ripon zur Abrüstungsfrage . . . . .	97
Rundschreiben zum Friedenssonntag in der Ephorie Wittenberg. Von Pfarrer Karl Müller (Apollensdorf) . . . . .	98
Friedenssonntag in Karlsruhe . . . . .	99
Ein deutscher Student als Gast einer Kirche in Amerika. Von stud. theol. Joachim Kanitz (Berlin) . . . . .	99

### IV. Christentum und Frieden:

Aus einer Predigt des chinesischen Bischofs Song . . . . .	101
Zwei politische Gottesdienste der französisch. Protestanten . . . . .	102
La Luce über Abrüstung und Friedensgeist . . . . .	102

### V. Aus verwandten Bewegungen:

Die Königsfelder Konferenz der Evangelisch-christlichen Einheit. Von Pfarrer Dr. Franz Preger (Kassel) . . . . .	103
Die Reichstagung der „Freunde der Christlichen Welt“. Von Pfarrer Carl Onnasch (Görlitz) . . . . .	104
Zehn Friedensgebote. Von Flora Spiegelberg . . . . .	106

### VI. Bücherbesprechungen . . . . .

## Ihre Mitarbeit haben zugesagt:

Prof. Dr. H. Alivisatos (Athen), Bischof D. Dr. Elvind Berggrav (Tromsö), Dr. Kurt Böhme (Berlin), Pfarrer R. Bornand (Moudon, Schweiz), Prof. D. Karl Bornhausen (Breslau), Studienrat D. W. Classen (Hamburg), Prof. Dr. J. A. Cramer (Utrecht), Oberkonsist.-Präsident a. D. Dr. Fr. Curtius (Heidelberg), Geh. Kons.-Rat Prof. D. A. Deißmann (Berlin), Lord Dickinson (London), Rev. H. W. Fox (London), Pastor G. Fritze (Köln), Erzbischof Germanos, Metropolit von Thyatira (London), Prof. D. Goeters (Bonn), Pfarrer V. H. Günther (Oslo), Lic. Dr. Hans Hartmann (Berlin), Prof. D. Hermellink (Marburg), Prof. Dr. Hermann Hoffmann (Breslau), Wenzel Holek (Berlin), Pfarrer R. Honigberger (Bukarest), Propst K. Irbe (Riga), Bischof Irenäus (Novi-Sad), H. W. Jannasch (Goldberg, Schlesien), Pastor J. Jézéquel (Paris), Pfarrer R. Jordan (Wachow, Westhavelland), Missions-Direktor D. S. Knak (Berlin), Dr. Walther Koch (Saarbrücken), Prof. D. A. Lang (Halle a. S.), Lic. Olga Lau-Tugemann (Wien), Lic. J. F. Laun (Okarben), Renate Lepsius (Berlin-Ost), Pastor P. Ludwig (Chicago), Prediger Theophil Mann (Frankfurt), Pfarrer H. Maas (Heidelberg), Prof. Wilfred Monod (Paris), Eduard de Neufville (Blonay, Schweiz), Rev. Thomas Nightingale (London), Kons.-Rat Pastor E. Ohly (Stockholm), Bischof Paissij (Bukarest), Dr. Alfred Peter (Berlin), Herbert Petrick (Berlin), Franz Pletl-Pletelius (Stockholm), Bischof D. Poelchau (Riga), Priv. Doz. Pastor A. de Quervain (Wuppertal), Prof. D. M. Rade (Oberursel, Taunus), Rev. D. D. Alexander Ramsay (London), Prof. D. Dr. J. Richter (Berlin), Lic. Dr. F. Rittelmeyer (Stuttgart), Dr. Elisabeth Rotten (Dresden), Dr. Alice Salomon (Berlin), Pfarrer Lic. Schlier (Leipzig), Pfarrer G. E. Schmidt (Gablonz, Böhmen), Pastor Th. Schmidt (Niesky), Prälat D. J. Schoell (Stuttgart), Prof. Dr. Schomerus (Kiel), Pfarrer D. E. Schubert (Berlin), Archimandrit J. Scriban (Bukarest), Pastor Paul Le Seur (Eisenach), Reichsgerichtspräsident i. R. D. Dr. W. Simons (Berlin), Pastor S. Sirenus (Helsingfors), Präsident D. F. A. Spiecker (Berlin), Prof. Lic. E. Staehelin (Basel), Dozent Dr. Ed. Tennumann (Dorpat), Prof. D. Titius (Berlin), Präsident D. Wehrenfennig (Gablonz a. N.), Pastor J. C. Wissing (Vught), Stud.-Dir. Dr. H. Witte (Schleusingen), Prof. Dr. F. Žilka (Prag).



# DIE EICHE

VIERTELJAHRSSCHRIFT  
FÜR FREUNDSCHAFTSARBEIT DER KIRCHEN

21. Jahrgang Nr. 1.

1. Vierteljahr 1933

## Rundschau.

Vom Herausgeber.

### Ökumenische Konzentration.

Die „Eiche“ dient nun länger als zwei Jahrzehnte der ökumenischen Sache, und zwar hat sie immer versucht, allen ihren Zweigen zu dienen. Sie hat das Werden der nationalen Kirchenbünde und der Konfessionsgemeinschaften verfolgt; sie hat die Weltbünde der Jugend und der Mission, soweit sie vermochte, zu fördern gesucht; sie hat vor allem den drei großen Bewegungen kirchlicher Einigung, die im besonderen Sinn als „ökumenische Bewegung“ gelten, dem Weltbund für Freundschaftsarbeit der Kirchen und den Bünden von Stockholm und Lausanne, zu dienen gesucht. Als die „Eiche“ entstand, bestand keines dieser Werke. Die „Eiche“ versuchte zusammen mit kleinen Freundesgruppen, aus den Anfängen deutsch-britisch-amerikanischer Freundschaftsbeziehungen den Weltbund erstehen zu lassen. Als er begründet wurde, war er durchaus nicht auf internationale Friedensarbeit beschränkt. Die Gemeinschaft der Christen, die Freundschaft der Kirchen, war Grundlage und Ziel der Arbeit. Aus einer engeren Gemeinschaft der Christen, aus einem tieferen Verständnis der Kirchen für einander sollte Friede als eine Frucht des Geistes erwachsen. Sozialpolitik der Nächstenliebe sollte ein Teil jener „Freundschaftsarbeit“ sein. Erst später, zur Zeit der Stockholmer Vorbereitungen, spezialisierte sich der Weltbund stärker auf die internationalen Friedensfragen. Aber gerade deshalb setzte sich die „Eiche“ mit allen Kräften für die ergänzende und weiterführende Arbeit von Stockholm ein. Als das Stockholmer Kirchenkonzil zusammentrat, erkannten die führenden Geister der Konferenz, daß auch der weitere Schritt einer Verständigung über Glaube und Verfassung der Kirchen getan werden mußte. Die „Eiche“ hat von Anfang an diese schwerste Frage einer Einigung der Kirche Christi mit ins Auge gefaßt und sich für die Bestrebungen, die zu Lausanne führten, in deutscher kritischer, aber positiver Mitarbeit eingesetzt.

So ist es für diese Zeitschrift immer natürlich gewesen, daß alles geschehen müsse, um die verschiedenen Zweige der ökumenischen Bewegung zusammenzubringen. Wenn es in der Praxis selbst nicht stärker zu einer Einigung gekommen ist und wenn auch die „Eiche“ bisher nicht stärker für ein organisatorisches Zusammenwachsen aller drei Bewegungen eingetreten ist, so lagen dafür taktische Gründe vor, die zum Teil noch heute gelten. Es



ist eine Erfahrung, die wir in der Kirchengeschichte aller Zeiten machen können, daß die Anfänge eines Neuen, das kommen soll, zunächst unter verschiedenen Formen auftreten. Es ist unmöglich, diese Anfänge sofort auf einen Punkt zu konzentrieren, ja es würde der Vielgestaltigkeit und Wirksamkeit einer Bewegung schädlich sein, wenn von vornherein eine solche Konzentration versucht würde. So nahe es dem Herausgeber der „Eiche“ gelegen hätte, die verschiedenen Ursprünge der von ihr vertretenen Sache in eins zu schauen, so mußte er doch, um der Sache willen, die Zeit abwarten, in der sie von selbst zusammenwüchsen. Es war ohnehin vorauszusehen, daß die jüngere Generation etwas stärker die Gemeinsamkeit der verschiedenen Bestrebungen erkennen würde. Auch wuchs aus der ökumenischen Bewegung der Jugend, wie sie sich in der christlichen Studentenbewegung und in den Jungmänner- und Jungfrauenbünden gesammelt hatte, ständig der eigentlichen kirchlichen Einigungsbewegung ein neuer Menschenstrom zu, der für alle Zweige der ökumenischen Bewegung ein gewisses Verständnis mitbrachte. Auf's Ganze gesehen darf man sagen, daß die jüngere Generation, trotz der nationalistischen und denominationalistischen Reaktion, die wir in unseren Tagen beobachten, sich in fortschreitendem Maße der ökumenischen Sache zuwendet. Trotz aller Krisis ökumenischer Zusammenarbeit gilt heute der Satz: Die Not der Zeit kann die Christen, vollends dann, wenn die Feindschaft gegen das Christentum in der Welt noch zunehmen sollte, nur stärker zusammenführen. Die notwendige Sammlung der Christenheit unserer Zeit wird sich auch in einer Konzentration der ökumenischen Bewegung zeigen.

Es sind diese Fragen, und zwar nach ihrer organisatorischen Seite hin, die uns in den nächsten Heften dieser Zeitschrift weiter beschäftigen werden. Vor uns stehen allerlei Entscheidungen, so zum Beispiel die wegen der Abhaltung einer zweiten Konferenz sowohl der Stockholmer wie der Lausanner Bewegung. Da ist es die Pflicht aller Mitarbeiter der ökumenischen Sache, sich zu fragen, wie Kräfte gespart, wirksamer eingesetzt und zu einem gemeinsamen Ziel geführt werden können. Nicht zuletzt haben die Zeitschriften der ökumenischen Bewegung eine solche Verpflichtung. Die „Eiche“ hat zwar, wie schon gesagt wurde, stets die verschiedenen Aufgaben zu vereinigen gesucht. Die gewisse Hochflut der ökumenischen Interessen, die nach der Stockholmer Konferenz einsetzte, hat es aber mit sich gebracht, daß andere Zeitschriften in Deutschland für sich bestimmte Aufgaben der ökumenischen Bewegung in Anspruch nahmen. Nachdem es sich als unmöglich erwiesen hat, die Zeitschrift „Stockholm“ fortzuführen, und auch in anderer Hinsicht Veränderungen eingetreten sind, haben wir uns entschlossen, die „Eiche“ noch deutlicher als bisher als deutschsprachiges Gesamtorgan der ökumenischen Sache herauszuarbeiten. Uns wird hierfür von den in Betracht kommenden Zentralstellen freundlichste Unterstützung gewährt. Unsere enge Zusammenarbeit mit den Generalsekretariaten der drei Bewegungen wird es uns ermöglichen, die neuesten Entwicklungen zu verfolgen. Zwei Persönlichkeiten, die in ganz besonderem Maße mit dem Werk von Stockholm und Lausanne verbunden sind, werden mich bei dieser Aufgabe unterstützen: Professor D. Adolf Keller, der sich stärker als bisher den literarischen Aufgaben der Stockholmer Bewegung widmen will, und Professor D. Yngve



Brilioth, der Dekan der theologischen Fakultät von Lund, der sich in literarischer und organisatorischer Arbeit in ganz besonderem Maße für die Ziele von Lausanne eingesetzt hat. Auf diese Weise werden ein Schweizer Reformierter und ein schwedischer Lutheraner zugleich der Tatsache Ausdruck geben, daß die „Eiche“ in der Schweiz und in den skandinavischen Ländern von Lutheranern wie von Reformierten gelesen wird. Wir hoffen auch, daß unsere Freunde in diesen und in anderen Ländern dazu beitragen werden, daß sich der Leserkreis vergrößert. Die „Eiche“ ist in den zwei Jahrzehnten ihres Bestehens durch gute und durch böse Zeiten gegangen. Im ganzen aber hat sie doch nicht nur für die Sache, sondern auch um ihre Existenz schwer ringen müssen. Das ist vielen Freunden unserer Sache, besonders auch den Ausländern, nie recht zum Bewußtsein gekommen. Ein Grund für dies allzu gute Zutrauen, das die „Eiche“ genießt, liegt wohl darin, daß das geistige Echo der „Eiche“ im Ausland stets so groß gewesen ist. Es gilt wohl heute ebenso wie vor zehn Jahren, daß keine deutsche Zeitschrift im Ausland mehr zitiert wird als die „Eiche“. Um so seltsamer mutet es uns an, daß wir selbst aus finanziellen und anderen Gründen solche Mühe haben, unseren Freunden im Inland und Ausland den Dienst der Wegweisung und Berichterstattung zu leisten, der uns seit zwei Jahrzehnten obliegt. Wir erwarten von den Freunden der ökumenischen Sache, daß sie der „Eiche“ den Gegendienst leisten, der zugleich ein Dienst an der ökumenischen Sache ist: Leser zu werben, die mit Verständnis der Entwicklung der Arbeit folgen können.

### **Zur allgemeinen Lage.**

An dieser Stelle ist oft darauf hingewiesen worden, in wie starkem Maße die ökumenische Sache von der allgemeinen Weltlage abhängig gewesen ist. Es ist auch wiederholt von uns anerkannt worden, daß sich in dieser Abhängigkeit von weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Saison- und Konjunktüreinflüssen die Schwäche der ökumenischen Bewegung gezeigt hat. Das, was wir wollen, ist völlig unabhängig von dem guten oder schlechten Wetter der Politik oder von den guten und bösen Zeiten der Wirtschaft. Die allgemeine Nötigung wie auch die persönliche Berufung zur ökumenischen Arbeit ist von allen politischen und ökonomischen Fragen unabhängig. Unsere praktischen Aufgaben hängen zwar vielfach mit den Fragen der Weltwirtschaft und der Weltpolitik zusammen. Aber das innerste Motiv liegt tiefer und ist infolgedessen auch von den Stürmen des Wirtschaftslebens und der Politik nicht zu erschüttern. Nur die unechten Freunde verlassen das Schiff in schweren Zeiten.

Damit ist schon ausgesprochen, daß wir die allgemeine politische und ökonomische Lage nach wie vor als schwer und ungeklärt ansehen. Auch wenn erste Symptome einer Besserung der wirtschaftlichen Lage seit den Vereinbarungen von Lausanne in Deutschland wenigstens vorliegen, so sind dieselben doch so zart, daß man noch nicht von einer deutlichen Wendung reden kann. Im amerikanischen Wirtschaftsleben ist der Tiefpunkt noch kaum erreicht. Auch in England ist die ungünstige Entwicklung noch nicht zu einem Stillstand gekommen, während in Frankreich sich gerade erst die ersten Anzeichen einer Krisis gezeigt haben. Wie stark all die Schwierig-



keiten anderer Länder noch auf Deutschland zurückwirken werden, ist nicht abzusehen. Deutschland aber und Österreich als die Länder, die durch die vergangenen achtzehn Jahre in so furchtbarer Weise erschöpft sind, müssen die Fortsetzung einer Wirtschaftskrisis am allerschwersten ertragen. Wenn diese Zeitschrift herauskommt, wird man wieder sechs Millionen Arbeitslose in Deutschland zählen; in Wahrheit ist die Zahl viel größer, da Unzählige, die keine Erwerbslosenhilfe irgendwelcher Art mehr erhalten, nicht mehr stempeln gehen und infolgedessen von der Statistik nicht erfaßt werden. Vor allem aber ist die Arbeitslosigkeit großer Massen im dritten und gar im vierten und fünften Jahr etwas ganz anderes als Arbeitslosigkeit im ersten oder zweiten Jahr. Alle diese Menschen, die nun in Deutschland schon seit vielen Jahren arbeitslos sind, sind allmählich in einen Zustand des Hungers, der Sorge und der geistigen und seelischen Not geraten, der die ganze Furchtbarkeit der Krisis erst offenbart. Es ist völlig ausgeschlossen, daß sich die Völker auf einen Dauerzustand der Arbeitslosigkeit der großstädtischen Industriearbeiter einrichten. Das mag auf dem Lande möglich sein, zur Not auch in kleinen Städten, nicht aber in den Riesenstädten der modernen Welt. Eine Gesellschaft, die den Massen ihrer Arbeiterschaft nicht Arbeit verschafft, geht zugrunde, vielleicht nicht in einem Jahr, fünf, aber in einem oder zwei Jahrzehnten. Infolgedessen hat, da ja die Lösung nicht von einem Lande allein ausgehen kann, die Weltwirtschaftskonferenz ungeheure Aufgaben, an denen die Christenheit interessiert sein muß. Für das Christentum kann es nicht gleichgültig sein, ob die in den sogenannten christlichen Ländern herrschende Wirtschaftsordnung zum Untergang der Menschheit, vor allem auch zu ihrer seelischen Ertötung führt.

In politischer Hinsicht ist die Krisis in gleicher Weise entscheidungsschwer. Die Völker der Erde haben in den vergangenen Jahren den Schritt versäumt, der der wichtigste Schritt zu wahren Frieden gewesen wäre: die allgemeine Abrüstung. Keine Zukunft wird das Urteil ändern, daß auf Grund der unmöglichen Festsetzungen von Versailles und der anderen Verträge die Siegermächte einen militärischen Bestand aufrechterhalten mußten, der sich allen Versprechungen einer allgemeinen Abrüstung entgegenstellte. Die furchtbaren Folgen, die dadurch für Europa eingetreten sind, vor allem die Steigerung des gegenseitigen Mißtrauens und das Wachsen der nationalistischen Bewegungen in den meisten Ländern, zumal in den Ländern Mittel- und Osteuropas, sind vor aller Augen. Es ist heute schwerer, als es vor drei, vier oder fünf Jahren gewesen wäre, das Ziel einer Entwaffnung der Geister und der Völker durchzuführen. Wenn nicht die einsichtigeren Staatsmänner der europäischen Länder heute erkannten, daß wirklich das Leben der Völker an der Durchführung der Abrüstung hängt, wäre die Lage als trostlos zu bezeichnen. Aber unter der Führung einiger in ihrem Glauben wurzelnder Staatsmänner wird auch heute wieder ein Schritt zur Überwindung der entgegenstehenden Hindernisse getan. Natürlich kommt nach wie vor alles darauf an, daß die Völker, die abgerüstet sind, die Geduld behalten und von allen verantwortlichen Stellen, auch von den Kirchen, im Willen zum Frieden gestärkt werden.

Im Ausland wird der Regierungswechsel, der sich jetzt in Deutschland vollzogen hat, vielfach als ein Versiegen der Geduld aufgefaßt werden. Man



hat zwar vor zwei Monaten in Frankreich und in Amerika die Regierung Schleicher als die größte Gefahr, als die Machtergreifung des „starken Mannes“ hingestellt, der nie weichen würde, und müßte dementsprechend die jetzige Kombination als eine Rückkehr zu verfassungsmäßigen Zuständen ansehen. Statt dessen ist in Frankreich und Polen geradezu eine Panik entstanden. Wir raten, sich vorläufig an die in der internationalen Politik oft angewendete Zeichensprache zu halten, daß nämlich im neuen Reichskabinet der Außenminister derselbe geblieben ist. Mit andern Worten: es ist jetzt keine Änderung der Außenpolitik beabsichtigt. Natürlich kann der Außenminister, der die Formel der Fünf für ausreichend hielt, um Deutschlands Wiedereintritt in die Abrüstungskonferenz zu erklären, in Sachen der Abrüstung seine Zusagen nicht zurückziehen, solange die Zugeständnisse der andern Seite eingehalten werden. Aber auch die Äußerungen des neuen Kanzlers zur Abrüstungsfrage sind denkbar positiv. Die Gleichberechtigung Deutschlands freilich ist nicht mehr zu verhindern.

### Die Stellung der Kirchen zur Abrüstung.

Sind die kirchlichen Kreise der Länder auf das Abrüstungsziel gerichtet? Sind speziell die Kreise, die mit dem Weltbund für Freundschaftsarbeit der Kirchen zusammenhängen, in ihrem Eintreten für eine baldige, allgemeine, gleichmäßige Abrüstung entschieden?

Wir können diese Frage in weitgehendem Maße bejahen. Wir bringen in einem folgenden Abschnitt der Rundschau hierfür Beweise aus den Vereinigten Staaten. Wir kommen hernach auf England zu sprechen, für das die Antwort am positivsten lauten kann. Wir können gewisse Fortschritte auch in Frankreich feststellen.

Natürlich hängt in Frankreich auch in kirchlichen Kreisen alles nach wie vor an der Sicherheitsfrage. Wir haben im Herbstheft der „Eiche“ im Anschluß an die Stellungnahme des Weltbundkomitees zu zeigen gesucht, daß es nötig sein wird, dem französischen Empfinden, das durch die bösen Taten von Versailles belastet ist, in der Frage der Sicherheit einen Schritt entgegenzukommen, wobei es sich freilich immer nur um eine gleiche Sicherheit für alle handeln kann. Andererseits — so zeigten wir — beginnt man in den entsprechenden französischen Kreisen zu erkennen, daß die deutsche Forderung der Gleichberechtigung erfüllt werden muß. Auch wenn die Fortschritte langsam sind, sind sie doch vorhanden, wie die folgende Stellungnahme der französischen Weltbundvereinigung zeigt.

Jules Jézéquel, der Generalsekretär der französischen Weltbundvereinigung, vertritt in einem Artikel, der unter der Überschrift „Sicherheit und Abrüstung“ in der Zeitschrift der Französischen Vereinigung des Weltbundes erscheint <sup>1)</sup>, die Meinung, daß eine allgemeine, gleichzeitige, kontrollierte Abrüstung kommen müsse, und zwar unter Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung. Die Begründung ist so charakteristisch, daß ich den Passus des Artikels, der sich mit Deutschland beschäftigt, hierher setze, wobei ich mein Bedauern ausspreche, daß der Generalsekretär der französischen Welt-

1) Vgl. L'Amitié internationale, 10. Jahrgang Nr. 2—3 vom Dezember 1932, S. 5 und 6.



bundvereinigung in einem Punkte nicht besser informiert ist, nämlich in bezug auf das, was „die gegenwärtigen Führer Deutschlands ... unter Gleichheit verstehen“. Reichskanzler und Außenminister haben sich stets in dem Sinne ausgesprochen, daß es sich um eine Gleichheit der Abrüstung, nicht der Aufrüstung handeln solle. Das Memorandum, das seiner Zeit als Aufrüstungsforderung verstanden werden konnte und von uns hier wie an anderen Stellen in diesem Punkte sogleich aufs schärfste bekämpft worden ist, ist ausdrücklich von allen maßgebenden deutschen Stellen anders interpretiert, jedenfalls als Aufrüstungsforderung dementiert worden. Es ist in allen offiziellen Äußerungen nur Gleichheit in der Abrüstung gefordert worden.

Nachdem Jézéquel die Hinauszögerung der Abrüstung mit den Interessen der Rüstungsfabrikanten erklärt hat, fährt er fort:

Aber das Hinauszögern der Abrüstung läßt sich nicht nur mit ihren Argumenten erklären, es gibt tiefer liegende Gründe, zum Beispiel die Haltung Deutschlands. Deutschland hat sich daran gemacht, leidenschaftlich die Gleichberechtigung in der Rüstungsfrage zu fordern. Die Forderung hat, wie man sagt, eine lang nachhallende Erregung hervorgerufen. Alles wohl erwogen, hat man zugeben müssen, daß die Haltung Deutschlands nicht ganz ungerechtfertigt ist. Der Vertrag von Versailles hat ihm die Abrüstung auferlegt, aber zugleich feierlich bekundet, daß diese Maßnahme den Zweck habe, eine allgemeine Abrüstung vorzubereiten. Da diese nicht kommt, hat Deutschland, nachdem es mehr als dreizehn Jahre gewartet hat, zu verstehen gegeben, daß es des Wartens müde sei. Es hat dies in brutaler, ungeschickter Weise getan, was aber das Berechtigte an seiner Forderung nicht entkräftet. Es ist unzulässig, daß es auf unbestimmte Zeit innerhalb desselben Völkerbundes Nationen gibt, die in der Rüstungsfrage souverän, und andere, die es nicht sind.

Aber es handelt sich nicht um eine Wahl zwischen Gleichheit und Ungleichheit. Die Gleichheit ist unausweichlich. Leider weiß man, was Deutschland oder genauer die gegenwärtigen Führer Deutschlands, deren Position durch die letzten Wahlen sehr gestärkt zu sein scheint, unter Gleichheit verstehen. Für sie ist es die Freiheit, nach Belieben zu rüsten. Ihnen diese Absicht zuschreiben heißt nicht sie verdächtigen; es heißt sie als die erkennen, als die sie selbst sich zu erkennen geben. Es sind Menschen, die im Kriege eine Notwendigkeit sehen, die ihn für die Entwicklung der Menschheit, ja selbst für ihre Ehre als notwendig erachten. Er ist für sie das legitime und einzige Mittel, Konflikte zwischen Völkern zu lösen. Sie verbergen ihre Anschauung nicht: für sie ist Gleichheit das Recht wiederaufzurüsten. Darf man ihnen dann diese Gleichheit zubilligen?

Ja, weil die Gerechtigkeit es fordert und nichts gelten darf gegen die Gerechtigkeit. Und auch deshalb, weil sie sich dieses Recht nehmen werden, wenn man es ihnen nicht gewährt. Welche Völker werden denn Deutschland den Krieg erklären, um es an der Wiederaufrüstung zu verhindern? Und dann wäre das ja schon der Krieg, d. h. die Katastrophe, der man aus dem Wege gehen wollte. Andererseits, Deutschland freie Hand lassen, hieße zurückweichen, um einen besseren Anlauf zum Sprunge zu geben. Denn, wenn Deutschland aufrüstet, werden alle anderen Völker aufrüsten, und wir wissen, wohin dieser Rüstungswettlauf führt.

Es gibt nur eine mögliche Lösung: die allgemeine, gleichzeitige, kontrollierte



Abrüstung, die Deutschland verhindert wiederaufzurüsten, indem sie zwischen den Nationen die allein wünschenswerte Gleichheit aufrichtet. Es gibt keinen anderen Weg zur Rettung.

Auch wenn uns die Begründung des französischen Eintretens für Abrüstung und deutsche Gleichberechtigung noch nicht recht gefallen will, ist doch der Fortschritt offensichtlich.

Den britischen Kirchen ist die Sache der Abrüstung ein tiefstes Anliegen geworden, ein tiefstes Anliegen ihres Christentums, obwohl ihnen das ja mancher deutsche Theologe verbieten möchte.

Wir könnten viele Aktionen der britischen Kirchen nennen, die das zeigen. Wir verweisen auf die Dokumente, die wir im Chronikteil dieser Zeitschrift veröffentlichen. Wir erinnern auch an die freundliche Aufnahme deutscher Äußerungen zur Gleichberechtigungsfrage in der englischen Presse, so an das bedeutsame Echo, das der Appell des Markgrafen Berthold von Baden im Manchester Guardian vom 13. Oktober 1932 gefunden hat. Wir erinnern auch an Versammlungen wie die der britischen Völkerbundliga, die unter Lord Robert Cecil's Vorsitz im November in der Albert Hall stattgefunden hat. Die Reden, die er und Erzbischof Temple dort gehalten haben, sprechen vielleicht zu hoffnungsvoll von einer Veränderung der Aussichten der Abrüstungskonferenz. Aber wir sollen ja in der nächsten Zeit sehen, ob ihr Optimismus begründet war. Und solche Reden wie die von Sir Stafford Cripps und Mr. Beverley Nichols zeigen, daß die absolute Geltung der Forderung einer allgemeinen, gleichmäßigen Abrüstung den britischen Christen heute zum Bewußtsein kommt. Aber die Bedeutung aller dieser Kundgebungen wird übertroffen von einer kirchlichen Aktion, die als ein wichtigstes Ereignis der Politik in die Geschichte eingehen wird. Es handelt sich um die Entsendung einer kirchlichen Delegation zu der Regierung, über die ja in allen Zeitungen der Welt berichtet worden ist. Wir geben den ausführlichen Bericht der Times, der als ein offizieller Bericht angesehen werden kann, in dem Chronikteil dieses Heftes im vollen Wortlaut<sup>1)</sup>. Wir danken der britischen Weltbundvereinigung für die Energie, mit der sie diesen Schritt in die Wege geleitet und durchgeführt hat. Neben den Erzbischöfen von Canterbury und York und anderen Führern ökumenischer Arbeit in England wie den Bischöfen von Chichester und Lichfield haben alle Funktionäre der britischen Weltbundvereinigung an der feierlichen Gelegenheit teilgenommen. Der Präsident des Gesamtweltbundes, Lord Dickson, der frühere und der jetzige Präsident der britischen Weltbundvereinigung, der Bischof von Ripon und der Master of Selwyn College, der Vorsitzende des britischen Arbeitsausschusses Dr. Drummond und die Sekretäre der Vereinigung Rev. Fox und Rev. Burlingham. Ein einheitlicher Wille der britischen Kirchen ist dabei zum Ausdruck gekommen.

Die Wirkung auf die Öffentlichkeit ist dementsprechend gewesen. Man lese, was die Times vom 21. Oktober in ihrem Leitartikel sagen:

„Man wird der Deputation der britischen Kirchen beipflichten, die dem auswärtigen Amt gestern ihren Besuch abstattete und ihrer Enttäuschung über die mangelnden Fortschritte der Abrüstungskonferenz sowie der ernsten Hoffnung Aus-

1) Vgl. S. 90 dieses Heftes.



druck gab, daß die britische Regierung in der Lage sein werde, sich für „eine entschiedene Politik der Abrüstung“ zu erklären, sobald die Arbeiten der Konferenz wieder voll aufgenommen worden seien. Sicherlich sprach der Erzbischof von Canterbury für das ganze Land, wenn er seiner Überzeugung Ausdruck gab, daß die britische Regierung in der Lage sei, „in der gegenwärtigen Verlegenheit und Verwirrung in wahrhaft wirksamer Weise die Führung zu übernehmen“. Der Premierminister erwiderte mit den ermutigenden Worten, daß die Regierung Seiner Majestät „gern das große Werk tun würde“, während der Außenminister die bisher von Großbritannien in Genf verfolgte Politik geschickt verteidigte.“

Wir müssen hier einfügen, daß uns die Rede des britischen Außenministers am wenigsten überzeugt hat. Er hat zunächst nochmals den Versuch gemacht, die britische Note wegen des sogenannten deutschen Aufrüstungs-memorandums zu verteidigen. Weiß er nicht, daß kaum ein britischer Politiker, der sich um außenpolitische Fragen kümmert, Inhalt oder Ton dieser Note gutheißt? Er sagt in derselben Rede, seine Aufnahme des Hoover-vorschlages sei sehr freundlich gewesen; jedes Mitglied der amerikanischen Delegation sei zu ihm gekommen, um ihm dafür zu danken. Ich habe selbst von zwei Mitgliedern der amerikanischen Delegation gehört, daß sie über die Genfer Rede des britischen Außenministers aufs tiefste enttäuscht gewesen sind. Alle Teilnehmer der Sitzung, mit denen ich gesprochen habe, sind im Unklaren geblieben, ob er sich für oder gegen den Vorschlag ausspräche. Es ist ja gut, daß der Minister sich selbst jetzt in dem oben bezeichneten Sinne interpretiert. Umso mehr Dank muß man der britischen Kirchendelegation wissen, daß sie den Minister zu dieser Interpretation veranlaßt hat.

Offenbar hat die Aktion der britischen Kirchen das ihrige getan, um die britische Politik zu einer Haltung zu veranlassen, die die Wiederteilnahme Deutschlands an den Verhandlungen möglich machte. Das offene Eintreten der britischen Kirchenführer für die volle Gleichberechtigung Deutschlands hat auf die öffentliche Meinung Englands wie auf die britische Regierung einen tiefen Eindruck gemacht. Wie jener Leitartikel der Times seiner Zeit auf Grund der Stellungnahme der Kirchen gefordert hat, daß die britische Politik fest darauf gerichtet werde, Deutschland zur Abrüstungskonferenz zurückzuführen, so ist auch weiterhin in der englischen Presse unter Berufung auf die Stellungnahme der Kirchen manche Forderung vertreten worden, die mit Deutschlands Forderungen zusammenfällt. Und der Vorschlag, den die britische Regierung der Abrüstungskonferenz heute vorlegt, ist ohne jenen Anstoß von kirchlicher Seite kaum zu begreifen.

### Vorträge in den Vereinigten Staaten.

Von Ende Oktober bis Anfang Dezember habe ich im Auftrage des Weltbundes für Freundschaftsarbeit der Kirchen und verwandter Organisationen in den größten Städten des Ostens und des mittleren Westens der Vereinigten Staaten Vorträge über religiöse, sozialpolitische und internationale Fragen gehalten. Mein Reiseprogramm war durch die amerikanische Weltbundvereinigung genau festgelegt. Ich konnte weder Freunde besuchen noch Studien machen, noch auch mir die Kreise zu Vorträgen aussuchen, die



auf Grund ihrer nationalen oder konfessionellen Beziehungen zu Deutschland und den deutschen Kirchen ein besonderes Anrecht auf unsere Sympathie haben. Die Führer der lutherischen und reformierten Kirchen, mit denen ich gesprochen habe, haben das auch gut verstanden. Aber die Allgemeine Evangelisch-Lutherische Kirchenzeitung druckt natürlich mit Wonne aus einem sehr freundlichen Bericht einer amerikanisch-lutherischen Kirchenzeitung, der über einen Vortrag von mir vor den lutherischen Pastoren New Yorks berichtet, die Sätze ab, die ein Bedauern darüber aussprechen, daß deutsche Besucher wie D. Dibelius, D. Stange und ich so wenig Zeit für die Lutheraner in Amerika hätten. Ich kann dazu nur sagen, daß für mich solche Vortragsreisen keine Vergnügungsreisen sind, bei denen ich mir meine Gelegenheiten aussuche, sondern harte Arbeit im Dienst der ökumenischen und der deutschen Sache, wobei ganz andere Gesichtspunkte maßgebend sind als die, die sich die Leipziger Kirchturmspolitiker vorstellen können.

Wenn schon zwischen den Kirchen derselben Konfession so viele Mißverständnisse auftauchen, wie der Allgemeinen Evangelisch-Lutherischen Kirchenzeitung aus ihren eigenen Äußerungen über Bischof Bursche und andere lutherische Kirchenführer bekannt sein muß, dann ist es doppelt schwer, die sich von Zeit zu Zeit einstellende Entfremdung zwischen Kirchen zu bekämpfen, die sich in konfessioneller Hinsicht nicht so nahe stehen. Deutsche kirchliche Kreise haben kaum beachtet, daß, nachdem sich durch zwölf Jahre hindurch das amerikanisch-kirchliche Empfinden immer freundlicher zu Deutschland gestellt hatte, seit dem vorigen Frühjahr ein erheblicher Rückschlag eingetreten war. Die Amerikaner wußten damals von Herrn von Papen mehr als wir und hatten zu dem seit Brünings Entlassung in Deutschland eingeschlagenen Kurs kein Vertrauen. Sie verstanden nicht, daß auf Grund der Nachkriegserfahrungen eine wirtschaftliche Depression, eine politische Verzweiflung in Deutschland entstehen mußte, durch die die politischen Extreme immer stärker hervorgetrieben wurden. In einem Lande, in dem diese Extremparteien allmählich die Mehrheit gewonnen haben, „demokratisch“ zu regieren — sollen sie uns erst einmal vormachen. Aber daß sie diese Lage als die große deutsche Not unserer Zeit erkennen, eine Not, an der sie selbst nicht unschuldig sind, das ihnen klarzumachen, ist eine ungeheuer wichtige Aufgabe in einer Zeit, in der auf das Verständnis der Nationen für einander so viel ankommt. Und vollends müssen die christlichen Kreise in solcher Zeit die Lage von innen heraus verstehen; nicht nur weil sie so einflußreich sind in politischer Hinsicht, sondern vor allem, weil ohne dies christliche Verständnis für einander die Atmosphäre sich nicht reinigt. Wir glauben nun einmal an die Bedeutung geistiger Mächte im Völkerleben.

Ich habe zu den amerikanischen Versammlungen sehr offen sprechen können, erstens weil sie großenteils wissen, daß ich in der Heimat zu meinen Landsleuten auch offen spreche, dann aber auch, weil die vielen persönlichen Beziehungen, die sich im Lauf der Jahrzehnte eingestellt haben, mir ein deutliches Sprechen möglich machen. Für mich kam ein weiteres hinzu, was ich als Erleichterung empfand: ich hielt meine Vorträge großenteils zusammen mit einem französischen Freund, Professor André Philipp aus



Lyon, der wie ich dem Versöhnungsbund angehört und mit mir auch in Frankreich auf Friedensversammlungen zusammengewirkt hat. Es war der Wunsch unserer amerikanischen Gastgeber, der oft in geradezu dramatischer Weise von den Versammlungen selbst unterstrichen wurde, daß wir beide die politische Meinung unserer Länder so scharf wie möglich herausarbeiteten. Wir haben dann auch auf der Plattform harte Debatten über die deutsch-französischen Probleme gehabt, über Gleichberechtigung und Sicherheit, Korridor und Oberschlesien, Militarismus hüben und drüben. Aber es ist nie auf diesen Versammlungen, so heiß es manchmal zugeht, zu einer un erfreulichen Situation gekommen, sondern es ist den Hörern stets offensichtlich geblieben, daß auch auf dem politischen Felde die Tatsache, daß wir beide Christen sind, mehr bedeutet, als daß wir zwei verschiedenen Nationen angehören. Wir haben oft die Erfahrung gemacht, daß von dieser Tatsache tiefster christlicher Gemeinschaft zwischen dem Franzosen und dem Deutschen eine ganz tiefe Wirkung auf die Versammlungen ausging, eine Wirkung, die für das amerikanische Verständnis der europäischen Lage günstig war. Im übrigen war es nicht schwer, für den deutschen Standpunkt in der Abrüstungsfrage mehr Sympathien zu wecken als für den französischen, ebenso wie in der Frage der Schuldenregelung der französische Redner einen schwereren Stand hatte als der deutsche. Aber unser gemeinsamer Appell für einen Neuaufbau der internationalen Beziehungen aus christlichem Geist war sichtlich der beherrschende Eindruck dieser gemeinsamen Veranstaltungen.

Ich habe zahlreiche Versammlungen auch als alleiniger Redner zu bestreiten gehabt, insbesondere viele Versammlungen in Settlements und Settlementsvereinigungen der größten Städte. Über diese Erfahrungen spreche ich noch in einem Artikel der „Christlichen Welt“. Auch über die Eindrücke in theologischen Kreisen, die ich bei über zwanzig Vorträgen an Universitäten und bei zahlreichen Zusammenkünften mit theologischen Fakultäten gehabt habe, hoffe ich dort oder an anderer Stelle noch etwas zu sagen. Die eindrucksvolle Jahresversammlung des amerikanischen Versöhnungsbundes, die ich zu Beginn meines Amerikaaufenthaltes als Redner und Hörer miterlebte, zeigte mir, daß dort jetzt erst die Fragen eines religiösen und religionslosen Sozialismus lebendig werden, die unser deutsches Geistesleben seit zwanzig Jahren beherrschen. Über die amerikanische Weltbundvereinigung berichte ich in dem folgenden Abschnitt, in dem zugleich die Stellung der amerikanischen Kirchen zur Abrüstung hervortritt. Die wichtige Vierjahrsversammlung des amerikanischen Kirchenbundes wird von mir im „Evangelischen Deutschland“ geschildert. Da ich in den sieben Wochen meines amerikanischen Aufenthaltes über neunzig eigentliche Vorträge gehalten habe, darunter manche wichtige Tagungsreferate und Rundfunkreden, ist es mir nicht möglich, genau Bericht zu erstatten. Ich weiß nur, daß ich sehr müde heimgekehrt bin und keine Lust mehr habe, nach Amerika zurückzukehren — so freundlich die Menschen dort zu mir gewesen sind.

### **Eine Botschaft der amerikanischen Weltbundvereinigung.**

Unter den Veranstaltungen und Kongressen, die ich in den Vereinigten Staaten miterlebt habe, ist von besonderem Interesse für diese Zeitschrift die 17. Jahresversammlung des Weltbundes, die vom 10.—12. November in



New York gehalten wurde und unter dem Motto stand: Weltversöhnung und wirtschaftliche Gerechtigkeit. Auch wenn dies Thema nicht mit der Schärfe ins Auge gefaßt wurde, die wir Deutschen einem solchen Thema angenehm lassen würden, ist eine weitgehende Klärung der Anschauungen erreicht worden, die in der scharf umkämpften und zuletzt fast einstimmig angenommenen „Botschaft des Kongresses“ zum Ausdruck kommt.

Der Kongreß wurde durch ein Bankett eröffnet, auf dem neben dem Präsidenten und den Sekretären der amerikanischen Weltbundvereinigung die europäischen Gäste zu Worte kamen. Die Aufnahme der deutschen Ansprache war überaus freundlich. Bei dem Bankett präsierte ein katholischer Führer, wie überhaupt die Katholische Kirche im amerikanischen Weltbund mitarbeitet. Am folgenden Tage, dem Waffenstillstandstage, war Rabbi L. J. Newman einer der Hauptredner. Übrigens hielt ich selbst am Abend dieses Tages für die amerikanische Völkerbundliga einen Rundfunkvortrag, in dem ich schonungslos die Vierzehn Punkte mit der Erfüllung von Versailles verglich. Die meisten Verhandlungen galten dem internationalen Wirtschaftsproblem. Auch die öffentliche Versammlung, die in Carnegie Hall abgehalten wurde, stand unter dem Thema: „Weltversöhnung und einige ungelöste Probleme“. Der erste Hauptredner war der frühere deutsche Außenminister Dr. Curtius, dessen Rede mit großer Sympathie aufgenommen wurde. Sie ist in diesem Heft in deutscher Übersetzung abgedruckt. Die amerikanischen Zeitungen brachten darüber ebenso wie über die sonstigen Verhandlungen ausführliche Berichte. Die eigentliche Botschaft des Kongresses wurde auf der ersten Seite der Zeitungen im Wortlaut abgedruckt. Man darf wohl sagen, daß diese Botschaft die Resolutionen früherer Kongresse an Wichtigkeit übertrifft und ein bedeutsames Dokument amerikanischer kirchlicher Friedensarbeit darstellt. Wir geben deshalb die Hauptpunkte der „Botschaft“ im Folgenden wieder.

Die Präambel der Botschaft zeigt die Ernüchterung der amerikanischen Kirchen über den Krieg, den sie seiner Zeit so intensiv unterstützt haben:

„Die beklagenswerte Lage, in der die Welt sich gegenwärtig befindet, ist die direkte Folge des größten Krieges der Geschichte. Andere Ursachen kommen hinzu: die zu hastige Mechanisierung der Industrie mit einer Massenproduktion, die dem Absatzmarkt vorausseilt; die Diskrepanz zwischen Produktion und Konsum; die wilde Spekulation und die künstliche Inflation der Werte in allen Ländern; nationale Selbstsucht; das Anwachsen des extremen Nationalismus; übermäßige Zölle; ungeheure Schulden. Aber alle diese Übel, die uns auferlegt sind, sind entweder direkte Nachernte des Krieges oder sind durch die vier Jahre dieses Wahnsinns verstärkt worden. In den führenden Industrievölkern sind fünfundzwanzig Millionen Arbeiter aus der Arbeit geworfen worden. Der Handel ist gelähmt; der Verkehr aufgehalten; alle normalen Verbindungsmöglichkeiten sind demoralisiert; das Geld ist entwertet, und alle Formen des Austausches zwischen den Nationen sind entstellt.

Der Krieg hat damit die schärfste Krisis heraufbeschworen, die die Zivilisation je gekannt hat, und hat die Leiden der Menschheit ins Maßlose gesteigert.

Das gegenwärtige Wirtschaftschaos und das weltweite Unheil, das er auf sozialem, moralischem und politischem Gebiet entwickelt hat, ist ein Bild der tragischen



Nutzlosigkeit, Grausamkeit und Tollheit des Krieges und seiner schamlosen Lügen, selbstsüchtigen Ziele und blendenden, unerfüllten Versprechungen.

Gerade so wie die ganze Welt in den Krieg verwickelt worden ist, so ist jetzt die ganze Welt in seine Nachwirkungen verstrickt, und wenn wir uns in irgendeiner Weise schnell erholen wollen, so kann das nur durch internationale Zusammenarbeit geschehen.“

Im folgenden Abschnitt wird auf die Versäumnisse der internationalen Arbeit der Jahre seit dem Kriege hingewiesen. Unter den ungelösten Problemen wird das deutsche Verlangen nach Gleichberechtigung und die Frage des Polnischen Korridors und der östlichen Grenzen Deutschlands genannt.

Als ein Hoffnungszeichen wird angesehen, daß die Staaten allerlei Fragen, die früher als „national“ angesehen wurden, heute untereinander verhandeln; insbesondere wird hier die von dem Weltbund seit einem Jahrzehnt wiederholt vorgeschlagene Weltwirtschaftskonferenz genannt.

Die Botschaft erhebt dann neun Forderungen: zuerst eine Ergänzung des Briand-Kellogg-Paktes in dem Sinne, daß eine internationale gesetzliche Regelung und Verständigung erfolgt, durch die im Falle einer Verletzung des Paktes internationale Zusammenkünfte einberufen werden. Auch sollen die Unterzeichner des Paktes sich verpflichten, einer Nation, die den Pakt verletzt, weder Kriegsmaterial senden zu lassen noch Kredite zu gewähren.

Die zweite Forderung des amerikanischen Weltbunds ist ein mutiges und starkes Wort zur Abrüstungsfrage, das die eigene Nation nicht schont und den französischen Begriff der Sicherheit zurückweist:

„Damit die Taten der Nationen den von ihnen im Briand-Kellogg-Pakt festgelegten Absichten entsprechen, gibt der Weltbund erneut seiner Meinung Ausdruck, daß Kriege unvermeidlich sind, solange die Nationen rüsten und sich für den Krieg vorbereiten; daß die Rüstungen mit die ertragreichsten Wurzeln des ganzen Kriegssystems sind und daß es niemals eine krieglose Welt geben wird, ehe nicht diese Wurzeln des Krieges ausgerottet sind. Mehr Menschen stehen unter den Waffen als in den Jahren vor dem Kriege. Fünf Milliarden Dollars werden jährlich ausgegeben, um die Streitkräfte der Nationen aufrechtzuerhalten. Bei diesen Ausgaben steht unsere eigene Nation an der Spitze. Das Wort ‚Aufrüstung‘ geht ebenso viel um, wie das Wort ‚Abrüstung‘. Die Weltkonferenz zur Herabsetzung der Rüstungen, die im letzten Februar zusammentrat, hat Monate gebraucht, um Mittel und Wege zu erörtern, sie hat sich unter den Händen der Sachverständigen im Juli vertagt und hat für die monatelange Arbeit wenig aufzuweisen. Techniker können nicht mit der Beseitigung eines Systems betraut werden, das sie selbst notwendig macht. Wenn die Konferenz wieder zusammentritt, fordern wir, daß die Frage einer wesentlichen, unmittelbaren Herabsetzung sofort geregelt wird und Mittel und Wege gefunden werden, um diese Herabsetzung wirksam zu machen.

Zu diesem Zwecke empfehlen wir die Vorschläge, die Präsident Hoover gemacht hat, aufs stärkste und fordern die Abschaffung aller Waffen rein aggressiven Charakters und eine unmittelbare Herabsetzung von wenigstens einem Drittel aller Waffengattungen und aller Streitkräfte aller Völker sowie eine entsprechende Verringerung des Kriegsbudgets. Wir sind der festen zuversichtlichen Überzeugung, daß dies Vorgehen ein erster notwendiger Schritt ist, um der Forderung nach Sicherheit zu begegnen.



Aber dies ist nur der erste Schritt; denn wir fordern, daß unsere eigene Nation wie auch alle anderen Nationen anerkennen, daß letzten Endes im Interesse des Friedens die Waffengattungen und Rüstungen aller Nationen auf das Maß von Polizeikräften für die Aufrechterhaltung des Friedens und der Ordnung innerhalb der eigenen Grenzen reduziert werden, und daß man sich immer mehr auf den internationalen Mechanismus zur Verteidigung gegen Angriffe von außen stützen muß.“

Die dritte Resolution behandelt die Wirtschaftsfrage und fordert internationale Aktionen, um die Wiederaufbaupläne der einzelnen Länder zu unterstützen. In diesem Zusammenhange wird in offener Bekämpfung der bisher in den Vereinigten Staaten und insbesondere in Kongreßkreisen herrschenden Meinung gesagt:

„Fernerhin glauben wir, daß das Lausanne-Abkommen über die Reparationen und die Schwere der Weltwirtschaftskrisis es in nächster Zukunft erforderlich machen, die bestehenden Übereinkünfte über die europäischen Kriegsschuldenzahlungen an die Vereinigten Staaten zu revidieren.“

Der vierte Punkt der Botschaft ist eine Stellungnahme zum chinesisch-japanischen Konflikt. Die Erklärung von Staatssekretär Stimson, daß keine Nation im Falle eines Krieges das Recht habe, für sich Neutralität zu beanspruchen, wird unterstrichen. Der Regierung wird empfohlen, keine Situation oder Vereinbarung anzuerkennen, durch die irgendeine Nation internationale Vereinbarungen verletzt; die japanische Aktion in der Mandschurei und der Angriff auf Schanghai werden in diesem Zusammenhang genannt.

Die fünfte Entschließung verlangt eine internationale Kontrolle des Munitionshandels. Die entsprechenden Sätze lauten:

„Der Weltbund ist der Meinung, daß Herstellung, Verkauf und Transport von Waffen und Munition Privatpersonen aus der Hand genommen und nur durch Regierungsstellen unter internationaler Kontrolle betrieben werden dürfen. Während in diesem Jahre der Völkerbund versuchte, die Schwierigkeiten zwischen China und Japan zu regeln, haben private Unternehmen der führenden Nationen, von Mitgliedern des Völkerbundes und anderen, die mit ihm zusammenarbeiten, große Mengen von Waffen an jene beiden Nationen verkauft. Damit haben sie den Krieg erst ermöglicht und um die Friedensverhandlungen in Genf eine Atmosphäre des Cynismus geschaffen.“

Der sechste Punkt betrifft den Völkerbund. Die Bestimmungen des Völkerbundpaktes über bewaffnete Intervention in Durchführung internationaler Beschlüsse seien das einzige Hindernis für den Eintritt der Vereinigten Staaten in den Völkerbund; da die Mitgliedstaaten sich heute von der Undurchführbarkeit dieser Bestimmungen überzeugten, werde der Weg für die Mitgliedschaft der Vereinigten Staaten frei.

In der siebenten Entschließung wird die volle Durchführung der Mitgliedschaft der Vereinigten Staaten beim Internationalen Schiedsgerichtshof verlangt, da in dieser Frage alle amerikanischen Vorbehalte durch Einverständnis der anderen Mächte erfüllt seien.

Der achte Paragraph richtet sich gegen militärische Erziehung der Jugend. Offensichtlich sind militärische Erziehungsmethoden im eigenen Lande gemeint; aber vielleicht hat man in Amerika mit diesen Sätzen, die sich gegen



eigene Einrichtungen wenden, auch ähnliche Einrichtungen und Pläne europäischer Länder treffen wollen.

Punkt neun behandelt die „moralische Abrüstung“.

Die amerikanische Weltbundvereinigung hat schon manches Mal in politischen Krisen einen bedeutsamen Einfluß ausgeübt. Die von ihr eingeleitete Aktion der amerikanischen Kirchen, die zur Seeabrüstungskonferenz von Washington führte, ist ein anerkannter Erfolg. Sie versteht es in ausgezeichneter Weise, die führenden Kreise zu sammeln und auf eine Aufgabe hinzulenken. Dagegen hat sie nicht viel Boden im kirchlichen Leben des Landes, die Gemeinden wissen wenig vom Weltbund. Es steht in den Vereinigten Staaten nicht viel anders als in Deutschland: das Kirchenvolk muß erst für die ökumenische Sache, vollends für eine energische Friedenshaltung, die sich auch gegen das Unrecht der eigenen Nation richtet, gewonnen werden.

### Amerikanische und sonstige Presseerfahrungen.

Als ich vor zweiundzwanzig Jahren im Dienste der „Freundschaftsarbeit“ auf dem schönen Lloydsschiff „Kronprinzessin Cecilie“ mit allerlei kirchlichen Aufträgen und eigenen Plänen nach den Vereinigten Staaten fuhr, wurde ich noch vor der Ankunft in New York dadurch überrascht, daß drei Redakteure der hervorragendsten amerikanischen Zeitungen auf dem Zollboot an Bord des Schiffes erschienen, um „den Pastor des Kaisers“ darüber auszufragen, was er nach Amerika brächte. Ich habe, obwohl ich damals Pastor an der Potsdamer Friedenskirche war und auch zuweilen persönliche Aufträge des Kaisers durchzuführen hatte, aus Gründen, die im Charakter meiner Mission lagen, nicht nur jede derartige Bezeichnung, sondern auch jedes Interview abgelehnt, das nach meiner Meinung meine Arbeit nur stören konnte. Als mich aber Allen Baker am Pier des Norddeutschen Lloyd abholte, sagte er mir, daß ich angesichts der Eigenart der amerikanischen Presse so nicht durchkommen würde, und gab mir, als wir nach einigen Stunden den Zug nach Lake Mohonk bestiegen, den Beweis dafür in die Hand: der von mir abgewiesene Herausgeber der größten New Yorker Zeitung brachte auf der ersten Seite der Zeitung einen anderthalb Spalten langen Artikel, in dem er mitteilte, daß er mich soeben ausführlich gesprochen und von mir erfahren hätte, welche Aufträge mir der Kaiser für meine Amerikareise gegeben hätte. Ich fragte Allen Baker in meiner Verzweiflung, was ich tun könnte, um alle die Absurditäten zu berichtigen, die dort standen, worauf ich die Antwort erhielt: „Wenn Sie in Amerika so etwas berichtigen, dann wird erst die Öffentlichkeit darauf aufmerksam gemacht; so aber glaubt man doch nicht, daß der Artikel die Wahrheit enthält.“ Immerhin hatte ich bemerkt, daß amerikanische Reporter richtig behandelt sein wollen, und habe mich in künftigen Fällen danach gerichtet, indem ich lieber bestimmte Antworten erteilte und so Berichterstattungen ausschloß, die das größere Übel gewesen wären.

Bei der Amerikareise, die ich im Herbst unternahm, habe ich zum Glück in den Vereinigten Staaten längst nicht die Beachtung gefunden, die mir vor 22 Jahren zu meinem Schrecken gezeigt worden war. Die Amerikaner



waren nun einmal, was Deutschland anlangt, mehr für den Kaiser und das Militär interessiert, und sind es zum Teil noch heute, als für eine simple Demokratie, weswegen sie übrigens auch während meiner letzten Reise viel mehr nach der Rückkehr des Kaisers oder der Thronbesteigung des Kronprinzen, nach „Oberstleutnant von Papen“ und „General von Schleicher“ fragten als nach dem eigentlichen politischen Tatbestand. Außerdem aber hatte ich diesmal den Veranstaltern meiner Reise nicht nur bestimmtes Material zur Veröffentlichung von vornherein zur Verfügung gestellt, sondern auch die Bedingung gestellt, daß allerlei biographische Notizen, die in Amerika früher über mich verbreitet worden sind, nicht zur Anwendung kämen. Ich hatte gebeten, daß mein früheres Potsdamer Pastorat nicht erwähnt würde, obwohl, wie ich schon sagte, noch heute in manchen Kreisen Amerikas dafür mehr Interesse vorhanden ist als für irgend etwas sonst, was aus meinem Leben erzählt werden könnte. Übrigens ist es verständlich, daß englische und amerikanische Führer, die mich in Potsdam besucht haben, die durch meine Vermittlung vom Kaiser empfangen worden sind und denen der Kaiser mich als seinen court-chaplain bezeichnet hat, diese Erinnerung festhalten. Ich habe sie nur stets gebeten, mich heute nicht mit diesen Geschichten einzuführen. Vor allem hatte ich die Bedingung gestellt, daß man nicht gewisse Kriegserlebnisse erwähnen dürfe, mit denen mich gute Freunde in den angelsächsischen Ländern wiederholt versucht haben populär zu machen, ohne zu bemerken, daß mir als Deutschem diese Art von Popularität nicht lieb sein kann. Es handelt sich um die schweren Konflikte, die ich während des Krieges durch meine Arbeit für die Gefangenen und durch sonstige Friedensarbeit mit den deutschen Militärbehörden gehabt habe. Ich muß diese Dinge jetzt erwähnen, weil in steigendem Maße in deutschen kirchlichen Kreisen, auch in Zeitungen und Zeitschriften mir gerade daraus, daß ich über diese Dinge weder in Deutschland noch im Ausland je etwas öffentlich erzählt habe, Stricke gedreht und Schwierigkeiten bereitet werden, auf die ich einmal grundsätzlich, wenn auch nur an dieser Stelle meiner eigenen Zeitschrift, eingehen muß. Ich möchte also hier feststellen, daß ein gewisser Grundbestand von Nachrichten, die über mich verbreitet werden, wahr ist, auch wenn natürlich Entstellungen und Übertreibungen sich leicht in solchen Fällen des Weitertragens ergeben. Es trifft zu, daß ich zu Beginn des Krieges wegen der Veröffentlichung des englischen Quäkeraufrufes, an dessen Entstehung ich beteiligt war, wegen Landes- und Hochverrats vor ein Kriegsgericht gestellt worden bin, das mir in seiner ersten Verhandlung die Todesstrafe ankündigte, dann aber diesen Beschluß nicht bestätigt hat, da eine kaiserliche Äußerung zu der Veröffentlichung des Aufrufes vorlag. Ich bin wegen ähnlicher Fragen, vor allem aber wegen meiner Arbeit für die ausländischen Gefangenen, die übrigens stets ihre Parallele in der mir in gleicher Weise am Herzen liegenden Arbeit für die deutschen Gefangenen in fremden Ländern hatte, während der folgenden Kriegsjahre oft in ähnliche Schwierigkeiten gekommen. Ich bin von militärischen Stellen wiederholt verhaftet worden, wiederholt vor Militärgerichte gestellt worden, kurz, habe mehr als zwei Dutzend Male solche schweren Konflikte erlebt, wohlgemerkt: stets mit militärischen Stellen, während die Zivilbehörden sehr bald nach Beginn des Krieges die Bedeutung und auch



den vaterländischen Nutzen jener Arbeiten erkannt hatten. Durch zwei Jahre sind außerdem meine sämtlichen Auslandsreisen, für die ich stets die Erlaubnis bzw. den ausdrücklichen Wunsch und den sogenannten Ministerpaß des Auswärtigen Amtes hatte, durch militärische Stellen verhindert worden, die ersten Male zunächst durch Verhaftung an der Grenze; zuletzt (im Sommer 1918!), als die Militärbehörden der Regierung zugesagt hatten, daß meine Reisen nicht mehr verhindert werden würden, durch eine Einberufung zum Militärdienst, die ich angesichts der inneren Umstände wie auch meiner längst festgestellten dauernden Untauglichkeit zum Militärdienst mit einer Kriegsdienstverweigerung beantwortete. Über diese Dinge habe ich, wie gesagt, selbst im Kriege nur zu ganz wenigen Menschen gesprochen, weil ich wußte, daß sonst das gesamte Werk einer Caritas inter arma durch ein Zerren in die Öffentlichkeit unmöglich gemacht werden würde. Nach dem Kriege habe ich eine ähnliche Zurückhaltung geübt, habe es aber natürlich nicht verhindern können, daß ein engerer Freundeskreis in Deutschland und auch einige Freunde im Ausland davon erfuhren. Jedesmal habe ich gebeten, alle diese Dinge nicht in die Öffentlichkeit zu bringen, nunmehr nur aus dem Grunde, weil mir die Art der Glorifizierung, die nach dem Kriege in friedensfreundlichen Kreisen auf Grund solcher Erlebnisse nabelag, zuwider war. Ich habe es aber trotzdem nicht verhindern können, daß gelegentlich entsprechende Berichte oder Hinweise in der Presse anderer Länder erschienen, so zuletzt anlässlich einer Reise, die ich auf Einladung eines britischen Kirchenkomitees im Frühjahr 1931 durch England und Schottland machte. Einige deutsche Gegner der Friedensarbeit haben sich auf diese Berichte gestürzt und, als sie hörten, daß dieselben ohne mein Zutun erschienen waren, darauf hingewiesen, welche „Mythen“ über meine Person ich in den kirchlichen Kreisen fremder Länder zuließe. Ich kann dazu nur sagen, daß es bei Vortragsreisen wie denen durch England und Amerika, bei denen hunderte von Einführungs- und Berichtartikeln in den Zeitungen der auf der Reise berührten Städte erscheinen, und zwar zu einer Zeit erscheinen, in der der Vortragende die betreffende Stadt noch nicht berührt oder bereits wieder verlassen hat, für diesen völlig unmöglich ist, Berichtigungen zu geben, wenn er nicht ein ganzes Sekretariat für einen solchen Zweck unterhalten und mitnehmen will. Ich habe die Zeitungsnotizen meiner letzten englischen wie auch jetzt der amerikanischen Vortragsreise nicht gesammelt und in den wenigsten Fällen gesehen. Dagegen habe ich überall das Menschenmögliche getan, um selbst die sensationslüsternsten Reporter von ihren Extravaganzen abzubringen. So zum Beispiel ist bei meiner damaligen Englandreise durch mein erstes Auftreten in den Londoner Kirchen die Berichterstattung von der falschen Bahn, in die sie vor meiner Ankunft durch allerlei gutgemeinte Mitteilungen jener Kriegserlebnisse gekommen war, in die nach meiner Meinung dem Frieden und auch der ökumenischen Sache dienende Richtung abgebogen worden, daß ich im Kriege der Freund der Gefangenen gewesen sei. Damals, als ich nach meiner ersten Londoner Kirchenrede im City Temple den Vertretern der Zeitungen Antwort auf ihre Fragen geben sollte, hatten sich mit den Journalisten etwa vierzig frühere Gefangene und Angehörige von Gefangenen in die Sakristei gedrängt: Das, was diese Gefangenen an Dank für Hilfe

im Kriege aussprachen, war so erschütternd für uns alle, daß der Vertreter des Daily Herald für die andern Journalisten erklärte, daß sie nach diesen Erlebnissen von mir keine speziellen Auskünfte mehr brauchten. Ähnlich habe ich es bei anderen Gelegenheiten einzurichten gesucht. Aber ich habe noch bis zu dieser letzten Amerikareise nicht angenommen, daß meine Zurückhaltung in Bezug auf die Mitteilung von eigenen Erlebnissen heute von einem wieder erwachten Nationalismus so ausgenützt werden würde, wie es letzthin noch wieder geschehen ist. Insbesondere muß ich es aufs schwerste bedauern, daß Persönlichkeiten, die an der ökumenischen Sache mitgearbeitet haben, sich zu so unerfreulichen Handlungen hinterhältiger falscher Auskunft haben herbeilassen können.

Bei meinem letzten Besuch in den Vereinigten Staaten habe ich die Presse nicht genau verfolgt. Da der Weltbund in Amerika eine gute Presse hat und von den meisten Reden in den verschiedenen Städten mehrere Berichte in den Zeitungen gegeben worden sind, ist es natürlich möglich, daß auch jetzt wieder falsche Nachrichten erschienen sind. Viel Unerfreuliches kann aber nicht vorgekommen sein, da mir sowohl der deutsche Botschafter wie andere berufene Persönlichkeiten versichert haben, wie sehr sie meine sozialpolitische und politische Aufklärungsarbeit im Interesse der deutschen Sache und des Friedens begrüßt hätten. Ich selbst bin mit mir und dem, was ich getan habe, sicherlich nicht zufrieden gewesen und möchte vieles besser gemacht haben. Ich bin auch überzeugt, daß andere Männer die Aufgabe, die mir gestellt war, viel besser hätten erfüllen können. Aber diese traurige Art, die noch immer einige Deutsche und speziell Theologen haben, daß sie den Deutschen, die im Ausland für die deutsche Sache eintreten, den berühmten Dolchstoß von hinten versetzen, den sie anderen Menschen und Klassen nachsagen, muß hin und wieder deutlich gekennzeichnet werden, damit wir endlich von ihr loskommen. Ich habe wahrhaftig in Amerika die deutsche Art und Heimat wieder doppelt lieb gewonnen, wenn überhaupt noch eine Steigerung möglich war. Um so schwerer aber trage ich ebenso wie andere Mitarbeiter der ökumenischen Sache an einigen Fehlern deutschen Wesens, die mit Streitsucht und vor allem mit rabies theologorum zusammenhängen. Wenn wir diese Art nicht überwinden, dann wird der Beitrag der deutschen Christenheit für die ökumenische Sache durch die Schäden, die eine gemeine Führung des Streites anrichtet, aufgehoben.

### **Rückblick auf das Goethejahr.**

Kein Mensch dürfte im Jahre 1932 mehr zitiert worden sein als Goethe. Fast jede Partei, fast jede Weltanschauung hat ihn für sich in Anspruch genommen. Wie die Theologen früher mit der Heiligen Schrift, so bewiesen die Schriftsteller aller Richtungen alles mit Goethe. Aber neben dem Goetherummel, der sich laut machte, wurde manches ernste Goethestudium in dem Gedächtnisjahr möglich. Tausende von Einzelstudien, schöne Neuausgaben, herrliche Bildsammlungen gaben uns dazu die Möglichkeit. Mir selbst ist der alte Goethe, der das Steife, Geheimrätliche nicht abgestreift hat, bei nochmaligem Lesen seiner letzten Worte und Werke in seiner unverwüstlichen Jugendfrische lebendig geworden. Was hat dieser Mann an sich, an



andern und für andere gearbeitet! Welche Lebens- und Menschennähe trotz der notwendigen Unnahbarkeit! Wieviel Züge des christlichen Charakters in dieser großen Menschlichkeit! Und welche wundervolle Einheit seiner die verschiedenen Zeitalter verbindenden Persönlichkeit!

Nichts ist an Goethe so groß wie seine — Universalität: daß er jeweils über dem einen Großen, das ihm entgegentritt, nicht das andere Große übersieht. Zeitweilig konnte das französische Vorbild oder das deutsche Volkstum oder die Antike für ihn scheinbar alles bedeuten, dann aber mußte sich eines dem anderen nebenordnen und zu einer großen Totalität zusammengliedern. Und in dem Nebeneinander der großen Erlebenskomplexe verlor er nicht den Mut und die Kraft der sichtenden Wertung. Über die sittliche Klarheit der Evangelien ging ihm keine Erkenntnis des Ostens oder des Westens, des Altertums oder der Neuzeit. Und nur die Fülle christlicher Gotteserkenntnis, nicht der Anspruch irgendeiner Denomination, konnte ihm als Ausdruck des Wesens und Wirkens Christi genug sein. Er hat bereits hinter den Wirren des konfessionellen Streites die evangelische Katholizität gesehen, die er wenige Tage vor seinem Tode mit den Worten herbeigerufen hat: „Auch das leidige protestantische Sektenwesen wird aufhören und mit ihm Haß und feindliches Ansehen zwischen Vater und Sohn, zwischen Bruder und Schwester. Denn sobald man die reine Lehre und Liebe Christi, wie sie ist, wird begriffen und in sich eingelebt haben, so wird man sich als Mensch groß und frei fühlen“.

Menschen aller Völker haben im letzten Jahr Goethes Genius gehuldigt und dadurch das deutsche Volk besser verstehen gelernt. Aus den vielen tausend Stimmen sei hier zunächst eine englische ausgewählt, der Anfang von J. L. Garvins schönem Artikel im „Observer“ vom 27. März 1932, der anscheinend in Deutschland nicht beachtet worden ist:

„Letzten Dienstag vor hundert Jahren verschied Goethe ruhig in seinem Sessel. Es hat nie einen menschlichen Geist gegeben von mehr weltweiten Interessen und vielseitigeren Fähigkeiten. ‚Ohne Hast, aber ohne Rast‘, um seine unvergeßlichen Worte zu gebrauchen, waren sein Intellekt und seine Sympathien — immer unzertrennlich, oft vereint, aber nie vermengt — ruhevoll schöpferisch bis fast zu allerletzt, wie sie es durch zwei Generationen gewesen waren.

Deutschland hat begonnen, sein Gedächtnis zu feiern inmitten der Huldigung einer Welt, die nicht nur dem Dichter gilt, sondern dem Land, das ihn gebar, dessen wesenhafte Kräfte des Denkens, Empfindens und Schaffens sich in seinem außerordentlichen Wesen spiegelten. Glücklicherweise sind die englischen Gedächtnisfeiern seiner nicht unwürdig gewesen. Wir wünschen inbrünstig, daß sie ein ausgedehnteres Studium des Deutschen in England fördern werden, wo dasselbe vor dem Krieg einer der am meisten befruchtenden Einflüsse war. Wir erinnern beide Völker an die Bande der Kultur, welche ihre erneute Freundschaft unlöslich machen.

Goethe wurde zweihundert Jahre nach Shakespeare geboren, und es mag sehr wohl sein, daß es ebenso lange dauern wird, bis ein seiner Größe vergleichbarer Mann in Europa wieder erscheint. Der gewaltige Umfang und die Vielseitigkeit seiner Poesie und Prosa spottet aller Auszüge und Andeutungen, und niemand kann ihn jemals genug kennen.“

Wir freuen uns sagen zu können, daß der Tribut, den die Franzosen von Herriot und Tardieu bis hin zu den Journalisten der kleinsten Zeitungen dem Deutschen Goethe gezollt haben, groß und würdig ist. Die Gedanken, die sich in Frankreich mit ihm beschäftigten, sind auf den Ton gestimmt: „Für dies altruistische Lebensziel hat Goethe uns in seinem Leben und in seinem Werk ein großartiges Vorbild gegeben. Das ist der Grund, weswegen er heute, ein Jahrhundert nach seinem Tode, einer der Geister ist, dessen Gedankenwelt und Taten einer irrenden Menschheit helfen können, sich zu einer besseren Zukunft hinzufinden“ (Revue Mensuelle vom März, S. 347). Natürlich hat man häufig diesen Goethegeist in Gegensatz gestellt zu dem Geist, der Deutschland gegenwärtig beherrscht, d. h. Weimar gegen Potsdam ausgespielt. Aber das hat man ja in Deutschland selbst, und hier mit mehr Recht, auch getan; Gerhart Hauptmann z. B. hat in seiner Frankfurter Goetherede, die unmittelbar auf Freiherrn von Gayls „Feststellung“ über „die Stellung der gegenwärtigen Reichsregierung zu Goethe“ folgte, unmißverständlich ausgesprochen, daß sich manche Deutsche auf Goethe nicht berufen können ...

## **Die Probleme der internationalen Zusammenarbeit in Europa.**

Von Julius Curtius<sup>1)</sup>.

Meine Damen und Herren!

Es ist mir eine große Ehre, im Rahmen dieser hervorragenden Veranstaltung für guten Willen und internationale Verständigung eine Ansprache über die Probleme der internationalen Zusammenarbeit in Europa halten zu dürfen. Ich freue mich, hierzu von dem Weltbund aufgefordert worden zu sein, der die Kirchen zu Führern einer weltweiten Friedensbewegung gemacht und sie in die Front eines Kreuzzuges gegen den Krieg als höchstem Tribunal der Menschheit eingereiht hat.

In der schweren Krisis, welche die ganze Menschheit jetzt durchlebt, haben die Kirchen in der Tat eine besondere Aufgabe zu erfüllen.

Der Weltkrieg hat furchtbare Zerstörungen über die ganze Welt gebracht. Die Nachkriegszeit war von Anfang an voller Unruhe, und noch heute leiden ganze Bevölkerungen unter unsagbarer Not. Der Zerfall sozialer Systeme und die Vernichtung geistiger Werte treten überall in Erscheinung. Angesichts dieser Sachlage ist es verständlich, daß weithin der Untergang aller Zivilisation prophezeit wird und daß viele Menschen anfangen, an das Herannahen einer Endzeit zu glauben. Diese Stimmung der Verzweiflung kann man nicht allein mit Vernunft bekämpfen — Taten, die von Glauben und Mut getragen sind, sind erforderlich.

---

<sup>1)</sup> Deutscher Text der englischen Rede des früheren deutschen Außenministers, gehalten auf dem Internationalen Good Will Congress der Amerikanischen Vereinigung des Weltbundes für internationale Freundschaftsarbeit der Kirchen in New York, 10.—12. November 1932.



Die gegenwärtigen Gefahren haben ihre Wurzel in der Tatsache, daß der Mensch ein Sklave jener Kräfte geworden ist, die er selbst im Zeitalter der Wissenschaft und Technik ausgebildet hat. Ich bin sicher, daß alle Vertreter der Kirchen in der Feststellung dieser Tatsachen mit mir einer Meinung sind. Die materielle Welt beherrscht uns. Organisationen und Institutionen, die uns dienen, die in der Fortentwicklung der Menschheit ihren Zweck erfüllen sollten, sind unfruchtbar geworden, weil sie nur für ihre eigenen selbstischen Zwecke wirkten. Unter ihrem Griff ist das Leben erstickt worden. Niemand kann leugnen, daß Gefahren zutage getreten sind, die zu Unheil und Chaos führen könnten.

Ich habe gesagt „könnten“ und nicht „müssen“. Noch besteht die Möglichkeit, dem Lauf der Ereignisse Einhalt zu tun. Der Glaube an eine hellere Zukunft ist nicht nur logisch zu begründen, sondern auch religiös zu rechtfertigen. Ich glaube fest, daß ein kultureller Aufstieg der Menschheit möglich ist und zögere nicht, mich zu dieser Überzeugung zu bekennen, denn nur auf einer solchen Grundlage können wir den Kampf für Frieden, für Verständigung und Zusammenarbeit in der Welt fortführen. Ein deutscher Philosoph der Gegenwart betont mit Recht, daß unser Planet zum ersten Male im Laufe seiner Geschichte in seiner ganzen Ausdehnung Wohnplatz der Menschheit ist, daß alle Dinge miteinander verknüpft sind, daß die technische Beherrschung von Raum, Zeit und Materie ins Unermeßliche wächst — nicht länger infolge einzelner zufälliger Entdeckungen, sondern infolge eines wohlgedachten Arbeitsplanes, in dem das Entdecken selbst methodisch und nach Belieben kontrollierbar wird. Eine neue Periode des Austausches der Kulturgüter aller bewohnter Gegenden der Erde eröffnet sich uns. Wir können von dem Zustand unverbundener regionaler Bevölkerungseinheiten zu einer Lebensinheit der gesamten Erde fortschreiten. Ein solcher Fortschritt geht aber nicht von selbst vonstatten. Wir müssen uns zu dieser neuen Aufgabe bekennen, müssen unser Angesicht vom Abgrund abwenden und willens sein, zu höheren Regionen aufzusteigen. Noch sind uns die Kräfte für diese Aufgabe zur Hand. Noch steht uns die Zeit zur Verfügung, um aus dem Chaos einen neuen Kosmos zu formen. Aber unsere höchsten Ideale müssen uns in diesem Kampfe Richtung geben, und wir müssen uns dessen bewußt sein, daß alles davon abhängt, ob wir Wert und Würde des Menschen durch sittliche Kraft wiederherstellen, ob wir noch einmal Herr der materiellen Welt werden und nicht ihre Sklaven bleiben.

Es ist von entscheidender Bedeutung, daß die Kirchen all ihre Kraft an diesen religiösen und sittlichen Kampf setzen. Weltverneinung und Weltmüdigkeit stärken nur die Kräfte der Zerstörung. Wenn die Kirchen bejahend der Welt gegenüber treten, werden sie nicht versuchen, ein Paradies auf Erden herbeizuführen, — das zu erreichen, werden wir nie hoffen dürfen — aber sie werden mit den ihnen eigenen Waffen Führer in dem Kampfe für eine höhere Entwicklung der ganzen Menschheit sein und der Raserei der Selbstvernichtung Einhalt tun können. —

Der Weg, den ich mit meiner Ansprache zu gehen habe, ist nicht leicht. Am Waffenstillstandstag bei einer internationalen Feier zu reden, ist schwer für einen Deutschen, doppelt schwer für einen früheren deutschen Minister

und noch schwerer für einen alten deutschen Soldaten. Wie Sie alle, und gerade als deutscher Kriegsteilnehmer, glaube ich, daß die Welt unter allen Umständen vor der Katastrophe eines neuen Weltkrieges bewahrt werden muß. Als deutscher Außenminister setzte ich alle meine Kraft daran, ein gerechtes und festes System des Friedens zu erreichen. Es ist mir ein inneres Bedürfnis, am Waffenstillstandstag mich all denen anzuschließen, die auch bereit sind, für ein solches Ideal zu kämpfen. — Aber ich kann das Gefühl des Schmerzes nicht unterdrücken, das die Erinnerung an den Waffenstillstandstag in jedem Deutschen wachrufen muß. Der Weltbund hat in seiner Einladung volle Freiheit des Wortes proklamiert. Ich mache von dieser Freiheit Gebrauch und schicke meinen Ausführungen über Probleme der europäischen Zusammenarbeit einige Bemerkungen voraus, die sich mir bei der heutigen Veranstaltung aufdrängen.

Ich kann die Schmach nicht vergessen, die dem deutschen Volke angetan worden ist, nachdem es am 11. November 1918 die Waffen hatte niederlegen müssen. Wir hatten in der festen Überzeugung zu den Waffen gegriffen, daß wir zu einem gerechten Verteidigungskrieg aufgerufen worden waren. Wir lehnen die These von Deutschlands alleiniger Schuld am Weltkriege als eine Verleumdung ab, die aus den Annalen der Geschichte verschwinden muß. Wir legten unsere Waffen nieder, nachdem wir sie in Gehorsam gegen die todbringenden Gesetze des Krieges geführt hatten. Genau so waren die Waffen von anderen geführt worden, die unter demselben Gesetz standen. Keiner von uns sollte dem anderen Vorwürfe machen. Das deutsche Heer ist mit reinem Schild heimgekehrt.

Basis für den Waffenstillstand war der provisorische Vertrag, der von der deutschen Regierung und der Regierung der Vereinigten Staaten als Vertreterin aller anderen Mächte durch Notenaustausch in den Monaten Oktober und November 1918 abgeschlossen worden war. Die 14 Punkte Wilsons und die Note Ihres damaligen Staatssekretärs Robert Lansing vom 5. November waren als Grundlagen des eventuellen Friedensvertrages vereinbart worden. In den eben erwähnten Dokumenten war ausdrücklich festgestellt worden, daß der Friedensvertrag selbst nur Ausführungsbestimmungen enthalten und daß er in keiner Weise die zugrundeliegenden Abkommen erweitern solle. Sie alle wissen, daß das Gegenteil geschehen ist, und daß jene Fundamente durch das Versailler Diktat über den Haufen geworfen worden sind. Ein viel härterer Frieden wurde Deutschland aufgezwungen. Noch brennen die Wunden. Aber manche von ihnen sind schon geschlossen worden, und ich für mein Teil versuche mit allen Kräften an dem Werk der Heilung derjenigen mitzuwirken, die noch offen sind. Möchte ein gewaltiges Heer von Menschen guten Willens in allen Ländern an der Befriedung der noch ruhelosen Welt arbeiten. Laßt uns allen Menschen den Gedanken einhämmern, daß es notwendig und möglich ist, ohne weiteres Blutvergießen zu einer neuen gerechten Friedensordnung zu gelangen.

Ich würde mich glücklich schätzen, wenn Sie fühlen würden, daß eine innere Notwendigkeit diese Feststellungen erfordert und daß ich damit auch jene Verständigung zwischen den Völkern zu fördern meine, welcher der Weltbund diese ganze Konferenz gewidmet hat. —

Um Ihnen einen richtigen Überblick über die Probleme einer europäischen



Zusammenarbeit zu geben, muß ich Ihre Aufmerksamkeit auf die Struktur und die Geschichte Europas lenken.

Bodenbeschaffenheit, Küstenbildung und andere geographische Bedingungen machen Europa zu einem reichgegliederten, für die menschliche Entwicklung in einzigartiger Weise begünstigten Lebensraum. Im Laufe der Geschichte ist er von sehr verschiedenen Völkern besiedelt und in mannigfaltiger Weise nutzbar gemacht worden. Trotzdem hat die Bevölkerung Europas während des letzten Jahrtausends auf allen wesentlichen Lebensgebieten die gleiche Entwicklung genommen. Ich glaube, daß es von großer Bedeutung ist, diese Tatsache festzubalten. Man kann für diese Geschichtsperiode von einer europäischen Lebenseinheit sprechen. Die geistigen Kräfte, die in dem einigenden Entwicklungsprozeß eine entscheidende Rolle spielten, waren Rationalität, der Glaube an die schöpferische Kraft des Individuums und die Durchdringung des gesamten Lebens mit religiösen Gedanken und Empfindungen. Aus diesen Kräften ist Europa erwachsen, mit ihnen hat es neue Kontinente besiedelt und sie zu Teilen einer großen Welteinheit gemacht und hat es den alten asiatischen Kontinent zu neuem Leben erweckt.

Während der Epoche, von der ich soeben gesprochen habe und die bis zum Weltkrieg dauerte, war Europa, trotzdem es eine Lebenseinheit darstellte, weder politisch noch wirtschaftlich einheitlich organisiert. Die Idee des Heiligen Römischen Reiches als dauernder Form politischer Organisation Europas mag eine gewisse Rolle bis ins 19. Jahrhundert hinein gespielt haben. In Wirklichkeit war Europa in unzählige große und kleine Herrschaftsgebiete gespalten. Auf dem Territorium des heutigen Deutschen Reiches existierten vor 130 Jahren z. B. mehr als 100 verschiedene souveräne Staaten.

Aber im Laufe der Geschichte wurde dieser Prozeß der Zersplitterung, der mit dem Zerfall des mittelalterlichen Reiches begonnen hatte, durch eine neue sich steigernde Bewegung auf Zusammenfassung und Konsolidierung hin abgelöst. Entscheidende Schritte nach dieser Richtung hin wurden in Mitteleuropa und Italien im 19. Jahrhundert getan. Während dieser Entwicklung zu größeren politischen Einheiten wurde zu verschiedenen Malen versucht, eine neue Hegemonie von einem Zentrum aus aufzurichten. Diese Versuche scheiterten und können niemals wieder aufgenommen werden. Es dürfte der allgemeinen Überzeugung entsprechen, daß irgendeine Art hegemonialer Organisation Europas unmöglich ist. Vor dem Weltkrieg basierte die Ordnung Europas auf dem sog. Gleichgewicht der Mächte, einem Notbehelf, der dem mechanischen und technischen Grundcharakter jener Zeit durchaus entsprach. Gelegentlich trat ein neuer Begriff einer europäischen Organisation in den Vordergrund, z. B. der des europäischen Konzerts, dem die Forderung einer harmonischen Zusammenarbeit zwischen allen Mächten zugrunde lag. Aber aufs ganze gesehen fehlte ein Empfinden für europäische Solidarität vollständig.

Parallel zu der politischen Konsolidierung fand während des 19. Jahrhunderts auch auf dem Wirtschaftsgebiet eine Konsolidierung zu größeren Einheiten statt. Man hat diese Periode, in der das europäische Wirtschaftsleben sich von der landwirtschaftlichen Stufe kleiner und isolierter Ein-

heiten zu voller Freiheit von Handel und Verkehr in großen Wirtschaftseinheiten entwickelte, die erste große Periode ökonomischer Integration in Europa genannt. Sie dauerte bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts. Von da an bis zum Weltkrieg trat eine neue Phase der Wirtschaftsentwicklung in Erscheinung, während der die nationalen Wirtschaftseinheiten in große über-nationale Wirtschaftsgebiete hineinwuchsen. Wie es so oft in der Geschichte geschieht, ging diese Entwicklung nicht geradlinig, sondern in Spiralen vor sich. Zeiten des Freihandels wechselten mit schutzzöllnerischen. Ganz all-gemein aber war die Tendenz auf größere Einheiten hin deutlich sichtbar.

Die ersten Ansätze zu europäischer Konsolidierung und Zusammenarbeit auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet wurden durch die Katastrophe des Weltkriegs auf der ganzen Linie unterbrochen. Der Weltkrieg kam über uns, als die europäischen Nationen der gewaltigen Kräfte, die sie entwickelt hatten, nicht mehr Herr wurden. Wie ich bereits gesagt habe, waren wir Sklaven der materiellen Welt geworden, die uns umgab. Wir beherrschten die Organisationen, die wir selbst geschaffen hatten, nicht mehr, sondern ließen uns von ihnen in Fesseln schlagen.

Die Folgen, die Krieg und Friedensdiktate für den Fortschritt Europas gehabt haben, liegen offen vor den Augen aller. Die neuen Staaten kämpften um ihre wirtschaftliche Existenz. Das Zentrum des Kontinents, Deutschland, das mit Recht „das Herz Europas“ genannt worden ist, wurde aller Macht beraubt und von europäischen Aufgaben ausgeschlossen. Gewalt, ein System von Militärbündnissen, versuchte, einen unhaltbaren Status aufrecht zu erhalten. Während der chaotischen ersten fünf Nachkriegsjahre sank der Kontinent politisch wie ökonomisch immer tiefer.

Der Umschwung folgte unmittelbar dem Höhepunkt der Gewaltpolitik. Er trat ein, als Deutschland unter der Führung Stresemanns sich mit letzten Kräften aus tiefstem wirtschaftlichen Ruin rettete und als unter Initiative der Vereinigten Staaten ausländische Kräfte ihm zu Hilfe kamen. Die Geste, die Deutschland in Locarno machte, indem es dem alten Feind die Hand entgegenstreckte und spontan auf Vergeltung für erlittenes Unrecht verzichtete, verstärkte die Umschwungstendenz. Der Annahme des Dawes-planes und des Locarno-Vertrages folgte eine Periode von fünf Jahren, von 1924 bis 1929, in der der Gedanke einer politischen wie auch ökonomischen Zusammenarbeit zum ersten Male wieder Wurzel schlug und die Hoffnung erstand, Europa durch die Aufrichtung eines gerechten Friedenssystems und die Eröffnung weiterer ökonomischer Horizonte einem neuen Leben und einer neuen Ordnung entgegenzuführen. Die Weltwirtschaftskonferenz und der Briand-Kellogg-Pakt, die aus jener Zeit datieren, zeigen uns, welche Wirkungen auf die Weltwirtschaft und Weltpolitik schon der Anfang einer europäischen Konsolidierung ausgeübt hat.

Aber diesem neuen Wiederaufstieg folgte ein neuer tiefer Fall. Die Welt-wirtschaftskrisis zerriß oder lockerte die dünnen Bande der ökonomischen Zusammenarbeit und zwang alle beteiligten Nationen, autonome Maßnahmen zu treffen, um ihre bloße Existenz zu schützen. Gleichgültig, welches die wahren Ursachen der Depression sein mögen, sie konnte solche fürchter-lichen Dimensionen nur annehmen, weil gleichzeitig politische Rückschläge erfolgten. Ich kann meine Überzeugung nicht unterdrücken, sondern muß



geradeheraus erklären, daß der entscheidende Grund für den politischen Rückschlag darin gesucht werden muß, daß Deutschlands Vertragspartner nicht zur rechten Zeit die Folgerungen aus dem Locarnopakt und aus Deutschlands Eintritt in den Völkerbund gezogen haben. Die Besetzung des Rheinlandes für weitere fünf Jahre und die Nichteinlösung des feierlichen Versprechens einer baldigen allgemeinen Abrüstung, eines Versprechens, das in Locarno erneut bestätigt worden war, haben die gesamte politische Situation umso stärker belastet, je länger die Rückwirkungen ausblieben, die aus dem Locarnovertrag erwachsen sollten. Stresemann verzehrte sich im Kampfe um Deutschlands Recht und für die Aufrechterhaltung der Zusammenarbeit. Und die Zerrüttung der deutschen innenpolitischen Verhältnisse ist in weitem Maße eine Folge jener Politik, die schließlich die Räumung des Rheinlandes von der Aufbürdung unerträglicher Finanzlasten abhängig machte.

Seit fast zwei Jahren befinden sich die europäische Politik und die europäische Wirtschaft in einer höchst gefährvollen Situation. Diese Konferenz, an der ich die Ehre habe, teilnehmen zu dürfen, wurde aus tiefster Sorge um die gegenwärtige Lage einberufen. —

Und doch, meine Damen und Herren, hege ich etwas hoffnungsvollere Erwartungen für die Zukunft. Ich gründe diese Erwartungen auf die oben erwähnte Tendenz zur Konsolidierung Europas, die sich seit einem Jahrhundert immer wieder durchsetzt, und auf das bekannte Gesetz von Aktion und Reaktion, das sich bereits fühlbar gemacht und eine Abkehr vom Abgrund bewirkt hat. Ich stütze mich nicht nur auf die Feststellungen von anerkannten Wirtschaftsführern, daß nämlich die Wirtschaftskrisis ihren Tiefstand erreicht habe — ich lege vor allem Gewicht auf das Folgende:

Ich habe von den ersten Anzeichen einer Gegenbewegung gegen Desintegration, Isolierung und Selbstgenügsamkeit gesprochen, die im europäischen Wirtschaftsleben sichtbar werden. Diese Reaktion setzte mit einem dramatischen Appell an die europäische Solidarität und mit der Proklamierung des Projektes einer europäischen Union ein. Die Verwirklichung der geplanten Vereinigten Staaten von Europa, die Europa in seinem traditionellen geographischen Umfang umfassen würden, ist freilich heute problematischer denn je. Das britische Reich beginnt, sich wirtschaftlich auf sich selbst zu konzentrieren. Das Schwergewicht der russischen Politik wendet sich mehr und mehr dem Osten zu, und das russische Wirtschaftssystem kann nicht in eine gesamteuropäische Organisation eingefügt werden, auch wenn es in weitgehendem Maße reformiert werden könnte. Auch wenn man nur eine wirtschaftliche Organisation Europas ohne England und Rußland ins Auge faßt, wird ein oberflächlicher Blick leicht enttäuscht. Aber wer gründlicher prüft, und wer die internationalen Wirtschaftsverhandlungen der letzten Jahre aufmerksam verfolgt hat, wird erkennen, daß die Kräfte der Konsolidierung und Zusammenarbeit zum Durchbruch drängen, die schon in der Vergangenheit am Werk waren. Sie bezwecken die Schaffung größerer ökonomischer Einheiten im kontinentalen Europa, durch die dieses einen Halt gegen die Bedrohung durch andere Wirtschaftsreiche bekommen würde. Darüber kann kein Zweifel sein, daß solche neue Ordnung nur vom Grund aus, „von unten“, regional aufgebaut werden kann. Wenn man die Aufgabe

an diesem Ende anpackt, so kann man nicht nur wertvolle Vorarbeiten allgemeiner Art für die Begründung einer europäischen Zusammenarbeit, sondern auch praktische Maßnahmen und Pläne, die zur Verwirklichung reif sind, benutzen. So sind einzelne Staaten im Südosten wie im Norden in den vergangenen zwei Jahren zusammengekommen, um den Wiederaufbau ihres nationalen Wirtschaftslebens nach gemeinschaftlichen Grundsätzen in Angriff zu nehmen. Ein wichtiger Zusammenschluß ferner ist während des letzten Sommers zwischen Holland, Belgien und Luxemburg zustande gekommen. Eine Zollreduktion von 10 Prozent, die sich mit den Jahren steigern soll, ist dadurch für den Warenaustausch zwischen diesen Ländern ermöglicht worden. Andere Länder sind aufgefordert worden, diesem Abkommen beizutreten. Zwischen den Industrien verschiedener Länder, besonders zwischen deutschen und französischen Industrien, bestehen seit vielen Jahren auf wichtigen Gebieten Zusammenschlüsse. Ich kann hier nicht alle Symptome für eine fortschreitende Integration nennen, darf aber noch darauf hinweisen, daß vor einigen Wochen in Stresa, in Norditalien, eine Konferenz europäischer Regierungen ein Abkommen über eine gemeinsame Aktion zur Unterstützung der bedrängten Agrarstaaten im Südosten Europas geschlossen hat. Ganz abgesehen von der Tragweite dieses Abkommens für die europäischen Südoststaaten werden alle diejenigen, die diese Entwicklung übersehen, die große Bedeutung der Tatsache hervorheben, daß eine Zusammenarbeit zwischen Deutschland, Frankreich und Italien in einer so mißlichen Angelegenheit zustande gekommen ist. Gewiß, angesichts der Tiefe der Wirtschaftskrise und der fortdauernden politischen Spannungen bedeutet all dies noch nicht viel. Es beweist aber, daß die Überzeugung sich Bahn bricht, daß Europa wirtschaftlich wieder gesund gemacht werden muß, daß dieses Ziel nur regional, durch Zusammenschlüsse zu größeren Einheiten, erreicht werden kann und daß die Zusammenarbeit zwischen Deutschland, Frankreich und Italien dabei wesentlich ist. —

Lassen Sie mich nunmehr, meine Damen und Herren, auf die politische Zusammenarbeit in Europa eingehen. Auch hier scheint der tote Punkt überwunden zu sein. Das Gespenst der Reparationen ist gebannt. Dieses tragische Kapitel der Nachkriegspolitik ist endlich abgeschlossen worden. Es ist mir bewußt, daß in der Notwendigkeit der Ratifizierung des Lausanne-Abkommens noch eine gewisse Unsicherheit liegt. Ich will Vertragsverpflichtungen keineswegs leicht nehmen, aber ich bin mir auch der Macht der Tatsachen bewußt. Der Youngplan ist erledigt. Deutschland hat ihn nicht zerrissen. Seine Grundlagen sind durch die wirtschaftliche Entwicklung zerstört. Die Weltwirtschaft hat mit Recht in ihren Büchern die Reparationsschuld abgeschrieben. Deutschland hofft, seinen privaten Zahlungsverpflichtungen nachkommen zu können. Sie zu erfüllen, ist die feste Absicht der deutschen Geschäftswelt wie das Interesse der Regierung. Aber keine Handelserleichterungen und kein Exportüberschuß werden je wieder Raum für politische Zahlungen schaffen können.

Die Welt hat das in Lausanne erreichte Resultat, die Einsicht und den Mut, den die beteiligten Staatsmänner bewiesen haben, richtig bewertet. Der bekannte amerikanische Publizist Walter Lipman hat gesagt, daß die



Völker Europas in Lausanne eine entschlossene Umkehr von ihrer zum Abgrund führenden Politik vollzogen hätten.

Die europäischen Staatsmänner haben nach Erreichung des Lausanner Abkommens einen sogenannten Vertrauenspakt abgeschlossen. Man kann zweifeln, ob dieser Vertrag zu praktischen Folgerungen führen wird. Auf jeden Fall ist er ein Fortschritt und die erste gemeinsame Formulierung gewisser Pläne für Konsultativabkommen, die von den europäischen Staatsmännern während der letzten zwei Jahre wiederholt diskutiert worden sind.

Die Weiterentwicklung der politischen Zusammenarbeit wird zurzeit noch durch die Rüstungsfrage aufgehalten. Bisher sieht man nirgends eine Gewähr, daß dieser Stein des Anstoßes wirklich beseitigt wird. Ein klarer Wille zu wirklicher Abrüstung (z. B. auf Grund der Vorschläge der Vereinigten Staaten) ist noch nicht erklärt worden, geschweige denn, daß die Abrüstung tatsächlich in Angriff genommen worden wäre. Deutschlands unverzichtbare Forderung der Gleichberechtigung ist noch nicht von denen erfüllt worden, an die sie in erster Linie gerichtet ist. Nichtsdestoweniger spürt man die Erleichterung in der Krisis der Abrüstungskonferenz. Die Völker werden nicht ruhen, bis die Notwendigkeit einer Friedenssicherung durch Abrüstung endgültig anerkannt worden ist und bis solcher Anerkennung praktische Resultate gefolgt sind. Die öffentliche Meinung der Welt fordert immer deutlicher, daß das natürliche Recht aller Völker auf gleiche Behandlung nicht länger verletzt werde und daß die Diskrimination Deutschlands aufhören müsse. Eine Abrüstungskonvention, die versuchen wollte, mit zweierlei Maß zu messen und den Unterschied zwischen Sieger und Besiegten zu verewigen, würde von der Weltöffentlichkeit verworfen werden. Die neuen Vorschläge der französischen Regierung können hier drüben noch nicht in ihrer vollen Bedeutung gewertet werden. Aber ich stehe unter dem Eindruck, — und ich stelle ihn freimütig fest — daß diese französischen Vorschläge eine Verständigung erleichtern und daß es nicht mehr aussichtslos ist, Deutschland wieder an den Verhandlungstisch der Abrüstungskonferenz zu bringen.

Zusammenfassend wage ich zu sagen, daß sich Europa, zögernd und Schritt für Schritt, aber doch sichtbar, aus dem Zustand der Lähmung befreit und sich tastend seinen Weg zur neuen Zusammenarbeit sucht. Deutschland wird bei solchen neuaufbauenden Bemühungen gewiß in erster Reihe stehen. Das deutsche Volk sehnt sich nach einer wahren Ordnung des Friedens nicht minder als alle anderen Völker und wird freudig an einer besseren Zukunft der Welt mit bauen helfen. Dieser Wunsch besteht gegenwärtig in gleicher Stärke, wie er vor den jüngsten Ereignissen innerdeutscher Politik bestanden hat.

Zur Förderung der europäischen Zusammenarbeit ist die moralische und praktische Unterstützung der Vereinigten Staaten unerläßlich. Wir alle wissen, und ich bin dankbar, es betonen zu können, wie stark sich der amerikanische Einfluß während der Abrüstungskonferenz fühlbar gemacht hat. Wir sind alle der festen Überzeugung, daß die Vereinigten Staaten nicht zögern werden, das Abrüstungsziel weiter zu verfolgen.

Auch für die Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet können wir die Vereinigten Staaten nicht missen. Ich weiß, welches Ressentiment gegen

jegliche Verwicklungen in europäische Angelegenheiten besteht. Aber bei meinen Vorträgen und bei vielen Diskussionen, die ich während meiner Vortragsreise hatte, habe ich immer wieder Zustimmung gefunden, wenn ich feststellte, daß die zukünftige Entwicklung der Menschheit der Zusammenarbeit aller Wirtschaftseinheiten und Kontinente bedarf, daß wir alle voneinander abhängig sind und daß nur gemeinsame Anstrengungen uns aus unserer Not befreien können. Die kommende Weltwirtschaftskonferenz darf so wenig wie die Abrüstungskonferenz ein Fehlschlag sein. Wir werden unsere Karten offen auf den Tisch legen und keinerlei Vorbehalte machen. Die Wiederherstellung des Kreditsystems und die Erleichterung des Waren-austauschs sind die einzigen Mittel, um eine neue Prosperität zuwege zu bringen. Seit meiner Tätigkeit als deutscher Wirtschaftsminister habe ich wiederholt erfahren, wie die Vereinigten Staaten ihre stärkste Energie und ihre besten Männer eingesetzt haben, um mit Europa gemeinsam an der Lösung großer Finanz- und Wirtschaftsaufgaben zu arbeiten, die im Interesse der ganzen Wirtschaft lagen. Ich hoffe, daß es den Vereinigten Staaten, nun der gigantische Wahlkampf hinter ihnen liegt, gelingen wird, die Reihen bald wieder zu schließen und alle ihre Kräfte anzuspannen, um eine Koalition der Weltwirtschaft zu schmieden, die zur Rettung aus der Krise notwendig ist. Ich hoffe, daß ich die Grenzen des Takts nicht überschritten habe, wenn ich meinen Wunsch so offen zum Ausdruck gebracht, und daß ich Ihre großzügige Gastfreundschaft nicht verletzt habe.

Noch kann man nicht voraussagen, welche Formen die Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet annehmen und wie die politische Zusammenarbeit gestaltet werden soll. Das System, das durch den Kellogg-Pakt geschaffen worden ist, und das System des Völkerbundes überschneiden sich je länger je mehr. Ich bin überzeugt, daß sich eine Fusion oder eine engere Beziehung zwischen beiden Organisationen als notwendig erweisen wird. Vor allem müssen neben der bloßen Kriegsächtung Präventivmaßnahmen gegen bewaffnete Konflikte getroffen werden. Ohne Zögern müssen wir die Ursache möglicher Konflikte aufdecken. Ein gerechtes Friedenssystem kann nicht vor dem status quo Halt machen, vor dem System, das 1919 geschaffen worden ist. Die Revision, die das Völkerbundstatut vorsieht, muß durch Ausführungsbestimmungen zu Artikel 19 des Statuts ermöglicht werden. Dafür wird neben dem Weltgerichtshof ein Weltbilligkeitshof treten müssen. Wir alle wünschen einen dauernden Frieden und müssen uns daher bemühen, eine adaequate Organisation für seine Sicherung zu finden.

Darf ich zum Schluß allen Instanzen der öffentlichen Meinung, die der Weltbund mit Recht für die Sache der Verständigung und der Zusammenarbeit aller Völker zu mobilisieren versucht, eine Bitte aussprechen.

Die psychologische Macht der öffentlichen Meinung ist ungeheuer. Kein Staat, keine Regierung kann sich ihr entziehen. Schwer ist die Verantwortung für die Bildung der öffentlichen Meinung. Das Wort eines griechischen Philosophen hat sich immer wieder bewahrheitet, daß die Menschen nicht durch die Dinge selbst bewegt werden, sondern durch die Meinung über die Dinge, Meinungen, die durch persönliches Empfinden, Vorurteile und Eigensucht genährt werden. Es ist Pflicht aller, vorurteilslos die Dinge selbst darzustellen und die Völker unter den Auspizien der Wahrheit zu



führen. Niemand sollte Erregungen benutzen, um phantastische Ideen und Wünsche hervorzulocken, die der Wirklichkeit nicht entsprechen. Das strenge Antlitz der Wahrheit zu zeigen ist besser, als Tatsachen in einem Nebel schöner Worte zu verbergen.

Vor allem sollte die öffentliche Meinung die Tätigkeit der Staatsmänner dadurch unterstützen, daß sie nicht im voraus Mißtrauen sät. „Ewige Wachsamkeit ist der Preis der Freiheit“, ist eine gute Maxime; aber diese Wachsamkeit sollte nicht in hysterische Visionen eines nahenden Unheils ausarten. Wir gehen durch eine schwere Krisis — niemand wird sich darüber täuschen; aber niemand kann leugnen, daß aufbauende Kräfte am Werke sind, die sich heiß bemühen, uns aus dieser Krisis herauszuführen, und die auch fähig sind, es erfolgreich zu tun. Diese Kräfte müssen gestützt werden, und die Nationen sollten wissen, daß ein Grund zur Verzweiflung nicht vorliegt.

## Die europäische Zentralstelle für kirchliche Hilfsaktionen.

Von Adolf Keller.

### I. Vorgeschichte.

Die ungeheure Not der Nachkriegszeit bedeutete für das christliche Gewissen einen unmittelbaren und sofort gefühlten Appell an das Solidaritätsgefühl und den brüderlichen Hilfswillen. Schon während des Krieges waren sich die Kirchen und Hilfswerke der neutralen Länder dieser Verpflichtung bewußt und erblickten in der Hilfe für mannigfache Not in den kriegführenden Ländern eine unmittelbare, Gott-gegebene Aufgabe. Sie taten von ihren Friedensinseln aus eine Samariterarbeit, die für Millionen ein Lichtblick in ihrem verdunkelten Dasein war und die Gott sichtlich segnete.

Aber es fehlte an Überblick und Zusammenwirken. Manche Anstrengungen verzettelten sich oder hafteten an zufälligen persönlichen Beziehungen, oder gar an der Findigkeit einzelner Bittsteller. Die bestehenden Hilfswerke in den kriegführenden Ländern waren selbst schwer getroffen und in ihren Beziehungen zum feindlichen Auslande gehemmt, weshalb sie ihren bisherigen weiten Wirkungskreis stark einschränken mußten. Andererseits hatten zwar einzelne denominationelle Hilfswerke eingesetzt; aber ihre Hilfe kam nur den Glaubensgenossen ihrer eigenen Konfession zugute. So wirkten das große lutherische Hilfswerk, das baptistische, unitarische und, wenn auch weniger sich abgrenzend, z. T. das methodistische. Diese Hilfswerke haben vielleicht gerade durch ihre weise Beschränkung einzelnen Kirchen besonders kräftig helfen können und tun es noch. Es ist nicht abzusehen, was ohne dies zum Beispiel aus dem osteuropäischen Luthertum geworden wäre. Aber, aufs Ganze gesehen, wurde dadurch eine Ungleichheit der Hilfe in den einzelnen Ländern geschaffen, die schwer auf den Kirchen lastete, die leer ausgingen. Wenn der denominationelle Gesichtspunkt die protestantische Hilfspolitik beherrschte, wer half dann den Unierten, die weder im neutralen Ausland noch in Amerika eine starke hilfsfähige Schwesterkirche besitzen? Wer half den Reformierten, deren Zusammenhang mit

dem presbyterianischen Ausland noch gar nicht hergestellt war? Wer half jenen kleinen Kirchen und Einzelgemeinden des Diaspora-Gebietes, die keine Fühlung mit dem Auslande hatten, oder diese Verbindung nicht mehr ausnützen konnten? Wer half dann so manchen Anstalten und Einzelwerken, die nicht konfessionell abgestempelt waren? Ja, wer half den Lutheranern, die die dogmatischen Bedingungen eines konfessionell-orientierten Hilfswerkes nicht erfüllten? Hier war eine Lücke im bisherigen protestantischen Hilfswerk, die von vielen schmerzlich empfunden wurde.

Der Schreiber dieser Zeilen wies schon im Jahre 1919, als die schweizerischen Kirchen eine Einladung des amerikanischen Federal Council zu dessen erster Nachkriegskonferenz mit seiner Entsendung nach Amerika beantwortet hatten, die Leitung des Amerikanischen Kirchenbundes nachdrücklich auf diese Lücke hin. Er entwickelte im Sommer 1920 unter den Kastanienbäumen des Hotels Beau-Séjour in Genf auch dem Erzbischof Söderblom gegenüber, bei Gelegenheit der Vorkonferenz für die Stockholmer Welt-Kirchenversammlung, zum erstenmal die Notwendigkeit und Grundsätze einer allgemein-protestantischen Hilfsaktion, zur Ergänzung und Koordinierung der bestehenden konfessionellen Hilfswerke.

Aber noch fehlte es am geistigen Zusammenhang, an der Übersicht und auch an den materiellen Mitteln, um eine solche Hilfsaktion zu organisieren. Die einzelnen Kirchen und Hilfsvereine bauten daher ihr Hilfswerk auf mit den Fühlungen, die sie hatten. Der eben gegründete Schweizerische Evangelische Kirchenbund begann seine Tätigkeit mit der Durchführung zweier großer Sammlungen, vor allem für Deutschland, die über eine Million Franken ergaben, und setzte sich, nach einer Besprechung an der Versammlung des Weltbundes für Freundschaftsarbeit der Kirchen in Beatenberg, mit dem deutschen Zweig dieses Komitees sowie mit dem Oberkirchenrat in Verbindung für die Herstellung der nötigen Fühlungen.

Ebenso wurde im Norden gesammelt, in Schweden die Samariterspende, und individuelle Beziehungen verbanden auch Holland und andere helfende Kirchen mit den notleidenden Kirchen und Werken des Kontinents.

Aber diese mannigfaltigen, einander vielfach durchkreuzenden, einzelnen Hilfstätigkeiten, die Überschwemmung der hilfsfähigen Länder mit privaten Kollekten, ließen die Forderung einer allgemein protestantischen Hilfsaktion immer dringlicher erscheinen. Vor allem dann, wenn die westliche Kirchenwelt von Großbritannien und Amerika in einem größeren Umfange für ein Hilfswerk auf dem europäischen Kontinent gewonnen werden sollte.

Einen ersten Schritt zur Verwirklichung dieser Idee bedeutete ein Beschluß des Federal Council im November 1921, in dem frühere Anregungen sich zum erstenmal zu Grundsätzen und bestimmten Vorschlägen verdichteten. Diese Vorschläge sind nicht nur für den Aufbau der Zentralstelle maßgebend geworden, sondern haben auch eine große Bedeutung gewonnen für die Beziehungen zwischen dem amerikanischen und europäischen Protestantismus. Es rechtfertigt sich daher, bei diesem Rückblick darauf hinzuweisen. An jener Konferenz wurde beschlossen, die Lage der kontinentalen Kirchen zu prüfen im Blick auf eine amerikanische Hilfsaktion. Dabei wurde ausdrücklich der Grundsatz festgelegt, daß ein solches Hilfswerk zur Stärkung der alteingesessenen europäischen Kirchen dienen und nicht zu ihrer Schwächung,



durch Förderung eines Missionswerkes, führen solle. Ausdrücklich wurde gesagt, daß Amerika damit nicht einen kirchlichen Einfluß in Europa suche oder amerikanische Methoden in unsere kirchliche Arbeit einführen wolle. Die bestehenden denominationellen Hilfswerke sollten anderseits auch nicht gehindert werden. Aber die Kommission des Federal Council für die Beziehungen zu den Kirchen Europas anerkennen sich als „clearing house“ und Zentralstelle für kirchliche Hilfe in Europa, und dabei sollte vor allem eine aufbauende Arbeit im Auge behalten werden, ebenso die Hilfe für Pfarrer und Arbeiter der Inneren Mission, für die Heranbildung der Geistlichen, die Erhaltung der kirchlichen Liebeswerke, der christlichen Literatur, der Stützung der religiösen Minoritäten. Von Anfang an wurde auch die geistige Seite des Hilfswerkes betont, die Gewinnung einer besseren gegenseitigen Kenntnis und die Pflege des geistigen Lebens.

An der Förderung dieses Planes und an der Aufstellung dieser Grundsätze hatte der damalige Generalsekretär des Federal Council, Dr. Charles Macfarland, den größten Anteil. Er besaß, wie damals kein anderer Amerikaner, eine Fülle von persönlichen Beziehungen, den weiten Blick, und vor allem den Wunsch, den Amerikanischen Kirchenbund in eine engere Verbindung und Zusammenarbeit mit dem europäischen Protestantismus als Ganzem zu bringen. Es war ihm nach dem Kriege klar bewußt, daß die kommenden großen Aufgaben des Protestantismus in einer Zeit weltweiter Spannung und Nöte gebieterisch eine solche engere Verbindung der Kirchen der alten und der neuen Welt erheischten. Ihm sind vor allem die Anregung und die Mittel für die Abhaltung jener denkwürdigen Bethesda-Konferenz in Kopenhagen zu verdanken, an welcher die Zentralstelle für kirchliche Hilfsaktionen gegründet wurde.

## II. Die Bethesda-Konferenz.

Der Schweizerische Evangelische Kirchenbund, der seit seiner Gründung in enge Verbindung mit dem Federal Council getreten war, nahm die Anregung auf und lud gemeinsam mit einem provisorischen Vorbereitungskomitee aus kirchlichen Vertretern der neutralen Länder zu einer Konferenz nach Kopenhagen ein, auf den 10.—12. August 1922. Diese Konferenz fand dort statt unmittelbar nach der Konferenz des Freundschaftsbundes und wurde von einem lokalen dänischen Komitee, unter Leitung von Herrn D. Alfred Jörgensen, aufs beste vorbereitet.

Die Grundlage dieser Konferenz bildete ein Bericht „Zur Lage des europäischen Protestantismus“<sup>1)</sup>, der vom Sekretär des Schweizerischen Kirchenbundes auf Grund der von den Kirchen eingegangenen Originalberichte abgefaßt wurde. Dieser so denkwürdige Bericht ist schon oft das erste gemeinsame Dokument eines europäischen Protestantismus genannt worden, denn er gibt auf Grund von offiziellen Quellen eine erstmalige Übersicht, vom allgemein protestantischen Gesichtspunkte aus, über die Lage und die Aufbauprobleme der alten europäischen Landeskirchen, lutherischen und reformierten Bekenntnisses. Das europäische Freikirchentum, das bereits in einem internationalen Zusammenhang stand und seine

<sup>1)</sup> 164 Seiten, Zürich 1922; nicht im Buchhandel, vergriffen.

eigenen Hilfswerke besaß, trat natürlicherweise etwas zurück hinter den großen nationalen Verbänden, denen die stärkste und maßgebendste Vertretung des Gesamtprotestantismus obliegen mußte.

Die Konferenz war nicht nur finanziell ermöglicht worden durch das amerikanische Komitee für die Beziehungen zu den europäischen Kirchen, sondern auch durch die Tatsache, daß der Freundschaftsbund fast gleichzeitig seine große Versammlung abhielt und durch die Gegenwart seiner Delegierten auch eine starke Vertretung an der Bethesda-Konferenz ermöglichte.

Die Bethesda-Konferenz, an der 75 offizielle Delegierte von 37 Kirchen teilnahmen, ist sicher eine der eindrucklichsten und herzbewegendsten großen internationalen Versammlungen der letzten Jahre gewesen. Denn hier traten kirchliche Vertreter aus 14 kontinentalen Ländern, in denen die Kirchen um ihre Existenz rangen, vor das Forum des Weltprotestantismus und legten ihre schwere Not dar im Vertrauen auf die brüderliche Hilfe der andern. Mancher dieser persönlichen Berichte traf tief ins Herz der Anwesenden und entzündete in diesen Vertretern des Weltprotestantismus ein bisher nie gekanntes Gefühl der Zusammengehörigkeit und gegenseitiger Verantwortlichkeit für einander. Man konnte schon in Kopenhagen fühlen, daß mit der Not der Zeit für die evangelische Christenheit auch neue geistige Kräfte in ihr aufbrechen wollten.

In konfessioneller Hinsicht waren Lutheraner, Reformierte, Unierte, Presbyterianer, Methodisten, Baptisten, Kongregationalisten, Quäker, meist in offizieller Weise, durch eine Anzahl maßgebender Führer vertreten.

Als Hauptursache der Notlage erschien überall die durch den Krieg verursachte Verarmung Europas, die sofort auch für die Kirchen empfindlich wurde. Sodann die Zerreißung zusammengehörender Kirchenkörper in einzelne Teile, die keinen Zusammenhang mehr miteinander hatten. Endlich die Stellungnahme der staatlichen Politik einzelner Regierungen, die von einer Reihe von Kirchen als Bedrohung ihrer Existenz angesehen werden mußte.

Unter den besonderen Notständen wurden immer wieder folgende genannt:

1. Zerstörung und Zerfall von Kirchen und kirchlichen Bauten und die Schwierigkeit, die Mittel zu ihrem Wiederaufbau zu finden.
2. Die Unmöglichkeit, die Berufsarbeit der Kirche und ihrer Liebeswerke infolge der Teuerung und Geldentwertung vor Hunger und Not zu schützen.
3. Die Schwierigkeit, die Liebeswerke und Anstalten der Inneren Mission zu erhalten.
4. Die Notlage des evangelischen Schrifttums und die Erhaltung der evangelischen Schulen.
5. Die Schwierigkeit, den theologischen Nachwuchs zu erhalten.

Die Konferenz wandte sich in besonderer Weise an die amerikanische Kirchenwelt. Diese war vor allem durch Delegierte des Federal Council vertreten. Doch war auch der Präsident des National Lutheran Council, Dr. Larssen, anwesend. Die Konferenz eröffnete damit das bedeutsame Gespräch zwischen dem europäischen und dem amerikanischen Gesamtprotestantismus. Das Federal Council versprach, sich einzusetzen, um die amerikani-



schen Kirchen besser über die europäische Lage zu orientieren, ihr Interesse zu wecken und ihre Hilfe zu gewinnen, sah aber gleichzeitig in einem engeren Zusammenschluß und Zusammenwirken der kirchlichen Kräfte Europas eine wesentliche Bedingung für die gemeinsame Hilfeleistung.

Die Konferenz erklärte in einer Schlußresolution die Durchführung einer allgemeinen evangelischen Hilfsaktion für wünschenswert und schloß sich zu diesem Zwecke als Vertreterversammlung des europäischen Protestantismus zusammen. Es wurde ein Exekutiv-Komitee gewählt, bestehend aus den Vertretern der helfenden Kirchen, und der Schweizerische Kirchenbund wurde aufgefordert, die Europäische Zentralstelle zu bilden und die Oberaufsicht für ihre Führung zu übernehmen. Der Schreiber dieser Zeilen wurde als Generalsekretär der Zentralstelle gewählt und machte sich sofort an den Aufbau.

### III. Das Hilfswerk.

Der Schweizerische Evangelische Kirchenbund übernahm in einer außerordentlichen Versammlung in Olten die ihm übertragenen Aufgaben mit einem mutigen und freudigen: „Gott will es“! Kurze Zeit darauf legte der Generalsekretär auch einer amerikanischen Konferenz, die von 75 Delegierten aus 18 Kirchen besucht war, eine Denkschrift mit Leitsätzen für die Übernahme und Führung einer europäischen Zentralstelle vor.

Dann galt es, einen persönlichen Eindruck von der Notlage, namentlich in Zentraleuropa, zu gewinnen und die amerikanischen Kirchen zu informieren. Ein rascher Besuch in Deutschland, Österreich und Frankreich gab erste erschütternde Eindrücke. Man stand vor dem schweren Winter 1922/23. Der jetzige Vizepräsident des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses führte den Berichterstatter persönlich an eine Reihe von Orten, wo die deutsche Not eindrucklich und ergreifend zum Herzen sprach. Dasselbe tat Dr. Haase, Präsident des österreichischen Oberkirchenrates, und André Monod in Paris. Die erste Reise nach Amerika, die dann folgte, hatte nicht den Zweck einer unmittelbaren Geldsammlung. Viel mehr sollte die Lage des europäischen Protestantismus den amerikanischen Kirchen sichtbar und eindrucklich gemacht werden. Die maßgebenden Persönlichkeiten sollten gewonnen werden. Ein besonderes Komitee wurde gebildet und der Versuch gemacht, dem Hilfswerk in dem offiziellen Haushaltsplan der Kirche einen Platz zu verschaffen. Ebenso sollte eine Verständigung mit denominationellen Hilfswerken erreicht und eine Reihe von weiteren Organisationen interessiert werden. Das Federal Council hat alle diese Bemühungen nach Kräften unterstützt, und der europäische Protestantismus hat allen Anlaß, das nicht zu vergessen. Es organisierte die Reisen, es verschaffte dem Abgesandten Zutritt zu großen Synoden und den Behörden der verschiedenen Kirchen. Es brachte ihn mit einer Fülle einflußreicher Männer in Verbindung. Es hat im wesentlichen auch die Organisation der Werbung finanziert. Dies war kein kleines Unternehmen — kostet doch ein einziges Memorandum an alle Pfarrer Amerikas, mit Druckkosten, Porto, Spedition, Hilfskräften, allein über 20000 Franken.

Eine Fülle von Vorträgen in fast allen Teilen Amerikas wurde gehalten. Oft kam der Abgesandte nach 24 stündiger Fahrt vormittags in einer Stadt an, hielt dem bereits gebildeten Komitee der lokalen Föderation einen Vor-

trag, sprach dann etwa nach dem Mittagessen an einem Luncheon Meeting, zu dem vielleicht 150 Geschäftsleute der Stadt eingeladen waren, berichtete nachmittags etwa einer Frauenversammlung über die Lage, besuchte eine Reihe von kirchlichen Sekretären und hielt abends in einer großen Kirche einen öffentlichen Vortrag, um dann mit dem Nachtzug in eine andere Stadt zu fahren, wo dasselbe Programm sich abwickelte. Dabei wurde der Bruder aus Europa meist mit großer Herzlichkeit empfangen, aber es zeigte sich doch auch, wie wenig man von Europa außerhalb von denominationellen Beziehungen wußte und wie notwendig eine erzieherische Aktion war, die vor aller Tat die nötigen Kenntnisse vermittelte und das Interesse weckte. Das war eine Aufgabe, die sich über Jahre hin erstrecken mußte und die besonders erschwert war durch die ungeheure Größe Amerikas und die bunte Mannigfaltigkeit seiner Kirchen.

Erschwerend war, daß das Inter-Church World Movement, das die praktische Tätigkeit der Kirchen zusammenfassen wollte auf breiter Basis, eben zusammengebrochen war und mehreren amerikanischen Kirchen große Verluste gebracht hatte. Man weiß noch zu wenig, wie sehr gerade dieser Zusammenbruch einer aufs Größte angelegten föderativen Bewegung das Mißtrauen gegen große inter-denominationelle Unternehmungen wachgerufen und den Denominationalismus wieder gestärkt hat. Es ist eine kirchengeschichtlich bedeutsame Erscheinung, daß immer wieder an den großen zusammenfassenden Bewegungen des Protestantismus der Widerspruch des konfessionellen Bewußtseins erstarkte. Der Protestantismus muß daher mit seinen Denominationen als mit gegebenen Tatsachen ein für allemal rechnen. Selbst das mächtige Federal Council, das seit 1908 die erste große Zusammenfassung protestantischer Kirchenkörper war, hat diesen Widerstand denominationeller Belange immer wieder erfahren und fühlte sich dadurch auch in der Förderung eines allgemein protestantischen Hilfswerkes gehemmt.

Aber es handelte sich, wie an der Bethesda-Konferenz ausdrücklich gesagt wurde, nicht darum, die denominationellen Hilfswerke etwa zu verschmelzen, oder in ein gesamt-protestantisches aufzulösen, sondern darum, überall, auch innerhalb der Denominationen selbst, den Willen zur Hilfe zu wecken und zu stärken. Der kirchliche Abgesandte Europas suchte daher die denominationellen und anderen Hilfswerke ebenso zu fördern, wie das gesamt-protestantische Hilfswerk, und namentlich auch solche Kirchen zu gewinnen, die bisher kein Interesse am europäischen Protestantismus gehabt hatten. Er sprach daher häufig auch in lutherischen, methodistischen und baptistischen Kirchen und förderte so auch das besondere denominationelle Hilfswerk dieser Körperschaften ebenso wie andere begrenzte Hilfswerke, wie z. B. das für die Waldenser, für die deutschen Kinder, für den französischen Protestantismus. Dieser hatte schon vor der Errichtung der Zentralstelle eine besondere Hilfe von gegen 3 Millionen Dollars von seiten der amerikanischen Kirchen erfahren. Diese kamen allerdings so zusammen, daß Rockefeller, um die Hilfe zu stimulieren, erklärte, daß er für jeden von den Kirchen gesammelten Dollar zwei weitere aus eigenen Mitteln zuschießen werde — ein Grundsatz, der häufig in der amerikanischen Hilfspolitik angewandt wird, um die Gebefreudigkeit anzuregen.

Eine Reihe von Kirchen nahmen das Hilfswerk in ihren kirchlichen Haus-



haltsplan auf oder förderten wenigstens seine Organisation durch Beiträge. Das Federal Council bestellte ein besonderes Büro zuerst unter der Leitung von Rev. Goodrich, des früheren amerikanischen Pfarrers in Paris, sodann von Mr. Miller, und heute von Rev. Leiper und Frl. Antonia Froendt, um das Hilfswerk aufzubauen, Information zu verbreiten und die Gaben zu sammeln. Die dem Federal Council angeschlossenen Kirchen erklärten in der Folge ihre Zustimmung zum Beschlusse der Bethesda-Konferenz, übernahmen auch mehr als zwei Drittel des Verwaltungsbudgets und in der Folge die Besoldung des Generalsekretärs als des Vertreters des Federal Council, das ihn ganz dem Hilfswerk zur Verfügung stellte.

Der finanzielle Erfolg dieses ersten Appells, der sich etwa auf 1,5 Millionen Franken belief, war sicher nicht der einzige Maßstab für den Wert dieses ersten Versuches, die protestantischen Kräfte für eine gemeinsame Arbeit zu gewinnen. Unter den geistigen Werten, die er hervorrief, ist sicher auch zu erwähnen die Gewinnung eines brüderlichen Verhältnisses zwischen den amerikanischen und den europäischen Kirchen. Durch zahlreiche Kanäle, in den ersten Jahren auch durch eine kleine Zeitschrift „Hands across the sea“, vor allem auch durch die religiöse Presse, wurde den amerikanischen Kirchen eine neue Kenntnis des europäischen Kirchenlebens vermittelt. Sie mochte vielleicht nicht sehr weit über die verantwortlichen Stellen hinausreichen, aber es waren überall Ansätze zu hoffnungsvollem Wachstum gegeben, bis dann im Laufe der letzten vier Jahre das Wachstum dieser Beziehungen wieder einigermaßen verlangsamt oder gar gehemmt wurde durch die politischen Spannungen zwischen Europa und Amerika, durch die Entdeckung tieferer theologischer und psychologischer Unterschiede, die dann vor allem an den Konferenzen von Stockholm und Lausanne stärker in die Erscheinung traten. Die Bearbeitung dieser Verschiedenheiten oder Spannungen bleibt sicher, auf Grundsätzliches zurückgeführt, eine der heutigen großen Gesamtaufgaben des Weltprotestantismus.

Die protestantische Zusammenarbeit, die mit dem Hilfswerk angebahnt wurde, spiegelt sich schon in der Zusammensetzung des Komitees. Es wurde zunächst gebildet aus offiziellen Vertretern der helfenden Kirchen von Amerika, Großbritannien, Dänemark, Holland, Norwegen, Schweden, der Schweiz und später auch von Finnland. Dazu kamen dann später Vertreter der bestehenden Kirchenbünde, sowie einzelner großer denominationeller Weltverbände. Alle Kirchenbünde sind heute offiziell in diesem Komitee vertreten, dazu der Reformierte Weltbund, der evangelische Anglikanismus, D. Jörgensen bildet das Band mit dem lutherischen Weltbund, Bischof J. D. Nuelsen mit dem methodistischen. Das Komitee stand zuerst unter der Leitung von D. Herold und heute von D. Choisy, beide Präsidenten des Schweizerischen Kirchenbundes, mit D. Jörgensen, Kopenhagen, als Vizepräsidenten.

Auf dem Kontinent hatte sich die Lage seit der Eröffnung der Bethesda-Konferenz rasch verschärft. Der furchtbare Winter 1922/23 ist noch in aller Erinnerung. Die Not in den Pfarrhäusern einzelner Länder war entsetzlich, namentlich in Sachsen und Thüringen. Eine besondere deutsche Pfarrhaushilfe wurde organisiert im Anschluß an die Zentralstelle und unter besonderer Leitung von Pfarrer D. Benz in Basel. Manche Pfarrer mußten den Lebensunterhalt für ihre Familie durch andere Arbeit aufbringen,

in Büros, in Versicherungsgesellschaften, in kaufmännischen Unternehmungen, ja sogar durch Bergwerksarbeit. Studenten hungerten sich unter großen Entbehrungen durch die Studiensemester hindurch. Eine größere Anzahl von Anstalten mußten geschlossen werden. In Frankreich, aber auch in Polen und Lettland, lagen viele Kirchen und Pfarrhäuser in Trümmer und konnten nicht repariert werden. Heimkehrende Flüchtlinge, die in Rußland zurückgehalten waren, fanden ihre Dörfer und Höfe verwüstet und zerfallen. In zahllosen Anstalten der Inneren Mission herrschte der Hunger und die Sorge. Viele arme Diaspora-Gemeinden brachten den notwendigen Unterhalt für Pfarrer und Kirche nicht mehr auf oder nur wahre Hungerlöhne für ihre Angestellten. In der kirchlichen Presse begann ein großes Sterben. Viele Kirchen hatten im Kriege oder in der Inflation ihr ganzes Vermögen eingebüßt. Kirchen und Minoritäten, namentlich in Osteuropa, sahen sich durch die Agrarreform in einem weitgehenden Maße enteignet. Ebenso war die evangelische Schule, die in den osteuropäischen Ländern aufs engste mit den Kirchen verbunden war, in ihrer Existenz bedroht. Der Mittelstand, der die eigentliche Stütze des kirchlichen Lebens war, wurde, namentlich durch die Inflation, zugrunde gerichtet. Die alten Pfarrer und Pfarrerswitwen verloren ihre Versorgung und aßen in Not und Kummer am Ende ihrer Tage ein kärgliches Brot. Unter der Kinderwelt hausten die Entbehrungen der Nachkriegszeit in furchtbarer Weise. Das Bildungsniveau der kirchlichen Welt senkte sich deutlich. Viele Pfarrer und Studenten konnten sich keine Bücher mehr beschaffen. Die Bibliotheken der Fakultäten begannen zu veralten. Viele Pfarreien blieben unbesetzt und viele alte Pfarrer konnten ihre Stellen nicht verlassen.

Wohl setzten allerlei allgemeine Hilfsaktionen ein, die Quäkerhilfe, die Hilfe für Rußland, für die deutschen Kinder, für ungarische und belgische Kinder, für einzelne Städte, die von anderen als Paten übernommen wurden, usw. Aber der Not der Kirchen, einzelner Gemeinden, und den Anstalten der Inneren Mission standen trotz dieser verschiedenen Hilfswerke doch zu geringe Mittel gegenüber. Deutschland, das durch seine Hilfsvereine, vor allem durch den Gustav Adolf-Verein, eine große Anzahl von ausländischen Werken und Glaubensgenossen unterstützt hatte, war durch die Kriegsfolgen, Inflation und die allgemeine Aushungerung so verarmt, daß eine große Anzahl dieser auswärtigen Werke gerade durch das Ausbleiben der bisherigen Hilfe in größte Not kamen.

Hier durfte die Europäische Zentralstelle deshalb oft schon mit geringen Mitteln Großes ausrichten, weil infolge der Währungsunterschiede auch kleine Summen sich in ausländischer Währung ungeheuer vervielfachten. Man erlebte so wieder das Wunder, daß aus Wenigem Viel wurde. In manchen Briefen aus jener Zeit heißt es daher: „Was wären wir geworden ohne die Zentralstelle!“ Es ist unmöglich, die Art der Hilfe im einzelnen darzustellen. Viele Protestanten in 16 Ländern haben sie als Beweis wirklicher Bruderliebe erfahren dürfen. Es soll hier davon kein Aufhebens gemacht werden. Aber einige Beispiele sollen hier doch angeführt werden, als dankbare Erinnerung daran, daß, wenn die Not am größten ist, Gott am nächsten ist.

So die Hilfe, die die Zentralstelle an einem Weihnachtstag dem prote-



stantischen Gymnasium „El Porvenir“ in Madrid senden konnte. Das Gymnasium, noch eine Schöpfung des alten Fliedner, war durch Kündigung einer Hypothek in größte Not geraten, und man wußte nicht, was werden sollte auf Ende des Jahres. Auf den Alarmruf versuchten die amerikanischen Freunde an einige Türen zu klopfen, die man sich für besonders dringliche Fälle vorbehielt. Aber ich reiste von New York ab, ohne vom Erfolg dieser Schritte zu hören. Am Heiligen Abend erhielt dann die Zentralstelle durch Kabel 10000 Dollars, so daß sie noch am selben Tage 11000 Dollars an Fliedner telegraphieren konnte, um das Gymnasium zu retten. Die rettende Depesche wurde Pastor Fliedner, der am Weihnachtstag draußen auf dem Lande redete, nachgesandt, und er fand sie vor sich liegen, als er die Kanzel betrat. Tränen fielen aus seinen Augen, und die erschrockene Gemeinde glaubte an ein Unglück, das ihm gemeldet wurde, aber es waren Tränen der Freude über die Rettung des Gymnasiums durch die Hilfsbereitschaft ferner Brüder.

Ich erwähne aus vielen anderen nur noch ein Beispiel, wo es uns mit Gottes Hilfe gelang, im rechten Augenblick Hilfe zu bringen. In Charbin lagen etwa 1200 evangelische Flüchtlinge aus Rußland in größter Not. Ihre Flucht aus Rußland durch China hindurch war eine Reihe von schweren Ereignissen. Sie litten Hunger, wurden bedroht, Frauen wurden ihnen weggeheiratet von den Chinesen, und als sie in Charbin in größtem Elend ankamen, wurden sie von der chinesischen Regierung mit Rücksendung nach Rußland bedroht, was sicherer Tod gewesen wäre. Da galt es zusammenzuwirken, um den Armen ein neues Heim zu suchen. Die Mennonitenhilfe, die Zentralstelle und das Nansen-Komitee wirkten so zusammen, um die Flüchtlinge nach Paraguay zu schaffen. Die Lutheraner wurden durch das lutherische Hilfswerk nach Brasilien gebracht. Niemand wollte sie sonst. Nur durch die Hilfe des Nansen-Komitees wurde es möglich, die Transportschwierigkeiten zu überwinden und den Widerstand der Regierungen zu besiegen. Andererseits war es möglich, durch solches Zusammenwirken die nötigen Mittel aufzubringen, um den Transport zu bewerkstelligen. Gibt es wohl in neuerer Zeit eine ergreifendere Odyssee als die dieser Flüchtlinge, die durch das Gebiet des mandschurischen Krieges hindurch mußten, in Schanghai ankamen während des japanischen Bombardements, und nun zudem auch vom Kriegausbruch zwischen Paraguay und Bolivien bedroht sind? Wie wohl muß es ihnen tun, daß die evangelische Christenheit Augen und Ohren hat, um zu sehen und hören, und Hände, um zu helfen, auch da, wo ein Einzelner, oder eine einzelne Gemeinde oder Kirche machtlos ist, und wo allein eine Vereinigung der Kräfte wirksam sein kann.

Wie nützlich es ist, daß der Weltprotestantismus gelegentlich mit allen Augen auf eine bestimmte Stelle hinschaut, zeigte sich auch einmal an der österreichisch-italienischen Grenze, wo eine evangelische Anstalt mit großem Landbesitz sequestriert worden war. Die evangelischen Kinder wurden vertrieben und durch katholische ersetzt. Das Komitee wurde daraufhin vorstellig durch Entsendung des Sekretärs an Mussolini und wies hin auf das Aufsehen, das eine Enteignung namentlich in den großen protestantischen Ländern machen mußte. In der Folge hat dann in der Tat der italienische Staat der Anstalt eine Entschädigung angeboten.

Der Raum erlaubt nicht, hier weitere einzelne Beispiele herauszuheben, und das Beste soll ja auch verborgen bleiben.

Die Not war in all den zehn Jahren da und dort immer wieder größer als die zur Verfügung stehenden Mittel. Das zwang zur Beschränkung. Gerade dadurch bildeten sich gewisse Grundsätze einer protestantischen Hilfspolitik heraus, die versuchten, das im Augenblick Notwendigste zu tun, an den strategischen Punkten Hilfe zu bringen, sie auf Erreichbares zu konzentrieren und neben dem dringenden Einzelnen stets den Blick auf das Ganze nicht zu verlieren. Es gibt in Europa Kirchen, die die Hilfe des Auslandes einfach nicht entbehren können und ohne die sie in ihrer Existenz bedroht wären. Es gibt andere, die eben daran waren, mit größter eigener Anstrengung aus der Krisenzeit herauszukommen, und es gibt heute solche, die durch die Weltnot unerwarteterweise wieder schwer erschüttert sind.

Neben der dringenden Fürsorge für bedrohte Kirchen und Gemeinden erschien so die Hilfe für die notwendigsten Anstalten der Inneren Mission als wichtige Aufgabe, ebenso die Heranbildung der zukünftigen Pfarrerschaft. Die Zentralstelle hatte ein weitgreifendes Stipendienprogramm ausgearbeitet, das nicht nur Stipendien für Studenten der Theologie vorsah, sondern auch Beihilfe für die Weiterbildung von Theologen auf besonderen Gebieten, wie z. B. Jugendbewegung, Innere Mission, soziale Arbeit, oder auch Kenntnis fremder Kirchen. Mit Hilfe einer größeren Gabe von Rockefeller gelang es, dieses Stipendienprogramm bisher durchzuführen, so daß jährlich zwischen 120 und 140 Semesterstipendien verteilt werden konnten.

Dagegen hätten andere größere Aufgaben ein viel kräftigeres Zusammenarbeiten des Protestantismus verlangt, als es wirklich der Fall war. Große Bauhilfen, oder überhaupt der Aufbau der Inneren Mission im Osten Europas mußten zurückgestellt werden oder können nur langsam verwirklicht werden. Andererseits bedeutet gerade der Zusammenbruch von derartigen großen Unternehmungen, die aus der Inneren Mission hervorgingen, eine ernste Warnung und Mahnung zur Bescheidenheit gegenüber allen großzügigen Plänen.

Ein ebenso schwieriges und weithin drohendes Problem ist die kirchliche Verschuldung, die in einer Reihe von Ländern um sich greift. So in Belgien, Deutschland, Ungarn und Österreich. Hier handelt es sich um die Grundlagen des ökonomischen Systems der Kirchen und um eine notwendige Sanierung, die eine bloße Hilfsorganisation nicht durchführen könnte.

Einen Versuch in dieser Richtung, die angemessene Hilfe zu finden, bedeutet die Gründung der Internationalen Protestantischen Darlehns-genossenschaft. In den letzten Jahren zeigte es sich vielfach, daß manchen Kirchen und Werken mit kleineren Gaben nicht geholfen war. Sie brauchten Darlehen, jedenfalls größere Summen, die unentbehrlich waren für bedeutende Reparaturen, für die notwendige Erweiterung von Anstalten, oder den Aufbau eines Liebeswerkes. Die Zentralstelle versuchte, diese Hilfe zuerst durch amerikanische Darlehen zu erreichen, wie es auch die Innere Mission Deutschlands tat. Sie bildete zu ihrer Beratung ein schweizerisches Bankierkomitee, dem eine Reihe der angesehensten schweizerischen Bankiers beitraten. In weiser Voraussicht der später kommenden Ereignisse warnten sie vor amerikanischen Darlehen mit ihrem hohen Zins — jedermann weiß, wie sehr



ihnen die Gegenwart recht gibt — und rieten zum Aufbau einer Genossenschaft, die das nötige Kapital durch Anteilscheine aufbringen sollte. Die Ungewohntheit des Unternehmens und dann die Krise verhinderten, daß bisher viele Länder sich an der Aufbringung des Grundkapitals beteiligten. Die Schweiz brachte ihre volle Quote auf, ebenso sind britische und holländische Komitees an der Arbeit. Trotz des noch zu niedrigen Kapitalbetrages wurde die Genossenschaft in Genf gegründet und trat bereits in Funktion. Da sie auf geschäftsmäßiger Grundlage aufgebaut ist, ist sie unabhängig von der Zentralstelle, aber in enger Fühlung mit ihr, unter Leitung eines internationalen Verwaltungsrates, an dessen Spitze Herr Dr. Sarasin, der Präsident der Schweizerischen Nationalbank, steht, sowie als Direktor Herr Marc Sauter in Genf. Den Hauptantrieb gab Bankier Walch.

Die Erschütterung des ökonomischen Systems der Kirchen und ihrer Liebeswerke wurde auch von einer größeren internationalen Konferenz zum Gegenstand ihrer Untersuchung gemacht. Sie tagte bisher zweimal in Schottland und vereinigte eine große Zahl von christlichen Bank- und Geschäftsleuten, die sich verpflichtet fühlen, ihre geschäftlichen Erfahrungen und Kenntnisse in schwerer Zeit der Kirche zur Verfügung zu stellen.

Außer der Hilfe für Kirchen und ihre Werke in 16 Ländern traten noch besondere Aufgaben an die Zentralstelle heran, wie die Hilfe für die junge ukrainisch-evangelische Bewegung, die russische Nothilfe, die deutsche Pfarrhaushilfe, die Hilfe für die assyrischen Flüchtlinge, die Not der Überschwemmungsgebiete in Frankreich. Die Zentralstelle wurde auch vielfach benützt für die Übermittlung von Gaben für die Notleidenden in China, für die die Schweiz allein über 350 000 Fr. aufbrachte. Die Vermittlung geschah durch das National Christian Council oder eine Baptisten-Mission im Hungergebiet. Der Raum erlaubt nicht, auf solche Sonderaufgaben genauer einzugehen. Dagegen wurde gerade daran die wertvolle Erkenntnis für die Psychologie der Hilfsbereitschaft ersichtlich, daß konkrete und begrenzte Aufgaben eine größere Willigkeit zur Hilfe wachrufen als allgemeine Appelle.

#### IV. Das Zusammenwirken von Kirchen und freien Hilfsorganisationen.

In den meisten westeuropäischen Ländern bestanden bereits alteingesessene Hilfswerke, wie der Gustav Adolf-Verein, schwedische, dänische, holländische und schweizerische Hilfsorganisationen. Ihre Kraft beruht auf einem festen Mitgliederbestand. Es galt, sie in ihrer Arbeit nicht zu stören, sondern eher ihre Kräfte so zu verbinden, daß daraus eine Hilfe des Weltprotestantismus werden konnte.

Im Hilfswerk der Zentralstelle handelt es sich aber vor allem darum, die Kirchen selbst zur Hilfe zu bewegen, und vor allem um die erstmalig angestrebte Zusammenarbeit zwischen dem englisch sprechenden westlichen Protestantismus und den helfenden europäischen Kirchen. Die Kirchen selbst werden so mehr und mehr ihrer Pflicht zur Hilfe bewußt, zeigen aber dabei charakteristische Unterschiede. Den reformierten Kirchen fällt es im allgemeinen leichter, auch in ihrem Hilfswerk einen ökumenischen Gesichtspunkt durchzuführen und auch andere Kirchen oder ihre Werke zu unterstützen. So haben Schottland und die Schweiz es mehrfach ausgesprochen, daß ihre

Hilfe keinen denominationellen Charakter haben solle, sondern auf allgemein protestantischer Grundlage geschehe. Die reformierten Kirchen konnten diese Grundsätze allerdings nicht so durchführen, wie sie es gewollt hätten, da sowohl lutherische als methodistische und baptistische Hilfswerke sich zumeist nicht auf denselben Boden stellen, sondern die Pflicht gegenüber den nächsten Glaubensgenossen allen anderen vorgehen ließen. Das zwang zum Teil auch die reformierte Hilfe zu einer konfessionelleren Einstellung zurück. Trotzdem läßt sich sagen, daß innerhalb der Europäischen Zentralstelle das erfreulichste Zusammenwirken zwischen lutherischen und reformierten Hilfskräften erreicht wurde, und daß ein wertvoller Beitrag zur Annäherung und zum Zusammenwirken der beiden Konfessionen geleistet wurde.

Besonders bedeutsam zeigt sich in dieser Hinsicht der weite Blick der schottischen Kirche, die ein starkes gesamt-protestantisches Bewußtsein besitzt und in ihrer Fühlung mit dem Kontinent auch praktisch betätigt.

Dies zum großen Unterschied von der anglikanischen Kirche, die viel insularer empfindet, wegen ihres konfessionellen Doppelcharakters, — evangelisch-katholisch — und lange an einem Miteinspringen in ein gesamt-evangelisches Hilfswerk gehindert war.

Das Bedeutsame an der Hilfe der Europäischen Zentralstelle ist nicht zuletzt die Mobilmachung amerikanischer Kräfte. Mehrere Kirchen setzten die Zentralstelle in ihr offizielles Budget ein. Die amerikanische Hilfe war aber „Relief“, d. h. ein eigentliches Notwerk, für bestimmte Zeit unternommen und nicht aufgebaut auf regelmäßigen und verpflichtenden Mitgliederbeiträgen wie bei europäischen Hilfswerken. Amerikanische Hilfe — eine Erfahrung, die auch das „Near East Relief“ und andere Werke machten — kommt stoßweise, generös, aufflammend unter dem Eindruck eines herzbewegenden Appells, aber auch wieder ermattend, wenn lange und regelmäßige Arbeit erforderlich ist, oder sich die positiven Resultate nicht rasch zeigen.

An diesen Problemen wird die Frage wach, ob die Europäische Zentralstelle ein vorübergehendes Notwerk sein oder zu einer dauernden Gesamtaufgabe des Weltprotestantismus werden soll, zu einer Art von Rotem Kreuz der Kirchen, das jederzeit bereit ist, wenn Hilfe dringend not tut. Die neueste Entwicklung der Notlage, die Dringlichkeit des Zusammenwirkens, die Unentbehrlichkeit einer gemeinsamen Hilfs- und Aufbaupolitik scheint uns diesen Weg zu führen. Jedenfalls ist durch die Zentralstelle den Kirchen selbst eine Aufgabe überbunden worden, die sie bisher zum großen Teil freien Organisationen überließen. Die Kirche soll helfen, was sie auf anderen Gebieten nicht hindert, daß freie Organisationen ihr segensreiches und oft viel beweglicheres und wirksameres Werk tun. Die Kirchen sind auch durch die sogenannten „wilden Kollekten“ vor die Aufgabe gestellt worden, das Kollektenwesen einigermaßen zu überwachen, denn hier zeigt sich Mißbrauch und Verwirrung im Hilfswerk, wie sie der guten Ordnung und dem Sinn der Hilfe widersprechen. Einzelne Länder wurden geradezu überschwemmt mit unkontrollierbaren Kollekten. Im Gebiet des westlichen Protestantismus haben die Kirchen bereits fest eingreifen müssen, und es dürfte heute nicht mehr leicht sein, Kollekten zu organisieren, ohne durch Zentralorganisationen gut ausgewiesen zu sein.



Ihrem Charakter entsprechend ergab sich von selbst ein Zusammenwirken der Zentralstelle mit anderen Hilfswerken, sei es, daß ein regelmäßiger oder gelegentlicher Austausch von Information sich anbahnt, oder ein für bestimmte Zwecke notwendiges Zusammenwirken, oder ein freier Anschluß an die Zentralstelle mit der Übernahme von bestimmten Aufgaben. In der einen oder anderen Weise besteht so eine größere oder geringere Fühlung mit einzelnen konfessionellen Hilfswerken, mit dem Gustav Adolf-Verein, mit dem Verein für die Evangelischen in Österreich, mit der Société Evangélique, mit dem Verband für Innere Mission, mit den Armeniengesellschaften, mit der amerikanischen Bibelgesellschaft, mit der Evangelical Continental Society, mit den Anglican Evangelicals in England, mit dem Internationalen Komitee für Spanien, mit dem Protestantisch-Kirchlichen Hilfsverein. Andere Hilfswerke, wie die deutsche Pfarrhaushilfe, das Komitee für Assyriehilfe, Hilfswerke für Italien und andere, schlossen sich direkt an die Zentralstelle an. Diese konzentrierte auch die vielen Hilfswerke für Rußland in einer Konferenz, an der etwa 23 Körperschaften vertreten waren, und bildete einen Arbeitsausschuß, der sich sowohl mit Protestantenhilfe für Rußland befaßt als mit der Hilfe für orthodoxe Institute und Bildungswerke.

Durch dieses Zusammenwirken ist viel Hilfe gefunden worden, die nicht in der Rechnungsführung der Zentralstelle ausgewiesen ist. Versucht man in dieser Hinsicht eine Schätzung, so wurden, abgesehen von den Sammlungen der parallelen Hilfsvereine, wohl insgesamt ca. 10 Millionen Schweizer Franken aufgebracht, gegenüber den nahezu 6 Millionen, die durch den Kanal der Zentralstelle selber liefen. Die Bethesda-Konferenz beauftragte den Schweizerischen Kirchenbund mit der Oberaufsicht und der Kontrolle der Rechnungsführung. Er ließ sie regelmäßig durch Fachmänner der Kirchenverwaltungen von Basel und Genf, Bankier Necker und Hr. Bürgin vornehmen, die dem Exekutivkomitee Bericht erstatteten.

Aber was ist diese Hilfeleistung gegenüber der Not, die mit der Weltkrisis wieder zu einer erschreckenden Höhe angeschwollen ist! Man darf ohne Übertreibung sagen, daß die Lage mancher Kirchen heute schlimmer ist als vor zehn Jahren, weil ihre Kräfte erschöpft sind und sie in einen Weltstrudel unwiderstehlich hineingerissen worden sind, der ihre ökonomische Grundlage und ihre soziologische Struktur bedroht.

Glücklicherweise hängt allerdings das Leben der Kirche nicht von ihrer ökonomischen Grundlage ab. Im Gegenteil, die Kirche hat immer gewußt, was Armut und Not ist, und hat in Leidenszeiten mehr denn je verstanden, daß sie nicht allein vom Brote lebt, sondern vom Worte Gottes, das ihr anvertraut ist. Von diesem Gesichtspunkt aus ist die heutige Not der Kirchen wie ein Pflug, der tiefe Furchen zieht und das Land öffnet für die alte Botschaft. Es ist unverkennbar, daß die Notzeit das geistige Leben der Kirche vertieft hat. Sie hat uns zusammengeführt, sie hat uns ein Stück Brüderlichkeit neu geschenkt, sie hat unsere Verantwortung für den anderen geschärft, sie hat auch die Kirchen auf das eine hingewiesen, was not tut, und sie hat sie genötigt, ihr Christentum wieder heroisch zu leben.

## Fragen und Aufgaben der ökumenischen Bewegung.

Vortrag, gehalten im Harnack-Haus in Berlin am 3. Febr. 1933.

Von Martin Dibelius.

Die Aufgabe, vom gegenwärtigen Stand der ökumenischen Bewegung zu sprechen, will mir nicht ganz leicht erscheinen in Anwesenheit von Männern, die sehr viel mehr im Mittelpunkt der Bewegung stehen und sehr viel tiefer in ihr verwurzelt sind als ich selbst. Ich darf hoffen, dieser Situation dadurch gerecht zu werden, daß ich weniger einen Bericht gebe, als vielmehr die Fragen und Aufgaben diskutiere, vor denen die ökumenische Bewegung heute steht, — heute, das will sagen: fast acht Jahre nach der Weltkonferenz in Stockholm und fast sechs Jahre nach der in Lausanne. Von diesen beiden Bewegungen will ich zunächst sprechen, von dem Bahnbrecher ökumenischer Gesinnung und ökumenischen Tuns, dem Weltbund für Freundschaftsarbeit der Kirchen, soll noch besonders die Rede sein.

Die Fragen, die ich meine, befassen sich mit der Annäherung der beiden Bewegungen. Die Aufgaben liegen alle in der Richtung ihrer grundsätzlichen Vertiefung.

### I.

Wer von Annäherung sprechen will, soll erst die Unterschiede bedenken. Sie sind zunächst begründet in der verschiedenen Art der beiden Konferenzthemen, — das heißt, grob gesprochen: des ethischen Themas von Stockholm, des dogmatischen von Lausanne. Aber dahinter liegt ein tieferer, liegt ein kirchengeschichtlicher Unterschied!

Die Konferenz von Stockholm war das große Ergebnis einer zur Reife gekommenen Entwicklung. Daß Christen verschiedener Kirchenzugehörigkeit auf praktischen Gebieten ihre christliche Communio bewähren konnten, war nichts Unerhörtes und hatte sich bereits auf dem Gebiet der Äußeren Mission erwiesen, vor allem bei der Welt-Missionskonferenz von Edinburgh. Aber die Zeit des Krieges und die ersten bitteren Jahre nach dem Krieg hatten die Schwäche dieser christlichen Gemeinsamkeit offenbar gemacht. Die Einflußlosigkeit der christlichen Botschaft in der Zersetzung der Welt durch den Haß, das Umsichgreifen der — ich gebrauche ein Wort Adolf Deißmanns — „paneuropäischen Verwahrlosung“ stellten die christlichen Kirchen vor die Alternative: entweder dem Weltelend als partikulare Kirchen machtlos gegenüberzustehen, jede Kirche auf ihren Bereich beschränkt und darum am Wirken im ökumenischen Raum gehindert, — oder aber: die partikulare Bindung zurückzustellen und sich zu gemeinsamem Wort und Werk in der Welt zu verbinden. Aus der allgemeinen Einsicht in diese Alternative begreift sich der Umfang der Stockholmer Konferenz, die auch die Orthodoxen des nahen und die Missionskirchen des fernen Ostens mit einschloß, begreift sich die offizielle Teilnahme der Kirchen, auch der deutschen Kirchenbehörden, begreift sich das freudige Echo der Stockholmer Botschaft. Was hier geschehen war, erschien nun, da es geschehen war, als Erfüllung längst empfundener Wünsche und Hoffnungen.



Ganz anders war die kirchengeschichtliche Situation der Lausanner Konferenz. Diese Konferenz war ein erster Anfang und war ein Wagnis. Denn die Fragen der Kirche, der Bekenntnisse, des Amtes und der Sakramente waren in der Geschichte meist der Anlaß zur Entzweiung gewesen und so gut wie niemals die Basis der Verständigung. Wenn die Kirchen sich jetzt zusammenfanden, um über diese Fragen zu reden, so konnte das nur ein erster tastender Versuch sein, in einer Aussprache etwa Gemeinsames festzustellen und zugleich auch in offener Diskussion der Verschiedenheiten zu einem gewissen Verständnis der Gegensätze zu gelangen. Zweifellos hat mancher Teilnehmer von der Konferenz mehr und anderes erwartet. Die besondere Not der Länder, in denen die christlichen Denominationen allzu gehäuft und allzu eng nebeneinander wohnen, drängte auf praktische Lösungen und hat solche Lösungen, außerhalb von Lausanne, auch zum Teil gefunden. Aber in Lausanne selbst zeigte sich, daß alles, was zunächst zu geschehen hatte, ein Gespräch zwischen den Kirchen war, das Gemeinsamkeiten und Unterschiede feststellte. Lausanne war ein Anfang, und das Größte an Lausanne war die einfache Tatsache, daß eine solche Konferenz stattgefunden hatte.

Die Jahre, die seitdem verflossen sind, haben die Durchführung des ökumenischen Werkes im Rahmen der Fortsetzungs-Ausschüsse gebracht und haben zur Begründung der verschiedenen Arbeits-Kommissionen wie des Internationalen Sozialwissenschaftlichen Instituts in Genf geführt. Dabei sind die Unterschiede der Bewegungen erneut zutage getreten. Stockholm ist seiner Natur nach extensiv, es will in die Welt hineinwirken, Verbindungen mit den Organisationen bewahren oder aufnehmen, dem öffentlichen Leben das Wort des christlichen Gewissens verkünden. Damit ist zweifellos eine gewisse Gefahr verbunden. Es ist die Gefahr, repräsentatives Tun zu sehr zu betonen. Lausanne ist ein stilleres und mehr auf theologische Arbeit gewiesenes Werk. Man hat die Fragen zu klären, die einer Verständigung im Wege stehen. Aber auch hier ist eine Gefahr deutlich sichtbar: es ist die Gefahr der theologischen Isolierung. Man könnte leicht über den Diskussionen und ihren Resultaten vergessen, daß die Kirchen noch nicht mitgehen, wenn die Theologen eine Möglichkeit der Verständigung gefunden zu haben glauben, daß überhaupt die großen kirchengeschichtlichen Gegensätze nicht mit Debatten und Beschlüssen aus der Welt zu schaffen sind, sondern auf großen Unterschieden der Geschichte, der Lebensatmosphäre des Volks- und Menschentums beruhen.

Aus der Einsicht in diese Gefahren entspringt der jetzt eben in diesen Monaten diskutierte Gedanke einer Annäherung der beiden Bewegungen. Man denkt dabei einmal an regionale Zusammenschlüsse innerhalb der einzelnen Länder, man denkt auch an eine Verbindung kommender Weltkonferenzen zu zwei eng verbundenen oder zu einer einzigen Konferenz. Der Blick ist dabei nicht wesentlich auf organisatorische Maßnahmen gerichtet, als vielmehr auf die Bannung jener Gefahren, die in der Sache selbst liegen. Man will das Werk von Lausanne mehr in die kirchliche Öffentlichkeit bringen und dem Werk von Stockholm mehr theologische Substanz geben.

Dies scheint mir das wesentlichste Kennzeichen der gegenwärtigen Lage.

Und hier scheinen sich mir auch besondere Aufgaben für die deutsche ökumenische Arbeit zu ergeben.

Die deutschen Kirchen sind in Lausanne nicht offiziell beteiligt gewesen. Das hatte seinen Grund darin, daß der Kirchenbund nicht in der Lage ist, in Fragen der Lehre für die ihm angegliederten Kirchen zu handeln. Ein anderer Grund, damals wohl berechtigt, die Sorge, daß in Lausanne das eigentliche Gut des deutschen Protestantismus in Frage gestellt werden könnte, besteht heute nicht mehr; es hat sich unterdessen erwiesen, daß die Lausanne-Bewegung für keine der ihr angeschlossenen Kirchen Minderung der Substanz bedeutet. Aber wenn eine Annäherung zwischen Stockholm und Lausanne stattfindet, müssen in Deutschland — und das ist nicht nur meine Überzeugung — auch Mittel und Wege gefunden werden, jene erste Schwierigkeit zu überwinden und die Kirchen als Kirchen an der Bewegung von Lausanne zu beteiligen.

Dazu kommt ein anderes. Wir haben in Deutschland heute eine starke theologische Bewegung. Sie hängt aufs engste mit der dialektischen Theologie zusammen, umfaßt aber mehr Gruppen und Kreise als die sogenannte Theologie der Krisis. Vornehmstes Kennzeichen dieser ganzen theologischen Bewegung ist das erneuerte Verstehen der reformatorischen Zentralgedanken und ihrer biblischen Begründung. Seine Auswirkung findet dieses neue Begreifen der Stellung des Menschen vor Gott auf systematischem Gebiet — es sind die beiden großen Kollektiv-Themen der Kirche und der Sozialethik, die von verschiedenen Seiten her — aber immer unter dem Gesichtspunkt der neuen Fragestellung — bearbeitet worden sind. Die deutsche Theologie ist also in der Lage, gerade der Diskussion der ökumenischen Probleme neuen Stoff zuzuführen. Natürlich kann diese Mehrung der Substanz nicht erst bei Gelegenheit einer neuen Weltkonferenz zur Erscheinung kommen, sondern muß vorher für diese Konferenz erarbeitet werden. Das geschieht am besten auf kleinen Arbeitskonferenzen, wie wir sie in den letzten Jahren eingeführt haben: Lausanne in Deutschland in regionaler Begrenzung, damit zunächst einmal der Standpunkt des deutschen Protestantismus präzisiert würde. Auf dem Boden der Stockholmer Bewegung hat unsere Theologenkommission derartige Konferenzen in ökumenischem Rahmen gehalten, neuerdings in Verbindung mit der Forschungsabteilung des Genfer Instituts.

## II.

Damit ist schon der zweite Fragenkomplex berührt, vor den sich die ökumenische Bewegung gegenwärtig gestellt sieht: die theologische Vertiefung.

Die Bewegung von Stockholm soll — nach den Worten unseres Präsidenten, des Bischofs von Chichester, — den christlichen Lebensweg verkünden. Auf der Stockholmer Konferenz war begreiflicherweise nicht Zeit und Gelegenheit, die Begründung dieses Attributes „christlich“ im einzelnen zu untersuchen. Aller Nachdruck war auf die Verkündung und Weisung gelegt. Die Weiterarbeit kann sich dabei nicht beruhigen. Sie kann auch die Untersuchung dieser Fragen nicht der Bewegung von Lausanne überlassen und selbst so vorgehen, als wäre die Basis der Stockholmer Arbeit über allen Zweifel hinaus festgelegt. Die Prüfung und Ausarbeitung dieser Basis, der biblischen,



kirchengeschichtlichen und systematischen Basis, ist vielmehr eine Arbeit, die noch vor uns liegt. Es ist, wenn man es auf eine ganz einfache Formel bringen darf, die Beantwortung zweier Fragen, die uns obliegt: was ist christlich? und: was bedeutet heute, in Anwendung auf die Aufgaben der Kirche in der Welt, dies „christlich“?

Was ist christlich? Die Antwort des ökumenischen Chores von Stimmen lautet keineswegs einheitlich, weil ja die Kirchen auf verschiedene Interpretationen dieses Begriffes „christlich“ gegründet sind. Es gilt also zunächst in gemeinsamer ökumenischer Arbeit diese Interpretationen festzustellen. Die Erfahrung zeigt dabei immer wieder, daß die Antworten der lebenden Vertreter der Kirchen, die auf solchen Arbeitskonferenzen zu vernehmen sind, bisweilen erstaunlich anders lauten, als es in den Büchern steht. Erst die ökumenische Arbeit bietet die Gelegenheit, nicht nur auf dem Wege der Forschung die Zeugnisse der Kirchen in ihren Bekenntnissen zu hören, sondern auch, sozusagen auf dem Wege des Experiments, die Stimmen der Lebenden über den Gebrauch, den man von diesen Bekenntnis-Sätzen macht, zu vernehmen. — Und nun erwächst uns die Aufgabe, aus der Vielheit der Stimmen den gemeinsamen thematischen Gedanken herauszuhören, der von den einzelnen Stimmen abgewandelt wird. Hier berührt sich die Arbeit von Stockholm aufs engste mit der von Lausanne, und von hier aus erscheint es geradezu als Kräfteverschwendung, wenn diese Arbeit auch weiter in völlig getrennten Kreisen getan werden sollte.

Die eigentliche Kirchenfrage, die Frage nach der einen Kirche Christi und den vielen christlichen Kirchen, tritt dabei in den Mittelpunkt. Die gewaltigen Worte des Neuen Testaments von dem einen Leib und dem einen Geist, einem Herrn, einem Glauben, einer Taufe, sind geschrieben von Menschen, die sich am Ende der Zeiten glauben. Was sie bezeugen, ist endzeitlich; wir aber, Menschen dieses Äons, haben weder Kraft noch Vollmacht, dieses Endzeitliche mit dogmatischen Formeln oder organisatorischen Maßregeln herbeizuzaubern. Der tatsächliche Zustand, die Vielheit der Kirchen, erinnert uns immer wieder an die Bindungen dieser Zeitlichkeit. Er erinnert uns aber auch daran, daß keine Kirche den Anspruch auf Absolutheit und Ausschließlichkeit erheben kann.

Man begreift von da aus, daß die römische Kirche sich nicht an dem ökumenischen Werk beteiligen konnte, denn sie erhebt diesen Anspruch. Man begreift aber auch, daß gerade der Protestantismus sich innerhalb der ökumenischen Bewegung dagegen wehren muß, durch parlamentarische Verhandlungen oder kirchenpolitische Formeln, also auf menschliche Weise, eine absolute Kirche zu schaffen; denn das Mißtrauen gegenüber solchem Anspruch, die Kritik an jeder Vergöttlichung des Menschlichen, der konstante „Ideologieverdacht gegen sich selbst“ (Tillich) ist dem Protestantismus von seinem Ursprung an eingestiftet.

Die Mannigfaltigkeit seiner Kirchenbildung bewahrt den Protestantismus vor falscher Einbildung. Aber auf der andern Seite unterstützt sie oft auch einen falschen Anspruch. Sie läßt die Glieder der einzelnen Kirchen nur zu oft und zu ausschließlich bei der einen Kirche Jesu Christi an die eigene Teilkirche denken. In der Tat haben viele Christen vergessen, daß die legitime Botschafterin des Evangeliums nicht die Teilkirche, sondern die Una

Sancta Ecclesia ist. Sie mußten es vergessen, weil die Idee dieser einen Ecclesia niemals innerhalb der Vielheit von Kirchen sichtbar wurde. Wenn man außerhalb des apostolischen Glaubensbekenntnisses von ihr schweigt, gerät diese Idee bei den Kirchengliedern begreiflicherweise in Vergessenheit. Von der Una Sancta Ecclesia zu zeugen, ist die Aufgabe beider ökumenischer Bewegungen. Darum ist die Bewegung den einzelnen Kirchen notwendig: denn erst wenn das eschatologische Ziel gezeigt wird, haben die Kirchen das Recht sich unterwegs zu fühlen.

Damit ist nun aber eine Aufgabe genannt, deren Erfüllung bei uns noch in den Anfängen steht. Der ökumenische Gedanke, die Predigt von der einen Kirche, der das Evangelium anvertraut ist, muß in den Kirchen wirklich zu Gehör gebracht und an die Kirchenglieder herangebracht werden. Es handelt sich dabei nicht darum, die Bewegung als ein neues in der schon so großen Reihe kirchlicher Liebeswerke zu propagieren; es handelt sich auch nicht darum, an kirchlichen Vereinsabenden von erhebenden Eindrücken in fremden Ländern, von Tagungen und Gottesdiensten zu berichten, — sondern vornehmlich darum, dem Bekenntnis zu der einen christlichen Kirche Gestalt zu verleihen. — Es ist keinem Kundigen verborgen, wie viel hier noch zu tun ist, nicht um der Bewegung, sondern um der Kirche willen!

### III.

Was ist christlich — die Frage nach dem einen Grundthema in der Polyphonie der Stimmen war die erste Frage. Die zweite der ökumenischen Bewegung als Aufgabe gestellte Frage lautet: was bedeutet heute, in Anwendung auf die Welt, dies „christlich“? Es ist das recht eigentlich das Thema des Genfer Instituts. Bei seiner Bearbeitung dürfen nicht nur die Theologen das Wort haben, sondern auch die Männer der Staats- und Wirtschaftswissenschaft sowie der sozialen Praxis. Darum hat sich das Institut bereits auf der Konferenz über die Arbeitslosigkeit in Basel 1932 und jetzt bei der Einladung für die kommende Konferenz über das Thema „Die Kirchen und die gesellschaftliche Ordnung“ um die Teilnahme solcher Mitarbeiter mit Erfolg bemüht.

Der enge Zusammenhang zwischen kirchlicher Eigenart, Gesellschaft und Wirtschaft ist von Forschern wie Max Weber und Ernst Troeltsch in großen und uns dauernd verpflichtenden Untersuchungen dargestellt worden. Aber ich gebe wohl nicht nur meinen persönlichen Eindruck wieder, wenn ich sage, daß es uns gerade auf der in Genf 1932 abgehaltenen Studienkonferenz des Instituts und der Theologenkommission deutlich geworden ist, wie viel die ökumenische Arbeit hier noch zu leisten hat. Nicht als ob wir jenen Gelehrten überlegen wären, sondern weil wir uns unmittelbarer Einblick in die kirchlichen Traditionen, nicht nur die gelehrten, sondern auch die wirklich gelebten, verschaffen können. Wir haben das in Genf gesehen an dem Nebeneinander einer gewissenhaften Calvin-Interpretation und eines Referats über kalvinistische Staats- und Kirchentradition. Der Unterschied zwischen dem historischen Calvin und der Staatsauffassung des angewandten Calvinismus ist wohl allen Teilnehmern eindrucklich geworden. Und wenn wir mit den wirklichen Gedanken Luthers über den Staat uns kritisch einen Weg bahnen durch all das, was heute in Kirche und Politik als Lutherischer



Staatsgedanke verfochten wird, so gewinnt unsere Arbeit ganz unmittelbar praktische Bedeutung. Auch hier kann die Betrachtung nicht auf sozial-ethische Auswirkungen beschränkt bleiben. Denn die uns bei der nächsten Konferenz beschäftigenden Untersuchungen über Schöpfungsordnung und Naturrecht und die vielleicht einmal notwendigen Diskussionen über Anthropologie und Arbeitsethik führen tief hinein in biblische und systematische Gedanken — also wenn man so will: in das Arbeitsgebiet von Lausanne!

So erscheint auch unter diesem Gesichtspunkt die Annäherung von Stockholm und Lausanne als das Gegebene. Auch die Bewegung von Lausanne würde davon ihren Gewinn haben. Denn sie bedarf, gerade wenn sie ihre Gedanken wirklich innerhalb der Gemeinden laut werden lassen will, der Verbindung mit allen den christlich-kirchlichen Unternehmungen, die bisher schon in ökumenischem Rahmen getrieben worden sind und mit denen die Stockholm-Bewegung durch einzelne Kommissionen Fühlung gesucht und gefunden hat. Ich nenne nur zwei große Arbeitsgebiete dieser Art: die Presse-Arbeit und die Jugend-Arbeit. Ohne die Mitarbeit dieser Organisationen bleiben die ökumenischen Gedanken auf die Büros und Studierstuben und auf die Kreise der Älteren, der Begründer-Generation, beschränkt. Die ökumenische Arbeit braucht aber Öffentlichkeit und Nachwuchs.

Für die Öffentlichkeit sorgt auf dem Boden von Stockholm die Internationale Presse-Kommission mit ihren ökumenischen Nachrichten. Um die Verbindung mit der Jugend ist die Jugendkommission bemüht. Einen sehr nachahmenswerten Versuch zur Gewinnung jüngerer Mitarbeiterschaft hat der Fortsetzungsausschuß von Lausanne 1931 unternommen, als er an seiner Tagung in High Leigh eine besondere Jugendgruppe teilnehmen ließ, die in Sonderberatungen das Gehörte verarbeiten und — selbstverständlich! — kritisieren konnte. Die Interessierung der Öffentlichkeit und die Gewinnung der Jugend stellt aber der gesamten ökumenischen Bewegung wieder ein neues Problem: es ist die Frage nach den Beziehungen der ökumenischen Bewegung zu den von mancher Leidenschaft umgebenen, aber Öffentlichkeit wie Jugend aufs stärkste in Anspruch nehmenden Auseinandersetzungen innerhalb der Völker und zwischen den Völkern. Es ist das Arbeitsgebiet des Weltbundes für internationale Freundschaftsarbeit der Kirchen, es ist der Fragenkomplex „Christentum und Politik“.

#### IV.

Wer die Stellung der ökumenischen Bewegung zu diesen Fragen behandeln will, hat eine Erkenntnis voranzustellen. Wenn die Christenheit, in grundsätzlicher Besinnung auf ihr eigentliches Wesen, als Christenheit in der Welt auftreten will, so handelt sie dabei aus Gehorsam und nicht aus Opportunismus, also auch nicht aus Nachgiebigkeit gegen irgendeine politische Zeitströmung. Und wenn sie als Christenheit Fragen berührt, die gleichzeitig die Politiker beschäftigen, so verfolgt sie nicht politische Zwecke, sondern richtet die Botschaft aus, die ihr aufgetragen ist. Wir haben das oft betont, zu den Zeiten, da die Linien der europäischen Politik mit denen einer christlichen Verständigung zu konvergieren schienen. Wir dürfen es darum auch in diesen Jahren wiederholen, da sich über dem politischen Europa eine Atmosphäre des Mißtrauens und der Entfremdung gebildet hat.

Diese Gesichtspunkte gelten jetzt aller ökumenischen Arbeit auf dem Gebiet der Völkerverständigung. Diese Arbeit hat die Krankheiten, an denen die Welt leidet, nicht anders zu behandeln als wie ein moderner Arzt, der die Symptome nur feststellt, um zu dem tiefsten Grund des Übels vorzustoßen: der Totalität des kranken Menschen. Die Christenheit erfüllt die ihr gesetzte Aufgabe, wenn sie von den gesellschaftlichen Übeln dieser Zeit auf die besondere Art der menschlichen Gottverlassenheit in unserer Generation schließt und dieser — ohne Bindung an eine Mitte dahinlebenden — Welt verkündet, was christlich sein heißt und was christlich handeln heute bedeutet.

Es kommt in diesem ökumenischen Handeln die Erkenntnis zum Ausdruck, daß Christentum nicht die Erfüllung einer besonderen Provinz des menschlichen Geisteslebens sein will, die etwa als religiöses Interessengebiet den Provinzen der Kunst und der Wissenschaft benachbart wäre. Sondern Christentum will den ganzen Menschen in Anspruch nehmen, auch wo er künstlerisch oder wissenschaftlich — und auch, wo er politisch handelt. Es ist bestritten und in der Tat bestreitbar, ob es eine statutarisch festsetzbare „christliche Politik“ gibt; nicht bestritten werden aber darf das andere, daß der Christ, wenn er politische Fragen behandelt, als Christ vor Gott und im Glauben handelt. Die Ziele dieses Handelns werden bei den einzelnen Nationen — und auch bei den einzelnen Menschen — sehr verschieden sein. Und es ist nicht die Sache der Bewegungen von Stockholm und Lausanne, hier gesetzlich vorzugehen. Grundlinien solches Handelns aber, etwa auf sozialem und auf pädagogischem Gebiet, werden aufzufinden und zu verkünden sein, und hier können die Erfahrungen von Kirchen, deren Geschichte besondere Aktivität auf diesen Gebieten zeigt, die anderen Kirchen unterstützen. Darum ist gerade diese Arbeit eine Aufgabe der ökumenischen Bewegung. Wenn diese Grundlinien dann zur Aufstellung bestimmter gesetzlicher Forderungen in einzelnen Kirchen- und Volksgebieten führen, Forderungen, die nicht die ökumenische Bewegung, sondern ihre regionalen Gruppen aufstellen, dann hat in der Tat die ökumenische Arbeit, ohne politische Ziele anzustreben, doch politische Folgen gehabt.

Eine besondere Behandlung verlangen aber nun die Probleme, die trennend zwischen den Völkern stehen und denen die Arbeiten des Weltbundes gelten. Denn hier genügt es nicht, nur allgemeine Grundlinien aufzustellen. Hier müssen bestimmte Forderungen im Namen des Christentums erhoben werden, wenn zum Beispiel im politischen Spiel der Mächte auch den Machtlosen und Unterlegenen ihr Lebensanspruch gewahrt und der seelenverderbenden Bitterkeit gewehrt werden soll. Aus ökumenischer Einsicht heraus macht der Weltbund solche Forderungen geltend. Er ist ja überhaupt der größte Bahnbrecher des ökumenischen Werkes gewesen, er, der in Europas schicksalsvollstem Augenblick, am 1. August 1914, gegründet war und dem Schicksal der schlimmen Jahre 1914 bis 1918 — oder besser: bis 1924 — zu trotzen wußte, der seine Stimme dafür einsetzte, daß Europa vom sogenannten Friedensschluß nun auch zum wirklichen Frieden gelange. Hier führt in der Tat ökumenische Arbeit zu konkreten Forderungen, die man politisch nennen kann. Nur sind sie nie rein politisch im säkularen Sinne gedacht, vielmehr sind auch sie Ausrichtungen und Anwendungen der Botschaft, die der Kirche aufgetragen ist. Die Arbeit des



Weltbundes ist also eine Arbeit der Kirchen, grundsätzlich. Darum bedarf sie genau so wie die übrige ökumenische Arbeit der theologischen Begründung, das heißt der Verwurzelung in der Interpretation des Evangeliums.

Die Annäherung, die sich jetzt zwischen dem Weltbund und den beiden andern ökumenischen Bewegungen vollzogen hat — in Form regionaler Zusammenschlüsse und der Personalunion in der Person des Generalsekretärs —, ist schon darum zu begrüßen. Denn sie ist geeignet, die Notwendigkeit gegenseitiger Befruchtung deutlich zu machen: dem Weltbund die letzten Gründe seiner Forderungen und seines Handelns immer wieder zu versichern durch die theologische Arbeit der andern Bewegungen, diesen aber die Konsequenzen christlicher Haltung in dieser Welt und dieser Zeit vor Augen zu führen. Gerade wenn man dieses Wechselverhältnis als gegenseitige Ergänzung auffaßt, wird man es, meines Erachtens wenigstens, begrüßen, wenn der Weltbund die besondere Plattform für seine Arbeit behält und nicht einfach mit den beiden andern ökumenischen Bewegungen zusammengeschmolzen wird.

International Friendship through the Churches — die Werke von Stockholm und Lausanne versuchen das nicht auf politischem, sondern auf psychologischem Wege zu verwirklichen. Auf ihren Tagungen bereiten sie den Gesandten der Kirchen einen gemeinsamen Boden für gemeinsamen Gottesdienst und gemeinsames Leben. Auf solche Weise lernt man einander kennen, lernt das Sorgen und auch das Glauben der anderen begreifen — und ein solches Begreifen vermag dann auch über böse Zeiten hinweg zu dauern. Es schließen sich oft weitere Begegnungen an — derlei Austausch und friedlichen Wettbewerb zu vermitteln, ist ja gerade die Aufgabe unserer Theologenkommission, deren beinahe 50 Mitglieder wohl nie im Rahmen einer Ausschuß Sitzung beieinander sein werden, wohl aber ein Netz von Vertrauensposten, über die Länder ausgespannt, darstellen. Eine früher ungeahnte Möglichkeit der Vermittlung und Verständigung tut sich auf.

Man lernt bei solchem Begegnen auch, daß internationale Freundschaft nicht farblosen Internationalismus bedeutet. Es ist vielmehr eine alte Erfahrung, die mir immer wieder auch von jüngeren Menschen bestätigt wird, daß solche Verbindungen zum Verständnis der eigenen Art und des eigenen nationalen Erbgutes nicht wenig beitragen. Das gilt aber auch von dem Charakter der eigenen Kirche, deren Wesen sich bei der Vertiefung in das Wesen der anderen Kirchen oft erst recht lebendig darstellt.

Aber auch das sind Folgen, deren wir uns dankbar erfreuen, nicht Leit motive der ökumenischen Arbeit. Die Besinnung auf das, was grundsätzlich diese Arbeit ist und sein soll, scheint mir das Wesentliche an der gegenwärtigen Lage der ökumenischen Bewegung. Eine kommende Weltkonferenz hat nur Sinn, wenn diese grundsätzliche Besinnung wirklich geschehen ist. Auf sie darf ich darum zum Schluß noch einmal verweisen:

Die ökumenische Bewegung darf nicht sein und nicht bleiben eine Bewegung der Interessenten, etwas, was man auch tun, aber auch lassen kann, etwas, was in jeder Kirche nur von einem Sektor der „ökumenisch Eingestellten“ vertreten wird. Die Folge wäre, daß die ökumenische Bewegung auf die Dauer ein repräsentatives Spiel würde, Betätigungsfeld von

sprachgewandten und reiselustigen Pfarrern und von Professoren, die ihre Ferien nutzbringend verwenden möchten.

Die ökumenische Bewegung muß immer mehr werden, was sie ihrer Idee nach ist: notwendige Funktion der christlichen Kirche. Notwendige Selbstdarstellung der Kirche Jesu Christi, die die Bitte des Hohepriesterlichen Gebets — daß sie alle eins seien — nicht vergessen darf über der Vielheit der Erscheinungen. Notwendige Aufgabe der Kirche in einer Welt, deren Nöte nicht beschränkt sind auf den Raum eines Volkes oder einer Einzelkirche. Es ist unserer Zeit mit so erschütternder Deutlichkeit wie noch niemals einer menschlichen Generation gesagt worden: Welt ging verloren. Wir haben die Aufgabe, darauf mit Wort und Tat zu antworten: Christ ist geboren.

Von dem Beruf des Christenvolkes in der Welt, dem eigentlichen Thema der ökumenischen Bewegung, handelt unter den Zeugnissen der Alten Kirche der sogenannte Brief an Diognet. Ein Wort daraus möge diese Betrachtung der ökumenischen Bewegung schließen — als Deutung ihres tiefsten Sinnes, als Mahnung, diesen Sinn immer mehr zu erfüllen: „Auf einen solchen Posten hat Gott die Christen gestellt. Sie dürfen sich ihm nicht entziehen“.

## **Nathan Söderbloms schriftstellerisches Werk.**

### **Versuch eines Überblicks.**

Von Peter Katz.

„Ich überschauere dieses Schaffen nicht in seiner ganzen Ausdehnung, wie wohl überhaupt kein Ausländer. Denn es erstreckt sich, unter Einbeziehung einer reichen tagesschriftstellerischen Arbeit, die nachher nicht selten zu Büchern und Sammlungen zusammengewachsen ist, auf die mannigfachsten Gebiete. Es gilt von Söderblom ein wenig in übertragenem Sinn, was Wilamowitz, wörtlich gemeint, an Paul de Lagardes Grab gesagt hat: Keiner der Anwesenden kann wohl all die Sprachen buchstabieren, in denen er Texte ediert hat. Gleichwohl läßt sich ein Überblick wagen . . .“ Ich erlaube mir, meine eigenen Worte vom Sommer 1925 hier als Anfang zu wiederholen, die geschrieben waren, als es galt, in der deutschen Öffentlichkeit die Grundlage des Vertrauens zur Stockholmer Konferenz zu schaffen, und zu diesem Zwecke ein anspruchsloses Bild von Söderbloms Leben und Schaffen das geeignetste Mittel schien<sup>1)</sup>.

Unmittelbar darauf kam Stockholm und mit ihr jene denkwürdige Entfaltung Söderbloms vor einer ganzen Welt. Es kamen noch knappe sechs Jahre, die er, längst schwer herzkrank, heroisch nutzte, um eine reife Ernte in ehernem Fleiße unter Dach zu bringen, und das heraus aus einer unerhörten Arbeitsfülle und Überlastung, die jeden andern niedergezwungen hätte. Als dann die Nachricht von seinem Heimgang uns alle erschütterte und tagelang wie heimatlos machte, uns, die nahe und nächste Sorgen zu Boden warfen, wollte ich mich nicht wiederholen, sondern abwarten, was

1) Nathan Söderblom. Ein Führer zur kirchlichen Einheit. Halle 1925 (vergriffen).



die ihm nach Volk, Kirche und Gedankenarbeit Nächststehenden zu seinem Werke zu sagen hätten. Das läßt sich nunmehr einigermaßen überschauen, und so sei denn erneut ein Überblick über Söderbloms Schrifttum gewagt, immer unter dem gleichen Vorbehalt wie damals.

Ich spreche zuerst von den Schriften selber und suche sie dann in die Zeit, in die sie hineingerufen wurden, einzustellen.

Die Bibliographie, die Dr. Sven Agren zu dem Gedenkwerk „N. S. in memoriam“ beige-steuert hat, bietet nahezu 670 Nummern und ist, wiewohl gewissenhaft gearbeitet, nicht vollständig, wie sogar ich sogleich feststellte. Das gibt eine Ahnung von der Fülle, die es zu bewältigen gilt.

Söderblom begann als „moderner“ Theologe. Was ihm der kümmerliche Traditionalismus der heimischen Uppsalenser Fakultät — wie hat sie sich gewandelt, nicht zum wenigsten durch Söderblom selber! — nicht zu geben vermochte, entnahm er Albrecht Ritschl. Mit einem Strom von Freude und Licht, gleich einer Erweckung, erfüllte ihn die erste Bekanntschaft, die eine Rezension Julius Kaftans in der Th.L.Z. vermittelte. Nun wußte er, daß Grund des Glaubens nicht ein altes Buch sei, das Advokaten und ihre Künste in heutiger Zeit brauche, sondern der lebendige Erlöser, Jesus Christus gestern und heute und derselbe in Ewigkeit. Er warf sich mit frischer Kraft in den Strom der Zeit. Zu den Quellen und in die Weite strebte er, und so sehen wir Söderblom zuerst bemüht um ein Verständnis Luthers, das tiefer gegründet wäre als in der Tradition und den Bekenntnisschriften, und sehen ihn gleichzeitig kräftig erfüllt von den Impulsen Stöckers und Naumanns. Diese Anregungen hatten einen jungen Gelehrten getroffen, der durch Herkunft und Vaterhaus aus dem im Rahmen der Landeskirche verbliebenen Zweig der Erweckung stammte und jahrelang den Studenten-Missionsbund in Uppsala geleitet hatte. Sagen wir noch, daß dies väterliche Erbgut nie seine Bedeutung für ihn verlor, so bekommen wir den richtigen Eindruck von der Fülle der scheinbar widersprechenden Antriebe, unter der seine Entwicklung stand. John Mott, der Missionsgeneral, Moody, der methodistische Erweckungsprediger, brachten ihm die Energien des westlichen Protestantismus nahe, von denen ja auch die Erweckung daheim durchpulst war. Wir sehen aus den jetzt geöffneten Briefen, wie ihm sein Ziel, als Schwede und Lutheraner an der Einigung der Christenheit zu arbeiten, schon in dieser ersten Frühzeit klarzuwerden beginnt.

Und doch war dies alles nicht sein „Fach“. Das war die Religionsgeschichte, auf die er seine akademische Laufbahn aufzubauen gedachte und nach Umwegen, die für jeden andern Sackgassen geworden wären, auch aufgebaut hat. In Paris, wo er, ungünstigen Konstellationen in der Heimat ausweichend, die Legationspfarre übernommen hatte, promovierte er als einziger und letzter Ausländer bei der Sorbonne und kehrte, 35jährig, 1901 als Ordinarius der Religionsgeschichte nach Uppsala zurück.

Was hatte er bis dahin vorgelegt? Nach kürzeren Aufsätzen seit 1889 bietet das Verzeichnis 1892 eine Bearbeitung von W. Herrmanns Vortrag über Religion und Sozialdemokratie und „Das Christentum und der moderne Zeitgeist. Ein Blick auf Ritschls Theologie“. Diese Vermittlertätigkeit durch Übersetzung oder Bearbeitung geht noch durch Jahre fort und wird Autoren wie Ernest Bertrand, P. Lobstein und A. Sabatier (Religionsphilo-

sophie) zugewandt. 1893 erscheinen zuerst Vorlesungen von Freizeiten über die Grundgedanken von Luthers Reformation. Von Paris aus verfolgt sein Blick, was ihm dort die katholische wie protestantische Umwelt bietet. Alles wird zu behenden Zeitungsartikeln geformt. Im Herbst 1896 berichtet er in mehreren Aufsätzen über den evang.-sozialen Kongreß in Erfurt und Nauemanns Parteibildung. Beim religionswissenschaftlichen Kongreß in Stockholm fungiert er als Sekretär und spricht über „Die Religion und die soziale Entwicklung“ (1898 auch deutsch). 1898 kommt das erste größere Buch: „Die Bergpredigt Jesu und unsere Zeit“. Daß der Autor dem Buch auch später noch Bedeutung zumaß, beweist der Abdruck (ohne Anmerkungen) in der im letzten Lebensjahr veröffentlichten 6bändigen Sammlung „Tal och Skrifter“, Band 6. Das Vorwort beginnt: „Seit Tolstoj seine Verkündigung von Jesu Bergpredigt für unsere Zeit begann, hat sich mit erneuter und immer wachsender Stärke die Frage geltend gemacht: Wie haben wir uns zu den von Jesu dort betonten Lebensregeln zu verhalten? Diese Frage spitzt sich nun dahin zu: Ist die Bergpredigt für unser Geschlecht tauglich und anwendbar? Viele und achtungsgebietende Denker antworten hierauf mit nein. Wer kann umhin, einzusehen, daß hier für das Christentum ein Problem von höchster Bedeutung vorliegt?“ Nach einer knappen Auslegung werden die verschiedenen Deutungsversuche kritisch vorgeführt: Umdeutung, Verwerfung (Zola, Rousseau, Renouvier), revolutionäre Deutung (Tolstoj, Kierkegaard), Rom und Luther, der nach Ritschl hin korrigiert wird, und endlich „Jesu Deutung“. Dann folgt auf 100 Seiten eine Auslegung verschiedener Gedankenlinien der Bergpredigt, die nicht selten verrät, wie tief die Auseinandersetzung mit Tolstoj dem Verfasser gegangen ist. Das letzte Kapitel behandelt Gebetserhörung und Wunderfrage: „Gottes Eingreifen ist das Wesen der Gebetserhörung“. Höchst bezeichnend für den Mann, in dem viele höchste Subjektivität ausgeprägt sahen, ist die letzte zweiseitige Note über die Überlegenheit klassischer Gebete über die „freien“. Bengels entsprechende Kritik am Pietismus findet er im Sinne Jesu.

Gegen Ende der Pariser Zeit folgten die Promotionsschriften zum Zoroastrianismus über die Fravashis und über das zukünftige Leben im Mazdaismus im Licht der religionsgeschichtlichen Parallelen. Bei der Bewerbung um die Professur sprach er über die Bedeutung von Schleiermachers Reden, über die Versuchungsgeschichten bei Gotama Buddha, Zarathustra und Jesus Christus; beim Antritt über die allgemeine Religionsgeschichte und die kirchliche Theologie. Das war ein heißes Eisen, dergleichen er nie gescheut, eher gern angefaßt hat.

Nun die nächste Periode, die Dozentenjahre bis zum Kriegsbeginn. Nun gilt es für die neue Wissenschaft die erforderlichen Handbücher, Übersichten und Textsammlungen zu schaffen. 1903 wird zum erstenmal C. P. Tiele's Kompendium der Religionsgeschichte bearbeitet. 1931 zuletzt erschienen, ist es allmählich ein neues Buch geworden, in das immer mehr von Söderbloms eignen Forschungsergebnissen einging. Seine kleineren Übersichten, wie die „Einführung in die Religionsgeschichte“ erschien in vielen Sprachen und wurde im Norden Schulbuch. Hierher gehören die vier starken Bände: Fremde Religionsurkunden ausgewählt und übersetzt, wozu Söderblom 200 Seiten



Einleitung schrieb („Über Religionsurkunden“) und Mazdareligion, Japan und vorkolumbische Periode Amerikas selbst bearbeitete. Daneben laufen deutlich erkennbar einige Linien weiter: Einmal die religionsgeschichtliche Spezialforschung, dann Fragen der Volkserziehung und Aufgaben der Kirche, endlich eine Fortsetzung der auf Erfassung des Zeitgeschehens gerichteten Bemühungen: Modernismus und zwischenkirchliche Fragen.

1. Der Babel-Bibel-Streit ward ihm zum Ausgangspunkt nicht etwa ephe-merer Polemik, wie so vielfach anderwärts, sondern tiefgrabender Forschung über den Begriff der Offenbarung. Das begann mit einer Arbeit über Offenbarungsreligion, die lange in einer Festschrift versteckt blieb, und wurde mehrfach fortgesetzt, bis, endlich, 1930 die zerstreuten Aufsätze gesammelt erschienen (167 S.). Allem pseudowissenschaftlichen Evolutionismus, der die Menschheitsentwicklung, auch die religiöse, dogmatisch in eine Linie zwingen will, gegenüber betont er: Die Religion ist eignen Rechtes, ist weder Ethik noch nach ihren ethischen Früchten allein zu beurteilen; das „Heilige“ ist ihre Kategorie. Ein halbes Menschenalter später hat das Rudolf Otto denkwürdig systematisch entfaltet. Neben der geschichtslosen Stammesreligion, die dann zur Kulturreligion verblaßt, ist etwas ganz Eignes die prophetische Religion und bekämpft ihrerseits die tote Kulturreligion. Sie ist dualistisch, erkennt allein die Bedeutung von Schuld und Sünde tief, kann das Leiden positiv würdigen und schafft Persönlichkeit, während die Kulturreligion diese auflöst, indem sie in ihren Blüten in die Unendlichkeitsmystik der Verschmelzung und Entpersönlichung führt. Die prophetische Religion sieht das Weltgeschehen als Ganzheit, als einmaligen unumkehrbaren Ablauf, als „Heilsgeschichte“. Neue Funde, wie Nietzsches Kreislauf aller Dinge, sind Rückfall in die vorprophetische Linie, in der sich alle Glaubensformen außer der biblischen (und zarathustrischen) treffen. Selbst der Glaube an den Zukunftsstaat steht somit, so säkular er auch sei, der biblischen Linie näher als ein ethisierendes, kulturseliges Quasi-Christentum. Diese Gedanken eilten der Zeit voraus und wurden von ihr nur nach dem Maß ihres Verständnisses erfaßt. Das gilt auch für den deutsch 1910 erschienenen Abriß (Internat. Wochenschrift, Ågren Nr. 215). — Daneben laufen her die Bemühungen, einseitige Theorien wie die von Andrew Lang unter Bewahrung ihrer richtigen Gesichtspunkte unvoreingenommen mit anderen Einsichten zusammenzuarbeiten. Die Vorstudien erschienen 1915 schwedisch, das Buch deutsch: Das Werden des Gottesglaubens (1. Aufl. 1916; 2. Aufl. 1926). Dahin gehört auch die Studie: Natürliche Theologie und Religionsgeschichte (1913), wo auch der in der Aufklärung durch die Jesuiten hereinwirkende chinesische und der später durch Entdeckung der Upanishaden sich auswirkende indische Einfluß auf das abendländische Denken geistesgeschichtlich ausgewertet wird.

2. Offenbarung ist für Söderblom nichts auf die Zeit der Bibel Beschränktes. „Mein Vater wirket bis heute“. Wer Offenbarung sagt, sagt Kirche, sagt Geschichte, sagt Heilsgeschichte, Geisteszusammenhang. Und diese Kirche, Christi Leib, ist eignen Rechtes, auf Offenbarung gegründet. Sie hat der Volksgemeinschaft unersetzliche Werte zu geben und kann auch allein die im Verhältnis der Völker zueinander aufbrechenden Schäden heilen. Sie wurzelt im Volkstum, ragt aber darüber hinaus, steht über Rassen und

Klassen und vermag sie, ohne Verwischung von Eigenart und Grenzen, zur Gesundung ihrer Beziehungen zu führen.

3. Der Beobachter des Zeitgeschehens in Frankreich und somit in der römischen Welt wird zum Geschichtsschreiber des Modernismus, den er nicht nur im römischen Lager wahrnimmt — Harnack ist ihm evangelischer Modernist. 1910 erscheint in 2 Bänden die Vorlesungsreihe: Das Problem der Religion im Katholizismus und Protestantismus, leider nur schwedisch. Unterdessen war auf Anregung der anglikanischen Bischofsversammlung in Lambeth Palace die Frage der Abendmahlsgemeinschaft der anglikanischen und schwedischen Kommunion brennend geworden. Söderblom griff die Sache auf, widmete ihr eine Reihe von Schriften, die zum Teil aus journalistischen Äußerungen zusammenwuchsen, und führte sie in 14 Jahren (1908—1922) glücklich zu Ende.

Die zweijährige Tätigkeit Söderbloms als Professor der Religionsgeschichte in Leipzig — der die Arbeit der Einrichtung der nachher mit Edv. Lehmann besetzten Berliner Professur vorausgegangen war — schließt diese Periode ab. Auch in Deutschland hat er mit den Kreisen der inneren wie äußeren Mission Fühlung gefunden und ihr mit seiner Wissenschaft gedient, wie er überhaupt angefangen hatte, sich der deutschen Zeitschriften zu bedienen. So erschien u. a. in „Deutsch-Evangelisch“ 1914 „Die Heilandsgestalten der Antike und der Heiland des Evangeliums“ sowie der Vortrag vor der Missionskonferenz in Halle „Wissenschaftliche Erforschung und religiöse Beurteilung des primitiven Heidentums“. Im Übrigen zeugt für seine bescheidene Selbsteinschätzung die Tatsache, daß er als deutscher Professor die später so nicht mehr vorhandene Möglichkeit ungenutzt ließ, seine Hauptwerke wie das französisch geschriebene über die Eschatologie der Mazdareligion (s. o.) und die schwedischen über Offenbarung und über den Modernismus deutsch herauszubringen, obgleich es ihresgleichen in deutschem Denken und Schrifttum bis heute nicht gibt. Erst in der letzten Periode, der ökumenischen, zwingt sich ihm die dann unter Benutzung aller Möglichkeiten ergriffene Notwendigkeit auf, in allen Sprachen zu publizieren.

Die letzte Periode beginnt mit der Ernennung zum Erzbischof in Uppsala und dem Kriegsbeginn. Der wirkt schon in seinen Hirtenbrief hinein (Die Kirche und der Weltkrieg, vgl. „Deutsch-Evangelisch“ 1915, 97—107). Die Friedensaufrufe, die Bemühungen um Vereinigung der Christen aus den feindlichen Lagern zu christlicher Gemeinschaft in Gebet und Abwehr der Nöte werden zu fast unzählbaren kürzeren oder längeren Schriften, vom Zeitungsaufsatz und der Predigt bis zum Buch (vgl. „Die Aufgabe der Kirche: Internationale Freundschaft durch evangelische Katholizität“ in „Die Eiche“, Jahrg. 1919, S. 129 ff.). Bemerkenswert sind die beiden von mir unter dem Titel: „Zur religiösen Frage der Gegenwart“ auf Rudolf Ottos Anregung hin übersetzten und 1925 zuletzt aufgelegten Vorträge, sowie das Buch „Einheit der Christenheit“, 1925, die Zusammenfassung der geistigen Vorarbeit für Stockholm und dauernd wertvoll, weil es den Einberufer der Weltkonferenz, also die authentischste Stimme, reden läßt. Wie wachsam er auch später blieb, zeigt sein tausendseitiges, durch und durch persönlich lebendiges Berichtbuch über Stockholm „Kristenhetens möte i Stockholm“, 1926 (vgl. die deutsche Übersetzung einiger Kapitel in „Die



Eiche“, Jahrg. 1932, S. 48 ff. und 197 ff.), zeigen seine „Randbemerkungen zu Lausanne“ (1927 in „Die Eiche“<sup>1)</sup> wie der Zeitschrift f. syst. Theol. erschienen) und die Einrede gegenüber der päpstlichen Enzyklika gegen die ökumenische Bewegung (deutsch als „Christliche Einheit!“ von E. Ohly, Berlin 1928).

Aber auch die Wissenschaft ruhte nicht. 1917 erschien sein Lutherbuch: „Humor und Melancholie“ und andere Lutherstudien, worüber ich 1923 im „Luther“ und den „Theol. Blättern“ berichtet habe. Hier wird gefragt, worin die terrores conscientiae letzten Endes wurzelten, und Söderbloms aus eigener Versenkung erarbeitetes Ergebnis beschäftigt die Forschung noch heute. Fortführung und teilweise Korrektur bieten die Schriften von Ljunggren über Sünde und Schuld bei Luther und Ragnar Bring über den Dualismus bei Luther, alles leider nur schwedisch<sup>2)</sup>.

Immer mehr war Söderblom, der alles bildhaft, persönlich anschaute, den Typen der Glaubensformen und des Frommseins nachgegangen. Das war alles andere als Psychologisieren. In seinem Lutherbuch ist ein Kapitel „Gesetzesreligion-Mystik-Gottvertrauen“: Soll der Fromme auf seine Gerechtigkeit bauen oder auf seine Gotteserfahrung oder soll er seines Glaubens leben? Oder anderswo: Luther und Erasmus: Welche Kraft trägt und hat die Verheißung der Zukunft: Bildung und Streben nach Allseitigkeit, gleichschwebende Temperatur und kühle, ans Skeptische streifende Gelassenheit, Bildungsreligion mit mystischem Einschlag und kritischen Sicherheitsventilen (Erasmus) oder Dringen aufs Eine, das nottut, Kampf um alles oder nichts, leidenschaftlicher Einsatz des ganzen Lebens, Haben der Bildung und Gelehrsamkeit, als hätte man sie nicht (Luther)? Hinter Erasmus steht für Söderblom die anglikanische Kirche, hinter Luther die Kirche der Reformation. Man sieht, wie eng Forschung und ökumenische Anwendung sich berühren. Und noch einmal sollte er seine theologischen Einsichten an einer konkreten Erscheinung bewähren dürfen: als Sundar Singh in Europa und auch bei ihm weilte. Das Buch (S. S. s. Budskap) steht unter den Sundar-Schriften auf einsamer Höhe (1923)<sup>3)</sup>.

1929 schreibt Söderblom ein feines Büchlein zum Katechismusjubiläum, „an die Gebildeten unter seinen Verächtern“, wie jemand treffend bemerkt hat. 1930 wird ihm das Ansgargedanken Anlaß einer Schrift, und kurz vor seinem Heimgang sollte er noch einmal sein Credo zusammenfassen in zwei Serien von Edinburgher Vorlesungen, von denen nur noch die erste unter dem Titel „Der lebendige Gott“ zustande kam.

Viele Predigten, Ansprachen und kleine Schriften vereinigen zwei Sammlungen: „När stunderna växla och skrida“ (1909—1921, 4 Bände) und „Tal och skrifter“ (1930, 6 Bände).

In der Linie der Vorträge von 1919 liegt „Kristi Pinas Historia“, eine Auslegung der Leidensgeschichte auf nahezu 500 Seiten. Das Kreuz stand, je länger, je mehr, im Mittelpunkt von Söderbloms Denken und Anbeten. Auslegung, Predigt und Religionswissenschaft, allen verständlich vorgetragen,

<sup>1)</sup> Das Erscheinen in der „Eiche“ übersieht die Bibliographie.

<sup>2)</sup> Vgl. Bring in „Z. f. syst. Theol.“ VIII, 627 ff.

<sup>3)</sup> Vgl. „Tre livsformer“ (1922) und meine Anzeige (Th. L. Z. 1923) und „Der evangel. Begriff eines Heiligen“. Greifswald 1925.

finden hier zusammen. Vieles daraus hat Söderblom, der zuletzt bis zu fünf täglichen Predigten zu den einzelnen Akten der Leidensgeschichte am Karfreitag im Uppsalenser Dom hielt, zuerst seiner Karfreitagsgemeinde vortragen, immer mehr darin Nachfolger seines Vaters, des feurigen Erweckungspredigers, werdend. G. Aulén sagt über dies Buch, das holländisch und finnisch, aber leider immer noch nicht deutsch vorliegt: „Es ist in des Wortes tiefster Bedeutung *con amore* geschrieben. Es gehört nicht zu der Art Bücher, die geschrieben werden, damit ein einschlägiges Buch geschrieben werde. Jede Seite zeugt davon, daß es eine Herzenssache für den Verfasser war. Von vielen Gesichtspunkten aus ist es ein sehr bemerkenswertes Buch, bis zum Rand angefüllt von der vielseitigen und tiefgehenden Erkenntnis des Verfassers, mit Ausblicken nach allen Seiten in die Welt der Religion, und zugleich im vollen Sinn des Wortes ein Andachtsbuch, das eindringlich und klassisch einfach vom innersten Geheimnis des Christentums redet, dieses von den verschiedensten Gesichtspunkten aus beleuchtet, es aber bei all dem als Mysterium, als Geheimnis hervortreten läßt. Unter den vielen Passionsbüchern ist es in seiner Art einzig dastehend. Ein Passionsbuch, das zugleich so weit umfassend und so einfach wesentlich ist, hat die Christenheit vorher kaum besessen.“ Hier entschleiert der Gelehrte wie der Ökumene Söderblom sein innerstes Herz; hier muß ihn kennen lernen, wer über ihn urteilen will.

Und nun noch wenige Worte zum Ganzen. Söderblom trat als „moderner“ Theologe zuerst hervor. So beurteilten ihn die Zeitgenossen, und ihm war die neue Welt Wellhausens und Ritschls erstmals Lebensluft für Wissenschaft und Frommsein. So sieht ihn sein Biograph Tor Andrä „auf der Menschheit großer Linken“, um mit Gottfried Keller zu reden. Er selber, der ritterliche Freund der Bedrückten, mag selber so empfunden haben. Aber schon seine Schriften über Offenbarung und Kirche, anläßlich des Babel-Bibel-Streits, zeigen, wie recht Aulén hat, wenn er Söderbloms Hinwendung zum geschichtlich Fundierten, zum schlichten großen „klassischen“ Christentum als Abschluß der humanisierenden Periode, die von der Aufklärung über Schleiermacher bis Ritschl — der ein Ende, kein Anfang sei — reiche, und als einen Neuanfang einer zugleich biblischen und reformatorischen Einstellung zeichnet. Nur darf gesagt werden, daß diese Position dadurch unendlich gewinnt, daß sie in schwerem Ringen erreicht und jenseits aller Kompromisse erkämpft wurde. In der Tat: Söderblom fand sich zuerst als Sekundant des dann früh verstorbenen Ritschl-Apostels in Schweden, Fr. Fehr, Hauptpastors in Stockholm; daher die popularisierende Vermittlertätigkeit der ersten Zeit. Sobald er aber über diese Stufe der bloßen Rezeptivität hinaus ist, beginnt die eigene Fragestellung, das selbstgeschaut Bild, das Neben- und Ineinander kirchlicher und wissenschaftlicher Zielsetzung, das von gleichzeitiger deutscher Gelehrtenart so unterschieden war wie von ihrer wie selbstverständlichen Aufspaltung in kirchenpolitische „Richtungen“. Von vielen Kennzeichen nenne ich nur die überall hervortretende Unbefangenheit gegenüber den geschichtlichen Daten des Johannesevangeliums. „Freidig“ und in der Geschichte wurzelnd zumal, das kennzeichnet vielleicht den Gelehrten und Kirchenmann am besten und weist ihm seinen Platz über den Parteien an. Und noch eines: Söderblom wirkte auf die



Welt als froher Verkünder der „frohen Botschaft“. Sein Lutherbuch und manches andere läßt ahnen, daß er ähnliche seelische Tiefs zu überwinden hatte wie Luther, dessen Auf und Ab er in „Humor und Melancholie“ mit einzigartiger Einfühlung darstellt. Berggrav sagt mit Recht, es gebe zu denken, daß Söderblom in seiner „Lorbeerzeit“, da die Welt auf Un-erhörtes von ihm wartete, ihr „sein Wort vom Kreuz“, das Passionsbuch, gab. Und Edv. Rodhe zieht feinsinnig die Parallele zu dem andern großen schwedischen Erzbischofe, der auch im Dom von Uppsala seine letzte Ruhestätte fand, betrauert von Könighaus und allen Volksgenossen, J. O. Wallin, dem Schöpfer des schwedischen Gesangbuches (gest. 1819): Beider dämonische Arbeitskraft sei aus Lust am Wirken allein nicht zu erklären, sondern einzig zu verstehen als unablässiges Bemühen, die finsternen Geister in der eignen Brust durch immer neue Anspannung zu übertäuben. Wieder denken wir an Luther, in gebührendem Abstand mutatis mutandis: Nur dem Geist, der „zweier Welten Schlachtgebiet“ ist, „Dämonen sieht“, tut sich die Pforte zur andern Kindheit auf, erschließt sich die Welt der Schlichtheit, der frohen und eine Welt frohmachenden Botschaft.

Noch eines bemerken die Biographen mit Recht: Söderblom war kein Mann des sowohl-als auch. Eine seltene Generosität ließ ihn das Körnlein Wahrheit in der Auffassung suchen, die ihm minder zutreffend schien; wo aber er selber geistig daheim war, das hat er mit steigender Bestimmtheit erkannt und bekannt. Es war eben, nach Zeiten furchtbaren Ringens in der Studienzeit, alles selbst erkämpft und alles echt. Man muß ihn sehr genau kennen, um das überall bewährt zu finden; aber dann schließt der Schlüssel alle Türen auf.

Die Leidenschaft der Selbsthingabe loderte in diesem Manne, und um letzte Ziele für diesen höchsten Einsatz war er nicht verlegen. Er hat sich selber gezeichnet, wenn er in seiner Leidensgeschichte Christi bei der Salbung in Bethanien, eine Lücke im christlichen Hymnenschatz schließend, sang:!

Das Glas zerbrach, das Öl ist rings ergossen,  
sein Duft das Trauerhaus der Welt durchdringt.  
Dein' Seel', von Himmelsdüften lind umflossen,  
entschwebt dem Erdenstaube, froh beschwingt.  
Das Glas laß brechend seine Narde spenden.  
O sei nicht karg. Das Beste, das du hast,  
bring liebend dar! Welch freudiges Verschwenden,  
schenkst du dich ganz der Seele hohem Gast.

## **Bericht über die Tagung des Deutschen Ausschusses der Weltkonferenz für Glaube und Verfassung in Königsfeld.**

Von René H. Wallau.

Es ist gut, daß an die Stelle großer öffentlicher Kundgebungen nunmehr in vielen Ländern eine stark dezentralisierte, von kleineren Arbeitskreisen geführte, wirklich in die Tiefe greifende Studienarbeit getreten ist. Durch

sie wird sicherlich die zweite Lausanne-Konferenz wirksam vorbereitet werden können. Freilich, in allen Fällen wird es darauf ankommen, wer die Arbeit tut. Im Ausland, vor allem in England und Amerika sind es die Kirchengemeinschaften selbst, die schon vom Beginn der Bewegung für Glaube und Verfassung an in der Arbeit stehen. In Deutschland ist es nach wie vor nur ein privater Ausschuß, aus Kirchenmännern und Professoren der Theologie bestehend, der die Lausannearbeit getragen hat und noch trägt. Wer die Verhältnisse in Deutschland kennt und weiß, wie viel für die Wertung einer Arbeit davon abhängt, daß sie offiziell geschieht, kann diesen Zustand nur bedauern. Die Nichtbeteiligung der zentralen kirchlichen Stellen im evangelischen Deutschland ist von Anfang an mit der neutralen Haltung begründet worden, die der Kirchenbund den Fragen der Glaubenslehre gegenüber einzunehmen habe. Da es sich aber bei der Arbeit der Lausanner Weltkonferenz gar nicht um verpflichtende Bekenntnisuniformierungen oder Bekenntnisfestsetzungen handeln kann, sondern nur um Besprechungen des consensus und des dissensus in grundlegenden Glaubensfragen der Kirche, um die Feststellung und Bewertung der Tatbestände in den einzelnen Konfessionsgruppen, um das gemeinsame Suchen der methodischen Wege, die zu gemeinsamen Entscheidungen in Glaubensfragen führen können, ist die passive Haltung des Deutschen Evangelischen Kirchenbundes von Anfang an zu beklagen gewesen. Zum mindesten hätte eine offizielle Mitwirkung der einzelnen deutschen Landeskirchen erfolgen sollen. Aber auch in dieser Beziehung ist es still geblieben in Deutschland mit ganz wenigen Ausnahmen. Man muß das im Interesse des ernsthaften Ringens um die ökumenische Wirklichkeit der Kirche Christi auf das lebhafteste bedauern und doch nicht müde werden, es immer wieder zu sagen. Der Anlaß wäre wahrhaftig der konzentriertesten Arbeit aller Theologen in Kirche und Wissenschaft wert!

Wer schon einmal zu der Überzeugung durchgedrungen ist, daß die praktische ethische Arbeit im Sinne der Stockholmbewegung nicht ohne systematische Fundierung, ohne theologische Besinnung auf die Grundlagen des Glaubens durchgeführt und gefördert werden kann, muß von hier aus zwangsläufig zur Arbeit der Lausanner Weltkonferenz geführt werden, ganz einerlei, ob man glaubt, sie werde ihr Ziel erreichen oder nicht. Daß sie klärend und vertiefend bereits gewirkt hat, daß sie theologische Beziehungen und Austausch dogmatischen Denkens zwischen den einzelnen Kirchengruppen von weittragender Bedeutung hergestellt hat, das darf doch heute schon mit Genugtuung festgestellt werden. Wenn man hinzunimmt, daß der Ruf nach theologischer Fundierung der Arbeit von Stockholm ja gerade von seiten der deutschen Theologen und Kirchenmänner nachdrücklichst erhoben worden ist, zugleich mit der starken Betonung der Aufgabe, die das reformatorische Christentum allen anderen Konfessionsgruppen gegenüber besitze, dann muß man es um so mehr bedauern, daß auch heute noch die Arbeit an der Lausanner Bewegung einem ganz privaten deutschen Ausschuß überlassen wird. Er zählt wohl hervorragende Theologen zu seinen Mitgliedern, wird aber schwer imstande sein, solange ihm die offizielle Übertragung der Arbeit durch die deutschen Landeskirchen fehlt, dem deutschen Protestantismus in den Verhandlungen mit den anderen Kirchengruppen die Einfluß-



sphäre zu sichern, die ihm zukommt. Man sieht, wie hier eines in das andere greift.

Der deutsche Ausschuß hat unter dem Vorsitz von Bischof D. Jensen in seiner Arbeit der letzten Jahre einige der großen kontroversen Fragen christlicher Lehrbildung bearbeitet und dabei vor allem den Standpunkt der deutschen protestantischen Theologie eingenommen, der wenn er auch in sich nicht absolut einheitlich ist, doch den Lehrbildungen anderer Länder und Konfessionen gegenüber heute eine sehr geschlossene Linie darstellt, die stark und unmittelbar an das Erbe der Reformation anknüpft. Deshalb kommt seiner Arbeit im Gesamtrahmen der Bewegung für „Glaube und Verfassung“ große Bedeutung zu. Vor zwei Jahren wurde eingehend über „Die Kirche im Neuen Testament in ihrer Bedeutung für die Gegenwart“ verhandelt, im vergangenen Jahre stand die evangelische Würdigung des „Amtes“ im Mittelpunkt und in diesem Jahre handelte es sich darum, über den Begriff der „Gnade“ im Neuen Testament Klarheit zu gewinnen <sup>1)</sup>.

Auch dieses Mal hatten sich Theologen lutherischer, reformierter und methodistischer Prägung zu gemeinsamer Arbeit zusammengefunden. Die Königsfelder Gemeinde mit ihrem besinnlichen und religiös so warmherzigen Herrnhutertum hatte einen wundervollen gastfreundlichen Rahmen um die Besprechungen gelegt, wofür ihr auch an dieser Stelle herzlicher Dank gebührt. Auch für die Andachtstunden, die uns im Arbeitskreis selbst und in Gemeinschaft mit der Gemeinde Königsfeld geschenkt wurden, sei gedankt. An einem Abend gab es im schönen weißen Kirchensaal Gelegenheit, einem größeren Kreis aus der ökumenischen Arbeit zu erzählen (Prof. Dibelius, Dean Bate und Prof. Lang). Dieser Zusammenhang mit der Öffentlichkeit sollte bei den Tagungen des deutschen Ausschusses noch stärker betont werden, weil überhaupt in dieser Hinsicht bei uns in Deutschland zu wenig geschieht. Interessant war die Tatsache, daß sich, obwohl die Möglichkeit dazu gegeben war, nur ganz wenige Pfarrer aus der Umgegend oder dem Umkreis der badischen Landeskirche an den Verhandlungen beteiligt haben. Besonders erfreulich war die Teilnahme einiger ausländischer Theologen: Dean Bate als Vertreter des Anglikanismus, Prof. Clavier als französischer Theologe und Prof. Johnston aus den Vereinigten Staaten. — Etwas, was mich seither bei unseren Zusammenkünften noch nie befriedigt hat, ist die Rolle, die die Musik — sei es als Choralgesang, sei es als Faktor in der Gestaltung öffentlicher Feiern — spielt. Hier wäre noch vieles Wertvolle auch für den Fortgang der ökumenischen Arbeit zu gewinnen.

Wenn Pfarrer Homann am Schluß des ersten Referates die Tatsache unterstrich, daß man bei der Darstellung der Gnade im N. T. für gewöhnlich immer von Paulus ausgehe, ohne die Evangelien darüber zu befragen, so ist das zweifellos richtig. Wenn er aber an dem Aufsatz von Manson in „The doctrine of grace“ rügt, daß der englische Gelehrte Jesus wohl in seiner Person als die Quelle der Gnade bezeichne, dagegen leugne, daß

<sup>1)</sup> Die deutsche Themastellung ist erwachsen aus den Verhandlungen der internationalen Theologenkommission der Bewegung für Glaube und Verfassung, die 1931 in Gloucester stattfanden und die Lehre von der Gnade zum Gegenstand hatten. Die dort gehaltenen Vorträge sind 1932, von W. T. Whitley herausgegeben, unter dem Titel: „The doctrine of grace“ erschienen.

er der Urheber des Sprachgebrauchs gewesen sei und hierfür Paulus in Anspruch nimmt, so möchte ich doch stärker der von Manson geäußerten Auffassung zustimmen als Homann. Hier scheint mir, hat sich Homann verleiten lassen, aus dem klar erkennbaren Tatbestand der synoptischen Evangelien, die den Begriff der Gnade überhaupt nicht brauchen, dagegen die Sache selbst durchaus kennen, zu starke und einseitige theologische Folgerungen zu ziehen. Ich glaube also wohl, daß man von der Gnade in den synoptischen Evangelien reden kann, nicht aber von „dem Begriff der Gnade“ in den synoptischen Evangelien, wie die Themastellung Homanns lautete. Freilich hing nun mit der Formulierung der Themastellung, die sicherlich gegeben war, auch der stark systematisch-theologische Aufriß des Referats zusammen. Der Referent wurde dazu getrieben, die Grundlinien einer theologischen Lehre von der Gnade in den synoptischen Evangelien als vorhanden zu betrachten, die allzu stark die Züge lutherischer Kategorien aufwies. Es war somit an dem Einwand, der in der Aussprache von dem anwesenden Vertreter des Anglikanismus, Dean Bate, gemacht wurde, das aufgezeigte Christusbild habe die Züge Martin Luthers getragen, etwas Berechtigtes. Ich glaube nicht, daß es möglich ist, eine so stark auf Paulus aufbauende Gnadenlehre wie die Luthers einfach in den Bereich der synoptischen Evangelien zurückzuprojizieren. Dadurch kommt man zu Pressungen des Tatbestandes und nimmt vor allem der synoptischen Tradition ihre Unmittelbarkeit und Eigenart, die trotz der in ihr einsetzenden Gemeintheologie noch stark unterschieden bleibt vom theologischen Denken einer Einzelpersönlichkeit von stärkster Prägung und Kraft, wie sie dem werdenden Christentum in Paulus erstand. Diese grundsätzliche Einstellung dem ersten Referat gegenüber hindert in keiner Weise, den hohen Wert der Ausführungen anzuerkennen, vor allem den notwendigen Versuch zu bejahen, die Frage nach dem Wesen der neutestamentlichen Gnade bis in die Verkündigung Jesu hinein zu verfolgen. Das Referat wies in seinem Kern drei Teile auf: a) die anthropologische Voraussetzung der Gnade, b) die christologische Begründung der Gnade und c) die soteriologische Auswirkung der Gnade. Homann ging aus von dem „Zentralbegriff der Predigt Jesu“, dem Begriff des Reiches Gottes. (Auch hier stoße ich mich wieder an dem „Begriff“, der gegenüber dem Tatbestand der Evangelien etwas Abgeleitetes darstellt. Das Reich Gottes ist bei Jesus kein Begriff.)<sup>1)</sup> Das Reich Gottes ist Gottes freies Geschenk, ist die Gnadengabe selbst. (Gerade darin kommt ja zum Ausdruck, daß es sich hier nicht um Abstrakt-Begriffliches, sondern um eine Lebenswirklichkeit handelt, in die der Mensch hineingestellt wird.) „In der Predigt Jesu vom Reich sind die Grundlinien für die Auffindung des Gnadenbegriffs gezogen, insofern sich darin das Verhältnis von Mensch und Gott auf der einen Seite und die Sendung Jesu Christi auf der anderen Seite darstellt.“ Sicherlich ist dieser Satz richtig. Aber ich bezweifle, daß man daraus nun auf Grund der synoptischen Evangelien dogmatische Folgerungen ziehen kann, wie es Homann tat. Reicht dazu das synoptische Quellenmaterial aus? Verschiebt man dadurch nicht den Schwerpunkt dieser Quelle? Nimmt man nicht den Aussagen der synoptischen Evangelien ihre

1) Die eingeklammerten Sätze stellen die Meinung des Berichterstatters dar.



Unmittelbarkeit, ihr Unreflektiert-Sein? Presst man nicht ihre Bilder und Aussagen und kommt dadurch in Gefahr, ein theologisches Schema in sie einzutragen, das sie gar nicht besitzen?

Als „anthropologische Voraussetzung der Gnade“ entwickelte Homann zwei Punkte: 1. die Unfähigkeit zum Glauben und 2. die Unfreiheit des Willens.

Die Unfähigkeit zum Glauben erweist sich als Kleinglaube und Unglaube. Die Menschen werden von Jesus als ein unvernünftiges und hartnäckiges, ja als ein böses und ehebrecherisches Geschlecht bezeichnet (z. B. Luk. 11, 29). Begründet ist die Unfähigkeit zum Glauben in der Unfreiheit des Willens. Die menschliche Willensrichtung wird als gottwidrig gebrandmarkt (Matth. 21, 33 ff.). Der launenhafte Eigenwille der Menschen will nicht, was er soll. Eine radikale und solidarische Buße wird zur notwendigen anthropologischen Voraussetzung der Gnade.

(Es kommt mir immer wieder die Frage: wie läßt sich als anthropologische Voraussetzung der Gnade die Forderung der radikalen Buße erheben, wenn eine totale Unfähigkeit zum Glauben und eine völlige Verderbtheit des menschlichen Willens angenommen wird? Wie soll es da zur Buße — zum „Tun der Buße“ kommen, von dem Jesus immer wieder spricht, das doch ein Sein, einen Lebenszustand bedeutet? Wenn ich alle Stellenbeispiele, die Homann heranzieht, nachlese, so vermag ich einfach nicht den Sprung vom Kasuellen in das Allgemeine zu vollziehen, den er tut. Man kann m. E. auf Grund von Markus 7 nicht „von dem auf das Böse gerichteten Grundzug des menschlichen Wesens“ reden; man kann nicht das mitten in der akuten Kampfsituation Jesu mit den Hohepriestern und Schriftgelehrten gefallene und geprägte Wort von der „verkehrten Art dieses Geschlechts“ einfach verallgemeinern und als Ausdruck einer dogmatischen Aussage werten im Sinne des Satzes: homo ex ingenio totus est malus.)

Ich stimme Homann durchaus zu, wenn er als Meinung Jesu den ungeheuren Abstand von Gott und Mensch heraushebt, der nicht vom Menschen aus, sondern nur von Gott aus in der Gnadengabe Jesu Christi selbst überbrückt werden kann. Der in der Sünde gebundene menschliche Wille muß der radikalsten Forderung der wahrhaftigen Erfüllung des Gesetzes begegnen. In der Geschichte vom reichen Jüngling werde gezeigt, daß das Gesetz erst dort erfüllt sei, wo der Mensch es fertigbringe, sich in seiner ganzen Existenz an das Himmelreich zu verkaufen. Aus dieser Geschichte, die doch ihre ganz bestimmte Abzweckung auf den reichen Jüngling hat, folgert Homann, daß der Mensch der radikalen Forderung Jesu gegenüber seine restlose Ohnmacht erkennen muß. Er bleibe die Erfüllung des Gesetzes schuldig, weil er die Grundrichtung seines Herzens nicht ändern könne. Hier setze die Sendung des Mittlers ein, die als göttliche Möglichkeit menschlicher Unmöglichkeit gegenübergestellt werde. Jesus Christus legt den Menschen, deren Lage ausweglos ist, den Weg aus dem Elend frei, indem er Raum schafft für den Glauben an die Vergebung der Sünden. Zum Beweis hierfür beruft sich Homann auf die Gleichnisse vom Verlorenen (Luk. 15). Das Schaf in der Wüste sei rettungslos verloren und verdanke seine Rettung nicht einem letzten Rest von Instinkt, sondern der unbegreiflichen Liebe des Hirten . . . und der Groschen sei an sich so wertlos, daß

darin nicht das Suchen nach ihm begründet liegen könne. . . . Der verlorene Sohn war hoffnungslos verschollen; er war für die Seinen tot. . . . (Man kann nicht sagen, daß die Gleichnisse falsch gedeutet wären, aber vielleicht wird gerade hier die Einseitigkeit der Deutung klar. Kann man die Gleichnisse überhaupt so präzisiert deuten, daß sie einer bestimmten dogmatischen Linie gehorsam werden? Bilden sie nicht vielmehr eine große Einheit, auch in der Deutung eine weite Linie, die lediglich die Größe der suchenden und vergebenden Liebe offenbaren will? Will man aber das einzelne deuten, dann wäre doch wohl zu fragen, ob Homanns Deutung verpflichtend ist. Wer sagt, daß das Schaf in der Wüste nicht aus Instinkt handelt, wenn es sich ruhig hält und auf den Helfer wartet? Woher nimmt Homann die Berechtigung, den Groschen für „so minderwertig“ anzusehen, da doch feststeht, daß zur Zeit Jesu Geld einen ganz anderen Wert gehabt hat wie heute? War der verlorene Sohn für die Seinen wirklich tot? Wie erklärt er sich dann, daß der Vater den Heimkehrenden kommen sieht und erkennt? Man kann aus den synoptischen Evangelien m. E. nicht herauslesen, daß der Aufruf zur Buße, der an die Menschen gerichtet wird, nicht eine Erkenntnismöglichkeit voraussetzt, ein Sichöffnen — für die Einwirkung der Gnade. Mitwirkung des Menschen möchte ich das nicht nennen, das wäre zu viel gesagt. Das Tun der Buße ist jedenfalls wirksam gewordene Gnade. Aber immerhin, Gottes Gnade muß doch eine Anknüpfung im Menschen haben — die nicht vom Menschen, sondern von Gott gewollt und gegeben — damit aber doch vorhanden ist. Das festzuhalten, war wohl auch die Absicht der Diskussionsrede Prof. Claviers.)

Bezüglich der soteriologischen Auswirkung der Gnade führte Homann aus, daß sie zunächst das Gottesverhältnis wieder herstelle. Der menschliche Wille, der vorher in die verkehrte Richtung zielte, ist nun durch die Vergebung der Sünden an Jesus Christus gebunden und selbst durch die Gnade wieder hergestellt. Die Triebkraft des neuen Lebens entsteht aus der Gemeinschaft mit Jesus Christus. Mit der durch die Gnade gewirkten Wiederherstellung des Gottesverhältnisses verbindet sich in der synoptischen Predigt Jesu die Verurteilung des Verdienstanspruchs, wie er in der jüdischen Gesetzlichkeit als Rechtsanspruch erhoben worden ist. Trotzdem kann nicht geaugnet werden, daß in den synoptischen Evangelien der Lohngedanke eine ziemliche Rolle spielt. Jesus knüpft bewußt an das Erbe des Judentums an. Homann hob jedoch mit voller Klarheit die Unterschiede zur jüdischen Vergeltungstheorie, ja sogar ihre sachliche Überwindung heraus. Es gibt nun letztlich einen für alle gemeinsamen und gleichen Lohn, nämlich den Zutritt zu den Heilsgütern, wie er in der Gabe des Reiches Gottes gegeben wird. Das Reich Gottes wird überall in den synoptischen Evangelien aufgefaßt und dargestellt als die überschwängliche Gnadengabe, der gegenüber eine Gleichwertigkeit von Leistung und Lohn überhaupt nicht in Frage kommt. Der Lohn tritt jedenfalls nicht als ein zusätzlicher zum Werk hinzu, sondern er ist die Vollendung der Gnade im Werk. Wenn Homann aus dem Gesagten zum Schluß seines Referates als Ergebnis feststellen zu können glaubte, daß der „Begriff der Gnade“ nicht nur die selbstverständliche Voraussetzung aller Evangeliumsverkündigung sei, sondern auch in ihr seine volle Entfaltung gefunden habe, so muß ich auch hier



widersprechen, weil ich glaube, daß man dem Evangelium intellektualistisch Gewalt antut. Man nimmt dem Evangelium die ihm innewohnende Fülle und Lebensunmittelbarkeit, ich könnte auch sagen, seine Offenbarungsspannweite, wenn man es in dieser Weise nicht von seinen eigenen Voraussetzungen her, sondern von der lutherischen Rechtfertigungslehre des 16. Jahrhunderts her versteht. Man verstehe mich nicht falsch, ich will damit nicht sagen, daß Luthers Lehre in Widerspruch stände zum Evangelium. Sie ist ganz zweifellos an dem als Einheit erfahrenen N. T. gewonnen und läßt sich bis an das Evangelium heranzuführen. Aber ich finde, die theologisch-systematische Linie muß sich beugen vor der Offenbarung des Lebens mit all ihrer Paradoxie. Zu diesen Paradoxien gehört zweifellos auch, daß man auch anders akzentuierte Lehre aus dem Evangelium begründen kann. Das bedeutet wiederum nicht, daß ich mich nicht der großen Linie der Homannschen Ausführungen anschließen könnte. Ich kann mich durchaus der Auffassung anschließen, die Prof. Wobbermin in der Aussprache so ausdrückte: Man müsse überall sorgsam die Grundintention von ihrer Ausprägung in bestimmten Vorstellungsformen unterscheiden. Wenn Gen.-Sup. Zoellner der Meinung war, das Referat habe nur das Material ausgebreitet und die Zusammenhänge gedeutet, so ist in der Tat nicht nur das erstere getan worden, sondern ebenso das zweite. Aber gegen diese Deutung glaubte auch ich einigen Widerspruch anmelden zu müssen. Wohl ist es richtig, daß die Synopse kein Steinbruch ist, aus dem man einzelnes heraushauen kann (Zoellner). Aber bei der Deutung der Zusammenhänge kommt es auf eine Zusammenschau an, die die „Fülle des Bildes“ (Siegmund-Schultze) aufzeigt, nicht aber auf eine dogmatisierende Verengerung des Tatbestandes. Kritisch scheint mir Prof. Dibelius Wesentlichstes gesagt zu haben, wenn er darauf hinwies, daß im Sinne des Referenten bei den Synoptikern jeglicher Synergismus und Humanismus abzulehnen sei. Deshalb könne man aber auch keine Lehre vom unfreien Willen herauslesen. Der Tenor der Predigt Jesu, der auf „aktuelle Eschatologie“ gestimmt sei, lasse eine solche Lehrhaftigkeit gar nicht zu. Insbesondere die Gleichnisse dürfen nicht allegorisch-dogmatisch ausgewertet werden. Es gibt keine Theorie von den anthropologischen Voraussetzungen im Evangelium. Im allgemeinen ergab sich in der Aussprache die starke Tendenz, gegenüber der Linie des Referates den Raum für die ethische Lebensführung des Menschen frei zu halten. Besonders Prof. Clavier mühte sich um diese Erkenntnis, wogegen natürlich mit Recht geltend gemacht wurde, daß das Christentum nicht in ethischen Idealismus aufgelöst werden dürfe (Zoellner). Bemerkenswert erschien mir in dieser Debatte ein Wort von Dr. W. Schmidt, der ins Licht stellte, daß Gott seine Sonne scheinen lasse über Gute und Böse. Den Unmündigen sei das Reich offenbart, wie ein Kind solle man es aufnehmen. Hier handele es sich zunächst gar nicht um etwas, was der Mensch tun solle, aber hier sei auch nicht von Sünde die Rede. Jedenfalls bleibt die Rettung des Menschen ein „unbegreifliches Wunder“ (Jensen), das nicht auf irgend einer anthropologischen Theorie aufzubauen ist, sondern allein in der Gnadengabe zu sehen ist, die Jesus Christus selbst darstellt. Für die ökumenische Aussprache wichtig war ein sehr ernstes Wort Dean Bates, die lutherische Rechtfertigungslehre müsse so dargestellt werden, daß sie auch zu anderen

Christen kommen könne. Das heißt nach meinem Verständnis der Situation: die Rechtfertigungslehre muß so dargestellt werden können, daß sie die Fülle ihres neutestamentlichen Ursprungs noch enthält. Was das bedeutet, hat das Schlußreferat von Prof. Winkler aufgezeigt. Mir scheint in der Tat wichtig zu sein, wenn wir verstehen, daß wir einander dienen sollen. Eine solche Begegnung ist keineswegs unmöglich, wie z. B. der späterhin verlesene Brief des Erzbischofs von York bewies. Der besondere unbestrittene Wert des Referats lag in der Absicht, das Wesen der neutestamentlichen Gnade im Evangelium zu verankern und die Untersuchung nicht erst bei Paulus beginnen zu lassen. Paulus hat aus der Wirklichkeit der Gnade in Jesus Christus bereits genommen Fülle um Fülle.

Am zweiten Tag der Konferenz hielt Prof. D. Lang sein Referat über die Gnade in den johanneischen Schriften. Auch hier scheint zunächst die Auslese dürftig, da das Wort χάρις sich nur an zwei Stellen, außer in dem Gruß am Schluß der Apokalypse, im Prolog des Johannesevangeliums 1, 14. 16f. findet. Das Auftreten des Wortes löste zunächst bei D. Lang eine Polemik aus gegen die Arbeit des Schweden Gillis P:son Wetter, der von dem paulinischen-griechischen Gnadengedanken als dem souveränen Handeln Gottes, der nicht auf die Gesetzeswerke der Menschen sieht, sondern durch seine freie Gnadentat in Christo errettet, die orientalisch-hellenistische Gnadenauffassung unterscheidet, wobei Gnade als „eine göttliche Potenz, die in der Welt erschienen, in sie eingegossen worden ist“, verstanden wird. Nach Wetter liegen die johanneischen Aussagen in dieser Linie. Es zeige sich also hier der Anfang der gratia infusa. Gnade werde gedacht als eine Art „heilbringenden Stoffes“, der durch Christus in die Welt eingeströmt überhaupt erst die Errettung des Menschen möglich gemacht habe.

Dem gegenüber betonte der Referent, daß es sich in der Aussage des johanneischen Prologs nicht um solche quantitative Gnade handeln könne. Der Begriff der Gnade habe auch hier personalistischen Charakter, er habe eine lebendige Beziehung zu Christus. Gnade sei nichts anderes „als die persönliche Gabe dieses unseres Heilands und Herrn, in dem die Jünger anschauten die Herrlichkeit des Eingeborenen vom Vater und erkannten, daß der Sohn Licht und Leben bringe“. Es wurde das Wort von Feine zitiert: die ganze Frömmigkeit des Johannes ist Jesus-Glaube und Jesus-Gemeinschaft . . . wer Jesus sieht, sieht Gott, wer Jesus hat, hat Gott und das ewige Leben. . . . Nun kann gar kein Zweifel sein, daß damit ein Teil der Aussagen des Johannesevangeliums richtig wiedergegeben ist. Wenn aber der Referent unter seine Beweisstellen mit aufnimmt: 6,54 wer mein Fleisch isset, hat ewiges Leben; 6,35.51 er ist das Brot des Lebens; 14,9.10 ich im Vater, und der Vater in mir; 10,9 er ist die Tür; 15,4ff. die Worte vom Weinstock und den Reben und der Einpflanzung der Reben in den Weinstock, dann wird einem zweifelhaft, ob mit dem Anschauen des gnädigen Gottes in Jesus der Tatbestand der Gnade in den johanneischen Schriften hinreichend umschrieben ist. Man nehme hinzu die Stellen, die vom „Leben“ handeln, von dem Leben, das Christus hat und gibt, etwa im Evang. 1,4; 5,24; 6,33; 10,11; 11,25; 14,6; dazu noch 1. Joh. 5,12 u. a. Hier scheint es mir offenbar zu werden, daß der Gnadenbegriff, der nur Gottes gnädigen Willen und gnädige Gesinnung, die in Jesus angeschaut



werden kann, sieht, nicht mehr ausreicht. Auch Feines Wort ist zu jesuistisch und nicht christologisch im Sinne der johanneischen Schriften. Der Christus, der Bringer des Lebens, ist die Gnade. Wobei ich doch aufmerksam machen möchte darauf, daß Christus nicht völlig mit dem historischen Jesus von Nazareth gleichzusetzen ist. Der Christus ist das göttliche Lebensprinzip, von allem Anfang an bei Gott gewesen, Fleisch geworden in Jesus von Nazareth, wieder heimgekehrt in die Fülle des Vaters, von dannen er als die rettende Lebenskraft, durchaus persönlich gefaßt, — wie der Gottesgedanke selbst — aber als metaphysische Persönlichkeit der Gemeinde geschenkt wird als ihr Haupt und die alles durchblutende Kraft ihres Lebens. Leben wiederum ist kein Begriff, sondern eine Kraft, die in die Todeswelt von Gott hineingegeben wird! Mit alledem möchte ich warnen vor dem, wie ich glaube, voreiligen Schluß des Referenten: „nach allem kann m. E. die Gnade bei Johannes niemals eine mystische Kraft bedeuten, die sich Stückchen für Stückchen in uns einsenkt“. Ich glaube nicht, daß man das so eindeutig sagen kann. Das zuletzt Gesagte würde auch ich ablehnen, aber die Gnade anzusehen als eine Kraftpotenz, die ganz wirklich und unmittelbar in die Welt hineingesenkt wurde und in dem lebendigen Christus fortwirkt, halte ich für durchaus johanneisch. Die reformatorische Gnade als favor dei (Melanchthon) oder divina erga nos benevolentia (Calvin), die der Referent durch die johanneischen Schriften bestätigt fand, erschöpft nicht den Tatbestand des johanneischen Schriftenkreises. Der Referent hat das selbst angedeutet, wenn er sagt, „daß die durch die Versöhnung Christi bewirkte Umwandlung der Gesinnung Gottes gegen die Sünder . . . zugleich die Kraft des neuen Lebens für uns darbietet“. Es sollte nur „der Verderbnis des biblischen Gnadenbegriffs gewehrt werden, daß der persönliche Heilswille Gottes sich in allerlei mannigfaltige Gnadenkräfte auflöst, die nur zu leicht verselbständigt und materialisiert werden“. Darin wird man Prof. Lang nur zustimmen können. Es darf nur nicht um eines „biblischen“ Gnadenbegriffes willen die besondere Note übersehen werden, die wir bei Johannes oder bei Paulus oder bei anderen innerhalb des biblischen Tatbestandes finden. Auch kann nicht geleugnet werden, daß selbst für die Lehre der „gratia infusa“ bestimmte Ansatzpunkte im N. T. gefunden werden können. Wir verwahren uns aber ausdrücklich, damit etwa zugegeben zu haben, daß diese Gnadenlehre die neutestamentlich gegebene sei. Prof. Lang hat in seinem Referat noch zwei Einzelfragen berührt, das Verhältnis von Gnade und Prädestination und das Verhältnis von Gnade und Kirche. Bezüglich der Prädestination wurde festgestellt, daß die Äußerungen der johanneischen Schriften auf das deutlichste bestätigen, daß die Gnade eine persönliche Gabe des souveränen Gottes sei, der über das Heil jedes einzelnen Menschen bestimmt. Die völlige Abhängigkeit von Gottes Gnadenwahl hebe aber die Verantwortung der Menschen für ihren Heilsstand nicht auf. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß diese Antinomie von göttlicher Gnadenwahl und menschlicher Verantwortung den biblischen Tatbestand wiedergibt. Der Referent legte aber mit Recht Gewicht darauf, daß diese Antinomie nicht durch eine parallele Gleichsetzung von Religion und Ethik gelöst werden dürfe (wie dies z. B. auch in dem Bericht der Theologenkommission mit Bezug auf Phil. 2, 12 f. geschehen sei), sondern der Bezirk der sittlichen

Freiheit müsse als völlig eingeschlossen gelten von der Abhängigkeit von Gott. Erst in dem Maße als die Gnade Jesu Christi auf sie Einfluß gewinnt, beginnt für sie sittliche Freiheit im Kampf des Geistes mit dem Fleisch. Bezüglich der Kirche (Gleichnisse Joh. 10 vom guten Hirten und Joh. 15 vom Weinstock und den Reben) wurde ausgeführt, sie sei der Ort, an dem die Gnade Jesu Christi sich auswirke. Dabei ist sie verstanden als eine Lebensform, in der das Haupt mit den Gliedern zu einem Ganzen zusammengefügt ist und die Teile nur aus dem Zusammenhang mit dem Ganzen ihr Leben haben, das aus der Tiefe des Gnadengrundes, also geheimnisvoll gespendet wird (Weinstock und Reben). In der Aussprache wies vor allem D. Zoellner darauf hin, daß das johanneische Leben der Gnade existenziell-potentiell zu fassen sei, daß Leben mehr sei als Gesinnung, eine Kraft, die ganz real in die Todeswelt einwirke. Wenn dagegen Pfarrer Katz im Sinne des Referats daran festhalten zu müssen glaubte, daß die Gnade eine Person sei, so ist fraglich, ob man mit dieser personalistischen Auffassung durchkommt, sobald man „Person“ im Sinne einer historischen Person versteht. Die Gnade wirkt persönlich, aber die erlösende Christuskraft des Lebens, die fortwirkt im  $\sigma\omega\mu\alpha$  der Kirche läßt sich persönlich nur im Sinne eines transzendent-metaphysisch Persönlichen, nicht aber eines historisch-Personhaften verstehen. Wogegen man sich vom protestantischen Standpunkt immer wird wenden müssen, ist jede magische Auffassung der Gnade (Wobbermin).

Als dritter Referent sprach Bischof D. Jensen über die Gnade in den paulinischen Briefen. Um den paulinischen Gnadensbegriff (hier ist diese Bezeichnung am Platze) aufzuzeigen, ging der Referent von den Korrelaten der Gnade aus, die für Paulus in Betracht kommen: 1. Sünde und Fleisch, 2. Schwachheit, 3. Gesetz. Aus den ersten Kapiteln des Korintherbriefes, Phil. 3, 3ff. und Röm. 2 u. 3 wurde festgestellt, daß das Wesen der Sünde darin bestehe, daß der Mensch vor Gott etwas sein, daß er sich und seine Kraft an die Stelle Gottes oder Christi setzen wolle. Die Grundbetrachtung der Sünde erweist sich als eine rein religiöse, als ganz vom Gottesgedanken beherrscht. Jede Form von Selbstruhm ist Sünde, ja sogar die Grundsünde. (Man kann nicht dankbar genug sein, daß hier endlich einmal klar und deutlich der Begriff der Sünde in seiner Wurzel gefaßt ist und getrennt wird von der moralistischen Gleichsetzung mit Sünden.) Mit der Trennung von Gott ist dann das Eintreten unter andere Herrschaft gegeben und damit der Weg in die Unsittlichkeit offen. 2. Neben dem Damaskuserlebnis steht als entscheidende innere Erfahrung bei Paulus die Erkenntnis der Schwachheit. Der Pfahl, der ihm ins Fleisch gegeben ist (2. Kor. 12, 7ff.), damit er sich nicht überhebe, ist ihm dazu auferlegt, daß er erkenne, was er wirke, sei nicht er selbst und seine Kraft, sondern Gottes Gnade. Jeder andere Gedanke ist gottwidrig, denn das Geschöpf ist eine Scherbe in der Hand des Schöpfers (Röm. 9, 20). Endlich 3. das Gesetz. Hierfür wurden zwei Stellen angeführt, Röm. 3, 20 und Röm. 5, 20. Durch das Gesetz kommt die Erkenntnis der Sünde, und das Gesetz ist dazwischen gekommen, damit die Übertretung größer werde. Unter Hinzunahme von Röm. 7, 7ff. stellte der Referent fest, daß nicht etwa das Gesetz in ihm allerhand Leidenschaften wachgerufen habe. Der Apostel sagt selbst, daß er



unter dem Gesetz als unsträflich erfunden worden sei (Phil. 3, 6). Das Gesetz ist dem Menschen zur Gefahr der eigenen Gerechtigkeit geworden. Es stellt ihn auf eigene Füße. Damit wird die Übertretung größer und klar und deutlich die Erkenntnis der Sünde, die in der Loslösung von Gott besteht. Wem die Augen aufgegangen sind über seinen Zustand, der kann sich nicht mehr mit äußerlicher Gesetzlichkeit begnügen. Nur der Schrei nach Erlösung bleibt ihm (Röm. 7, 24). Von hier ist die Antwort auf die Frage nach der Gnade bei Paulus leicht. „Die Gnade bedeutet, daß der Mensch nicht mehr auf sich selbst gestellt ist, nicht mehr sein eigener Gott ist, nicht mehr in eigener Kraft handelt, sondern daß er aus der Fülle Gottes lebt, daß Gott wieder Gott wird in seinem Leben. Der Mensch hat dabei nichts anderes zu tun, als zu nehmen, oder wenn das noch zu viel gesagt ist, als erschlossen zu sein, als Gott machen zu lassen, als zu glauben. Dann ist Gott wieder alles, der Mensch aber — er ist auf der einen Seite nichts, auf der anderen Seite ... das Höchste, was es gibt, Gottes Kind.“ Damit ist dem Menschen alles gegeben. Welche Stellung hat Christus innerhalb dieser Gnadentheologie des Paulus? Er hat eine ganz universelle Bedeutung für ihn. Alles, was Christus ist und tut, geht die Menschheit an — und die Mächte, die hinter Leben und Tod stehen. In Christus ist die Gnade gegeben nach den beiden Seiten ihrer Wirksamkeit, als Vergebung und als Befreiung. Im Kreuzestod Christi ist für Paulus alles zusammengefaßt. Er ist ein einmaliger geschichtlicher Akt. Zugleich handelt es sich aber bei ihm um ein ewiges Tun Gottes. In ihm ist das ganze Gottesgericht über die Sünde lebendig, in ihm ist es aber auch aufgehoben in Gnade und Vergebung. Wenn wir „mit Christo gestorben“ sind, dann kehren wir zurück in die Hände des Schöpfers, von dem uns die Sünde geschieden hat, und damit sind alle Quellen des Lebens erschlossen. Sünde, Tod, Fleisch, Gesetz ist damit abgetan. Das Gesetz ist vollendet, weil nach Gottes Strafgerechtigkeit — der innerste Sinn des Gesetzes in Christo erfüllt ist, die Liebe (Gal. 5, 6; Röm. 13, 10). — In der Aussprache wurde vor allem die große Linie des Referats anerkannt. Prof. Dibelius stellte die paulinische Verkündigung in den radikalsten Gegensatz gegen jede rationale Tendenz des Judentums, das für jeden Schicksalsschlag den Nachweis der Schuld und für jede glückliche Fügung den Nachweis des Verdienstes beanspruche. Für Paulus stellte er den absolut paradoxen Charakter der Gnade ins Licht. Obwohl die Rechnung zwischen Gott und Mensch niemals aufgeht, nimmt Gott trotzdem den sündigen Menschen an. Das ist die Gnade bei Paulus. Gegen jeden Versuch, sich über Gott zu stellen, wie er sich in der Gesetzesreligion und in jeder magisch bestimmten Frömmigkeit zeige, wo beide Male die Anerkennung der schlechthinnigen Abhängigkeit des Menschen von Gott verweigert werde, wende sich Paulus mit seiner Lehre von der Rechtfertigung aus dem Glauben allein (Wobbermin). D. Zoellner hob noch hervor, daß mit unmißverständlicher Deutlichkeit im Mittelpunkt aller Gedankenbildung über die Gnade bei Paulus das Kreuz stehe. — Hier liegt jedenfalls ein richtunggebender Einigungspunkt für die Christenheit. Unter ökumenischem Gesichtspunkt besonders wichtig erschien mir Pfarrer Homanns Feststellung, daß es sich bei der paulinischen Gnadenlehre nicht um einen innertrinitarischen Vorgang handele. In der Gnade sei Christus

selbst da. Hier öffne sich ein Weg für die Frage nach Gnade und Sakrament. Dean Bate griff diese Äußerung auf, wies auf die Wichtigkeit einer Einigung in der Gnadenlehre hin und glaubte sagen zu können, daß mit der Betonung der Realpräsenz Christi in der Gnade die deutsche Theologie dem Anglikanismus ein Tor öffne. Derartige Äußerungen scheinen mir von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Denn das Konfessionsgespräch hinüber und herüber braucht solche offenen Tore, um fruchtbar werden zu können.

Superintendent D. Sommer, der leider durch Krankheit am Erscheinen verhindert war, hatte seine Thesenreihe geschickt zu dem Thema: Die Gnade nach dem 1. Petrusbrief unter Hinzuziehung von 2. Petri, Juda und Jakobus. Zum Wesen der Gnade wurde darin ausgeführt: Gnade ist ein Souveränitätsakt des Willens Gottes; daher ist dieser Begriff mit empirischen Kategorien nicht zu fassen. Jeder Vergleich mit menschlichem Verhalten würde den Wortsinn eher trüben als erhellen. Deshalb wird die Gnade im 1. Petrusbrief so oft mit Offenbarung in Beziehung gesetzt. Dabei steht die Gnade nicht im Gegensatz zur Heiligkeit, zum Zorne Gottes. Im Brennpunkt der Gnade, dem Kreuzestod Christi, ist eine über die unaufgehobene Spannung hinweggreifende Synthese gefunden. Ein zweiter Abschnitt beschäftigte sich mit den Wirkungen der Gnade. Als solche erscheinen die Erschaffung der Welt, die Wiedergeburt auf Grund des Kreuzestodes und der Auferstehung Christi, die Gemeinschaft als Bruderschaft in Christo verstanden, der wechselseitige Dienst der Glieder untereinander in der Kraft der verliehenen Charismen, das unschuldige Leiden und endlich die Vollendung des einzelnen und der Gemeinde, die ihre volle Herrlichkeit bei der Offenbarung Jesu Christi erreichen wird. Der Schlußteil handelte von dem Verhältnis des Menschen zur Gnade. Es ist ein rein persönliches. Eine verdinglichte Gnade gibt es nicht. Die Sakramente sind als *verba visibilia* aufzufassen, durch Gottes Wort eingesetzt und ihre Kraft aus dem in ihnen wirkenden Worte Gottes schöpfend. So bestimmt die Gnade aus der Ewigkeit stammt, so entschieden wird sie geschichtliches Ereignis und ist als solches erlebbar, eine unbegnadete Vergangenheit scharf von der begnadeten Gegenwart scheidend. Der Gnade Gottes gegenüber ist der Mensch Objekt, und zwar passives Objekt. Dennoch wird im 1. Petrusbrief praktisch-existenziell an der Verantwortlichkeit des Menschen der Gnade Gottes gegenüber festgehalten. Soweit die Thesenreihe. Gerade das letztere muß als eine im ganzen N. T. auftretende Paradoxie aufgenommen werden, die nur existenziell, nicht aber rational-begrifflich überwunden wird — und zwar nur dann überwunden oder in einer höheren Einheit zusammengefaßt werden kann, wenn Gnade — mehr ist als bloße Gesinnung Gottes uns gegenüber, wenn es also — ein Leben in der Gnade, wenn auch unter charismatischer Begabung gibt.

Ganz stark spitzte sich die Arbeit — des Königsfelder Kreises — auf diese Frage zu. Es war jedenfalls bedeutsam, daß sie im Mittelpunkt der Ausführungen des letzten Referenten, Professor Lic. Winklers, stand, der das zusammenfassende systematische Referat über die Gnade im Neuen Testament hielt.

Prof. Winkler führte aus, er wolle versuchen, den inhaltlichen Reichtum



des neutestamentlichen Gnadenbegriffs zur Darstellung zu bringen. (Mit diesem Ausgangspunkt ist bereits jede einseitig konfessionelle Bindung der Gedankenbildung sehr glücklich überwunden und einer Betrachtung recht gegeben, die das N. T. immer schon als im Diesseits vor den Konfessionen stehend bezeichnet hat. Jede konfessionelle Stellungnahme hat das Recht, sich auf das N. T. zu berufen, das in viel stärkerem Maß eine Einheit darstellt, als die theologische Einzelforschung vielfach zuzugeben gewillt ist. Aber keine Konfession wird behaupten können, daß lediglich ihre Auffassung den alleinigen Inhalt der neutestamentlichen Aussagen in ihrer Gesamtheit bilde. Das wäre eine ungeheure Verengung des N. T., dessen Wesen sich gerade durch „Weite und Elastizität“ auszeichnet. Hier liegt m. E. die ökumenische Bedeutung des N. T. beschlossen. Wenn das Luthertum mit Recht immer wieder bei den Verhandlungen von Faith and Order auf die Notwendigkeit des Rückgangs auf das N. T. hinweist, dann sollte das geschehen — um des Reichtums der neutestamentlichen Aussagen willen, nicht aber, um sich selbst ins Licht zu stellen, als habe es allein das N. T. verstanden. Denn wer sich nicht, wie das etwa D. Lang in der Aussprache tat, zu der Abfalltheorie bekennen kann, wenigstens nicht im grundlegenden Ausgangspunkt der dogmatischen Entwicklung der Einzelkonfessionen, muß ja doch nach den neutestamentlichen Anknüpfungspunkten für die dogmengeschichtliche Entwicklung etwa im Katholizismus fragen und suchen. Hier zu erweisen, daß die Geschichte nicht nur einen Weg, sondern verschiedene Möglichkeiten gezeigt hat, die sich nicht gegeneinander isolieren, sondern durcheinander ergänzen und regulieren sollen (sobald sie sich gegeneinander isolieren, tritt allerdings der Abfall ein, der aber ein wechselseitiger ist!), das scheint mir in der Tat die fruchtbare Aufgabe der ökumenischen Arbeit zu sein, die eine Auflockerung dogmatischer Starrheit zum Ziel haben muß.)

Die Einseitigkeit, von der Prof. Winkler ausging, war die Auslegung der neutestamentlichen Gnade, die der Rechtfertigungslehre der lutherischen Orthodoxie des 17. Jahrhunderts zugrunde liegt. Hier wird die neutestamentliche χάρις gedeutet als die Gnadengesinnung und der Gnadenwille Gottes. Wenn Gott gnädig ist, dann ereignet sich nur etwas auf der Seite Gottes, nichts dagegen auf der Seite des Menschen. Der göttliche Gnadenakt der Rechtfertigung wird daher als ein *actus forensis* bezeichnet. Der Mensch wird durch ihn nur gerecht erklärt. Die Gerechtigkeit wird damit nicht Bestandteil des lebendigen Seins der Menschen. Sie bleibt *extra nos*. Prof. Winkler stellte fest, daß man damit in der Tat die Auffassung Melancthons in seinen *loci* getroffen habe, aber es bleibe die Frage, ob das Wesen der neutestamentlichen Gnade damit richtig wiedergegeben sei. Man könne auf die Synoptiker verweisen, bei denen die Gnade dadurch ausgerichtet werde, daß Jesus den Menschen die Sünde vergibt, also lediglich von einer Willensänderung Gottes Kunde gibt (wobei dann allerdings z. B. der Bußruf in seiner aktivierenden Form, das „gehe hin und tue desgleichen“, unverständlich bleibe); auch bei Paulus lassen sich Stellen finden, die die deklaratorische Deutung des Gnadenbegriffes nahelegen. Die χάρις wäre also eine Eigenschaft Gottes, über die von der Glaubenserfahrung des Christen aus nichts ausgesagt werden könnte. Man kann nur im Gehorsam an sie glauben. Der Mensch kann nicht damit rechnen, daß sich die Wirkung der Gnaden-

botschaft einwandfrei an ihm feststellen läßt. Damit aber ist der Tatbestand des N. T. nicht ausgeschöpft. Wenn von χάρις διδόναι die Rede ist, ist nicht Gottes ruhender Wille gemeint, sondern von einer lebendigen Funktion die Rede. Gnade ist dann nicht nur Wille, sich herabzulassen, sondern dieses Herablassen selbst. (Wenn in früheren Referaten festgestellt wurde, daß Jesus Christus selbst die Gnade sei, dann bedeutet schon sein Kommen, die Tatsache der Menschwerdung ein Eingehen der Gnade in die Welt!) So wird an vielen Stellen vom „Empfangen der Gnade“ gesprochen, also von einer Gnadengabe (Röm. 5, 17; Röm. 1, 5; Joh. 1, 17; 1. Petr. 3, 7; Phil. 1, 7). Je konkreter diese Gabe etwa als Sündenvergebung verbunden mit Heilung verstanden wird, desto mehr wird sie als eine am und im Christen wirksame Kraft gedacht. So auch bei Paulus (1. Kor. 15, 10; 2. Kor. 6, 1; 2. Kor. 1, 12; 2. Kor. 12, 9), wo der Gedanke an eine das ganze Christenleben mittragende Kraft zum mindesten mitschwingt. (Ich möchte sagen, man muß, um das zu erkennen, selbst das Charisma der Unmittelbarkeit zum Text haben, das häufig durch eine a priori festgelegte dogmatische Linie unwirksam gemacht wird.) Wo aber Paulus die Gnade mit Gerechtigkeit Gottes gleichsetzt, wird diese Wendung erst völlig verstanden, wenn die χάρις nicht nur als Eigenschaft Gottes, sondern als die „bewegende Mitte in allem Christsein“ angesehen wird. Wenn so die Gnade nicht deklaratorisch, sondern dynamisch zu fassen ist, so darf doch diese Gnadenpotenz nicht als seelische Energie, also psychologisch gedeutet werden. Sie deutet vielmehr die Realität einer pneumatischen Seinsweise an. Der neutestamentliche Befund schließt also keineswegs aus, den Gnadenakt als einen actus physicus zu deuten, die Gnade als eine Art von Substanz aufzufassen, die der menschlichen Natur eingegossen wird. „Die dynamische Auffassung der Gnade im N. T. hat zum mindesten das gleiche Recht wie die deklaratorische.“ Trotzdem muß die substantialisierende Deutung des Katholizismus abgewehrt werden, weil sie sich durch drei Momente, die sich ebenfalls im N. T. finden, verbietet.

1. Die katholische Deutung der Gnade als substantieller Kraftstoff ist mit einer Aufteilung der Gnade in Einzelgnaden verbunden. Aber die Redeweise von einem Wachsen in der Gnade mahnt nur dazu, in der Atmosphäre der Gnade mehr und mehr heimisch zu werden. Sie bedeutet nicht, daß die Gnade ratenweise überwiesen werde. „Die Gnade bei Paulus ist immer nur eins und ungeteilt.“

2. Die substantielle Bestimmung der Gnade macht sie zu einem Faktor, der neben anderen das Christsein zustande bringt. Davon kann aber im N. T. nicht die Rede sein. „Die Gnade bedeutet das Ganze des Christenlebens.“ Sie ist eine neue Lebensordnung, die die alte völlig ablöst. Sie ist ein rein religiöser Faktor, aber souverän und nicht an die Mitwirkung anderer Faktoren gebunden. Im N. T. ist „Gnade empfangen“ und „Christ werden“ einfach identisch.

3. Gegen die Substantialisierung der Gnade als einer unpersönlichen, metaphysischen Macht, als einer Potenzierung von Naturkräften spricht aber das einmütige Zeugnis des N. T., das die Gnade in Christus geschichtlich darstellt. Sie ist von der Person und der Leistung Jesu Christi nicht abzulösen. Die Lehre von der gratia infusa hat die gefährliche Neigung, den



Geber hinter die Gabe zurücktreten zu lassen, bzw. gänzlich verschwinden zu lassen.

Auf Grund dieses Befundes kam Prof. Winkler dann zu der Feststellung, die außerordentlich klärend wirkte und die Spannung, die im Wesen des neutestamentlichen Begriffs der Gnade unzweifelhaft liegt, geradezu klassisch darstellt: daß nämlich der Sinn der neutestamentlichen Gnade schillert zwischen Gottes Huld und Gottes Gabe. „Gerade in dieser Labilität ihres Sinnes... erscheint ihr eigentlichstes Wesen.“ Sobald man an dieser Labilität vorübergeht, muß man in die Einseitigkeit einander entgegenstehender Gnadenlehren geführt werden. Es muß die Aufgabe ökumenischer Arbeit sein, sich im Zeichen des urchristlichen Gnadenbegriffs wieder zusammenzufinden. (Wobei mir die sehr ernsthafte Erwägung kommt, ob es gesehen auf die Labilität des Sinnes der neutestamentlichen Gnade überhaupt einen urchristlichen Gnadenbegriff gibt. Kann es einen Begriff geben, der den ganzen Reichtum des Sinnes überhaupt wiedergibt? Kann es nicht vielmehr, und damit käme man dem urchristlichen Wesen erstaunlich nahe, nur eine Seinsweise geben, die diesen Reichtum als das Lebendige erfaßt und von ihm getragen wird. Dem scheint die Nähe, in der  $\chi\acute{\alpha}\rho\iota\varsigma$  und  $\pi\upsilon\epsilon\upsilon\mu\alpha$  in manchen Stellen zueinander stehen, so z. B. Hebr. 10, 29 durchaus Recht zu geben.) Die Gefahr der reformierten Haltung ist, daß sie die Gnade auflöst in Gesinnung, anstatt sie „Leben“ sein zu lassen. Die Gefahr der anglikanischen Haltung ist, daß sie das dynamische Wesen der Gnade — substantialisiert, anstatt es personhaft zu lassen, wie es uns durch die Vermittlung der Geschichte zuströmt. „Sofern das Luthertum der einen wie der anderen Seite gerecht zu werden vermag, hat es für alle Bemühungen um einen ökumenischen Ausgleich der verschiedenen Gnadenlehren die Schlüsselstellung inne.“ (Ich weiß nicht, ob man die Konfessionen einander in dieser Weise entgegensetzen kann. Ob nicht alles konfessionelle Dogma in derselben Verdammnis steht, daß es von dem ursprünglichen Reichtum urchristlicher Haltung in die Einseitigkeit abgewichen ist und — sobald die Fülle des Kreuzes Jesu Christi in die Mitte gestellt wird, gleich weit von der bewegenden Mitte entfernt steht, zu der alle Besinnung zurückzukehren hat!)

Der Tatbestand des N. T. zeigt uns, wie stark im Sein der Gnade „göttliche Aktivität mit menschlicher Existenz“ verwoben ist. Die Beziehung zwischen beiden ist eine gegenseitige. Zwar ist Gnade sich selbst genug. Sie bedarf der Menschen nicht. Auf diese Souveränität des göttlichen Willens läßt sich eine Theorie aufbauen, die alles Eigenwollen und Freiseinwollen der Menschen zunichte macht. Aber dabei schöpft man den Sinn des Wortes Gnade nicht aus. Denn in ihm liegt der Hinweis, „daß der Mächtige sich selbst nicht genug sein will“. Gnade will helfen. Deshalb muß sie mit dem, dem sie helfen will, rechnen. Sonst ist sie Magie und keine Hilfe. „So ist Gnade der Ausdruck für die Gegenseitigkeit, in die sich Gott zum Menschen begibt.“ Dem Menschen wird wohl die Aktivität genommen, aber der Mensch selbst wird nicht ausgeschaltet. Souveränität Gottes und Freiheit des Menschen können und müssen auf Grund des N. T. zusammen behauptet werden. In dem Augenblick freilich, wo man versucht, die göttlichen und die menschlichen Kompetenzen gegeneinander abzugrenzen, überschreitet man die Grenze des N. T. Man hebt damit das paradoxe Ineinander von göttlicher Aktivität

und menschlichem Tun auf. Gnade meint Gottes gnädige Gesinnung und ihr Aufgenommensein in der Gnadengabe. Ihr Inbegriff ist der Glaube. Fides und gratia sind nicht auf die beiden Pole — Mensch und Gott zu verteilen, sondern sie sind die Bezeichnungen für eine Beziehung, und zwar beide für dieselbe Beziehung. Bei der Betonung von sola gratia verläuft die Bewegung von Gott zum Menschen, bei sola fides flutet sie vom Menschen zu Gott zurück. An diese Bewegung als das Urphänomen des Christentums muß alle theologische Besinnung anknüpfen.

Damit ist der wesentliche Inhalt dieses vorzüglichen zusammenfassenden Referats wiedergegeben.

An der lebhaften Aussprache, die sich anschloß, schienen mir zwei Gesichtspunkte vornehmlich wesentlich, einmal die von D. Jensen aufgeworfene Frage, ob nicht das Ergebnis des Referats die Rechtfertigung beschneide?, zweitens die methodologischen Feststellungen, die zur allgemeinen ökumenischen Arbeit getroffen wurden. Zum ersten wurde mit Recht von verschiedenen Rednern (Wobbermin, Zoellner) darauf hingewiesen, daß der Referent dem Deklaratorischen durchaus sein Recht gelassen habe. Ich würde hinzufügen, daß er es auch an die erste Stelle gerückt habe und durchaus daran festgehalten habe, daß das Dynamische ohne das Deklaratorische gar nicht möglich sei. Erst Gottes gnädige Gesinnung schafft die Möglichkeit, daß Gnade als Kraft und Gabe der Welt geschenkt wird. Zum zweiten sei hervorgehoben: Prof. Wobbermin legte Wert darauf, daß man, um zur Entscheidung in Glaubensfragen zu kommen, das einheitliche Glaubenszeugnis des N. T. herausarbeiten müsse. (Daß es das gibt, hat die Arbeitstagung im Blick auf das Wesen der neutestamentlichen Gnade jedenfalls feststellen können. Darin liegt ein starkes positives Ergebnis der Arbeit.) Diese Einheitlichkeit lasse sich nicht aus den neutestamentlichen Vorstellungen gewinnen, sondern nur durch Rückgang auf den letzten Sinngehalt, den man nur aus der Glaubenserfahrung an und in der Schrift gewinnen könne. Allerdings müsse man hier wachsam sein gegen die Gefahr des Subjektivismus (Zoellner). Nur von solcher methodischen Einstellung aus erhalte man die Möglichkeiten für ein vertieftes Verständnis der verschiedenen konfessionellen Positionen (Wobbermin). Wenn man die kirchliche Entwicklung wesentlich mit dem Gesichtspunkt des Abfalls von der Wahrheit sieht, die sich einzig in Luther und Calvin zeigt (D. Lang), dann wird man sich nur schwer mit den anderen Konfessionen verständigen können. Denn man schafft damit nicht den Boden, auf dem eine fruchtbare Auseinandersetzung möglich wird. Hierfür aber müsse „das eigensinnige Verteidigen der eigenen Stellung“ ebenso ausgeschaltet werden wie „das diplomatische Spiel“ (Katz). Ökumenische Haltung ist nur möglich, wenn jeder vom andern lernen will! Es muß so sein, wie Prof. Winkler in seinem Schlußwort sagte, daß der neutestamentliche Befund des Wortes χάρις gleichsam „in ein Diesseits vor den Konfessionen“ stelle. Diese Feststellung, die auf Grund einer Einzeluntersuchung für einen bestimmten neutestamentlichen Begriff getroffen wurde, darf m. E. auf den Gesamtumfang unserer Glaubensaussagen übertragen werden. Es gibt in der neutestamentlichen Frömmigkeit ein solches Diesseits vor den kirchlichen Lehrbildungen der gesamten christlichen Begriffsbildung. Es zu finden und mit vollem Bewußtsein in die Mitte zu



stellen, ist eine der wesentlichsten Aufgaben der Lausanner Bewegung, die durchaus nicht nur präliminarischen Charakter hat. Wenn die lutherischen Kreise oder vielleicht darüber hinaus der gesamtprotestantische Einsatz in dieser Bewegung auf dieses ceterum censeo immer wieder hinweist, dann soll damit nicht etwa die kirchliche Gedankenbildung zurückgeschraubt werden, sondern es muß den Kirchengruppen gegenüber, die vornehmlich ihre Dogmenbildung nur aus der eigenen Tradition ergänzen, darauf hingewiesen werden, daß die Lehrbildung nur dann dem Leben nahe gehalten und vor Erstarrungen bewahrt bleiben kann, wenn sie unter Wahrung alles schuldigen Respekts vor der eigenen Tradition den Mut hat, sich immer wieder an die Offenbarung Gottes im N. T. hinzugeben, um sich aus der Fülle des N. T. wieder neu gewinnen und gestalten zu lassen. Auch reformatorische Theologie kann hier für die eigene Besinnung keine Grenze nach rückwärts hin bedeuten. Das wäre selbst sehr wenig im Sinne der Reformatoren behandelt.

Daß es auf dem Boden des N. T. durchaus Verständigungsmöglichkeiten mit dem Anglikanismus geben kann, hat die Königsfelder Tagung verschiedentlich gezeigt, vor allem in dem Dokument, der brieflichen Kundgebung des Erzbischof Temple, die durch Dean Bate verlesen wurde. Sie wäre einer ausführlichen Besprechung wert, die ich aber im Rahmen dieses Berichtes nicht geben möchte.

## Eindrücke über das Bildungswesen in Rußland auf Grund einer Studienreise.

Von Marie Sturm.

Im Juli 1932 beteiligte ich mich an einer Reise deutscher Pädagogen nach Rußland. Der Zweck unserer Reise sollte sein, uns mit den Einrichtungen des Schulwesens, der Volksbildung und des kulturellen Lebens der Sowjet-Union bekannt zu machen.

Rußland hatte ja bekanntlich vor dem Weltkriege 80 Prozent Analphabeten. Die Sowjet-Union hatte somit ein übles Erbteil übernommen. Sie mußte das Schulwesen fast ganz neu aufbauen. Bei meiner Reise durch Rußland fragte ich mich zunächst: „Ist die Schulpflicht dort, wie behauptet wird, wirklich restlos durchgeführt?“ Auf den endlos langen Fahrten durch die Sowjet-Union habe ich mich nun vom Bahnabteil aus dauernd umgesehen, ob ich nicht zwischen den erbärmlichen Bauernhäusern ein Haus erblickte, das als Schulgebäude dienen könnte. Ich muß gestehen, daß ich mich vergeblich danach umsah. Ein Herr vom Schulwesen in Leningrad, dem ich dies erzählte, gab zu, daß es wohl noch Dörfer ohne Schulen in Rußland geben könne. Vielleicht sind es gar nicht so wenige. Wahrscheinlich wird auch noch in manch ungeeigneten Räumen unterrichtet. Es ist ja natürlich sehr schwierig für die Sowjet-Union, alle Versäumnisse der zaristischen Regierungen auszugleichen. Zur Zeit meines Aufenthaltes in Rußland las ich in der Zeitung den Regierungserlaß, daß auf dem Lande die Kulakenwohnungen in Schulen umgewandelt werden sollten. Aus Mangel an Schulgebäuden werden auch in den Großstädten die Kinder in zwei Schichten

unterrichtet. Schwerwiegender als der Gebäudemangel ist der Mangel an Lehrern. Ein junger Mann in Odessa, der eben seine Lehrerprüfung bestanden hatte, erzählte mir, daß er sechs verschiedene Stellen haben könne. Bei diesem Mangel an Lehrern hilft man sich dadurch, daß viele Lehrer zwei Stellen haben, was ja bei dem Zweischichten-System durchführbar ist, wenn auch mit Überlastung der Lehrer. Sehr viele Lehrer in Rußland haben auch noch keine geeignete Vorbildung. In den Großstädten läßt sich diesem Übelstande ja abhelfen. Diese Lehrer besuchen z. B. in Leningrad nach ihrer täglichen Schultätigkeit den sogenannten Abendsektor des Alexander-Herzen-Institutes, während die anderen Zöglinge im Morgensektor dieses pädagogischen Institutes ihre Ausbildung erlangen.

Der noch jugendliche Leiter des Abendsektors sagte uns, daß das Ziel der russischen Schule die Heranbildung von Qualitätsarbeitern sei. Wohl gemerkt, nicht etwa von Qualitätsmenschen: d. h. von gesunden, tüchtigen, warmherzigen und gemeinnützig handelnden Menschen, sondern eben von Qualitätsarbeitern. Das paßt ja auch sehr gut zu den fieberhaften Industrialisierungsplänen der Sowjets. Die Vorbildung der angehenden Lehrer spielt sich aus diesem Grunde zu 40 Prozent auf den Betrieben ab. Lehrer wie Schüler sollen mit den verschiedenen Gebieten der Technik bekannt gemacht werden. Die Schulzeit soll jetzt auf zehn Jahre verlängert werden. In den beiden letzten Jahren arbeiten die Schüler auch schon in den Betrieben. Unter den Fächern, in denen unterrichtet wird, wurde uns besonders häufig Mathematik, Erd- und Naturkunde genannt. Mit sehr vielen Stunden ist aber auch, wie uns erzählt wurde, der dialektische Materialismus im Lehrplan des pädagogischen Instituts vertreten. Das wäre kein Fehler, wenn daneben auch andere Weltanschauungen zur wissenschaftlichen Behandlung kämen. Dies ist aber nicht der Fall. Wie bei uns die Schule früher unter der Aufsicht der Kirche stand, so die Schule in der Sowjet-Union jetzt nach Lenins Forderung unter der „Kontrolle der örtlichen Parteiorganisation“. An den Schulen wird daher auch antireligiöse Propaganda getrieben. Davon zeugen auch die antireligiösen Lehrbücher. Wenn in diesen steht, daß es keine Hexen und Zauberer gebe, so staunt man über den Bildungstiefstand der russischen Bevölkerung, bei dem derartige Erörterungen überhaupt noch notwendig sind. (An dem russischen Volke, das abgesperrt vom Kulturleben Europas lebte, ist ja die Aufklärungszeit spurlos vorübergegangen.) Wenn man weiter in diesen Büchern liest, daß man die Ernte nicht durch Besprengung mit Weihwasser, sondern durch Anwendung landwirtschaftlicher Kenntnisse und besserer Ackergeräte verbessere, so können wir dem auch nur zustimmen. Schmerzlich berührt es aber, wenn auch solche religiöse Sätze wie: „Wir sind alle Brüder“, oder „Wir wollen unsere Feinde lieben“, in diesen Büchern mit Hohn und Spott beworfen werden. Die Schule, auch die höhere, ist in Rußland keine Stätte freier Forschung, sondern eine Bekenntnisschule, nämlich die Bekenntnisschule des dialektischen Materialismus. Das ist natürlich eine gefährliche Sache für Lehrer, die innerlich anders eingestellt sind, zumal das Gehalt des Lehrers, je nach Leistung, wie man uns sagte, herauf- und herabgesetzt werden kann. Diese Einrichtung kann aber auch eine Waffe gegen Andersdenkende werden. Wie sehr alles in Rußland unter den Gesichtspunkt der kommunistischen



Gedankenwelt gestellt wird, merkten wir auch aus den Worten eines Professors der deutschen Literatur in Odessa, der uns sagte, daß sie, die Russen, Goethe studierten um seiner Einstellung zu dem Entwicklungsgedanken willen.

So unduldsam die Sowjets in weltanschaulichen Fragen sind, so demokratisch sind sie in der Nationalitätenfrage. Jede der vielen Nationen in Rußland hat Anspruch auf Unterricht in der Muttersprache. Die Spannungen zwischen den Nationalitäten werden dadurch ausgeglichen. Am pädagogischen Institut in Odessa z. B. sind neben der ukrainischen auch eine deutsche und eine jiddische Abteilung, und man plant eine griechische. Die Juden gelten ja in Rußland als eine besondere Nation. An ihren Schulen wird nicht etwa Hebräisch, sondern Jiddisch unterrichtet. Das ist ein älteres Deutsch, das mit vielen russischen Wörtern durchsetzt ist. Die russischen Juden sind ja Nachkommen von ehemals aus Deutschland vertriebenen Juden. In dieser jiddischen Sprache ist eine eigene Literatur entstanden. Ich hatte in Odessa Gelegenheit, der ausgezeichneten Aufführung eines jiddischen Theaterstückes beizuwohnen.

Unter den Lehrern, wie unter den Ärzten, überwiegen in Rußland die Frauen. Am Leningrader pädagogischen Institut sind unter den Zöglingen 60 Prozent Frauen. Es ist überhaupt auffallend, wieviele Frauen in Rußland in maßgebenden Stellungen, andererseits aber auch in schwerer körperlicher Arbeit stehen. In der Ausbildung von Knaben und Mädchen macht man keinen Unterschied. In Nadelarbeit, Haushaltkunde und Säuglingspflege werden die russischen Mädchen also nicht unterrichtet. Wenn man die ungepflegten russischen Arbeiterwohnungen sieht, sagt man sich aber, daß obengenannte Bildungsfächer sehr notwendig wären. Die Verwahrlosung der Wohnungen mag aber auch mit der Überlastung der Frauen zusammenhängen. Meiner Beobachtung nach arbeiten in Rußland stets Mann und Frau außerhäusig. Einen kleinen Ersatz für den mangelnden Unterricht in Säuglingspflege bieten die Bilder über vernünftige Kinderbehandlung in den Krankenhäusern. Solche sah ich z. B. in einer von einer Frau geleiteten Poliklinik, die ein Gebiet mit 40 000 Arbeitern versorgt. Die Sowjets vertreten ja überdies den Standpunkt, daß das Kind möglichst schnell von der Mutter getrennt, also in öffentliche Erziehung überführt werden solle. Dies sah ich verwirklicht in der sogenannten Kinderstadt bei Odessa. Dort wohnen in 96 Gebäuden, die ehemals besitzenden Schichten gehörten, 1200 Kinder, die von 500 Angestellten, darunter 90 Pädagogen, betreut werden. — Ich habe mich oft gefragt: Wie stellt sich die russische Mutter seelisch zu dieser Neuerung, die überdies durchaus nicht allgemein in Rußland durchgeführt ist? — Rußland ist ja bekanntlich das kinderreichste Volk Europas. Der Trieb zum Kinde ist also da. Die russischen Mütter sind außerdem sehr zärtlich zu ihren Kindern. Ich glaube, die Trennung von den Kindern geschieht unter dem Druck der Not. Das Existenzminimum und die nötige Brotration können nur erreicht werden, wenn Mann und Frau auf Arbeit gehen. Dazu kommt noch die große Wohnungsnot. Da muß man ja froh sein, wenn die Kinder anderweitig untergebracht werden können.

Sehr enttäuscht waren wir übrigens, daß wir verschiedene im Prospekt unserer Reisegesellschaft angekündigte Schulen nicht besichtigen konnten, da gerade Ferien waren. Wir hatten aber Gelegenheit, uns ein Heim für

verwahrloste Kinder anzusehen. Diese russischen Heime für Verwahrloste sind übrigens durchaus nicht zu verwechseln mit den Heimen für schwer Erziehbare, die wir in Deutschland haben. Im Verwahrlostenheim werden Kinder gesammelt, die schutzlos umherirren. Solche bedauernswerten Kinder gab es in Rußland immer. Krieg und Revolution haben ihre Zahl noch stark vermehrt. Ich möchte daran erinnern, daß es vor mehr als 100 Jahren auch in Mitteleuropa solche umherirrende Kinder gab. Pestalozzi sammelte in der Schweiz nach den napoleonischen Kriegen diese Kinder in Heimen. In Rußland tut man jetzt etwas Ähnliches, wenn auch in anderem Geiste. Das Verwahrlostenheim auf der Grünen Wiese bei Leningrad, das wie andere Wohlfahrtsanstalten Rußlands in einer Häusergruppe liegt, die einem der ehemaligen Wohlhabenden gehörte, hat einen durchaus sympathischen Leiter. Auch die Kinder machen einen netten Eindruck. Sie sind in Gruppen eingeteilt; jede hat als ihren Kommandeur einen Jugendlichen, der Verantwortung für seine Gruppe trägt. Zu dem Heim gehören Gärten und Werkstätten, in denen die Jugendlichen beschäftigt werden. Einige der Knaben waren pockennarbig. Man sah daraus, was die armen Kinder durchgemacht hatten, ehe sie in das Heim kamen. Es gibt aber auch Knaben, die im Heim nicht zu halten sind, sondern immer wieder verschwinden.

Wir besichtigten auch ein Verwahrlostenheim in der Nähe von Charkow, das von dem Gründer der G. P. U., der gefürchteten Geheimpolizei, gegründet worden ist. In diesem Heim sind Knaben und Mädchen, die in der dem Heim angeschlossenen Bohrmaschinenfabrik arbeiten. Der Staat zahlt überdies nichts für das Heim, das durch die Arbeit der Jugendlichen erhalten wird. In gewisser Beziehung war mir dies Heim ein Rätsel, insofern als alles scheinbar so gut klappte, obgleich keine Erzieher im Heim waren, wie uns unser Auskunftgeber, selbst ein ehemaliger Verwahrloster, sagte. Einen gewissen Ersatz bieten nur die Meister in der Fabrik. Am Eingang des Heims stand ein Junge mit aufgepflanztem Seitengewehr, an einer andern Stelle ein Mädcl, auch mit einem solchen. Auf letzteres steckten alle das Haus verlassenden Jugendlichen zur Kontrolle ein Papier mit ihrem Namen. Die Jugendlichen scheinen also untereinander einen militärischen Drill zu üben.

Schließlich besichtigten wir auch noch eine Waldschule bei Moskau. Wie wir ankamen, stellten sich die Kinder in einer langen Reihe auf und sagten auf deutsch: „Wir begrüßen Euch Genossen!“ Wir konnten beobachten, daß die Kinder selbst für eine gewisse Ordnung sorgten. Sie hatten bestimmte Ämter. In der Schule sahen wir Wandzeichnungen der Kinder eigener Art, z. B. ein Bild, in dem der Papst wegen seines Aufrufs gegen die Gottlosen lächerlich gemacht wurde. Ein anderes Bild mit verschiedenen großen Automobilen. Die Kinder wollten dadurch die größere oder geringere Anleihezeichnung der Väter zur Anschauung bringen. Ein nicht ganz unbedenkliches Mittel!

Eigenartig ist auch, wie man den Fleiß der erwachsenen Arbeiter anzufeuern sucht. So sah ich in einer Galoschenfabrik bei Moskau eine Tafel, auf der die Namen der Arbeiterinnen, die über 100 und die unter 100 Prozent der geforderten Leistungen erfüllt haben, angeschrieben sind. In dem Kulturpark von Moskau waren sogar die Büsten der besten Arbeiter auf-



gestellt. An einer andern Stelle des Parkes war eine Art Prangertafel mit den Namen der schlechtesten Arbeiter. Im Moskauer Kulturpark suchten wir auch die Kinderabteilung auf. Es wurde uns gesagt, daß den Kindern zur Zeit die Errungenschaften der Technik gezeigt würden. Was war das? — Tanks! Unser Dolmetscher sagte noch dazu: Die Kinder sollen lernen, ihr Vaterland zu verteidigen. Diese, wie auch andere Erfahrungen zeigten uns, daß Rußland durchaus nicht pazifistisch eingestellt ist. Davon zeugte auch eine Kinovorführung, der wir in Leningrad beiwohnten, die uns in ihrem ersten Teile die Schrecken des Krieges zeigte, aber damit endete: „Der Feind ist an der Greuze, also müssen wir gerüstet sein.“

Nach dem, was wir von Rußlands Bildungswesen gesehen haben — ich wiederhole, daß wir leider dem Unterricht nicht beiwohnen konnten — kann ich nicht behaupten, daß das Erziehungswesen dort wirklich neue, fortschrittliche Bestrebungen hat, die uns zum Vorbild dienen können. Das ist ja auch ganz verständlich, nicht bloß dadurch, daß Rußland nachzuholen hat, was andere Völker im Bildungswesen im letzten Jahrhundert geschaffen haben, sondern auch dadurch, daß Rußland unter Diktatur steht. Nur in einem demokratischen Staate ist ein wirklich freies, fortschrittliches Bildungswesen möglich.

## CHRONIK.

### Ökumenisch-Soziales.

Die Arbeitslosigkeit. — Die internationale Vierzigstundenwoche. — Die tatsächliche Arbeitszeitverkürzung. — Sozialpolitik in Spanien. — Die Not in englischen Kohlenrevieren. — Frauennacharbeit.

Die wirtschaftliche Entwicklung in allen Ländern der Welt hat die Zahl der Arbeitslosen ins Unermeßliche gesteigert. Alle Arbeitslosenstatistiken bringen vorwiegend nur industrielle Arbeitslosigkeit zum Ausdruck, während die Arbeitslosigkeit unter der Landbevölkerung oder in den geistigen Berufen nicht erfaßt wird, obwohl sie hier auch seelische Erschütterungen und wirtschaftliche Not in genau demselben Maße nach sich zieht. Die Arbeitslosigkeit heute ist weit über den Rahmen des im engeren Sinne Sozialen hinausgewachsen und eine wirtschaftliche und kulturelle Frage von allerhöchster Bedeutung geworden. Es ist sehr bezeichnend, daß der neugewählte Direktor des Internationalen Arbeitsamtes H. B. Butler in einer kürzlich in Prag gehaltenen Rede zutreffend als letzte Ursache der Krise nicht etwa wirtschaftliche Ursachen angegeben hat, sondern auf die Vertrauenskrise hinwies, deren Überwindung die erste Voraussetzung für eine

Stabilität der Politik, der Wirtschaft und der Währung sei. Über die mögliche Besserung der Konjunktur äußerte er sich zurückhaltend, da es fraglich sei, ob die hier sich bemerkbar machenden Anzeichen auch andauern und sich festigen würden.

Obwohl angesichts der Weltwirtschaftskrisis internationale Bekämpfungsmaßnahmen nötiger denn je werden, begegnen doch die notwendigen, praktischen Maßnahmen überall den größten Schwierigkeiten. In fast allen Ländern wird in der öffentlichen Diskussion über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit die Verkürzung der Arbeitszeit als ein brauchbares Mittel angesehen, das sich um so mehr durchzuführen empfiehlt, als auch die allgemeinen technischen Fortschritte der Wirtschaft die Herstellung einer bestimmten Gütermenge in kürzester Zeit ermöglicht haben. Wie stark die staatliche Verflochtenheit der europäischen Länder schon heute ist, geht daraus hervor, daß völlige Übereinstimmung herrscht, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit nur auf internationaler Grundlage vorgenommen werden kann. Der erste Anstoß hierzu ging von der italienischen Regierung aus, die durch ihren Vertreter im Verwaltungsrat in einem Schreiben an den Präsidenten darauf hinweisen ließ, daß die fortschreitende Krisis die Ver-

kürzung der Arbeitszeit ohne Senkung des Lebensstandes der breiten Masse zu einer dringlichen Notwendigkeit mache. Der Verwaltungsrat hat darauf beschlossen, eine technische Konferenz zur Behandlung der Frage der Arbeitszeitverkürzung einzuberufen, die im Januar 1933 tagen soll. Deren Beschlüsse sollen der Weltwirtschaftskonferenz unterbreitet werden. Ferner sollen sie den Regierungen übermittelt werden, damit diese sie als Grundlage für zwei- oder mehrseitige Staatsverträge verwenden können. Auf der 60. Tagung des Verwaltungsrates in Madrid wurde ferner beschlossen, die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit auf die Tagesordnung der IAK 1933 zu setzen. Es ist sehr bedeutungsvoll, daß angesichts des universalen Charakters der Frage auch die nicht der Arbeitsorganisation angeschlossenen Staaten zu der Tagung eingeladen werden sollen.

Die Schwierigkeiten der Ausarbeitung und der praktischen Durchführung eines Übereinkommens über die 40-Stundenwoche dürfen nicht gering veranschlagt werden. Das 1919 über den 8-Studentag beschlossene Übereinkommen ist von den großen Industrieländern (Deutsches Reich, England) bisher nicht ratifiziert worden. Es darf aber nicht übersehen werden, daß ein neues Übereinkommen ganz anders geartete wirtschaftliche Verhältnisse vorfinden wird. Tatsächlich haben schon eine ganze Reihe von Staaten auf gesetzlichem Wege Verkürzungen der Arbeitszeit vorgenommen. Es sei hier nur darauf hingewiesen, daß in Deutschland nach der Verordnung des Reichspräsidenten vom 5. Juni 1931 in Industrien, in denen es technisch und wirtschaftlich möglich ist, die Arbeitszeit auf 40 Stunden wöchentlich herabgesetzt werden kann. In Österreich hat der Minister für soziale Verwaltung eine Umfrage über die Herabsetzung der Arbeitszeit unternommen. Auch in Belgien wurde zu diesem Zwecke ein Erhebungsausschuß eingesetzt, desgleichen in Dänemark. Der dänische Ausschuß zur Prüfung der Arbeitszeitverkürzung soll dem Parlament einen Bericht vorlegen, damit gegebenenfalls die erforderlichen gesetzlichen Maßnahmen getroffen werden können. In Frankreich hat die sozialistische Kammerfraktion einen Gesetzentwurf über die 40-Stundenwoche eingereicht. Der französische Arbeitsminister

hat vor der Kammer die Erklärung abgegeben, er werde mit Nachdruck dafür eintreten, daß die Frage der 40-Stundenwoche auf die Tagesordnung der nächsten Internationalen Arbeitskonferenz gesetzt werde. Nach den Mitteilungen des italienischen Regierungsvertreters im Verwaltungsrat, Herrn de Michelis, hat der Landeskorporationsrat am 15. Juni v. J. den Wunsch ausgesprochen, daß die Möglichkeit einer zwangsläufigen Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 40 Stunden in allen Verwaltungen und Betrieben sofort geprüft werde, um den Abschluß internationaler Vereinbarungen zu ermöglichen. Das polnische Parlament und der Senat haben einen Gesetzentwurf angenommen, der die Regierung ermächtigt, in wirtschaftlichen Krisenzeiten die Arbeitszeit herabzusetzen. Außerdem hat die sozialistische Fraktion einen Gesetzentwurf über die 40-Stundenwoche vorgelegt. Dem Parlament liegt weiter ein Gesetzentwurf des polnischen Arbeitsministers vor, der für bestimmte Gruppen von Angestellten, namentlich für das Personal von Banken und Versicherungsgesellschaften, die wöchentliche Arbeitszeit auf 40 Stunden festsetzt. Auch in der Tschechoslowakei liegt gegenwärtig ein Gesetzentwurf des Ministeriums für soziale Angelegenheiten über die Einführung der 40-Stundenwoche vor. In Danzig wurde die 40-Stundenwoche in der Verwaltung und in den öffentlichen Dienstzweigen bereits eingeführt. Weiter liegen in den Vereinigten Staaten zahlreiche Vorschläge zur Herabsetzung der wöchentlichen Arbeitszeit vor. Das Parlament in Kolumbien befaßt sich gegenwärtig mit einem Gesetzentwurf über den 7-Studentag.

Die politischen Umwälzungen in Spanien haben der internationalen Sozialpolitik auch in diesem Lande neue Wege erschlossen. Die spanische Republik hat im vorigen Monat acht internationale Übereinkommen ratifiziert und nunmehr auch noch sechs weitere Übereinkommen in seine Gesetzgebung aufgenommen, nämlich: 1. das Übereinkommen von Washington 1919 über die Nachtarbeit der Frauen; 2. das Übereinkommen von Washington 1919 über das Mindestalter für die Zulassung von Kindern zur gewerblichen Arbeit; 3. das Übereinkommen von Washington 1919 über die Nachtarbeit der Jugend-



lichen im Gewerbe; 4. das Übereinkommen von Genf 1925 über die Entschädigung bei Berufskrankheiten; 5. das Übereinkommen von Genf 1927 über die Krankenversicherung der Arbeitnehmer in Gewerbe und Handel und der Hausgehilfen und 6. das Übereinkommen von 1927 über die Krankenversicherung der Arbeitnehmer in der Landwirtschaft.

Damit hat Spanien 30 Übereinkommen ratifiziert und steht hinsichtlich der Zahl der Ratifikationen an der Spitze der Mitgliedsstaaten der internationalen Arbeitsorganisation. Dieser Vorgang hat auch insofern große Bedeutung, als hier ein europäisches Land in großem Maßstabe eine soziale Gesetzgebung nach international vereinbarten Normen aufbauen wird.

Wie groß die Not der Arbeitslosen auch in Ländern ist, in denen der prozentuale Anteil der Arbeitslosen an der Gesamtbevölkerung nicht so groß ist wie in Deutschland, zeigt eine kürzlich in South Wales und Monmouthshire vorgenommene Untersuchung. Es handelt sich hier bekanntlich um die Gebiete, in denen die Bevölkerung fast ausnahmslos im Bergbau beschäftigt war und nun seit Jahren infolge der schlechten Wirtschaftslage des Bergbaus keine Arbeit hat. Die Untersuchung ist von dem Save the Children Fund gemacht worden, der die von den Beamten des Internationalen Arbeitsamtes gesammelten Gelder verteilt hat. Viel mehr als lange Ausführungen, sagt die folgende kleine Übersicht, die aus den amtlichen Quellen zusammengestellt ist.

Gesamteinkommen pro Woche*)			Miete		Zahl der Familien- mitglieder	Durchschnittsbe- trag pr. Kopf und Woche nach Abzug der Miete	
Lstl.	s	d	s	d		s	d
1	7	3	6	—	4	5	4
1	19	—	5	—	12	2	10
1	11	6	12	4	7	2	9
2	—	11	10	—	6	5	2
1	—	—	10	—	4	2	6
2	1	5	10	—	5	6	3

\*) Unter Gesamteinkommen sind alle Beträge zusammengefaßt, die aus Arbeitslosenunterstützung, Wohlfahrtsunterstützung, Rente oder irgend einer anderen Quelle stammen.

Es ist sehr bezeichnend, daß die Kindersterblichkeit in diesem Gebiet von 64,9 im Jahre 1930 auf 71,9 im Jahre 1931 gestiegen ist, während sich die Zunahme in England und Wales von 60 auf 66 je 1000 belief.

Über das Übereinkommen betreffend die Nachtarbeit von Frauen hat der Internationale Gerichtshof im Haag eine sehr wichtige Entscheidung gefällt. Schon 1919 wurde auf der Washingtoner Konferenz das Übereinkommen beschlossen, auf Grund dessen allen Frauen in gewerblichen Betrieben die Nachtarbeit verboten ist. Weil die Durchführung dieses Übereinkommens auf Schwierigkeiten stieß, versuchte man 1930 das Übereinkommen abzuändern. Dieser Versuch scheiterte. Darauf wurde der Internationale Gerichtshof im Haag mit der Angelegenheit befaßt. Nach der deutschen Auffassung sollte das Übereinkommen sich nur auf gewerbliche Arbeiterinnen im engeren Sinne beschränken und auch Angestellte in Büro- und Handelsbetrieben (z. B. Telefonistinnen usw.) nicht unter das Übereinkommen fallen. Dem stand die englische Auffassung und Praxis gegenüber, wonach eine derartige Beschäftigung von Frauen unzulässig ist. England wollte aber weibliche Aufsichtspersonen von diesem Übereinkommen ausschließen. Zur Klärung der Angelegenheit wurde die dem Internationalen Gerichtshof vorgelegte Frage folgendermaßen formuliert: „Sollen Frauen, die Aufsichtsposten oder eine leitende Stellung in Industriebetrieben innehaben und normalerweise keine Handarbeit verrichten, unter den Geltungsbereich des Übereinkommens fallen?“ Diese Frage hat der Gerichtshof bejaht. Dem Sinn entsprechend muß also das Übereinkommen auf alle Frauen-nachtarbeit Anwendung finden und zwar auch auf Angestellte, selbst wenn sie leitende oder Aufsichtsposten innehaben.

Willy Donau.

\*

#### Die Vierte Internationale Settlementskonferenz.

Außer dem Bericht über die Vierte Internationale Settlementskonferenz, Berlin, Juli 1932, der in den „Nachrichten aus der Sozialen Arbeitsgemeinschaft Berlin-Ost“ veröffentlicht wurde, ist nun auch ein ausführlicher protokollarischer Bericht hergestellt

worden. Wir sehen daher von dem im letzten Heft der Eiche angekündigten weiteren Artikel über die Konferenz ab.

Der Protokollbericht ist zum Preise von Mk. 1.— von der Geschäftsstelle der Sozialen Arbeitsgemeinschaft Berlin-Ost, Berlin O 17, Fruchtsstraße 64, zu beziehen.

★

Der Internationale Missionsrat\*). (Abteilung für soziale und wirtschaftliche Forschung und Beratung.)

Der ökumenische Gedanke ist auf dem Gebiet der Äußerer Mission, und zwar sowohl in den sendenden Ländern, wie auch vor allem auf den Missionsfeldern in besonderer Weise einer Verwirklichung entgegengeführt worden. Charakteristisch für diese Bewegung ist, daß sie aus einer konkreten Situation herausgewachsen ist. Sie ist weniger das Ergebnis eines Wunsches als das der Notwendigkeit. Ihren Ausdruck hat sie gefunden in den sendenden Ländern in nationalen Organen, die jeweils verschiedene Namen tragen; in Deutschland ist es der „Deutsche Evangelische Missionsbund“, in England die „Conference of Missionary Societies in Great Britain and Ireland“, in Amerika die „Foreign Missions Conference of North America“. In den Missionsfeldern bilden die jungen Kirchen die sogenannten nationalen Christenräte (National Christian Councils). Alle diese Organe sind angeschlossen dem Internationalen Missionsrat, dessen Vorsitzender Dr. John Mott und dessen Sekretäre Dr. J.H. Oldham und Rev. W. Paton in London und Dr. A. L. Warnshuis in New York sind. Der europäische Kontinent war bisher aus finanziellen Gründen verhindert, einen eigenen Sekretär zu stellen, wird dies aber wohl in absehbarer Zeit tun. Das ganze Gebäude ruht sozusagen auf dem föderalistischen Prinzip, d. h. es läßt den einzelnen Missionsgesellschaften und Kirchen weitgehendste Selbständigkeit und Eigenart. In diesem Sinne gehören dem Internationalen Missionsrat mit wenigen Ausnahmen fast alle protestantischen Missionsgesellschaften an.

Der jüngste Zweig der Arbeit des Internationalen Missionsrates ist die Abteilung

für soziale und wirtschaftliche Forschung und Beratung in Genf (2, rue de Montchoisy), von der im folgenden allein die Rede sein soll. Die Gründung der Abteilung wurde auf der großen Missionskonferenz in Jerusalem im Jahre 1928 beschlossen, und im Oktober 1930 wurde der Beschluß ausgeführt.

Es sind heute nicht nur die hochkapitalistischen Länder des Westens, deren Schicksal weitgehend von der Lösung sozialer und wirtschaftlicher Probleme abhängt; vielmehr dringt mit der westlichen Zivilisation auch ihre moderne Technik und Wirtschaft selbst bis in die entlegensten Erdteile. Hier überfällt sie die Menschen gänzlich unvorbereitet, unterwühlt und vernichtet alte Kulturen, reißt die Menschen aus überlieferten sozialen Bindungen in Familie, Dorf und Stamm, schleudert sie in ein Chaos neuartiger, wurzelloser Beziehungen und überläßt sie dann verwirrt und haltlos ihrem Schicksal. Die Verhältnisse sind vielfach ähnlich denen zur Zeit des Frühkapitalismus in Europa mit denselben schrecklichen Folgen, nur verschärft sich hier die Situation noch durch die Rassenfrage. Klassen- und Rassengegensätze stärken sich gegenseitig zu der unglücklichen Kampfstellung „weißes Kapital gegen farbige Arbeit“. Diese Situation erleichtert kommunistische Propaganda ebenso sehr, wie sie die Missionsarbeit erschwert.

Angesichts einer solchen Lage genügt auch nicht mehr christlicher Samariterdienst der Missionen zur Verbindung der Wunden, die das Eindringen des Industrialismus schlägt, so notwendig und bedeutungsvoll er nach wie vor bleibt. Dieses Eindringen westlicher Zivilisation und Wirtschaft zerschlägt vielmehr nur zu oft, was die Missionen eben mühsam aufgebaut haben, und bedroht die Existenz der christlichen Gemeinde als solche.

Hier stehen die Missionen vor neuen und ungeheuer schwierigen Aufgaben, zu deren Lösung die Kenntnis von Tatsachen und Beobachtung von Entwicklungen sozialer und wirtschaftlicher Art unerläßlich sind. Unzählige Probleme bedürfen hierzu der Bearbeitung, um

\*) Ökumenischer Brief der Internationalen Christlichen Pressekommission, Nr. 14, 1932.



nur einige als Beispiele zu nennen: die Abwanderung vom Land zur Industrie und ihr Zusammenhang mit Steuern und Landverteilung; die Rückwirkung dieses Vorganges auf die christliche Gemeinde, das Dorf, den Stamm; Zwangsarbeit, Sklaverei, Alkohol, Opium, Kino usw. Die Mission meint allerdings nicht, daß sie alle diese Dinge verantwortlich gestalten könne. Das ist und bleibt Aufgabe der weltlichen Macht. Aber sie kann in allen diesen Fragen die Gewissen schärfen, die verantwortlichen Autoritäten über die Wirkung von Zuständen und Maßnahmen unterrichten, sie auf besondere Notstände hinweisen, sie beraten durch konstruktive Vorschläge für konkrete Fragen und Maßnahmen, Stellung nehmen zu Gesetzen und internationalen Vereinbarungen, die von einschneidender Bedeutung sind. Sie kann den Millionen, die heute stumm sind, eine Stimme geben, Tatsachen aufdecken und bekannt machen und dadurch die öffentliche Meinung beeinflussen. Sie kann, soweit die Mittel reichen, Wirtschaftssachverständige und Sozialarbeiter auf die Missionsfelder entsenden, wie sie heute Ärzte entsendet.

Damit ist bereits der Aufgabenkreis der Abteilung für soziale und wirtschaftliche Forschung, die der Internationale Missionsrat in Genf errichtet hat, umschrieben. Die Abteilung soll sein: eine Zentrale zur Sammlung von Tatsachenmaterial, ein Forschungs-Institut, das die tatsächlich bestehenden sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse untersucht und deren Wirkung auf die christlichen Gemeinden analysiert, und ein Informationsbureau, das Tatsachen dieser Art den Missionen und der Öffentlichkeit im allgemeinen bekannt macht.

Eine Forschungsarbeit in Afrika ist begonnen worden, deren Gegenstand ein typischer Fall der Industrialisierung Afrikas ist. Neue Kupferbergwerke sind erschlossen worden in Nord-Rhodesia und Katanga, und eingeborene Arbeiter sind in großer Zahl und oft weit her zur Ausbeutung dieser Bergwerke zusammengezogen worden. Die Untersuchung, die die Forschungsabteilung des Internationalen Missionsrates mit finanzieller Hilfe der Carnegie Foundation durchführen will, hat zum Ziel, die sozialen und

wirtschaftlichen Verhältnisse in diesem Bergwerksgebiet, unter vergleichsweiser Heranziehung der entsprechenden Verhältnisse im Randgebiet der Südafrikanischen Union, zu erforschen, und zwar unter dem besonderen Gesichtspunkt, welche Notwendigkeiten und Möglichkeiten sich für die Missionsarbeit aus den Lebensbedingungen der dortigen Arbeiterschaft ergeben.

Solche umfassenden Untersuchungen, die Erhebungen an Ort und Stelle notwendig machen, können von der Abteilung natürlich nur in beschränkter Zahl durchgeführt werden. Im übrigen muß sie sich beschränken auf Studien und Beobachtungen, die sich an Hand von Literatur, Berichten von Kommissionen und dem im Völkerbund und Internationalen Arbeitsamt zur Verfügung stehenden Material durchführen lassen. So sind bisher drei Memoranden von der Abteilung veröffentlicht worden: „Memorandum über die Konvention zur Beschränkung der Herstellung und zur Regelung der Verteilung von Narkotika“, „Die Unterdrückung des Opiumrauchens und die Bangkok-Konferenz“, „Die 21. Sitzung der Ständigen Mandatskommission“. Ferner gibt die Abteilung ein Nachrichtenblatt heraus, das die Missionen über Ereignisse und Entwicklungen sozialer und wirtschaftlicher Art auf dem laufenden hält und einen Erfahrungsaustausch zwischen ihnen vermittelt.

Otto Iserland.

★

## Wege zur Einheit der Kirche Christi.

Die Studienwoche des Deutschen Ausschusses für Glaube und Verfassung in Königsfeld\*).

Vom 24. bis 27. September 1932 fand in Königsfeld im Schwarzwald unter dem Vorsitz von Bischof Jensen und in der Atmosphäre der Bruderkirche die dritte „Lau-sanner Studienkonferenz“ statt, einberufen vom Deutschen Ausschuss für Glaube und Verfassung und besucht von mancherlei Teilnehmern aus ganz Deutschland wie auch aus dem Ausland (Dean Bate, Professor

\*) Ein ausführlicher Bericht über die Tagung von Lic. R. Wallau findet sich auf S. 56 dieses Heftes.

Clavier-Montpellier, Prof. Johnson-Berkeley, Generalsekretär Ralph W. Brown, z. Zt. Genf). Die Tagung versuchte einen deutschen Beitrag zu der Diskussion über die „Gnade“ zu geben; der Diskussion, die durch die Veröffentlichung der Theologenkommission der Lausanner Bewegung in Fluß gekommen ist. Vorgesehen waren freilich nur Referate über das Neue Testament und seine Botschaft von der Gnade, also über die synoptischen Evangelien (Referent Pfarrer Homann-Düsseldorf), das Johannes-Evangelium (Professor Lang-Halle), über Paulus (Bischof Jensen), die katholischen Briefe (das Referat von Superintendent Ernst Sommer-Frankfurt lag schriftlich in Thesenform vor) und über das ganze Neue Testament (Professor Winkler-Heidelberg). Aber es konnte in diesem Kreise nicht ausbleiben, daß auch das Gesamtproblem vom Neuen Testament aus beleuchtet wurde, zumal in der Debatte lutherische und reformierte Theologen Erfahrung und Lehre ihrer Kirchen vertraten. Außer den Referenten kamen besonders oft Generalsuperintendent Zoellner, die Professoren Clavier, Wobbermin und Dibelius zu Wort. Für die ökumenische Behandlung der Frage war vor allem das zusammenfassende Referat von Robert Winkler bedeutungsvoll. Er unterstrich den von der Religionsgeschichte erbrachten Nachweis, daß neben der deklarativen Fassung des Gnadenbegriffs auch die dynamische, allerdings nicht in materiell-substantieller Verfestigung, im Neuen Testament enthalten sei; d. h. ohne Fremdwort gesprochen: das Neue Testament weiß von Gnade als Gottes Huld, die dem Menschen zugesprochen wird, aber auch als Gottes Gabe, die dem Menschen verliehen wird. Die Einseitigkeiten späterer kirchlicher Gnadenlehren erscheinen, von dem Reichtum des Anfangs aus gesehen, als Verarmungen; im Zeichen des urchristlichen Gnadenbegriffs können sie sich wieder zusammenfinden. „Wenn es auf dem Gebiet von Faith and Order einen Erfolg der ökumenischen Bewegung gibt, dann ist er nur garantiert durch den Reichtum des Anfangs.“ So erwies sich die rein neutestamentliche Themenstellung zuletzt doch als entscheidend.

Martin Dibelius.

\*

Die Studienkonferenz von Faith and Order in England (High Leigh).  
September 1932\*).

An der Versammlung in High Leigh nahmen Mitglieder der Britischen Sektion des Fortsetzungsausschusses sowie eingeladene Gäste teil, Anglikaner, Presbyterianer, Methodisten, Kongregationalisten, Baptisten und Quäker. Es waren nicht viele Besucher aus anderen Ländern da, aber unter ihnen Prof. W. Adams Brown aus Amerika, Pastor Merle d' Aubigné aus Frankreich und Pfarrer Paul Rangaramujam aus Indien.

Für einen, der zum ersten Male an einer Sitzung führender Männer teilnahm, deren Diskussionen er ständig in der Presse verfolgt hatte, war es an sich schon von großem Interesse, diese Männer bei der Arbeit zu sehen und zu hören. Infolge Krankheit und anderer Ursachen waren einige hervorragende Persönlichkeiten nicht anwesend, so der Bischof von Gloucester, der Erzbischof von Dublin, der Dekan von York (Dr. Bate) und Dr. Scott Lidgett; auch konnte kein Mitglied der Orthodoxen Kirchen des Ostens teilnehmen. Aber die freundliche, wenn auch kritische Analyse des Bandes „The Doctrine of Grace“, die Canon Goudge vortrug, die zweite Eröffnungsrede über dasselbe Thema von Prof. Duncan von St. Andrew's und die Beiträge von Dr. Garvie, Prof. Curtis von der Kirche von Schottland und Bischof Palmer — um nur einige der beachtenswertesten auszusondern — hielten die Diskussionen über das erste Thema auf einer Ebene ständigen Interesses, während der Erzbischof von York als Vorsitzender die Debatte leitete und sich dabei offensichtlich des Vertrauens der verschiedenen Richtungen erfreute.

Von größerem Interesse war jedoch die Herausarbeitung gewisser Punkte, zu der die Versammlung sich sichtlich geführt wußte. Bei einer der Morgenandachten in der Kapelle wurden wir geheißt, um Buße zu beten für „Gedanken und Worte der Rechtshaberischen und Ernüchterten“, und geheißt, in der Stimmung der Erwartung, der Gabe des Schöpfergeistes, zu denken und zu sprechen. Gegen den Geist der Kritiksucht schien man sich in der Atmosphäre jener Tage wenig hüten zu müssen, in denen Offenheit

\*) Aus dem Englischen übersetzt. D. R.



und Willen, einander zu verstehen, sich so bereitwillig entgegenkamen. Und nur selten ließ akademische Rechthaberei in dem einen oder anderen Punkte ein besseres psychologisches Verständnis für die inneren Voraussetzungen anderer vermessen. Die Ernüchterung war schwerer zu bekämpfen, denn der Fortschritt auf gewisse Punkte hin war in weitere Ferne gerückt, als viele der Anwesenden gehofft hatten. Aber gerade hier waren die Ergebnisse, zu denen die Konferenz vorstieß, von besonderem Interesse und dürften sich als bedeutungsvoll erweisen.

Es waren die folgenden:

1. Die Bereitschaft, den schwierigsten aller Punkte fest anzupacken. Der Fortsetzungsausschuß hatte bereits den Band: „The Doctrine of Grace“ veröffentlicht, er schickte sich an, den Band über „Das Abendmahl“ herauszugeben. Aber in der Versammlung brach sich die Überzeugung Bahn, daß die Vorbereitung des dritten und schwierigsten Bandes über „Die Lehre der Kirche“ nicht länger aufgeschoben werden dürfe. Nicht nur, weil dies die grundlegendste aller Fragen sei, die der Bewegung für Glaube und Verfassung vorliegen, sondern weil jetzt die Atmosphäre genugsam vorbereitet sei, um die Fragen aufzurollen, die während der Vorbereitung und Herausgabe angegriffen werden müssen. Die Britische Sektion war bereit, dies Werk zu beginnen, und die anwesenden Besucher aus anderen Ländern waren der Meinung, daß die Sektionen, die sie vertraten, dies Vorgehen billigen würden.

2. Die Geschlossenheit der religiösen Erfahrung, die so aufrichtig hinter abweichenden Überzeugungen stand, wenn die Mitglieder der verschiedenen Kommissionen Zeugnis darüber ablegten, was die Teilnahme am Heiligen Abendmahl ihnen bedeutete.

Die letzte Sitzung in High Leigh diente nicht wie zuvor weiteren Diskussionen, sondern dem, was man: „Die heilige Kommunion in der Erfahrung“ nannte, „eine Zusammenkunft, um Erfahrungen auszutauschen“.

Es ist sicher sehr schwierig, wenn nicht unmöglich, die Eindrücke einer solchen Zeit denen zu vermitteln, die nicht daran teilgenommen haben. Aber das Folgende darf gesagt werden. Wenn man den einfachen Bezeugungen von Erfahrungen lauschte, die

in einer Atmosphäre der Freundschaft mitgeteilt wurden, von Hochkirchlern, die häufig am Abendmahl teilnehmen, von Presbyterianern bei geringerer Teilnahme (einer von ihnen bekannte, daß sie zu gering sei, aber sehr sorgfältig vorbereitet wäre), von Wesleyanern und Kongregationalisten mit ihren verschiedenen Standpunkten, so erstand eine neue Hoffnung. Man mußte sich dessen bewußt werden, daß in solch einem Mitteilen und Hören eine festere Basis der Vorbereitung einer Einheit gefunden werden darf, als man bisher vielleicht gemerkt hat. Man hat hier überhaupt nicht von einer Aktion gesprochen, die nach Meinung verschiedener entweder voreilig oder unratsam oder bereits verspätet sein mag. Diese Frage ist gegenwärtig überhaupt nicht gestellt worden. In dem stillen Mitteilen und Anhören von Erfahrungen hat diese Konferenz von High Leigh möglicherweise eine Methode angeregt, durch welche der Heilige Geist zu denen sprechen kann, die den Weg zur Einheit suchen.

J. V. Macmillan, D. D., O. B. E.,  
Bischof von Dover.

★

#### Tagung der französischen Freunde von Lausanne.

Am 23. und 24. November 1932 fand in Paris, im Amphitheater der Freien Theologischen Fakultät, eine Zusammenkunft der Freunde von „Faith and Order“ statt, die weitere Kreise mit den Zielen der Bewegung bekannt machen sollte. Auch die Fakultäten Montpellier und Straßburg waren durch die Professoren Clavier und Ménégoz vertreten, das Ausland durch Professor Bulgakoff, Professor Choisy, Genf, Generalsekretär R. W. Brown und den Unterzeichneten. Am ersten Tag wurde unter dem Vorsitz von Professor Monnier über die grundsätzlichen Fragen gesprochen, d. h. über die Bewegung selber (Pastor Merle d'Aubigné) und über ihre Möglichkeiten in Frankreich (Prof. Wilfred Monod und Pastor Méjan). Der zweite Verhandlungstag galt der Diskussion über das Buch „The Doctrine of Grace“ und seinen Gegenstand; Vorsitzender war Pastor Boegner. Prof. Choisy gab das Referat über die Verhandlungen der Theologenkommission von Gloucester. In einer großangelegten grundsätzlichen Rede hob

Prof. Jundt als Ziel solcher Verhandlungen das gegenseitige Verstehen heraus, auf Grund dessen man dann vielleicht einmal zu einer „Union fédérative des églises“ gelangen könne. In der Debatte berichtete u. a. der Unterzeichnete über die Besprechung des gleichen Themas „Gnade“ auf der Tagung in Königsfeld. Professor Clavier schilderte in bewegten Worten das Wesen ökumenischer Gesinnung auf Grund seiner eigenen Erlebnisse von Novi Sad 1929 bis Königsfeld 1932, erzählte von seiner Auseinandersetzung mit Karl Barth und betonte schließlich, daß es einen Ökumenismus der Kirchen gebe, aber auch einen Ökumenismus innerhalb jeder Kirche. Die großen grundsätzlichen Gedanken wurden von Professor Ménégos auf das Gebiet der Theologie im engeren Sinne angewandt. Vater Bulgakoff charakterisierte die Gnadenlehre der Orthodoxie im Unterschied vom Abendland und leitete die wesentliche Differenz aus Augustin wie aus der juristischen Auffassung der Gnadenlehre (in beiden abendländischen Konfessionen!) ab.

Die Bewegung für Glaube und Kirchenverfassung bedarf auch in Frankreich einer Intensivierung; sie darf nicht auf die Kreise der Beteiligten und Interessierten beschränkt bleiben, sondern muß an die Einzelnen, Gemeinden wie Gemeindeglieder, herangebracht werden. In dieser Richtung liegt wohl der wesentliche Erfolg der beiden Versammlungen. Noch wesentlicher für die Dauer ist es, daß man die Begründung einer Gruppe „Amis du Mouvement de Lausanne“ in Aussicht nahm. Und vielleicht das Allerwichtigste im Hinblick auf die Zukunft der Bewegung war die eindrucksvolle Rede, mit der Professor Monnier beim gemeinsamen Frühstück mit den Studenten am 23. November die künftigen Vertreter des französischen Protestantismus ansprach und unter ihnen für die Bewegung zu werben suchte.

Martin Dibelius.

★

Eine Aussprache von Anglikanern und schottischen Presbyterianern über die Kircheneinigung.

Als der Erzbischof von York für seine Gifford-Vorlesungen in Glasgow weilte, hatte er verschiedene Zusammenkünfte mit Vertretern der Kirche von Schottland über die

Frage einer Zusammenarbeit und möglichen Union zwischen den beiden Kirchen. Man bedauerte außerordentlich, daß der Erzbischof von Canterbury nicht anwesend sein konnte. Dr. Temple hatte daher auf anglikanischer Seite die Führung. Bei der ersten Sitzung schlug der Erzbischof Principal Martin als Vorsitzenden vor, und dieser übernahm dann auch während aller Zusammenkünfte den Vorsitz. Wie ich in einem meiner früheren Briefe erwähnte, hat sich eine Vereinigung gebildet, die bei ihren Bemühungen, der Unionsbewegung entgegenzuwirken, starken Rückhalt findet. Angst und Sorge, daß die Vertreter der Kirche von Schottland zu weit gehen und zu viel preisgeben und dadurch die Kirche in Schwierigkeiten mit dem eigenen Volke verwickeln könnten, machen sich als Unterströmung bemerkbar. Vielen muß es daher eine Erleichterung gewesen sein, als bei der allerersten Sitzung auf Anregung von Dr. Temple selbst ausdrücklich festgestellt wurde, daß es „nicht Sache dieser Konferenz sei, über Bedingungen einer Einigung zwischen den Kirchen oder über eine Verschmelzung unter ein und derselben Art Regierung zu verhandeln“. Hauptaufgabe der Konferenz sei, „Mittel und Wege zu erörtern, durch welche wir als Zweige der Reformationskirche und unter Erfüllung unserer nationalen Verantwortung einander in unserem gemeinsamen Zeugnis und unserem Dienst im Inland und im Ausland helfen können“. Neben den offiziellen Vertretern der beiden Kirchen waren auch zwei Vertreter der schottischen Episkopalkirche und zwei Vertreter der Presbyterianischen Kirche Englands anwesend. Die Sitzungen fanden in der Bibliothek des New College, Edinburgh, statt. Die nächste Sitzung soll im Lambeth Palace abgehalten werden.

„The Christian World“, 15. Dezember 1932.

★

Botschaft des Deutschen Evangelischen Kirchenbundes an die Kirche Schwedens.

Anlaßlich der dreihundertjährigen Wiederkehr des Todestages Gustav Adolfs hat der Deutsche Evangelische Kirchenbund an die Kirche Schwedens eine Botschaft gerichtet, in der er dieser Dankesgruß und Segenswunsch darbringt.



Die Botschaft wurde überbracht von Prof. D. Deißmann-Berlin, der von König Gustav von Schweden am 4. November in Audienz empfangen wurde. Die Botschaft hat folgenden Wortlaut:

„Der Kirche Schwedens bringt der Deutsche Evangelische Kirchenbund bei der dreihundertjährigen Wiederkehr des Todestages des Königs Gustav Adolf Dankesgruß und Segenswunsch dar.

An dem schwedischen Nationalgedenktage hat der deutsche Protestantismus in einem wahrhaft kirchlichen Sinne teil. Kirchliche und politische Ziele waren in der Zeit Gustav Adolfs untrennbar miteinander verbunden. Kirchliche und politische Bestrebungen begleiteten den Befreiungszug des großen Königs. Sein Tod auf dem Schlachtfeld hat das politische Werk abgebrochen. Um so heller aber tritt die kirchliche Mission Gustav Adolfs ans Licht. Gelöst von irdischen Zwecken erscheint Gustav Adolf als eine der großen Gestalten des Protestantismus.

In einer Zeit, die an innerer Schwere den Drangsaljahren des Dreißigjährigen Krieges nichts nachgibt, bezeugt der Deutsche Evangelische Kirchenbund der Kirche Schwedens die Gemeinschaft, die Gustav Adolf in die Tat umgesetzt und mit seinem Blut besiegelt hat. Das gemeinsame Band ist die Verbundenheit in dem durch die Reformation auf Gottes Wort gegründeten Glauben. Dies verleiht dem heutigen Tage seine besondere Weihe und eine Tiefe der Bedeutung, die über alle Erinnerung an politische Ereignisse der Vergangenheit weit hinausgreift.

Der kirchliche Zusammenhalt des schwedischen und des deutschen Protestantismus hat sich immer wieder bewährt. Das große Liebeswerk des Gustav Adolf-Vereins — im Anschluß an die Zweihundertjahrfeier des Todestages Gustav Adolfs begründet — hat den Namen des großen Königs und den Ruf zu wechselseitiger Verpflichtung der Glaubensgenossen in die ganze evangelische Diaspora hinausgetragen. In tiefer deutscher Not hat die Samariterspende der schwedischen Kirche den Kirchen Deutschlands starke Hilfe gebracht.

Mehr als dies. Von der Kirche Schwedens erging wie von einem heiligen Bezirk der Freiheit aus mitten in einer durch den Krieg zerrissenen Völkerwelt der Ruf zur Samm-

lung der christlichen Kirchen. Wieder wie einst, mit anderen Mitteln und in einer anderen Weltlage, sind die christlichen Kirchen zur Erfüllung ihrer kirchlichen Mission aufgerufen worden. In einer religiösen Krisis ohnegleichen sind die Kirchen gefordert, ihren Gottesauftrag mit neuer Glaubenskraft auszurichten und in dem Ringen mit schwärmerischen und säkularen Mächten die Botschaft der Reformation mit letztem Ernst zu verkündigen.

Der deutsche Protestantismus ist dem Ruf zur Sammlung der Kirchen gefolgt. Einem Ruf, der zugleich für jede einzelne Kirche ein Ruf zur Buße und zur Besinnung auf das Eine Evangelium ist, das Christus, der Herr, Seiner Kirche anvertraut hat. Im Bewußtsein dieser Verantwortung wird der Deutsche Evangelische Kirchenbund auch in Zukunft alles fördern, was der Kirche dient, von der das evangelische Bekenntnis Zeugnis ablegt.

Schweden hat Deutschland Gustav Adolf, Deutschland Schweden Dr. Martin Luther geschenkt. Zu Schutz und Wehr des Evangelischen Glaubens alle Kräfte bis zur Hingabe des Lebens einzusetzen, des zum Vorbild hat Gott der Herr in schwer bedrängter Zeit seinen Gideon erweckt.

Für die rechte Grundhaltung, die höchsten Lebensansatz wagt, schöpft die evangelische Kirche freudige Zuversicht und unversiegbare Kraft aus dem prophetischen Wort Dr. Martin Luthers an seinen Kurfürsten:

„Gott muß hie allein schaffen ohn' alles menschliche Sorgen und Zutun. Drum, wer am meisten gläubt, der wird hie am meisten schützen.“

Berlin, am Reformationsfest 1932.

Der Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses  
gez. D. Dr. Kapler. “

König Gustav von Schweden dankte nach Verlesung dieser Botschaft im eignen Namen, sowie im Namen der schwedischen Kirche und erinnerte an den Segen, den die Großtat des unsterblichen Heldenkönigs Gustav Adolf den evangelischen Kirchen in Schweden und Deutschland gebracht habe. „Mögen die evangelischen Kirchen beider Länder, so schloß der König seine An-

sprache, im Geiste Gustav Adolfs zur Erfüllung ihrer christlichen Mission gemeinsam weiterwirken!“

\*

### Die Jahrhundertfeier des Gustav Adolf-Vereins. Rückblick und Ausblick.

Über die Jahrhundertfeier des Gustav Adolf-Vereins, die vom 18. bis 20. September 1932 in Leipzig stattfand, haben Tagespresse und kirchliche Blätter weithin und ausführlich berichtet. Es kann deshalb an dieser Stelle davon abgesehen werden, den Verlauf noch einmal in historischer Reihenfolge darzustellen. Die Tagung erhielt ihr äußeres Gepräge durch die Anwesenheit zahlreicher Vertreter der Staatsbehörden, darunter Reichsinnenminister von Gayl, mit ihm Vertreter verschiedener Ministerien des Reiches und einzelner Länder, in erster Linie des Freistaates Sachsen und ebenso der Stadt Leipzig, dazu traten hervorragende Kirchenführer des In- und Auslandes, vor allem auch der auslanddeutschen evangelischen Kirchen, etwa 300 Pfarrer der Auslandsdiaspora, die größtenteils am 18. September in Leipzig und seiner näheren und weiteren Umgebung predigten, und eine über Erwarten lebhaftete Anteilnahme der Öffentlichkeit. An der großen Kundgebung am Fuße des Völkerschlachtdenkmals beteiligten sich nach vorsichtiger Schätzung etwa 120 000 Menschen, eine Zahl, wie sie seit der Einweihung des Denkmals im Jahre 1913 an dieser Stelle nicht mehr erlebt worden ist. So hat in ihrer Wirkung nach außen die Tagung einen imposanten Verlauf genommen. Sie hat vor allem auch gezeigt, daß selbst im „roten Sachsen“ das Kirchenvolk unter dem Banner Gustav Adolfs zu „marschieren“ bereit ist.

Unter den einzelnen Veranstaltungen haben wir zunächst hervor eine der eigentlichen Tagung vorangegangene Freizeit für Diasporapfarrer. Der Gustav Adolf-Verein ist freilich weithin nur als „Bauverein“ von Kirchen, Schulen, Diakonissen- und Krankenhäusern usw. bekannt, Weniger bekannt ist seine Sorge um die Heranbildung und Weiterbildung kirchlicher Führer und Helfer für die Diaspora. Das Problem der Führerbildung hat ihm aber stets, in der Gegenwart besonders, am Herzen gelegen. In der Betreuung von rund 200 Theologiestudierenden der Aus-

landdiaspora, die mit seiner Hilfe an reichsdeutschen Universitäten studieren und zum Teil in Gustav Adolf-Heimen, so vor allem im „Franz Rendtorff-Haus“, Leipzig, Aufnahme gefunden haben, ist der Weg zu diesem Ziel praktisch beschritten. Der Gedanke, aus Anlaß der Tagung eine Reihe von bereits im Amt stehenden Pfarrern der Auslandsdiaspora (es waren über 200) mit Fragen der neueren Theologie und der Diasporawissenschaft bekanntzumachen, lag auf derselben Linie. Denn gegenüber all den Einzelnotén der Diaspora muß immer wieder auf die große Not hingewiesen werden, die darin beschlossen liegt, daß die Diaspora Kirche ist und Kirche sein will, und, sofern sie leben will, nur als Kirche leben kann. Gewiß ist die Kirche der Diaspora zunächst in keiner anderen Lage als die Kirche überhaupt, die ja immer in der Diaspora, in der Zerstreuung der Welt lebt und eben deswegen Kirche ist. Aber die Diaspora spürt diese Not, Kirche zu sein, in ganz anderem Maße als etwa die Heimatkirche. Denn sie weiß und erfährt es täglich, wie schwer es ist und wie unmöglich es erscheint, Kirche zu sein, wenn schon überhaupt, dann erst recht in der besonderen Lage, in der sie, die Diaspora, sich befindet. Denn mitten hineingestellt in eine fremdgläubige oder glaubensfeindliche und meist auch fremdvölkische Umwelt, der alle Machtmittel zur Verfügung stehen und der man nicht entfliehen kann, ist ihr Leben ein unaufhörliches Kämpfen und Ringen um Gestaltung und Erhaltung, ist sie ganz Kirche des Evangeliums, die ohne äußere Macht und Mittel ausschließlich und allein an das Wort gewiesen ist. Wenn also hier Not und Tragik der Kirche mit einem eindringlichen Ernst erfahren werden und sich der Mensch der Diaspora immer wieder auf die letzten Fragen geworfen sieht, so ist aber, wie es scheint, auch hier der Boden besonders bereitet, die Verkündigung einer Theologia crucis zu vernehmen. Praktisch gesagt, es geht um die Frage, soll der Auslandsdiaspora das reformatorische Verständnis des Evangeliums erhalten bleiben, oder soll es trotz aller schönen Kirchen und Kirchenverfassungen durch die fremdgläubige Umwelt verdrängt werden. Daß der Gustav Adolf-Verein hier zum erstenmal in großem Maße zu dieser Frage mit dem



Versuch einer praktischen Lösung Stellung genommen hat, während er nach wie vor in der Diaspora selbst in ähnlicher Weise theologische Fortbildungskurse anregt und fördert, ist das kirchengeschichtlich Bedeutsame der Jahrhunderttagung. Wir glauben auch an dieser Stelle die Vorträge und die Namen der Dozenten nennen zu sollen: „Die Lage der deutschen systematischen Theologie in der Gegenwart“ (Prof. D. Althaus-Erlangen); „Das Werden der Kirche einst und heute“ (Prof. D. Dr. Rendtorff-Leipzig); „Die Lutherforschung und das kirchliche Leben der Gegenwart“ (Prof. D. Dr. Beyer-Greifswald); „Die Umwelt des Neuen Testaments“ (Prof. Lic. Dr. Schneider-Riga); „Volk, Staat, Kirche“ (Landesbischof D. Rendtorff-Schwerin); „Sprache und Religion“ (Generalsekretär D. Geißler); „Kirche und Schule in der Diaspora“ (Staatsminister Dr. Boelitz-Berlin); „Grundlinien einer Diasporakunde des osteuropäischen Raumes“ (Prof. D. Dr. Koch-Wien). Wenn schließlich die Große Liebesgabe im Betrage von 100 000 Mark nach Polen zur Heranbildung von kirchlichen Führern und Helfern fiel, so bezeugt auch dies, daß sich der Gustav Adolf-Verein der Verantwortung bewußt ist, die in seiner geschichtlichen Stunde liegt, und der er sich ebenso um der Diaspora, wie um des Evangeliums willen nicht entziehen will und kann.

Viel beachtet wurde das Auftreten eines katholischen Geistlichen, des Vertreters des Reichsverbandes für die katholischen Auslandsdeutschen Pfarrer Dr. Scheerer, in der Begrüßungsversammlung. Es hat zum Teil zu Kritik Anlaß gegeben. Zweifellos befindet sich weithin in der Diaspora der Protestantismus in schärfster Abwehr gegenüber einem aktivistischen Katholizismus. Ebenso zweifellos tritt die Selbstbesinnung auf unser äußeres und inneres Verhältnis zum Katholizismus in der gegenwärtigen Lage des Protestantismus von neuem als eine unabweisbare Aufgabe an uns heran. Es ist auch ein Gebot der Selbstachtung, in diesem Zusammenhang auszusprechen, wie sehr das Verhältnis und die Erfüllung des christlichen Liebesgebotes auch am Andersgläubigen erschwert wird durch die schroffe Unduldsamkeit, die uns immer wieder in maßgebenden Äußerungen der katholischen Kirche begegnet. Es ist ferner sehr wohl begreiflich, wenn die vor

allem, welche hiervon starke persönliche Erfahrungen besitzen, allen Ermahnungen zur Einigkeit gegenüber den Vorwurf sentimentaler Weichheit erheben. Ganz zu schweigen davon, daß es hierbei doch zuletzt eben um die Wahrheitsfrage geht. Andererseits darf man sich nicht der Einsicht verschließen, daß es in der kirchlichen Arbeit beider Konfessionen, soweit sie unter den Auslandsdeutschen getan wird, weite Strecken Wegs gibt, die gemeinsam zurückgelegt werden können. Ob dem evangelischen Deutschen etwa in der Slowakei dort der deutsche Katholik oder der evangelische Slowak nähersteht, ist zunächst mehr eine akademische Frage. Der deutschen Auslandsdiaspora beider Kirchen wird jedenfalls am wenigsten damit gedient, daß die konfessionellen Gegensätze betont oder gar überbetont werden, nicht nur um des Volkstums, sondern gerade auch um der Kirche willen. Darum gilt es auch für den Gustav Adolf-Verein eine Haltung einzunehmen, die nicht aus der gegenwärtigen kirchen- und staatspolitischen Lage unseres Volkes gewonnen wird, sondern die der tatsächlichen Lage unserer Diaspora entspricht. Das bedeutet nicht, daß eine Auseinandersetzung mit dem Katholizismus, zu der ja die Diaspora täglich aufgerufen ist, umgangen wird. Es wird in den Gustav Adolf-Kreisen sehr wohl gewußt, daß die Wahrheit, daß Christus, daß das Heil nur eines sein können.

War die Tagung ein eindrucksvolles Sichtbarwerden der deutschen Gemeinschaft des Weltprotestantismus, dem sich durch die weltgeschichtliche Entwicklung der Kriegs- und Nachkriegszeit die Teilnahme des Gustav Adolf-Vereins in überwiegendem Maße zuwenden mußte, so bewies die Anwesenheit zahlreicher Vertreter der nichtdeutschen Auslandsdiaspora die ökumenische Weite des Werkes, dessen Bedeutung auch in dem Hauptvortrag der Tagung, den der Württembergische Prälat D. Dr. Hoffmann über die „weltweite Bedeutung des Gustav Adolf-Vereins im Blick auf Heimatkirche und Volkstum“ hielt, entsprechend zum Ausdruck kam. Dieser ökumenische Sinn trat aber auch sonst in Erscheinung. In den vier Hauptkirchen Leipzigs predigten während der Tagung je ein ungarischer, finnischer, slowakischer und schwedischer Bischof. Eine große

Anzahl infolge der Ungunst der Zeit nicht persönlich vertretener Kirchen hatte schriftliche Grüße übersandt, die in ihrer Mannigfaltigkeit allein eine kleine Konfessions- und Kirchenkunde darstellen. Fäden, die während des Krieges zerrissen waren, sind indessen wieder geknüpft worden. In diesem Rahmen erhielten darum die Grüße der Waldenser, der Belgischen Missionskirche, der Evangelischen Kirche der Böhmisches Brüder ihre besondere Bedeutung. Besonders herzlich klangen sie aus den evangelischen Kirchen und kirchlichen Sondergruppen des europäischen Ostens und Südostens bis hin zu den entfernten deutschen evangelischen Kirchen Südamerikas und Afrikas.

War ferner die Tagung an sich reich an Höhepunkten, die als solche verschieden empfunden gewesen sein mögen — wir nennen hier die Kundgebung am Völkerschlachtdenkmal, Empfang durch den Rat der Stadt Leipzig, akademischer Festakt in der Universitätsaula, Feierstunde am Gustav Adolf-Gedenkstein bei Lützen —, der eigentliche Höhepunkt für die im Werk an der Arbeit Stehenden war der Augenblick, als nach der Rede des Reichsinnenministers der Führer der Deutschen Evangelischen Kirche im abgetrennten Posener und westpreussischen Gebiet, Generalsuperintendent D. Blau, das Ergebnis der Sammlung „Eine Million in Groschen“ bekannt gab. Wenn in einer Zeit wirtschaftlichen Niedergangs, wie er kaum je erlebt worden ist, der Gustav Adolf-Verein zu dieser Sammlung aufrufen konnte, so bedeutete dies ein Wagnis, das sich nur aus dem Glauben heraus rechtfertigen ließ. Die Sammlung hat den Betrag von 1 162 684 RM. ergeben. Sie stellt ein überwältigendes Zeugnis einer weltweiten, Grenzen und Meere überspringenden evangelischen Tatgemeinschaft dar, in der gerade die Diaspora selbst bis hin in die letzten Urwaldgemeinden Brasiliens einen hervorragenden Platz einnimmt. Der Betrag wird u. a., wie schon hervorgehoben, z. T. zur Heranbildung kirchlicher Führer in der Diaspora dienen, z. T. wird er zur Durchführung lebensnotwendiger kirchlicher Aufgaben in der Diaspora, vor allem in Siebenbürgen, Galizien und Brasilien verwandt werden. Gegenüber den in allen Diasporagebieten ins Große gewachsenen Nöten würde aber auch das Mehrfache dieses

Betrages nicht ausreichen. Der für die Entwicklung des kirchlichen Lebens in der Diaspora immer mehr und mehr unentbehrlich gewordenen weiblichen Diakonie kommt die Frauenliebesgabe im Betrage von 26 000 RM. zugute, während die Gustav Adolf-Kindergabe (29 000 RM.) für eine arme österreichische Gemeinde (Voitsberg) zur Herrichtung eines Betsaales bestimmt ist. Die außerdem im Gebiet des Freistaates Sachsen gesammelte „Sachsengabe“, die trotz der wirtschaftlichen Krise, von der besonders Sachsen betroffen ist, die ansehnliche Summe von 150 000 RM. gebracht hat, wird für allgemeine kirchliche Aufbauarbeit in der Diaspora verwandt werden.

An dieser Stelle sei ein ganz kurzer Rückblick auf die Entwicklung des Vereins in Organisation und Leistung während der 100 Jahre seiner Geschichte gestattet. Der Gustav Adolf-Verein stellte in dem ersten Jahrzehnt ein auf verhältnismäßig engen Raum beschränktes Hilfswerk dar. Sachsen mit den beiden Zentren Leipzig und Dresden und dazu seit 1842 Darmstadt waren in erster Linie seine Träger. Die zur Verfügung stehenden Mittel waren damals verhältnismäßig gering, das Betreuungsgebiet der Diaspora noch klein. Der Gustav Adolf-Verein ist in recht eigentlichem Sinn in seine Arbeitsgebiete „geführt“ worden, nach und nach, bis der Weltkrieg mit seinen Folgen große Türen auftrat. Heute, am Ende seines ersten Jahrhunderts, sind in seiner Organisation 34 Hauptvereine, 1299 Zweig- und 471 Frauenvereine, außerdem eine große Anzahl von Ortsgruppen und Bezirksverbänden zusammengeschlossen. Mit ihnen umspannt er das Gesamtgebiet der deutschen Landeskirchen. Dazu treten die ausländischen Gustav Adolf-Vereine in Schweden, Finnland, Lettland, Danzig, Posen, Polnisch-Oberschlesien, Tschechoslowakei, Österreich, Jugoslawien, Ungarn, Siebenbürgen, Holland, Afrika, Brasilien usw. 100 Jahre hindurch hat der Gustav Adolf-Verein durch Taten helfender Liebe evangelischen Glauben da unterstützt, wo er in Not, Einsamkeit und Verfolgung auf schwerem Posten stand. Gegen 100 Millionen Mark sind während dieser Zeit der Diaspora zugeführt worden; mehr als 7000 Diasporagemeinden hat er gepflegt und erhalten, mehr als 2000 Kirchen und Kapellen, Schulen und Anstalten, Gemeinde- und Pfarrhäuser danken ihm ihre



Errichtung. Dazu tritt die Unterstützung von Theologiestudenten, die Ausbildung von Lehrern und Schwestern, kurz die Heranbildung von kirchlichen Führern und Helfern für die Diaspora. Es gibt keinen Erdteil, in dem heute nicht Gustav Adolf-Arbeit geschieht.

Wenn die Jahrhundertfeier somit einerseits einen Abschluß bildete und zu einer Rückschau über das vergangene Jahrhundert zwang, so mußte sie aber auch zugleich Hinweis auf das Kommende sein. Die religiöse Frage der Gegenwart hat einen bitteren Ernst angenommen, das gilt in gleicher Weise für die Diaspora. Denn die alten Frontbildungen sind auch weithin in der Diaspora erschüttert, und neue Bewegungen kündeten sich an. Wir zweifeln nicht, daß der Gustav Adolf-Verein auch in seinem neuen Jahrhundert den Weg gehen wird, auf dem er sich immer wieder durch Zusammenhänge aus der Arbeit selbst heraus ohne starre Bindung nach irgend einer Seite weiterführen läßt.

Richard Schlier.

\*

Am Rande des Balkans.  
Reiseeindrücke aus Jugoslawien.

Eine längere Reise führte mich im Oktober und November v. J. nach Südosteuropa. Ein dreifacher Auftrag lag vor. Der Zentral-Ausschuß für Innere Mission und Volksmission der deutschen christlich evangelischen Kirche in Jugoslawien hatte mich zu einigen Pfarrereisen im Einverständnis mit dem Bischofsamt in Agram eingeladen. Ein Schulungslehrgang in der Männerbibelschule zu St. Andrä bei Villach, Kärnten, ging ihnen voran und eine längere Arbeit in Nieder- und Oberösterreich schloß sich daran an.

Der sterbende Sommer zauberte noch einmal die ganze Farbenpracht des Kärntnerlandes hervor, blutrotes Laub an den Hängen, tiefdunkle Wiesen im Tale, fast purpurblauer, wolkenloser Himmel in der Höhe und schneeweißes Weiß auf den Kuppen der Berge; das gab eine Farbensinfonie, wie man sie nur in Kärnten erlebt. Am Fuß der alten zerfallenen Burgruine Landskron liegt der Flecken St. Andrä zwischen dem Ossiachersee und dem alten Schloß Treffen, das berühmt ist durch die Erinnerungen an die Gräfin de Latour, die hier vielen Waisenkindern eine Heimat bereitete. In St. Andrä gibt es seit

einer Reihe von Jahren eine Männerbibelschule. An ihr hielt ich vier Tage lang von morgens bis abends Vorträge und Übungen mit den Schülern. Sieben verschiedene Balkanländer waren hier (außer Deutschland und Österreich) vertreten. Als wir zum Schluß des Lehrganges in wahrhafter Ökumenizität jeder in seiner Sprache das Vaterunser beteten und das Lutherlied sangen, hörten wir die slavischen, aber auch die romanischen Sprachen des Balkans und freuten uns dankbar der Gemeinsamkeit des Glaubens und Bekennens. Tiefe Einblicke in die Verhältnisse des Balkans gewährte dieser Lehrgang. In Rumänien und Jugoslawien ist die Mission für das Evangelium erschwert. Freilich ist im letzteren Lande auch die Gottlosenbewegung staatlicherseits streng untersagt. Bulgarien scheint offener für die Verkündigung zu sein. Außer täglichen Stunden zur Vertiefung in das Neue Testament, besonders in die Apostelgeschichte, sprachen wir über die Gottlosenbewegung mit nationalem und internationalem Vorzeichen, über die Vererbungsgesetze, über sexualethische Fragen und über die Missionsaufgaben. Drei Gedanken prägten sich mir hier nach den vielen Aus- und Rücksprachen mit den jungen Männern, die aus den verschiedensten sozialen Verhältnissen stammten, tief ein: Fällt Deutschland dem Bolschewismus anheim, dann geht der Balkan für das Christentum verloren. Neben den nationalen evangelischen und orthodoxen Kirchen zeigen sich hier und da Menschen, die zum persönlichen lebendigen Glauben gekommen sind, in ihrer heimischen orthodoxen Kirche nicht geduldet werden, aber auch zu den deutschen Kirchen evangelischen Bekenntnisses noch keine Beziehungen gewonnen haben, und die darum zunächst noch heimatlos sind. Das werden sie auf die Dauer nicht bleiben können, sondern werden sich einer bestimmten Kirche anschließen müssen. Vielleicht sind diese Männer aber gerade dazu berufen, den vielen religiös gleichgültig Gewordenen auf dem Balkan, die zu leicht eine Beute des Islam oder der dezidierten Gottlosigkeit werden, Helfer zum Heil und Führer zu Christus zu werden. — Wir hörten es immer wieder in St. Andrä: Keine Organisation hilft gegenüber der Gottlosigkeit, sondern es kommt alles auf Zellenbildung an, aus der dann

Gemeindebildung entstehen kann. Diese dritte Lehre ist für unsere deutschen Verhältnisse sehr wichtig.

In Jugoslawien besuchte ich die Orte Agram, Belgrad, Semlin, Pačevo, Nova-Pažova und Novisad. Überall war ich in den deutschen Pfarrhäusern zu Gaste. Alte deutsche Gastlichkeit der Pfarrhäuser trat mir entgegen. Schwäbische Laute begrüßten mich in manchen Häusern und Gemeinden. Fast überall mußte ich predigen oder Vorträge halten, und überall gewann ich den Eindruck von der großen Armut der Pfarrer und der Gemeindeglieder. Eine dreifache Diaspora lernte ich hier kennen, evangelische Deutsche unter deutschen Katholiken, evangelische Deutsche unter evangelischen Ungarn und evangelische Deutsche unter orthodoxen Serben. Das ist die konfessionelle, die nationale und die gemischte Diaspora. An manchen Orten sprachen die Deutschen noch die schwäbische Muttersprache, die ihre Väter vor 140 Jahren ins Land gebracht hatten. Alte Sitten und alte Trachten haben sich hier nicht verändert. Die Kirchlichkeit ist überall wohl gut, an manchen Stellen, besonders im Srem und im Banat besser als bei uns, Wochengottesdienste am Abend mit 800 bis 1000 Kirchenbesuchern sind nichts Seltenes. Lebensmittel gibt es reichlich, zu verhungern braucht dort keiner, aber das Geld ist so knapp, daß manche Familien auf dem Lande sich weder Petroleum noch Lichte kaufen können und die langen Herbst- und Winterabende im Dunkeln sitzen müssen. Die Steuern können nicht eingetrieben werden, und der Gerichtsvollzieher pfändet, was er findet. Daß die politische Spannung im Königreich Jugoslawien sehr groß war, merkten wir an den scharfen Paß-, Gepäck- und Geldrevisionen. Eine deutsche Erfahrung fanden wir in manchen Gegenden bestätigt. Der Wohlstand der Landbewohner steht im umgekehrten Verhältnis zur Kirchlichkeit und Kinderzahl. In einem sehr kirchlichen, aber recht armen großen deutschen Dorf ist der Durchschnitt der Kinderzahl 8 bis 9 in der Familie. In anderen wohlhabenden Gegenden soll die Kinderzahl sehr gering sein. An zwei Orten im Banat und im Srem durfte ich bei Pfarrerkonferenzen dienen. Hier waren es die Fragen von Volkstum und Kirche, von Vererbung und Geburtenrückgang, von

persönlicher Vertiefung und Missionsarbeit, die die Pfarrer bewegten. Bei der großen Pfarrkonferenz in Nova-Pažova wurde zum Schluß eine bedeutsame Entschließung angenommen und an das Bischofsamt gesandt. Sie erhob wichtige Forderungen, wie z. B. regelmäßige Freizeiten für die Pfarrer zur persönlichen Vertiefung und seelsorgerlichen Beratung, Einrichtung von Volksmissionswochen, die möglichst alle zwei Jahre in jeder Gemeinde stattfinden sollten und Anstellung eines hauptamtlichen Volksmissionars durch die Kirchenleitung. Es wurde dringend gewünscht, daß das Bischofsamt einen Hirtenbrief über den Geburtenrückgang im Lande erlassen und sich gegen die Vereine wenden möchte, die sich evangelisch nennen, aber ihre Jahresfeste nur mit Tanz und Theater feiern. Es war mir von großem Wert, festzustellen, daß das Verhältnis zwischen den evangelischen Pfarrern, die zur deutschen christlich evangelischen Kirche in Jugoslawien gehören und den orthodoxen Pfarrern der serbischen Prachoslawischen Kirche überall ein gutes sein soll. Es besteht eben keine Konkurrenz zwischen beiden, da eine Eintrittsmöglichkeit wegen des damit erfolgten Austritts aus der Volksgemeinschaft nicht zu befürchten ist. Denselben Eindruck gewann ich auch bei meinem Besuch, den ich Bischof Irenäus von Novisad machte. Schon lange hörten wir von den Wünschen seiner Kirche, das Mönchs- und Nonnenwesen in der orthodoxen Kirche mit neuem Inhalt zu erfüllen und ihm neue Aufgaben zu geben. Das Ziel dieser Wünsche geht wohl dahin, das Diakonissenamt, wie es die evangelische Kirche nun schon 100 Jahre hat, auch in der orthodoxen einzuführen und dadurch sowohl den Nonnen als auch den Gemeindegliedern zu helfen. Ein kleines evangelisches Diakonissenhaus, von Schweizer Freunden begründet, in Novi Vrbas ist vielleicht die Brücke zwischen dem 100 jährigen Diakonissenwerk des Abendlandes und den Wünschen der orthodoxen Kirche des Balkans.

Am 6. November durfte ich am 300 jährigen Gustav Adolf-Gedenktage in der evangelischen Bischofskirche am Deakplatz in Budapest die Festpredigt halten. Dann war ich acht Tage in St. Pölten in Niederösterreich und vier Tage an zwei Orten Oberösterreichs und hielt dort evangelistische und apologetische



tische Vorträge. Auch hier große Armut in Pfarrhäusern und Familien, aber überall auch ein großes Verlangen nach dem Evangelium. In Steyr, der alten Eisenstadt, die schon Waffen nach Troja geliefert haben soll, die aber heute infolge des Stilliegens der Automobilindustrie völlig verarmt ist und wohl über 10000 Arbeitslose hat, zeigt sich eine starke Übertrittsbewegung von der katholischen zur evangelischen Kirche. Arbeiter und Arbeitslose kommen in Scharen. Was zieht oder treibt sie? Die Not, die Ungewißheit, das Verlangen nach Klarheit, Kraft und Halt. Es wundert uns nicht, daß die römische Kirche große Anstrengungen macht durch wochenlange Mission, durch Einführung des Deutschen in die Kirchensprache und durch ein neues zeitgemäßes Gesangbuch, um ihre Glieder zu behalten. Der Wettstreit zwischen Paulus und Petrus, der evangelischen und der römischen Kirche hat begonnen, mit Johannes, der orthodoxen, gibt es z. Zt. keinen, aber wer am meisten Johanneische Liebe bringt, dem wird die Zukunft gehören.

Gerhard Füllkrug.

★

#### Die Waldenser Synode von 1932

(Nach La Luce, Jg. 25, Nr. 36—38).

Die Waldenser Synode wurde am 5. September 1932 in der Kirche zu Torre Pellice durch einen feierlichen Gottesdienst eröffnet, bei dem Pastor Enrico Tron sen. aus Bobbio Pellice die Predigt hielt. Den Vorsitz auf der Tagung führte Prof. Ernesto Comba, Rom. Das abgelaufene Kirchenjahr wurde, trotz der außergewöhnlichen Weltwirtschaftslage, als ein normales bezeichnet. Mit dem Studium der besonders in finanzieller Hinsicht schwierigen Verhältnisse des Lyzeums in Torre Pellice wurde eine besondere Kommission betraut.

Einen breiten Raum nahm die Besprechung der innerhalb der Kirche entstandenen Jugendbewegung, des „Waldenser Jugendbundes“, ein, der unter seinem Wahlspruch: Für Christus und die Kirche! in einen gewissen Gegensatz zu den mehr außerkirchlich eingestellten Christlichen Jung-Männervereinen getreten ist. Für und Wider der beiden Bewegungen wurde lebhaft erörtert und ein harmonisches Zusammenwirken als wünschenswertes Ziel erkannt.

In der Kommission für die gesetzlichen

Vorschriften gelangte zwar der Vorschlag zur Annahme, daß ein Pastor nach 14jährigem Aufenthalt in einer Gemeinde versetzt werden müsse, es wurde aber Vorsorge für einige Ausnahmen in besonderen Fällen getroffen. Die Anzahl der Distrikte wurde von 6 auf 5 und damit die der Mitglieder des Kirchenvorstandes von 9 auf 7 herabgesetzt.

Ihre besondere Note erhielt die Synode als 400jährige Gedenkfeier der berühmten Synode von Chanforan im Angrognatal, auf der die Waldenser Kirche ihre Übereinstimmung mit den übrigen reformierten Kirchen erklärte und ihnen die von Oliveto übersetzte Bibel zum Geschenk machte. Am 28. August war auf der historischen Stätte, einer Bergwiese unter 100jährigen Kastanien, von den Jung-Männervereinen Piemonts ein schlichtes Denkmal errichtet worden, das diese jetzt der Tavola Valdese übergaben. Dort hielt vor einer großen Menschenmenge Prof. Ernesto Comba die Festrede. Er bezeichnete als das dringendste und lebenswichtigste Ziel der jetzigen Versammlung die Bestätigung der gemeinsamen Glaubensgrundlage und mahnte an die zwei Parolen der damaligen Synode, Treue zu Gottes Wort und Einigkeit. Nach ihm hielten die zahlreichen Vertreter verschiedener evangelischer Kirchen Europas und Amerikas kurze Ansprachen, so daß die Feier zu einem schönen Ausdruck protestantischer Verbundenheit wurde. Die Synode schloß am 9. September. Zusammenfassend spricht Paolo Bosio von dem „Geist gesunden Optimismus“, der sie auszeichnete.

★

#### Aus dem Weltbund.

Die Abrüstungsaktion der britischen Kirchen.

(The Times, 21. Oktober 1932.)

Der Erzbischof von Canterbury war Führer einer Deputation der Kirchen, die gestern vormittag vom Premierminister und vom Außenminister im Locarno-Zimmer des auswärtigen Amtes empfangen worden ist. Die Verhandlungen waren privater Art, doch wurde gestern abend ein offizieller Bericht ausgegeben.

Die Deputation bestand aus folgenden Persönlichkeiten:

Kirche von England: die Erzbischöfe von Canterbury und York; die Bischöfe von London, Winchester, Birmingham, Blackburn, Bradford, Chichester, Coventry, Guildford, Lichfield, Liverpool, Llandaff, Monmouth, Ripon, Salisbury, Southwark, Southwell, Worcester und St. Albans.

Kirche von Schottland: der Moderator Pfarrer H. R. Mackintosh, D. D.

Baptisten: Pfarrer M. E. Aubrey, Sekretär der Baptistischen Union; Pfarrer R. Clifford, Vizepräsident; Pfarrer Carey Bonner, Expräsident.

Kongregationalisten: Pfarrer Dr. S. M. Berry, Sekretär der Kongregationalistischen Union; Pfarrer H. C. Carter, Präsident; Pfarrer W. Charter Piggott, Expräsident.

Quäker: F. Pollard, Vorsitzender des Friedenskomitees der Gesellschaft der Freunde.

Methodisten: Pfarrer Dr. J. Scott Lidgett, Präsident; Pfarrer R. Bond, Sekretär; Pfarrer E. Finch, Hilfssekretär der Abteilung für soziale Wohlfahrt.

Presbyterianische Kirche von England: der Moderator Pfarrer J. M. Ferguson; Pfarrer T. Mackay, Sekretär.

Presbyterianische Kirche von Wales: der Moderator Pfarrer D. Jones.

Heilsarmee: General Higgins; Kommandeur-Leutnant A. G. Cunningham.

Unitarische und Freichristliche Kirche: Pfarrer A. Hall, Präsident; Pfarrer M. Rowe, Sekretär.

Andere: Lord Dickinson; Pfarrer Dr. W. H. Drummond, Vorsitzender der Britischen Vereinigung des Weltbundes für internationale Freundschaftsarbeit der Kirchen; der Master of Selwyn College, Präsident der Britischen Vereinigung des Weltbundes; der Dekan von Chichester, Vorsitzender des Komitees Christlicher Organisationen der Liga für Völkerbund; Pfarrer E. N. Porter Goff, Sekretär des Komitees Christlicher Organisationen; Pfarrer H. W. Fox und Pfarrer R. E. Burlingham, Sekretäre des Weltbundes.

Als die Deputation um eine Audienz beim Premierminister ersucht hatte, hatte sie ihre Mission mit folgenden Worten umrissen:

Zweck der Deputation sei in erster Linie, die große Enttäuschung der Kirchen über die mangelhaften Fortschritte der Abrüstungs-

konferenz zum Ausdruck zu bringen. Die Eröffnung dieser Konferenz war die große Gelegenheit für eine außerordentliche Kundgebung des Verlangens nach Abrüstung bei allen Völkern der Welt. Im eigenen Lande haben 2000000 Menschen eine Petition unterzeichnet, die der Überzeugung Ausdruck gab, daß ein Wettrüsten alle Länder zum Ruin führe, ohne ihnen Sicherheit zu gewähren; daß die Kriege der Zukunft menschliches Leben unterschiedslos zerstören werden; daß die Versicherungen der Regierungen, friedliche Politik treiben zu wollen, wertlos seien, solange jene Abrüstungsmaßnahmen hinausgezögert würden, die erstes Ergebnis des Kriegsächtungspaktes sein sollten. Zahllose Versammlungen und Bittgottesdienste seien rings im Lande gehalten worden. Nie zuvor habe man eine erstaunlichere Bekundung des Willens zum Frieden gesehen. Die Staatsmänner hätten die Gewißheit, daß das christliche England sie unterstützen würde, wenn sie die Völker zu einer wesentlichen Abrüstung durch internationale Übereinkunft führen wollten.

1. Wir sind der Meinung, daß die in Frage stehenden Probleme nicht in erster Linie rechtlicher, sondern im wesentlichen moralischer Art sind. Zunächst sind wir mit unserer Ehre verpflichtet, die Versprechungen zu erfüllen, die wir vor 13 Jahren in Versailles gegeben haben, daß die erzwungene Abrüstung Deutschlands der erste Schritt einer allgemeinen Abrüstung der andern Nationen sein solle. Dieses Versprechen ist bis jetzt nicht in Ehren gehalten worden.

2. Wir glauben, daß eines der Hindernisse für die Abrüstung die Kapitalinteressen der privaten Rüstungsindustrie sind. Die Kirchen müssen dagegen protestieren, daß irgendeiner Gruppe von Privatpersonen ein Kapitalinteresse an den Waffen des Todes und der Zerstörung zugestanden wird. Wir möchten dringend fordern, daß solche Geschäfte entweder gänzlich verboten oder wenigstens durch eine Regierungslizenz streng kontrolliert werden.

3. Wir bedauern, daß die Staatsmänner auf der Abrüstungskonferenz die Tendenz verfolgen, sich bei der Ausarbeitung ihrer Pläne von technischen Sachverständigen leiten zu lassen. Es ist Sache der Staatsmänner, sich auf ein Vorgehen zu einigen;



es ist Sache der Sachverständigen zu entscheiden, wie diese Maßnahmen am besten durchgeführt werden können. Die Methode der Abrüstung, die Deutschland durch den Vertrag von Versailles auferlegt worden ist, legt nahe, daß die Schwierigkeiten der Abrüstung nicht allzu groß sind, wenn man einmal über die zu treffenden Maßnahmen einig geworden ist.

4. Wir fühlen uns verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß das bisherige Versagen der Staatsmänner, ein wesentliches Maß der Abrüstung durchzuführen, ein Eingeständnis des moralischen Bankrotts bedeutet und eine beklagenswerte Wirkung auf die öffentliche Moral hat, deren deutlichstes Beispiel die gegenwärtige Situation in Deutschland nur ist. Auf allen Seiten kommt der Mangel an Glaube an den Völkerbund zum Ausdruck, und die Friedensarbeit der Kirchen wird erschwert.

5. Wir möchten daher dringend darum bitten, daß bei Wiederaufnahme der Konferenzverhandlungen die Britische Regierung sofort ein festumrissenes Abrüstungsprogramm vorlegt, das basiert ist auf die gleichberechtigte Lage aller Mitglieder des Völkerbundes und in einer Form zum Ausdruck kommt, die den einfachen Mann verstehen läßt, daß etwas erreicht worden ist.

Der Premierminister sagte zum Empfang der Deputation:

Darf ich aussprechen, welche außerordentliche Freude es uns ist, daß Sie gekommen sind. Es ist nötig, daß ein Druck auf uns ausgeübt wird. Wir möchten gern, daß Sie die augenblickliche Situation würdigen. Ich wagte, vor kurzer Zeit zu einem Freund zu sagen, daß die große Schwierigkeit für jede Regierung darin besteht, moralische Grundsätze mit praktischem Vorwärtkommen zu verbinden. Es ist manchmal außerordentlich schwierig, moralische Erklärungen abzugeben bei bestimmten Gelegenheiten und in Verbindung mit Problemen wie diesem, die einfach und geradlinig durchgeführt werden müssen. Wollen Sie die Regierung auf jede Ihnen mögliche Weise bei der Erfüllung ihrer moralischen Verpflichtungen unterstützen? Sir John Simon wird sicherlich alles daran setzen, um in Genf die tatsächliche Behandlung der Probleme in Einklang mit dieser Unterstützung zu bringen, die Sie,

die Vertreter aller Kirchen, uns so gut gewähren können.

Der Erzbischof von Canterbury sagte, daß die Deputation die christliche öffentliche Meinung überall im Lande in beträchtlichem Maße repräsentiere. Er habe selten ein Problem gefunden, das solche Einstimmigkeit, solchen Ernst und solche Tiefe der Überzeugung hervorgerufen habe wie die Abrüstung. Sie seien nicht da, um irgendeinen ungünstigen Druck auf die Regierung ausüben zu wollen, sondern vielmehr, um sie ihrer starken Unterstützung zu versichern und doch ihrer ernsten und wachsamsten Sorge um die internationale Situation und um den gegenwärtigen Stand der Abrüstungskonferenz Ausdruck zu geben. Wohl beständen Unterschiede in bezug auf Pläne und Methoden, und sie könnten nicht für alles verantwortlich gemacht werden, was in verschiedenen Memoranden und Resolutionen gesagt worden sei. Alle Anwesenden erkannten die praktischen Schwierigkeiten, mit denen Minister zu tun hätten, voll an. Sie wußten wohl, daß es hinter den Kulissen allerlei Verwicklungen gebe, obwohl die Minister allein wissen könnten, wie kompliziert und schwierig sie seien.

Ihr Interesse gelte in der Hauptsache den moralischen Problemen. Die Deputation fühle sich moralisch verpflichtet, daß die von den Alliierten nach dem Kriege gegebenen Versprechen erfüllt würden. Sie hielte es für moralisch falsch, sich mit etwas Geringerem zufrieden zu geben als mit einer weitreichenden allgemeinen Herabsetzung der Rüstungen, die keinerlei Sicherheit für den Frieden gewährleisteten, sondern vielmehr eine ständige Kriegsgefahr darstellten. Die Regierung werde lebhafteste Unterstützung bei den Kirchen finden, wenn sie ihre ausdrückliche Bereitschaft, Deutschland einen gleichberechtigten Platz unter den Nationen zu geben, durch irgendein freiwilliges Übereinkommen erfülle, als dessen Resultat sich eine Abrüstungskonvention ergeben würde. Sie seien sich aber der Schwierigkeiten sehr wohl bewußt, die die Ausführung selbst eines solchen von allen geteilten Wunsches mit sich bringe. Ebenso werde die Regierung ihre lebhafteste Unterstützung finden, wenn sie die Abrüstung und nicht die Wiederaufrüstung zum Grundpfeiler ihrer Politik<sup>a</sup> mache. Sie

werde die Unterstützung der Deputation erhalten, wenn sie auf eine festumrissene, wenn auch allmähliche Senkung der Rüstungen nach Maßgabe der Einschränkungen hinarbeite, die Deutschland nach dem Kriege auferlegt worden seien. Trotz Kenntnis der Schwierigkeiten hoffe sie auf ein entschiedenes Bestreben, den Gebrauch der fünf Kategorien der öffentlichen Angriffswaffen zu beschränken, ja in gewissen Fällen zu verbieten — Tanks, weittragende Geschütze, Unterseeboote, Kriegsschiffe über 10000 Tonnen und der Militärluftfahrt. Seines Erachtens hielten die meisten von ihnen eine Beschränkung in jenen Waffengattungen für wichtiger als eine Herabsetzung der Heeresstärke. Ebenso werde die Regierung natürlich ihre lebhafteste Unterstützung bei einer möglichst engen Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten finden. Sie seien der Meinung, daß die Britische Regierung das natürliche Bindeglied zwischen Europa und Amerika sei und daß es auf die Meinung der Welt von ungeheurer Wirkung sein werde, wenn die Vereinigten Staaten und England während der kommenden sorgenvollen Zeiten so eng wie möglich zusammenhalten würden.

Auf Grund der bereits erfolgten Herabsetzung der Rüstungen und der bekannten Sympathie und Freundschaft der Regierung für Frankreich, auf Grund des ausdrücklichen Wunsches, fair und gerecht gegenüber Deutschland zu sein, sei ihres Erachtens die Britische Regierung in der Lage, in wahrhaft wirksamer Weise die Führung in die Hand zu nehmen. Die besten Elemente unter den Völkern Europas würden ihrer Meinung nach in der gegenwärtigen Verwickeltheit und Verworrenheit eine solche Führung willkommen heißen. Voll Vertrauen erhoffe die Deputation eine solche Führung und bete, daß sie erfolgreich sein möchte; denn nicht ohne Bestürzung könne sie ein Versagen der jetzt noch bestehenden Konferenz mit ansehen; ein Fehlschlag werde nicht nur den Frieden gefährden, sondern das Vertrauen aufeinander zerstören, auf das allein die Genesung der Welt gebaut werden könne.

Dr. Mackintosh, der Moderator der Kirche von Schottland, versicherte die Regierung der vorbehaltlosen Unterstützung

seiner Kirche, deren Einmütigkeit um so bedeutsamer sei, da es ihrem Patriotismus während des Weltkrieges nicht an Kriegsgest fehlt habe. In Schottland hege man große Erwartungen hinsichtlich der Ergebnisse der Abrüstungskonferenz. Da aber der Rat der Sachverständigen an Macht und Bedeutung gewonnen habe und an gewissen Stellen die von nationalistischem Denken angeführten Argumente nichts von ihrem Einfluß verloren hätten, sei allmählich, wie ihnen schiene, ein Schatten über sie gekommen. Man empfinde bittere Enttäuschung und frage sich ernsthaft, ob noch irgendeine Aussicht bestehe, daß Großbritannien bei diesem lebenswichtigen Problem seine moralische Führerschaft wieder geltend mache. Welche kühnen und gerechten Vorschläge die Regierung anderen Nationen im Interesse der Abrüstung auch machen werde, für seine Kirche könnten sie nicht kühn genug sein.

Pfarrer Dr. Scott Lidgett gab der Zustimmung aller Evangelischen Freikirchen zu der Frage Ausdruck. Sie seien erschreckt bei dem Gedanken an einen Zusammenbruch der Abrüstungskonferenz. Ihrer Meinung nach stehe die gesamte Zukunft der Zivilisation auf dem Spiel. Sie fürchteten nur, falls eine entscheidende Übereinkunft nicht erreicht werde, sich der alten Situation des Wettrüstens zwischen den Nationen erneut gegenübergestellt zu sehen, die alle mit ihren verfehlten Bemühungen, zukünftigen Kriegen zu entrinnen, mit ziemlicher Sicherheit neue herbeiführten. Jeder Schritt der Regierung, durch gemeinsamen Beschluß wirkliche Abrüstung zu erreichen, besonders die Abschaffung aller Angriffswaffen, werde von den Freikirchen nur begrüßt werden.

Der Erzbischof von York sagte, diejenigen, in deren Vertretung die Deputation gekommen sei, litten unter einer verhältnismäßig schwer zu tragenden Enttäuschung, da Hoffnungen und Erwartungen zu einem früheren Zeitpunkt so lebendig und intensiv gewesen seien. Die Deputation wisse, daß die Schwierigkeiten ungeheuer groß sein müßten. Es habe manchmal den Anschein gehabt, als ob die Schwierigkeiten in Genf um so stärker zum Vorschein gekommen seien, je mehr das Problem in die Hände der Sachverständigen geraten sei. Sie wolle



betonen, daß die Staatsmänner der Welt zu allererst dafür verantwortlich seien, eine klare Marschroute herauszuarbeiten und den Sachverständigen die Überwindung der Schwierigkeiten bei der Verfolgung der Route zu überlassen, statt den Sachverständigen zu erlauben, von vornherein durch Feststellung der Schwierigkeiten die Route zu versperren. Nach Ansicht der Deputation sei das Wichtigste, von der Stufe des Wettrüstens der Nationen überzugehen zu der Stufe, auf der die Nationen ihre Rüstungen durch gegenseitiges Abkommen regeln, um zusammen für den Schutz des Friedens und die gute Ordnung in der Welt zu arbeiten. Wohl erkenne sie voll an, daß die englische Nation bereits führend gewesen sei, aber anscheinend sei diese Führung in gewissem Maße isoliert, individuell und stückweise erfolgt. Wohl stelle sie einen großen Schritt vorwärts dar, aber noch mache sie nicht das Prinzip geltend, das Wettrüsten durch die Zusammenarbeit als Basis für die Rüstungen der Nationen zu ersetzen.

In der Antwortnote auf die deutsche Forderung seien zwei Schlußfolgerungen gezogen worden, eine rechtliche und eine moralische. An die rechtliche Verpflichtung Deutschland gegenüber zu erinnern, sei notwendig, aber es mache den Eindruck, als ob das moralische Element in der Note dem rechtlichen untergeordnet oder jedenfalls weniger betont worden sei. Das sei zu bedauern, denn ihrer Meinung nach könne der Fortschritt nur dann erzielt werden, wenn das moralische Problem ständig in die erste Linie gerückt werde.

Sir John Simon, der Außenminister, sprach auf Wunsch des Premierministers und sagte, daß die Deputation der Regierung sehr wertvoll sei, weil sie ganz ausgesprochen auf die moralische Verpflichtung dringe und eine moralische Forderung betone. Diese Seite der Abrüstung sei den Ministern immer bewußt. Der Erzbischof von York habe eine sehr brauchbare Bemerkung zu der britischen Note gemacht. Diejenigen, die die Note nicht so sorgfältig wie die Deputation studiert hätten, hätten manchmal den außerordentlichen Fehler begangen zu glauben, daß die Note eine Rechtsfrage geltend mache. Im Gegenteil, die Note sei in der Absicht geschrieben zu sagen, daß Deutschlands Anspruch und unsere Pflicht

nicht in Begriffen technischen Rechts diskutiert werden könnten und daß dies nicht die richtige Art und Weise sei, die Frage anzupacken. Die Note bezwecke, die technischen und rechtlichen Argumente beiseite zu schieben, da sie nicht in Wahrheit Gebiet der Untersuchung seien, um zu betonen, daß der wirkliche Anspruch auf unser aller Gegenleistung in der Sphäre der Moral und nicht des Rechts liege. Er gab zu, daß der Wortlaut dies vielleicht nicht immer habe deutlich erkennen lassen; er sei daher dankbar für die Gelegenheit, konstatieren zu können, daß die Note, — die nicht sein eigenes, sondern das Werk der Regierung sei — bezwecke, Argumente beiseite zu räumen, die nicht stichhaltig und auf jeden Fall technischer Art seien, um das wahre Kampffeld für Aktion und Debatte frei und unverkennbar hervortreten zu lassen.

Sir John Simon fuhr fort:

Zweifellos dürften zukünftige Maßnahmen sich nicht auf die bloße Konstatierung dessen beschränken, was unsere Nation seit dem Kriege im Namen der Abrüstung bereits getan hat. Andererseits tun Sie unserem Lande nicht nur ein großes Unrecht, sondern behindern in der Tat das Verlangen nach weiterer Abrüstung in unserem Volke, wenn Sie nicht sagen, daß seit dem Waffenstillstand Großbritannien das eine große Land der Welt ist, das tatsächlich enorme Abstriche von seinen Rüstungen gemacht hat. Neuulich brachten die „Times“ ein interessantes Schema, das dies illustrierte. Welche Haltung Sie auch immer einnehmen, dies ist eine historische Tatsache in der Zeit seit dem Kriege. Und wenn sie mit dieser Tatsache die Verantwortung verbinden, die wir überall in der Welt haben, nicht Verantwortungen, die sich an Kriegsbegriffen messen lassen, sondern Verantwortungen, die Ordnungs- und Schutzmaßnahmen erfordern, so handelt es sich um Dinge, die ein großer Teil unseres Volkes ganz mit Recht im Gedächtnis zu halten wünscht. Und ich halte es für sehr wertvoll, daß diejenigen, die uns ganz besonders unsere moralischen Verpflichtungen aufdrängen wollen, diese Tatsachen offen anerkennen sollten.

Darf ich gerade ein Wort über Genf sagen. Ich teile die großen Hoffnungen, die man hegt, voll und ganz. Falls jemand ein Ge-

fühl der Verzweiflung und Niedergeschlagenheit empfinden sollte, so lehne ich ab, es zu teilen, ich lehne es durchaus ab. Genf ist in vieler Beziehung ein Platz, an dem es schwer ist, sich richtig zu benehmen. Vielleicht ist es meine persönliche Unzulänglichkeit, vielleicht liegt es in der Natur meines Amtes oder an der Stellung, die unser Land in den Beratungen der Welt einnimmt; aber ich muß Ihnen ganz offen sagen, daß wir meiner Meinung nach nicht in jeder Hinsicht eine faire Kritik an den Genfer Verhandlungen erhalten haben. Ich will Ihnen ein Beispiel geben. Hierzulande geht weit- hin das Gerücht. — ich will kein härteres Wort gebrauchen — daß alles, was ich zu den Vorschlägen Hoovers zu sagen gehabt hätte (die, wie Sie wissen, fast zwischen Abend und Morgen den dort versammelten Delegierten vorgelegt wurden), dies gewesen sei, daß ich sie in einer leichten und überlegenen Art verabschiedet und als „ganz interessant“ bezeichnet hätte. Dies Urteil hängt nur von einigen irreführenden Überschriften in einer einzigen Zeitung ab. Jeder, der gelesen hätte, was ich gesagt hatte und was am selben Tage berichtet worden war, müßte wissen, wie ungerecht dies nicht gegen mich, sondern gegen mein Land ist. Diese Sache ist nun Gegenstand der Besprechungen in einer großen Anzahl von Wochenschriften und ist Titel und Quelle von Angriffen einer kürzlich erschienenen, sehr weitverbreiteten Broschüre geworden.

Was ich in Wahrheit gesagt habe, ist dies: Zu diesen Vorschlägen könnten wir die Vereinigten Staaten beglückwünschen. Obwohl ich sie nur ohne lange Vorbereitung angesehen hätte, hätte ich sie als äußerst wichtig bezeichnet. Vielleicht darf ich Ihnen dies sagen: nachdem ich über die Vorschläge gesprochen hatte, in einer Weise, über die sich keiner von Ihnen, wäre er anwesend gewesen, beklagt hätte, kam zum Schluß jedes Mitglied der amerikanischen Delegation zu mir herüber, um mir persönlich für mein Vorgehen zu danken, und Mr. Stimson selbst sandte mir danach eine Botschaft, um seine eigene Dankbarkeit zum Ausdruck zu bringen. Ich sage das nicht zu meiner eigenen Verteidigung, sondern um nicht Sie, sondern diejenigen, die mit Ihnen arbeiten und von Ihnen geführt werden, zu warnen — glau-

ben Sie nicht alles, was Sie zum Nachteil der britischen Haltung in Genf hören. In Wahrheit war es die Britische Delegation, die die Resolution für die qualitative Abrüstung formulierte, beantragte, durchbrachte und eine einstimmige Abstimmung erzielte; sie versuchte einen deutlichen Trennungsstrich zu ziehen zwischen wirklich primären Angriffs- und wirklichen Verteidigungswaffen. Auf britische Anregung hin begrüßte man in der mir hier vorliegenden Resolution vom 23. Juli die Initiative des Präsidenten der Vereinigten Staaten und erklärte, daß die Konferenz beschließe, sich von den allgemeinen Grundsätzen, die Präsident Hoovers Erklärung zugrunde liegen, leiten zu lassen. Hören wir davon etwas, wenn jeden Tag von den Freunden der Abrüstung Hunderte von Resolutionen in dies Amt strömen?

Vergessen Sie schließlich nicht, daß die wahren Verwicklungen erst dann entstehen, wenn das von uns allen geforderte moralische Ziel in die außerordentlich komplizierte Praxis eingepaßt werden soll. Schließlich hat es 21 Jahre gedauert, bis Wilberforce die Abschaffung der Sklaverei nur in den britischen Kolonien durchgeführt hatte, und noch jetzt ist eine große Sklavenfrage in einigen anderen Teilen der Welt zu lösen. Sie haben uns durch die Versicherung Ihres festen Glaubens an die moralische Basis, die Basis des britischen Vorgehens sein muß, geholfen, und ich möchte Sie bitten, mir zu glauben, daß wir all die Zeit über mit Ihnen gehen, wenn wir uns bemühen, diesen Grundsatz auf praktische Maßnahmen anzuwenden.

Der Premierminister: Wir freuen uns außerordentlich, Sie zu sehen und durch Ihre Ansichten unterstützt zu werden. Der Außenminister geht nun bald nach Genf zurück, und vielleicht gehe ich mit ihm, vielleicht auch nicht, um zu sehen, ob wir unter uns ein besseres Einvernehmen zwischen den Nationen Europas gegenwärtig erreichen können. Und lassen Sie uns dies nicht vergessen. Wenngleich die Abrüstung ein beträchtlicher Bürge für den Frieden und die Sicherheit für den Frieden ist, so bin ich nichtsdestoweniger gewiß, daß, wenn Sie unter Sir John Simons oder meiner eigenen Führung einen Abrüstungsplan aufstellen wollten, um einen Krieg bequem beginnen zu können, so könnten Sie dies tun. Es ist eins der leichtesten



Dinge in der Welt, die Völker dazu zu bringen, gewisse Dinge, die sie besitzen, fortzutun. Angenommen, Sie nehmen einen Krieg in Aussicht. Wenn Ihre Lage derart ist, daß Sie alle Vorteile hinsichtlich des Mannschaftsbestandes haben, so könnten Sie vielleicht vorbereitet sein, mit einem gewissen Kern von Rüstungen einen Krieg anzufangen und dann allmählich die Ausrüstung zu vervollkommen, während Ihre Leute denen anderer Länder gleichwertig ausgerüstet gegenüberstehen, ihnen jedoch zahlenmäßig überlegen sind. Aber der Friedensfreund ist nicht blind, noch ist er — und das sage ich mit großer Achtung — ein Mann, der nur die moralischen Probleme im Auge hat. Bitte beachten Sie, was ich sage — der nur die moralischen Probleme im Auge hat. Er ist ein Mann, der unter veränderten Bedingungen und in der Ausnutzung der Zeit des Interregnums sein Möglichstes tut, um sich um des Friedens willen in anderen Richtungen zu stärken, so daß er nicht einseitige Arbeit leistet, sondern eine Arbeit, die alle Möglichkeiten der Situation umfaßt. Das ist etwas langsamer und vielleicht etwas weniger dramatisch als das andere.

Die Regierung Seiner Majestät würde im Augenblick gern das große Werk tun, und das ist unser ständiges Ziel gewesen. Das weiß ich ganz gut. Seit Februar des Jahres haben wir hartnäckig an unserem Wunsche festgehalten, nicht nur einen Zustand der Abrüstung zu schaffen, sondern etwas Schwierigeres, einen Zustand des Willens zum Frieden. Ich möchte nicht an der Spitze einer Regierung stehen, die nur Dokumente zur Herabsetzung der Rüstungen unterzeichnet. Ich würde gern, und mein Freund, der Außenminister, wird sicherlich meine Ansicht teilen, wenn ich könnte an der Spitze einer Regierung stehen, die Europa und der Welt Frieden verschafft. Wir haben Amerika gegenüber ein großes Werk getan, das nie wieder ungeschehen zu machen sein wird. Dies Werk wurde mit Geduld getan. Wir waren nicht durch großes Pressegeschrei behindert, als wir es begannen. Wir durften es in Ruhe tun. Von Stufe zu Stufe entwickelte es sich, und dann kam das persönliche Zwischenspiel, die Begegnung miteinander. Und so glaube ich, daß jetzt etwas wie eine moralische Katastrophe erforderlich wäre, um Amerika

von unserem Lande zu trennen. Warum können wir dasselbe nicht mit Europa tun? Wir versuchen es . . .

Da ist noch ein anderer Punkt. Der Politiker oder Staatsmann, oder wie immer Sie ihn nennen wollen, — ich würde am liebsten sagen, der Mann, der zu dieser außerordentlich schwierigen Zeit mit der nationalen Verantwortung belastet ist — er möchte zweierlei: das Rechte tun in großen grundsätzlichen Angelegenheiten, aber dann nicht leicht dabei betrogen werden. Es ist ein Problem, über das ich nicht ganz schlüssig geworden bin. Ich möchte wohl wissen, ob es richtig ist, — und vielleicht könnte mir jemand dieses mein Problem aufklären — das auf dem Papier geschriebene Absolute zu tun und sich einer unvermeidlichen Gefahr gegenüber zu sehen — die unvermeidliche Zermalmung sein könnte — oder zu versuchen, das Praktische mit dem Ideal zu vereinigen? Es ist ein furchtbares Problem, und wenden Sie sich bitte nicht zu schnell an die Philosophen; denn die Welt soll ja nicht von dem Logiker und Philosophen geleitet werden, sondern von Männern und Frauen, deren menschlichen Ohren Gott gelegentlich menschliche Weisheit eingibt. Ich kann nicht mehr sagen. Deshalb hoffe ich, daß Sie uns immer wieder drängen, drängen, drängen werden, das große Werk zu tun, das ich tun möchte und das Sie von mir fordern. Ich würde auch gern hinsichtlich der Einzelheiten und Folgerungen etwas Gewißheit haben. Aber Details und Konsequenzen dürfen niemals die moralische Verpflichtung bis zu dem Punkte überschatten, an dem die moralische Verpflichtung aufhört, in uns gegenwärtig zu sein. Das ist das praktische Problem. Helfen Sie uns das große, gerechte, grundlegende und ewige Werk zu tun, das Sie Ihrer Überzeugung nach tun müssen; und wenn wir versagen, so halten Sie trotzdem zu uns, wie der christliche Geistliche geheißen ist, zu allen den irrenden Sündern zu halten, besonders zu denjenigen, die irren, ohne ihr Gewissen zu verletzen.

Der Erzbischof von Canterbury dankte dem Premierminister und dem Außenminister für ihre ermutigenden Worte.

Brief der Deutschen Vereinigung  
des Weltbundes an die Britische  
Vereinigung.

Berlin, den 30. Nov. 1932.

An die

Leitung der Britischen Vereinigung des  
Weltbundes für internationale Freund-  
schaftsarbeit der Kirchen,

Effingham House  
1, Arundel Street  
London W. C. 2.

Sehr geehrte Herren,

Eine Kundgebung, die weithin die deutsche Öffentlichkeit mitten in einem betäubenden Wahlkampf aufhorchen ließ und ein lebhaftes Interesse bei allen Menschen, die guten Willens sind, fand, war die freimütige Aussprache der britischen Kirchenführer vor dem britischen Ministerpräsidenten und Außenminister, von der die Zeitungen berichteten.

Der Arbeitsausschuß der Deutschen Vereinigung des Weltbundes hat nach einem Bericht des stellvertretenden Vorsitzenden über dies Ereignis von weittragender Bedeutung den Beschluß gefaßt, der Britischen Vereinigung des Weltbundes, die in hohem Maße an der Planung und Durchführung dieses Schrittes bei den maßgebenden Leitern der Politik in Großbritannien beteiligt erscheint, den aufrichtigen und herzlichen Dank der Deutschen Vereinigung zum Ausdruck zu bringen.

Wir sind einig mit Ihnen, daß die moralische Pflicht zur Abrüstung der am Versailler Vertrag beteiligten Mächte auf den Stand Deutschlands nicht fortgehend dem Spiel diplomatischer Künste und technischer Hemmungen ausgesetzt sein darf. Wir teilen Ihre tiefe Sorge um das drohende Mißlingen der Lausanner Konferenz. Aber wir lassen mit Ihnen auch die Hoffnung nicht fahren, daß Gott, der die Menschen lenkt wie Wasserbäche, den verantwortlichen Leitern unserer Staaten den Weg zu einem gerechten und ehrlichen Zusammenwirken zur Lösung dieser schwierigen Frage zeigen wird. —

Ich danke Ihnen persönlich für den freundlichen Brief von Herrn Fox an mich, in dem er einen Schritt der Deutschen Vereinigung bei der deutschen Regierung in Analogie zu dem der britischen Freunde anregt. Sein Vorschlag ist sehr bedeutungsvoll und wich-

tig. Weg und Ziel eines solchen Vorgehens werden, wie auch Herr Fox in seinem Schreiben andeutet, noch einiger Prüfungen bedürfen, da ja die Situation eines abgerüsteten Landes eine völlig andere ist als die der anderen am Versailler Vertrag beteiligten Mächte. Aber ich will gern in Erwägung ziehen, was ich in der im Briefe angedeuteten Richtung von unserer Seite aus tun kann.

In dankbarer Verbundenheit in unserem gemeinsamen Herrn, dem Friedefürsten,  
(gez.) D. Burghart,

Vorsitzender der Deutschen Vereinigung  
des Weltbundes für Freundschaftsarbeit  
der Kirchen.

\*

Der Bischof von Ripon über die  
Gleichberechtigungsfrage.

Der Bischof von Ripon, Dr. Burroughs, nahm heute als Vorsitzender der Diözesan-Konferenz in Leeds in einer Rede in bemerkenswerter Weise zu der Abrüstungsfrage und dem Anspruch Deutschlands auf Gleichberechtigung Stellung. Der Glaube, daß wir einem Krieg näher sind als je seit dem Waffenstillstand, so betonte er, ist heute weit verbreitet. Er kritisierte den Völkerbundsrat, „der zur Hauptbühne für die Rivalität der Siegermächte geworden sei“, anstatt ein Zusammenkunftsort zu sein, wo das Allgemeinwohl erörtert werden könne. In einer solchen Atmosphäre konnte natürlich die zarte Pflanze der Abrüstung nicht gedeihen und die Abrüstungskonferenz habe sich im Juli mit einer bloßen Formel vertagt, die wenig oder viel bedeuten könnte und im voraus entwertet wurde durch zwei Weigerungen, nämlich die Ablehnung des Hoovervorschlages und die Weigerung, offensive Waffen, wie Tanks und Bombenflugzeuge, aufzugeben, die eben darum, weil man sie als offensiv betrachtete, Deutschland im Jahre 1919 verboten worden waren. Dennoch hätten sich die Mächte, die Deutschland entwaffneten, 1919 verpflichtet, dies nur als einen ersten Schritt zur allgemeinen Abrüstung zu behandeln, und dieses Versprechen 1925 feierlich erneuert, als die Kriegsbeile in Locarno begraben wurden und Deutschland in den Völkerbund eintrat.



Ist es erstaunlich, rief der Bischof aus, wenn Deutschland, nachdem diese Versprechen im Jahre 1932 sich noch immer als ein Fetzen Papier erwiesen haben, teils unter dem Druck der inneren Politik öffentlich erklärte, daß es nicht zur Abrüstungskonferenz zurückkehren könnte, wenn sein Anspruch auf Gleichheit nicht anerkannt würde? Da die anderen Mächte nicht gewillt sind, auf sein Niveau abzurufen, obwohl sie sich dazu verpflichteten, müssen sie zumindest seine Gleichberechtigung anerkennen. Würde England unter denselben Umständen eine andere Haltung einnehmen? Das wirkliche Problem sei moralischer Art, und der Zweck seiner Rede sei, darauf hinzuweisen, daß die Krise, die der oberflächliche Beobachter auf eine plötzliche Wiedergeburt „deutscher Anmaßung“ zurückführe, tatsächlich die unvermeidliche Folge einer Politik sei, die grundlegend unmoralisch sowie wirtschaftlich katastrophal und politisch unklug sei.

Wenn wir genügend klar sehen und bescheiden genug sind, fuhr der Bischof fort, so werden wir der deutschen Regierung danken für eine augenscheinliche Hartnäckigkeit, die die Welt zu dem zurückbrachte, was noch immer das wahre Problem ist, wie im August 1914. Auf jeden Fall hat diese Hartnäckigkeit die Regierungen ernüchtert, und sie bewogen, der allgemeinen Abrüstung neue Aufmerksamkeit zuzuwenden.

\*

Rundschreiben zum Friedenssonntag  
in der Ephorie Wittenberg.

Apollensdorf, den 22. November 1932.

Sehr verehrter, lieber Herr Amtsbruder!

Christen sind „in der Welt, aber nicht von der Welt“, Ev. Joh. 17, V. 11 und 16. Muß sich dies nicht gerade desto heller bewähren, je dunkler die Zeiten sind? Müssen nicht gerade in diesen friedlosen Zeiten Christen für den Frieden beten, desto eifriger, je friedloser die Zeit? Müssen nicht, je weniger die Politiker über die Grenzen hin einander noch verstehen, Christen allerorten desto enger zum Gebet sich zusammenschließen „um den Frieden der ganzen Welt“?

Der naheende 2. Sonntag im Advent gibt hierzu besondere Gelegenheit. In vielen Ländern haben ernste Christen ihn ausgewählt,

um an ihm sich zu gemeinsamem Gebete um den Frieden zu vereinigen. Treten Sie samt Ihrer Gemeinde mit in diese Schar! Begehen Sie auch in Ihrer Gemeinde den 2. Advent als Friedenssonntag! Möglichst unter Mitwirkung der kirchlichen Körperschaften!

Die Verantwortung ist groß! Vielleicht sind die Zeiten, auch und gerade in der Christenheit, darum so friedlos, weil die Christen nicht genug um den Frieden beten?

Die Perikopen bieten manche Möglichkeiten hierzu:

a) Röm. 15, V. 4—13: bes. V. 5 (einerlei gesinnet nach Jesus Christus); sowie V. 10—12 (preiset Ihn, alle Völker).

b) 2. Petr. 1, V. 3—11: bes. V. 4 (die allergrößten Verheißungen, — nämlich für alle Welt); sowie V. 7 (in der brüderlichen Liebe die allgemeine Liebe).

c) Luc. 21, V. 25—36: bes. V. 34 (nicht beschweret mit Sorgen der Nahrung — denn aus diesen quillt viel Unfriede in der Welt); sowie V. 36 (zu entfliehen dem allen — an den Enddrangsalen soll der Christ also aktiv nicht beteiligt sein, er soll sich dem Wesen der Welt entziehen).

d) Luc. 17, V. 20—30: bes. V. 27—28 (sie aßen, sie tranken . . . — Christen sind berufen, etwas Besonderes zu tun, nicht träumend den gewohnten Weltlauf zu befolgen, denn sie wissen vom Ziel, sie sind Aufgestörte. „Tut um Gottes Willen etwas Tapferes!“ Das Tapferste ist jetzt das Gebet um den Frieden, gegen Augenschein und Stimmung der Welt).

e) Mal. 3, V. 19—24: bes. V. 24 (das Herz der Väter bekehren zu den Kindern und das Herz der Kinder zu ihren Vätern — die Auflösung des Haders in der Welt, zumal unter Hinweis auf die dringende Warnung am Schluß: daß ich nicht komme . . .).

Vielleicht ist es Ihnen möglich, die Sammlung eines kollektentfreien Gottesdienstes im Dezember (Heilig Abend oder Sylvester) dem „Weltbund für Freundschaftsarbeit der Kirchen“ zuzuführen. Anschrift: Deutsche Vereinigung des Weltbundes für Freundschaftsarbeit der Kirchen in Berlin O 17, Postscheck: Berlin 113779.

Mit amtsbrüderlichem Gruße

Ihr Karl Müller, Pfarrer,  
als Synodal-Obmann f. d. „Weltbund“.

Nachschrift: Die Adventzeit leidet mehr und mehr unter dem Andrang des kaufmännischen Weihnachtsgeschäftes. Nach meiner Erfahrung wirkt die Begehung des Friedenssonntages dieser Gefahr für den 2. Advent spürbar entgegen.

Wenn wir jenem verständlichen Andrang eine aktuelle Seite unserer evangelischen Botschaft gegenüberstellen, so horchen die Gemeinden auf. M.

\*

#### Friedenssonntag in Karlsruhe.

Der Bund religiöser Sozialisten in Karlsruhe veranstaltete wie immer am zweiten Adventsonntag einen Friedensgottesdienst, der von etwa 1500 Teilnehmern besucht wurde. Pfarrer Kappes leitete die Feier durch eine Liturgie ein, die die Friedensforderung des Alten und Neuen Testaments herausstellte. Der Arbeitergesangverein brachte die beiden Chöre „Opferlied“ von Beethoven und „Du fernes Land“ von Uthmann. Die Friedenspredigt hielt der französische Pfarrer Pierre Lestringant aus Arras über Joh. 14, 27.

Seine Predigt bot das, was man von seiten der heutigen Theologie so selten den Mut hat, klar auszusprechen: die Ablehnung jedes Krieges. Lestringant hat selbst den Krieg als einfacher Infanterist mitgemacht und ist schwer verwundet worden. Er berief sich darauf, daß der christliche Prediger nur eines zu verkündigen hat: die in Jesus Christus um des Heils aller Menschenseelen willen geoffenbarte Liebe Gottes. Mit dieser Botschaft bietet er die wunderbarste Gabe an, die Christus uns gibt: seinen Frieden. Dieser Friede ist kein Teilfriede, sondern der Grundstein aller menschlichen Friedensbestrebungen.

Wer seinen Lebensweg im Lichte dieser Tatsachen erforscht, entdeckt überall die Spur der tätigen Liebe Gottes und muß sein Leben und die Welt mit neuen Augen anschauen. Diese Erfahrung macht auch der „Feind“. Auch für ihn ist das Wort am Kreuz gesprochen: es ist vollbracht.

„Der Haß, die Verachtung, der systematische Mangel an Verständnis oder die bloße Trägheit, sich der Vorurteile zu entäußern, die gegen unsere Feinde im Umlauf sind — dies alles macht die Stellung des christ-

lichen Glaubens buchstäblich unhaltbar! Und der Krieg, der ist der Gipfel der Gewalttätigkeit! Seine physische Gewalttätigkeit ist hassenswert, weil sie von einer inneren Gewalttätigkeit erzeugt wird. Seine sichtbaren Zerstörungen sind teuflisch, weil sie die Folgen von geistigen Zerstörungen sind. Mit einem Wort: er ist sogar die Verneinung des Opfers, das Christus um des Heils aller Menschen willen erduldet hat! Der Christ, der in die Eigengesetzlichkeit des Krieges einwilligt, schließt sich vom Werke Jesu Christi aus!“ --

„Es ist klar, daß der Friede unter den Völkern ohne die Arbeit der Kompetenten und ohne die heiße Anstrengung der uneigennütigen Seelen gegen die Macht Mammons nicht erreicht werden kann, aber das rein Technische in der Organisation des Friedens kann zu einem abscheulichen Betrug für die Völker werden, wenn es sich nicht auf die wahrhaftigen Friedensbedingungen stützt, welche nur Gott im Herzen der Menschheit aufrichtet.“ So müssen wir im Gebet Gottes Gebote empfangen und als Mitarbeiter Gottes Satan überwinden.

So müssen wir uns weigern, dem Krieg irgendeinen Wert zuzuerkennen. „Der Krieg ist ein geistiger Skandal. Er ist eine Gewalttätigkeit des Menschen, ausgeübt gegen die menschliche Seele, um deretwillen Christus gestorben. Er beruht auf einer hochmütigen Lüge, die wagt, die Tatsache zu umgehen, daß Jesus Christus uns in sich wieder versöhnt hat. Der Krieg ist ein Aufruhr gegen die Absichten Gottes!“

Und dann geschah das Ergreifendste dieser Feier: der deutsche und der französische Pfarrer beteten gemeinsam in deutscher Sprache vor dem Altar die Litanei des Friedens und sprachen dann gemeinsam in deutscher und französischer Sprache das „Unser Vater“.

\*

#### Ein deutscher Student als Gast einer Kirche in Amerika.

Unter den vielen Gelegenheiten internationalen Gedankenaustausches, die die Zeit nach dem Kriege geschaffen hat, ist wohl die, von der ich hier zu berichten habe, besonders eigenartig und in ihrer Art wohl auch neuartig. Als in diesem Frühjahr Vertreter der sogenannten „Youth of New York



Presbytery“ (d. i. ein Zusammenschluß der älteren Jugend der Presbyterianischen Kirchen in New York) darüber berieten, was sie tun könnten, um ihre Jugend stärker an internationalen Fragen zu interessieren und ihnen die Notwendigkeit gegenseitigen Verstehens und gemeinsamen Arbeitens vor Augen zu führen, beschlossen sie, einen europäischen Studenten für zwei Monate einzuladen, der für freie Überfahrt und kostenlosen Aufenthalt den verschiedenen kirchlichen Jugendgruppen über sein Land erzählen sollte. Ihre Wahl fiel auf Deutschland, wohl nicht zufällig, da Deutschland ja doch irgendwie im Mittelpunkt des heutigen europäischen Problembereiches steht. Durch Vermittlung des „Weltbundes für Freundschaftsarbeit der Kirchen“ wurde dieser Plan bald in die Wirklichkeit umgesetzt, und durch die Freundlichkeit von Prof. Siegmund-Schultze sowie von Lic. Bonhoeffer wurde ich zu dieser Fahrt ausersehen. Ich kam am 2. September in New York an und wurde außerordentlich freundlich empfangen. Überhaupt war die Freundlichkeit und Gastfreundschaft, die mir überall in Kirche und Haus zuteil wurde, über alles Lob erhaben. Ich war Gast von etwa 15 Presbyterianischen Kirchen in New York und Brooklyn-Long Island, die mir durch ihre je nach soziologischer Struktur verschieden ausgeprägten „activities“ einen einigermaßen vielseitigen Einblick in das kirchliche Leben vermittelten. Meine Aufgabe bestand im wesentlichen darin, in der Sonntagsschule vor Jugend zwischen 14 und 18 und an abendlichen Zusammenkünften der Jugend zwischen 18 und 25 Jahren, manchmal auch vor Erwachsenen, über Deutschland zu sprechen, in erster Linie über unsere politische und wirtschaftliche Lage, im besonderen dann über unsere „Jugendbewegung“, worunter man dort im weiten Sinne das Fühlen der Jugend nach dem Kriege, auch in seiner politischen Form versteht. Ich versuchte, ihnen so eindringlich wie möglich die Existenznot gerade unserer Jugend und die bis in alle Schichten unserer Kultur und unseres Lebens fühlbare Krisis klar zu machen, und je mehr ich es versuchte, desto mehr empfand ich auch die Schwierigkeit. Der amerikanischen Jugend geht ein wirkliches politisches Interesse noch stark ab, und wenn sie auch die wirtschaft-

liche „depression“ seit einigen Jahren zu Genüge im eigenen Lande haben, so ist doch ihr ganzes Lebensgefühl noch ein weit mehr optimistisches und ungebrochenes als das unserer Jugend. Wenn unter so anderen Voraussetzungen ein wirkliches Verstehen unserer Situation kaum möglich war, auch nicht erwartet werden konnte, so habe ich doch andererseits in den meinen Erzählungen folgenden Fragen und besonders in Diskussionen mit Einzelnen starkes und warmes Interesse für Deutschland gespürt. Besonders eindrucksvoll war mir, daß ich überall Verständnis für unsere Forderung der Gleichberechtigung in den Abrüstungsverhandlungen fand, und daß mir mehrfach, hauptsächlich von Kirchenleuten, die in der Sozialistischen Partei mitarbeiten (die ja dort in erster Linie eine Partei der Intellektuellen ist) erklärt wurde, sie sähen die Voraussetzung für eine Neuordnung der europäischen Verhältnisse in einer grundlegenden Änderung des Versailler Vertrages.

Über meine Eindrücke vom kirchlich-religiösen Leben zu berichten, ist hier leider nicht der Raum. Es ist ja gar keine Frage, daß die Kirchen im öffentlichen Leben dort eine weit größere Rolle spielen als bei uns; mir fiel besonders das starke Heranziehen freiwilliger Kräfte für die kirchliche Arbeit auf. Was unsereinen allerdings eigenartig berührt, ist die bevorzugte und oft alles andere überragende Stellung, die das gesellschaftliche und sportliche Leben, besonders auch in aller religiösen Erziehung, einnimmt. Hier habe ich oft die Gelegenheit wahrgenommen, ihnen von unserer im allgemeinen doch stärker um die objektiven Tatsachen der Bibel und der christlichen Verkündigung kreisenden kirchlichen Erziehungsarbeit zu erzählen, auch von dem Ringen um ein neues Verständnis des Christentums in weiten Kreisen unserer Jugend, um ein Verständnis, das dem der Reformation jedenfalls näher ist als dem der Vorkriegszeit. Ob ich hier verstanden worden bin, weiß ich nicht; doch habe ich aus diesen Gesprächen das eine gelernt, wie wichtig und notwendig es ist, mit Angehörigen anderer Kirchen und Konfessionen ins Gespräch zu kommen, nicht etwa um die offenbar vorhandenen Klüfte künstlich, d. h. unter Absehen von der Bekenntnisfrage, zu überbrücken, sondern ein-

fach gefordert aus unserem Glauben an die eine Kirche Christi. Und wie wichtig ist zu diesem Ende das einfache, nüchterne Sich-Kennenlernen! Vielleicht mit dem Ergebnis, daß man um der Wahrheit des Evangeliums willen einen deutlichen Trennungsstrich ziehen muß. Aber andererseits behütet ein solches Kennenlernen vor Überschätzung des eigenen Christentums und bewahrt vor allzu leicht hingeworfenen Schlagworten wie „Amerikanismus“ usw.; ganz abgesehen davon, daß wir ja diese Art von „Amerikanismus“ auch in Deutschland haben und daß dieser um die letzten Grundlagen unseres Christentums gehende Kampf ebenso durch unsere eigenen Reihen geht.

Daß ich zu solchen Gesprächen Gelegenheit hatte und dabei trotz häufiger starker Differenzen in der Sache doch mich persönlich so gut mit meinen Gastgebern verstand, das war das größte Erlebnis dieser Reise. Und schon allein deswegen hat, wie ich glaube, ein solcher Plan wie dieser für beide Teile Gewinn. Ich möchte wünschen, daß diese mit echt amerikanischer Großzügigkeit durchgeführte Veranstaltung nicht die letzte dieser Art gewesen sein möge; vielleicht entschließen sich andere Kirchen Amerikas einmal zu einem ähnlichen Versuch; vielleicht wäre es auch einmal möglich, einen Austausch herbeizuführen, etwa zwischen einigen Berliner und New Yorker Gemeinden. In studentischen Kreisen ist das natürlich viel leichter möglich und ja auch schon weithin befolgt; dies aber wäre gedacht für die kirchlichen Jugendkreise. Ich habe auch drüben im allgemeinen mit Studenten nur insoweit zu tun gehabt, als sie Mitglieder oder Leiter von solchen Jugendgruppen waren. Jedenfalls glaube ich aus der Erfahrung dieser Wochen sagen zu dürfen, daß sich solch ein Plan entschieden lohnt; nicht nur wird der Blick für die Fragen anderer Völker geweitet und unsere gegenseitige wirtschaftliche und kulturelle Abhängigkeit und Pflicht zum Zusammenarbeiten ins Bewußtsein gebracht, sondern es wird auch die Verantwortung gestärkt für die in ihrem Wesen begründete ökumenische Aufgabe der christlichen Kirche.

Joachim Kanitz.

★

## Christentum und Frieden.

Aus einer Predigt des chinesischen Bischofs Song.

Lagen wie die jetzige geben uns eine ausgezeichnete Gelegenheit, unseren christlichen Glauben zu prüfen und zu bewähren. Den materiellen Kräften gegenübergestellt sollen wir beweisen, daß geistige und geistliche Kräfte mehr zu bedeuten haben. Es ist feig und vergeblich, die zu hassen, die wir Feinde heißen. Was wir brauchen, ist, Gottes Willen in dem, was vorgeht, zu suchen. Wenn wir glauben, daß Gott die menschliche Geschichte regiert, können wir glauben, daß er Völker als Werkzeuge gebraucht, die Welt zu lehren. Er gebrauchte Assur, Babel, Ägypten, um Israel notwendige Lektionen zu erteilen. Heute benützt er Japan zum selben Zweck. In unseren Gedanken von Gott müssen wir die Welt sehen, wie er sie sieht, nicht zerteilt in Juden und Griechen, Japaner und Chinesen usw., sondern alle als seine Kinder.

Von da aus können wir zwei Lektionen lernen, die er lehren will. Einmal mag er die Chinesische Regierung zur Buße leiten wollen und ihr Volk. Sünde und Selbstsucht sind viel zu tief eingegraben in unserem Volk, und wir brauchen Vergebung und Herzensänderung. Wenn unsere Regierung einsehen könnte, daß eine selbstische Politik und persönliche Ichsucht ihr selbst keinen Vorteil bringen und dem Volk Verderben, würden die Gewissen vielleicht berührt, und unsere Politiker bekämen vielleicht mehr Herz für eine Politik der Aufrichtung.

Zweitens, Gott mag den Völkerbund prüfen wollen. Er ist noch im Anfangsstadium, jung und schwach; und das ist bis jetzt die schwerste Frage, die ihm entgegentrat. Wir müssen geduldig sein, solange er sich den Weg zur Lösung derselben bahnt. Wenn es ihm gelingt, diese verwickelte Frage der chinesisch-japanischen Beziehungen zu lösen, wird er einen neuen Tag in der Geschichte der Welt heraufgeführt haben. Dann werden manche Gesichte der alten Seher wahr geworden sein.

Wenn nur wir Chinesen könnten nach Gottes Willen schauen statt nach Rache, nach Liebe statt Haß, nach Frieden statt Krieg, dann wäre der letzte Sieg auf unserer Seite, und wir würden mithelfen an der



Schaffung einer neuen öffentlichen Meinung, daß Recht Macht ist.

Wir Christen können am besten helfen, wenn wir uns uneingeschränkt Gott ergeben. Sobald wir aufgeregt werden, schelten und unser Schicksal beklagen, sind wir dem alten Weib gleich, das nichts anderes tun kann, um der Welt ihr Unglück zu sagen. Wir müssen uns weihen und zufrieden sein, wenn Gott jede kleine Gabe benützt, seien es auch nur fünf Brote und zwei Fische. Wenn nur jeder das Seine täte zum Bau des Reiches, so würden wir Fortschritt sehen. Man erzählt von einem kleinen Buben, der eine Kathedrale bauen half, indem er allemal sechs Backsteine in seinem kleinen Schubkarren herbeiführte. Laßt uns unsere Augen nicht auf die Kleinheit unserer Gaben heften, sondern auf die Größe von Gottes Macht. Dann kann er uns gebrauchen, um das Reich des Friedensfürsten heraufzuführen.

★

Zwei politische Gottesdienste der französischen Protestanten.

Am 11. Sept. 1932 fand ein Gottesdienst zur Erinnerung an den 1. Marnesieg statt, den das Konsistorium von Meaux organisiert hatte. Gleichzeitig wurde ein Denkmal, ein Geschenk der Vereinigten Staaten, eingeweiht. Der Präsident der Republik, der Ministerpräsident, zahlreiche Vertreter der Behörden und Vereinigungen der Stadt, des Konsistoriums, des Französisch-Amerikanischen Komitees waren anwesend. Der Dekan der Amerikanisch-Anglikanischen Kirche zu Paris betonte die Bedeutsamkeit dieser französisch-amerikanischen Begegnung. Er verglich den Pazifismus, wie er ihn verstehe, mit demjenigen derer, die die Sorge um einen Frieden um jeden Preis die Sorge um Gerechtigkeit und Wahrheit ein wenig zu sehr vergessen läßt.

Pastor Marc Boegner hielt die Festpredigt. Auch er erwähnte eingangs die hohe Bedeutung der Zusammenkunft zwischen Franzosen und den Delegierten Amerikas; er erinnerte an „das Wunder der Marne“ und rechtfertigte jenen Ausdruck mit einem Zitat des deutschen Generals Kluck, der zugegeben hatte, daß die Wiederaufrichtung der französischen Armee nach zehntägigem Rückzug jede Vorausschau über den Haufen warf. Pastor Marc Boegner pries die Tapferkeit der fran-

zösischen Soldaten und die Fähigkeit der Führer an der Marne, konnte aber nicht umhin, hier eine Tat des Gottes der Gerechtigkeit zu sehen, der schließlich doch immer das letzte Wort in der Führung der menschlichen Angelegenheiten haben werde und der sich der Helden der Marne bedient habe, um seine Absichten auszuführen.

Pastor Boegner wies auch hin auf die Gesinnung, in der die Sieger von 1914 gekämpft hätten, die den Kriegsgeist selbst vernichten wollten. Wenn dieser Kriegsgeist trotzdem noch in so beunruhigender Weise lebendig zu sein scheine, so liege es daran, daß das Menschenherz selbst sich seit dem Kriege nicht geändert habe. Nur der Geist des Evangeliums könne die Herzen wandeln und dadurch den Frieden festigen.

Am 11. November fand ein feierlicher Gottesdienst zur Erinnerung an den Waffenstillstand in Paris statt.

Pastor Henri Monnier leitete die Liturgie. Pastor Marc Boegner hielt die Predigt über 2. Kor. 19, 22: „Ist dies der Friede?“ — eine merkwürdig aktuelle Frage — 14 Jahre nach dem Waffenstillstand, angesichts der gegenwärtigen Schwierigkeiten und der Gefahren der Zukunft. Pastor Boegner unterstrich die Friedensaufgabe der Kirche, die allein den Krieg als Sünde erkenne.

★

„La Luce“ über Abrüstung und Friedensgeist

(13. Juli 1932, Jg. XXV, 28).

Beschränkung der Rüstungen bedeutet für die beteiligten Völker vor allem eine unvermeidliche Sparmaßnahme zur Vermeidung des Ruins. Sie könnte noch mehr bedeuten, und wir halten es nicht für ausgeschlossen, daß auch jetzt schon irgend ein idealer Grund vorhanden ist, der die Völker auf diesen Weg der Abrüstung drängt ...

Aber geben wir uns keinen Illusionen hin: solange man fortfährt, Nationalismen zu predigen, die nichts als Haß gegen andere Völker und Verherrlichung des erbarmungslosesten Egoismus sind; und solange man den Kultus der Gewalt und der rohen Kraft als das hervorragendste Mittel zum Erfolg anwendet; und solange Gottes Wille den Wohlfahrtsplänen der verschiedenen Länder fern bleibt, kann die Sache des Friedens keine wirklichen Fortschritte machen.

Man muß den Geist der Völker erneuern, indem man den Geist der einzelnen Bürger erneuert. Der Geist Christi — der einzige, der die Kraft hat, Menschen zu ändern — muß in den Geist der Bürger eindringen und ihn verwandeln ...

Das bedeutet, daß, wenn wir auch den Bemühungen um die Rüstungsbeschränkung und um eine für die Welt weniger verderbliche Wirtschaftsordnung von Herzen zustimmen, wir diesen Bemühungen einen idealen Wert nicht zuerkennen können, solange sie wesentlich auf wirtschaftlichen und nicht auf idealen Gründen beruhen. Die Aufgabe, die Herzen der Menschen zu bessern, kann nicht von den Wirtschaftsführern übernommen werden: den Christen kommt es zu, beharrlich die einzige Kraft, die den Geist der Menschheit erneuern kann, zur Wirkung zu bringen: das Evangelium Christi.

\*

## Aus verwandten Bewegungen.

Die Königsfelder Konferenz der Evangelisch-christlichen Einheit.

Die vorjährige Konferenz der „Evangelisch-christlichen Einheit“ fand vom 22. bis 27. September zu Königsfeld im Schwarzwald statt. Trotz der gespannten wirtschaftlichen und politischen Lage war die Beteiligung größer als je. Die Zahl der Teilnehmer betrug 221. Davon kamen auf die französische Seite 64. Eine erhebliche Zahl war aus dem nahen Elsaß gekommen. Die Gemeinde Königsfeld selbst war nicht nur im Gottesdienst am 25. September und bei den öffentlichen Versammlungen im Kirchensaal der Brüdergemeinde stark vertreten, auch bei den Verhandlungen bemerkte man Mitglieder der Brüdergemeinde, sonstige Bewohner und Kurgäste aus Königsfeld. Ihrer waren 84. Die Gastlichkeit der Brüdergemeinde war vorbildlich. Ihr ökumenischer Geist wehte durch die Zusammenkünfte.

Da die Herrnhuter Brüdergemeinde im Monat zuvor das 200. Jubiläum ihrer Missionsarbeit gefeiert hatte, so hatte auch die „Evangelisch-christliche Einheit“ die Heidenmission für diese Konferenz in den Mittelpunkt gestellt. Auf französischer Seite berichtete Direktor Allégret von der Pariser Missionsgesellschaft über die „gegenwärtige

Lage und die dringendsten Hauptprobleme der Pariser Missionsgesellschaft in der jetzigen Zeit“. Von deutscher Seite sprachen Professor D. Schlunk aus Tübingen und Dr. Walter Freytag aus Hamburg, die sich in der Darstellung der Lage und der Probleme der deutschen Missionsgesellschaften ergänzten. Auf diese Weise wurde es, den Absichten der „Evangelisch-christlichen Einheit“ gemäß, erreicht, daß die Deutschen einen Einblick in die mehr als hundertjährige Geschichte der Pariser Mission mit ihrem Glaubensgehorsam und Glaubensmut erhielten, während den Franzosen Gelegenheit gegeben wurde, von dem gerade in der Gegenwart besonders schweren, aber gesegneten Ringen der deutschen Missionsfreunde daheim und draußen zu hören. Zugleich zeigte sich, daß beide Zweige des evangelischen Missionswerkes mit denselben Gegnern, nicht nur dem bodenständigen Heidentum, sondern vor allem auch mit dem Säkularismus einerseits, der gerade in evangelisch besetzten Missionsgebieten sehr tätigen römisch-katholischen Mission andererseits, zu kämpfen haben. Ein öffentlicher Vortrag des Missionsdirektors Baudert aus Herrnhut gab ferner ein glaubenstärkendes Bild davon, wie Gottes Hand in der zweihundertjährigen Geschichte der Brüdergemeinde gewirkt hat.

Ebenfalls öffentlich war ein auf eingehendem Quellenstudium beruhender Vortrag von Dr. Walter Schmidt aus Herrnhut über „Die Brüdergemeinde in Frankreich“. Es war für die gegenwärtigen Aufgaben der „Evangelisch-christlichen Einheit“ stärkend, zu sehen, wie die Boten des Grafen von Zinzendorf bereits im 18. Jahrhundert der damals schwer bedrückten Hugenotten, der „Kirche der Wüste“, sich hilfreich angenommen haben.

Die praktische Missionsaufgabe, die der „Evangelisch-christlichen Einheit“ vor allem auf die Seele gelegt ist, ist die Seelsorge an den Fremdenlegionären, soweit sie deutsch und evangelisch sind. Solche wird auch von anderer Seite, so durch Bethel und den Reichsverband evangelischer Jungmännerbündnisse, durch Schriftenmission und Gabensendung von Deutschland her ausgeübt. Eine persönliche Seelsorge ist jedoch ohne ein Zusammenwirken deutscher



und französischer Protestanten nicht möglich. Ueber ihre Erfahrungen auf diesem Gebiete berichteten der frühere Fremdenlegionär Ernst Pfanschilling aus Wiesbaden und der französische Pfarrer Knatz aus Sfax in Tunis.

Der Jahresbericht des unermüdlichen Leiters der Vereinigung, D. Jules Rambaud, bewies, daß trotz der einer Zusammenarbeit von Deutschen und Franzosen ungünstigen Zeitströmungen der Gedanke der „Evangelisch-christlichen Einheit“ sich beiderseits der Grenzen immer neue Freunde erwirbt. Die Mitgliederzahl 1700 ist überschritten.

Weniger günstig ist die finanzielle Lage. Der französische Zweig hat seine Verpflichtungen erfüllt, wozu er allerdings durch eine einmalige größere Gabe in den Stand gesetzt wurde. Der deutsche Zweig hat ein Defizit von 2000 Mark. Auch die Kosten der Konferenz wurden trotz des guten Besuches leider nicht völlig gedeckt. Es fehlen noch 320 Mark. (Gaben für das Werk, sowie Spenden für die Fremdenlegionäre werden an Pastor D. Jules Rambaud in Bad-Gonzenheim, Taunusstr. 10, Postscheckkonto Köln 75125, erbeten.)

Den Höhepunkt der Tagung bildete der Gottesdienst am Sonntag, dem 25. September. Bischof D. Jensen predigte aus dem Geist der Wahrheit und der Liebe heraus im dichtbesetzten Kirchensaal über 1. Joh. 3, 14: „Wir wissen, daß wir aus dem Tode in das Leben gekommen sind; denn wir lieben die Brüder.“ Eine Abendmahlsfeier der Teilnehmer schloß sich an, bei der Bischof D. Jensen und Pastor Henry Babut aus Nevers Brot und Kelch austeilten.

Eine wichtige Frucht der Königsfelder Tagung ist ein ständiger deutsch-französischer Theologenausschuß, der bei der die gesamte Tagung einleitenden Theologenkonzferenz am 22. September gewählt wurde. Der Ausschuß besteht aus den Mitgliedern Professor D. Cordier (Gießen), Professor D. Clavier (Montpellier), Pfarrer Wolf (Wimmenau im Elsaß) und Pfarrer Lic. Wallau (Frankfurt a. M.). Vorsitzender ist Professor Clavier, Sekretär Lic. Wallau. Das Ziel ist gemeinsame theologische Arbeit, Professoren- und Studentenaustausch. Studentenaustausch wurde schon bisher geübt.

Die Konferenz bot bei einem gemein-

samen Ausflug in den Schwarzwald und sonst manche Gelegenheit zu persönlicher Aussprache, wobei die schwierigen politischen Fragen der Gegenwart naturgemäß eine wichtige Rolle spielten. Über dem Ganzen aber schwebte der verbindende Geist eines evangelischen Christentums, dem sowohl der greise Ehrenvorsitzende der Vereinigung, Missionsdirektor a. D. Bianqui, in einer Zuschrift, als auch sein Nachfolger im Vorsitz des französischen Zweiges, der selbst vor Verdun verwundete Comte de Monbrison, in einer warmen Ansprache Ausdruck verliehen. Von diesem Geiste werden wohl alle Teilnehmer der Konferenz einen Hauch verspürt haben. In diesem Geiste wird die „Evangelisch-christliche Einheit“ auch im 13. Jahre ihres Bestehens ihr stilles, aber gesegnetes Werk mit Gottes Hilfe weiterführen.

Franz Preger.

★

Die Reichstagung der „Freunde der Christlichen Welt“,

die im vergangenen Jahr (10. und 11. Oktober) im Osten stattfand, von Görlitz und seiner weiteren Umgebung schon lange ersehnt und darum herzlich willkommen heißen, war ganz von dem Problem beherrscht, das in dem Namen dieser Vereinigung steckt, und diente der Klärung der Frage, ob und wie weit es möglich ist, diese Welt in eine christliche Welt zu verwandeln. Und das geschah sowohl in dem weiten Universalismus, der in dem Wort „Welt“ liegt, wie auch in der straffen Konzentration, zu der das Wort „christlich“ zwingt. Prof. D. Weinelt-Jena ging dieser Frage nach in seinem Vortrag über „Die sogenannte Schöpfungsordnung in der modernen Sozialethik“, gab zunächst einen kurzen geschichtlichen Rückblick über die Lösungsversuche eines Fr. Naumann und Troeltsch, ging dann näher ein auf die modernen Bemühungen der dialektischen Theologie und starker politischer Strömungen, sogenannte Schöpfungsordnungen zu statuieren und zu sanktionieren, Volkstum, Rasse, Obrigkeit und dergl. religiös zu begründen und im scharfen Kampf gegen das vom Liberalismus betonte Recht der freien persönlichen Überzeugung und Entscheidung Gehorsam, ja „Hörigkeit“ gegenüber geschichtlich gewordenen Autoritäten zu fordern, und wies die Unmöglich-

keit nach, unter Berufung auf Urgeschichte, Bibel und Luther das Problem der Schöpfungsordnung zu lösen. Weinel wies auf drei Möglichkeiten der Stellungnahme hin, auf die konservativ-patriarchalische, die liberal-individualistische und die sozial-kollektivistische. Jede habe ihren Wahrheitskern und ihr relatives Recht, aber keine dürfe übersteigert oder verabsolutiert werden. Es gelte für uns, in dienender Liebe, in denkender Vernunft und in der Hingabe an die Erlösung in Christus an der rechten Gemeinschaftsgestaltung mitzuarbeiten. Die Diskussion wurde dadurch besonders lebendig, daß in ihr u. a. auch ein Vertreter der dialektischen Theologie und zwei Vertreter des religiösen Sozialismus das Wort nahmen und daß versucht wurde, die Begriffe „Schöpfungsordnung“, „Naturordnung“, „Gesellschaftsordnung“ und „Kulturordnung“ gegeneinander abzugrenzen. Gegenüber der Behauptung des Dialektikers, daß „Schöpfungsordnung“ nicht wissenschaftlich erkannt, sondern nur geglaubt werden könne, und daß sie nur da geglaubt werde, wo der Anruf Gottes als des gebietenden Herrn gehört und ihm gehorcht werde, betonte der Referent im Schlußwort, daß wir uns selbstverständlich Gott als unserm Herrn unterzuordnen haben, daß wir ihn aber auch zugleich als Vater der Liebe erleben dürfen und ihm im Handeln voll Liebe nacheifern sollen.

Auch der zweite Hauptredner der Tagung, Pfarrer Mensching-Petzen behandelte in seinem Vortrag „Das Erwachen der Farbigen und die Mission“ nichts anderes als das Problem, das uns in dem Wort „Christliche Welt“ aufgegeben ist, nur stellte er es in einen weltweiten Rahmen hinein. Auf Grund reicher persönlicher Erfahrungen in verschiedenen Erdteilen breitete der Redner ein erschütterndes Tatsachenmaterial vor den Hörern aus. An konkreten Beispielen erläuterte er die empörende Ungerechtigkeit, die sich die Weißen in der Bewertung, Entlohnung und Behandlung der Farbigen zuschulden kommen ließen, und die gefährlichen Folgen, die ihnen daraus erwuchsen. „Der Boomerang der Rassenverachtung, der einst von den Weißen ausgeschleudert wurde, fällt auf sie zurück.“ Anerkennenswert sei die Stellungnahme der Jerusalemer Kon-

ferenz von 1928 zur Rassenfrage, ebenso die der Quäker u. a. Aber das alles bedeute nicht viel gegenüber der Brutalität der von Machtpolitik und Geschäftsinteressen geleiteten Weltvölker. Nur von Christus her könne ein neuer Durchbruch und Aufbau erfolgen. In der sehr regen Aussprache, die von dem Direktor der Ostasienmission eingeleitet wurde, wurde betont, daß in den durch die Rassenfrage bedingten Nöten nur „die Botschaft“ helfen könne, daß sie eine Botschaft der Brüderlichkeit sei und darum Aussicht auf Erfolg habe, weil die Ehrfurcht vor Christus allen Völkern und Rassen gemeinsam sei. Zusammenfassend hob der Referent im Schlußwort hervor: Nicht Rassenhaß und Rassenmischung! Vielleicht Kontingentierung der Rassen auf besondere Erdteile, vor allem aber Durchchristlichung der Beziehungen der Rassen und Völker zu einander!

Der letzte Vortrag von Dr. Grabert über das Thema „Christliche Welt und nationalsozialistische Jugend“ führte von der Weltarena wieder auf heimischen Boden zurück. Selbst ein tätiges Glied der jungen Generation, schilderte der Redner anschaulich Entwicklung und Struktur der neuen deutschen Jugend, anerkannte ihren energischen Willen, auch unter Opfern ein neues Deutschland aufzubauen, hob aber auch die schweren Gefahren hervor, denen sie dadurch ausgesetzt sei, daß sie, verärgert und verbittert durch das Geschehene, sich radikal von allem Gestrigen (Liberalismus, Parlamentarismus usw.) abwende, sich in blinder Gefolgschaft Führern anvertraue, die ihr ein besseres Morgen versprechen, und darüber die Fähigkeit zu eigenem selbständigem Denken und verantwortlichem Handeln verlerne. In wilden Parteienhaß hineingetrieben, sei sie nicht mehr imstande, zu andern Volksgenossen das rechte Verhältnis zu finden. Das aber sei der einzige Weg zur Erneuerung unseres Volkstums. Auf Grund der Erfahrungen, die der Redner eben in einem Arbeitslager gesammelt hatte, sah er hier einen Weg, das gegenseitige Verstehen der jungen Volksgenossen zu fördern. So klang auch durch diesen letzten Vortrag und ebenso durch die Aussprache, die sich daran anschloß, das Generalthema der ganzen Tagung hindurch: „Was haben



wir zu tun, um unsere Welt in eine christliche Welt zu verwandeln?“ Diese Frage war auch der Grundton der Morgenandacht in der Peterskirche und der feinen eindrucksvollen Ansprachen über Christentum in seiner Beziehung zu Kultur, Schule und Presse, die von D. Mensing, Studiendirektor Schümer und D. Rade, dem jugendfrischen Leiter der Tagung, am geselligen Abend geboten wurden.

Carl Onnasch.

★

#### Zehn Friedensgebote von Flora Spiegelberg.

Die amerikanische Pazifistin Flora Spiegelberg, die seinerzeit in Neu-Mexiko ihre Arbeit begonnen hat und jetzt als 70jährige in New York eine Führerin der Friedensarbeit ist, hat bereits im Jahre 1919 zehn Friedensgebote veröffentlicht, die kürzlich wieder in der amerikanischen Friedensarbeit Beachtung gefunden haben. Sie zeigen, daß schon unmittelbar nach dem Krieg Menschen die spätere Entwicklung vorausgesehen haben und daß die Arbeit der Friedensgesellschaften nicht umsonst ist.

Flora Spiegelberg fordert ein Amendement der Verfassung, durch das in Zukunft alle Streitigkeiten durch Rechtsprechung und nicht durch Krieg entschieden werden. Ein Parlament der Menschheit, ein Bund der Nationen zur Ausreitung des Krieges soll errichtet werden. Zu diesem Zweck soll das Volk der Vereinigten Staaten die folgenden Forderungen stellen:

„1. Die Befugnis, Krieg zu erklären, soll den gewählten Volksvertretern und dem Präsidenten genommen werden. In Zukunft soll ein Krieg nur auf einen Volksentscheid hin erklärt, d. h. diejenigen angerufen werden, die die größten Opfer bringen und die Lasten des Krieges tragen. Sie und sie allein sollen berechtigt sein, für oder gegen den Krieg zu entscheiden.

„2. Kongreß und Präsident sollen der Befugnis enthoben werden, Truppen zwangsweise auszuheben. Auch diese überaus wichtige Frage soll durch einen Volksentscheid derjenigen, die die Lasten des Krieges zu tragen haben, entschieden werden. Dann erst sollen Geld und Gut des Landes und die Jugend des Landes zwangsweise herangezogen werden.

„3. Alles Kriegsmaterial, Ausrüstung wie Munition, soll, wenn möglich, nur von der Regierung oder, wenn das nicht möglich ist, unter Regierungskontrolle für den alleinigen Gebrauch und den alleinigen Schutz der Vereinigten Staaten hergestellt werden; unter keinerlei Umständen darf es jemals an irgendeine andere Regierung verkauft werden. Das ist von außerordentlicher Bedeutung; denn eine Beschränkung der Rüstungen wird niemals erreicht werden, wenn nicht der Herstellung von Munition und allem übrigen Kriegsmaterial die ungeheuren Profite entzogen werden. Der Bürgerkrieg in China, ebenso wie die Revolutionen in Mexiko, Mittel- und Südamerika werden aufhören, wenn die großen Profite aus der Munitionsfabrikation beseitigt werden.

„4. Die Vereinigten Staaten sollen weiterhin eine Freiwilligenarmee und -Flotte besitzen, groß genug, um gegen Invasionen zu sichern und ihre Kolonien und Interessen zu schützen. Soldaten und Matrosen sollen nicht gezwungen werden, außerhalb der Vereinigten Staaten Dienst zu tun, d. h. die Kolonien zu schützen, wenn sie sich nicht freiwillig zu solchem Dienste melden.

Die bittere Lektion, die Amerika lernen mußte, als es ihm im Weltkrieg, selbst nach so ungeheuren Verlusten an Blut und Geld, mißlang, die Welt reif für die Demokratie zu machen, sollte als immerwährendes Beispiel dienen; damit die Jugend unseres Landes niemals mehr geopfert, damit niemals wieder ein Tropfen Yankee-Blut auf fremdem Boden vergossen wird.

„5. Alle internationalen Verträge sollen, mit Propaganda für und wider, jeder Camouflage entblößt, veröffentlicht und alle Informationen darüber durch Rundfunk überall im Lande verbreitet werden, so daß das Volk über die tatsächliche Lage voll orientiert ist, die Verpflichtungen, die die Regierung auf sich zu nehmen bereit ist, würdigen und auch verstehen kann und reichlich Zeit hat, sie zu billigen oder sie zu verwerfen. Die Gefahren, die einem Konkurrenzwirtschaftskrieg oder der Annexion neuer Gebiete folgen könnten, sollen in breitesten Öffentlichkeit diskutiert werden. Dadurch würde dem Volke Gelegenheit gegeben, durch seine Vertreter im Kongreß Verträge anzunehmen oder zu verwerfen und so die unsterblichen

Worte unseres großen Lincoln wahrzumachen: „Eine Regierung von dem Volk, durch das Volk, für das Volk.“

„6. Die Regierung der Vereinigten Staaten sollte im Interesse von internationalem Frieden und gutem Willen gegenüber allen Nationen alle Fragen von internationaler Bedeutung in breitester Öffentlichkeit verhandeln und, um der Verbreitung falscher Propaganda zuvorzukommen, die wirklichen Tatsachen herausstellen — gleichgültig ob diejenigen, die an der Macht sind, ihren eigenen Ehrgeiz befriedigen oder ob große Industrie- und Bankunternehmen oder diejenigen, die die Presse beherrschen, Streit anfangen und die Gemüter der Menschen erhitzen wollen, um einen Grund zum Kriege zu finden.

„7. Durch ehrlichen und aufrichtigen Verkehr zwischen den Völkern wie zwischen Einzelpersonen sollte der Haß zwischen Rassen und Religionen ausgerottet werden, und ein wahres Nachbarschaftsempfinden zwischen allen Nationen sollte an Stelle von Feindseligkeit und Eifersucht treten und sich zu Bruderliebe zwischen den Völkern entwickeln. Dieser gute Wille würde ganz natürlich einen Geist sittlicher Verantwortung im Menschen erwecken, der ihn zwingen würde, gegen das Töten eines Mitmenschen, der ihm niemals einen Stein in den Weg gelegt hat, zu protestieren. Wenn dieses Bewußtsein erst einmal in einer Nation entwickelt ist, würde es stark genug sein, um aller Propaganda für die Herrlichkeit und die Vorteile des Krieges zu widerstehen, und würde fordern, daß die Regierung den Krieg ächte und das Recht an Stelle des Krieges setze.

„8. Wir müssen aufhören, den Krieg zu verherrlichen. Es gibt unzählige andere Wege, dem eigenen Lande zu dienen und ihm zur Größe zu verhelfen; z. B. dadurch, daß man ein Beispiel für Frieden und Glücklichkeit aufstellt, dem alle Menschen folgen würden; dadurch, daß man den Krieg mit all seinen Schrecken als ein verabscheuenswerthes Verbrechen hinstellt; und dadurch, daß man den Krieg all seiner militärischen Herrlichkeit und seines Heldentums beraubt. In diesem aufgeklärten Zeitalter ist es Barbarei, den Menschen zu zwingen, seinen Mitmenschen zu töten oder zu verstümmeln, um einen internationalen Streit, den er selbst nicht angezettelt hat, zu regeln.

„9. Frieden und guter Wille gegenüber allen Nationen sollten ständig gelehrt werden; die Schrecken, die Leiden und der Haß, die der Krieg verursacht, sollten der heranwachsenden Jugend in Familie, Schule und Universität so gründlich und wahrheitsgetreu dargestellt werden wie irgend ein anderes Wissensgebiet. Gleichzeitig sollten wir im Unterricht Friedensliebe, Bruderliebe zwischen den Völkern und die Segnungen verkünden, die sie allen Menschen bringen, im Gegensatz zu dem Elend, das der Krieg verursacht. Dies müssen wir so beharrlich lehren wie Religionsgeschichte oder die zehn Gebote und der Jugend, den zukünftigen Staatsbürgern, die Schrecken des Blutvergießens einhämmern, wenn doch der Krieg durch Recht geregelt werden kann. Wir müssen den Frieden pflegen, bis er ein wesentlicher Charakterzug des Menschen wird und bis unser Denken durch ständige Übung auf den Frieden gestimmt ist. Daher sollte es heilige Pflicht der Geistlichen jeder Denomination sein, nur Frieden und guten Willen gegenüber allen Nationen zu predigen, und die Kirchen sollten durch ihre Missionare in jedem Lande diesen Geist brüderlicher Liebe verbreiten.

„10. Durch beharrliche Propaganda sollten wir die Völker der zivilisierten Welt zu den großen Vorteilen des Friedens erziehen, ihr sittliches und religiöses Bewußtsein wecken, um der Brutalität des Krieges entgegenzuwirken und das Recht an Stelle des Krieges zu setzen. In jeder Schule und jeder Universität sollten wir das Studium des internationalen Friedens zu einem notwendigen und wichtigen Wissenszweig machen. Wir sollten Preise und Stipendien für Aufsätze über den Weltfrieden stiften und Austauschprofessuren einrichten, damit in allen Ländern Vorlesungen gehalten werden über die neuen Ideale eines Weltfriedens durch Erziehung, der den Krieg durch Recht ersetzen will.“

Wenn die Vereinigten Staaten die oben genannten Grundsätze anerkennen wollten, würden andere Völker ihrem Beispiel folgen. Flora Spiegelberg hofft auf eine Magna Charta, bedeutsamer als die von 1215, durch die alle Nationen sich auf den Frieden verpflichten.



## Bücherbesprechungen.

Vom unbekannten Gott. Von Adolf Keller. Verlag Leopold Klotz, Gotha, 1933. Preis 4.— RM., in Leinen 4.80 RM.

Nur zu oft wendet sich der moderne Mensch enttäuscht von religiöser Literatur ab, weil sie in einer längst veralteten Sprache geschrieben ist. Da ist dies neue Buch von Adolf Keller geradezu eine Tat. Wenige Theologen finden so spielend den rechten vertraulichen Ton wie er. Sicherlich hilft ihm dabei seine künstlerische Begabung. Packend und lebendig werden da Gespräche eines Fabrikbesitzers mit seinen Arbeitern herausgestellt. Manchmal, so bei dem Grundgespräch über die Gruppenbewegung, weiß er eine Anzahl von Spielern auf der Bühne zu sammeln, zu der dann das Buch wird. Und in den Zwiegesprächen: „Seele und Teufel, Seele und Gott“ haben diese Dialoge geradezu dramatische Wucht. Trotz dieser Verwobenheit im Künstlerischen, die das Buch so anziehend macht, bleibt es nirgends im Vorletzten stecken. Überall wird der Leser durch Sinndeutung vom Evangelium her wie mit einer starken Hand durch unsere notvolle Gegenwart geführt, und das Finale: „Komm, Schöpfer Geist“ ist für das Chaos von heute sicherlich das notwendigste Gebet.

Hans Mühle.

Adolf Schlatter, Der Brief des Jakobus. Calwer Vereinsbuchhandlung, Stuttgart 1932, 304 S., geb. 14.— RM.

Es ist überaus dankenswert, daß Professor Schlatter aus dem reichen Schatz seiner Lebensarbeit uns nun auch noch einen Kommentar zum Brief des Jakobus geschenkt hat. Gerade dieser Brief, wenn er auch in neuerer Zeit als Zeuge für das „soziale Evangelium“ größere Schätzung gewonnen hat, ist doch bei denen, die von Paulus und Luther herkommen, nicht immer hoch eingeschätzt worden. Und nun lernen wir ihn kennen als wichtiges Glied der neutestamentlichen Verkündigung, als das Zeugnis eines Mannes, der am längsten von den Urzeugen und Bekennern Jesu Christi auf dem immer heißer werdenden Boden Jerusalems als Leiter der christlichen Gemeinde ausgehalten hat. Wie dieses Zeugnis, in dem, was es sagte, und in dem, was es verschweigen mußte, aussah, und zwar in einer Zeit, in der Evangelisation im eigentlichen Sinn nicht mehr möglich war, weil Rabbinat und Volk von Jerusalem sich gegen den Messias Jesus entschieden hatte, und wo nur noch Geduld und Glaube der

Heiligen Zeugnis ablegen konnte, das gerade zeigt der Jakobusbrief. „Und doch konnte sich auch mit dieser Beschränkung des Worts immer noch ein Hoffen verbinden, das dem Wort evangelisierende Kraft zutraute. Wenn der Jude wahrnimmt, was christliche Frömmigkeit ist, wie sich der Christ zum Gesetz Gottes verhält, wie er den Gegensatz zwischen den Armen und den Reichen überwindet, wie er betet und wie er glaubt und was die von oben kommende Weisheit aus ihm macht, so hat auch dies eine zu Jesus berufende Kraft.“

Nach einer bedeutsamen Vorbemerkung behandelt Schlatter auf etwa 70 Seiten Fragen wie die folgenden: Gemeinschaft des Jakobus mit Matthäus, Verhältnis des Jakobus zum Rabbinat, Gemeinschaft des Jakobus mit Paulus, Gemeinsamkeit zwischen dem Brief des Jakobus und dem ersten Brief des Petrus, Verbundenheit des Jakobus mit Johannes. Auf ein Kapitel über die sprachlichen Merkmale des Briefes folgt dann die eigentliche Auslegung des Jakobusbriefes auf etwa 200 Seiten unter reicher Heranziehung und Beleuchtung zeitgenössischer jüdischer und sonstiger Literatur. Am Schluß wird dann noch eine Zusammenstellung des Wortschatzes des Jakobus gegeben. Zum vollen Verständnis gerade der zuletzt genannten Seiten des Buches gehört allerdings Kenntnis des Griechischen und Hebräischen. Aber dadurch brauchen sich Leser, die solche nicht haben, nicht abschrecken zu lassen. Auch sie werden reiche Belehrung finden.

Zum Schluß seien noch die Worte, mit denen Schlatter sein Buch beginnt, hierher gesetzt: „Was Jakobus sagt, steht weit über dem, was bisher befestigter und wirksamer Besitz unserer Kirchen, auch unserer evangelischen, geworden ist. Sie haben sich dadurch ernsthaft geschädigt, daß sie Jakobus nur ganz oberflächlich Gehör gewährten. Den Beleg für dieses Urteil gibt der Brief von seinem ersten Wort an, in dem der Jubel der von keiner Versuchung erschütterten Gemeinde hörbar wird, bis zu seinem letzten, das der Kirche das Vermögen zuschreibt, die in Schauspielerlei und Phantasterei Verirrten zur Wahrheit zurückzuführen.“

Theophil Mann.

Martin Luther, Ausgewählte Werke, Calwer Ausgabe. Bd. II, Der Bahnbrecher christlicher Lebensordnung, Schriften zum Aufbau evangelischer

Sittlichkeit. Calwer Vereinsbuchhandlung, Stuttgart, geb. RM. 5.—. Band V, Der Doktor der Heiligen Schrift, II. Teil, Schriften zur Auslegung neutestamentlicher Stücke. Ebenda, geb. RM. 5.—.

Auf diese neue Luther-Ausgabe wurde hier schon beim Erscheinen des I. Bandes vor etwa zwei Jahren hingewiesen. Nun liegen zwei neue Bände vor und damit die Hälfte der in Aussicht genommenen Bände. Es sind hübsche, handliche Leinen-Bände mit gutem Papier und deutlichem Druck von etwas mehr als 400 Seiten Umfang. Die besondere Eigenart dieser Ausgabe ist die Übertragung lateinischer und deutscher Werke Luthers von bleibender Bedeutung in gutes, allgemein verständliches Neuhochdeutsch. Der Bericht-erstatter hat längere Stücke aus den neuen Bänden im Unterricht und in der Bibelstunde vorgelesen, die ohne weiteres von den Hörern gut verstanden worden sind. Und man darf dem für die sprachliche Gestaltung verantwortlichen Mitarbeiter herzlich für seine Mitarbeit danken. Durch den gelegentlich erhobenen Einwand, daß da und dort ein luthersches Wort hätte wohl beibehalten werden dürfen, braucht er sich nicht irremachen zu lassen. Hier kann jedermann heute Luther hören und verstehen, zumal da gute Einführungen, Vorbemerkungen, Nachbemerkungen und Fußnoten zu sachlichem Verständnis mithelfen. Besonders sei darauf hingewiesen, daß Bd. V die wertvollen Vorreden zum Neuen Testament von 1522 und den Galater-Kommentar von 1519 enthält. — Die Luther-Freunde im Ausland werden diese neudeutsche Ausgabe besonders begrüßen. Theophil Mann.

Ermatinger Tagebuch. Stimmen zur Gruppenbewegung. August 1932. 90 Seiten. 1.60 RM. Verlag Leopold Klotz, Gotha.

In der letzten Nummer der „Eiche“ hat Pfarrer Oehler-Heinrichsbad einen Bericht über die House-Party gegeben, aus der die 32 Berichte des Tagebuches erwachsen sind. Menschen der verschiedensten Lebensalter und Stände legen Zeugnis ab von der Wirkung des Geistes Gottes in jener Gemeinschaft, die sich in Ermatingen zusammengefunden hatte. Man hat von dieser „Gruppenbewegung“ gesagt, sie sei die Heilsarmee für Gebildete. Wenn das zutrifft, dann ist diese Erweckungsbewegung auch all den Gefahren ausgesetzt, die solchem Sünden-Bekennen, der einmaligen Wirkung einer bestimmten Atmosphäre, dem Fehlen einer Gemeinde, in der man täglich lebt und jenes

Bekehrungserlebnis bewährt, vielleicht auch vor Einseitigkeit und Übersteigerung bewahrt wird, folgen. Die innere Wärme der Berichte und der ganze Ernst des Gesagten lassen hoffen, daß diese nun schon in verschiedenen Ländern im Aufkommen begriffene Bewegung ihre Wirkung tut dort, wo ihre Mitglieder in ihrem Berufe stehen, hoffentlich aber nicht als Konventikel mit dem so leicht sich zeigenden Pharisäertum, das alles Wertvolle und Christushafte sofort im Keime wieder erstickt. R. Jordan.

Religion der Wirklichkeit. Von S. M. Shoemaker jr. Übersetzung. 96 Seiten. 1.20 RM. Verlag Leopold Klotz, Gotha.

Das Buch ist von einem Mitarbeiter Buchmans, des Begründers der Oxforder Bewegung, verfaßt und stellt eine praktische Theologie dar, der man sofort in der Tiefenerfassung und Darstellung der Probleme den angelsächsischen Ursprung anmerkt. Wenn etwas, so hat uns die dialektische Theologie gelehrt, die religiösen Probleme in einer ganz anderen Tiefe und Schärfe zu erfassen, als das bisher weithin geschehen ist. Der Verfasser tut das nicht, sondern behandelt die Fragen mit einer Leichtigkeit und Unbeschwertheit, die uns Deutschen nicht liegt. Er sieht die Fragen zu sehr nur vom Menschen, von seinem Können und Vermögen und zu wenig von Gott und seinem Wirken her. Bei dieser Art der Darstellung bleibt darum der deutsche Leser auch unbefriedigt, weil die verwandten Begriffe nicht tief genug erfaßt und nicht eindeutig genug geklärt sind. Vielleicht hängt das aber auch mit dem Charakter der Bewegung als einer eben noch sehr jungen Erneuerungsbewegung des religiösen Menschen zusammen, die erst allmählich in die Tiefe der Probleme hineinwachsen muß, wenn die Wirklichkeit des Alltages zeigt, daß die Erneuerung des modernen Menschen aus der Weltverflochtenheit sich sehr viel schwerer gestaltet und gestalten läßt, als das anfänglich schien.

R. Jordan.

Christus in der Bannmeile. Berichte über das kirchliche Leben in der Arbeiterbevölkerung der Bannmeile von Paris von P. Lhande S. J. (Benziger, Einsiedeln).

In der zeitlichen Distanz zu diesem 1927 erstmals erschienenen Buche erklärt sich heute das beinahe sensationelle Interesse, das es erregte, nur zum Teil aus der m. W. hier zum erstenmal einem großen Publikum bekanntgegebenen kirchlichen und sozialen Not und Verwahrlosung in den Proletarier-



vierteln der Peripherie von Paris. Dazu beschreibt der geistliche Verfasser (auf Grund einhalbjähriger Ermittlungen) bei aller Eindrücklichkeit doch zu summarisch, verteilt Licht und Schatten doch zu effektiv und bemüht sich zu offensichtlich, in der Schilderung des Milieus der „Lumpensammler“ dauernd das Schreckgespenst einer kommunistischen Revolution an die Wand zu malen. Doch ist dies alles nur Folie für eine hinreißende Schilderung des Wirkens der Katholischen Kirche und ihrer Funktionäre in der Bannmeile. Dies Buch ist das Hohelied auf die Selbstverleugnung, Ausdauer und Aktivität der Priester und Laien der katholischen Caritas, die auf einem für Kultur und Kirche verlorenen Boden sich erstaunliche Erfolge erzwingen. Auf dem schwersten Platz zeigt sich die Kirche auf der Höhe der Zeit mit Fürsorge- und Vereinstätigkeit, mit Presse und Liturgie, über allem mit dem Einsatz opfermutiger Menschenherzen. Ein imponierender strategischer Plan wird hier entrollt: über die düstere Zwangsläufigkeit, mit der Menschen-Wüste entsteht, triumphiert die heilige Unerbittlichkeit unbedingter Menschenliebe. Ist diese meisterhaft geschilderte Strategie eine bewundernswerte Verwirklichung der katholischen Aktion in der Großstadt? Oder ist sie die Konzeption des propagandistisch äußerst talentierten Verfassers? Die Fülle des Lichtes blendet neben so viel Finsternis.

Gerhard Spinner.

Robert Garric: *Belleville. Scènes de la vie populaire* (Paris, Grasset).

Ein wahres Settlementsbuch! Ein Arbeiterviertel im Pariser Osten: Lärm, Glanz und Dunkelheit seiner Straßen, Lachen und Weinen in seinen Wohnungen, Arbeit und Elend, Zeitvertreib und Sehnsucht seiner Menschen, der Pulsschlag seines Herzens wird analysiert — wenn dies Wort auf eine Schilderung passte, die nicht nur von Sachkenntnis, sondern von liebevollstem Verständnis getragen ist. Nicht umsonst wird in den einleitenden Kapiteln das große Zeiterlebnis wachgerufen: die Kameradschaft des Schützengrabens, die den Intellektuellen den Proletarierbruder finden ließ. Das Buch verkündet auch in seinen düstersten Schilderungen: der Mensch ist gut. Ausgezeichnet wird der Proletarier charakterisiert, ausgezeichnet ist die indirekte Methode solcher Schilderung: die formende Umwelt wird anschaulich beschrieben, die Lebensatmosphäre hingezaubert, um uns die Menschen lebendig und begreiflich zu machen. Es fehlt nicht an einer Fülle treffender Beobach-

tungen, so z. B. wenn als Grund des öfteren Nicht-Verstehens zwischen Arbeiter und Gebildetem aufgezeigt wird, daß der eine vernunftgemäß argumentiert, während der andere, unter dem Druck der Lebensnotwendigkeiten, aus dem Konkreten heraus denkt, womit zwei verschiedene Denkwelten geschaffen werden. Wenn dies menschlich optimistische Buch unseres Ermessens den Druck und die Schärfe bestehender Verhältnisse doch in manchem übersieht und schließlich in seiner klassenversöhnenden Tendenz das Christentum allzu einfach als heimliche Sehnsucht von „Belleville“ interpretiert, so ist dies die Kehrseite vieler Vorzüge. — Eine vorbildliche Settlementsarbeit auch insofern, als sie uns zeigt, daß der fruchtbare Weg konkreter Schilderung aus der Nähe in die Weite, aus der lokal begrenzten Nachbarschaft bis zu den ewigen Problemen der Menschheit führt.

Gerhard Spinner.

Das werklose Heer. Arbeitslosenschicksale. Ein Spiel aus der Wirklichkeit in neun Bildern. Von Hans Mühle. Ed. Bloch Theaterverlag, Berlin C 2.

Hans Mühle, der Leiter des Volkshochschulheims Ulmenhof, hat hier zusammen mit den Arbeitslosen, die seit Jahresfrist als Volkshochschüler den Ulmenhof bevölkern, ein Bild der Arbeitslosigkeit geschaffen, das als wirklichkeitsgetreu und mehr noch als wahr bezeichnet werden kann. Mühle hat durch sein Miterleben von Arbeitslosenschicksalen die innere Not dieses seelischen Geschehens erfaßt. Die erste Aufführung fand statt, als das Spiel erst im Entstehen begriffen war: Die arbeitslosen Volkshochschüler spielten sich selbst und fanden neue Szenen zusammen mit ihrem Leiter, der das in Worte faßte, was alle erlebten. Die im Ulmenhof der Sozialen Arbeitsgemeinschaft stattgefundene erste Aufführung hat wohl auf alle Teilnehmer den tiefsten Eindruck ausgeübt. Aber auch die von der amerikanischen Kolonie im Hotel Esplanade veranstaltete Wiederholung der Aufführung bedeutete etwas, indem sie dem Berliner Westen, und zwar vielen Menschen zum ersten Male, die eigentliche Not vor Augen stellte. Aus diesen ersten Aufführungen ist dann das Büchlein selbst erwachsen, das nun als Bühnenspiel allen Theatern zur Verfügung gestellt ist. In diesem gedruckten Werk ist der Zusammenhang des Ganzen noch straffer als in den ersten Aufführungen. Auch sind gewisse Sentimentalitäten ausgemerzt, die dem Berliner Milieu entstammt sein mögen. Bemerkenswert ist, daß alle die Stellen,

gegen die sich sonst der Vorwurf des Arbeitslosen richtet, Fabrik, Arbeitsamt, Wohlfahrtsamt usw., nicht mit den Augen des Hasses gesehen sind, sondern in ihrer notwendigen Funktion dargestellt werden. Um so eindrücklicher ist das Gesamtergebnis: In dieser Welt der Wirtschaftskrisis ist die Arbeitslosigkeit eine gemeinsame Schuld aller, in der diejenigen, die darunter am schwersten zu leiden haben, stellvertretend für alle leiden. Der Ruf, der deshalb im letzten Bilde von den Arbeitslosen ausgestoßen wird: „Gebt uns Arbeit, Arbeit, Arbeit!“

Ausländer haben uns so oft gefragt, inwiefern sich die deutsche Arbeitslosigkeit, die nun schon so lange andauert, von der Arbeitslosigkeit in anderen Ländern unterscheidet. Diese Schrift, von der zur Zeit auch dänische, englische und holländische Übersetzungen vorbereitet werden, könnte die Antwort auf solche Fragen geben.

F. S.-S.

Die evangelische Mission in Fern- und Südost-Asien, Australien, Amerika. Von Prof. D. Julius Richter. Druck und Verlag von C. Bertelsmann in Gütersloh 1932. XII und 488 S. 16.— RM.

Das Erscheinen des letzten Bandes von Julius Richters Allgemeiner Evangelischer Missionsgeschichte gibt mir Anlaß, auf dieses große Werk hinzuweisen, obwohl das im Rahmen einer Buchbesprechung der Eiche nur in ganz inadäquater Form geschehen kann. Es kann sich nur um eine Anzeige handeln, die hauptsächlich den ausländischen Lesern der „Eiche“ gewidmet ist.

Vor zwei Jahrzehnten erschien der erste Band dieser Sammlung, der die Indische Missionsgeschichte brachte. Der zweite Band enthielt Mission und Evangelisation im Orient. Der dritte Band, der vor zehn Jahren erschien, gab die Geschichte der evangelischen Mission in Afrika. Der vierte Band schilderte das Werden der christlichen Kirche in China. Ein erster Teil des fünften Bandes, der vor einem Jahr erschien, beschränkte sich auf Niederländisch-Indien. Jetzt folgt in dem größeren Halbband die Missionsgeschichte von Japan (mit Korea und Formosa), Hinterindien und Philippinen, Ozeanien und Australien, Latein-Amerika und Anglo-Amerika. Diese großen Gebiete haben mehr zusammengedrängt werden müssen, als dem Verfasser und vor allem den Lesern lieb ist. Aber die Not der Zeit verlangte eine kürzere Darstellung. Auch sind drei weitere Hefte, die ursprünglich noch erscheinen sollten,

zurückgestellt worden: die Judenmission, die Geschichte der deutschen evangelischen Heidenmission und die Darstellung des heimatlichen Missionslebens. Hoffen wir, daß diese drei Stücke doch noch in irgendeiner Form erscheinen.

Da es nicht angängig ist, hier auf Einzelheiten einzugehen, sei nur zum Charakter und Stil dieser Geschichte gesagt, daß sie sich nicht wie ein gelehrtes Buch, sondern wie eine spannende Geschichts-Darstellung liest. Man merkt zwar, welche Quellenstudien und mühsamen Forschungsarbeiten hinter dieser Darstellung liegen; das aber, was vor Augen ist, gibt nur den Eindruck eines völlig beherrschten Stoffes und einer Auseinandersetzung mit den großen Problemen der Geschichte, der Wirtschaft, der Weltanschauung und der Religion. Bei dieser Darstellung überschreitet die Missionsgeschichte oft ihre engsten Grenzen. Zu unserer Freude wird vielfach entgegen dem Titel auch die Geschichte der katholischen Mission gestreift, so z. B. bei der Darstellung der Anfänge der Mission in Japan und bei dem heutigen Ausblick, ebenso bei der Darstellung der Schwierigkeiten der Mission in Hinterindien und Ozeanien. Wir bedauern nur, daß andere Teile der Missionsgeschichte so kurz haben behandelt werden müssen; insbesondere hätten wir für die Missionsgeschichte der Vereinigten Staaten eine ausführlichere Schilderung gewünscht.

In einer Zeit, in der Gelehrte nur noch selten imstande sind, ein so gewaltiges Werk durchzuführen, und in der vollends Berliner Gelehrte ihre diesbezüglichen Pläne meist aufgeben müssen, weil Berlin nicht der Boden für gelehrte Arbeiten ist, beglückwünschen wir Julius Richter zu der Vollendung dieses großen Werkes, das ihm gelungen ist, obwohl er sich der praktischen ökumenischen Arbeit nie entzogen hat, sondern in immer steigendem Maße seinen Einfluß und seine Hilfe dem internationalen Zusammenschluß der Missionsarbeit, dem Weltbund für Freundschaftsarbeit der Kirchen und anderen ökumenischen Arbeiten gewährt hat. F. S.-S.

Die russische Gottlosenbewegung. Eine authentische Darstellung mit reichem, in Deutschland erstmalig veröffentlichtem Bildmaterial. Von Dr. Adolf Ziegler. Verlag Jos. Kösel & Friedr. Pustet. München.

Dem römisch-katholischen Verfasser ist es darum zu tun, den gegenwärtigen Stand der russischen Gottlosenbewegung zu schildern. Dadurch aber, daß er die Reformation als die wichtigste Grundlage der heutigen Gottlosenbewegung hinstellt und zwischen Atheis-



mus und Materialismus einordnet, schränkt er den Gebrauch des Buches auf römisch-katholische bzw. fanatisch-katholische Kreise ein. F. S.-S.

Friedrich Zimmer, ein deutscher Volkserzieher. Von Wilhelm Stölten. 1933. Verlagsabteilung des Mathilde Zimmer-Hauses, Berlin-Zehlendorf. 275 S. In Leinen 2.80 RM.

Das Leben des Gründers des Evangelischen Diakonievereins wird hier dargestellt. Friedrich Zimmer hat als Pädagoge Anregungen gegeben, die über den Kreis Deutschlands hinausgegangen sind, vor allem auf dem Gebiete der Fürsorgeerziehung von Mädchen, der Vorbereitung für die Arbeit in Kindergärten und für den Gesamtgedanken der Volksgesundung durch Erziehung. F. S.-S.

Julie Schlosser: Die unbekannten Brüder. Das ethische Problem: Mensch und Kreatur. Furche-Verlag, Berlin. Preis geh. 4.80 RM., in Ganzleinen 5.80 RM.

Jahrtausende haben wir Menschen mit unseren unbekannten Brüdern, den Tieren, zusammengelebt, hier und da sahen wir die grausige Schuld, die unser Mensch- und Herrsein für die Kreatur bedeutet, aber zumeist blieben die Tiere Sachen und wurden als Brüder nicht erkannt. Da versucht Julie Schlosser, eine bessere und weitere Ethik zu bringen, indem sie Mensch und Kreatur in einen ganz neuen Zusammenhang stellt. Die hinreißende Liebe zum Tier gibt ihr den neuen, schöpferischen Blick. Sie sieht die Tierwelt genau so als heiliges Leben wie die Menschenwelt und ruft in ihrem ungemein packenden Buche auf jeder Seite den Menschenbruder in uns auf zur Ehrfurcht gegenüber dem Leben des Tierbruders. Mit erstaunlicher Meisterschaft überträgt Julie Schlosser hierbei Grundgedanken Albert Schweitzers auf alle Bezirke, in denen der Mensch über das Tier herrscht und an ihm sündigt. Dieser starke Grundakkord des Buches: „Ehrfurcht vor dem Leben“ hat so wuchtige, uns zur Tat aufrufende Töne, wie

wir sie bei den leicht ins Sentimentale „abglitschenden Tierschutzvereinsgeschichten“ so oft herbeiwünschten. Ob wir durch die Hölle amerikanischer Schlachthöfe geführt werden oder die entsetzlichen Qualen der in den Vivisektionen hingepförmten Tierkörper mit durchleiden müssen, immer wird von der Verfasserin die Realität gesehen, und gerade darum wird der grundechte Klang des Buches mit uns hinaus ins Leben gehen. So hilft dies Buch, unsere unerkannten Brüder zu ahnen und vielleicht hier und da als Brüder zu erkennen. Hans Mühle.

Meyers Kleines Lexikon. Achte, gänzlich neu bearbeitete Auflage 1931/32. 3 Bände und 1 Atlas-Band. 70000 Stichwörter und Artikel mit rund 3500 Textbildern, 293 großen, z. T. mehrfarbigen Tafeln und Karten; der Atlasband enthält außerdem 238 Haupt- u. Nebenkarten. Jeder Band in Leinen 23 M., in Halbleder 26 M.

Wiederholt haben unsere Buchbesprechungen auf die Lexikonwerke hingewiesen, die während der letzten Jahre erschienen sind, weil Ausländern, die diese Zeitschrift lesen, daran zu liegen pflegt, die neuesten und geeignetsten deutschen Werke, die solche Auskunft geben, zu wissen. Der sogenannte „Kleine Meyer“, dessen dritter und letzter Band soeben erschienen ist, will nicht nur wie das frühere Konversationslexikon kurze Wort- und Begriffserläuterungen, sondern eine Zusammenschau unseres Weltbildes geben. Es läßt sich nicht leugnen, daß viel Arbeit auf diese einzelnen Artikel verwendet worden ist. Insbesondere sind die großen Sammelartikel Auszüge aus dem, was deutsches Wissen und deutsche Wissenschaft in den letzten Jahrzehnten angehäuft hat. Auch wenn wir wie früher vom religiösen und ökumenischen Interesse aus an den Artikeln manches geändert zu sehen wünschten, müssen wir doch im Ganzen anerkennen, daß auch die Gebiete geistigen Lebens, die uns interessieren, zu ihrem Recht gekommen sind. F. S.-S.

---

*Alle Anfragen, Manuskripte, Zusendungen u. dergl. sind zu richten an die Schriftleitung Berlin O 17, Fruchtstraße 64II. Sämtliche Originalartikel erscheinen unter eigener Verantwortung der Verfasser. Nachdruck der Originalartikel ist nur mit besonderer Erlaubnis der Schriftleitung gestattet. — Das Recht der Übersetzung bleibt vorbehalten.*

---

*Vierteljährlich ein Heft. — Im Inland zu beziehen durch alle Postämter und den Buchhandel, im Ausland nur durch Kreuzband vom Verlag direkt. Haltegebühr im Inland jährlich zehn Mark, im Ausland zehn Mark plus Porto nach dem jeweiligen Posttarif. Einzelpreis des Heftes drei Mark. — Postscheckkonto Erfurt 4754. Für Schweizer Bezahler: Postscheck Zürich Nr. VIII 12 267. — Leopold Klotz Verlag, Sonderkonto, Gotha.*

---

Ungekürzte



Volksausgabe

# Auf dem Wege zum Bolschewismus

von N. A. Stankoff

Aufzeichnungen eines russischen Ingenieurs  
aus der Zeit vor und während des Weltkrieges  
373 Seiten · Preis in Leinen Reichsmark 3.75

»Hier wird ein ganz neuer Querschnitt gegeben durch das Rußland der neunziger Jahre bis unmittelbar vor dem bolschewistischen Endsieg. Nirgends sonst wird einem so klar, daß der Bolschewismus kommen mußte und gar nicht anders aussehen konnte, als er aussieht. Stankoffs Buch rechne ich zu den drei bis vier in deutscher Sprache erschienenen bleibenden Hauptwerken über das moderne Rußland.« Karl Nötzel

»Das Buch gehört in seiner schonungslosen Offenheit zweifellos zu dem Besten, was in letzter Zeit bei uns über das Vorkriegsrußland veröffentlicht wurde.« Osteuropa

»Ich habe Stankoffs Buch gelesen. Ich bin selten von einer Lebensdarstellung in ihrer ganz ungesucht einfachen, impressionistischen Weise so gepackt und innerlich ergriffen worden wie von der Stankoffschen. Nirgends habe ich das tragische Schicksal, das uns, den Menschen des Übergangs von alten Lebensformen, auferlegt ist, in so gewaltig erschütternder Darstellung geformt gefunden wie in dieser meisterhaft lebensvollen Buchform . . .« Prof. Dr. Werkmeister, Hannover

»Eine hochinteressante Autobiographie, deren lebensnahe Darstellung zumal in den sozialkritischen Partien außerordentliches Interesse beanspruchen darf. Das gesellschaftliche und ökonomisch-technische Leben Rußlands in den letzten 20 Jahren vor dem großen Umsturz, geschildert von einem Arbeitersohne, der zum technischen Direktor aufstieg. Das Werk gehört zu den ganz wenigen biographischen Veröffentlichungen russischer Autoren, die über das Einzelinteresse hinaus den Anspruch erheben dürfen, der Erkenntnis Rußlands zu dienen.«

Soziale Praxis

VERLAG ERNST REINHARDT IN MÜNCHEN



# Die Christliche Welt

Protestantische Halbmonatsschrift für Gebildete aller Stände

BEGRÜNDET VON MARTIN RADE / IN VERBINDUNG MIT FRIEDRICH  
SIEGMUND-SCHULTZE HERAUSGEGEBEN VON HERMANN MULERT

## Im Urteil der Presse:

Da ist das Gewissen des Protestantismus, soweit er welttoffen ist und doch auf sein Bestes nicht verzichtet. Alle Hauptfragen des Lebens, auch des politischen, finden besonnene Diskussion ernster Männer. Und vor allem: die Praxis steht dahinter. Hamburger Fremdenblatt

Warmherzig und tolerant geleitet. Frankfurter Zeitung

Befasst sich in ausgezeichneten Aufsätzen mit brennenden Problemen der Zeit. Düsseldorfer Zeitung

In der Fülle ihrer Stoffe, dem Reichtum ihrer Interessen, der Selbstständigkeit und Vornehmheit ihres Urteils ein großer Gewinn.

Kasseler Tageblatt

## Stimmen aus dem Leserkreis:

Die interessanteste Zeitschrift, die mir je vor Augen gekommen ist.

R. W. in F.

Ist mir die liebste Zeitschrift. Ich lese sie immer mit großer Freude. Sie allein bringt mich mit den geistigen Strömungen unserer Zeit in Verbindung.

Pfarrer F. B. in R.

Die „Christliche Welt“ hat mich jedesmal gepackt und durch die Weite ihres Blicks und die Erfüllung geheimster Wünsche eines jungen Theologen erfreut und hoffnungsvoll gemacht.

stud. theol. M. in T.

47. Jahrgang — Zweimal monatlich

Vierteljährlich RM. 5.— / Probenummern kostenlos



LEOPOLD KLOTZ VERLAG / GOTHHA

21. JAHRGANG / NR. 2

2. VIERTELJAHR 1933

# DIE EICHE

**VIERTELJAHRSSCHRIFT  
FÜR FREUNDSCHAFTSARBEIT  
DER KIRCHEN**

IN VERBINDUNG MIT  
**YNGVE BRILIOTH u. ADOLF KELLER**  
HERAUSGEGEBEN VON  
**F. SIEGMUND-SCHULTZE**



**MINORITÄTEN-HEFT**



**LEOPOLD KLOTZ VERLAG / GOTHA**



## Ihre Mitarbeit haben zugesagt:

Prof. Dr. H. Alivisatos (Athen), Bischof D. Dr. Elvind Berggrav (Tromsø), Dr. Kurt Böhme (Berlin), Pfarrer R. Bornand (Moudon, Schweiz), Prof. D. Karl Bornhausen (Breslau), Studienrat D. W. Classen (Hamburg), Prof. Dr. J. A. Cramer (Ut-recht), Geh. Kons.-Rat Prof. D. A. Deißmann (Berlin), Lord Dickinson (London), Rev. H. W. Fox (London), Pastor G. Fritze (Köln), Erzbischof Germanos, Metropolit von Thyateira (London), Prof. D. Goeters (Bonn), Pfarrer V. H. Günther (Oslo), Lic. Dr. Hans Hartmann (Berlin), Prof. D. Hermelink (Marburg), Prof. Dr. Hermann Hoffmann (Breslau), Wenzel Holek (Berlin), Pfarrer R. Honigberger (Bukarest), Propst K. Irbe (Riga), Bischof Irenäus (Novi-Sad), H. W. Jannaach (Goldberg, Schlesien), Pastor J. Jézéquel (Paris), Pfarrer R. Jordan (Wachow, Westhavelland), Missions-Direktor D. S. Knak (Berlin), Dr. Walther Koch (Saarbrücken), Prof. D. A. Lang (Halle a. S.), Lic. Olga Lau-Tugemann (Wien), Lic. J. F. Laun (Okarben), Renate Lepsius (Berlin-Ost), Pastor P. Ludwig (Chicago), Prediger Theophil Mann (Frankfurt), Pfarrer H. Maas (Heidelberg), Prof. Wilfred Monod (Paris), Eduard de Neufville (Bionay, Schweiz), Rev. Thomas Nightingale (London), Kons.-Rat Pastor E. Ohly (Stockholm), Bischof Palsaij (Bukarest), Dr. Alfred Peter (Berlin), Herbert Petrick (Berlin), Franz Pletl-Pletelius (Stockholm), Bischof D. Poelchau (Riga), Priv. Doz. Pastor A. de Quervain (Wuppertal), Prof. D. M. Rade (Oberursel, Taunus), Rev. D. D. Alexander Ramsay (London), Prof. D. Dr. J. Richter (Berlin), Lic. Dr. F. Rittelmeyer (Stuttgart), Dr. Elisabeth Rotten (Dresden), Dr. Alice Salomon (Berlin), Pfarrer Lic. Schlier (Leipzig), Pfarrer G. E. Schmidt (Gablonz, Böhmen), Pastor Th. Schmidt (Niesky), Prälat D. J. Schöell (Stuttgart), Prof. Dr. Schomerus (Kiel), Pfarrer D. E. Schubert (Berlin), Archimandrit J. Scriban (Bukarest), Pastor Paul Le Seur (Elsenach), Reichsgerichtspräsident i. R. D. Dr. W. Simons (Berlin), Pastor S. Sirenus (Helsingfors), Präsident D. F. A. Spiecker (Berlin), Prof. Lic. E. Staehelin (Basel), Dozent Dr. Ed. Temmann (Dorpat), Prof. D. Titius (Berlin), Präsident D. Wehren-fennig (Gablonz a. N.), Pastor J. C. Wissing (Vught), Stud.-Dir. Dr. H. Witte (Schleusingen), Prof. Dr. F. Žilka (Prag).

# Die nationalen Minderheiten als völkerrechtliches und soziologisches Problem

Der Völkerbund als Schützer der Nationalitäten  
in gemischt-völkischen Staaten und der nationalen  
Minderheiten

Von

Kurt Herbert Vollert



---

LEOPOLD KLOTZ VERLAG / GOTHA



## Vorwort des Herausgebers.

Die „Eiche“ ist ebenso wie der Weltbund für Freundschaftsarbeit der Kirchen dauernd mit der Lage der Minderheiten, sonderlich der religiösen Minderheiten befaßt. Auch die grundsätzliche Erforschung dieses Problems hat einen breiten Raum in unseren Spalten eingenommen. Wir haben das 2. Vierteljahrsheft des Jahrgangs 1931 fast ganz der Frage der Minderheiten gewidmet. Es schien uns jetzt erwünscht, unseren Lesern eine zusammenfassende Orientierung über diese Frage zu geben, auf die wir in den Verhandlungen des Weltbundes und anderer Organisationen zurückgreifen könnten. Bekanntlich ruht die Frage der religiösen Minoritäten ganz auf der Ordnung des Minderheitenschutzes überhaupt, von der auf den folgenden Seiten hauptsächlich die Rede ist.

Dr. Kurt Herbert Vollert hat diese seine Schrift über die nationalen Minderheiten schon vor fünf Jahren geschrieben. Sein Wiener Lehrer Professor A. Hold-Ferneck schreibt darüber in dem folgenden Geleitwort. Wir freuen uns, die Arbeit des früh dahingegangenen Verfassers jetzt veröffentlichen zu können.

Den Beschluß, das zweite Heft der „Eiche“ dieser Frage zu widmen, hatten wir bereits gefaßt, ehe die politischen Veränderungen in Deutschland sich vollzogen hatten. Wir hatten freilich damals in Aussicht genommen, gleichzeitig unsere Beschwerden über die Behandlung gewisser Minderheiten und insbesondere religiöser Minoritäten in anderen Ländern zur Sprache zu bringen. Wir tun das jetzt nicht. Umso mehr liegt uns daran, daß die grundsätzliche Frage des Minderheitenschutzes weiter geklärt wird. Möge vor allem der Weltbund für Freundschaftsarbeit der Kirchen wieder stärker seine Verantwortung für die Waisenkinder des Völkerlebens fühlen und betätigen!

## Zum Geleit.

Kurt Herbert Vollert wurde am 16. Februar 1887 in Speyer a. Rh. als Sohn des Direktors Professor Paul Vollert geboren. Nach ausgezeichneter Zurücklegung der Gymnasialstudien bezog er die Universitäten in Heidelberg und Berlin, um sich für die konsularische Laufbahn vorzubereiten, sah sich aber schließlich veranlaßt, zum philosophisch-philologischen Studium überzugehen, und kam, nachdem er im Juli 1913 das Staatsexamen in Marburg a. d. L. abgelegt hatte, als Lehramtskandidat nach Gnesen. Dort überaschte ihn der Ausbruch des Weltkrieges. Er meldete sich sogleich als Freiwilliger zur Artillerie, doch hielten seine Lungen den Anstrengungen der Ausbildung nicht stand. Er kehrte zu seinem Beruf zurück und wirkte bis zum Eintritt Rumäniens in den Krieg an der deutschen Auslandsschule in Bukarest. Erst 1919 voll genesen, erhielt er eine Lehrstelle als Studienrat am städtischen Lyzeum in Kolberg an der Ostsee. Im Jahre 1923 war er als Leiter einer in Tiflis zu schaffenden deutschen Lehrerbildungsanstalt ausersehen. Die Absicht scheiterte am Widerstand der russischen Regierung. Immerhin gelang es Vollert durch das einsichtsvolle Entgegenkommen seiner Stadt und Behörde, daß der ihm für Tiflis bewilligte Urlaub in einen dreijährigen Studienurlaub umgewandelt wurde. Seine stets opferbereite Gattin übernahm es, ihn in Kolberg zu vertreten.

In den Jahren 1925 bis 1928 studierte er Staatswissenschaften an der Wiener Universität. Sein Interesse war vor allem den Fragen der völkischen Minderheiten zugewendet. Von Wien aus unternahm er Studienreisen nach Genf, Paris und Italien. Das Schicksal der Volksgenossen im deutschen Südtirol ging ihm tief zu Herzen. Unter einem Decknamen durchwanderte er das Land und scheute keine Gefahren, die Brüder zu trösten und zu tapferem Ausharren zu ermutigen. Im März 1928 erlangte er nach ausgezeichnetem Abschluß der Studien den Grad eines Doktors der Staatswissenschaften. Seinen Plan, sich an der Berliner Universität zu habilitieren, konnte er nicht mehr verwirklichen. Am 12. Juli 1928 traf ihn ein Unfall inmitten der von ihm so sehr geliebten Tiroler Berge. Beim Überschreiten einer Gletscherbrücke im Jamtal bei Galtür ereilte ihn der Tod.

Die vorliegende Schrift bildet die Doktordissertation Vollerts. Wiewohl seit ihrer Ausarbeitung mehrere Jahre verstrichen und zahlreiche Beiträge zu den Fragen der Minderheiten erschienen sind, kann sie nicht als überholt



bezeichnet werden. Der Verfasser hatte sich im deutschen Süden und in den Grenzmarken den Blick geschärft, um den sogenannten Schutz der Minderheiten, den dilettantische Politiker nach Abschluß des Weltkrieges geschaffen hatten, zutreffend zu beurteilen. In Österreich hatten sich ja in jahrelanger mühevoller Arbeit bedeutungsvolle Ansätze zu einem Nationalitätenrecht gebildet, über die man sich bei Regelung der Stellung der Minderheiten nicht hätte hinwegsetzen dürfen. Diese Ansätze studiert, gewürdigt und verwertet zu haben, bildet das hauptsächliche Verdienst der Schrift.

Möge sie das Andenken an einen Mann lebendig erhalten, der der Wissenschaft und seinem Vaterland allzufrüh entrissen wurde. Welch reiche Früchte hätte sein Leben noch tragen können, wenn es ihm vergönnt gewesen wäre, der Jugend als akademischer Lehrer mit seinem gründlichen Wissen, seiner edlen Gesinnung und seiner selbstlosen Hingabe an sein Volk voranzuleuchten!

Wien, Neujahr 1933.

Alexander Hold-Ferneck.

## Inhaltsangabe:

	Seite
A. Vorläufige Begriffsbestimmungen und Abgrenzungen . . . . .	119
B. Erörterung der soziologischen Grundtatsachen völkischen Minderheitsgefüges . . . . .	131
I. Statistische Merkmale: §§ 1—5 . . . . .	133
II. Geographische Kennzeichen: §§ 6 und 7 . . . . .	141
III. Historisch-politische Bestimmungsgründe: §§ 8 und 9 . . . . .	145
IV. Innere, geistig-seelisch-sittliche Wesenszüge: §§ 10—12 . . . . .	151
V. Sonstige Gesichtspunkte, insbesondere die parteipolitische Gliederung der Minderheiten . . . . .	166
C. Das Nationalitätsprinzip und die Versuche zu seiner Verwirklichung mit Hilfe des „Selbstbestimmungsrechtes der Völker“ . . . . .	168
D. Andere Wege zur Lösung des Nationalitätenproblems . . . . .	190
I. Option . . . . .	191
II. Bevölkerungsaustausch . . . . .	191
III. Bundesstaatlicher Zusammenschluß von Nachbarländern verwandter Art . . . . .	192
IV. Selbstregierung eines Minderheitsgebietes unter völkerrechtlichem Schutz . . . . .	193
E. Der Minderheitenschutz und die Bürgerschaft des Völkerbundes . . . . .	198
F. Die positiven Vertragsbestimmungen als Rechtsquellen des internationalen Minderheitenschutzes . . . . .	205
G. Das Verfahren des Völkerbundesrates in Minderheitsangelegenheiten . . . . .	218





## A. Vorläufige Begriffsbestimmungen und Abgrenzungen.

Was hier mit dem Ausdruck „Nationalitäten in gemischt-völkischen Staaten“ bezeichnet wird, entspricht genau dem sonst in der staats- und völkerrechtlichen Literatur neuerdings üblich gewordenen Begriffe der „nationalen Minderheiten“. Dieser letztere Name wurde im Titel der vorliegenden Arbeit bewußt an die zweite Stelle gerückt, weil die hier in Betracht kommenden Bevölkerungsgruppen sich vielfach gar nicht als „Minderheiten“ empfinden, sondern oft genug, wenn sie auch (innerhalb des Staatsganzen) einer andersartigen Bevölkerungsmehrheit gegenüberstehen, jedenfalls auf ihrem geschichtlichen Siedlungsgebiete, soweit ein solches sich in sprachlich-kultureller Abgrenzung in die Gegenwart herübergerettet hat, die Mehrheit darstellen. Solches gilt — um nur einzelne Beispiele herauszugreifen — für das ganze geschlossen siedelnde Sudetendeutschtum, für Südtirol bis zur Sprachen- und Volksgrenze von Salurn, für das deutsche Volkstum in Elsaß-Lothringen, für die Schwaben im Banat und die Sachsen in Siebenbürgen, für die Ukrainer und Weißrussen in Polen, Rumänien und der Tschechoslowakei, für die Magyaren in der Slowakei und in Neu-Rumänien, für die Slowenen in Neu-Italien (besonders Istrien), für die Wolgadeutschen, die Katalonier und Iren. Diese genannten Nationalitäten haben durchaus nicht das, was ein neuerer deutscher Schriftsteller<sup>1)</sup> mit dem unglücklichen Namen „Minderheitsgefühl“ bezeichnet, sie empfinden sich keineswegs als geduldete, landfremde Volkssplitter oder Minderheiten, vielmehr sind sie sich — und gerade in der Zeit ungerechtester Zwangsmaßnahmen doppelt stark — dessen bewußt, daß der Boden, wo sie siedeln, ihre Heimat ist, daß sie sich hier ein Heimatrecht, ein Recht auf diesen von den Vorfahren urbar gemachten und bebauten Boden, ein Recht auf Dasein in der von den Vorfahren überkommenen völkischen Eigenart erworben haben. Daß in diesem Zusammenhange das Deutschtum im heutigen Polen nach der erzwungenen Abwanderung von mehr als 800 000 ansässigen Deutschen nur bedingt als Beispiel herangezogen werden kann, liegt auf der Hand: die wechselseitige Durchsetzung und Durcheinanderschichtung deutschen und polnischen Volkstums ist heute, nach der ungeheuren Schwächung des Deutschtums, so bunt geworden, daß (abgesehen von dem großen noch immer ganz ungebrochen deutschen Bromberger Siedlungsgebiete und dem polnischen Anteile von Oberschlesien) kaum von geschlossen und rein deutschem Siedlungslande im Sinne Deutschböhmens, Deutsch-Südtirols usw. mehr gesprochen werden kann. Hier ist heute unzweifelhaft Mischbevölkerung vorhanden, woraus

<sup>1)</sup> Dr. Fritz Wertheimer: „Deutschland, die Minderheiten und der Völkerbund“, Berlin 1926, S. 19 ff.

sich sofort — eben nach der Vertreibung von nahezu einer Million Deutscher — für die Gegenwart die Unmöglichkeit ergibt, die Angehörigen der einen oder der anderen Nationalität räumlich zu einer Einheit zusammenzufassen. Für solchen Fall mag man auch Wertheimers „Minderheitsgefühl“ als zutreffend anerkennen. Das Gleiche gilt in einiger Hinsicht von den sogenannten Sprachinseln (etwa Iglau, Brünn, Znaim, dem Gottscheer Ländchen, den Siebengemeinden und den Dreizehngemeinden in Alt-Italien), wo man angesichts der räumlichen und zahlenmäßigen Begrenztheit des dort geschlossen siedelnden Volksbruchteils kaum um den Begriff der „Minderheit“ herumkommen wird. Allerdings stellen sich auch die Daseinsbedingungen solcher Sprach- und Volksinseln inmitten fremdvölkischer Mehrheiten sofort wieder ganz anders dar, wenn diese Volkssplitter am eigenen geschlossen siedelnden Volkstume innerhalb desselben fremdvölkischen Staates einen Rückhalt haben, wenn also beispielsweise die Deutschen in der Tschechoslowakei nicht nur in inselartigem Raumzusammenhange wohnen und rings von Tschechen oder Slowaken umgeben sind, sondern vor allem noch außerdem über die großen geschlossenen Siedlungsgebiete in Deutschböhmen, Südmähren, im eigentlichen Sudetenland und im Böhmerwaldgau verfügen. Noch deutlicher wird der hier erörterte Unterschied, wenn man an eine Lage wie die des Deutschtums in den baltischen Landen denkt. Hier sind heute<sup>1)</sup> etwa vier vom Hundert Deutsche von hohem Kulturstande über das ganze Staatsgebiet verstreut; sie leben ihr eigenes völkisches Sonderdasein innerhalb des Staates mit seiner überwältigenden Mehrheit ihnen artfremder Menschen; aber als geschlossene Nationalität, die heute auf den Staat und die Kultur des Mehrheitsvolkes einen dauernden, größeren Einfluß zu gewinnen vermöchte, wird man sie vorläufig nicht betrachten können. Ein Gleiches gilt von den in größere Städte eingesprengten Minderheiten,

1) Heute! Denn allein in den zwei ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts ist nicht weniger als viermal der Vernichtungsturm über dieses ganz hochentwickelte, in manchem seiner Zweige vielleicht schon überzüchtete deutsche Volkstum der ehemaligen russischen Ostseeprovinzen hinweggegangen: 1. 1905: Aufstand der Letten, zusammenfallend mit der großrussischen sozialistischen Arbeitererhebung während des russisch-japanischen Krieges, von der zaristischen Regierung als Ablenkungsmittel für die gegen die herrschenden Gewalten empörte Massenwut benützt. Damals Ernst v. Wildenbruchs Aufruf an das Gesamtdeutschtum zu tätiger Anteilnahme und Hilfe für das bedrohte „Edelreis an Deutschlands Stamme“; erstes Erwachen eines gesamtdeutschen Gemeinschaftsbewußtseins in den breiteren Bildungsschichten, das auch die Deutschbalten in den Kreis der zu betreuenden, stützungsbedürftigen Vorposten unserer Volksgemeinschaft einbeziehen lernt. — 2. Nach 1906: Planmäßige Verschärfung der schon unter Alexander III. begonnenen Entdeutschungspolitik hauptsächlich in den Ostseeprovinzen, aber auch in der Krim, an der Wolga, im Kaukasus, wovon vor allem das hochstehende ritterschaftliche Schulwesen und die deutsche Universität Dorpat getroffen werden. (Den Höhepunkt bildet die völlige Entrechtung und Verfolgung jedes deutschsprechenden russischen Staatsbürgers während der ersten drei Kriegsjahre.) — 3. Nach kurzem Wiederaufblühen des baltischen Deutschtums während der deutschen Besetzung von Kurland, Livland und Estland (Einnahme Rigas am 2. September 1917) völliger Zusammenbruch unter der bolschewistischen Schreckensherrschaft Ende 1918 bis Mitte 1919. — 4. Nach Vertreibung der Bolschewisten durch reichsdeutsche und deutsch-baltische freiwillige Truppen werden unter englisch-französischem Schutze die neuen „Nationalstaaten“ Estland und Lettland aufgebaut, deren erste selbständige Lebensäußerungen in der wirtschaftlichen und politischen Entrechtung und kulturellen Zurückdrängung des zahlenmäßig furchtbar geschwächten, zunächst zu gänzlicher Einflußlosigkeit verurteilten deutschen Volksteiles bestehen (1919—1922).



die zwar ihr kulturelles, vielleicht auch wirtschaftliches Eigendasein leben und unter entsprechenden Voraussetzungen auch zu einer hohen schöpferischen Blüte entfalten mögen, aber dem Antlitze ihrer Stadt heute nicht mehr von sich aus neue Züge aufprägen können, weil der maßlos selbstbewußte und entschlossene Kulturwille des Mehrheitsvolkes solche fremdvölkische Einwirkung ablehnt. So ist das Prager Deutschtum trotz seiner Höchstleistungen für Kultur, Geistesleben und wirtschaftlichen Aufstieg der böhmischen Hauptstadt seit Jahrzehnten von unmittelbarer tätiger Mitarbeit für das Gesamtwohl nahezu völlig ausgeschlossen, ja sogar in seinem eigenen kulturellen Dasein täglich und stündlich aufs schwerste gefährdet, da seine zahlenmäßige Begrenztheit — sechs bis sieben vom Hundert der Bevölkerung von Groß-Prag — ihm nicht die Möglichkeit gibt, den Anspruch auf Gleichberechtigung gegenüber dem starren „Nein“ der Mehrheitsbevölkerung durchzusetzen.

Wir stehen in einem Zeitalter, wo die juristische Behandlung selbst wichtiger politischer und völkischer Fragen sich immer mehr durchzusetzen scheint, wo in steigendem Maße der Versuch unternommen wird, auch lebenswichtige Gegenstände internationalen Streites aus dem Bannkreise nationalpolitischer Auseinandersetzungen in den Bereich rechtlicher Erörterungen zu ziehen. Angesichts solcher internationaler Strömungen hieße es doch wohl den Nationalitäten in gemischt-völkischen Staaten einen schlechten Dienst erweisen in ihrem Kampf um Fortbestand und Eigengeltung, wenn man sie, soweit sie auf zusammenhängendem Gebiete in altererbtem Besitze siedeln, stets nur mit dem Worte „Minderheiten“ „auszeichnen“ wollte, während sie ja in Wahrheit innerhalb ihres Siedlungsraumes die unbedingte, von dem Staate und seinem Mehrheitsvolke allerdings politisch, kulturell und wirtschaftlich vielfach angefochtene Mehrheit darstellen.

Nun müßte sich freilich in einer Erörterung über die Schutzstätigkeit des Völkerbundes für die so gekennzeichneten Nationalitäten in gemischt-völkischen Staaten der wissenschaftliche Sprachgebrauch an die in den völkerrechtlichen Verträgen und in amtlichen Völkerbundsurkunden übliche Ausdrucksweise anschließen. Wenn man aber aus ebendiesen amtlichen Schriftstücken und aus Sitzungsberichten der beteiligten Körperschaften (Völkerbundrat, Völkerbundversammlung und deren Ausschüsse) den Eindruck gewinnt, daß sich hinter der Wahl des Fachausdruckes „Minderheit“ bereits eine politische Absicht verbirgt<sup>1)</sup>, daß durch die Wahl dieses Wortes den europäischen Nationalitäten in den neu- oder umgebildeten Staaten sofort ein ganz bestimmter Platz, eine untergeordnete Rangstufe im politisch-soziologisch-juristischen Sprachbewußtsein der Völker angewiesen werden sollte, während die Urheber der Friedensverträge vor dem Zusammenbruche der Habsburger Monarchie von den Völkern und Volksteilen dieses Reiches nie anders als von den „unterdrückten Nationalitäten“ gesprochen hatten, — so versteht man, daß eben die nunmehr in die neuen Staaten zwangsweise eingegliederten und dort als unterdrückte „Minderheiten“ lebenden Nationalitäten den amtlichen Ausdruck schärfstens ab-

1) Zum Beweise dieser Auffassung sei hier nur angeführt jener berüchtigte, dem Minderheitsprobleme gewidmete Bericht Mello-Francos an den Völkerbundrat, 9. Dez. 1925, „Journal Officiel“, Febr. 1926, S. 138 ff.

lehnen und sich selbst in dem von ihnen geschaffenen zwischenstaatlichen und zwischenvölkischen Organe — nämlich in dem Genfer Nationalitäten-Kongresse — als „die organisierten nationalen Gruppen in den Staaten Europas“ bezeichnen. Im Ringen um den Namen liegt also bereits der Kampf um Geltung und Recht beschlossen. Die vom Genfer Nationalitäten-Kongreß gewählte Bezeichnung ist einerseits weiter, umfassender als der hier soeben verwendete Begriff der „Nationalität“, insofern die „organisierte nationale Gruppe“ keineswegs bloß ein räumlich organisierter Bevölkerungsteil, also eine in geschlossenem Siedlungszusammenhange wohnende Menschenzahl gleicher völkischer Eigenart zu sein braucht, sondern ebenso gut eine lediglich personal zusammengefaßte Volksgruppe ohne jede räumliche Bindung bedeuten kann. Auf der anderen Seite aber ist der Begriff der „organisierten nationalen Gruppe“ enger als der im bisherigen Völkerrechte und Staatsrechte angewandte der „rassischen oder sprachlichen Minderheit“; denn dieser letztere Ausdruck setzt ja in keiner Weise irgendeine Organisationsform der Minderheitsangehörigen voraus. Um also in die gegenwärtige Untersuchung alle irgend in Betracht kommenden Fälle und Tatbestände fremdvölkischer Bevölkerungsteile eines Staates einbeziehen zu können, andererseits aber dem berechtigten und sittlich wie geschichtlich begründeten Ansprüche der in geschlossenem Raumzusammenhange siedelnden mehrheitsvolksfremden Personengruppen und ihrer Bedeutung für das Staatsganze voll gerecht zu werden, habe ich schon im Titel die beiden äußersten Grenzfälle nationalen Minderheiten-Daseins ausdrücklich hervorgehoben und spreche also vom Völkerbunde als dem Schützer einerseits der Nationalitäten in gemischtvölkischen Staaten, andererseits der (mit Recht) so benannten nationalen Minderheiten. Die einer solchen Arbeit zugrundeliegenden völkerrechtlichen Verträge begünstigen ja auch offensichtlich eine derartige Scheidung, insofern sie in einigen erlesenen Fällen (beileibe nicht in allen) besonders bewerteten Minderheitsvölkern ganz ausgesprochene Sonderrechte zubilligen. Unter Nationalitäten eines gemischtvölkischen Staates verstehe ich also diejenigen Minderheitsvölker eines Staates, die in räumlich geschlossenem Zusammenhange siedeln und für das Gesamtkulturleben ihres Staates gerade kraft der völkischen Eigenart und Sonderheit ihres Kulturschaffens Bedeutung und Wert gewinnen können, ja eine besonders gehaltvolle Bereicherung der staatlichen Gesamtkultur zu erzeugen vermögen, wenn der Staat ihnen den nötigen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Spielraum gewährt und ihr eingeeartetes, selbständiges Dasein nicht im Wege der Gesetzgebung, Verwaltung oder Rechtspflege hemmt, sondern vielmehr fördert. Auch diese nun derart bestimmten Nationalitäten sind „nationale Minderheiten“ im weiteren Sinne; ein eigenes, selbständig entfaltetes Volksbewußtsein spaltet sie ab von dem Nationalgefühle des den Staat beherrschenden oder die staatliche Herrschaft für sich allein beanspruchenden Mehrheitsvolkes, das sich in der glücklichen Lage befindet, Staatsbewußtsein und Volksbewußtsein in der eigenen Seele als harmonische Einheit zusammenklingen zu hören, indessen das wenn auch noch so stark und eigenkräftig entwickelte Minderheits-

volk wohl niemals ganz — wenigstens solange die gegenwärtigen staatsrechtlichen Bedingungen in den allermeisten europäischen Staaten Geltung haben — das schicksalhafte Auseinanderfallen von Staatsdenken und Volksgefühl in sich überwinden mag. Unter „nationaler Minderheit“ im engeren Sinne dagegen verstehe ich jede beliebige, größere oder kleinere Menschengruppe innerhalb eines Staates oder Gemeinwesens, die, in sich zusammenhängend durch gemeinsame völkische Eigenart, dennoch, entweder infolge des Mangels eines weit ausgedehnten geschlossenen Siedlungszusammenhanges oder infolge ihrer im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung des Staates allzugerungen Kopfzahl, für den Staat und seine Gesamtkultur nicht jene Bedeutung zu erringen vermag, die ihr an sich bei vielleicht hohem Kulturstande sonst zukäme.

\*  
\*  
\*

Es fällt außerhalb des Rahmens der gegenwärtigen Untersuchung, obwohl es eigentlich, dem gedanklichen Zusammenhange nach, gerade an dieser Stelle nötig wäre, im einzelnen die Voraussetzungen zu erörtern und ausführlich zu würdigen, auf Grund deren die verschiedenen Formen nationalen Gefüges, nationaler Schichtung sich voneinander abheben und im politischen — staatlichen wie volklichen — Leben Bedeutung gewinnen. Indes soll jetzt sogleich doch wenigstens der Versuch gemacht werden, die Merkmale aufzuzeigen, die nicht nur die tatsächliche Geltung der völkischen Minderheiten innerhalb des europäischen Völkerzusammenhanges bedingen, sondern auch berufen sind, die Rechtsstellung dieser nationalen Gruppen (im Hinblick auf eine künftige, sich mit geradezu gebieterischer Notwendigkeit aufdrängende Weiterbildung des innerstaatlichen und zwischenstaatlichen Minderheitenrechtes) maßgebend zu beeinflussen. Von fast allen Seiten wird anerkannt, daß seit dem Weltkriege auf diesem Gebiete jedenfalls die Dinge im Flusse sind, daß die von den Friedensverträgen getroffenen Regelungen durchaus das Gepräge des Vorläufigen, Unfertigen, Einstweiligen tragen. Um der gedanklichen Verknüpfung willen mag es nun gestattet sein, eine Erscheinung in den Kreis unserer Erörterungen zu ziehen, die ihrem wesentlichen Inhalte nach an einer weit späteren Stelle im systematischen Aufbau dieser Arbeit zu würdigen sein wird, ihre Bedeutung für den gegenwärtigen Stand unserer Untersuchung aber unter einem ganz bestimmten Gesichtspunkte gewinnt. Immer nämlich, wenn man das Problem des Minderheitenschutzes, der innerstaatlichen und der zwischenstaatlichen Rechtsstellung der Nationalitäten bis zu seinen Wurzeln verfolgen und sich Klarheit darüber verschaffen will, ob das Maß des geltenden Rechtsschutzes ausreicht, ob völkerrechtliche Verträge und Erklärungen oder Beschlüsse des Völkerbundes und Entscheidungen der Völkerbundversammlung abänderungs- oder ergänzungsbedürftig sind, immer dann, wenn alle diese Fragen rücksichtslos aufgeworfen und bis zu Ende gedacht werden, gelangt man zu einem Punkte jenseits des Rechtsgebietes, zu einem Bereiche von Gedanken und Tatbeständen, aus denen das positive Minderheitenrecht



erst erstehen kann. Mit einem Male erhebt sich vor uns das Grundproblem: die völkische Minderheit als gesellschaftswissenschaftliche Erscheinung, als ein soziologisches Gebilde mit geschichtlich und volkspolitisch geprägten Zügen, als eine durch arteigene Merkmale gekennzeichnete und individuell wesentlich gestaltete Gruppe. Man mag versuchen, dem Begriffe der Minderheitsnationalität von der Rechtswissenschaft her beizukommen und jeweils nach dem Grade, in dem diese zu einer Gesamtheit verschmolzene Anzahl von Menschen als Ganzes Gegenstand positiver Rechtsnormen ist, Unterarten und Stufungen zu erfassen; in Wahrheit bleibt solche juristische Merkmals- und Begriffsbestimmung an der Oberfläche haften, oder besser und schärfer gesagt, sie legt ihren rein formalen Maßstab an, setzt dabei aber, um sinnvollerweise so verfahren zu können, die Ergebnisse — Fragestellungen, Lösungen, Schlußfolgerungen — anderweitiger, tief eindringender Wesensforschung voraus, die ihrerseits das Problem „Minderheit“ als Gegenstand und als Begriff in seiner schillernden Vielfältigkeit schon irgendwie bewältigt oder mindestens sich zur unmittelbaren Aufgabe gemacht hat. Sollen Recht und Rechtswissenschaft sich der völkischen Minderheit und des mit ihr zusammenhängenden Fragenkreises endgültig und entscheidend bemächtigen können, so muß zuvor eben diese Minderheit als soziologische, geschichtliche, nationalpolitische, statistische Tatsache erkannt und gewürdigt worden sein. Daß diese Problemlage neuerdings durchschaut wird, dafür seien zwei Vorgänge als Beweis angeführt, die ihre volle Bedeutung im systematischen Zusammenhange dieser Arbeit allerdings erst an späterer Stelle gewinnen. Die beiden Kronzeugen, die hier aufgerufen werden sollen, sind eine hochangesehene Vereinigung von Rechtslehrern aller Länder und Völker — die International Law Association — und die höchste internationale politische Körperschaft unserer Tage — der Völkerbundrat.

Auf der VI. Völkerbundversammlung, September 1925, war durch eine Rede des ungarischen Ersten Delegierten, Grafen Albert Apponyi, in öffentlicher Vollsitzung die Minderheitenfrage aufgerollt worden. Mehrere sehr einschneidende Änderungen auf dem Gebiete des geltenden völkerrechtlichen Minderheitenschutzes wurden von der ungarischen Abordnung angeregt, während der Vertreter Litauens, Galvanaukas, einen äußerst weittragenden formellen Antrag zum selben Gegenstande der Völkerbundversammlung unterbreitete. Die Völkerbundversammlung überwies das gesamte Problem ihrem VI. Ausschusse („Questions politiques“) zu gründlicher Durchberatung und Berichterstattung, und in der denkwürdigen Sitzung vom 16. September 1925 prallten denn nun mit geradezu dramatischer Wucht die Meinungen aufeinander. Unter dem zähen Drucke der Großmächte sah sich Galvanaukas abends, nach verllorener Schlacht, gezwungen, seinen Antrag formell zurückzuziehen; das einzige, winzige, nichtige Zugeständnis, wozu sich die geschlossene Ausschlußmehrheit unter französisch-britisch-italienischer Führung verstehen wollte, war ein Ersuchen an die Vollversammlung, den Verhandlungsbericht über die Ausschusssitzung vom 16. September dem Völkerbundrate zur Kenntnisaufnahme zu übermitteln. Die Völkerbundversammlung beschloss denn auch am 22. September dementsprechend. Der Völkerbundrat seinerseits befaßte sich<sup>1)</sup> während seiner 37. Tagung

1) „Procès-Verbal de la Trente-septième Session du Conseil, tenue à Genève du Lundi

im Dezember gleichen Jahres eingehend mit den betreffenden Verhandlungen der VI. Völkerbundversammlung und ihres VI. Ausschusses, und zwar in seiner sechsten Sitzung vom 9. Dezember (unter der laufenden Nummer 1615). Hier nun trug der brasilianische Vertreter, Mello-Franco<sup>1)</sup>, als Berichterstatter des Völkerbundesrates für Minderheitenfragen die soeben geschilderten Ereignisse vor und knüpfte daran überaus bemerkenswerte Erörterungen über das Nationalitätenproblem im allgemeinen, — um deswillen so bemerkenswert, weil hier mit geradezu vernichtender Schärfe alle Hoffnungen der Minderheiten und Minderheitenfreunde auf allmähliche Erweiterung ihrer Rechte und auf Verstärkung des ihnen gewährten dürftigen völkerrechtlichen Schutzes getroffen wurden. Mitten in diesen sehr eingehenden rechtlichen, politischen, geschichtlichen Erwägungen Mello-Francos steht der ungeheuerliche Satz: „Il me semble irrécusable que ceux qui ont conçu ce système de protection (nämlich der Minderheiten durch den Völkerbund) ne songeaient pas à créer dans le sein de certains États une masse d'habitants se considérant perpétuellement<sup>2)</sup> étrangers à l'organisme général de la nation; mais au contraire, qu'ils voulaient, pour les éléments de cette masse, le statut de protection juridique capable d'assurer le respect à l'inviolabilité des personnes, sous tous les aspects, et de préparer, peu à peu, les conditions nécessaires à l'établissement de la complète unité nationale.“ Der Ratsberichterstatter bezieht sich dann weiter auf eine Abhandlung des damals in Paris lebenden polnischen Gelehrten Blociszewski<sup>3)</sup>, der davor warne, „einen Staat im Staate“ zu schaffen; „il convient d'empêcher que la minorité, au lieu de tendre vers sa fusion dans la société où elle existe, s'y transforme en une caste privilégiée et s'y cristallise comme un corps étranger ...“ (Der von Mello-Franco angeführte Aufsatz spricht diese Bedenken sogar noch schärfer und zugespitzter aus, als es nach den Worten des brasilianischen Staatsmannes scheinen könnte, wenn der Aufsatz selbst sagt<sup>4)</sup>: „Le principe de la protection conventionnelle des minorités ... est une erreur, parce qu'il tend à créer des États dans l'État, parce que, loin d'assurer à ceux qui en bénéficient l'égalité avec les autres citoyens, il tend à en faire une caste privilégiée qui se cristallisera dans une société donnée, au lieu de chercher à fusionner avec elle ...“). In der kurzen Erörterung, die sich im Anschlusse an Mello-Francos Bericht im Völkerbundesrate entspann, unterstrich Sir Austen Chamberlain noch die grundsätzlichen Darlegungen des Brasilianers. Es heißt im Procès-Verbal der 37. Ratstagung<sup>5)</sup>: „Sir Austen Chamberlain voudrait signaler tout particulièrement la définition de l'objet des traités de minorités qu'a donnée le représentant du Brésil; ainsi que celui-ci l'a remarqué, les auteurs de ce système n'avaient certainement pas l'intention de créer au milieu des nations une communauté qui resterait perpétuellement<sup>6)</sup> étrangère à la vie nationale. Comme

7 décembre au mercredi 16 décembre 1925.“ J. O. VII<sup>e</sup> année, No. 2. Februar 1926. S. 138 ff., 286 ff., 293 ff., 299 ff.

1) Rechtsgelehrter und Diplomat.

2) Von mir gesperrt.

3) „Revue des Sciences Politiques“ 1922, Numéro de janv./mars: „La Constitution Polonaise du 17 mars 1921“, a. a. O. S. 54.

4) a. a. O. S. 54.

5) S. 144.

6) Von mir gesperrt.

M. de Mello-Franco l'a justement déclaré, l'objet des traités de minorités et le but que poursuit le Conseil lorsqu'il accomplit la tâche que lui ont confiée ces traités, sont d'assurer aux minorités le degré de protection et de justice qui les mettra graduellement en mesure de se fondre dans la communauté nationale à laquelle elles appartiennent.“ Diese Gedankengänge des brasilianischen und des britischen Vertreters machten sich schließlich noch der Tscheche Benesch und der Belgier Hymans ausdrücklich zu eigen, wobei Sinn und Ziel des vom Völkerbunde ausübenden Minderheitenschutz in der gleichen, nämlich verneinenden, Weise gedeutet wurden: wenn irgendeine Unklarheit über das Ausmaß und die Stärke dieses den Minderheitsnationalitäten völkerrechtlich zugesicherten Schutzes besteht, so braucht man sich bloß die Absicht zu vergegenwärtigen, die von den Urhebern jener Verträge mit der Ausarbeitung der Schutzbestimmungen verfolgt wurde. Endziel: Aufsaugung der Minderheit durch das herrschende Volk, allmählicher freiwilliger Verzicht der Minderheit auf ihre völkische Eigenart, Verschmelzung der Minderheit mit dem Mehrheitsvolke zu einer nationalen Einheit, zu einem neuen Gebilde. Damit dieser Plan verwirklicht werden kann, müssen die Minderheiten gerecht und entgegenkommend behandelt, ihre Empfindlichkeiten geschont, ihre Sonderwünsche in möglichst weitem Umfange befriedigt, Erbitterung und Groll besänftigt werden. Hierzu wollen die Verträge eine Anleitung geben, sie wollen dazu beitragen, daß die durch den Friedensschluß vergewaltigten Nationalitäten sich allmählich mit den neuen Verhältnissen abfinden, sich im neuen Staate heimisch fühlen lernen. Und sie wollen auf diese zweifellos psychologisch geschickte Weise die künftige Entwicklung in ihrem Sinne — nämlich eben im Sinne der Aufsaugung, der Verschmelzung — anbahnen helfen.

Dies ist also die Auslegung und Zweckdeutung, die der hohe Völkerbundrat auf seiner 37. Tagung im Dezember 1925 den Minderheitsverträgen zuteil werden ließ; irgend ein Widerspruch gegen die von Mello-Franco vorgetragene, von Chamberlain, Benesch und Hymans bestätigte Auffassung wurde nicht laut. Und so nahm man Kenntnis von den Vorgängen auf der VI. Völkerbundversammlung und — ließ alles beim alten. Es ist hier nicht der Ort, auf die geschilderten Ereignisse und Ansichten urteilend einzugehen; hier kam es darauf an darzutun, wie sehr die Fragen des Nationalitätenrechtes ihrerseits abhängen von dem Daseinssinne, den man den Nationalitäten zuschreibt, also von einem geschichtlich-soziologischen Probleme, und von der Deutung, die man derartigen geschichtlichen Tatbeständen und Entwicklungen gibt. Beide, der Brasilianer und der Brite, wandten sich schroff gegen das „perpétuellement“, gegen die Minderheiten als eine dauernde Erscheinung; deren Aufgabe ist es vielmehr zu verschwinden, aufzugehen im herrschenden Mehrheitsvolke. Und an diesem so einseitigen, so vernichtend harten Grundsatz, der in keiner Vertragsvorschrift und in keiner Rechtsnorm eine Stütze findet, sondern der Ausfluß irgendwelcher politischer, geschichtsphilosophischer, soziologischer — jedenfalls „meta-rechtlicher“ Überzeugungen ist, wird nun jeder Besserungs- und Änderungsversuch gemessen, der auf das Völkerbundsverfahren in Minderheitssachen abzielt; ja, es ist sogar mit Sicherheit anzunehmen, daß jeder



einzelne Fall einer Minderheitsklage, mithin der Vertragsanwendung, auf Grund solcher Auffassung des Nationalitätenproblems geprüft und verhandelt wird; denn Chamberlain hat sich in seiner Antwort, die Mello-Francos Bericht vorbehaltlos zustimmte, ausdrücklich auf seine Eigenschaft als Mitglied mehrerer für Minderheitsbeschwerden eingesetzter Ratsausschüsse bezogen: „Sir Austen Chamberlain, en sa qualité de membre de plusieurs comités de minorités, voudrait ajouter quelques mots...“ Es steht demnach fest, daß der Völkerbundrat, das durch die Verträge zur Ausübung des Minderheitenschutzes berufene Organ des Völkerbundes, sich bei der Erfüllung dieser seiner Pflicht von Gedanken und Vorurteilen über Wesen, Daseinszweck und Lebensrecht der Minderheitsnationalitäten leiten läßt, die erst noch einer ganz tiefgründigen vorurteilsfreien Untersuchung mit allen Mitteln soziologischer, historischer, völkerpsychologischer, ethisch-politischer, rassenbiologischer und geschichtsphilosophischer Wissenschaft bedürften, um als Richtschnur für so weittragende und folgenschwere Entscheidungen dienen zu können. Gibt es für diese Behauptung einen schlagenderen Beweis als Mello-Francos eigene Worte, die im gleichen Berichte vom 9. Dezember 1925, nur eine Seite vor<sup>1)</sup> den weiter oben angeführten und besprochenen Stellen, stehen? Der schon genannte litauische Vertreter Galvanaukas hatte in der IV. Sitzung des VI. (politischen) Ausschusses der VI. Völkerbundversammlung am 16. September 1925 bei der Begründung seines Antrages unter anderem auch eine genauere Begriffsbestimmung der „Minderheit“ verlangt: „La définition actuelle qui se rapporte aux minorités de race, de religion et de langue est beaucoup trop vague et demande à être précisée...“ Mello-Franco, als Ratsberichterstatter für Minderheitenangelegenheiten, antwortet nun darauf folgendermaßen: „La Délégation de la Lithuanie désire une définition caractérisant plus exactement ce qu'il faut entendre par minorité, et je reconnais qu'une étude historique et profonde de cette question, par des techniciens — juristes, historiens et sociologues — serait intéressante et utile. Je ne crois cependant pas que cette définition pourrait se baser uniquement sur les attributs caractéristiques et différentielles des races, des langues et des religions. Une minorité, telle que l'envisagent les traités qui en assurent la protection, n'est pas seulement un groupement ethnique, incrusté dans le corps d'un État, dont la majorité forme une collectivité ethnique différente. Elle est encore un attribut psychologique, social et historique, constituant, peut-être, pour la définition qu'il faut rechercher, la caractéristique différentielle par excellence. La seule co-existence de groupements humains formant des entités collectives ethniquement différentes dans le territoire et sous la juridiction d'un État ne suffit pas pour que l'on soit obligé de reconnaître l'existence dans cet État, aux côtés de la majorité de sa population, d'une minorité ayant besoin de la protection confiée aux soins de la Société des Nations.

„Pour qu'il existe une minorité, dans le sens des traités actuels, il faut qu'elle soit le produit de luttes remontant à des siècles ou même moins lointaines, entre certaines nationalités, et du passage de certains territoires d'une souveraineté à une autre, à travers des phases

<sup>1)</sup> „Procès-Verbal de la 37<sup>e</sup> Session du Conseil“ ... S. 141.

historiques successives<sup>1)</sup>." Diese Ausführungen des brasilianischen Staatsmannes und Rechtsgelehrten geben natürlich keine erschöpfende Darstellung der gesamten Minderheitenfrage, aber sie liefern immerhin einen schätzenswerten Beitrag zur Erkenntnis ihrer Reichweite und ihrer Verästelungen bis in scheinbar ganz entlegene Gedankenwelten.

Ist mithin der enge, ja unauflösliche Zusammenhang zwischen rechtlicher und außer-rechtlicher Betrachtung des Minderheitenproblems nachgewiesen, und zwar gerade aus den Erörterungen und Beschlüssen des Völkerbundes selbst, so wäre es immerhin möglich, hiergegen einzuwenden, daß der Völkerbundrat ja eben eine politische Körperschaft ist, aus deren Vorgehen keinerlei Schlüsse auf die notwendige innere Verflechtung rein rechtlicher Erwägungen mit rechtsfremden Überzeugungen oder gar auf die innere Abhängigkeit rechtserzeugender und rechtsanwendender Tätigkeit von rechtsjenseitigen Meinungen in der Nationalitätenfrage gezogen werden dürfen. Ein anderes Gesicht gewinnt die ganze Angelegenheit, wenn auch die Rechtswissenschaft selber sich zu dem hier behaupteten gedanklichen Zusammenhange, ja eben zu dieser Abhängigkeit des Rechtes von rechtsfremden Vorstellungskreisen bekennt. Die „International Law Association“ hatte auf ihrer Stockholmer Tagung von 1924 sich mit der Rechtslage der Minderheiten beschäftigt und auch zwei bedeutsame Entschlüsse hierzu angenommen. Unter dem Einflusse dieses Vorganges entstand in der französischen Landesgruppe der „International Law Association“ der Wunsch, noch eingehender das gesamte Gebiet des Minderheitenschutzes zu erforschen; zu diesem Zwecke ernannte sie einen Minderheitenausschuß, zu dessen Vorsitzendem Professor René Brunet von der Universität Caen und zu dessen Berichterstattern derselbe Professor Brunet und Rechtsanwalt Fräulein Marthe Huet bestellt wurden. Das Ergebnis der Beratung dieses Ausschusses lag der französischen Landesgruppe der „International Law Association“ bei ihrer Hauptversammlung am 30. Juni 1926 in Gestalt eines ausführlichen Berichtes mit zwei Entschlüssen vor und fand deren einmütige Zustimmung. Im dritten Hauptstück dieses Berichtes<sup>2)</sup>, S. 5 f., behandeln Professor Brunet und Fräulein Huet einen schon auf der Stockholmer Tagung der „International Law Association“ 1924 viel erörterten und in einer Entschluß festgehaltenen Gegenstand: Es geht um die Frage, wer rechtlich befugt sein soll, den Völkerbundrat auf eine begangene oder drohende Verletzung der verbrieften Minderheitenrechte so „aufmerksam zu machen“, daß er sich amtlich damit befassen muß. Das geltende Vertragsrecht gesteht diese Befugnis lediglich den Mitgliedern des Völkerbundes zu; die erwähnte Stockholmer Entschluß der „International Law Association“ fordert Ausdehnung der Befugnis auf alle Völkerbundmitglieder („tout membre de la Société des Nations a le droit de saisir le Conseil . . .“)<sup>3)</sup>. Aber man ist in Stockholm noch weiter gegangen<sup>4)</sup>: „On s'est même demandé s'il ne conviendrait pas d'aller plus loin encore et de reconnaître ce même droit (nämlich: „de signaler au Conseil les infractions ou dangers d'in-

1) Die Sperrungen in dem angeführten Mello-Franco-Berichte sind von mir.

2) „International Law Association“, French Branch. Projet et Rapport de la Commission des minorités. Association Internationale de Droit, Branche Française, Paris 1926.

3) a. a. O. S. 1. 4) a. a. O. S. 5.

*fraction au statut des minorités*“) *aux minorités elles-mêmes.*“ Hierzu bemerkt unser Bericht: „C'est là une idée de très large envergure et qui se heurte, pour le moment, à la conception dominante dans le droit international public.“ In der Tat: Hier handelt es sich nicht mehr um die Abänderung eines einzelnen völkerrechtlichen Vertragsrechtssatzes, sondern um den Angriff auf einen bislang als unerschütterter, ja als unantastbar angesehenen Grundsatz des Völkerrechtes. Brunet-Huet fahren denn auch fort: „A l'heure actuelle, d'après le droit international public ne peuvent agir dans les relations internationales que les États, seuls sujets de droit international. Une collectivité telle que celle que forme une minorité au sein d'un État donné, ne peut donc pas apparaître, en tant que telle, devant un 'forum' international.“ Wir haben es hier ganz offenbar mit einer reinen, und zwar grundsätzlichen Rechtsfrage von größter allgemeinsten Bedeutung zu tun. Soll es künftighin auch andere Völkerrechtssubjekte als nur die Staaten nebst den paar bekannten Ausnahmerecheinungen geben? Ist insbesondere den nationalen Minderheiten die völkerrechtliche Handlungsfähigkeit, die „personnalité morale“ zuzuerkennen, kraft deren sie die Befugnis besäßen, „d'agir dans les relations internationales“? Nichts lehrreicher, als nun zu verfolgen, wie die Rechtswissenschaft mit diesem neuen, ihr seit 1919 immer dringender gestellten Rechtsprobleme fertig wird oder es wenigstens anzupacken sucht. „En réalité, — et on touche ici au fond même du problème des minorités, — la solution dépend exclusivement de la manière dont on envisage la position des minorités au sein de leur État“ —, womit, wie sich sogleich zeigen wird, nicht sowohl die staatsrechtliche Lage der Minderheiten gemeint ist, die ja eben für eine große Zahl von ihnen durch völkerrechtliche Bindungen bestimmt wird, als vielmehr ihre staatspolitische, tatsächliche — soziale, wirtschaftliche, kulturelle, sprachliche — Stellung im Vergleiche mit dem Mehrheitsvolke und etwa noch vorhandenen anderen Minderheiten im Staate. Entweder nämlich sollen die Minderheitenschutzverträge endgültig eine Annäherung zwischen Mehrheit und Minderheit in fortschreitendem Maße herbeiführen, dergestalt, daß die Minderheiten sich allmählich mit der Mehrheit verschmelzen und in ihr aufgehen müssen: dann kann augenscheinlich keine Rede davon sein, ihnen, den Minderheiten, heute eine eigene Rechtspersönlichkeit zu gewähren; oder die Minderheitenschutzverträge sollen aufrichtig und wahrhaft Dasein und Unabhängigkeit der Minderheiten innerhalb des Staates retten, dergestalt, daß sie sich verewigen können, indem sie — als einen den einzelnen Minderheitsangehörigen erb- und eigentümlichen Besitz — ihre blutmäßige, sprachliche, religiöse und kulturelle Sonderart erhalten. . . . („... les traités protecteurs des minorités ont pour but de sauvegarder l'existence et l'indépendance des minorités au sein d'un État, de telle façon que celles-ci puissent se perpétuer<sup>1)</sup> en conservant, comme apanage propre aux in-

1) Unser Bericht verwendet hier (ob mit bewußter Absicht, sei dahingestellt; der zeitlichen Aufeinanderfolge nach wäre es möglich: „Procès-Verbal“ d. 37. Ratstagung v. Dezember 1925 erschien im Februar 1926, der Bericht des Minderheiten-Ausschusses des französischen Zweiges der „International Law Association“ wurde am 30. Juni erstattet) ein Zeitwort vom selben Sprachstamme wie jenes Adverb „perpétuellement“, gegen das



dividus qui les composent, leur particularisme de race, de langue, de religion, de culture . . .“<sup>1)</sup>: Dann muß man eine Lösung befürworten und anstreben, die den minderheitlichen Nationalitäten die Rechtspersönlichkeit, die völkerrechtliche Handlungsfähigkeit zugestände, „puisque cette qualité seule peut leur permettre de faire valoir pleinement leurs droits dans l’avenir“. Es ist ohne weiteres begreiflich, daß angesichts der ungeheueren Tragweite der zwei Entscheidungsmöglichkeiten, vor die sich die Rechtswissenschaft hier gestellt sieht, der Bericht Brunet-Huet einer sofortigen Erledigung durchaus widerstrebt und für Vertagung und erneute gründliche Prüfung der noch nicht genügend ausgereiften Angelegenheit eintritt. Worauf es uns ankommt, das ist die Tatsache, daß das Maß der gewährten und vielleicht noch zu gewährenden Minderheitenrechte abhängig gemacht wird von soziologischen Vorgängen — wenn ich der Kürze halber unter diesem Ausdrucke alle die verschiedenen einzelnen Seiten des Nationalitätenproblems zusammenfassen darf —, daß sich die augenblickliche wie zukünftige Rechtslage der Minderheiten mit allen aus ihr entspringenden Folgerungen den Rechtsgelehrten des französischen Zweiges der „International Law Association“ als ein Ergebnis der soziologisch-geschichtlichen Entwicklung enthüllt, die an und in den Volkskörpern der Nationalitäten zum Durchbruche gelangt: *Aufsaugung oder Selbstbehauptung!* Und zwar beruht auf dieser letzten unausweichlichen Entscheidung, deren schicksalhafte Unentrinnbarkeit nur oft verschleiert wird, nicht bloß die staatsrechtliche Stellung der Minderheiten, sondern ebensosehr auch ihre völkerrechtliche Bedeutung, indem der Grad ihrer Schutzbedürftigkeit und Schutzwürdigkeit eben doch an der Stärke ihres völkischen Lebenswillens gemessen wird. In wessen Hand aber liegt das Urteil: Untergang im Mehrheitsvolke oder Selbstdurchsetzung des eigenen Volkstums? Nach Mello-Franco sind es „ceux qui ont conçu ce système de protection“, bei Chamberlain ebenfalls „les auteurs de ce système“; deren Absichten gilt es zu erkennen, die Absichten gewissermaßen des Gesetzgebers, die für die sinngemäße Auslegung des vereinbarten Wortlautes maßgebend sein sollen. Und diese außerrechtlichen Endziele der Väter des ganzen Vertragswerkes sind den Chamberlain und Mello-Franco, den Benesch und Hymans von vornherein eindeutig klar, sie sind „irrécusables“, — und damit ist denn der Todesspruch über die betrogenen Nationalitäten gefällt. Brunet-Huet indessen gehen sachlich, unvoreingenommen und ohne Willkür zu Werke: Was für die Staatsmänner — und Minderheitenrichter! — des Völkerbundes selbstverständliche Voraussetzung war, das ist ihnen allererst Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchung; und indem man einräumt, daß der Vertragswortlaut beiden Auffassungen zwanglos als Grundlage dienen kann, wird die für die etwaige Weiterbildung des Minderheitenschutzrechtes so ungemein wichtige Entscheidung über die von den Urhebern der Verträge hinsichtlich der völkischen Minderheiten verfolgten Endzwecke noch über den Eingangsspruch („Präambel“) hinaus zurückverlegt auf ein rechtsjenseitiges Gelände. Da aber werden nicht Politiker und nicht Ge-

sich Mello-Franco und Chamberlain am 9. Dezember 1925 so heftig gewehrt hatten. Vgl. S. 125 [13] u. 126 [14] dieser Schrift.

1) a. a. O. S. 6.

lehrte das letzte Wort sprechen über Sein oder Nichtsein der Minderheitsnationalität, sondern die aus geheimnisvollen Quellen gespeisten lebendigen Kräfte des Volkstums.

Haben Staatsmänner und Wissenschaftler somit, der Not gehorchend, das Gesamtproblem des Minderheitenrechtes auf ein rechtsfremdes Gebiet hinübergespielt, so ist durch diese zwei hier gekennzeichneten Vorgänge, jedenfalls für den Bereich des völkerrechtlichen Minderheitenschutzes, der unauflösliche Zusammenhang zwischen soziologisch-geschichtlicher und rein rechtlicher Betrachtung dargetan. Wir haben den Punkt erreicht, wo die beiden Gedankenwelten einander berühren, ja sogar — trotz reinlichster methodologischer Sonderung — ineinander übergehen: aus soziologischen Tatbeständen wollen Rechtstatbestände werden. Auch eine Auseinandersetzung des Verhältnisses zwischen Völkerbund und nationalen Minderheiten kann nicht um die hier erörterte innere Verknüpfung des kulturellen, wirtschaftlichen, volklichen Eigenwertes der Nationalität mit den Rechtsformen, in deren Schutze und Rahmen sich dieses ihr völkisches Sonderleben abspielt, herumkommen, oder die — im weitesten Umfange des Wortes — soziologischen Grundtatsachen völkischen Minderheitsgefüges und Minderheitsaufbaues achtlos beiseite lassen.

## **B. Erörterung der soziologischen Grundtatsachen völkischen Minderheitsgefüges.**

Schon ein flüchtiger Überblick über Inhalt und Tragweite der hiermit aufgeworfenen Fragen lehrt die verwirrende Fülle der Erscheinungsformen, in denen Minderheits-Volkgruppen zutage treten. Ebenso zahlreich sind die Versuche, eine begriffliche Ordnung in diese bunte Mannigfaltigkeit zu bringen und alle die geschichtlichen, sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen, politischen, sprachlichen und geographischen Bedingungen und Abhängigkeiten nationaler Gruppenbildung und ihrer Daseinsgestaltung unter einigen Hauptgesichtspunkten übersichtlich zusammenzufassen. Wertheimer gibt im zweiten Kapitel seines schon angeführten Buches<sup>1)</sup> eine Auslese aus den Ergebnissen dieser Gedankenarbeit der Statistiker, Soziologen, Politiker und Juristen; die ausführlichste französische Schrift über die Nationalitätenfrage, das Buch von Johannet<sup>2)</sup>, steuert eine Fülle von Erklärungs- und Bestimmungsversuchen bei; aber ich muß aufrichtig bekennen, daß mir keine der hier oder sonst<sup>3)</sup> begegneten Lösungen irgendwie befriedigend erscheint, weder erschöpfend genug in der Erfassung der Tatbestände, noch ergiebig genug für den heute erst in den Anfängen steckenden, aber unserer Gegenwart und nächsten Zukunft als dringliche Aufgabe vorbehaltenen Aufbau eines grundsätzlich neuen Nationalitätenrechtes.

Wenn nun hier in verhältnismäßig rascher Aufzählung von den Merkmalen die Rede sein soll, aus deren wechselvoll verschiedenartiger Zusammensetzung das unendlich farbenreiche Gesamtbild aller unter den Völkern und

1) „Deutschland, die Minderheiten und der Völkerbund“. Berlin 1926. S. 21 ff.

2) „Le Principe des Nationalités“. Paris 1923. S. 187 ff.

3) Etwa Gerber, „Minderheiten-Probleme“. Berlin 1927; Ignaz Seipel, „Nation und Staat“. Wien und Leipzig 1916.

Staaten des abendländischen Kulturkreises vertretenen Nationalitäten- und volklichen Minderheiten-Gruppenformen erwächst, so darf für diese Aufstellung nicht nur, sondern für den ganzen Verlauf der gegenwärtigen Abhandlung die Bemerkung vorausgeschickt werden, daß im Sinne dieser Untersuchungen unter Nationalitäten oder völkischen Minderheiten niemals solche Volksgruppen zu verstehen sind, die ihrer Staatsbürgerschaft nach einem anderen Staate angehören — also etwa in abgetretenen Gebieten solche Bevölkerungsteile, die zwar ihren Wohnsitz auch unter der neuen Staatshoheit behalten, aber für den alten Heimatsstaat optiert haben, mithin für den neuen Staat Ausländer sind, — sondern daß, soweit nicht ausdrücklich etwas anderes bemerkt ist, stets die Staatsangehörigkeit des Aufenthaltsstaates vorausgesetzt wird. Zwar werden auch die Optanten, überhaupt alle Staatsausländer von einigen Vorschriften der Minderheitenschutzverträge mit berührt; aber das sind, wie sich später noch zeigen wird, gerade solche Bestimmungen, die mit den eigens für die völkischen, religiösen, sprachlichen Minderheiten vorgesehenen Sicherungen wenig genug zu schaffen haben. Schließlich — das ist der Hauptgrund — genießen ja die Ausländer, soweit sie nicht das Unglück haben, zu der durch die Friedensverträge leider unmenschlich vermehrten Zahl der Staatenlosen zu gehören, gerade auch in der Fremde den Schutz ihres eigenen Staates, dessen Bürger sie sind; nicht sie bedurften — unter regelmäßigen Verhältnissen und im Verkehre zwischen Kulturstaaten — eines besonderen völkerrechtlichen und noch dazu vom Völkerbunde gewährleisteten Schutzes. Als schutzbedürftig wurden vielmehr ganz bestimmte Gruppen von eigenen Untertanen der neuen oder umgestalteten Staaten anerkannt — und zwar schutzbedürftig eben gegenüber ihrem eigenen neuen Staate und dessen Mehrheitsvolke.

Die wesentlichen Gesichtspunkte, nach denen sich die völkischen Minderheits-Gruppenbildungen unterscheiden und beurteilen lassen, sind nicht in gleicher Weise einem abwägenden und errechnenden Verfahren zugänglich. Wohl können die meisten der hier anzuführenden Tatbestände zahlenmäßig erfaßt werden, — obschon sich auch bei ihnen zuweilen ein Rest von Tatsachen finden mag, der sich statistischer „Erhebung“ nicht erschließt. Darüber hinaus aber haben wir es noch mit einigen Merkmalen zu tun, die jedes Versuches einer Zählung oder Messung mit den der Wissenschaft bis heute zu Gebote stehenden Mitteln, ja die jeglicher rationalen Abschätzung spotten. Das sind die irrationalen Größen, die Unwägbarkeiten (Bismarcks „Imponderabilien“) des Volkslebens wie des menschlichen Einzeldaseins. Und doch erscheinen sie dem Historiker und Staatsmann, dem Soziologen wie dem Völkerpsychologen und Philosophen ebenso wichtig für die Erforschung und Bewertung eines Volkstumes wie die anderen Bausteine, aus denen „Volkheit“, um Goethes schönes Wort hier anzuführen, sich zusammenfügt und die Stellung eines Volkes unter anderen seinesgleichen erwächst.

Die Wesenheit eines Minderheitsvolkes läßt sich, soviel ich sehe, erschöpfend umreißen und planvoll in einen größeren Gedanken- und Tatsachenzusammenhang einordnen, wenn man sie nach zwölf verschiedenen Gesichtspunkten eindeutig und klar zu bestimmen vermag. Es handelt sich dabei um vier Gruppen von Gegebenheiten, von denen die statistische fünf einzelne Gebiete, die geographische zwei, die historisch-



politische ebenfalls zwei und die geistig-seelische drei umfaßt. Die hier vorgenommene Zuteilung der Einzelfragen an die genannten vier Gruppen ist notgedrungenermaßen noch ziemlich roh; gerade für sie gilt die schon oben vorsichtig angedeutete Erwägung, daß auch unter den statistischen, geographischen und historisch-politischen Tatsachen nicht jede einzelne in gleicher Weise auf rechnerischem Wege erfaßbar ist, daß ferner gar manche unter der Oberfläche wirkende Gegebenheit den Versuchen zur Abmessung schlechterdings erfolgreich trotz, und daß endlich vor allem mit der Festnagelung als „Tatsache“, mithin als Wirklichkeits-Bestandteil, zwar ein augenblicklicher Ausschnitt aus dem Gesamtzusammenhange dieser volklichen Wirklichkeit gegeben ist, der indessen nicht die Entwicklungskräfte, die an dem Bilde dieser Wirklichkeit unermüdlich formen und letzten Endes eben auch im „Imponderabile“ wurzeln, aufzuzeigen vermag. Dies vorausgeschickt, komme ich nunmehr zunächst zu den statistischen Merkmalen des Minderheitsvolkes.

## I. Abschnitt:

### Statistische Merkmale.

#### § 1. Zahl und zahlenmäßige Gliederung.

In allererster Linie erscheint entscheidend das rein zahlenmäßige Verhältnis zum Mehrheitsvolke. Hierunter ist nicht nur die augenblickliche Zahl der Minderheitsangehörigen und ihre Verteilung auf die einzelnen Geschlechter, Lebensalter und Jahrgänge zu verstehen, sondern es wäre auch die gesamte „potentielle Energie“ der Nationalität, ihre völkische Daseinskraft einzubeziehen. Alle Probleme der Bevölkerungsbewegung, Geburtenziffer, Sterblichkeit, Eheschließungen, Anteil der Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen an der Sterblichkeitsziffer, Volksgesundheit, Ernährungslage, Vorhandensein volksgesundheitsschädlicher Neigungen und Bestrebungen, — Punkt um Punkt gemessen an den entsprechenden Ergebnissen beim Mehrheitsvolke und bei den im selben Staate vielleicht noch vorhandenen anderen Nationalitäten — gehören hierher. Ein vergleichender Überblick über Bevölkerungszunahme oder -abnahme während eines langen Zeitraumes von Jahren lehrt, auf wessen Seite im Daseinskampfe der Völker und Nationalitäten des Staates Verlust oder Gewinn an Volkskraft, d. i. an Volkszahl, zu buchen sind. Freilich wäre — angesichts der besonderen politischen und nationalen, oft auch wirtschaftlichen Verhältnisse, unter denen Minderheitsvölker zu leben gezwungen sind, — eine nur biologische Würdigung der Volkszahl und ihrer Verlust- bzw. Gewinnrechnung durchaus unzulänglich. Es müssen vielmehr auch alle die Verluste der Minderheitsvolksziffer statistisch erfaßt und auf ihre wahre Ursache zurückgeführt werden, die eine Folge gesellschaftlichen oder wirtschaftlichen Druckes, behördlichen Zwanges, ungesetzlicher Gewaltmaßnahmen, widerrechtlicher Bedrohungen durch Angehörige eines anderen Volkes, fast immer des Mehrheitsvolkes, sind. Die gleiche Notwendigkeit liegt natürlich auch für die statistische Erhebung der Zahlen von Mitgliedern einer Sprachgemeinschaft (§ 2) und eines Religionsbekenntnisses (§ 3) vor; auch hier ist bei Errechnung und Beurteilung etwaiger Bevölkerungsverschiebungen — Zu- oder Abgang von Gleich-

sprachigen bzw. von Glaubensgenossen — stets die Möglichkeit äußeren Druckes und Zwanges, aber auch die umgekehrte Erscheinung eigener innerer Werbe- und Anziehungskraft (deutsche Minderheitsschulen in Polnisch-Oberschlesien!) zu berücksichtigen. Weil dieser Gesichtspunkt hier grundsätzlich hervorgehoben wird, darf auf seine Wiederholung bei den folgenden Erörterungen verzichtet werden.

## § 2. Sprache und Sprachgemeinschaft.

Zu diesen ursprünglichsten und selbstverständlichsten Erwägungen rein quantitativer Art gesellt sich nun sofort ein wesensinhaltliches Element, wenn es natürlich auch aufs engste mit dem Zahlenmäßigen, mit der zu erfassenden Anzahl von Menschen, nämlich von Gliedern der innerhalb der Minderheiten auf Grund eines besonderen Merkmals sich etwa bildenden Gruppen, verbunden bleibt. Wir fragen nämlich jetzt nach den Sprachenverhältnissen der völkischen Minderheit. Sind alle Minderheitsangehörigen durch sprachliche Gemeinschaft miteinander verknüpft? Und bejahenden Falles: Teilen sie ihre Sprache völlig mit dem Mehrheitsvolke? Ist ihre Sprache vielleicht gar kein selbständiges Sprachgebilde, sondern nur eine mundartliche Abwandlung der Sprache des Staatsvolkes, eine Art Platt? <sup>1)</sup> Oder besteht auf der anderen Seite nicht die geringste sprachliche Verwandtschaft mit der Bevölkerungsmehrheit? Endlich vierte Möglichkeit (neben den drei Fällen der einheitlichen mehrheitsfremden, der einheitlichen mehrheitsgleichen und der einheitlichen mehrheitsverwandten Minderheitensprache): die Nationalität ist in sich sprachlich geteilt, also nicht einheitlich; und sofort erhebt sich die wichtige Frage nach der Verteilung der einzelnen Sprachen auf die Minderheit im Ganzen und auf die einzelnen Berufs- und Altersschichten innerhalb des Minderheitsvolkes, ferner nach einer etwaigen räumlichen Abgrenzung der verschiedenen Sprachgebiete innerhalb des Gesamtsiedlungsraumes des Minderheitsvolkes. Hier ist endlich noch des ganz allgemeinen, vielumfassenden Problemes der Sprachengrenze überhaupt zu gedenken. Die mannigfach verschlungenen geschichtlichen, wirtschaftlichen, geistigen, machtpolitischen usw. Bedingungen, unter denen die Kulturgrenzen sich verschieben und im Sprachenkampf der Nationalitäten bald die eine, bald die andere Volksgruppe im Vordringen ist, bedürfen gerade in ihrer Verflechtung und wechselseitigen Abhängigkeit dringend einer planmäßigen, alles berücksichtigenden Durchforschung. Um das Gesagte an einem Beispiele zu verdeutlichen (einem Beispiel, das der Geschichte eines Landes entnommen ist, wo das Problem der völkischen, sprachlichen und auch religiösen Minderheiten lange die beherrschende Tagesfrage gewesen war, bis es 1815 und 1848 durch bundesgesetzliche Regelung eine endgültige Lösung fand): wie erklärt sich die Tatsache, daß

<sup>1)</sup> Probleme der Slowaken gegenüber den Tschechen: die sogenannte „tschechoslowakische“ Sprache, die es nach dem Urteil vieler Sprachforscher gar nicht gibt; Probleme des Ladinischen und Rätoromanischen gegenüber dem Italienischen; Probleme des Bretonischen und Provençalischen gegenüber dem Französischen; die sogenannte friesische Minderheit im Deutschen Reiche; Probleme des Ukrainischen und des Weißrussischen gegenüber dem Großrussischen. Verhältnis des Slowenischen und des Kroatischen zum Serbischen. Masurisches gegenüber dem Polnischen; Katalanisches gegenüber dem Spanischen!

das deutsche Volkstum in der Schweizerischen Eidgenossenschaft noch in der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts ganz erhebliche Fortschritte machte, daß dann ein Stillstand eintrat und schließlich sogar eine rückläufige Bewegung zur Geltung kam, in der nicht nur der bis dahin erzielte Raumgewinn des Deutschtums wieder verloren ging, sondern darüber hinaus sehr schmerzliche Einbußen an Volksboden zu verzeichnen waren? Spätestens seit den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts wachsen die welschen Minderheiten in den deutschen Kantonen (so besonders im Berner Jura, in Solothurn), bröckeln die deutschen Minderheiten in den Randgebieten der welschen Schweiz (Freiburg im Üchtlande, Neuenburg, Oberwallis) langsam aber stetig ab: worauf beruht es, daß die Kulturfront des deutschen Volkstums nachgibt und seit einem halben Jahrhundert weniger widerstandsfähig ist? — Die soeben versuchte Entfaltung des ganzen an sich schon reichlich verwickelten Fragenknäuels läßt die Aufgabe noch immer erheblich einfacher erscheinen, als sie in Wirklichkeit ist. Ihr volles Gewicht erhält die Schwierigkeit, mit der die Erforschung minderheitlicher Sprachenverhältnisse belastet ist, erst dann, wenn man sich vergegenwärtigt, daß in einem Gebiete mit mehreren „landesüblichen“ Sprachen<sup>1)</sup> immer ein Teil und nicht selten sogar ein größerer Hundertsatz der Bevölkerung bisweilen sogar drei oder mehr Sprachen beherrscht und — verwendet. Wie soll die Wissenschaft der durch solche Sprachmischung bedingten Vielfältigkeit, ja Überfülle von Erscheinungsformen sprachlichen Minderheitenlebens gerecht werden! Mit einer etwaigen Feststellung der sogenannten „Muttersprache“ jedes einzelnen Minderheitsangehörigen und der Beschränkung auf sie ist es jedenfalls nicht getan. Wilhelm Winkler<sup>2)</sup> macht darauf aufmerksam, daß die Forschung hier die verschiedenen Sprachmöglichkeiten und Sprachverwendungen berücksichtigen muß, die sich für jeden Einzelnen aus den mannigfaltigen Lebenskreisen und Tätigkeitsgebieten ergeben, in denen er sich bewegt. Und so drängt sich dem Betrachter die Notwendigkeit auf, gegebenenfalles zwischen Haussprache, Schulsprache, Geschäftssprache, Amtssprache, Gerichtssprache, Bildungssprache, Verkehrs- oder Umgangssprache — von berufsständigen Abzweigungen wie Bauernsprache, Handwerkersprache, Kaufmannssprache, Gelehrtensprache usw. zunächst ganz abgesehen — zu unterscheiden. Daß damit geradezu eine unentwirrbare und heillose Verwicklung über die Sprachenstatistik der Nationalitäten heraufbeschworen wird, liegt auf der Hand; trotzdem kann die Wissenschaft diese dem (eben auch reichlich verwickelten) Alltagsleben der Minderheitsvölker eigentümlichen Tatbestände unmöglich beiseite schieben. Und nicht genug damit! Die Sprachenmischung, die sich hier zu einem gewichtigen soziologischen Probleme auswächst, indem sie längs der Sprachenscheide nicht nur die Einzelnen, sondern ganze Gruppen der aneinander grenzenden Völker erfaßt, macht sich öfters auch im Binnengebiet einer geschlossen siedelnden Minderheitsnationalität bei gewissen Bevölkerungsschichten geltend, wobei wirtschaftliche Abhängigkeit, gesellschaftlicher Druck, eitles Strebertum, bequeme Gleichgültigkeit nicht selten eine verhängnisvolle Rolle spielen.

1) Der Ausdruck entstammt dem altösterreichischen Verfassungs- und Sprachenrechte für die im „Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder“.

2) „Die Minderheitenfrage“, Wien 1925, und „Böhmerlandjahrbuch“ 1923, S. 64 oben.



Andererseits wirkt sich das Gesetz der Trägheit auch wieder im Sinne der Beharrung bei der einen, von Hause her vertrauten Sprache aus; der von Roger Dumon<sup>1)</sup> ausgesprochene Satz: „Les classes dirigeantes peuvent être bilingues, mais le prolétariat ne le peut pas“ — zeigt, wie die gesellschaftliche Schichtung innerhalb des Minderheitsvolkes eine Art sprachliche Scheidewand zwischen den Gliedern derselben Nationalität auch heutzutage noch aufrichten kann. Und endlich wäre hier, neben der Sprachen-Mischung, auch die Sprachmengerei als ein Merkmal sprachlicher Eigenart mancher völkischer Minderheiten zu erwähnen. Die Durchsetzung des eigenen Wortschatzes mit fremdem Sprachgute, die Hereinnahme fremder grammatischer und syntaktischer Bildungen in das Gefüge der eigenen Sprache ist ganz gewiß kein zufälliger, gleichgültiger Vorgang, sondern wirkt auf die Stärke des Selbstbehauptungswillens, auf die Höhe des Kulturbewußtseins, auf die Veredelung des Geschmacks und auf den Grad der geistigen Entwicklung des Minderheitsvolkes ein durchaus bezeichnendes Licht. Wiederum stoßen wir hier auf das ungeheure soziologische und völkerpsychologische Hauptproblem der Grenze, aus dem die Minderheitenfrage nur ein Ausschnitt, sozusagen ein Einzelfall ist. Es verhält sich ja keineswegs immer so, daß nun stets die Minderheitsnationalität es sein müßte, die Anleihen bei der Nachbarsprache macht, oft genug haben auch die Sprachen von Mehrheitsvölkern solch starken Einfluß von außen erlebt, daß sie sich ihm auf die Dauer nicht zu entziehen vermochten. Höchst lehrreich ist in diesem Betrachte das wechselseitige Verhältnis der Sudetendeutschen und der Tschechen. An Kopfzahl stets erheblich schwächer als die Tschechen, haben die Deutschen Böhmens, Mährens, Schlesiens in zwei langen, voneinander getrennten Zeiträumen die Sprache des tschechischen, also des Mehrheitsvolkes, mit einer solchen Fülle von Kulturwörtern und Wendungen des höheren geistigen Lebens bereichert, daß trotz der allerdings recht künstlichen Gegenmaßnahmen und Reinigungsversuche der letzten Jahrzehnte diese Sprache auch heute noch immer den Eindruck einer halben Mischsprache macht, wie sie ja auch von den slawischen Brüdern im Norden und im Süden als „die deutsche unter den slawischen Sprachen“ bezeichnet wird. Auf der anderen Seite unterlagen die Sudetendeutschen im XIX. und vor allem im XX. Jahrhundert auch sprachlich einem immer mehr sich verstärkenden tschechischen Druck; in dem Maße, in dem das durch Deutsche, besonders durch Johann Gottfried Herder erweckte Selbstbewußtsein des Mehrheitsvolkes wuchs, schnitt man dem Deutschen nicht nur jeden sprachlichen Einfluß auf die eigene geistige Entwicklung ab, soweit dies irgend möglich war, sondern suchte mit allen Mitteln des Zwanges die deutsche Sprache hauptsächlich von sämtlichen Gebieten öffentlicher Wirksamkeit und von den Brennpunkten des Geisteslebens zu verdrängen. Und indem man in den ersten Jahren nach der tschechisch-slowakischen Staatsgründung sich dem vergeblichen Bemühen widmete, den kulturellen Zusammenhang zwischen den Sudetendeutschen und ihrem großdeutschen Muttervolke zu unterbinden, suchte man Sprache und Gesittung der Bevölkerung

<sup>1)</sup> „L'expérience de l'Alsace“, Paris (Plon) 1927. — Angeführt im „Mercure de France“, 38. Jahr, Bd. 200, 1. Dez. 1927, Nr. 707.

Deutsch-Böhmen und Deutsch-Mähren auf den Stand einer Helotensprache und einer im Vergleiche zum herrschenden Staatsvolke wirklich minderheitlichen, soll heißen: minderwertigen Gesittung herabzudrücken.

Ein eigenes Kapitel für sich bildet die Namenfrage. In den mittel- und osteuropäischen Misch-Staaten ist ja der Eigenname schon lange kein Beweis mehr für die Zugehörigkeit des Trägers zu demjenigen Volke, aus dessen Sprache der Name entlehnt ist. Es klingt fast grotesk, daß eine ganze Reihe von Vorkämpfern des Sudetendeutschums tschechische Familiennamen haben, während nicht minder zahlreiche die bewußten Nationaltschechen mit deutschen Vatersnamen sind, ja sogar die beiden Führer der tschechisch-nationalen Unabhängigkeitsbewegung in der ersten Hälfte und in der Mitte des XIX. Jahrhunderts gut deutsche Bürgernamen trugen. Genau so und im gleichen Maße haben sich die Familiennamen zwischen Deutschen und Polen, Deutschen und Magyaren, ja auch Deutschen und Rumänen usw. vermischt. Nationalitätenforschung hat dabei folgende Tatbestände auseinanderzuhalten:

a) Der Minderheitsangehörige bzw. seine Vorfahren sind Glieder ihres Volkstums geblieben, haben aber ihren Namen entweder in die Sprache des Mehrheitsvolkes übersetzt oder in der Endung bzw. im Lautbestande der fremden Sprache angepaßt oder unter Wahrung des reinen Lautbestandes die fremde Schreibung angenommen (der berühmte „Szulc“ im Polnischen, „Šulc“ im Tschechischen, „Șulțu“ im Rumänischen ist der ehrliche deutsche „Schulz“) oder endlich, ganz willkürlich und ohne jede Beziehung zu ihrem bisherigen Personenstande, sich einen Namen der fremden Sprache aufgepfropft.

Folgende vier Möglichkeiten der Neubenennung von Einzelnen und von ganzen Familien (nämlich die Übersetzung, die Angleichung im Lautbestande, die Um-Schreibung und die willkürliche Aufpfropfung) sind bis in die allerneueste Zeit Wirklichkeit geworden:

1. Auf Grund einer unmittelbaren, offen ausgesprochenen Anordnung der Verwaltungsbehörden — wie seit rund einem Jahre in Italien gegen Deutsch-Südtiroler und gegen Südslawen —, wofür durch einen „Regierungserlaß mit Gesetzeskraft“ (Decreto-legge) die nötigen rechtlichen Handhaben aufs leichteste zu schaffen sind.

2. Unter dem Drucke offenkundigen behördlichen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen Zwanges von Seiten des Mehrheitsvolkes, verbunden mit entsprechenden Straf- bzw. Racheandrohungen, wobei jedoch der ausdrückliche Befehl vermieden und der Schein einer aus Staatstreue geborenen freiwilligen Handlung gewahrt werden soll.

3. Ohne eigentlichen Anstoß von außen her, lediglich auf Grund einer gewissen Gemütslage und einer je nach dem Maße des inneren Kraftvorrates bald früher, bald später eintretenden seelischen Zermürbung: Angst des Minderheitsangehörigen bzw. seiner Familie, die Aufmerksamkeit der „anderen“ auf sich als ein Glied eines fremden Volkstumes zu lenken; Furcht vor wirtschaftlicher, gesellschaftlicher, beruflicher, ja vielleicht sogar körperlicher Schädigung, Sorge um die Zukunft der Kinder u. ä.

4. Abseits von allen seelischen Schwächeerscheinungen, rein unter dem Einfluß der Bequemlichkeit, des Anpassungstriebes (namentlich im Falle der völkischen Mischehe), der Gleichgültigkeit, des Geltungsdranges, des Wunsches, unter dem fremden Volke eine „Rolle“ zu spielen, d. h. also solcher Bewegungs- oder auch Beharrungskräfte, die — ohne eine innere Zersetzung zu zeitigen — dennoch den auf das eigene Volkstum gerichteten Selbstbehauptungswillen und das Widerstandsvermögen lähmen.

b) Der Minderheitsangehörige gibt sein Volkstum auf und geht zum Mehrheitsvolke über: es ist nur folgerichtig, wenn er dann auch auf seinen bisherigen Namen (in irgendeiner der vier möglichen Formen) verzichtet und auch nach außen hin eine eindeutige Lage schafft. *iv*

c) Der Angehörige des Mehrheitsvolkes wohnt dauernd inmitten fremdvölkischer Umgebung, vielleicht gar innerhalb des geschlossenen Siedlungsraumes einer nationalen Minderheit, der gegenüber er nun seinerseits „Minderheit“ ist; er bleibt zwar Glied seines Volkstums, aber Anpassungstrieb und fortwährende Berührung mit dem wirtschaftlichen und kulturellen Leben des Minderheitsvolkes führen ihn zur Annahme eines fremdvölkischen Namens entweder in der Form der Übersetzung in die Minderheitssprache oder der gänzlichen Neubenennung.

d) Der Angehörige des Mehrheitsvolkes paßt sich seiner Umgebung auch innerlich so vollkommen an, daß er sein Volkstum aufgibt und sich der Minderheitsnation anschließt; in diesem Falle ist die Annahme des neuen Namens nur die sichtbare Kenntlichmachung der veränderten Lage. —

Einen besonderen Hinweis verdient noch die Umtaufe von Grundstücken, Straßen, Ortschaften, geschäftlichen Unternehmungen jeder Art, von Zeitungen, Zeitschriften, Vereinen, Gesellschaften selbst rein privater Natur, von Unterrichts- und Wohltätigkeitsanstalten, von Selbstverwaltungskörpern und deren Einrichtungen, endlich sogar — letzte Errungenschaft des Kulturstaates Italien! — von Kirchen, Friedhöfen und Grabsteinen, die, als Veranstaltungen oder Eigentum der Minderheitsangehörigen, auf dem Wege verschleierten Zwanges oder auch roher, schamloser Gewalt neue Namen, neue Bezeichnungen, neue Inschriften erhalten.

Auf derselben Ebene liegt dann das Verbot alteingebürgerter, dem Minderheitsvolke verehrungswürdiger und teurer Namen, wie „Deutschböhmen“, „Sudeten-Deutschland“, „Süd-Tirol“ oder auch schlechthin „Tirol“ und etwaiger davon abgeleiteter Bezeichnungen: eine Zeitung darf natürlich nicht mehr „Der Tiroler“, eine Verlagsbuchhandlung nicht mehr „Tyrolia“ heißen. Und selbst die Erinnerung an ehrwürdige Heldengestalten oder geschichtliche Führer des Minderheitsvolkes wird verbannt: Jede Spur von Andreas Hofer soll ausgetilgt und sogar der vor über siebenhundert Jahren in Südtirol geborene nationaldeutsche Dichter Walter von der Vogelweide soll aus dem Bewußtsein der Minderheitsnationalität ausgelöscht werden. So darf sich nun auch ein Verlagsunternehmen in Bozen nicht mehr „Der Vogelweider“ nennen; und die französische Polizeigewalt im Elsaß hat es schon seit längerer Zeit auf das große buchhändlerische und Zeitungsunternehmen „Erwinia“, das von dem deutschen Erbauer des Straßburger Münsters Erwin von Steinbach seinen Namen führt, abgesehen.



### § 3. Religionsbekenntnis.

Als eine weitere inhaltliche Bestimmung der Minderheit erweist sich das religiöse Bekenntnis der Nationalitätsangehörigen. Auch hier hat man es — wie bei der Erörterung der Sprachenfrage — mit vier möglichen Minderheitsgestaltungen zu tun, die aus der Kreuzung der zwei Begriffspaare: religiöse Einheitlichkeit der Minderheit oder religiöse Spaltung der Minderheit und religiöse Übereinstimmung der Minderheit mit dem Mehrheitsvolke oder Verschiedenheit der minderheitlichen Religionsverhältnisse von denen des Staatsvolkes, erwachsen. Liegt der Fall der religiösen Spaltung des Minderheitsvolkes vor — sei es in Übereinstimmung mit dem Mehrheitsvolke oder im Gegensatz zu ihm —, so steht der Nationalitätenforscher alsbald wieder vor der Aufgabe, die zahlenmäßige Vertretung der einzelnen Bekenntnisse innerhalb des gesamten Minderheitsvolkes, dann aber auch innerhalb einzelner Bevölkerungsklassen der Minderheit und gegebenenfalls auch auf bestimmt abgrenzbaren Teilgebieten des Wohnraumes der betreffenden Nationalität zu ergründen. Eine bedeutsame Bereicherung minderheitsvolkskundlicher Einsichten ließe sich weiterhin unter Umständen gewinnen, wenn aus der Verflechtung des sprachlichen (§ 2) und des religiösen (§ 3) Merkmales das Vorhandensein oder Nichtvorhandensein eines inneren Zusammenhanges zwischen beiden dargetan werden könnte. —

Hier ist wohl auch der Ort, in aller Kürze des unendlich verwickelten, einheitlich kaum zu lösenden Problems der jüdischen Minderheiten zu gedenken. Sind die Juden in Ostmitteleuropa eine völkische, eine religiöse oder eine sprachliche Minderheit? In folgenden Erscheinungsformen kommen sie in den „Nachfolge“- und „Rand“-Staaten vor:

a) Als National-Juden: 1. mit hebräischer oder 2. „jiddischer“ (verderbtes Deutsch-Jüdisch) oder 3. mit einer der üblichen Nationalsprachen (als Deutsch, Litauisch, Polnisch, Magyarisch, Esthnisch, Tschechisch usw.), wobei die abgesonderte religiöse Einheitlichkeit fast ausnahmslos gewahrt ist;

b) als religiöse Minderheit mit denselben drei Sprachgruppen, wobei die völkische Absonderung nicht (oder jedenfalls nicht freiwillig, sondern höchstens erzwungenermaßen) vorhanden ist und sich vielmehr das Bestreben zeigt, bei strenger Aufrechterhaltung der religiösen Eigengemeinschaft im fremden Volkstume — sei es dem Staatsvolk, sei es einer Minderheitsnationalität — aufzugehen. Das Neben-, Gegen- und Ineinander dieser sechs Minderheitsgestaltungen, in denen der jüdische Mensch im östlichen Mitteleuropa gruppenbildend auftritt, ist die Ursache für die ungeheure Schwierigkeit dieser ganz besonderen, beispiellosen Minderheitsfrage. Sie mußte aus zwei Gründen in dieser Arbeit mindestens gestreift werden: ohne die jüdischen Minderheiten und ihre verzweifelte Fragwürdigkeit gäbe es auch heute (trotz aller Ungerechtigkeiten und Sinnlosigkeiten der Pariser Friedensschlüsse) wahrscheinlich noch keinen internationalen Minderheitenschutz; denn sie und ihre Vertreter waren es, die den Präsidenten Wilson so eindringlich von der Unhaltbarkeit ihrer Lage in den gemischt-völkischen Gegenden, die neu verteilt werden sollten, zu überzeugen wußten, daß dank diesem ihrem Drängen das ganze Nationalitäten- und Minderheitenproblem auf der Pariser Konferenz in Fluß kam. Andererseits besteht für uns Deutsche noch ein

besonderer Anlaß zur Beschäftigung mit den jüdischen Minderheitsgruppen: ihre enge Verquickung mit der deutschen Sprache — entweder in der Form des Jiddischen oder in der reineren Form einer mit jüdischer Klangfarbe gesprochenen, oft etwas verzerrten deutschen Sprache — brachte es mit sich, daß sie früher für die Ausbreitung des Deutschen als Handels- und Verkehrssprache in Osteuropa und Rußland wirkten (nach Art des verderbten, mit malayischen und chinesischen Bestandteilen durchsetzten „Pigeon-English“ im Handelsverkehr Ostasiens), und daß sie heute, unter veränderten Verhältnissen, von nicht unerheblicher Bedeutung für die deutschen Minderheiten und besonders deren Schulwesen sind.

#### § 4. Gesellschaftliche Schichtung, berufliche Gliederung.

Einen neuen Gesichtspunkt für die Wesenserkenntnis einer Nationalität gewinnt man aus der Frage nach der gesellschaftlichen Schichtung und nach der beruflichen Gliederung des Minderheitsvolkes — wiederum gemessen an den entsprechenden Verhältnissen des Mehrheitsvolkes und der etwa vorhandenen anderen Nationalitäten des Staates. Ist die Minderheit „autark“, wenn ich dieses Wort auf eine Volksgruppe anwenden darf: d. h. verfügt sie in hinreichendem Ausmaße über sämtliche sozialen und wirtschaftlichen Bevölkerungsschichten, die zum gesunden und lückenlosen, vollständigen Aufbau eines Volkskörpers notwendig sind? Oder ist der Aufbau unvollständig, lückenhaft, so daß die Minderheit der Ergänzung aus den entsprechenden (ihr mangelnden oder bei ihr ungenügend vorhandenen) Berufsständen eines Fremdvolkes bedarf? Drei Fälle sind hier denkbar:

a) Die Minderheit schwebt, sozusagen, in der Luft, indem notwendige, unentbehrliche Glieder (Bauer, Arbeiter) fehlen, die die Verbindung mit dem Boden oder mit werktätiger Arbeit in Gewerbe und Industrie herstellen;

b) die Minderheit entbehrt in ihrem Aufbau der führenden Klassen, der Krönung, insofern die Vertreter der geistigen Berufe oder der wirtschaftlichen Oberschicht gar nicht oder in zu geringer Zahl vorhanden sind;

c) oder aber es fehlt der gewerbliche bzw. kaufmännische Mittelstand. —

Mit dieser „statischen“ Betrachtungsweise, die die augenblicklich gegebene ständische Gliederung des Minderheitsvolkskörpers als eine feste, beharrende, im wesentlichen gleichbleibende Größe nimmt, wäre nun aber die „dynamische“ zu verbinden, welche die etwa sich anbahnenden Verschiebungen innerhalb des Bevölkerungsgefüges, etwa vorhandene, noch kaum merkbare Neigungen („Tendenzen“) zu gesellschaftlichen Neubildungen, Umschichtungen, Rückbildungen in den Kreis ihrer Erwägungen zu ziehen hat. Und bei alledem muß auch hier wiederum (wie bei der Erörterung der Volkszahl, der sprachlichen Verhältnisse und des Religionsbekenntnisses) die nachspürende Berücksichtigung aller etwa von außen kommenden Einflüsse gefordert werden, die sich in Vergangenheit oder Gegenwart, hemmend oder fördernd, auf die beruflich-ständische Gliederung der Nationalität ausgewirkt haben oder dies jetzt tun. Derlei Erkenntnisse können außerordentlich fruchtbar sein; die Bedeutung solcher statistisch feststellbaren Tatsachen für die Widerstandskraft und den Selbstbehauptungswillen des Minderheitsvolkes liegt auf der Hand.

### § 5. Wirtschaftsleben und wirtschaftliche Lage.

Im engen Zusammenhange mit der soeben erörterten Frage des ständisch-gesellschaftlichen Aufbaues der nationalen Minderheiten steht das letzte der fünf bevölkerungsstatistischen Merkmale der Nationalitätenforschung: die wirtschaftliche Lage der Minderheit. Sie ist im hohen Maße ausschlaggebend für das selbständige Dasein des Minderheitsvolkes in Gegenwart und Zukunft wie auch für die Rolle, die es innerhalb der gesamten Staatsbevölkerung spielt. Es handelt sich dabei nicht schlechthin um die Tatsachen zunehmenden Wohlstandes oder wirtschaftlicher Beharrung oder fortschreitender Verarmung der einzelnen Minderheitsangehörigen, sondern sehr wesentlich auch um die Formen, in denen die wirtschaftlichen Kräfte des gesamten Minderheitsvolkes zusammengefaßt werden: Ausbildung des Genossenschaftswesens, Errichtung und Betrieb minderheitseigener Banken, Vergemeinschaftung des gesamten Kreditverkehrs. Selbstverständlich wären hier dann auch die natürlichen Voraussetzungen des nationalen Wirtschaftslebens, — Bodenschätze jeder Art, Ergiebigkeit des landwirtschaftlichen Anbaubgebietes, Waldbestand — und seine künstlich geschaffenen Bedingungen — Industrieanlagen, Verkehrswege aller Art — zu prüfen und in Rechnung zu stellen; und alle erwähnten Einzeltatsachen müßten wiederum verglichen werden mit den gleichen Erscheinungen und Gegebenheiten in der Wirtschaft des Mehrheitsvolkes und in der Gesamtwirtschaft des Staates. Daraus erst kann ein Schluß gezogen werden auf die selbständige wirtschaftliche Kampfkraft und die Lebensfähigkeit der Minderheitsnationalität, auf ihren Einfluß innerhalb des Staatsganzen und auf den Grad von gerechter Behandlung oder von Benachteiligung — vor allem in Sachen der Besteuerung und Besitzenteignung —, der sie seitens des herrschenden Volkes unterworfen wird. Auch hier erheischen schließlich etwa keimhaft vorhandene Ansätze zu neuen Entwicklungen innerhalb des Wirtschaftskörpers der Minderheit strengste Beachtung; wo wirtschaftliches Gleichgewicht vorhanden ist, könnten neue Strömungen, neue Zielsetzungen eine Erschütterung des wirtschaftlichen Gefüges heraufbeschwören; wo der Gleichgewichtszustand nicht erreicht ist, könnte in ihnen der Anfang der Gesundung und Festigung liegen. Der Gesamthaushalt des Minderheitsvolkes — seine Vermögenssubstanz sowohl als die vorhandenen „potentiellen Energien“ des Wirtschaftslebens — erweisen sich als ein Hauptmerkmal für die Wesenserkenntnis der nationalen Minderheit.

## II. Abschnitt:

### Geographische Kennzeichen.

#### § 6. Lebensraum und Siedlungsart.

Geographisch-statistischer Natur ist der nächste Gesichtspunkt, unter dem die völkische Minderheit betrachtet werden muß. Hier handelt es sich um den Lebensraum, der ihr zur Verfügung steht, und ebenso sehr um die Veränderungen, die er durch äußere oder innere Einwirkungen erfährt. Gerade bei dieser Frage sieht sich der Nationalitätenforscher eindringlichst auf das Studium der Vergangenheit hingewiesen; denn nur daraus ergeben sich die folgenschweren Feststellungen, ob er es mit einer alteingesessenen, boden-



ständigen Minderheit zu tun hat und ob z. B. der bei einer Minderheit anzutreffende Zustand der Landlosigkeit der ursprüngliche war oder nur das Ergebnis umstürzender Ereignisse, gewaltsamer Eingriffe in altererbte Eigentumsrechte ist. Damit hängt aufs engste zusammen die Entscheidung darüber, ob wenigstens ein erheblicher Teil des Minderheitsvolkes noch heute in der Ackerscholle wurzelt, was wieder von allergrößter Tragweite für die Beurteilung des ständischen Aufbaues und der Berufsgliederung der Nationalität sein muß und die wesentliche Verknüpfung des Raum-Merkmales mit dem der wirtschaftlichen Schichtung, wie sie unter § 4 erörtert worden ist, offenbart. Darüber hinaus aber gilt die weitere Untersuchung den verschiedenen möglichen Siedlungsformen der Minderheitsvölker und — wenn bei Einer Nationalität mehrere dieser Formen vorkommen — dem zahlenmäßigen Anteile sowohl der Bevölkerung als auch der Bodenfläche an jeder dieser Formen. Zwei äußerste Grenzfälle sind hier denkbar: sie treten in Erscheinung einerseits, wenn die Minderheitsglieder insgesamt in räumlich geschlossenem Zusammenhange siedeln, andererseits, wenn sie alle über das ganze Staatsgebiet zerstreut wohnen. Dazwischen finden sich eine Reihe von Übergangsformen und Zwischenstufen, z. B. Sprach- oder, vielleicht besser, Nationalitätsinseln, bei denen wieder zu unterscheiden wäre, ob es sich um ein rein bäuerlich-ländliches Siedlungsgebiet handelt, dessen Bewohner zur Befriedigung ihrer Markt-Bedürfnisse auf die nächstgelegene, bereits fremdvölkische Stadt angewiesen sind, oder um eine rein städtische Volksinsel ohne volksgleiches Hinterland, deren Bevölkerung demnach zum Warenaustausche der fremdvölkischen ländlichen Umgebung bedarf, oder endlich um ein bäuerliches Siedlungsstück mit volksgleichem städtischem Siedlungskern, so daß der gegenseitige Umsatzverkehr zwischen Stadt und Land sich in der Hauptsache nur unter Angehörigen gleicher Nationalität abzuspielen braucht. Auch inmitten einer ihrer Mehrheit nach fremdvölkischen Stadt findet sich bisweilen eine Minderheitsinsel räumlichen Gepräges, die dann auch für die in den übrigen Stadtteilen zerstreut lebenden Volksglieder einen nicht nur kulturellen, sondern auch — was für die Wachhaltung des Zusammengehörigkeitsgefühls sehr wesentlich ist — örtlichen Mittelpunkt bilden kann. Ich denke hierbei z. B. an den großen Häuserblock der Deutschen Evangelischen Gemeinde in Bukarest zwischen Strada Luterană und Calea Victoriei mit Kirche, drei großen Schulen, Pfarrhäusern, Verwaltungsgebäuden, Kaufläden und Geschäftshäusern, Kindergärten, Internaten und Versammlungsräumen, die eine wahre deutsche Insel im rumänischen Meere der Landeshauptstadt bildet und einen wirklichen geistigen, geschäftlichen, geselligen und eben auch örtlichen Sammelpunkt des Bukarester Deutschtums darstellt. Das „Deutsche Haus“ am „Graben“ Nr. 26 in Prag mit seinen Baulichkeiten, politischen Geschäftsstellen und Beratungszimmern, Wirtschafts- und Geselligkeitsräumen, Gärten und der „Kleinen Deutschen Bühne“ bedeutet, wenn auch natürlich in viel geringerem Maßstabe, einen ähnlichen räumlichen Mittelpunkt des deutschen Volkstums in der tschechischen Hauptstadt. Gar nicht so selten kommt es ferner vor, daß innerhalb eines Staatsgebietes mehrere Formen minderheitlicher Siedlung vertreten sind. Am auffälligsten springt diese Erscheinung beim deutschen Volke in der Tschecho-

slowakei in die Augen. Denn hier begegnen dem Forscher so ziemlich alle Arten von menschlicher Gemeinschaftsniederlassung, die ersonnen werden können: der große in sich abgeschlossene Raumzusammenhang, die kleine bäuerliche Volksinsel ohne städtischen Kern, die ländliche Sprachinsel mit fremdvölkischer Stadt in der Mitte, die städtische Insel, rings umzäunt von fremdvölkischer bäuerlicher Umgebung, die größere ländliche Volksinsel mit volksgleichem städtischem Kern, die völkische Minderheit in überwiegend fremdvölkischer Stadt, die vollständige Zerstreuung und Vereinzelung unter lauter volksfremder Bevölkerung. Was es für die auf den kleinen Sprachinseln oder in völliger Vereinzelung lebenden Minderheitsgliedern bedeutet, in ihren wirtschaftlichen oder völkischen Sorgen und Nöten sich auf das eigene Volkstum im großen, wirtschaftlich starken Siedlungsgebiete stützen zu können, ist augenscheinlich. Denn gerade an ihnen zehrt ja die dauernde und hartnäckige Abbröckelungsarbeit der sie umbrandenden fremdvölkischen Flut, während am festgefühten Raumzusammenhange der Nationalität die Absprengungspläne gegnerischen Volkstums viel weniger leicht Erfolg haben. Immerhin sind auch in solch großen, wirtschaftsstarken Siedlungsräumen eines Minderheitsvolkes nicht selten fremde Einschießel zu beobachten; die Staatsgewalt in der Hand des Mehrheitsvolkes verfügt über tausend Mittel und Wege, um Einbuchtungen in der Nationalitätengrenze zu erzwingen, um durch Beamtenversetzungen, bäuerliche Kleinsiedlungen, Verpachtung staatlicher Monopolverschleißstellen und ähnliche Verwaltungsmaßnahmen kleine volksfremde Zellen mit möglichst kinderreichen Familien in das einheitliche, geschlossene Wohngebiet der nationalen Minderheit einzusprengen und auf diese Weise künstlich im bisher reinen, völkisch unvermischten Minderheitsraume eine volksfremde „Minderheit“ von Angehörigen des Mehrheitsvolkes zu schaffen. Diese neue, künstliche Minderheit beansprucht nun ihrerseits alle die Rechte, die dem staatlich anerkannten Minderheitsvolke gewährleistet sind, und andererseits natürlich auch alle die Vorteile, die dem Mehrheitsvolke an sich schon zukommen, und gibt der Regierung bei planmäßiger Fortführung solcher Maßnahmen die Möglichkeit, das vormals einheitliche Minderheitsgebiet nunmehr als gemischt-völkisch zu erklären und zu behandeln. Winkler<sup>1)</sup> hat für derartige „systematisch angelegte“ Minderheiten den schlagenden Ausdruck „Eroberungsminderheiten“ geprägt. Es wird mit diesem Worte aufs glücklichste der Volkskampf um den Grund und Boden gekennzeichnet und an das staatliche Ziel einer Durchsetzung des Lebensraumes der Nationalitäten mit fremdvölkischen Zellen erinnert, ein Ziel, das sich in all den neuen und vergrößerten Staaten des Ostens, Südostens und Südens hinter dem scheinbar harmlosen Schlagworte „Bodenreform“ verbirgt. Dieser Gedankengang führt schließlich zum letzten der hier aufzuzeigenden Probleme, nämlich zur Frage nach der Besitzverteilung des minderheitlichen Bodenvermögens in Stadt und Land. Es ist von lebenswichtiger Bedeutung gerade für eine in ihrem Grund-Eigentume und damit in ihrer Erdverbundenheit von außen her bedrohte Volksgemeinschaft, ob in ihrer Mitte Grundstücksspekulation und Bodenwucher ihr Unwesen treiben

1) Wilhelm Winkler, „Die Minderheitenfrage“, Wien 1925. S. 20.

dürfen, ob eigensüchtiger, ungesunder Latifundienbetrieb die Seßhaftmachung einer möglichst großen Zahl von weniger bemittelten Volksgliedern verhindert und dadurch unschätzbare Gemeinschaftswerte gefährdet, ob umgekehrt eine restlose, engstirnige Besitzerstückelung den Gesamtertrag verringert und damit das Einkommen und die Lebenshaltung der völkischen Minderheit schädigt, — oder ob die unter den gegebenen natürlichen Bedingungen (wie vor allem Klima und Bodenverhältnisse) in nationalwirtschaftlicher und bevölkerungspolitischer Hinsicht denkbar günstigste Verteilung der landwirtschaftlichen Nutzfläche und des städtischen Bebauungsgeländes hat erzielt werden können. Nur die dauernde gleichzeitige Berücksichtigung beider Gesichtspunkte — des bevölkerungspolitischen und des nationalwirtschaftlichen — in der Gestaltung der Grundbesitzverhältnisse, also die nach beiden Seiten hin bestmögliche Verwendung und Ausnutzung des minderheitlichen Siedlungsgebietes verbürgt der Nationalität das unter den obwaltenden Umständen erreichbare Höchstmaß an Raumsicherheit, Erdverwurzelung, Bodenständigkeit und damit an Beharrungsvermögen.

§ 7. Grenze: reinliche Scheidung oder Mischung;  
Raumberührung mit dem Muttervolke (Grenzlandminderheit)  
oder völlige Vereinzelung (Fernminderheit).

Von beträchtlicher Wichtigkeit für die Wesensbestimmung des Minderheitsvolkes und seine Selbstbehauptung ist weiterhin das geographisch-geopolitische Merkmal der Grenze, und zwar in doppelter Hinsicht: einmal als Absonderung gegenüber dem Mehrheitsvolke bzw. gegenüber anderen Nationalitäten des gleichen Staates, zweitens als Anrainung und Raumberührung mit dem etwa vorhandenen eigenen Mutter- und Stammvolke im anderen Staate. Die klare, Übergangslose Abgrenzung des minderheitlichen Volksbodens vom Wohngebiete der anderen, fremdvölkischen Gruppen fördert den inneren Zusammenschluß der nationalen Gemeinschaft, indes die Auflockerung des Grenzstreifens mit seinen zahlreichen ineinander verschwimmenden Übergangs- und Mischstufen den seelischen Zusammenhalt und das Gemeinschaftsgefühl der Volksgenossen oder mindestens ihrer Vorposten schwächen kann. Als eine erhebliche Erleichterung im nationalen Abwehrkampfe ist es ferner anzusehen, wenn Sprach- und Volksgrenze zusammenfallen und die völkische Eigenart der Minderheit sich infolgedessen noch reiner und klarer von dem Volkstume der übrigen Staatsbürger sondert. Ein ganz unvergleichlicher Vorteil aber für die Selbstbehauptung des Minderheitsvolkes liegt darin, daß sein Siedlungsgebiet günstigen Falles an dasjenige des eigenen Hauptvolkes unmittelbar angrenzt, die Minderheit also nicht in der räumlichen Vereinzelung ihres Staates lebt. Die Staatsgrenze bedeutet dann für die Minderheitsnationalität nicht Trennung, sondern Berührung und Zusammenhang mit den lebendigen Kräften des Muttervolkes in dessen eigenem Staate, mögen wider diese innere Gemeinsamkeit auch noch so viele äußere Schranken durch übelwollende politische Mächte errichtet werden. Man pflegt eine völkische Minderheit, die sich in dieser glücklichen geographischen Lage befindet, eine „Grenzlandminderheit“ zu nennen; für den entgegengesetzten Fall einer vollständigen räumlichen



Trennung und Abspaltung der Nationalität von ihrem Stammvolke hat Winkler<sup>1)</sup> den Ausdruck „Fernminderheit“ vorgeschlagen. Die Südtiroler, die Sudetendeutschen (im weitesten, heute üblichen Sinne des Wortes), die Deutschen in Ost-Oberschlesien und in Westpolen, die Deutschen im Memellande und in Nordschleswig, die Elsässer, — sie alle sind Grenzlanddeutsche, während wir ja die zahlreichen übrigen deutschen Minderheiten in den ost- und südosteuropäischen Staaten mit dem gesamten Deutschland in Übersee unter dem Begriffe des Auslandsdeutschums zusammenzufassen gewohnt sind. Für die anderen Staatsvölker, die Teile ihres Volkstums unter fremder Staatshoheit wissen, überwiegt die Form der Grenzlandminderheit.

### III. Abschnitt:

#### Historisch-politische Bestimmungsgründe.

§ 8. Bruchteil eines über eigenen Staat verfügenden Gesamtvolkes oder staatsloses Eigenvolk im fremden Staate.

Wenn ich mich nunmehr den historisch-politischen Bestimmungsgründen des Minderheitsvolkes zuwende, so komme ich zu einem Gegenstande, der mit dem soeben erörterten Probleme aufs engste verknüpft ist. Die dargelegte Unterscheidung von Grenzland- und Fernminderheiten setzt nämlich voraus, daß eben ein Haupt- oder Muttervolk mit eigenem Staate überhaupt vorhanden sei, das dann im glücklichen Falle räumlicher Nachbarschaft der unter fremder Staatsgewalt lebenden volksgleichen Minderheit als starke Stütze zu dienen vermag, aber auch beim Fehlen dieser günstigen Bedingung sich des fernen Volksteiles annehmen kann. Beide Möglichkeiten lassen die Minderheitsnationalität — volklich gesehen — als losgesprengtes Bruchstück des großen Gesamtvolkes erscheinen, mit dem sie durch Bluts- und Kulturgemeinschaft, oft genug auch durch Gemeinsamkeit des geschichtlichen Erlebens, schicksalhaft verbunden bleibt. Es ist unvermeidlich, daß sich hier schon die Fäden hinüberspinnen nach dem Bereiche des geistig-kulturellen Lebens und des Gesinnungsmäßigen in jedem Minderheitsdasein. Die Sehnsucht des losgetrennten Volksbruchteiles nach der Heimkehr ins Vaterhaus, zum Muttervolke und zu dessen Staate, kann geradezu entscheidend werden für Gegenwart und Zukunft der Minderheit. Im Zeitalter der Nationalitätsidee und des „freien Selbstbestimmungsrechtes der Völker“ mag gar manche Minderheitsnationalität nur in dieser neuen und endgültigen Verschmelzung mit ihrem Gesamtvolke zu staatlicher Einheit die gottgewollte Erfüllung ihres Geschickes erblicken. — In einem ganz anderen Lichte stellt sich die Minderheit dar, die des — freilich oft schmerzlichen — Glückes entbehren muß, an einem eigenen Hauptvolke mit eigenem Volksstaate Anlehnung, Stärkung, Rückhalt finden zu dürfen. In diesem Falle handelt es sich also um ein national selbständiges staatsloses Eigenvolk, das als Minderheit im Staate eines Fremdvolkes lebt. Die Geschichte des irischen Volkes — erst wider seinen Willen als Glied des Vereinigten Königreiches Großbritannien und Irland, jetzt erzwungenermaßen als Dominion und Freistaat innerhalb des Britischen

<sup>1)</sup> Wilhelm Winkler, a. a. O.

Reiches — zeigt mit erschreckender Deutlichkeit, welch seelische Verwüstungen solch ein lediglich durch Gewalt herbeigeführter und nur mit Gewalt aufrecht erhaltener Zustand im Volksleben der Minderheit anzurichten vermag. Auch die Basken im französisch-spanischen Grenzgebiete der Pyrenäen, die Bretonen in Nordfrankreich, teilweise die Provençalern im Rhoneland, ferner die Walliser, dann die Friauler, die Wenden in der preußisch-sächsischen Lausitz, namentlich aber die Katalonier und — vor 1919 — die Polen der drei Teilungsmächte, — sie alle kennzeichnen sich als national selbständige staatslose Eigenvölker und leiden meistens unter der Tatsache, daß sie dem Staate eines Fremdvolkes als Minderheit einverleibt sind. Manche der genannten Nationalitäten bestehen nun freilich nur noch als letzte geschichtliche Überbleibsel einer seit Jahrhunderten versunkenen Zeit. In anderen aber wieder ist das völkische Sonderbewußtsein noch durchaus lebendig und als treibende Kraft wirksam oder unter dem Anhauche sieghafter Ideen zu neuem Leben aus der Erstarrung erwacht. Die erfolgreichen Kämpfe der Balkanvölker um ihre Befreiung von der Herrschaft des Osmanischen Reiches, die Losreißung der Tschechen, der Slowaken, der Polen, der Slowenen und Kroaten von der Doppelmonarchie und ihr Aufstieg zu eigener Staatlichkeit, die Staatsgründungen in den vormals dem Russischen Reiche angehörenden Baltischen Landen, endlich die Befreiung der ehemals preußischen und russischen Polen sind zweifellos Beispiel und Ansporn für die jetzt noch als hoffnungslos vereinzelt Minderheiten im fremden Staatsverbande lebenden Nationalitäten.

#### § 9. Geschichtliches Verhältnis zum Mehrheitsvolke. Problem der Abstammung.

Derlei Erwägungen führen nun schon mitten hinein in eine zweite Aufgabe historisch-politischen Gepräges: die Minderheitsforschung steht vor der Notwendigkeit, das geschichtliche Verhältnis der Nationalität zum Mehrheitsvolke bis in die Einzelheiten hinein zu prüfen; nicht handelt es sich hier — dies sei von vornherein bemerkt — um die gegenwärtige innere Stellung des Minderheitsvolkes zur Mehrheitsnation und zu deren Staate; das ist zum großen Teile eine Angelegenheit der Gesinnung und der Stimmung, die sich jedenfalls nicht lediglich als ein historisch-politisches Merkmal der völkischen Minderheit erfassen läßt, sondern auch dem Bereiche der seelisch-geistigen Gegebenheiten angehört. Es gilt vielmehr, dem Werdegange der beiden Völker, die heute als Mehrheits- und Minderheitsvolk im gleichen Staate einander gegenüberstehen, in ihren geschichtlichen Beziehungen und ihrer wechselseitigen Bedingtheit durch die Jahrhunderte hindurch nachzuspüren und entscheidende Folgerungen für die jetzige Lage des Minderheitsvolkes daraus herzuleiten. Wichtig erscheint mir dabei eine Reihe von Gesichtspunkten, deren Würdigung wertvolle Rückschlüsse auf das geschichtliche Verhältnis der beiden Völker gestattet. In den Vordergrund rückt die Frage der Abstammung und zwar in einer doppelten Wendung: für die Erfassung des Wesens einer völkischen Minderheit ist es einmal bedeutungsvoll, ob sie aus einer biologisch-anthropologisch einheitlichen Menschenmasse besteht — oder zu bestehen glaubt; sodann, ob sie sich eben ihrer blutmäßigen Herkunft und Eigenart nach

vom Mehrheitsvolke unterscheidet — oder verschieden fühlt. Die den neuen oder wesentlich umgebildeten Staaten Mittel- und Osteuropas von den Verbündeten und Zusammengeschlossenen Hauptmächten („*Principales Puissances Alliées et Associées*“) aufgezwungenen Minderheitenschutzbestimmungen sprechen bald von „*minorités de race (de religion et de langue)*“, bald von „*minorités ethniques (de religion et de langue)*“. Der Völkerbund hat sich in seinen Verhandlungen diese Ausdrücke zu eigen gemacht, während die Wissenschaft (ebenso wie die meisten internationalen Vereinigungen, die sich mit dem Minderheitenproblem befassen) die Wendungen „*minorités nationales*“ und „*minorités ethniques*“ bevorzugt. Nun läßt sich der biologische Gattungsbegriff der „Rasse“ sicher nicht als Unterscheidungskennzeichen unter den europäischen Nationalitäten benützen: dazu ist, gerade und namentlich in den von den Minderheitsschutzvorschriften erfaßten Gebieten, die Blutmischung viel zu weit vorgeschritten. Der abwechselnde Gebrauch von „*minorités de race*“ und „*minorités ethniques*“ zeigt ja auch an, daß weniger an die blutmäßige, also im naturwissenschaftlichen Sinne „rassische“ Sonderung des Minderheitsvolkes vom Mehrheitsvolke gedacht wurde als an die Tatsache der Herkunft aus verschiedenen Menschengemeinschaften, die der Abstammung nach einander sogar recht nahe verwandt sein konnten, aber, durch entscheidende geschichtliche Ereignisse auseinandergeführt, sich zu selbständigen Volksgruppen eigener Prägung entwickelten. Daß sich dann aus dem lebendigen Bewußtsein solcher völkischen Verschiedenheit im Laufe der Zeit oft genug eine Art rückwärts gewendeter Ideologie bildet, die von der gegebenen völkischen Sonderung auf eine in die ferne Vergangenheit zurückreichende rassisch-blutmäßige Verschiedenheit schließt, ist bekannt. Die so aus nationaler Selbstbesinnung, aus völkischem Selbstbehauptungswillen entstandene Rassenlehre hat wenig oder nichts mehr mit den historisch-politischen Tatbestandsmerkmalen des Minderheitsvolkes zu tun; sie gehört dem Bereiche der innerlichen, geistig-sittlichen Gegebenheiten<sup>1)</sup> an, aus denen die Nationalität sich aufbaut.

Ein bezeichnendes Licht fällt vom Sprachenproblem (§ 2) her auf die Frage der Abstammung. Woran die ursprüngliche Herkunft aus einem deutschen Hause erkennen, wenn einerseits unter den fremden Völkern zahlreiche deutsche Geschlechternamen weithin verbreitet sind und wenn auf der anderen Seite eine Unmenge deutschbürtiger Familien in volksfremder Umgebung ihren alten Namen aufgeben zu sollen geglaubt haben! Da auch die Umgangs- bzw. Haussprache als Beweismittel oft versagt (vgl. die hierauf bezüglichen Ausführungen unter § 2, S. 135 [23] ff.), geschichtliche Überlieferungen aber häufig ganz fehlen oder nur in entstellter Form sich erhalten haben, und die Geschlechterforschung verhältnismäßig schwach entwickelt ist: so entzieht sich der Ursprung von nicht wenigen Familien der Minderheitsvölker, namentlich in völkisch stark gemischten Gebieten, vielfach jeglichem Aufhellungsversuche. Ganz anders liegt der Fall bei solchen Nationalitäten, deren einheitliche Herkunft aus einer gemeinsamen Heimat unbestreitbar nachzuweisen und deren geschichtliche Überlieferung als ein starker Unterstrom des völkischen Bewußtseins lebendig geblieben ist.

<sup>1)</sup> Siehe Abschnitt IV, vor allem § 11.



Wenn man nun über den Begriff der Abstammung und über die Tatbestände, die unter ihm zusammengefaßt zu werden pflegen, hinausgeht und sich den geschichtlichen Beziehungen zwischen Völkern zuwendet, die heute als Mehrheits- und Minderheitsnation dem gleichen Staate angehören, so drängt sich als erstes die Erwägung auf, ob die beiden Gruppen von jeher, seit der Begründung der sie verbindenden staatlichen Gemeinschaft, als Mehrheits- und Minderheitsvolk, als Staatsnation und Nationalität, als herrschende und beherrschte Gesamtheiten einander gegenüberstanden. Ist diese Beziehung der Ungleichheit als ursprünglich und dauernd gegeben anzusehen, so muß weiter untersucht werden, ob von allem Anfang an und ununterbrochen bis zur Gegenwart die Nation A die Staatsgewalt über die Nation B ausgeübt hat, oder ob im Ablaufe der Geschichte die Rollen (unter schweren Kämpfen und Erschütterungen) zeitweilig oder gar auf die Dauer vertauscht worden sind, dergestalt, daß B zur Herrschaft über A gelangt ist. Aus diesem für die heutige Stellung der Minderheitsnation im Staate sehr wesentlichen Merkmale leitet sich eine ganze Kette von Problemen ab: welches der beiden Völker gilt vor dem sachlichen Urteil der geschichtlichen Forschung als das staatsbauende, und welches von ihnen ist erst zugewandert? Hat sich der Zustrom der fremden Nationalität mit Einem Male und in geschlossener Masse ins Land ergossen, oder hat er sich stufenweise in einzelnen Gruppen (die deshalb doch große Zahlen umfassen mögen) und zu verschiedenen Zeiten vollzogen? Ferner kann die Niederlassung vor sich gegangen sein, als die staatsgründende Stammesgruppe noch nicht endgültig zu einer in sich fertigen Volkheit geformt war, also in einem sehr frühen Zeitraume ihrer völkischen Entwicklung, so daß die aus der Fremde einströmende Bevölkerung die Staats- und Volksbildung, das Staats- und Volkswerden der Einheimischen entscheidend mit bestimmte? Ein anderer Tatbestand liegt vor, wenn die Einwanderer zwar erst dann ins Land kamen, als das Zeitalter der geschilderten Entwicklung schon beendet war und sie ein bereits in sich gefestigtes herrschendes Volkstum vorfanden, aber doch noch früh genug, um dem jungen Staatswesen auch noch ihren Stempel aufdrücken zu können. Und schließlich mag sich ihre Ansiedlung erst in einem bereits endgültig fertig ausgeprägten Staate verwirklicht haben, der schon seit längerer Zeitspanne seine bleibende Gestalt gefunden hatte. Andererseits liegt ein ähnlich bedeutsamer Bestimmungsgrund in der Feststellung, ob die fremde Nationalität aus einem Lande mit gesicherter staatlicher Ordnung kam, oder ob sie ihre Heimat verließ, als dort die Staatsbildung erst im Werden begriffen war und die öffentlichen Zustände, noch unfertig, sich im Flusse befanden. Ein neuer Einblick in die Lage des Minderheitsvolkes erschließt sich, wenn man erwägt, daß es sich als Eroberer die Niederlassung im fremden Hoheitsgebiete erzwingen haben kann, oder daß es von den Herrschenden zu ganz bestimmten Zwecken dorthin gerufen oder schließlich von der Staatsgewalt nur als, mehr oder minder willkommene, raumfüllende Einwanderermasse zugelassen worden ist. Dabei gewinnt die Frage nach der Kulturhöhe der zuströmenden fremden Gruppen entscheidendes Gewicht: waren sie Träger einer überlegenen Gesittung, bereicherten sie Land und Volk mit bisher ungekannten Werten, erschienen sie als nachahmenswürdige Muster, als anfangs gefeierte, dann

widerwillig beneidete, endlich gehaßte Lehrmeister, denen gegenüber sich der Einheimische als zurückgesetzt, benachteiligt, ja verachtet empfand? Sie mochten aber auch ungefähr den gleichen Entwicklungsgrad geistigen und wirtschaftlichen Eigenlebens wie die alteingesessene Bevölkerung aufweisen, so daß dann beide Teile von einander lernen und aneinander wachsen konnten. Schließlich hat sich auch der Fall ereignet, daß die Neuankömmlinge auf beträchtlich tieferer Kulturstufe als das Mehrheitsvolk standen und infolgedessen dem einheimischen Herrn und Unternehmer als Arbeitstiere, dem Inhaber der Staatsmacht als Söldner, dem herrschenden Großgrundbesitzer als Hintersassen dienten. Und wie von allem Anfange an durch diese sämtlichen Umstände und Besonderheiten das Verhältnis der zwei Nationen schicksalmäßig bestimmt wurde, so hat es sich dann auch im Verlaufe ihrer seitdem gemeinsamen Geschichte unter dem Einflusse vielfältigster (fortwirkender, frisch hinzugetretener oder weggefallener) Bedingungen weiterhin gestaltet. Wenn sie durch die Jahrzehnte und Jahrhunderte ihrer staatlichen Verbundenheit in friedlichem Wettbewerbe einträchtig zusammen- oder reibungslos gelassen nebeneinander lebten, so darf man in dieser Tatsache das Ergebnis entweder enger räumlicher Berührung, ja wechselseitiger Durchdringung oder gütlich-schiedlicher Absonderung innerhalb der Staatsgrenzen mit nur sehr lockeren gegenseitigen Beziehungen sehen. Nicht selten jedoch wird die Schicksalsgemeinschaft solcher Staatsgenossen durch bittere Kämpfe gekennzeichnet, deren Narben für immer den Ländern und Völkern ins Antlitz geschrieben sind. Oft galt es den maßgebenden Einfluß im Wirtschaftsleben, öfter die politische Herrschaftsgewalt im Staate, am häufigsten das Daseinsrecht des eigenen Volkstums und dessen geistigen Eigenbesitz: die Muttersprache, Vatersitte und Väterglauben, die Erziehung der Kinder zu völkischer Selbstbehauptung. Aus derlei andauernden Wirren und Erschütterungen des Staatsgefüges mochte günstigen Falles einmal die Einsicht aufsteigen: „Wir leben so nahe und in so enger Verflechtung miteinander, daß einverständliche Lösung des Zusammenhanges, freiwillige Trennung nur unter schwersten Opfern für beide Teile, nur unter volkswirtschaftlichen, volkskulturellen und gefühlsmäßigen Einbußen schmerzlichster Art möglich wäre. Uns bleibt lediglich die Wahl zwischen friedlicher Verbindung, freundschaftlicher Zusammenarbeit, verstehender Duldung — und ständig erneutem Nationalhasse, tödlicher Volksfeindschaft, gegenseitiger Vernichtung.“ — Wie tief mußten sich die Spuren solch einschneidender Erlebnisse der Völker eingraben, wie stark mußten durch sie Gemüts- und Willensrichtung namentlich der Minderheitsnation beeinflußt werden, — welche Fülle von Aufschlüssen endlich erhalten wir Heutigen aus diesen geschichtlichen Untersuchungen und Tatsachen für unsere Erkenntnis von Wesen und Daseinskraft des minderheitlichen Volkstumes!

Nun sind freilich mit den hier aufgezählten und zu artbildenden Ereignisgruppen zusammengefaßten Vorgangsreihen noch immer nicht alle Möglichkeiten historisch-politischer Nationalitäten-Forschung erschöpft. Da wäre beispielsweise die Rechtsstellung des Minderheitsvolkes an sich und gegenüber den anderen im Staate vorhandenen Nationen — und zwar in staatspolitischer, wirtschaftspolitischer, kulturpolitischer Hinsicht — von seinen ältesten Anfängen durch die Jahrhunderte hindurch zu verfolgen, jede

Schwankung, jede Verschiebung, jeder Wechsel in der Rechtslage wäre aufzuzeigen und nach seiner Bedeutung im geschichtlichen Zusammenhange zu würdigen. Ferner: Es war vorhin davon die Rede gewesen, daß der Eintritt der Minderheiten in den fremden Staat unter ganz verschiedenem Rechtstitel erfolgt sein kann: unter dem eines Eroberers, eines Eingeladenen, eines Zugelassenen. Indessen wurzelt die staatliche Gemeinschaft zweier Nationen — Mehrheits- und Minderheitsvolk, Staatsvolk und fremdes Volk — zuweilen in ganz anderen historischen Voraussetzungen als den eben bezeichneten. Dynastische Erb- und Eheverträge haben ja nicht selten einem bisher volklich einheitlichen Staate ein fremdvölkisches Gebiet hinzugefügt; Vergrößerungsdrang und Machtwille trieben einen an sich vielleicht „gesättigten“ Staat dazu, sich mittels kriegerischer, wirtschaftlicher oder diplomatischer Eroberung ein von Menschen fremden Volkstums besiedeltes Stück Land einzuverleiben; ein bis dahin selbständiges Staatsgebilde oder der Teil eines solchen entschied sich aus politischen oder wirtschaftlichen Nützlichkeits erwägungen für den Anschluß an ein größeres, mächtigeres, aber fremdvölkisches Reich. In diesen drei Fällen hat somit der nunmehr gemischt-völkische Staat nicht nur das Minderheitsvolk anderer Abstammung in sich aufgenommen, sondern — im Gegensatz zu der vorher besprochenen Ereignisgruppe mit durchgehender Einheitlichkeit der zwei Hauptmerkmale: Einbürgerung und Landnahme der fremd-völkischen und zugleich landlosen, landsuchenden Massen — ist ihm mit den Menschen obendrein auch deren ursprünglicher Wohnraum zugewachsen. Auch dies ist ein für die Beurteilung der Minderheit äußerst wichtiger Gesichtspunkt; denn es liegt auf der Hand, daß sich ihr Schicksal in der Vergangenheit notwendigerweise anders gestaltete, wenn sie, sozusagen, ihren eigenen Grund und Boden dem neuen Staate mit einbrachte, als wenn sie von ihm den Siedlungsraum erst erbat; derartige Vorgänge wirken natürlich in der Lage des Minderheitsvolkes bis heute nach. Freilich ereignete sich mitunter auch das Umgekehrte: der sich ein fremdes Gebiet aneignende Staat hatte es lediglich auf das Land abgesehen und empfand die darin lebende anders-völkische nationale Gruppe als eine höchst unerwünschte Beigabe. Daß hieraus Verdrängungs- und Austreibungswünsche entstehen, bittere Gehässigkeiten und nationale Fehden sich entwickeln mußten, ist offenbar und nur allzu leicht erklärlich. — Will man die geschichtlichen Merkmale minderheitlichen Volkstums erschöpfen, so wird man auch an der Möglichkeit nicht vorbegehen dürfen, daß zwei Nationalitäten ursprünglich und von allem Anfange an in enger staatlicher Gemeinschaft zusammen lebten, im Ablaufe der Entwicklung sich aus irgendwelchen treibenden Beweggründen trennten oder auseinandergerissen wurden, daraufhin einen völlig verschiedenen Werdegang — ein jedes auf sich gestellt — durchmachten und schließlich durch beliebige neue, zwingende Ursachen, als einander gänzlich Entfremdete, zu abermaliger staatlicher Gemeinschaft zusammengeführt wurden.

Endlich verdient noch eine allgemeine Beobachtung an dieser Stelle erwähnt zu werden: alle bisher besprochenen Gegebenheiten der Bevölkerungsstatistik, der gesellschaftlichen Schichtung, der sprachlichen und religiösen Gliederung, des Wirtschaftslebens, der räumlichen und geopolitischen Be-



dingungen und irgendwelcher (vormals angeknüpfter oder jetzt noch aufrecht erhaltener) staatlicher oder nationaler Zusammenhänge minderheitlichen Volkstumes bedürfen, um voll zur Geltung zu kommen, ebenso sehr auch einer geschichtlichen Würdigung wie die jetzt noch zu erörternden rein geistig-seelischen Beziehungen der Nationalität zum herrschenden Mehrheitsvolke und zu dessen Staate. Diese grundsätzliche Forderung, die sich schlechterdings auf die Erforschung sämtlicher Daseinsäußerungen und Erscheinungsformen der Minderheiten erstreckt, leitet über zu dem letzten Hauptgebiete wesentlicher Minderheits-Merkmale, zu dem Bereiche des kulturellen Sonderlebens und volklichen Selbstbewußtseins der Nationalität.

#### IV. Abschnitt:

##### Innere, geistig-seelisch-sittliche Wesenszüge.

##### § 10. Kulturhöhe und Bildungsstufe.

Die Bildungs- und Gesittungsstufe der fremdvölkischen Gruppen im Vergleiche mit der Leistungshöhe des Mehrheitsvolkes wirkt sich ununterbrochen als einer der für das Schicksal der nationalen Minderheiten maßgebendsten Bestimmungsgründe aus; deren kultureller Eigengehalt ist mit mehreren der bereits aufgeworfenen Fragen aufs engste verknüpft, so mit dem Grade rassisch-blutmäßiger, sprachlicher, religiöser Einheitlichkeit, ferner mit der beruflichen Schichtung, sodann mit den wirtschaftlichen Verhältnissen, endlich mit der innigen oder gelockerten Erdverbundenheit des Minderheitsvolkes, und kann auch nur im Betrachtungs-Zusammenhange mit ihnen allen richtig beurteilt werden. Im Vordergrund stehen die Tatsachen des eigentlichen Kulturschaffens, die innere Gesamthaltung, das Streben nach vertiefter, umfassender Bildung und die Verwirklichung dieses Strebens im Rahmen der eigenen Volksgemeinschaft. Der Daseinswert der Minderheit an sich und für den Staat, dem sie eingegliedert ist, hängt hauptsächlich ab von dem Maße an schöpferischen Kräften, die in ihr fruchtbar werden und sich einerseits in künstlerischen, wissenschaftlichen, nationalpolitischen, religiösen Leistungen ihrer hervorragenden Einzelpersönlichkeiten, andererseits in den aus der Gesamttätigkeit Aller erwachsenden Gestaltungen des Volkstums, — in Sitte, Brauch, Rechtsbewußtsein, Opferfähigkeit, Volksliebe, Heimatsinn, Gottnähe, Heldengeist — offenbaren. Die Sorge um die Gesittung des eigenen Nachwuchses, die Fähigkeit des Über-sich-Hinaussehens, das Gefühl der Verantwortlichkeit gegenüber Vorfahren und Nachkommen erheischen als rein innerliche Gegebenheiten die eindringliche Würdigung des Nationalitätenforschers mindestens in demselben Maße wie die Formen bewußt-völkischen Gemeinschaftsaufbaues und die nach außen hin sichtbaren Veranstaltungen gemeinnütziger Art. Was aus dem geheimnisvollen Werden, Wachsen und Ringen der Volksseele an die Oberfläche drängt und in Schulen und Musikaufführungen, in Schaubühnen und Krankenhäusern, in Kirchen und Versorgungsheimen, in Wanderbüchereien und Volksbildungslehrgängen, in Volksbädern, Jugendheimen und öffentlichen Lesehallen, in Wohnbauten, Werkstätten und selbst auf Sportplätzen greifbare Erscheinung gewinnt, ist schließlich nur Ausdruck tiefster, innerer Vorgänge und Regungen, ja der wahren, nicht zu verschleiernnden Kulturhöhe der Nationalität. Und so tritt

für den Beobachter neben die schöpferische Begabung, neben die Verstandes-, Herzens- und Willensbildung, neben die Seinsweise, die ganze geistige Haltung als ein weiteres Gebiet des kulturellen Eigendaseins der Gesamtbereich der Arbeit in jeder Gestalt. Auch wo die Tätigkeit lediglich der äußeren, technischen Lebenserleichterung dient, wo erhöhte Bequemlichkeit und Sicherheit als Ziel des Sinnens und Schaffens gelten, wo natürliche Hemmungen bewältigt werden aus rein sportlicher Freude an Höchstleistungen, — auch da sehen wir den Volksgeist am Werke; und heißt uns das Ergebnis dieses seines Tuns auch nur Zivilisation, Lebensverfeinerung, so sind die von ihm stets neu aufgerufenen Kräfte und neu erdachten Mittel zur Beherrschung der Stoffwelt eben doch ein Ausdruck der Lebensvergeistigung. Auf solche Weise werden uns dann auch die Fortschritte in der Überwindung räumlicher, zeitlicher und sonstiger naturgegebener Schranken, die sogenannten „Errungenschaften der Technik“ zu einem Maßstabe für den Kulturstand, für Bildungshöhe und Gesittungsgrad der nationalen Minderheit. Nicht übergangen werden dürfen die Formen der Vergemeinschaftung, der gesellschaftlichen Gruppenbildung, in denen sich der Aufbau des Volksganzen aus den natürlichen Zellen der Familie, der Sippe, des Geschlechterverbandes und der Zusammenschluß der Volksangehörigen zu Zweckverbindungen in der Genossenschaft, im Vereine, in der Körperschaft, in der Zunft vollzieht; denn auch in diesen Formen und Gebilden offenbaren sich kulturschaffende Antriebe und Kräfte, weil sie ja aus einem steten Wechsel von Spannung und Spannungsausgleich innerhalb der Volksseele geboren sind. Ausschlaggebend für die Bewertung all der angeführten Tatsachen nationaler Gesittung als entscheidender Merkmale des minderheitlichen Volkstums ist ihr Vergleich mit den entsprechenden oder ähnlichen Erscheinungen beim Mehrheitsvolke und bei den im Staate etwa außerdem noch vorhandenen sonstigen Nationalitäten. Hier gilt es nicht nur die Posten auf der einen Seite den Posten auf der anderen gegenüberzustellen als feste, bestimmte Größen und mit ihnen nun eine Gesamtrechnung mit „Soll und Haben“, mit Zusammenzählen und Abziehen aufzustellen, sondern die Dingen als fließend, als werdend erfaßt und gewürdigt sein. Nur bei un-„statischer“, bei „dynamischer“ Kulturforschung wird man imstande sein, die wechselseitige Beeinflussung und geistige Verflechtung bzw. Durchdringung der verschiedenen Volkspersönlichkeiten eines gemischt-völkischen Staates auch nur einigermaßen abzuschätzen und aus solcher Bewertung auf die Dauer einen Gewinn oder Verlust des einzelnen Minderheits-Volkstumes zu erschließen. Darüber hinaus jedoch erhält man einen neuen wesentlichen Gesichtspunkt für die Minderheitenkunde, wenn man den in § 8 behandelten Sachverhalt voraussetzen kann, daß nämlich die Minderheitsnationalität nicht gänzlich vereinzelt in der Luft schwebt, sondern abgesprengtes Bruchstück eines größeren Gesamtvolkes ist, dessen Hauptteil in einem anderen Staate lebt; und wenn man nun auf Grund dieser Voraussetzung nach den kulturellen Beziehungen und Wechselwirkungen zwischen Muttervolk und losgetrennter Minderheit fragt. Da begegnen wir dem Falle, daß — wie bei den Franzosen Kanadas — das geistige Band zwischen Heimatvolk und Fernminderheit seit mehr denn hundert Jahren zerschnitten ist, dabei aber diese Fernminderheit inmitten fremdvölkischer Umgebung ihre Sonderart

zäh bewahrt und, ganz auf die eigenen Füße gestellt, in völliger Abspaltung vom Stammvolke unbeirrbar ihren eigenen Weg verfolgt; oder daß seit geraumer Zeit erstarrte, ja fast ganz erloschene Beziehungen plötzlich wieder zu neuem Leben erwachen, wie es sich bei den Banater Schwaben vom Herbst 1915 an ereignet hat, d. h. also, von dem Zeitpunkte an, da deutsche Truppen unter Mackensen im Raume von Temeschburg gegen Serbien aufmarschierten<sup>1)</sup>; da stoßen wir auf die Tatsache, daß die vom Mutterlande abgesplitterte Volksminderheit einen kräftigen Seitenzweig der gemeinsamen völkischen Kultur getrieben hat und selbständiger Eigenentwicklung durchaus fähig ist, dabei aber in ununterbrochenem geistigem Kräfteaustausch mit dem Hauptvolke steht; da treffen wir die Möglichkeit an, daß die Minderheitsnationalität alsbald nach ihrer politischen Loslösung vom Stammvolke das Vermögen eigener schöpferischer Leistungen einbüßt und rettungslos dem volksfremden Einflusse im fremden Staate verfiel, wenn das Gesamtvolk nicht Mittel und Wege fände, dem abgetrennten Volksteile immer wieder neues Blut, neue geistige Kraftströme zuzuführen und ihn das ganze Volksschaffen und Volkswerden tätig miterleben zu lassen; und endlich sehen wir uns auch dem Vorgange gegenüber, daß die in sich gefestigte völkische Minderheit in ihrem zuversichtlichen Schaffensdrange nicht nur die eigenen Kulturbedürfnisse vollkommen sättigt und auch den volksfremden Mitbürgern ihres Wohnstaates noch von ihrem Überflusse abgibt, sondern darüber hinaus sogar das Muttervolk aus ihrem reichen inneren Eigenbesitze mit manchem köstlichen Werte beschenkt; — ja, es mögen aus einer von fremdnationalen Angriffen umbrannten völkischen Minderheit derartige seelische Kraftquellen selbständigen volklichen Kulturlebens hervorbereichen, daß ein in seinem Kerne vielleicht schon gefährdetes Stammvolk von seinen im schwersten Daseinskampfe abgehärteten Vorposten, von seinen ständig bedrohten Außenstellungen her gerettet werden kann. So ist es z. B. gar nicht auszudenken, was und wie viel das irische Gesamtvolk — selber bis vor kurzem eine allem Anschein nach hoffnungslose Minderheitsnationalität im Vereinigten Königreiche — seinen nach Nordamerika ausgewanderten und dort nun als völkische Minderheit lebenden Kindern zu danken hat; der seines Volkstums bewußte Reichsdeutsche weiß, welch ein Segen an reiner und reicher Deutschtum, an Gemühtiefe und Innerlichkeit, an Charakterstärke und Edelbildung sich — um nur zwei der entlegensten Außenposten des Deutschtums im Nordosten und im fernsten Südosten zu nennen — von den treuen Deutschbalten und Siebenbürger Sachsen her seit einer Reihe von Jahrzehnten über das Muttervolk und Mutterland ergossen hat und heute noch ergießt.

Damit glaube ich das ungeheure Problem der nationalen Eigenkultur des Minderheitsvolkes in ihrem Verhältnisse zu den geistigen Lebensströmen und Entwicklungsmöglichkeiten erstens der Mehrheitsnation, zweitens der anderen etwa noch in Betracht kommenden Minderheiten des nämlichen Staatsgebildes und drittens des ihm durch Blutsverwandtschaft und seelische Anlage in Wesensgleichheit eng verbundenen Stammvolkes nach allen Seiten hin umrissen zu haben. Natürlich spielten hierbei gefühls- und

1) Vgl. Mackensens Gespräch mit dem Bürgermeister von Temeschburg über die von den Magyaren gegen die Ungarndeutschen, besonders gegen die Banater Schwaben verübte Unterdrückungspolitik. „Pester Lloyd“, Sept. bis Nov. 1915.



stimmungsmäßige Beziehungen immer wieder herein, und es waren vorwiegend die zwei Fragen nach der inneren Stellung der Minderheitsnationalität zu ihrem Volkstume selbst und nach ihrer Haltung gegenüber dem Wohnstaate, denen man bei der Beleuchtung des ganzen Aufgabengebietes kultureller Minderheitenforschung auf Schritt und Tritt begegnete. Schließlich offenbart sich darin der letzte, wissenschaftlicher Zergliederung kaum mehr zugängliche Empfindungsunterbau alles minderheitlichen Daseins und seiner Formen der Selbstverwirklichung. Jeder Kraftäußerung — und wäre sie noch so schwächlich —, jeder, sogar der geringsten Tätigkeit, worin die Nationalität als solche sich selbst darstellt, liegt am Ende (bewußt oder unbewußt) die Doppelentscheidung zugrunde: welchen Wert erkennt die nationale Minderheit ihrem eigenen Volkstume zu, und wie steht sie zu dem Wohnstaate, dem sie kraft freien Entschlusses oder — was der bei weitem häufigere Fall ist — vermöge übermächtigen äußeren Zwanges angehört? Aus der Antwort, die das Minderheitsvolk aus sich selbst auf diese beiden tiefsten Bedenken findet, bestimmt sich jegliche Regung, jegliche Handlung und Unterlassung, die ihm Platz und Geltung im Gefüge des fremden Staates anweist.

#### § 11. Eigenvölkisches Bewußtsein, Volksgemeinschaftsgefühl, volkspolitischer Instinkt.

So wende ich mich nunmehr der Frage zu, ob in der Minderheitsnationalität Eigenvolksbewußtsein überhaupt vorhanden und — bejahendenfalls — in welcher Stärke es wirksam ist. Schließlich rühren wir damit an den metaphysischen, jenseitigen Urgrund der „Volkheit“ überhaupt und erkennen, daß wie in allen wesentlichen Dingen so auch hier letzten Endes Gesinnung und Beharrungsvermögen entscheiden. Gilt diese Wahrheit schon von dem in sich gefestigten, durch eigenen nationalen Staat und dessen Machtmittel gesicherten einheitlichen Volke, wieviel mehr dann erst von der Nationalität, deren Schicksal es ist, in mehr oder minder großer völkischer und oft auch räumlicher Vereinzelung als eine Minderheit im fremden Staate zu wohnen! Alles, was in den vorangehenden zehn Paragraphen über Gehalt und Besonderheit der Minderheitsnationalität und über die Tatbestände, an denen sie sich offenbart, ausgesagt werden konnte, — und mochte es noch so bedeutungsvoll an sich erscheinen — erhält in Wahrheit doch erst Wert und Gewicht durch die Beantwortung der jetzt aufgeworfenen Frage nach der lebendig wirkenden Kraft des eigenvölkischen Gesamtbewußtseins. Wie soll sich ringendes Volkstum behaupten können, wenn es sich nicht selbst bejaht! Wie soll es den unablässigen Kampf um Dasein und Geltung bestehen können, wenn es nicht weiß, wie es zu sich selber steht! Wie endlich soll der einzelne Minderheitsangehörige die gerade von ihm täglich neu geforderten Opfer bringen können, wenn er nicht — weit über ein nur triebhaftes, unbewußtes Verbundenheitsgefühl hinaus — klar und deutlich weiß, für welches Gut, für welches Erbe, für welchen Besitz er zahlen, dulden, entbehren soll! Diese Überlegung zeigt uns also ganz eindringlich, daß das Minderheitsvolk sich selbst und jedem einzelnen seiner Glieder notwendigerweise zum Problem wird. Und je mehr es sich offenbart, daß wir es hier mit einem rein subjektiven Merkmale zu tun haben, desto zwingender enthüllt sich uns auch die volle Schwierigkeit der Auf-

gabe, vor die sich die wissenschaftliche Minderheitenforschung an diesem Punkte gestellt sieht.

Und hier kommen wir wiederum zu der Frage, inwieweit die Sprachgemeinschaft der Bestimmungsgrund der Nationalität ist. Natürlich hat Opet<sup>1)</sup> recht, wenn er zwar zugibt, daß „Erinnerung, Kultur, Lebenswille“ wesentlich seien „für die Annahme des nationalen Charakters einer Menge“, wenn er indessen diese drei „moralischen Elemente“ dann doch beiseite schiebt mit der Begründung: „Ihre Feststellung kann aber, da es sich dabei mehr um Tatsachen des Innenlebens handelt, nicht mit derjenigen Bestimmtheit erfolgen, wie sie für eine rechtlich zu wertende Erscheinung erforderlich ist.“ Denn ihm mußte es — seine Schrift ist Anfang 1919 erschienen — auf die unbedingte Sinnfälligkeit des Merkmales ankommen, wenn er den nächstliegenden praktischen Zweck im Auge hatte, der damals, da die Dinge noch im Flusse waren und zahllose Kräfte um die Neugestaltung Mittel- und Osteuropas rangen, mit allen Mitteln der Überredung und der Aufklärung anzustreben war: einen Rechtsschutz für die gefährdeten Minderheitsvölker zu erreichen. So konnte sich ihm das ganze weitschichtige Problem in dem Einen Kennzeichen der Sprachgemeinschaft zusammendrängen, und mit einem derart vereinfachten Nationalitätsbegriffe durfte man dann versuchen, die öffentliche Meinung der maßgebenden Länder und durch sie die Pariser Friedenskonferenz zu beeinflussen. Freilich ist auch dieser Bestimmungsgrund von manchen Seiten als „zu unwesentlich“<sup>2)</sup> abgelehnt worden; man hat auf die „trotz ihrer englischen Sprache ein eigenes Volk bildenden Iren“<sup>2)</sup> hingewiesen oder sich auf die Juden bezogen, die je nach ihrem Wohnsitze sich der verschiedensten Sprachen bedienen „und doch für ein eigenes Volk zu erachten“ sind<sup>2)</sup>. Solchem Einwande gegenüber wäre aber zu fragen: Ist es denn nicht auffallend, daß eine Nationalität mit bisher fremder Umgangssprache und vor allem mit fremder Schriftsprache in dem Augenblicke, da ihr völkisches Eigenbewußtsein zum Durchbruche kommt und daraufhin der Wunsch nach Eigenstaatlichkeit in ihr erwacht, fast regelmäßig auch die Wiederbelebung der eigenen Sprache erstrebt? Beweist nicht gerade das als Gegenbeispiel angeführte irische Volk in seinem Eifer für die alte gälische Sprache und in seinem Bemühen um die allmähliche Ersetzung des Englischen durch das Gälische, daß ein erneutes Nationalbewußtsein in der eigenen Sprache ein wesentliches Kennzeichen der selbständigen Volkspersönlichkeit sieht? Seit dem Ende des 18. Jahrhunderts arbeiten böhmische Gelehrte und Schriftsteller unverdrossen daran, die tschechische Sprache in den gebildeten Kreisen des Landes wieder heimisch zu machen und das Deutsche zu verdrängen: aus einem sehr tief gesunkenen Verständigungsmittel der untersten Schichten soll eine volkseigene Kultursprache werden! Seit 1850 regt es sich in Krain, Südsteiermark, Südkärnten, Istrien: die slowenische Geistlichkeit will ihr Volk aus der übermächtigen kulturellen Umklammerung der Deutschen befreien und schafft aus der fast ganz verschollenen slowenischen Nationaldichtung früherer Jahrhunderte und aus der Bauernsprache des Karstgebietes

1) Otto Opet, „Der Schutz der nationalen Minderheiten“ (Monographien zum Völkerbunde, Heft 4); Berlin 1919, S. 7.

2) Opet, a. a. O., S. 7.

die slowenische Schriftsprache! Das Litauische, das Ukrainische, das Georgische: sie waren doch 1918 durch die großrussische Staatssprache beinahe schon erstickt, heute aber setzen diese Völker alles daran, die Sprache ihrer Vorfahren wieder zu beleben, und sie werden sich gerade daran ihres eigenen Volkstumes bewußt. Nicht vergessen darf man in diesem Zusammenhange den scharfen Kampf der Katalanen gegen das amtliche Kastilische und das neuerdings erbitterte Ringen der Bretonen um die Geltung ihrer heimischen Sprache neben dem Französischen. Und wie eifrig wacht heute die kleine wendische Minderheit in der Lausitz über der Pflege und Gleichberechtigung ihrer bereits vor Jahrzehnten fast tot geglaubten alten Sprache!

Und andererseits: Warum hat sich Frankreich — Staatsvolk wie Regierung — von jeher mit solchem Eifer darum bemüht, jede andere Sprache als das Französische auf seinem Staatsgebiete planmäßig auszurotten? Einem solchen geistigen Unterdrückungs- und Vernichtungsfeldzuge gegen die fremdvölkischen, fremdsprachigen Minderheiten verdankt ja das weltberühmte „Institut de France“, der Sitz der fünf großen Pariser Akademien, seine Entstehung. Kardinal Mazarin hatte letztwillig die Errichtung einer großen Unterrichts- und Studienanstalt verfügt, in der die jungen Leute aus den vier neuen Landesteilen — das heißt also aus denjenigen fremdvölkischen Gebieten, die während der letzten Regierungsjahre des großen Staatsmannes dem Königreiche einverleibt worden waren, — in französischem Geiste und in französischer Sprache erzogen und zu Franzosen gemacht werden sollten. Dieses „Collège Mazarin“ hieß im Volksmunde bezeichnenderweise nur das „Collège des Quatre-Nations“; und die vier „Nationen“, deren Jugend hier ent-nationalisiert wurde, waren die Vlämen aus Französisch-Vlaanderen (Gegend um Arras — germanisch Atrecht — und Lille — germanisch Rijssel —), die deutschen Elsässer, die Italiener aus Pignerol (italienisch Pinerolo) und die kelt-iberischen Bewohner von Roussillon. Auch das Frankreich Napoleons III., das, nach der unermüdlichen Versicherung aller französischen und französisch beeinflussten Schriftsteller ein selbstlos-unbegrenzt Wohlwollen für alle irgendwo in der Welt bedrückten Nationalitäten bewährt und den Grundsatz der völkischen Selbstbestimmung sogar zum ersten Leitstern seiner Politik gemacht haben soll, hatte nach der berühmten, unter dem Schutze französischer Bajonette vollzogenen Volksabstimmung<sup>1)</sup> in Nizza und Savoyen nichts Eiligeres zu tun, als in den neu erworbenen Gebieten die italienische Sprache mit möglichster Beschleunigung auszutilgen und, beispielsweise, sämtliche italienische Zeitungen alsbald zu verbieten. Und dies in Gegenden, deren Bewohner sich fast einstimmig für ihre staatliche Zugehörigkeit zu Frankreich ausgesprochen hatten, also gewiß nicht im Verdachte einer staatsfeindlichen Gesinnung stehen konnten! — Den vom benachbarten Frankreich gezeigten Weg einer eigentümlichen „nationalitätenfreundlichen“ Politik beschritt auch von seiner Gründung an der Belgische Staat. Obwohl etwas mehr als die Hälfte seiner Bürger dem niederdeutschen, nämlich vlämischen Volkstume angehören, wurde vor dem

<sup>1)</sup> Freudenthal, „Die Volksabstimmung bei Gebietsabtretungen und Eroberungen“. Erlangen 1891, S. 45.



Weltkriege die gesamte innere Politik in französischem Sinne geleitet; die Regsamkeit und der Ausdehnungsdrang der Wallonen, die stillschweigende oder auch offene Begünstigung alles Französischen durch Regierung und Hof, die träge Gleichgültigkeit der überwiegenden Mehrzahl der Vlamen führten dahin, daß der Geltungsbereich der vlämischen Sprache immer mehr eingeschränkt wurde und das Französische in Schule und Politik, in Verwaltung und Gesellschaft ständig vordrang. Der Selbstbehauptungskampf, den einige entschlossene und beherzte, volksbewußte vlämische Führer für ihre Sprache und ihr Volkstum aufnahmen — vor allem der Dichter Henrijk Conscience, aufs wärmste unterstützt und gefördert von unserem Hoffmann von Fallersleben —, wurde durch die stumpfe Bequemlichkeit der Massen und durch das gewissenlos-eigennützige Verhalten der „Franskiljons“ (französisch gesinnter Vlamen) gelähmt. Erst der Einmarsch der deutschen Heere und die offene, planmäßige Unterstützung der vlämischen Rechtsansprüche durch die deutsche Verwaltung während des Weltkrieges ermutigte den bis dahin vergewaltigten niederdeutschen Stamm, sich mehr um sein völkisches Erbgut zu kümmern. Zwar mußten nach dem Abzuge der deutschen Truppen die Vorkämpfer der vlämischen Bewegung, die mit den Deutschen zusammen an der Erweckung ihrer Volksgenossen gearbeitet hatten, ihren „Aktivismus“ teuer bezahlen; die zurückgekehrte belgische Verwaltung und Rechtssprechung sah in ihnen natürlich Landesverräter und Überläufer und behandelte sie dementsprechend. Allein trotz ihrer durch das Kriegserlebnis nur noch verstärkten französischen Neigungen wagten es die Wallonen und die leitenden Brüsseler Kreise doch nicht mehr, das Vlamentum wiederum mit so offener Geringschätzung zu behandeln und so unverhohlen für seine Niederhaltung zu wirken wie vor 1914; langsam, in zäher Kleinarbeit erringen seitdem die „Flamingants“ Schritt für Schritt auf den verschiedensten Gebieten die Gleichberechtigung für ihr neu erwachtes Volkstum und für ihre Sprache.

Dieselbe Politik planvoller Verdrängung der unerwünschten fremdnationalen Sprache, die in den Grenzländern des französischen Sprachgebietes heute wie zu Mazarins Zeiten beobachtet werden kann, sehen wir auch in dem vergrößerten Königreiche Italien am Werke: hier gilt es als eine der wichtigsten Staatsaufgaben, den Deutschen Südtirols und den Slowenen Istriens — zwei völkischen Minderheiten von 250 000 und 400 000, also zusammen 650 000 Köpfen gegenüber 40 Millionen Italienern —, ihre Muttersprache zu rauben. Und ist das zaristische Rußland gegenüber seinen allerdings sehr zahlreichen Nationalitäten, ist Spanien den Kataloniern gegenüber anders verfahren? Die überaus wechselvolle Politik Preußens in der Behandlung seiner polnischen und auch dänischen Minderheiten („Zickzack-Kurs“!) mündete nach mehrfachen, dem Gedächtnisse unserer raschlebigen Zeitgenossen allerdings entschwundenen oder aber von interessierter Seite geflissentlich verschwiegenen Versuchen weitestgehender Duldung und Gleichstellung schließlich doch in ein System sprachlicher und völkischer Entrechtung, — eine Tatsache, bei deren Beurteilung allerdings ein sehr wesentlicher Gesichtspunkt vernachlässigt zu werden pflegt: haben wir es nämlich in Frankreich, Belgien und Italien (trotz des von den Italienern vor dem Kriege so anschaulich gelieferten Beispiels der „Irredenta“ im alten Österreich!) mit durchaus

staatsstreuen Nationalitäten zu tun, aus deren Duldung, ja Förderung dem Staate nicht der geringste Nachteil, wohl aber der Gewinn einer willigeren, freudigeren Hingabe an das Staatsganze erwachsen könnte, so handelte es sich bei den preußischen (und russischen) Polen um eine mehr oder minder versteckte Staatsfeindschaft, die sich ja wiederholt bis zu offenen Aufruhrversuchen und blutigen Aufständen gesteigert hat. Dieser fast durch die ganze neuere Geschichte sich stets wiederholende Kampf der Staaten und der über die Staatsgewalt verfügenden Nationen gegen die Sprache der Minderheitsvölker hat seinen Grund in der von Opet hervor gehobenen völkerpsychologischen Tatsache, daß „jede Nation die Ausdehnung ihrer Sprache über deren ursprünglichen Herrschaftsbereich hinaus als entscheidenden Sieg über die sprachlich zurückweichende Nation ansieht und die ihre Sprache annehmenden Nationsfremden in der Regel schon nach Verlauf kurzer Zeit unter die eigenen Nationsgenossen zählt<sup>1)</sup>.“

Die Absicht dieser Darlegung war es, zu zeigen, daß der Einwand der „Unwesentlichkeit“ gegen das Kennzeichen der Sprachgemeinschaft als eines Hauptmerkmals der Nationalität zu Unrecht erhoben wird. Die Minderheitsvölker und die Staaten der Mehrheitsvölker predigen uns — wie oben dargetan wurde — fort und fort das Gegenteil. Aber wenn uns die angeführten Beispiele davon überzeugt haben, so folgt daraus nicht, daß wir mit Opet in der Sprachgemeinschaft den einzigen wesentlichen, alle anderen bei weitem überragenden Bestimmungsgrund der Volksgemeinschaft sehen müssen. Für den von Opet mit seiner Schrift verfolgten praktischen Zweck war diese Problem-Vereinfachung sicher nur von Wert; die wissenschaftliche Nationalitäten- und Minderheitenforschung wird sich damit nicht begnügen dürfen. Es muß jedoch zugestanden werden, daß von allen Elementen, aus denen sich der Begriff „Volkstum“ zusammensetzt, die gemeinsame Sprache am leichtesten und sichersten feststellbar ist — wenn die Tatsachen im gegebenen Falle so eindeutig klar und unverwickelt liegen, wie Opet es voraussetzt. Daß einem auch hier gar nicht selten schwierige Problem-Verästelungen und -Verflechtungen in der Fülle nationaler Lebenserscheinungen begegnen, ergab sich schon, als die sprachlichen Verhältnisse der Minderheitsvölker im allgemeinen erörtert wurden. Es erwies sich als notwendig, im Rahmen dieses Paragraphen, in der Auseinandersetzung über das Eigenvolksbewußtsein der Nationalität, noch einmal ausführlich auf den Begriff der Sprachgemeinschaft zurückzukommen. Denn sie bedeutet, wenn sie nicht unglücklicherweise mit der Sprache des Mehrheitsvolkes übereinstimmt, das zweifellos sinnfälligste Merkmal minderheitlicher Volksgemeinschaft und darüber hinaus in allen den Fällen, da die Minderheit der nur staatlich losgetrennte Zweig eines Stammvolkes ist, der Gemeinschaft mit dem Gesamtvolke. So wird die gemeinsame Muttersprache der Spiegel, in dem die Nationalität sich selbst erkennt, das große Wahrzeichen, an dem sie zum Bewußtsein ihrer selbst, ihres Eigenlebens, ihres besonderen Daseinsrechtes (d. h. ihres Rechtes auf ein in sich ruhendes, besonderes Dasein) gelangt. Nichts, — kein Band persönlicher Art, kein geistiger Besitz, kein wirtschaftliches Gut, keine geschichtliche Einsicht — läßt den

<sup>1)</sup> Opet, a. a. O.

einzelnen Volksangehörigen so unmittelbar und so ununterbrochen sich als Glied seines Volkstums empfinden, nichts stellt ihn mit so selbstverständlich zwingender Gewalt in den großen Zusammenhang der Volksverbundenheit hinein, ohne ihn auch nur für einen Augenblick daraus freizugeben, wie die Sprachgemeinschaft. Und weil sie diese unschätzbare Bedeutung für das Volksbewußtsein der nationalen Minderheit und jedes ihrer Angehörigen hat, darum durfte, nein: mußte an dieser Stelle die scheinbare Abschwefung ins Sprachliche unternommen werden.

Mit dem Bewußtsein der Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft verbindet sich untrennbar der auf diese Gemeinschaft gerichtete Zugehörigkeitswille. Denn wenn ich eine Gemeinschaft für mich nicht will, sie für mich nicht bejahe, so erlebe ich sie auch innerlich nicht als ein Wirkliches. Der nationale Gemeinschaftswille eines Volkes und seiner Glieder gilt nun der französischen Wissenschaft und den von ihr gespeisten romanischen und slawischen Forschungsrichtungen als das einzige wirklich stichhaltige Kennzeichen des Nationalitätsbegriffs<sup>1)</sup>. Die Entscheidung über das Eigendasein und das Lebensrecht einer Nationalität wird also völlig auf das Gebiet des rein subjektiven Wollens, Wünschens, Begehrens verlegt. Objektive Merkmale, wie sie sich uns hier in der immerhin stattlichen Anzahl von zehn ergaben, werden einfach nicht anerkannt, als „materialistisch“ (Abstammung, Sprache, Boden, selbst Geschichte!) abgelehnt. Mit anderen Worten: zum französischen Volke gehört jeder, der ihm aus Neigung, Freundschaft, Bewunderung oder Laune angehören will. Und weil es dieser „Beweisführung“ im wesentlichen ja doch nur auf zwei Ziele rein praktisch-politischer Art ankommt, so darf hier wohl der nicht immer laut verkündete, aber stets gedachte Schlußsatz der Gedankenkette ganz offen ausgesprochen werden: da nun die Elsässer und Lothringer im November 1918 die französischen Heere als „Befreier“ mit stürmischem Jubel aufgenommen und während der deutschen „Fremdherrschaft“ nie einen Hehl aus ihrer Sehnsucht nach Frankreich gemacht haben, ja sogar offen gegen die Lostrennung Elsaß-Lothringens von Frankreich aufgetreten sind (feierliche Einspruchserklärung elsäß-lothringischer Abgeordneter auf der französischen Nationalversammlung in Bordeaux 1871 und vor dem Deutschen Reichstage 1874), so bilden sie — unbeschadet ihres alemannischen Blutes, unbeschadet ihrer oberdeutschen Mundart, unbeschadet ihrer rein deutschen städtischen und geistlichen Kultur im Mittelalter, unbeschadet ihres 700- bis 800jährigen Treueverhältnisses zum Deutschen Reiche, unbeschadet ihrer Stammesverwandtschaft mit Oberbadenern und Deutschschweizern — einen schlechterdings untrennbaren Teil der französischen Nation. Umgekehrt aber: Da zwischen Süddeutschen und Norddeutschen gemeinhin starke Gegensätze bestehen und der Süddeutsche, vor allem auch der Österreicher, seine Abneigung gegen manche Züge des ihm fremden preußischen Wesens ganz aufrichtig zu erkennen gibt, so besteht eine gesamtdeutsche Nation, wie Fichte sie seherisch zum Bewußtsein ihrer selbst gebracht und wie Arndt

<sup>1)</sup> Johannet, Ruyssen, Vladoiano, Vidrasco, Vichniac, Duguit, Budisteano, Blagoyévitch, — alle irdgendwie zurückgehend auf Renan. — Vergleiche hierzu die Anmerkung auf Seite 160 [48]!



ihr das nationalpolitische Ziel des großdeutschen Einheitsgedankens verkündet hat, gar nicht im eigentlichen Sinne; vollends ein Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich kann — trotz des Selbstbestimmungsrechtes der Völker! — jedenfalls nicht im Namen einer angeblichen nationalen Einheit, eines völkischen Gemeinsamkeitsbewußtseins gefordert werden. Was zu beweisen war!

Soweit die französische und die ihr geistesverwandte Lehrmeinung anderer Länder, die denn doch zu handgreiflich auf die wirklichen oder vermeintlichen Bedürfnisse einer ganz bestimmten praktischen Politik mit ganz bestimmten Machtzielen abgestellt zu sein scheint, als daß man ihr bei der Forschung nach dem wahren Inhalte des Nationalitätenbegriffes und bei der Bemühung um seine einzelnen Merkmale im Ernste wissenschaftliche Glaubwürdigkeit zubilligen könnte. — Es sind hier also zwei einander ganz scharf entgegengesetzte Anschauungen zu Worte gekommen, von denen die eine — häufig von deutscher Seite vertretene — der sprachlichen Gemeinschaft als dem sinnfälligsten und offenkundigsten Kennzeichen den ersten Platz bei der Wesensbestimmung des Volkstumes anweist, während die andere — gewöhnlich als französische Lehre bezeichnete — in starrer Folgerichtigkeit lediglich das Vorhandensein eines nationalen Gemeinschaftsbewußtseins und eines gesamtvölkischen Lebenswillens als entscheidenden Beweisgrund gelten lassen will.

In Wahrheit liegt aber gar kein Gegensatz vor, vielmehr eine sehr enge Verbindung — und zwar nicht nur zwischen den zwei soeben besonders hervorgehobenen, sondern zwischen all den zwölf Gesichtspunkten, unter denen dieser Erörterung gemäß die völkische Minderheit, die Nationalität auf ihre Hauptwesenszüge hin betrachtet werden soll. Ich mag mit Renan<sup>1)</sup> bis ans Ende gehen, wenn er in der Nation (hier im weitesten Sinne gefaßt, also Nationalität, Minderheitsvolk mit einbegriffen) ein rein Geistiges, eine der großen treibenden Naturkräfte sieht: aber ich werde darum der Notwendigkeit dennoch nicht ausweichen können, die körperlich-irdischen Lebensformen einzubeziehen, in denen dieses Geistige Gestalt gewinnt oder sich zu verwirklichen trachtet, und die Daseinsbedingungen zu ergründen, unter deren Herrschaft solches geschichtliche Werden vor sich geht. Und andererseits mag ich in der Gemeinschaft der Sprache und auch der Abstammung, des Siedlungsraumes, des Wirtschaftslebens noch so wichtige Bausteine der Nation erkennen: ich muß doch zugeben, daß aus ihnen allein sich zwar allerlei Gruppenbildungen formen lassen, aber eben keine Nation entsteht. Nation mit der ganzen Summe ihrer Werte, Kräfte, Eigenschaften, mit ihrem Volkstume setzt neben den äußeren Gemeinsamkeiten auch eine ganz bestimmte innere Gesamthaltung, Eigenkultur, eigenvölkisches Bewußtsein voraus. Wir gewannen also gerade aus der Vereinigung der beiden fälschlich zueinander in Gegensatz gebrachten Merkmalsreihen den wahren Begriff der Nationalität!

1) Ernest Renan, „Qu'est-ce qu'une nation?“ (In „Discours et Conférences“, Paris 1887, S. 305 ff.) — Vgl. dazu die ganz kurze, aber durchaus treffende Kritik Ignaz Seipels in „Nation und Staat“, Wien 1916, S. 76, Anmerkung 52: „In voller Reinheit wurde der Begriff der Staatsnation... entwickelt, wohl um das Elsaß als ‚national‘-französisch behaupten zu können.“

## § 12. Auf den gegenwärtigen Wohnstaat gerichtetes Staatsbewußtsein.<sup>1</sup>

Wenn zum Abschlusse dieser Erörterungen über Wesen, Aufbau und Hauptzüge des Minderheitsvolkes ein letzter Maßstab aufgezeigt werden soll, mit dessen Hilfe es sowohl in seiner jeweiligen, besonderen „individuellen“ Einmaligkeit wie in seiner stets wiederkehrenden, artbildenden, „typischen“ Allgemeinheit zu untersuchen, zu erkennen, zu beurteilen ist, so kann es sich nur noch um sein Verhältnis zum Wohnstaate handeln, zu dem Staate also, auf dessen Gebiete der Herrschaftswille einer volksfremden Mehrheitsnation den Ausschlag gibt, oder mindestens jederzeit geben kann. Nach all den Erwägungen statistischer, geographischer, geschichtlicher und psychologisch-ethischer Natur, nach all den Abgrenzungen von Minderheitsnationalität und Mehrheitsvolk in den verschiedensten Bezirken volklichen Daseins und seiner Äußerungen in Vergangenheit und Gegenwart befindet sich für unsere Betrachtung die völkische Minderheit nun nicht mehr losgelöst von jedem Zusammenhange mit der übrigen Bevölkerung des Staates, sondern sie sieht sich mitten hineingestellt in das Staatsganze und der Frage unterworfen: Wie, auf welche Weise ordnest du dich dem lebendigen Gefüge von Kräften ein, welche Stellung und welche Wirksamkeit erkennst du als Teilgebilde dir innerhalb des Gesamtgebildes zu? Die Schutzverträge wissen überhaupt nur von der einen Beziehung Minderheit — Staat; alle übrigen Tatsachen, Bindungen, Gegebenheiten minderheitlichen Volkstums kommen für sie gar nicht oder nur ganz untergeordnet und beiläufig in Betracht. Somit rechtfertigt es sich, daß unsre Überlegungen vom Wesen der Nationalität, die die Grundlage für eine Prüfung des völkerrechtlichen Minderheitenschutzes ausbauen und vertiefen sollten, ihre Krönung erhalten in einer Erörterung des Verhältnisses der völkischen Minderheit zu dem Staate, dessen Bürgerrecht ihre Angehörigen insgesamt besitzen. Man wird sich hierbei der im Paragraphen 8 besprochenen Doppelmöglichkeit zu erinnern haben: denn von der Tatsache, ob das Minderheitsvolk der Bruchteil eines größeren Stamm- bzw. Gesamtvolkes ist, oder ob es völlig vereinzelt und ohne jeden völkisch-kulturellen Rückhalt inmitten der Mehrheitsnation lebt, hängt es sehr wesentlich ab, wie es zu dem Wohnstaate, dem es aus freien Stücken oder erzwingenmaßen angehört, sich stellt. Die Erfahrung lehrt, daß gerade diese innere Beziehung der Minderheit zum Staate dem Wechsel, ja mitunter sogar jähen Schwankungen unterworfen ist; sie wird nämlich auf der anderen Seite auch sehr stark bedingt durch das Verhalten des Mehrheitsvolkes. Häufig ist der Vorwurf gegen die Nationalitäten wiederholt worden, sie beanspruchten zwar dauernd einen besonderen Schutz und weitgehende Vorrechte, seien aber nicht geneigt, die Forderungen „loyaler“ Staatsgesinnung zu erfüllen, die doch die Grundvoraussetzung jeglichen Minderheitenrechtes bilde. Die Mehrheitsvölker und deren Regierungen stellen den Satz auf: Erst beweist eure „Loyalität“, zeigt euch als staatstreue Bürger, tut eure Pflicht dem Staate gegenüber, — dann wird sich auch über eure Rechte reden lassen<sup>1</sup>).

<sup>1</sup>) Budisteanu führt in seiner Schrift „La Condition juridique des Minorités ethniques selon les derniers traités de paix“, Paris 1927, auf S. 40 das Wort des ehemaligen süd-

Die Vertreter der Minderheiten antworten hierauf: Wie kann man von uns Staatsgesinnung verlangen, wie kann man von uns erwarten, daß wir uns mit dem neuen Stande der Dinge innerlich abfinden, der in den meisten Fällen gegen unsern erklärten Willen, und im Widerspruche mit dem Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes, uns aufgezwungen worden ist, wenn die Mehrheitsvölker die Machtmittel ihres Staates zu unserer Unterdrückung, Vergewaltigung, Entrechtung mißbrauchen? Als neuester Beleg sei hier nur angeführt die Erklärung des deutsch-südtiroler Abgeordneten Tinzl auf der letzten Tagung des Minderheiten-Ausschusses des Weltverbandes der Völkerbundgesellschaften zu Sofia (Union internationale des Associations pour la Société des Nations), 7.—8. Oktober 1927, die dem Sinne nach besagte: Die vom italienischen Hauptabgesandten Giannini gegebene Darlegung, „daß die schlechte Behandlung der deutschen Minderheit eine Folge pangermanistischer Propaganda und von ‚Unloyalität‘ der Tiroler sei“, widerspreche den Tatsachen. „In der Beachtung der Gesetze seien die Tiroler stets überaus pünktlich gewesen. Eine Herzensloyalität könne aber kein Friedensvertrag schaffen, sondern nur eine gute Behandlung. Italien verlange die innere Loyalität vor der guten Behandlung. Die ‚pangermanistische Propaganda‘ sei nicht der Grund, sondern die Folge der schlechten Behandlung, die mit dem innerpolitischen Umschwunge in Italien eingesetzt habe<sup>1)</sup>.“ Welchen Widerhall diese freimütige und grundsätzliche Erklärung in Italien fand, zeigt ein Pressebericht, den ich fast wörtlich übereinstimmend in zwei schweizerischen Blättern finde<sup>2)</sup>: „Bozen, 24 octobre. Dans le journal ‚Provincia di Bolzano‘, organe du commissaire (im Zeitungsberichte steht: ‚des adversaires‘ — ein offener Übermittlungsfehler) des fascii de la Haute-Adige, Gr. Giarratana critique âprement l’attitude des députés des minorités allemandes et slaves, Sternbach, Tinzl, Wilfan et Bisendniak, qui au congrès des minorités, à Sofia (gemeint ist natürlich der Minderheiten-Ausschuß des Weltverbandes der Völkerbundgesellschaften), auraient ouvertement déclaré qu’ils ne pouvaient pas être ‚des citoyens loyaux de l’État italien‘. Ces députés, selon le journal fasciste, ont affirmé que les minorités de la Vénétie Tridentine et de la Vénétie Julienne, ayant été annexées à l’Italie sans avoir été consultées, ne peuvent avoir envers le royaume une loyauté vraiment sentie, tant que le gouvernement de Rome ne permettra pas que le projet d’autonomie politique du sud du Tyrol soit réalisé. Le ‚Provincia di Bolzano‘ écrit à ce sujet: ‚Il n’existe aucun programme d’autonomie politique. Il faut changer une situation impossible créée par un pangermanisme envahissant. Nous demandons l’application intégrale du programme italien pour les écoles, pour le tourisme, pour les banques, etc. Nous demandons la révision annoncée des mesures d’option‘.“ Die unter die Bürgerschaft des Völkerbundes gestellten Minderheitsverträge enthalten nichts über die Pflichten

slawischen Außenministers Nintschitsch an: „Avant d’être minoritaires, n’oubliez pas que vous êtes citoyens!“

1) „Völkerbund-Fragen, Zeitschrift d. deutschen Liga f. Völkerbund“, Jahrg. 1927, Heft 11, November, S. 242.

2) „Gazette de Lausanne“ du mercredi, 26 octobre 1927, Morgen-Ausgabe, Nr. 295. Nahezu gleichlautend: „Neue Zürcher Zeitung“, Dienstag, 25. X. 1927, 3. Blatt, Nr. 1800.



der Minderheitsnationalität gegenüber dem Staate; man hat — nicht nur in den als gemischt-völkisch anerkannten Staaten — darin einen ersten Mangel gesehen, und so ist es zu jener kautschukartigen Entschließung gekommen, welche die dritte Völkerbundversammlung am 21. September 1922<sup>3)</sup> glaubte fassen zu sollen: „L'Assemblée, tout en reconnaissant le droit fondamental des Minorités à être protégées par la Société des Nations contre toute oppression, insiste sur le devoir qui incombe aux personnes appartenant aux minorités de race, de religion ou de langue de coopérer, en citoyens loyaux, avec la nation à laquelle ils appartiennent maintenant.“ Doch freilich ist mit der angeblichen Verpflichtung der völkischen Minderheiten zu „politischer Loyalität“ die Tragweite unserer Aufgabe noch lange nicht völlig umschrieben; zwar läßt sich unter diesem sehr allgemeinen Gesichtspunkte bereits ein Unterscheidungsmerkmal für die Wesensbestimmung einer Nationalität gewinnen: Geben ihre Angehörigen „dem Staate, was des Staates ist“, leisten sie dem Gesetze den schuldigen Gehorsam, vermeiden sie jede rechtswidrige Handlung gegenüber der Verfassung und den öffentlichen Einrichtungen — oder widmen sie sich irgendwelchen Bestrebungen, die auf den Umsturz der bestehenden Zustände, auf die Schwächung des Staates, auf die Veränderung seiner Grenzen gerichtet sind! Indessen heißt: die gesetzliche Bürgerpflicht erfüllen und staatsfeindliche Handlungen oder Umtriebe unterlassen, noch nicht: den Staat in seinem gegenwärtigen Dasein bejahen! Es ist damit lediglich ein negatives Kennzeichen gegeben, insoferne die Glieder des Minderheitsvolkes auf irredentistische Pläne verzichten. Mehr kann der Staat an sich nicht verlangen und auch der zum Hüter der Minderheiten bestellte Völkerbund nicht erwarten: erklärte doch Motta in seinem vorhin angezogenen Berichte als Zweck und Ziel der Schutz-Tätigkeit des Völkerbundes: „Wir wollen versuchen, der Ära des Irredentismus ein Ende zu machen<sup>1)</sup>.“ Die wissenschaftliche Erörterung muß jedoch versuchen, über dieses noch ganz im Allgemeinen haftende Bestimmungstück hinaus zum Kerne des Problems vorzudringen, indem sie fragt: Wenn eine Nationalität davon absieht, gegen den Wohnstaat etwas zu unternehmen, und sich somit deutlich abgrenzt von anderen Minderheitsgruppen, die sich zu einer Anerkennung der gegenwärtigen, 1919 geschaffenen Lage unter keinen Umständen verstehen können, — ist sie dann obendrein bereit, zum Staate innerlich und bewußt „ja“ zu sagen und ihn auch als ihren Staat zu betrachten, — oder dünkt sie solch positive Haltung (im Kreise der völkischen Minderheiten spricht man heute in solchem Falle gerne von „aktivistischer“ Politik) unvereinbar mit ihrem Eigenleben, ihrem Volksbewußtsein, ihren nationalen Zielen? Augenscheinlich stößt man hier nun

<sup>1)</sup> Auf Grund des von Prof. Guilbert Murray (Vertreter Südafrikas) eingebrachten Antrages, dessen vierten Grundsatz der von Motta (Schweiz) erstattete Bericht des VI. (politischen) Ausschusses in folgender Fassung der Vollversammlung unterbreitete: „The fourth principle emphasizes the view that whereas minorities are entitled to protection as regards their language, religion and race, they have, on the other hand, a duty of political loyalty to the State to which they belong.“ — „Agenda for the Third Session of the Assembly“, Punkt 72, S. 170 ff. („Actes de la III<sup>e</sup> Assemblée“).

<sup>2)</sup> B. W. v. Bülow, „Der Versailler Völkerbund. Eine vorläufige Bilanz.“ Berlin, Stuttgart, Leipzig 1923, S. 488.

auf eine Unzahl möglicher Abstufungen, Übergänge, Schwankungen innerhalb des Volkskörpers der einzelnen Minderheit selbst; Strömungen und Gegenströmungen ringen miteinander um die Herrschaft; von außen her wirken die mächtigen Einflüsse des herrschenden Mehrheitsvolkes: es hängt zu einem wesentlichen Teile von ihm und seiner Nationalitätenpolitik ab, ob sich die Minderheiten in seinem Staate wohl befinden, und ob in ihnen eine Art Staatsverbundenheit zur Geltung kommt; im entgegengesetzten Falle aber behält ein Staatsfremdheits-Gefühl die Oberhand, ja es verstärkt sich unter Umständen zu richtiger Staatsfeindschaft. Von den paar Ausnahmen abgesehen, wo das Mehrheitsvolk die seinem Staate einverleibten Nationalitäten wie Heloten behandelt und seine ganze Regierungsweisheit ihnen gegenüber in einem fortgesetzten Mißbrauch der Macht, in grausamer Willkür und schamloser Entrechtung erschöpft — sinnfälligstes Beispiel: über 40 Millionen Italiener gegen 250 000 Deutsch-Südtiroler und 400 000 Slowenen —, so daß auch der beste Wille zur Mitarbeit im Staate von vornherein niedergeknüppelt wird, sind in nahezu allen Minderheiten, wenige Jahre nach vollzogener Neuordnung, die Dinge in Fluß gekommen: überall melden sich neue politisch treibende Kräfte, die, frisch ins völkische Leben getreten, von sich aus Erscheinungen und Verhältnisse leicht in einem anderen Lichte erblicken als die alterprobten Vorkämpfer der minderheitlichen Volksgruppe und nun auch auf neue Wege sinnen. Es gibt heute, wie mir scheint, kein bezeichnenderes Beispiel für den soeben berührten Sachverhalt als die geistig-politische Bewegung im Sudeten-Deutschtum. Darum sei an ihm als einem Schulfalle die Entwicklung kurz umrissen.

Zunächst — von Ende 1918 an — einmütige erbitterte Ablehnung des neuen Tschechenstaates, der aus Verrat und Treubruch entstanden war. Einziges Ziel: Selbstbestimmungsrecht, Anschluß an Deutsch-Österreich und mit diesem ans Reich. Nach der endgültigen Errichtung der tschechoslowakischen Republik grollendes Beiseitestehen und unverhohlene Abneigung gegen diesen Zwangsstaat. Von tschechischer Seite eine Fülle von Kampfmaßnahmen in Verwaltung und Gesetzgebung. Bis 1922 ein Hagel von Beschwerden beim Völkerbunde seitens der sudetendeutschen Minderheit, lauter Klagen, die sich gegen tatsächliche oder drohende Verletzungen der Minderheitenschutzverträge richten. Von sämtlichen Eingaben gelangt überhaupt nur eine einzige im Völkerbunde zur Verhandlung, und das sudetendeutsche Volk muß erkennen, daß die von ihm erhoffte Hilfe ihm vom Völkerbunde nicht kommen wird. In jenen Jahren (1922, 1923) beginnt die wirtschaftliche Schwächung der deutschen Nationalität durch die rücksichtslose Durchführung der tschechoslowakischen Bodenreform. Viele Hunderttausende von Morgen gehen dem sudetendeutschen Volke verloren, und die Enteignungen führen dahin, daß an zahllosen Stellen das vorher einheitliche deutsche Siedlungsgebiet mit fremdvölkischen Bauern und Kleinbesitzern, Tagelöhnern und Gutsangestellten durchsetzt wird. Diese zwei Erfahrungen — das Versagen des Völkerbundes nach einer jeden Richtung hin und die rasch fortschreitende Abnahme der wirtschaftlichen Lebenskraft — bringen einige der deutschen Parteien zu der Überzeugung, daß das Sudeten-Deutschtum, wenn es weiter leben wolle, sich dem neuen Staate gegenüber umstellen müsse. Nun beginnen aufreibende und schmerzliche Kämpfe im Innern des

sudetendeutschen Volkes. Zwei große Gruppen, nämlich die Linksparteien und die ganz rechts stehenden Deutschnationalen, lehnen jedes Zugeständnis an den Staat ab und beharren auf ihrer rein „negativen“ Haltung. Demgegenüber betonen die agrarischen bzw. agrarisch beeinflussten Parteigruppen, daß angesichts des drohenden wirtschaftlichen Verfalles und der noch weiterhin zu befürchtenden Verschärfungen und Gewaltmaßnahmen dem deutschen Minderheitsvolke gar nichts anderes übrig bleibe, als wenigstens einmal den Versuch zu wagen, auf einem anderen Wege als dem bisher verfolgten zu retten, was noch zu retten sei. Eine tragische Lage, wenn man bedenkt, in welch unerbittlichen Zwang dieses hochstehende Volk mit blühendem Wirtschaftsleben versetzt worden war! Während sich so unter den politisch führenden Schichten des Minderheitsvolkes eine grundsätzliche Spaltung vorbereitet und ein großer Teil der besten führenden Köpfe verbittert und fast hoffnungslos beiseite steht, bahnt sich unter der heranwachsenden Jugend eine ganz neue Auffassung der national politischen Lage an. Für die Älteren war der politische Umschwung lediglich ein Aushilfsmittel, der Frontwechsel sollte dem gefährdeten Volkstume und vor allem seinem Wirtschaftsleben die dringend notwendige Erleichterung bringen: in einem großen Teile der Jungen aber war es ein Gesinnungswandel, der sich allmählich, und sicher nur schrittweise, durchsetzte. Etwa seit 1925 taucht der Gedanke auf, daß das von den bisher führenden Schichten des Sudeten-Deutschtums verfolgte Ziel der Lostrennung vom tschechoslowakischen Staate doch eben nichts anderes bedeute als die Zerreißung der eigenen Heimat. Mit anderen Worten: In dem heranreifenden jungen Geschlecht ist das Bewußtsein lebendig, daß Böhmen, Mähren, Schlesien ihre Heimat, daß also der aus diesen drei Ländern zusammengesetzte tschechoslowakische Staat ihr Staat sei, und daß sie nicht das Recht habe, auf diesen Staat zu verzichten. Die neue Lösung heißt also: Nicht hinaus aus dem Staate, sondern ganz bewußt hinein in den Staat! Daß dabei im Sinne dieser jungen Menschen nicht etwa das eigene Volkstum für diesen Staat geopfert werden soll, ist ganz selbstverständlich. Nein, wofür sie kämpfen, wofür sie alles einsetzen wollen, das ist die bewußte Förderung des eigenen Volkstums innerhalb des gemischt-völkischen Staates, an dessen Schicksal und Ergehen sie bewußt und freudig Anteil nehmen. Und nun zeigt es sich, wie dieser „Aktivismus“ langsam um sich greift und auch solche Schichten erfaßt, die sich bisher bedingungslos staatsgegnerisch verhalten hatten. Die deutsche Sozialdemokratie nähert sich ihren tschechischen Parteifreunden, wie vorher bereits die deutschen Agrarier und die deutschen Christlichsozialen sich mit ihren tschechischen Gesinnungsgenossen zum Block der Regierungsparteien zusammengeschlossen hatten. Auch die deutschen Demokraten und die Deutschnationalen beginnen sich umzustellen, und es erscheint durchaus möglich, daß in einer nicht allzufernen Zukunft das ganze sudetendeutsche Volk sich geschlossen zur Mitarbeit an diesem Staate bekennt, den es im Anfange der Entwicklung ebenso geschlossen-einheitlich abgelehnt und bekämpft hat.

Es kann nicht die Aufgabe dieser Darlegungen sein, ein Urteil über diesen politischen Wandel und über diese grundsätzliche Veränderung der inneren Stellung eines großen deutschen Millionenvolkes zu fällen. Worauf es hier



ankam, war die Verdeutlichung des gesamten soziologischen Problemes, die Entfaltung aller in ihm liegenden Möglichkeiten und Schwierigkeiten und der Hinweis auf die entscheidende Wichtigkeit dieses Gesichtspunktes für die Wesensbestimmung eines minderheitlichen Volkes.

### V. Abschnitt:

#### **Sonstige Gesichtspunkte, insbesondere die parteipolitische Gliederung der Minderheiten.**

Unser Gang durch das gesamte Problemgebiet minderheitlichen Volkstums, seiner Daseinsbedingungen und Aufgaben ist damit abgeschlossen. Es hat sich uns ergeben, daß eine eingehende und genaue Erörterung über das Wesen des Minderheitsvolkes nur dann ergiebig sein wird, wenn die zwölf hier der Reihe nach abgehandelten Hauptmerkmale einer solchen Untersuchung zugrunde gelegt werden. Es mag indessen fraglich erscheinen, ob nicht im Rahmen des ersten Abschnittes, der den statistischen Gegebenheiten gewidmet ist, neben der sprachlichen (§ 2), religiösen (§ 3), sozialen (§ 4) Schichtung der Nationalität auch noch deren Gliederung in politische Parteien dem Wesensbilde des Minderheitsvolkes eingefügt werden müßte; oder ob — wenn man schon nicht so weit gehen wollte, — nicht wenigstens nach einer bestimmten politischen Grundrichtung zu forschen wäre, etwa in dem Sinne: Wie verhält sich diese Nationalität zu dem Probleme der politischen Freiheit? Überwiegt in ihr der politische Individualismus oder der Gemeinschaftsgedanke? Und wenn sich — was mit der zunehmenden Verfeinerung und „Differenzierung“ der Volkskultur notwendigerweise eintritt — eine Spaltung der Massenseele nach verschiedenen politischen Zielpunkten hin ergäbe: Wie verteilen sich die Hauptströmungen auf die einzelnen Volksschichten? Ist trotz ihres Neben- und Gegeneinanderwirkens noch ein übergeordneter zusammenfassender Leitgedanke lebendig?

Hierauf ist zu erwidern, daß, soweit es sich um verhältnismäßig dauernde Anlagen der Nationalität, um ihre Grundanschauungen vom Politischen handelt, dies alles unter das in Paragraph 11 erörterte Merkmal des eigen-völkischen Bewußtseins und allenfalls unter das in § 12 behandelte Kennzeichen des Staatsbewußtseins fällt. Denn die politischen Erscheinungen, Ansichten und Kämpfe innerhalb eines minderheitlichen — also an sich staatslosen — Volkskörpers werden ja sämtlich überschattet von der Einen Lebensfrage: Bejahst du dein Sonderdasein als selbständige Gemeinschaft, und bist du willens, diesem Ziele alles andere unterzuordnen? Mit der Antwort hierauf ist die politische Gesamthaltung der nationalen Minderheit gegeben; die politischen Probleme liegen für sie von vornherein und grundsätzlich anders als bei irgendeinem staatsbesitzenden Volke, das zwanglos alle politischen Streitpunkte in vollkommener Ungestörtheit erörtern, entscheiden oder nach seinem Belieben vertagen kann, ohne dem fortwährenden Drucke einer bald mehr, bald minder fühlbaren, aber stets und unablässig vorhandenen und durch die bloße Tatsache ihres Daseins schon wirksamen, einengenden Gewalt ausgesetzt zu sein.

Gleichwohl: Wenn also die politische Hauptrichtung des Minderheitsvolkes dem Fragenkreise angehört, der hier mit dem Worte „Nationales Eigenbewußtsein“ bezeichnet wurde, ja wenn für eine völkische Minder-

heit recht eigentlich diese beiden Gesichtspunkte völlig zusammenfallen, indem es in ihrer Lage überhaupt nur Ein politisches Hauptproblem, — dasjenige des Seins oder des Nichtseins, der Selbstbehauptung oder des Lebensverzichtes — gibt, so wäre es doch immerhin möglich, daß auch die Schichtung nach politischen Parteien einen wesentlichen Bestimmungsgrund für die Eigenart eines Minderheitsvolkes liefert. Diesem Gedanken steht die Erwägung entgegen, daß zwar die im Weltanschaulichen wurzelnden Partei-Programme etwas Festes, Gesichertes von verhältnismäßiger Dauer vorzustellen scheinen, daß aber die Parteien selbst „als konkrete Gebilde niemals feste und dauernde Erscheinungen im Volksleben“ sind<sup>1)</sup>. Sie wechseln fortwährend an Zahl, Stärke, Bedeutung, sie wachsen und vergehen: „Wer heute konservativ ist, kann morgen gemäßigt-liberal, wer liberal, nächstens radikal sein“. Also mag leicht bei rein-politischer Parteigliederung eines Volkes „die Minderheit der Gegenwart die Mehrheit der nächsten Zeit“ werden; die rein parteipolitische Minderheit innerhalb eines im übrigen ganz einheitlichen Volkes ist genügend geschützt: besteht doch ihr unbezweifelbares höchstes Recht darin, daß sie versuchen kann, Mehrheit zu werden. Alle neuen Parteien haben als Minderheiten begonnen; ihr vernünftiges Ziel war stets, durch Werbung, Überredung, Kritik die öffentliche Meinung für sich zu gewinnen und so schließlich die Herrschaft zu erringen. Aber die Voraussetzung für diesen Tatbestand ist die innere politische Einheit des Volkes. Nur innerhalb solcher Volkseinheit ist der geschilderte Wachstums- und auch wieder Verfalls-Vorgang der politischen Parteien möglich. Dieser Gedankengang Georg Jellineks erleichtert die Antwort auf die vorhin aufgeworfene Frage: denn seinem Wesen und Begriffen nach ist ja gerade das Minderheitsvolk wirklich „einheitlich“; ja, seine „Volkseinheit“ ist recht eigentlich das Einzige, was von vornherein über seine Daseinsweise ausgesagt werden kann — insofern diese Menschen-Gruppe, in der die Angehörigen der völkischen Minderheit zusammengefaßt werden, als ein Ganzes den anderen möglichen Gruppenbildungen im gleichen Staate gegenübertritt. Die „Einheit“ gründet sich, wie gezeigt, nicht notwendig auf das Vorhandensein aller oder der meisten der hier gesammelten Kennzeichen; sie beruht vielmehr — wie so oft, wenn die Wissenschaft die Lebensmannigfaltigkeit in allgemeine Begriffe einfangen will — letzten Endes auf einem negativ gefärbten Erfordernis: auf dem Nicht-so-sein wie die anderen Bevölkerungsgruppen, auf dem Anders-sein. Ist also die „Volkseinheit“ das Grundmerkmal der nationalen Minderheit, so trifft auf sie die oben angeführte Feststellung Jellineks zu, daß die parteipolitische Schichtung eines sonst einheitlichen Volksgefüges fortwährenden Schwankungen und Veränderungen unterliegt. Damit erweist sich aber auch die Gliederung des Minderheitsvolkes nach politischen Parteien als nicht dauernd, als nicht wesentlich genug, als zu sehr dem Wechsel unterworfen, um einen der hauptsächlichen Bestimmungsgründe minderheitlichen Volkstums abgeben zu können. Auf den gemischt-völkischen Staat und seine Gesamtbevölkerung dagegen trifft unsere Feststellung natürlich nicht zu: denn dieser gemischt-völkische Staat, dieses aus verschiedenartigen Volksgruppen (Nationalitäten)

1) Georg Jellinek: „Das Recht der Minoritäten. Vortrag, gehalten in der Juristischen Gesellschaft zu Wien.“ Wien 1898, S. 27 f.

zusammengesetzte Staatsvolk ermangelt ja gerade der von Jellinek geforderten inneren Einheitlichkeit; von dem Staatsvolke der tschechoslowakischen Republik, das aus Tschechen, Magyaren, Polen, Deutschen, Slowaken, Karpatho-Russen und Nationaljuden besteht, wird man also nicht sagen können, daß die sich im politischen Leben dieses Staates bildenden Parteien etwas Fließendes, sich Verwischendes, nicht Dauerndes seien. Denn bei diesem gemischt-nationalen Staatsvolke heftet sich ja in den meisten Fällen die politische Parteizugehörigkeit ganz eng an den Hauptwesenszug der völkischen Zugehörigkeit, und erst wenn die im § 12 erörterte Möglichkeit einer geschlossenen Beteiligung aller Minderheitsvölker am Staatsleben dauernde Wirklichkeit werden sollte, wäre eine Lösung des Zusammenhanges von parteipolitischer Bindung und nationalem Zugehörigkeitsbewußtsein denkbar.

### **C. Das Nationalitätsprinzip und die Versuche zu seiner Verwirklichung mit Hilfe des „Selbstbestimmungsrechtes der Völker“.**

Daß heute überhaupt von nationalen Minderheiten im engeren wie im weiteren Sinne gesprochen werden muß, geht auf die zwei großen geschichtlichen Tatsachen der französischen Revolution von 1789—95 und des Weltkrieges von 1914—1918 zurück. Nationalgefühl, Volksbewußtsein hat es natürlich schon viel früher gegeben, und mit Recht pflegt die deutsche Geschichtsschreibung den Aufstieg des nationalen Gedankens und besonders des nationalstaatlichen Gedankens an den Beginn der Neuzeit zu legen. „Das Erwachen der Geister“, von dem Ulrich von Hutten begeistert schreibt und singt, macht sich auf national-politischem Gebiete geltend in der Ablehnung der mittelalterlichen Kaiseridee und in dem siegreichen Vormarsche einer neuen Vorstellung. Wie der Einzelmensch sich religiös-weltanschaulich von Bindungen befreite, die als Fesseln empfunden wurden, und der Begriff des Individuums und seiner „unverjährbaren Rechte“ zum ersten Male seit dem Untergange des klassischen, griechischen Individualismus wieder durchbrach, so setzte sich auch im Verhältnisse der europäischen Staaten zueinander eine neue Ordnung durch: der einzelne Staat, die einzelne Nation empfand und erkannte sich als einzeln und einzigartig, eben auch als „Individuum“, als Volkspersönlichkeit mit dem gleichen Drange nach Befreiung von der mittelalterlichen Gebundenheit an den Römischen Weltreichs-Gedanken. Und so bringt das 16. Jahrhundert die ersten Schritte in der Richtung auf die Nationalstaats-Idee. Der Befreiungskampf der Vereinigten Niederlande — Generalstaaten — gegen das Spanien Philipps II. unter der Führung Wilhelms des Schweigers und seiner Nachfolger ist vielleicht das sinnfälligste Beispiel dafür, wie nun die einzelnen Staaten, soeben aus der Bindung an das Römisch-Kaiserliche Weltreich gelöst, sich alsbald dem Problem der Nation und ihrer Freiheit gegenübersehen.

Die Idee der nationalen Freiheit hat ein doppeltes Gesicht: wie ein Volk sich und sein Selbst nur erkennen und empfinden kann im Gegensatze zu, in der Sonderung von anderen Völkern und wie es nur so sein eigenes Ich rein herauszuarbeiten vermag, so kämpft ein Volk sofort mit dem Er-



wachen seines nationalen Selbstbewußtseins auch darum, daß der Staat sein Staat werde. In jener ersten Wendung des Volksgeistes erkennen wir das gegen außen gerichtete Antlitz der nationalen Freiheitsidee, in der letzteren Haltung aber sehen wir bereits den Gedanken der Demokratie, der freien Selbstbestimmung des Volkes im Staatsinnern aufleuchten. Von Anfang an liegt in der nationalen Idee keimhaft dieser Doppelsinn: Freiheit von äußerer Bedrückung und Einengung — Freiheit von inneren Fesseln und Hemmungen. Erst so, unter diesen Voraussetzungen ermöglicht sich die freie Selbstgestaltung der Nation zur Kostbarkeit eigenen, freien, reichen Volkstums. Von dieser Bahn einer gesunden, natürlichen Entwicklung wurde das deutsche Volk durch die unselige religiöse bzw. religionspolitische Selbstzerfleischung des 16. Jahrhunderts und vor allem des Dreißigjährigen Krieges abgelenkt: aber auch Frankreich kam auf einen falschen Weg. Auf dem festländischen Europa wurde für anderthalb Jahrhunderte ausschlaggebend die ungeheure Machtsteigerung, welche die absolute Fürstengewalt erfahren hatte. Der Nationalstaats-Gedanke war verschüttet durch die Staatsauffassung des Absolutismus, und es bedurfte erst des ungeheuren Elementarereignisses der großen Revolution, um ihn — nun allerdings mit beispielloser Wucht — wieder ans Tageslicht der politischen Wirklichkeit treten zu lassen. Und abermals offenbarte sich die oben bereits geschilderte Doppelrichtung der nationalen Idee: Befreiung des einzelnen Menschen, der einzelnen Volksschicht, der einzelnen Klasse, des einzelnen Standes innerhalb des Staates — möglichst große Ellenbogenfreiheit für das einheitliche Gesamtvolk nach außen. Überhaupt tritt nun das Volk als Einheit, als einheitliches Ganzes voll bewußt in die geschichtliche Erscheinung, um, ungeachtet aller Klassenkämpfe des 19. und 20. Jahrhunderts, nicht mehr daraus zu verschwinden. Das von der Revolution selbst gröblich mißachtete, von Napoleon I. aber scheinbar geradezu vernichtete „Nationalitätsprinzip“ dringt immer mehr durch und erobert sich im Verlaufe des 19. Jahrhunderts unter dem beflügelnden Antriebe immer neuer Revolutionen und Kriege das ganze Europa. So vollständig ist dieser Sieg, daß selbst Großstaaten sich vor ihm beugen müssen und an ihm zerschellen. Und stets aufs Neue zeigt sich diese Idee, deren Werdegang von der Reformation bis zur Gegenwart in kurzen Strichen hier gezeichnet werden mußte, in der zweifachen Auswirkung: Der Gedanke nationaler Machtentfaltung und Unabhängigkeit nach außen scheint unlösbar verquickt mit demjenigen der Demokratie und der innerpolitischen Freiheit. So wird schon vor dem großen Kriege von 1914—1918, erst recht aber im Kriege diese nach zwei Seiten gewendete nationale Idee zu einer wuchtigen und furchtbaren Waffe gegen die beiden verbündeten mitteleuropäischen Kaisermächte. Die kleinen slawischen Völker und die großen westlichen Demokratien (einschließlich Italien) verkünden in aller Welt den Kampf gegen nationale Unterdrückung und Ausbeutung, wie sie vom Deutschen Reiche, von der Doppelmonarchie und von der Türkei seit Jahrzehnten angeblich geübt werden. Die bitteren Anklagen, die aus demselben Grunde mit mindestens der gleichen, teilweise mit größerer Berechtigung gegen das zaristische Rußland, gegen Englands Irland- und Indienpolitik, gegen die völlige kulturpolitische Aushöhlung der bretonischen und vlämischen Minderheiten durch Frankreich erhoben werden müßten,

werden schamhaft verschwiegen. Präsident Wilson aber machte sich nur zum Sprachrohr des allgemeinen Weltempfindens (so stark war der siegreiche Durchbruch der national-staatlichen Idee), wenn er das Recht jedes Volkes auf freie Selbstbestimmung seines Schicksals weithin verkündete; allerdings erst, nachdem Rußland zusammengebrochen und endgültig aus der Front der Entente-Mächte ausgeschieden war und damit die Alliierten von jener schlimmsten moralischen Belastung durch das verbündete Zar-tum befreit hatte, die jeden Werbefeldzug im Namen der Demokratie und nationalen Freiheit in den Augen aller Denkenden von vornherein fragwürdig machte, ja zur Lüge stempelte. So war denn das Selbstbestimmungsrecht der Völker aus dem Weltkrieg als angeblich neue herrschende Idee hervorgegangen — zugleich allerdings wiederum in enger Verbindung mit dem Grundsatz der Demokratie: mit anderen Worten: Selbstbestimmungsrecht der Völker in ihrer Abgrenzung gegenüber anderen Völkern (das Selbstbestimmungsrecht im engeren Sinne, in dem dieser Ausdruck gewöhnlich gebraucht wird, das Recht jedes Volkes auf seinen eigenen Staat) und Selbstbestimmungsrecht nach innen in Bezug auf die häusliche Einrichtung und Staatsform, in der das Volk leben will.

Eine internationale Neuregelung der durch den Weltkrieg völlig verwirrten europäischen Verhältnisse mußte sich in den Anwendungen des Selbstbestimmungsrechtes natürlich im wesentlichen auf die erstgenannte Ausdeutung dieses Grundsatzes beschränken, da die folgerichtige Anwendung im innerpolitischen Sinne seitens der Friedenskonferenz zu einer dauernden internationalen Einmischung in die innersten eigensten Angelegenheiten jedes Staates geführt hätte. Wilsons Friedensprogrammpunkte waren darin allerdings viel weiter gegangen: bei verschiedenen Gelegenheiten forderte er<sup>1)</sup> ganz unzweideutig die demokratische Ausgestaltung der Staaten, und der erste seiner berühmten „vierzehn Punkte“<sup>2)</sup> gab dem allgemeinen Mißtrauen gegen die staatliche Diplomatie Ausdruck, die als eine wesentliche Einrichtung des alten nicht-demokratischen Staates mehr empfunden als erkannt wurde, und verlangte strengste Überwachung aller diplomatischen Tätigkeit durch die Öffentlichkeit. Von diesen zwei Thesen blieb in der praktisch-politischen Wirklichkeit übrig: 1. bei den Waffenstillstandsvorverhandlungen die Weigerung der Entente, mit den bisherigen, angeblich autokratischen Staatsoberhäuptern der Mittelmächte irgendwelche Friedensbedingungen zu erörtern, 2. bei der Aufstellung der Völkerbundsatzung auf der Pariser Friedenskonferenz die Vorschrift des Artikels 18 betreffend die Eintragung künftiger

1) Z. B. in der Ansprache an den Kongreß vom 8. Januar 1918: „... Neither do we presume to suggest to her (nämlich: Germany) any alteration or modification of her institutions. But it is necessary, we must frankly say, and necessary as a preliminary to any intelligent dealings with her on our part, that we should know whom her spokesmen speak for when they speak to us, whether for the Reichstag majority or for the military party and the men whose creed is Imperial domination.“ — H. W. V. Temperley, „A history of the Peace-Conference of Paris“, Bd. I, S. 435. London 1920—1924.

2) „Open covenants of Peace openly arrived at, after which there shall be no private international understandings of any kind; but diplomacy shall proceed always frankly and in the public view.“ — H. W. V. Temperley, a. a. O., S. 433.

Ferner in der Ansprache an den Kongreß vom 11. Februar 1918: „... Peoples may now be dominated and governed only by their own consent.“ „... Self-Determination is not a mere phrase.“ — H. W. V. Temperley, a. a. O., S. 437.



internationaler Verträge und Abmachungen in ein Völkerbund-Verzeichnis und deren Veröffentlichung durch das Völkerbund-Sekretariat. Aber auch davon abgesehen, ist ja noch genug an Vertragsbestimmungen zustande gekommen, was zweifellos als eine Einengung der Handlungsfreiheit gewisser Staaten, als eine „Beschränkung ihrer Souveränität“, wie die Vertreter dieser Staaten selbst gerne sagen, aufgefaßt werden muß. Da verpflichtet sich Polen „to conform her institutions to the principles of liberty and justice and to give a sure guarantee to the inhabitants of the territory over which she has assumed sovereignty“<sup>1)</sup>; und ferner: „to assure full and complete protection of life and liberty to all inhabitants of Poland without distinction of birth, nationality, language, race or religion“<sup>2)</sup>. Und dem Sinne nach übernehmen die anderen, durch ähnliche Bestimmungen auf der Pariser Konferenz gebundenen Staaten, S.K.S., Rumänien, Tschechoslowakei, Österreich und andere<sup>3)</sup>, die gleichen Verpflichtungen. So einschneidend alle diese Bestimmungen waren, so bedeuten sie doch für die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes nur, sozusagen, eine Zutat; im wesentlichen mußte sich die Durchführung jenes großen Grundsatzes nicht sowohl in einer nachträglichen Schutzvorschrift für vergewaltigte Völker, sondern von vornherein in der Um- und Neubildung der Staaten, deutlicher gesagt: in der neuen Grenzziehung der beteiligten Länder, offenbaren. Und hier ist denn nun ein völliges Scheitern, ein ungeheuerlicher Fehlschlag aller berechtigten Erwartungen zu verzeichnen. Das Recht der freien Schicksalsbestimmung jedes Volkes war als eine der Grundvoraussetzungen des kommenden Friedens von Wilson verkündet, von den Mittelmächten wie von ihren Feinden ausdrücklich und vorbehaltlos angenommen worden. Hierin sollte ja gerade eine Bürgschaft für den Anbruch eines neuen, besseren Zeitalters liegen, daß sich alle die bisher verfeindeten Völker auf diesen wahrhaft gerechten Grundsatz und seine wahrhaftige, gerechte Anwendung einigten. Es schien wirklich so, als ob alle Völker der Erde, große wie kleine, siegreiche wie besiegte, auf diesen Boden treten konnten, ohne sich selbst, ihrer Würde und ihrer nationalen Zukunft das Geringste zu vergeben.

Was ist daraus geworden? Eine einseitig zum Nachteile der im großen Kriege unterlegenen Völker ausgelegte und durchgeführte Regel; ein nach Recht und Gerechtigkeit klingender Vorwand, hinter dem sich trefflich die den Ausschlag gebende nackte Willkür und der böse Wille vor den Augen der Öffentlichkeit verbergen konnten; eine namenlose Enttäuschung für alle diejenigen, welche aus der feierlichen Verkündigung und Billigung des Selbstbestimmungsrechtes durch alle beteiligten Mächte die Hoffnung geschöpft hatten, es sei nunmehr eine gerechte und billige Grundlage für die zukünftigen gegenseitigen Beziehungen der Völker und Staaten gefunden. Nur wenige Jahre sind verstrichen, und die Völkerrechts-Wissenschaft muß feststellen, daß Wilson sein Ziel weder in der praktischen Politik noch im

1) Präambel zum Minderheitenschutz-Vertrage vom 28. Juni 1919.

2) Polnischer Minderheitenschutz-Vertrag, 28. Juni 1919, Art. 2, 1.

3) SKS = „Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen“: Saint-Germain, 10. September 1919, Präambel und Art. 2. — Rumänien: Paris, 9. Dez. 1919, Präambel und Art. 2, 1 — Tschechoslowakei: Saint-Germain, 10. Sept. 1919, a. a. O. — Österreich: Saint-Germain, 10. Sept. 1919, Art. 63, 1.



internationalen Rechte erreicht hat. Zweifellos hatte der Präsident erwartet, daß der Grundsatz vom Selbstbestimmungsrechte mit seiner allgemeinen Anerkennung durch sämtliche Kriegführende in das positive Völkerrecht übergehen werde. Und sicher war doch mit der Verpflichtung der Kriegsparteien auf diesen Grundsatz im Vorvertrage eine Rechtsregel mindestens des partikularen Völkerrechtes geschaffen worden. Wenn nun die Hauptverträge gehalten hätten, was der Vorvertrag versprochen hatte, m. a. W. wenn die Siegerstaaten den durch den Vorvertrag bereits theoretisch als allgemein bindend anerkannten Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes in ihrer „Staatenpraxis“ zu Paris nicht vollkommen einseitig und vertragswidrig beiseite geschoben, sondern verwirklicht hätten, so ständen wir heute vor der Tatsache einer unendlich segensreichen und folgenschweren Bereicherung des Völkerrechtes. Denn in der mindestens beabsichtigten, tatsächlich aber auch durch das Machtschergewicht der beteiligten Staaten durchgesetzten Allgemeingültigkeit ihrer Ordnungen und Bestimmungen kommt die Pariser Friedenskonferenz sicher den großen völkerrechtlichen Entscheidungen des Westfälischen Friedens und des Wiener Kongresses gleich. Statt dessen konnte schon am 15. September 1920 der in der Aaland-Streitfrage vom Völkerbundrate mit Zustimmung der streitenden Parteien eingesetzte Dreier-Ausschuß juristischer Gutachter (Larnaude-Frankreich; Struycken-Niederlande; Max Huber-Schweiz) feststellen<sup>1)</sup>, daß nicht nur die Völkerbundsatzung nirgends das — von Schweden geltend gemachte — Selbstbestimmungsrecht der Völker anerkenne, sondern darüber hinaus, daß „la consécration de ce principe, dans un certain nombre de traités internationaux, ne saurait suffire pour le faire considérer comme une des règles positives du droit des gens“. Und das Gutachten dieser drei hochangesehenen Völkerrechtslehrer fährt fort: „Au contraire, sauf stipulations expresses dans les traités internationaux, le droit de disposer du territoire national est essentiellement un attribut de la souveraineté de chaque État. Le droit international positif ne reconnaît donc pas à des fractions de peuples comme telles, le droit de se séparer, par un simple acte de volonté, de l'État dont elles font partie, pas plus qu'il ne reconnaît à d'autres États le droit de réclamer une telle séparation. D'une manière générale, il appartient exclusivement à la souveraineté de tout État définitivement constitué d'accorder ou de refuser à une fraction de sa population le droit de déterminer son propre sort politique par voie d'un plébiscite ou autrement. Un différend entre deux États au sujet d'une pareille détermination porte donc, dans des circonstances normales, sur une question que le droit international laisse à la compétence exclusive d'un de ces États.“

Es ist hier der Platz, angesichts dieser für die Nationalitäten- und Minderheitenfrage so überaus wichtigen Entscheidung noch ein wenig bei dem Aalands-Streite zu verweilen, und zwar bei dem Teilgebiete, wo die Verzahnung von nationalem Selbstbestimmungsrecht und von internationalem Minderheitenrechte sichtbar wird.

Schweden hatte Finnland gegenüber behauptet<sup>2)</sup>, daß der ganze, seit

1) „Journal Officiel de la S. D. N., Supplément spécial No. 3“, Oktober 1920.

2) „Journal Officiel, Supplément Spécial No. 1“, August 1920.

August 1917 (d. h. seit dem Erwachen der Anschlußbewegung auf den Inseln) währende Aalands-Streit mittlerweile einen internationalen Charakter angenommen habe, und daß Schweden deshalb die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes durch die Aaländer fordern könne. Finnland hingegen hatte sich wohl bereit gefunden, „d'accorder aux îles d'Aaland un certain degré d'autonomie“, indessen die finnische Gebietshoheit über die Aalandsinseln als „indiscutable“ bezeichnet und erklärt, es werde niemals Erörterungen über die Zweckmäßigkeit einer Volksabstimmung zulassen. Einige nach diesem Wortwechsel eingetretene, stimmungsverschärfende Vorkommnisse (Verhaftung zweier Aaland-Führer durch die Finnen unter Anklage wegen Hochverrats, Verlegung finnischer Truppen nach den Inseln u. a.) hatten die Spannung zwischen den beiden Nachbarländern so erhöht, daß am 19. Juni 1920 folgende Note des Britischen Außenamtes an den Generalsekretär des Völkerbundes erging:

„Foreign Office, S. W. 1, 19<sup>th</sup> June 1920.

Dear Sir Eric Drummond:

I desire in exercise of the frankly right conferred by Article 11 of the Covenant of the LON, to bring to the attention of the Council of the League the case of the Aaland Islands, as a matter affecting international relations, which unfortunately threatens to disturb the good understanding between nations upon which peace depends.

I do not take this step without having informed the two Governments, Sweden and Finland, of my intention to do so.

I am, Yours faithfully

(signed) Curzon of Kedleston<sup>1)</sup>.“

Hierauf kam es vom 9. bis 12. Juli gleichen Jahres zur Tagung des Völkerbundesrates in London unter Balfours Vorsitz, der, nach eingehender Anhörung der schwedischen und finnischen Vertreter durch den Rat, den Antrag stellte, die von Finnland in erster Linie aufgeworfene Rechtsfrage dem schon erwähnten Drei-Juristen-Ausschusse zu unterbreiten. So wichtig der Aalands-Streit in sämtlichen Abschnitten seines Verlaufes erscheint, so reich diese ganze Angelegenheit an völkerrechtlicher und politischer Bedeutsamkeit ist, so kommt an dieser Stelle doch nur die Frage des Selbstbestimmungsrechtes in Betracht. Aus den am Ende des Gutachtens der drei Völkerrechtslehrer aufgestellten vier Schlußfolgerungen sei hier die zweite angeführt: „... The dispute arose from a 'de facto' situation caused by the political transformation of the Aaland-Islands, which transformation was caused by and originated in the separatist movement among the inhabitants, who invoked the principle of national selfdetermination, and certain military events. ...“<sup>2)</sup>. Zu diesen Schlußfolgerungen des Juristengutachtens macht der Amerikaner Philip Marshall Brown in einem „Editorial Comment“<sup>3)</sup> folgende beachtenswerte Bemerkung: „To summarize this decision, it merely amounts to a statement that there is no absolute right

1) „Official Journal LON“ 1920, Juli bis August, S. 247.

2) „Official Journal LON, Special Supplement No. 3“, Oktober 1920, S. 14.

3) „American Journal of International Law“, Bd. XV, Jahrgang 1921, S. 270.

of self-determination<sup>1)</sup>; that the fate of the Aaland-Islands, *as in the case of the Trentino or Poland*<sup>2)</sup>, is to be determined *ultimately by the concert of Powers*<sup>3)</sup>. Das will also sagen, daß gerade diese wichtigsten und heikelsten Gebietsfragen der Nachkriegszeit (Süd-Tirol! Polnischer Korridor!) letzten Endes nicht auf Grund eines als positives, bindendes Völkerrecht anzuerkennenden Rechtsgrundsatzes, sondern auf Grund politischer Erwägungen der Mächte (Concert of Powers!) entschieden werden sollen. Es ist schon oben auf den verhängnisvollen Gegensatz hingewiesen worden, in dem sich diese Feststellung zu Wilsons Absichten und Anschauungen befindet! Freilich, wie sehr trägt er selbst Schuld daran, daß eben der von ihm nicht etwa erfundene, aber in entscheidender Stunde neu formulierte und feierlich verkündete Grundsatz nationaler Selbstbestimmung nicht ins positive Völkerrecht eindrang! Bei der Abfassung der Völkerbundsatzung hat er ebenso sehr wie bei den Gebiets- und Grenzbestimmungen der Friedensverträge seine eigene Fahne verlassen, und, wie z. B. die Südtiroler Frage und ihr Schicksal mit schreiender Deutlichkeit zeigt, sich Erwägungen und Einflüsterungen zugänglich erwiesen, die weit ab liegen von den streng rechtlichen Absichten, für deren Verwirklichung er die Vereinigten Staaten in den Krieg geführt und sich und seines Landes Ehre eingesetzt hatte. So können denn die drei Aalands-Juristen mit vollem Rechte behaupten: „The principle, that nations must have the right of self-determination is not the only one to be taken into account. Even though it be regarded as the most important of the principles governing the formation of States, geographical, economic and other similar<sup>4)</sup> considerations may put obstacles in the way of its complete recognition. Under such circumstances a solution in the nature of a compromise, based on an extensive grant of liberty to minorities<sup>5)</sup>, may appear necessary according to international legal conception and may even be dictated by the interests of peace<sup>5)</sup>.“ Dieses am 5. September 1920 abgeschlossene Gutachten lag dem Völkerbundrate in seiner Sitzung vom 20. September gleichen Jahres vor; er schloß sich allen Ergebnissen, zu denen die drei Juristen gekommen waren, an und ernannte nunmehr einen neuen, in seiner Zusammensetzung etwas politischer gefärbten Ausschuß, „a Commission of Rapporteurs“ (Commission d'enquête), dessen Aufgabe die peinlich genaue Untersuchung und Erforschung sämtlicher für eine Entscheidung in Betracht

1) Wie ganz anders klingt diese nüchterne Feststellung auf Grund der positiven Rechtslage als jene feierliche Verpflichtung zur Anerkennung eben dieses „absolute right of self-determination“, wie sie Philip Marshall Browns Landsmann Wilson als Weltschieds- und Friedensrichter allen Staaten auferlegt hatte! „Vor Tische las man's anders. . .“!

2) Von mir gesperrt und hervorgehoben.

3) Z. B. die von Italien zugunsten seiner Brennergrenze geltend gemachten strategischen und scheinengeschichtlichen Erwägungen!

4) Hier enthüllt sich also in einem völkerrechtlichen Gutachten der ganze innere Zusammenhang zwischen dem nationalen Selbstbestimmungsrechte der Völker, das sich, entgegen den Absichten Wilsons und im Widerspruche mit den Abmachungen des Vorfriedensvertrages, als anerkannter Rechtsgrundsatz in Paris und seitdem bis heute nicht hat durchsetzen können, und dem internationalen Minderheitenrechte, das im Wege von Zugeständnissen in einer Reihe von völkerrechtlichen Verträgen als Ersatz für jenes höhere Grundrecht Aufnahme gefunden hat.

5) „Official Journal Spec. Suppl. No. 3“, Oktober 1920, S. 6.



kommender Tatsachen und Rechtsfragen sowie die Erstattung eines endgültigen Berichtes über die vorzuschlagende Lösung sein sollte<sup>1)</sup>. Die „Commission of Rapporteurs“ bestand aus Beyens-Belgien, Calonder-Schweiz und Elkus-USA. Ihr Bericht wurde dem Völkerbundrate am 20. Juni 1921 unterbreitet. Die für unsere Frage wichtigsten Stellen dieser umfangreichen Urkunde lauten: „We have only to examine if there are adequate reasons and sufficiently weighty considerations for the modification of this situation and for granting the Aalanders the plebiscite which they ask;“ und weiter: „The right of free self-determination is not a rule of international law and the LON has not entered it in its Covenant. . . A small fraction of a people, a minority, cannot be put on the footing of an entire nation<sup>2)</sup>. . . A minority of the people of a State, definitely constituted and capable of performing its duties, has no right to separate itself or to declare its independence. Such a rule would destroy order and stability and inaugurate anarchy . . . and all the arguments of history, geography and politics militate in favour of the ‚Status quo‘<sup>3)</sup>.“

So hat also auch dieser zweite Aalands-Ausschuß, die „Commission of Rapporteurs“, sich gegen das Selbstbestimmungsrecht als einen völkerrechtlichen Grundsatz erklärt und damit nur jene rückläufige Bewegung bestätigt, die unmittelbar nach der Niederlegung der Waffen durch die Mittelmächte bei unseren Feinden einsetzte: jene Bewegung, die in dem früher so oft verkündeten „natürlichen Rechte der Völker auf Selbstbestimmung“ nur ein politisches Mittel im Kampfe gegen die Mittelmächte gesehen hatte und darum gar nicht daran dachte, dieses Recht nun allen Völkern gleichmäßig zukommen zu lassen. Erstaunlich bleibt bei alledem, daß nicht nur die Politik, sondern auch die Rechtswissenschaft außerhalb des deutschen Kulturkreises und der mit ihm durch ein gleiches Schicksal verbundenen Völker diesen Tatbestand anerkennt und zu rechtfertigen sucht, ja sogar den kümmerlichen Ersatz, der den Nationalitäten für das ihnen verweigerte Selbstbestimmungsrecht in dem sogenannten „Minderheitenschutz“ geboten worden ist, noch mit Sorge und Bedenken betrachtet. Noch befremdlicher erscheint es, daß ausgerechnet die nordamerikanische Völkerrechtslehre auf diesem Gebiete versagt, während man doch gerade von ihr eine andere, freiere, weiterblickende Auffassung hätte erwarten mögen. Aber da erklingt nur stets die bange Frage: Was wird aus den Staaten, was aus der zwischenstaatlichen Ordnung, wenn wir den Völkern und Nationalitäten jenes Recht zugestehen, das ihnen unser eigener Präsident Wilson so bereitwillig zuerkannt hatte? In diesem Zusammenhange muß noch auf eine für den ganzen Umfang des Problemgebietes wesentliche Einzelfrage eingegangen werden. Der Aalands-Juristen-Ausschuß hatte, wie bereits dargelegt, in seinem Gutachten vom 5. September 1920 die Anerkennung eines Selbstbestimmungsrechtes der Völker als eines allgemeinen Grundsatzes verworfen und die Ansicht der finnischen Regierung bestätigt, daß alle nationalen Loslösungsbestrebungen nach internationalem Rechte lediglich unter die Gerichtsbarkeit

1) „Official Journal LON“, Oktober 1920, S. 394 ff.

2) Augenscheinlich bedeutet dieser Satz eine Stütze für die in dieser Abhandlung vorgenommene Unterscheidung von „Nationalität“ und „Minderheit“ im engeren Sinne.

3) „Official Journal LON“, September 1921, S. 691 ff.

des betreffenden Staates fallen<sup>1)</sup>. Nun aber findet sich in dem Gutachten noch folgender höchst eigenartiger und bemerkenswerter Satz: „The Commission . . . does not give an opinion concerning the question as to whether a manifest and continued abuse of sovereign power, to the detriment of a section of the population of a State, would, if such circumstances arose, give to an international dispute, arising therefrom, such a character that its object should be considered as one which is not confined to the domestic jurisdiction of the State concerned, but comes within the sphere of action of the LON<sup>2)</sup>.“ Unzweifelhaft wird hier eine Frage von ungeheurer Tragweite berührt, in jedem Falle eine Frage, die sich nicht auf die vertraglich geschützten Minderheiten und deren Probleme beschränkt, sondern schlechthin jede in einen fremden Staat eingegliederte Nationalität bzw. Minderheit angeht, wie schon der Zusammenhang zeigt, in dem der Juristenausschuß diese Frage als solche aufwirft und gewissermaßen zur Erörterung stellt; denn schließlich handelte es sich bei dem Gutachten um einen ganz bestimmten Einzelfall, nämlich um eine Minderheit innerhalb des finnischen Staates, der noch keinerlei vertragliche, völkerrechtliche Verpflichtung zu deren Schutze übernommen hatte; und doch sah sich der Juristenausschuß durch diesen Anlaß in die Notwendigkeit versetzt, die allgemeinsten Probleme des Nationalitätenrechtes anzupacken oder mindestens aufzuzeigen. Daß es hier um das Recht jeder Nationalität (und nicht nur der vertraglich geschützten Minderheiten) geht, erkennt auch Philip Marshall Brown an, wenn er von dem oben angeführten Satze des Gutachtens folgendermaßen spricht<sup>3)</sup>: „an extraordinary ‚obiter dictum‘, which has a portentous bearing on the question of the right of the LON to intervene in such abnormal situations as that now existing in Ireland“ (1921 geschrieben).

Nicht genug, daß der Völkerbundrat, indem er am 20. September 1920 das Juristen-Gutachten in seinem ganzen Umfang annahm und genehmigte, damit auch die vom Dreier-Ausschusse aufgeworfene Frage des Mißbrauchs der Staatsgewalt gegenüber einer Minderheit als zur Erörterung gestellt erklärt hat, ist er in seiner Entscheidung vom 24. Juni 1921, durch die er den Bericht des zweiten Ausschusses (der „Commission of Rapporteurs“) vollinhaltlich mit Stimmeneinheit billigte und zum Beschluß erhob, noch einen erheblichen Schritt weitergegangen. Die „Commission of Rapporteurs“ hatte in Anlehnung an das Juristengutachten („ . . . a solution in the nature of a compromise, based on an extensive grant of liberty to minorities, may appear necessary according to international legal conception. . .“) vorgeschlagen, daß die Aalandsinseln zwar unter finnischer Staatshoheit bleiben sollten (ihnen also das Recht der freien Volksentscheidung über ihre künftige Staatszugehörigkeit nicht zugebilligt werde), daß ihnen aber ein hohes Maß von Selbstverwaltung und von völkischen Rechten gewährt werden solle. Diese unter internationale, d. h. unter Völkerbunds-Bürgerschaft zu stellenden Schutzbestimmungen umfassen vier Punkte; an deren Aufzählung knüpfte die „Commission of Rapporteurs“ den sehr deutlichen Hinweis:

1) „Official Journal LON, Spec. Suppl. No. 3“, Oktober 1920, S. 6.

2) „Official Journal LON“, a. a. O., S. 5.

3) „American Journal of International Law“, Bd. XV, Jahrgang 1921, S. 270.

für den Fall, daß Finnland nicht bereit sei, die erwähnten Sicherheiten den Aaländern zuzugestehen, sehe sich der Ausschuß gezwungen, die Los-trennung der Inseln von Finnland, entsprechend den durch eine Volksabstimmung ausgedrückten Wünschen der Bevölkerung, im Interesse der Aaländer und eines dauerhaften Friedens in der Ostsee zu beantragen. Der Völkerbundrat hat also, indem er am 24. Juni 1921 den Gesamtbericht der „Commission of Rapporteurs“ einstimmig und vorbehaltlos genehmigte, sich auch diese „Conclusion“ des Berichtes zu eigen gemacht und damit Finnland vor die Entscheidung gestellt: Entweder weitgehender Minderheitenschutz und Selbstverwaltung für die Aaländer — oder Zuerkennung des Selbstbestimmungsrechtes und Volksabstimmung! Man wird diesen Ratsbeschluß gar nicht nachdrücklich genug immer wieder ins helle Licht rücken können; denn betraf jener Satz aus dem Juristen-Gutachten vom 5. September 1920 eine zunächst immerhin rein theoretische Erwägung — obwohl der nordamerikanische Berichterstatter sofort auf die möglichen praktischen Folgen hinweist, indem er den Namen „Ireland“ ausspricht, — so geht der Bericht der „Commission of Rapporteurs“ und der ihm entsprechende Ratsbeschluß vom 24. Juni 1921 jedenfalls weit über den Rahmen solch theoretischer Problemstellung hinaus. Hier wird unbedingt aus gegebenem Anlasse unmittelbar positives Recht neu geschaffen. Es soll nämlich ein noch nicht dem positiven Völkerrechte angehörender, dem Naturrechte entstammender Grundsatz zum Nachteile eines Staates angewendet werden, wenn dieser Staat sich weigert, gewisse ihm soeben auferlegte Verpflichtungen auf sich zu nehmen; noch dazu verfährt man so einem Staate gegenüber, dem man soeben zugestanden hatte, daß eben dieser naturrechtliche Grundsatz nicht positives Recht sei, also auch nicht angewendet werden dürfe! Gewiß ist auch kraft der Friedensverträge der naturrechtliche Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes in einer Reihe von Fällen zur Geltung gekommen, insofern für mehrere Gelegenheiten Volksabstimmungen angeordnet und durchgeführt wurden, — hieß es doch ausdrücklich im Aalands-Juristen-Gutachten vom 5. September 1920, daß die „consécration de ce principe, dans un certain nombre de traités internationaux, ne saurait suffir pour le faire considérer comme une des règles positives du droit des gens“; aber es erscheint doch weit bedeutsamer, wenn geraume Zeit nach den doch mindestens zum Teil unter Wilsons unmittelbarem Einflusse zustande gekommenen europäischen Friedensschlüssen in zwei Völkerbundrats-Entscheidungen vom 20. September 1920 und vom 24. Juni 1921 der Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes den Aaländern gegenüber zuerst ausdrücklich abgelehnt wird, um dann in derselben Entscheidung vom 24. Juni 1921 als Grundlage für eine Eventuallösung desselben Aalands-Streites seine Auferstehung zu feiern!

Die ganze Schwierigkeit dieser im Grundsätzlichen verworrenen Lage empfindet der amerikanische Völkerrechtsgelehrte Charles Noble Gregory, wenn er schreibt<sup>1)</sup>: „The doctrine of the right of free self-determination . . . as applied to a minor part of a nation has been very properly rejected, but with reservations in case such minority is suffering wrongs and injustice.

1) „American Journal of International Law“, Bd. XVII, Jahrgang 1923, S. 74.



It is submitted that the right of the Council of the League, or any Commission operating under it, to hear and advise as to the rights of such a minority so suffering, even as against a state with admitted sovereignty over them, seems to be assumed or indicated by the Rapporteurs. Moreover, the right is expressly assumed to detach, in accord with a plebiscite, territory and citizens from an undoubted sovereign unless he makes such concessions as the council advises. Such rights must be regarded with great solicitude by all established Powers. Their exercise in any but the wisest and most impartial hands would be destructive and mischievous beyond conception. When a certain number of states of this Union declared for self-determination in the sixties, there is every reason to suppose they would have had the support of any European Committee. If the right here adumbrated had then existed, the Union would have probably been destroyed and the whole policy for which Mr. Lincoln stood frustrated.“ Man sieht, die zwei bereits erörterten Punkte treten hier in voller Klarheit nebeneinander, ja in innerer, gedanklicher Verbindung miteinander hervor: die völkerrechtliche Grundregel, die im September-Gutachten und im Juni-Bericht ausdrücklich als allgemein gültig aufgestellt wird, daß nämlich das Selbstbestimmungsrecht der Völker als positiver Rechtsgrundsatz zu verwerfen sei, und daß deshalb aus ihm keine Ansprüche irgendwelcher Art abgeleitet werden können, erfährt an zwei entscheidenden Stellen eine Durchbrechung oder mindestens eine Erschütterung: Wenn eine beliebige Minderheit oder Nationalität, die durch Minderheiten-Vertragsbestimmungen nicht geschützt ist, „wrongs and injustice“ von Seiten des Staates bzw. des Mehrheitsvolkes zu erleiden hat — im September-Gutachten war von einem „manifest and continued abuse of sovereign power to the detriment of a section of the population of a state“ gesprochen worden<sup>1)</sup> —, so kann diese den Frieden der Welt und das gute Einvernehmen der Völker zweifellos störende<sup>2)</sup> Angelegenheit aufhören zu sein, „a matter which by international law is solely within the domestic jurisdiction of that party“<sup>3)</sup>. Freilich: mehr als ein „kann“ wird vorläufig auf diesem Gebiete<sup>4)</sup> nicht zu erzielen sein; es stehen hier die beiden angezogenen Normen der Völkerbundsatzung (Art. 11, 2 und Art. 15, 8) einander scharf gegenüber, und es ist zu befürchten, daß in solchem Falle allerhand politische oder jedenfalls rechtsfremde Erwägungen den Ausschlag darüber geben, ob der Völkerbundrat, wenn eine Minderheitenfrage unter Berufung auf Art. 11, 2 vor ihn gebracht worden ist, von den Möglichkeiten des Artikels 15, 1—6 Gebrauch machen will oder nicht. Wenn er sich aber dazu entschließt (sei es auf Grund eines

1) „Official Journal, Spec. Suppl. 3“, S. 5.

2) Völkerbundsatzung, Art. 11, 2.

3) Völkerbundsatzung, Art. 15, 8.

4) Eine Feststellung, die sich lediglich auf die vertraglich nicht geschützten Minderheiten bezieht; bei den durch Friedens- und Minderheiten-Verträge unter die Bürgschaft des Völkerbundes gestellten nationalen Gruppen liegt ja stets ein internationales Interesse vor, und der Völkerbundrat hat hinsichtlich der an den Völkerbund gelangenden Beschwerden zunächst lediglich zu untersuchen, ob die betreffende Eingabe genügend begründet erscheint und sich zur Behandlung vor dem Völkerbundrate eignet; aber auch wenn das Ergebnis dieser Prüfung völlig verneinend ausfällt, die Beschwerde also tatsächlich nicht zur amtlichen Verhandlung gelangt, bleibt dennoch der internationale Charakter der dem Völkerbunde unterbreiteten Frage außer jedem Zweifel.

vorher eingeholten „Avis consultatif“ des Ständigen Internationalen Weltgerichtshofes oder unter Verzicht auf diese Rückendeckung), über den bei solcher Gelegenheit von Seiten des beteiligten Staates natürlich zu gewärtigenden Einwand des Art. 15,8 hinwegzugehen, so obliegt es ihm, in der Sache selbst Lösungsvorschläge zu machen, die ja bei einstimmiger Annahme durch die Ratsmitglieder nach Art. 15,6 ein ganz bedeutendes Gewicht haben. Und nun tritt der Präzedenzfall des Aaland-Juni-Berichtes und der zugehörigen Ratsentscheidung vom 24. Juni 1921 in Wirksamkeit, wodurch wahrhaftig die ganz allgemein ausgesprochene Verneinung des Selbstbestimmungsrechtes aufgehoben oder mindestens eingeschränkt wird: Nichts kann fortan den Völkerbundrat hindern, keine rechtliche Überlegung kann ihn abhalten, auch in künftigen ähnlichen Fällen genau so zu verfahren wie in der Angelegenheit der Aaländer. Damit ist ein Weg gezeigt, wie auch vertraglich nicht geschützte Minderheiten ihr Recht finden — könnten, wenn der Völkerbundrat die ihm in Art. 11,2 und 15,1—6 gegebene Handhabe benützen wollte.

Die angezogenen Bestimmungen der Völkerbundsatzung und die ihnen in der Aalandfrage zuteil gewordene Auslegung und Anwendung bewirken jedenfalls, daß auch die scheinbar ganz der Willkür eines Staatsvolkes und seiner Staatsgewalt schutzlos preisgegebenen Nationalitäten, deren Behandlung nach der in solchen Fällen üblichen Ausdrucksweise „is a purely domestic matter involving a question between the State and its own subjects<sup>1)</sup>“, von einer internationalen Körperschaft Hilfe und Erleichterung ihrer Lage erhoffen können; denn wenn der Völkerbundrat erst einmal eine solche Angelegenheit in die Hand genommen hat, so steht ihm auch jederzeit jenes letzte Druckmittel zur Verfügung, das er Finnland gegenüber so erfolgreich benützt hat: die Feststellung nämlich, daß die bedrängte Nationalität entweder künftighin gemäß den vom Rate beschlossenen „Empfehlungen“ und „Ratschlägen“ von ihrem Staate zu behandeln ist und daß der betreffende Staat die völkerrechtliche Verpflichtung dazu auf sich nimmt, — oder daß sie, wenn der Staat sich dessen weigert, ihrerseits des Selbstbestimmungsrechtes teilhaftig werden und mittels der Volksabstimmung über ihr staatliches Geschick soll entscheiden dürfen.

Hier zeigt sich mit aller Deutlichkeit, wie eng die beiden Probleme (Selbstbestimmungsrecht und Minderheitenschutz) miteinander verflochten sind: Zwar handelt es sich im Falle Finnlands um einen kleinen Staat mit sehr beschränkten Machtmitteln und der Unfähigkeit, einem ernsten und nachdrücklichen Willensentscheid der im Völkerbunde vertretenen Mächte Widerstand zu leisten; aber es läßt sich auch recht gut vorstellen, daß ein Großstaat in gleicher Lage es ebenfalls vorzieht, die von dem Völkerbunde als notwendig erachteten Bürgschaften für eine fortan billige Behandlung seiner Minderheiten zu geben, als es darauf ankommen zu lassen, daß nun der Völkerbundrat gemäß dem Beschlusse vom 24. Juni 1921 vorgeht und der betreffenden Minderheit das Recht auf freie Entscheidung

1) „American Journ. of Intern. Law“, 1923, Bd. 17, S. 76. Der Wortlaut der finnischen Beweisführung: „ces divergences constituent une question d'ordre intérieur relative à la protection des minorités, . . . une question que le droit international laisse à la compétence exclusive de la Finlande.“ — „Journal Officiel“, 1920, Juli bis August, S. 247 u. 250.

ihres Schicksals zuerkennt, — sollte auch ein solcher Beschluß keine unmittelbaren praktischen Folgen nach sich ziehen. Jedenfalls ist vom Standpunkte des nordamerikanischen Kritikers aus die Sorge und Unruhe verständlich<sup>1)</sup>, mit der dieses Ergebnis des Aalands-Streites betrachtet wird. Und es scheint fast nur ein schwacher Trost, wenn er am Ende seiner Ausführungen nun doch, erleichtert aufatmend, zu dem Schlusse kommt: in einem Punkte wenigstens sei die Aalands-Entscheidung höchst heilsam, nämlich als „limitation of the right of free self-determination, a toxic principle, which, unlimited and unrestrained, threatened the integrity and menaced the welfare of all nations and thus of all men.“

Nachdem nun solcherart alle „Für“ und „Wider“ der Aalandsfrage zur Geltung gekommen sind, soweit es sich dabei um das Selbstbestimmungsrecht der Völker handelt, wird man nicht umhin können, sich — mit der einen optimistischen Einschränkung, die den Präzedenz- und Ausnahmefall einer vom Völkerbundrate selbst erwogenen Anwendung des freien Selbstentscheidungsrechtes einer Minderheit betrifft, — dem Gesamturteile Walter Schückings anzuschließen, wenn er in einer abschließenden Besprechung des ganzen Aalandsstreites sagt<sup>2)</sup>: „Das materielle Resultat des Vermittlungsverfahrens ist sehr lehrreich für den gegenwärtigen Stand des Völkerrechtes, insofern zwar einerseits der Schutz der nationalen Minderheit innerhalb des finnischen Staatswesens, soweit es sich um die schwedischen Bewohner der Aalands-Inseln handelt, deren Rechtslage allein zur Debatte stand, durch den Völkerbundrat als ein internationales Problem anerkannt wird, andererseits<sup>3)</sup> aber von einer Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Bevölkerung der Aalands-Inseln, wie diese sie erhofft hatte, gar nicht die Rede ist. Hier zeigt sich also die bedauerliche Tatsache, daß das Selbstbestimmungsrecht der Völker noch nicht aus einem politischen Postulat ein wirklicher Rechtssatz des Völkerrechtes geworden ist, wie das Wilson ursprünglich vorgeschwebt hatte. Denn Wilson hatte in seinem ersten Entwurfe zum Völkerbunde in sehr verständiger Weise die wechselseitige Garantie der territorialen Unversehrtheit und politischen Unabhängigkeit dadurch einschränken wollen, daß Grenzverschiebungen stattfinden sollten, wenn sie infolge der bestehenden Verhältnisse aus ethnischen, sozialen oder politischen Gründen gemäß dem Selbstbestimmungsrechte der Völker notwendig wären oder von drei Vierteln der (Völkerbund-) Delegierten im wohlverstandenen Interesse der beteiligten Völker verlangt würden<sup>4)</sup>. Freilich sollten solche Grenzverschiebungen dann materielle Kompensationen zur Folge haben. Es wäre von ungeheurer Tragweite für die

1) „great solicitude“, Charles Noble Gregory, a. a. O., S. 74.

2) „Publications de l'Institut Nobel Norvégien“, Bd. 5: Schücking, „Das völkerrechtliche Institut der Vermittlung“. Christiania, — La Haye, 1923, S. 241 f.

3) Der sozialdemokratische Ministerpräsident Schwedens, Hjalmar Branting, nach seiner Rückkehr aus Genf, wo er die Sache der Aaländer vertreten hatte, zum Berichterstatter des „Svenska Dagbladet“: „Die Entscheidung... nicht eine Niederlage für Schweden, sondern... für das Völkerrecht und den Völkerbund...“ v. Bülow, a. a. O., S. 197 Anmerkung.

4) Anmerkung bei Schücking: Erster Wilson-Entwurf, Dezember 1918, Artikel 3. — Dieser Gedanke ist auch in den zweiten und dritten Wilson-Entwurf übergegangen, — Vergleiche S. 188 [76] ff. dieser Arbeit!



Fortbildung des Völkerrechts gewesen, wenn die Kommission, die das Gutachten für den Rat des Völkerbundes zu erstatten hatte, diesen kühnen Gedanken aufgegriffen und für die Aalandsinseln ein Plebiszit vorgeschlagen hätte . . .“.

Das Selbstbestimmungsrecht hatte sich also in Paris, trotz des Vorfriedensvertrages und trotz Wilsons Absichten, als ein allgemeiner Grundsatz des positiven Völkerrechtes nicht durchgesetzt. Mittel- und Osteuropa waren, weit entfernt von einer den Volkstumsgrenzen möglichst entsprechenden Staatsbildung, völkisch noch mehr zerstückelt und zusammengeflocht als vordem. Die Wissenschaft ist sich darüber einig, daß fast alle europäischen Kriege während der letzten 150 Jahre eben wegen des Nationalitäten-Problems entstanden sind; und man macht sich gewiß keiner Übertreibung schuldig, wenn man mit Olof Hoijer<sup>1)</sup> zum mindesten das Eine feststellt, daß dieses selbe Problem „une des germes“ auch des letzten großen Krieges gewesen ist. Wenn also der Friede dauerhaft sein sollte, mußte er eben dieses Problem lösen — und das hatte ja Wilson auch gewollt. Umso mehr bedurften alle Völker der Lösung dieser Aufgabe, als ja seit dem Beginne der Neuzeit und noch ausgesprochener seit der französischen Revolution von 1789 die staatliche Gliederung unseres Erdteiles im Wesentlichen auf dem Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes beruht. Dennoch war das Ergebnis der langwierigen Pariser Verhandlungen die offenkundige Verhöhnung dieses Grundsatzes: denn heißt es nicht einen Rechtsgrundsatz verhöhnen, wenn man ihn zuerst in zahllosen Kundgebungen als allgemeine Richtschnur für die Neuordnung Europas feierlich anpreist und sich zu ihm bekennt, ja wenn man seine Verwirklichung sogar als das eigentliche Kriegsziel ausgibt, — um ihn dann, nach Eintritt der Waffenruhe, lediglich zu einem Bereicherungsmittel für die eigenen Freunde und Waffengefährten herabzuwürdigen! In einem Aufsatz über „War danger in Europe“<sup>2)</sup> spricht R. N. Coudenhove-Kalergi von der bitter enttäuschten Hoffnung auf endgültige Befriedung Europas. Wir stehen schon wieder vor einer äußerst gespannten Lage; die Kriegsgefahr ist größer als zu Anfang 1914. Ramsay Mac Donald hat „Locarno“ eine „Coué-Policy“ genannt: die Menschen glauben, der Friede könne wirklich erhalten werden, indem man als Autosuggestion fortwährend den Satz wiederholt: „Peace is assured“. Welch gefährliche, verhängnisvolle Selbsttäuschung! Europa wird eines Tages aus seiner Autosuggestion aufschrecken und sich vor der Wahl finden: „either to begin war again or banish this danger and destroy the present European system by a general revolution“.

Wo liegen die Gefahrenherde? Zwar die westliche Elsaß-Lothringen-Frage scheint in Locarno eine dauernde Lösung gefunden zu haben (meinte Coudenhove-Kalergi 1926; ob er heute, ein Jahr später, angesichts der elsässischen Autonomiebewegung und der französischen Gewaltpolitik auch noch so denkt?); aber in Osteuropa sind dafür „mindestens zwölf neue Elsaß-

1) „Le pacte de la Société des Nations. Commentaire théorique et pratique“. Paris 1926. S. 503.

2) Erschienen in „Advocate of Peace through Justice“, Published since 1834 by „The American Peace Society. Suite 612—614, Colorado-Building, Washington, D. C.“ 1926 Bd. 88, Stok. 9/10, S. 549 ff.

Lothringen“<sup>1)</sup> geschaffen worden! Es handelt sich um das ehemalige Österreich-Rußland-Balkangebiet, d. h. zunächst die alte Brandstätte Europas, wo auch seit 1871 alle europäischen Kriege ausgebrochen sind: der russisch-türkische 1877, der serbisch-bulgarische 1885, der griechisch-türkische 1897, der erste Balkankrieg 1912, der zweite Balkankrieg 1913, der Weltkrieg 1914, der russisch-polnische 1920; dazu um den verhältnismäßig kleinen Geländestreifen, wo Deutschland und Italien aneinander grenzen. Die 12 neuen Elsaß-Lothringen findet der Verfasser in Memel, Wilna, Danzig mit dem polnischen Korridor, Oberschlesien, Westukraine (Ostgalizien und Buchenland), Sudetendeutschland, in den ungarischen Grenz- und Randgebieten, in Südtirol, im italienisch-südslawischen Streitgebiete, in Bessarabien, Mazedonien und Albanien. Als ein Sonderproblem tritt hinzu der staatliche Zusammenschluß des Deutschen Reiches und Deutsch-Österreichs. Coudenhove-Kalergi gesteht selbst zu, daß die von ihm aufgezählten 13 Streitfragen nicht alle gleich wichtig seien. (Sie sind, wie hinzugefügt werden darf, auch nicht einmal vollständig: es gibt auch zwischen dem deutschen Volke und dem Staate SKS ein unkämpftes Gelände — Südsteiermark, Südkärnten, Marburg, Cilli; es gibt das weißrussische Problem an der Ostgrenze Polens; es gibt die noch nicht endgültig bereinigte deutsch-dänische Grenzfrage; es gibt noch immer die Dobrudscha als Zankapfel zwischen Bulgarien und Rumänien; — von Westeuropa ganz zu schweigen, wo drei große Nationalitäten-Brandherde der angeblichen Befriedung Europas spotten: Spanien mit der katalanischen, Frankreich mit der bretonischen, elsäß-lothringischen, korsischen, vlämischen, Belgien mit der vlämischen und deutschen [Eupen-Malmedy] Unabhängigkeitsbewegung.) Der Verfasser stellt nun fest, daß einige dieser Streitfragen eine geradezu unmittelbare Kriegsgefahr in sich bergen, während andere eine Quelle dauernden nationalen Hasses und Mißtrauens sind. Aber in allen diesen Gebieten herrscht das lähmende Gefühl der Unsicherheit und „the conviction that either the system or the frontiers must be changed“. Der Völkerbund gewährt keine ganz sichere Friedensbürgschaft: wohl zwischen kleinen Staaten; handelt sich aber um Großmächte, dann versagt er: „It (nämlich The LON) has different measures for the weak and the strong. . . The League surrendered its moral arms before Poland in Wilna, before Italy in Corfu, before Great-Britain in Mossul“. Zum Schlusse werden Vorbeugungs- und Rettungsmaßnahmen empfohlen, die sich natürlich auf des Verfassers „Pan-Europa“ Idee gründen; eines dieser Hilfsmittel, die den bedrohten Frieden

<sup>1)</sup> Hierzu darf aus der Arbeit v. Laun, „Nationalitätenfrage einschließlich des Minderheitenrechtes“, in Strupps „Wörterbuch des Völkerrechtes und der Diplomatie“, Bd. II, S. 82 ff., diese Stelle angeführt werden: „So sind, was allein das deutsche Volk anbelangt, folgende Teile des zusammenhängenden deutschen Sprachgebietes ohne Volksbefragung vom Reiche abgetrennt oder an der Vereinigung mit dem Reiche gewaltsam gehindert: (es folgt die namentliche Aufzählung) . . . , zusammen mehr als 12 Millionen. . . Man vergleiche diese 12 Millionen mit der Einwohnerzahl, die Elsaß-Lothringen 1871 hatte: 1 549 738. Die Friedensverträge haben demnach mit dem Auslandsdeutschtum allein in Bezug auf das deutsche Volk ein achtfaches Elsaß-Lothringen geschaffen, nur mit dem Unterschiede, daß die Erwerbung von 1871 eine Wiedereroberung war, daß das Land zu mehr als vier Fünfteln von Deutschen bewohnt gewesen sein dürfte (1900: 86,8 v. H.; 1910: 87,2 v. H.), und daß Deutschland 1871 mit der Erwerbung keinerlei Versprechungen gebrochen und keinerlei völkerrechtliche Pflichten verletzt hat.“

sichern sollen, ist die Schaffung einer ständigen „Pan-European Minorities Commission“, deren Aufgabe es wäre, in sämtlichen vom Nationalitätenzwiste heimgesuchten Ländern Europas eine ausgleichende und versöhnende Tätigkeit zu entfalten und die Lage der Minderheitsvölker wenigstens erträglich zu gestalten.

„Sir Winston Churchill a notamment déclaré que la grande guerre devait changer la carte de l'Europe d'après le principe des nationalités<sup>1)</sup>.“ Die Note der verbündeten Mächte auf das Friedensangebot der Mittelmächte vom 30. Dezember 1916 erklärt<sup>2)</sup>, „qu'il n'y a pas de paix possible tant que ne seront pas assurées la réparation des droits et libertés violés, la reconnaissance du principe des nationalités et la libre existence des petits États.“ Ebenso versichern die Verbündeten in ihrer Note an den Präsidenten Wilson vom 10. Januar 1917, daß ihr Hauptziel sei<sup>3)</sup> „la réorganisation de l'Europe, garantie par un régime stable et fondée aussi bien sur le respect des nationalités et sur le droit à la pleine sécurité et à la liberté de développement économique, que possèdent tous les peuples, petits et grands. . .“

Die Frage muß erlaubt sein: Warum hat die Pariser Friedenskonferenz diese ihr von so vielen Seiten gestellte große Aufgabe in solchem Umfange verfehlt, warum hat sie das Nationalitätsprinzip, den Grundsatz des völkischen Selbstbestimmungsrechtes umgefälscht zu einer Handelsware, deren Preis je nach den Marktbedürfnissen steigt oder fällt? Man lese bei Woodrow Wilson<sup>3)</sup> oder bei Temperley<sup>4)</sup> den Werdegang dieser Friedenskonferenz nach, insbesondere die Geschichte der einzelnen „Krisen“, die immer dann ausbrachen, wenn die Begehrlichkeit des einen Teilnehmers nicht voll befriedigt werden konnte, auch nicht auf Kosten der unterlegenen Mittelmächte, ohne dem „sacro egoismo“ eines anderen Sieges- und Beutegefährten zu nahe zu treten! Bei der italienisch-südslawischen Krise handelt es sich um Dalmatien, Istrien, das Küstenland, um Hafenplätze am Adriatischen Meere und um die der Küste vorgelagerten Inseln, — alles größtenteils südslawischer Volksboden; bei der französischen Krise geht es um das ganze linke Rheinufer und die berühmten „Natürlichen Grenzen“ von 1792; bei der polnischen Krise wird um nicht weniger als Danzig, ganz Oberschlesien, Ostpreußen und den geplanten Minderheitenschutz-Vertrag gerungen; sogar zu einer rumänischen Krise kommt es, als Jonel Bratianu in zorniger Erbitterung Paris verläßt, weil man an sein Land ebenfalls das Ansinnen stellt, den nationalen Minderheiten einen durch völkerrechtliche Bürgschaften zu sichernden Schutz zu gewähren. Immer und überall ist es fremdes Volks-

1) „Les minorités nationales. Rapport de la Commission spéciale sur les Minorités de race, de langue et de religion, présenté à la Conférence Plénière de l'Union Internationale des Associations pour la Société des Nations“, Prag, 4.—8. Juni 1922. 2. Bericht (Questions juridiques), erstattet von Prof. P. Aeby, Professor an der Rechtsfakultät zu Freiburg im Üchtlande, 1. Aufl. S. 25, 2. Aufl. S. 22, Brüssel, Palais mondial, 1922.

2) Zitiert bei André Mandelstam, „La Protection des Minorités Ethniques“ in: „Académie Diplomatique Internationale. Séances et Travaux. Compte-Rendu de la Séance du 10 Juin 1927.“ Paris, Tome I, Année 1927. S. 17 ff. Hieraus: S. 20, Anmerkung (1).

3) Woodrow Wilson, „Memoiren und Dokumente über den Vertrag zu Versailles anno 1919,“ herausgegeben von R. St. Baker, in autorisierter Übersetzung von Curt Thesing“. Leipzig 1923, 3 Bände.

4) H. W. V. Temperley, „A history of the Peace Conference of Paris“, London 1920 —1924, 6 Bände.



tum, auf dessen Kosten hier gefeilscht wird, aus dessen Besitze die schamlose und oft lächerliche Gier der großen wie der kleinen Siegerstaaten befriedigt werden soll. Vorbei und vergessen, daß man sich vor wenigen Monaten erst — nicht bloß mit schönen Worten, sondern feierlich, durch eine völkerrechtliche Urkunde — auf die strengen Grundsätze des nordamerikanischen Präsidenten verpflichtet hatte: „Völker und Provinzen dürfen nicht wie bloße Gegenstände oder Steine im Spiele von einer Staatssouveränität zur anderen verschachert oder verschoben werden, auch nicht in dem nunmehr für immer diskreditierten Spiele des Mächte-Gleichgewichtes“. — „Jede durch diesen Krieg aufgeworfene Gebietsfrage muß im Interesse und zugunsten der beteiligten Bevölkerung geregelt werden, nicht aber als Teil eines bloßen Machtausgleiches („Kompromisses“) zwischen den Ansprüchen rivalisierender Staaten!“ — Allen klar umschriebenen nationalen Bestrebungen soll weitestgehende Befriedigung gewährt werden mit der einen einzigen Einschränkung, daß dadurch weder neue Zwistigkeiten oder friedengefährdende Gegensätze geschaffen, noch alte Streitigkeiten verewigt werden dürfen<sup>1)</sup>.“ — „Erledigung jeder Gebiets-, Souveränitäts-, Wirtschafts- oder politischen Frage auf Grund der freien Annahme jeder Vereinbarung durch das unmittelbar davon betroffene Volk, nicht aber auf Grund materieller Interessen oder Vorteile irgendeiner anderen Nation, die eine abweichende Vereinbarung zugunsten ihres eigenen äußeren Einflusses oder ihrer Herrschaft wünscht<sup>2)</sup>.“ —

Selbst ein so ganz im Entente-Fahrwasser sich bewegendes Schriftsteller wie der Schwede Olof Hoijer<sup>3)</sup> sieht mit kaum verhehltem Schrecken auf das Endergebnis der Friedenskonferenz von 1919. Daß eine dem deutschen Volke gegenüber bindend eingegangene Verpflichtung gebrochen worden ist, weiß er entweder nicht oder hält er nicht für erwähnenswert; daß aber ein so zustandegekommener Friede wenig Aussicht auf Dauer hat, ist ihm klar. Und vor dieser harten Tatsache versagen denn auch die dienstfertig herangeschleppten Rechtfertigungsgründe vollkommen. Man wird dem Verfasser ohne weiteres zugeben, daß angesichts der verwickelten Nationalitätenverhältnisse in Mittel- und Osteuropa das Minderheitenproblem den Politiker wie den Juristen vor eine kaum überwindbare Schwierigkeit stellt. Unser Erdteil ruht nach seiner staatlichen Gliederung auf dem Selbstbestimmungsrechte der Völker. Dennoch leben in diesem Europa über 40 Millionen Menschen in solchen Staaten, denen sie „ni par la langue ni par le coeur“ angehören. „Constatons cependant (!) que le nouvel état de choses, si regrettable qu'il soit, représente un progrès sur ce qui existait auparavant.“ Und der Beweis für diese im Munde eines Völkerrechtlers, noch dazu eines Schweden, ans Groteske streifende Behauptung? Nun, den Fortschritt sieht er sehr einfach in der Beseitigung der österreichisch-ungarischen Monarchie! Unmittelbar auf dieses Urteil, das in einem wissenschaftlichen Kommentar

1) Punkt 2, 3 und 4 der Kongreßrede vom 11. 2. 1918. Wiedergegeben nach: Deutsche Liga für Völkerbund, „Der Kampf um den Rechtsfrieden. Vollständiger Abdruck des amtlichen Weißbuches mit den deutschen Gegenvorschlägen.“ Berlin 1919. S. 171 f.

2) Punkt 2 der Ansprache zu Mount Vernon vom 4. 7. 1918. Angeführt nach Wilson-Baker, a. a. O., Bd. 3. S. 43 f.

3) Olof Hoijer, „Le Pacte de la S. D. N., Commentaire théorique et pratique.“ Préface de M. André Weiß, membre de l'Institut, Vice-Président de la CPJI, Paris 1926, S. 503 ff.

zur Völkerbundsatzung recht eigenartig anmutet, folgt die Feststellung, die Hauptaufgabe der Friedensverträge habe in der gerechten Neuverteilung der Gebiete nach den Wünschen der Völker bestanden. Doch wurde dieses Werk leider äußerst erschwert „par des nécessités impérieuses d'ordre politique, économique ou stratégique, qui ont aussi (!) leur importance au point de vue d'une paix juste et durable“. Niemand kann den Siegern von 1918 einen Vorwurf daraus machen, daß sie den strategischen Gesichtspunkt berücksichtigten; die Bedingungen, unter denen 1914 der Krieg ausgebrochen war, gaben ihnen nicht nur das Recht, nein, sie machten es ihnen sogar zur „Pflicht, sich gegen die Angriffe (contre les agressions — gegen welche denn?) zu sichern.“ Nach diesem neuen Beweise wissenschaftlicher Sachlichkeit setzt sich unser Völkerbund-Kommentator aber wenige Zeilen später mit seiner eigenen Lehre in Widerspruch, wenn er schreibt: „Quelles que soient les précautions prises contre l'aggression, comment empêcher un peuple de courir au secours de ses compatriotes révoltés contre un État voisin?“ Und trotz dieser klaren und vernünftigen Einsicht will der Verfasser eine strategische Grenzziehung verteidigen, auch wenn sie das Nationalitätenprinzip schwer verletzt, das in seinen Rechten vergewaltigte Minderheitsvolk zu vielleicht äußerster Empörung treibt und damit unter Umständen die bewaffnete Einmischung des der Minderheit stammverwandten Nachbarvolkes heraufbeschwört? Also gerade den Angriff, gegen den sie Sicherheit bieten sollte, erst eigentlich herausfordert!

Vattel hat sich in überaus fesselnder Weise in seinem „Droit des gens“, Livre I, Chap. 21, §§ 263 und 264<sup>1)</sup>, über das Widerstandsrecht einer auf solch gewaltsame Weise von ihrem Muttervolke abgetrennten Minderheitsnationalität ausgesprochen: „Une nation se doit conserver elle-même; elle doit conserver tous ses membres; elle ne peut les abandonner, et elle est obligée envers eux à les maintenir dans leur état de membres de la nation. . . Mais la nation peut légitimement les abandonner dans le cas d'une extrême nécessité et elle est en droit de les retrancher du corps, si le salut public l'exige. . . Mais cette province ou cette ville, ainsi abandonnée et démembrée de l'État, n'est point obligée de recevoir le nouveau maître qu'on voudrait lui donner. Séparée de la société dont elle était membre, elle rentre dans tous ses droits, et s'il lui est possible de défendre sa liberté contre celui qui voudrait la soumettre, elle lui résiste légitimement.“

Mit diesen Sätzen wären also — wenn sie es noch nötig hätten — Volkserhebungen wie die der Tiroler unter Andreas Hofer (1809) oder die der ostgalizischen Ukrainer (1919) gegen Polen völkerrechtlich begründet und zugleich die Feststellung getroffen, daß die Teilnehmer an solch rechtmäßigem bewaffneten Widerstande gegen eine ihnen aufgezwungene fremde Staatsgewalt nicht als Aufrührer sondern als kriegführende Macht zu behandeln sind.

Es ist oben gezeigt worden, in welchem Umfange die Pariser Friedenskonferenz sich über die während der Vorfriedensverhandlungen zwischen den Kriegführenden getroffenen Abmachungen hinweggesetzt und den Grundsatz des nationalen Selbstbestimmungsrechtes — durch bewußt einseitige

<sup>1)</sup> Angeführt nach Robert Redslob: „Histoire des grands principes du Droit des gens depuis l'antiquité jusqu'à la veille de la grande guerre“. Paris 1923, S. 269 f.

Anwendung zur Stärkung der einen, zur Schwächung der anderen Völkergruppe — aufs gröblichste mißbraucht, ja in sein Gegenteil umgefälscht hat. Auch die Beweggründe für dieses Verfahren wurden erörtert; öffentliche Meinung und wissenschaftliches Urteil aus den Kreisen der großen und kleinen „Verbündeten“ billigen — von wenigen Ausnahmen abgesehen — die Entscheidungen von Versailles, Saint Germain, Trianon, Neuilly im Grundsätzlichen durchaus. Wenn Bedenken auftauchen, so richten sie sich — eben von den paar rühmlichen Ausnahmen abgesehen — fast durchweg auf die Zweckmäßigkeit einzelner Vertragsvorschriften, auf die mangelhafte Verwirklichung gewisser Zielforderungen, auf die Durchführbarkeit und Dauer des Gesamt-Vertragswerkes. Allerdings haben sich während der letzten Jahre im steigenden Maße auch Gegenstimmen vernehmen lassen — kaum aus Frankreich und Italien, wohl aber aus den angelsächsischen Ländern —, die sich nicht mit einer Kritik der einzelnen Bestimmungen begnügen, sondern den Geist bekämpfen, der diese Friedensschlüsse diktiert hat. Mit Besorgnis verfolgt man vor allem in Frankreich und in den ihm verbündeten Ländern diese Anzeichen eines sich möglicherweise anbahnenden Gesinnungswandels. Zum Beispiel bringt das Pariser Regierungs-Hauptorgan „Le Temps“<sup>1)</sup> einen Aufsatz: „Imprudences Britanniques“, wo eine Übersicht über die den Pariser Friedensverträgen ungünstigen Äußerungen englischer Staatsmänner und Politiker gegeben wird. Man erfährt da, daß Lord Rothermere keineswegs allein steht, wenn er in seinem Feldzuge für eine gerechtere und weisere Behandlung Ungarns (und allerdings nur dieses Landes) seine Meinung über die Verletzung des Grundsatzes der völkischen Selbstbestimmung offen ausspricht und die Tschechoslowakei eine „création artificielle“ nennt, „qui n'a pu être effectuée qu'en violant le principe des nationalités dont on prétend qu'elle s'inspire“<sup>2)</sup>. Noch tiefer geht die Kritik, die ein unter dem Decknamen „Augur“ schreibender Politiker in der Augustnummer 1927 der „Fortnightly Review“ an der in Paris beliebten Neuordnung Europas übt: „Une révision des frontières ethnographiques est inévitable, dès que les nations auront retrouvé le calme et accepté le principe de libre disposition.“ Am 30. Oktober 1927 schließt sich die angesehene liberale „Westminster Gazette“ diesen Gedankengängen an; im Novemberhefte der „English Review“ fordert E. Remnant, „qui fut un collaborateur du War Office et reste un ami de la France“, Abänderung der polnischen Grenzen und gründliche Durchsicht des Versailler Vertrages (wobei allerdings Polen durch Litauen und Memel entschädigt werden soll); am 2., 3. und 22. November 1927 nimmt die „Westminster Gazette“ die Anregungen Remnants auf „avec moins de ménagement pour la Pologne et plus de cordialité pour l'Allemagne“. Lloyd George, selbst einer der Haupt-Urheber der Friedensschlüsse, aber schon seit längerer Zeit als Gegner seines eigenen Werkes bekannt<sup>3)</sup>, verlangt

1) Nr. 24222, Sonntag, 11. Dezember 1927.

2) „Daily Mail“, 30. August 1927.

3) Statt vieler Äußerungen des englischen Staatsmannes, die, durch die Presse verbreitet, diesen seinen Standpunkt bezeugen, sei hier nur die Eine Tatsache erwähnt, daß er das neue Polen „la prison des nationalités“ genannt und die sich daraus ergebenden Schlußfolgerungen gezogen hat. In polemischem Sinne angeführt von Stanislaus Thugutt, „ancien ministre“, i. d. Ztschr. „L'Europe nouvelle“ v. 13. Juni 1925, 8. Jg.,



am 24. Oktober 1927 die Abänderung der Verträge: „Il a rappelé que le Covenant posait le principe et prévoyait une procédure de révision au cas où l'injustice d'une partie de ses clauses serait établie par des faits nouveaux' (Gedacht wird hier an Art. 19 der Völkerbundsatzung). Et . . . il a dénoncé, une violation générale des dispositions prises pour la protection des minorités ethniques et religieuses, dans les territoires annexés.“ — Bei alledem ist es für die französische Denkart nur ein schwacher Trost, daß ein hochangesehener konservativer Politiker und Publizist wie J. L. Garvin, „critique acerbe des traités de paix“, in seinem Blatte<sup>1)</sup> vor überstürzten Änderungsversuchen eindringlich warnt: solch ein Vorgehen „sans la collaboration américaine ou russe, et malgré la résistance de la France, de l'Italie, de la Pologne et de la Triple-Entente, pour réformer, morceau par morceau, le néfaste système de Versailles, loin de stabiliser l'Europe, la ferait exploser.“ — Die Mahnung zur Vorsicht ist Sache des praktischen Politikers; Garvins Stellung zum Grundsätzlichen der Friedensverträge — worauf es hier allein ankommt — offenbart sich auch in den angeführten Worten zur Genüge. Solche Erwägungen gehen in England schon auf eine Reihe von Jahren zurück. Wenn man von wirtschaftlichen Gesichtspunkten ganz absieht und das Augenmerk rein auf die politische Seite der Friedensverträge und auf deren Verhältnis zum nationalen Selbstbestimmungsrechte lenkt, so findet man, daß zum Beispiel der vor einiger Zeit verstorbene, glänzende britische Staatsmann Marquess Curzon of Kedleston, ehemals Vizekönig von Indien und nach dem Kriege Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, sich bereits 1922 mit großem Freimute vor dem Parlament über die schweren Mängel der nationalpolitischen Neuordnung Europas ausgelassen hat. Baron Julius Wlassics, Präsident des ungarischen Obersten Verwaltungsgerichtshofes, berichtet darüber in einem, teilweise übrigens recht schwachen und nicht ganz einwandfreien Buche<sup>2)</sup> folgendermaßen: „Lord Curzon recently called the attention of his fellow-countrymen in the British Parliament to the fact that, in the matter of such agreements (nämlich die Geheimverträge Englands mit seinen Verbündeten über die Friedensbedingungen) one should be much more careful, because — he says — those agreements which England bound herself to, during the war, with her allies, are creating several difficulties which it was not possible to foresee, but now we feel — continues Curzon — what a millstone they are round our neck. Neither is it any longer a secret that the thought of Revision is gaining ground more strongly and forcibly than all the Contracts hitherto made, and it is quite natural, because, 'ad impossibilia nulla obligatio' means a rich store of impossibilities — those obligations which were easy to write on paper with the dictation of the conditions of peace, but which cannot be carried out.“ — Aber auch ein mutiges, verdienstvolles Buch soll hier doch Erwähnung finden, das der Feder eines französischen Diplomaten entstammt: „La Paix Mal-

Nr. 382, S. 777, Sp. 1 — Begrüßungsnummer f. d. IX. Tagung d. Weltverbandes d. Völkerbundgesellschaften zu Warschau.

1) „Observer“, 20. November 1927.

2) „The Right of Self-Determination, the Protection of the national minorities“, London-New York-Budapest 1922, S. 39.

propre (Versailles) — Pour la Réconciliation par la Vérité“, Mailand 1924, Società Editrice „Unitas“. Sein Verfasser, Alcide Ebray, „ancien Consul Général et Ministre Résident de France, ancien Rédacteur diplomatique du „Journal des Débats“ et de la „Revue Politique et Parlementaire“, hat an die Spitze seiner Erörterungen den Ausspruch des inzwischen verstorbenen greisen britischen Parteiführers und ersten Ministerpräsidenten während des Weltkrieges, Herbert H. Asquith (später Lord Oxford), gestellt: „Cette Paix n'est pas la Paix propre, que tous, sans distinction de parti, nous demandions et implorions.“ —

Wenn die Friedensschlüsse die Versprechungen nicht hielten, die Hoffnungen nicht erfüllten, wenn Europa im Einzelnen eine Neugestaltung erfuhr, die in aufreizendem Widerspruche stand zu dem Gedanken, der sich im Verlaufe der letzten Jahrhunderte als der ordnende Grundsatz der staatlichen und völkischen Verhältnisse Europas erwiesen hatte: so schien es doch immerhin möglich, das neue völkerrechtliche Gebilde, das Einvernehmen und Frieden für alle auf Erden sichern sollte, so auszustatten, daß es ohne zuviel Streitigkeiten die schlimmsten Härten, Unrechts-Bestimmungen, Mängel der Verträge ausmerzen konnte. Es blieb also die Hoffnung auf den Völkerbund! Er sollte wieder gut machen, was die Diplomaten der Kriegführenden verfehlt hatten, er sollte mit bessernder Hand eingreifen, unmögliche Vorschriften beseitigen, Gegensätze mildern und vor allem durch Vertragsabänderungen die erbitternden Ungerechtigkeiten der neuen Gebietsverteilung aus dem Wege räumen. Dazu bedurfte er nur einer rechtlichen Handhabe, und diese suchte ihm denn auch Wilson zu geben in der Gestalt des Artikels 3 seines Satzungsentwurfes. Es war schon (S. 180 [68]) im Vorübergehen von diesem Artikel die Rede; er tauchte erstmals auf in dem Entwurfe, den Oberst House in Wilsons amtlichem Auftrage ausarbeitete<sup>1)</sup>. Gegenüber dem englischen (sogenannten Phillimore-) Berichte vom 20. März 1918<sup>2)</sup> und dem französischen Regierungsvorschlage vom 8. Juni 1918<sup>3)</sup> war das besonders Neue und Eigenartige an des Obersten House Entwurfe vom 16. Juli 1918 die gegenseitige Verbürgung der Gebiets-Unverletzlichkeit und der politischen Unabhängigkeit der Bundesmitglieder. Es handelte sich hierbei um einen Lieblingsgedanken des nordamerikanischen Präsidenten; und so ging diese Anregung Houses denn auch in die drei eigentlichen Wilson-Entwürfe von Ende 1918<sup>4)</sup>, vom 10. Januar 1919<sup>5)</sup> und von Ende Januar 1919<sup>6)</sup> über, allerdings nicht, ohne zwischen der zweiten und dritten Fassung zwei wichtige Abänderungen zu erfahren: „Die Vertragsschließenden Mächte vereinigen sich zur Garantie ihrer wechselseitigen politischen Unabhängigkeit und ihrer territorialen Integrität; aber es herrscht unter ihnen Einverständnis, daß solche territoriale Berichtigungen, falls überhaupt, wie sie in der Zukunft auf Grund von Änderungen der gegenwärtigen Rassenverhältnisse und Aspirationen oder der gegenwärtigen sozialen und politischen Beziehungen notwendig werden, gemäß dem Prinzip der Selbstbestimmung bewirkt werden können, und ebenfalls solche territoriale Berichtigungen, wie sie nach dem Urteile von drei Vierteln der Delegierten für die Wohlfahrt und das offenkundige Interesse der betreffen-

1) Wilson-Baker a. a. O., Bd. 3, S. 74 ff. 2) Ebenda S. 67 ff. 3) Ebenda S. 134.

4) Ebenda S. 79. 5) Ebenda S. 89. 6) Ebenda S. 103.

den Völker erforderlich erscheinen, wenn sie diesen Völkern genehm sind; und daß territoriale Änderungen gerechterweise materielle Kompensationen involvieren können. Die Vertragsschließenden Mächte nehmen ohne Einschränkung das Prinzip an, daß der Friede der Welt an Wichtigkeit allen Fragen politischer Jurisdiktion oder allen Grenzfragen voransteht.“

Zu diesem Wortlaute des Artikels 3 in Wilsons erstem und zweitem Entwurfe machte Generalmajor Tasker H. Bliss in einer dem Präsidenten am 14. Januar 1919 überreichten Denkschrift folgende Anmerkungen<sup>1)</sup>: „In der zweiten Zeile sind nach dem Worte ‚Integrität‘ die Worte ‚gegen fremde Aggressivität‘ einzuschalten. Zielen die Worte, die in Art. 3 stehen, und ebenfalls solche territoriale Berichtigungen, wie sie nach dem Urteile von drei Vierteln der Delegierten für die Wohlfahrt und das offenkundige Interesse der betreffenden Völker erforderlich erscheinen“, auf die Möglichkeit ab, daß der Völkerbund aufgerufen werde, solche Fragen wie die Unabhängigkeit Irlands und Indiens usw. usw. in Erwägung zu ziehen?“ Endlich schlug Bliss, an Stelle des Wortlautes: „Wenn sie diesen Völkern — — genehm sind“, folgende einengende Fassung vor: „Wenn sie diesen Völkern und den Staaten, von denen das Gebiet abgetrennt wird, oder denen es hinzugefügt wird, genehm sind...“

Trotz dieser von Wilsons Berater bewirkten Einschränkung hätte also der Völkerbund auf Grund der angeführten Satzungsvorschrift die praktische Möglichkeit gehabt, von sich aus die schlimmsten Verstöße der Friedensverträge gegen das Nationalitätsprinzip wieder gut zu machen. Aber dieser Versuch des Präsidenten, dem schmählich verletzten Rechte auf dem Umwege über den Völkerbund wieder Geltung zu verschaffen, scheiterte an der entschlossenen Gegnerschaft der Politiker wie der Juristen; selbst im Kreise seiner eigenen Landsleute und seiner Vertrauten fand seine Anregung eine zum Teil recht deutliche Ablehnung; namentlich sein eigener Staatssekretär, Robert Lansing, hat heftig widerstrebt. Aus den Bedenken der Freunde und dem Widerstande der Gegner erklärt sich ohne weiteres die Entwertung jenes dritten Artikels, seine Abschwächung und Entstellung in der matten Fassung der Artikel 10, 11 und 19 der geltenden Völkerbundsatzung. Nach Wilsons ursprünglichem Plane waren im Art. 3 aller drei Entwürfe zwei entscheidende Grundsätze in Gestalt von bindenden Rechtsnormen einander gegenübergestellt und rangen miteinander in geradezu dramatisch zugespitzter Form: hie Unantastbarkeit des einzelstaatlichen Gebietes nebst politischer Unabhängigkeit und Gewährleistung dieser beiden Güter durch die Staaten-Gemeinschaft (nach Entwurf 1 und 2 schlechthin, nach Entwurf 3 wenigstens gegen jeden fremden Angriff), also wechselseitige Gebietsverbürgung als eine Haupt-Friedenssicherung, — dort Einbruch des völkischen Selbstbestimmungsrechtes in die soeben unter den Schutz der Gemeinschaft gestellte Staaten- und Gebiets-Ordnung, Vorstoß volklich bestimmter, mehr oder minder straff zusammengefaßter Menschengruppen gegen den Rechtsgrundsatz der staatlichen Gebietshoheit, Kampfansage der naturrechtlichen, gefühlsbetonten Gedankenwelt wider die positive staatliche Rechtsordnung, gleichfalls um der Friedenssiche-

<sup>1)</sup> Wilson-Baker a. a. O., Bd. 3, S. 100.



rung willen! Wahrlich, in schärferer Ausprägung lassen sich die beiden Rechtssätze und die hinter ihnen stehenden und wirkenden Ideenkräfte nicht erleben als hier, wo sie in Einem Vertragsartikel als positive, die ganze Kulturwelt bindende Normen auf den Plan treten — sollten! Nichts Fruchtbarer als ein echter, in Aufrichtigkeit durchgeführter Kampf der Ideen; wenn sich aber in solchen Kampf fremde, unsachliche (d. h. dieser Sache nicht angehörende) Erwägungen eindrängen und ihn gar zum Versanden bringen, da kann der Ertrag nur mager sein. Solch dürftiges Ergebnis eines groß begonnenen, schwächlich und diplomaten-schlau abgestoppten Ideenkampfes stellen die Artikel 10, 11 und 19 der heutigen Völkerbundsatzung dar. Der Art. 11, Absatz 2 in seiner armseligen Unbestimmtheit ist also nun die höchst unsichere Rechtsgrundlage, von der aus der Völkerbund — Rat wie Versammlung — sich mit etwa notwendig werdenden Gebietsveränderungen und daraus entstehenden Zwistigkeiten künftig zu befassen haben wird.

Die Politik ist von jeher als die „Kunst des Möglichen“, als die Kunst der Menschenführung bezeichnet worden; ihr Hauptgrundsatz sei das „Do, ut des“, ihre Lebensluft das Kompromiß. Und nun sollten auf einmal gerade diejenigen Fragen internationaler Politik, die am aller reinsten und sichersten dem Bereiche staatlicher Machtpolitik angehören, nämlich die Gebietsfragen, innerhalb dieser neuen Staatengemeinschaft des Völkerbunds-Vertrages auf Grund von Ideen, ja auf Grund einer Rechtsidee angepackt und der Lösung zugeführt werden! Die zwischenstaatlichen Beziehungen also gerade in diesem heiklen Punkte, nämlich in den Angelegenheiten der einzelstaatlichen Gebietshoheit, entpolitisiert, damit entgiftet, damit der Idee des Rechtes unterworfen werden! Gebietsstreitigkeiten also von nun an, laut diesem Wilson-Artikel 3, nach einer von allen Mitgliedsstaaten allgemein als Grundlage anerkannten naturrechtlichen Idee geschlichtet werden! Sehr, sehr wenig ist von solchen Zukunftsplänen übrig geblieben, und der Art. 15, Abs. 8<sup>1)</sup> trägt nicht dazu bei, ihnen auch nur etwas mehr Wirklichkeitsgehalt zu verleihen.

#### D. Andere Wege zur Lösung des Nationalitätenproblems.

Welche Wege zur Lösung des europäischen Nationalitäten-Problems stehen nun eigentlich noch offen, nachdem das Hauptmittel für einen vernünftigen und gerechten Ausgleich weder in den Friedensverträgen noch in der Völkerbundsatzung gebührende Berücksichtigung gefunden hat? Wenn man der „solution de principe“ ausgewichen war, so blieb im besten Falle eine „solution d'expédient“<sup>2)</sup>, eine Gelegenheits- bzw. Verlegenheitslösung übrig. Robert Redslob<sup>3)</sup> weist auf zwei andere Arten der Erfüllung hin, die den Forderungen des Nationalitätsprinzipes Genüge tun können: die Option und der Minderheiten-Schutz. Freilich sind alle Möglichkeiten damit noch nicht erschöpft; es kämen noch das Verfahren des Bevölkerungstausches, ferner die staatsrechtliche

1) Vgl. S. 178 [66], Aaland-Streit!

2) „Journal de Droit International Privé“, Bd. 35, 1908, S. 760.

3) a. a. O., S. 422 f.

Föderativ-Verbindung der beiden an einer Minderheitenfrage beteiligten Staaten und endlich die durch völkerrechtliche Neutralisierung bzw. durch Völkerbundsschutz oder auch Völkerbunds-Verwaltung zu sichernde Selbständigmachung (Autonomie) des betreffenden Landes oder Landstreifens hinzu.

Die Option war das alte Auskunftsmittel, das zwar nicht der nationalen oder auch religiösen Gruppe als solcher, aber doch wenigstens dem Einzelnen das Recht der individuellen Absonderung gewährleistete: der Bürger darf sich einer Gemeinschaft entziehen, die nicht mehr seinen Wünschen entspricht. Sie findet ihre Anwendung zunächst im Bereiche der bekenntnismäßigen Gegensätze, wie ja überhaupt die Befreiung des Einzelnen vom religiösen Gebiete aus erkämpft wurde und erst später auf das nationale und politische übergriff. Es war die Idee der religiösen Freiheit, die sich zuerst die Anerkennung als Rechtsgrundsatz erstritt; aber lange noch, nachdem das „*cuius regio, eius religio*“ überwunden war, behauptete sich die Lehre „*cuius regio, eius natio*“ in ungeschmälerter Geltung<sup>1)</sup>. Kraft der Rechtsordnung von 1648 bestimmte der Staat die Religion des Landes; aber die Härte dieses „*ius reformandi*“ war gemildert durch das „*ius emigrandi*“<sup>2)</sup>. Die Bekenner eines anderen Glaubens dürfen ohne wirtschaftliche Benachteiligung auswandern und dabei ihre Liegenschaften im alten Staate behalten, ja sie dürfen sich sogar, gemäß Art. 5 des Friedens von Osnabrück, vorübergehend im Lande aufhalten, um nach dem Rechten zu sehen und für die Verwaltung ihres dort verbliebenen Eigentums zu sorgen. Schon im Frieden zu Ryswijk, 1697, erhalten die Bewohner Straßburgs, nicht als Anhänger eines Glaubensbekenntnisses, sondern als Glieder des deutschen Volkstumes, dasselbe Recht zugestanden. Aber wenn nun auch dergestalt der Einzelne religiös und dann auch völkisch durch die Zuerkennung des individuellen Optionsrechtes aus dem schlimmsten Zwange gelöst wurde, so blieb doch die Gemeinschaft, die religiöse oder völkische Gruppe als solche im alten Zustande der Rechtlosigkeit gegenüber jedem Gebietswechsel. Man wird Redslob beipflichten müssen, wenn er das Urteil fällt<sup>3)</sup>: „*Le système de l'option rend un hommage plus modeste (nämlich als die im Volksentscheid sich auswirkende Selbstbestimmung) au principe des nationalités.*“

Der Bevölkerungsaustausch ist das handgreiflichste Mittel zur Bereinigung der Nationalitäten-Schwierigkeiten; nur löst er das Problem nicht, sondern er schafft es gewaltsam beiseite — ohne Rücksicht auf die menschlichen und wirtschaftlichen Werte, die dabei der Vernichtung anheimfallen. Freilich offenbart sich die eigentliche Härte dieser Maßregel nicht beim sogenannten „freiwilligen Austausch“, sondern im Wesentlichen nur bei der zwangsweise durchgeführten beiderseitigen Bevölkerungsverschiebung. Kurz vor dem Ausbruche des Weltkrieges hatten sich Griechenland und die Türkei im Gefolge der Balkankriege von 1912 und 1913 auf

<sup>1)</sup> Vgl. hierzu: Max Hildebert Boehm, „Die Nationalitätenfrage“, in „Nation und Nationalität“, Jahrbuch für Soziologie, Erster Ergänzungsband, S. 118. Karlsruhe 1927, G. Braun.

<sup>2)</sup> Redslob a. a. O., S. 254 f.

<sup>3)</sup> a. a. O., S. 422.

solch eine freiwillige Minderheiten-Auswechselung geeinigt<sup>1)</sup>. Über eine möglichst menschliche Ausführung des Vertrages und den Schutz der privaten Eigentumsrechte sollte ein Gemischter Ausschuß mit etlichen neutralen Mitgliedern wachen. Doch kam es nicht dazu, weil der Ausbruch des großen Krieges die Verwirklichung des Planes verhinderte. — Auf ungefähr den gleichen Grundsätzen beruht die Vereinbarung, die Griechenland und Bulgarien am 27. November 1919<sup>2)</sup> trafen, um eine freiwillige wechselseitige Bevölkerungsübertragung in tunlichst schonender Form zu bewerkstelligen. Ein gemischter, viergliedriger Ausschuß, aus einem Griechen, einem Bulgaren und zwei vom Völkerbundrate ernannten Unparteiischen bestehend, hat die Auswanderer zu betreuen und für einen nach Möglichkeit günstigen Verkauf ihres Eigentums zu sorgen. Er verfügt über einen bestimmten Hilfsfonds, aus dem er den Auswanderern Vorschüsse auf den Wert ihres Eigentums gewähren kann. — Ganz anderer Art sind die Abmachungen vom 30. Januar 1923 zwischen Griechenland und der Türkei, die den erzwungenen Austausch der griechischen und türkischen Minderheiten vorsahen. Vier Türken, vier Griechen und drei vom Völkerbundrate berufene Mitglieder, die den im Weltkriege neutral gebliebenen Staaten angehören, bilden einen Überwachungsausschuß, dem vor allem die gerechte Verteilung und Aufrechnung des beiderseitigen Grundbesitzes obliegt. Nur um noch Schlimmeres zu verhüten<sup>3)</sup>, hat man auf Frithjof Nansens Drängen zu dieser äußersten Maßregel gegriffen; in seiner Eigenschaft als Völkerbunds-Beauftragter für Flüchtlingsfragen erstattete der norwegische Staatsmann der Lausanner Friedenskonferenz Bericht über die Lage der Griechen in Kleinasien und betonte die unbedingte Notwendigkeit sofortiger durchgreifender Hilfsmaßnahmen und entsprechender Vereinbarungen mit der türkischen Regierung — eben im Sinne des Zwangsaustausches der beiderseitigen Minderheiten, von dem lediglich die in Konstantinopel ansässigen Griechen ausgenommen werden sollten<sup>4)</sup>.

Noch nicht praktisch erprobt, aber in der Gegenwart häufig erörtert worden ist die Frage eines staatsrechtlichen Zusammenschlusses zweier Nachbarländer zu einem bundesstaatlichen Gebilde zum Zwecke des dauernden Ausgleiches bestehender Nationalitäten-Spannungen. An

<sup>1)</sup> A. J. Toynbee, „The Western Question and Greece and Turkey“. 1922, S. 141.

<sup>2)</sup> „Recueil des Traités — Société des Nations“ No. 9, Bd. I, S. 68 ff.; Friedensvertrag von Neuilly, 27. November 1919, Art. 56.

<sup>3)</sup> Die Siebente Hauptversammlung des Weltverbandes der Völkerbundgesellschaften (Union Internationale des Associations pour la Société des Nations) in Wien, 24.—27. Juni 1923, hat auf Antrag ihres VII. Ausschusses (Questions politiques) folgende Entschließung gefaßt: „2. — Réfugiés de Thrace et d'Asie-Mineure. L'Assemblée constate avec douleur ... qu'il y a encore en Europe, et particulièrement en Europe orientale, quatre ans après la signature des Traités de paix, plusieurs millions des 'réfugiés' qui, chassés des pays où ils vivaient depuis longtemps, sont condamnés à une existence de misère et de souffrance ... La S.D.N. ... pourrait intervenir ici encore d'une façon particulièrement efficace. Et puisque le Conseil de la S.D.N. va s'occuper ... d'un emprunt demandé par le Gouvernement Hellénique pour subvenir à l'assistance et à l'établissement des réfugiés de Thrace et d'Asie-Mineure, la VII<sup>e</sup> Conférence de l'Union exprime le vœu que le Conseil donne tout son appui à cette demande d'emprunt ...“ — „Union Internationale des Associations pour la Société des Nations, Bulletin No. 3.“ Brüssel 1923, S. 25 f.

<sup>4)</sup> „Lausanne Conference-Minutes“ 1923, S. 113—117.



eine solche Lösung des Minderheitenproblems kann natürlich nur gedacht werden, wenn die beiden Völker, um deren Staaten es sich hierbei handelt, nach Wesensart und Auffassungsweise nicht allzu verschieden von einander sind, und wenn ein bestimmtes Gemeinsamkeitsbewußtsein die sicher vorhandenen Fremdheitsgefühle überwiegt. So arbeiten seit einigen Jahren eine Reihe führender Balkanpolitiker beider Staaten auf Bulgariens staatsrechtlichen Anschluß an ein im bundesstaatlichen Sinne umzugestaltendes Königreich Südslawien hin. Damit wären natürlich ohne weiteres der alte blutige Hader um Mazedonien und der endlose Zwist der mazedonischen Nationalitäten untereinander aus der Welt geschafft. — Von lediglich polnischer Seite wird eine solche Maßnahme auch zur Bereinigung des Wilna-Streites und zur Lösung des polnisch-litauischen Minderheitenproblems lebhaft befürwortet, ohne indessen bei Litauen, bis jetzt wenigstens, auf Gegenliebe zu stoßen.

Wo zwischen Nachbarstaatsvölkern, deren Beziehungen durch eine ungelöste Minderheitenfrage belastet sind, weder Wesensverwandtschaft noch ein auf geschichtliche Erfahrungen oder gegenwärtige Gleichheit der Interessen und Zwecke sich gründendes Gemeinsamkeitsbewußtsein für einen staatsrechtlichen, bundesstaatlichen Zusammenschluß sprechen, oder wo es sich im gegebenen Falle um ein gänzlich vereinzelter Minderheitsvolk ohne staatsbesitzendes Nachbar-Stammvolk — die Iren vor 1922; die Tschechen vor 1919 u. a. — handelt, da kann unter Umständen ein Ausweg gefunden werden in der Internationalisierung des umstrittenen Landes. Die Mitwirkung des Völkerbundes, der ja schon einige Gebiete unter eigener Verwaltung hat, bzw. in seinem Namen durch Beauftragte verwalten läßt, würde eine solche Maßnahme wesentlich erleichtern; die Bewohner genössen den Vorteil der Selbstregierung und unterständen in irgendeiner Form der Oberaufsicht bzw. dem Schutze des Genfer Staaten-Verbandes. Es ist nicht einzusehen, warum z. B. einem Lande wie Siebenbürgen, das seit vielen Jahrhunderten der Schauplatz von Nationalitätenkämpfen ist, eine Wohltat versagt werden sollte, die dem deutschen Danzig mit seiner ganz geringen polnischen Minderheit gegen seinen Willen aufgezwungen worden ist. Magyaren, Deutsche, Rumänen hausen dort in untrennbarer Verkettung zusammen; unter ungarischer Herrschaft fühlten sich die Deutschen und Rumänen bedrückt; heute sehen sich die Deutschen und Magyaren durch das rumänische Volk und seinen Staat entrechtet — trotz des allgemeinen Minderheitenschutzvertrages, den Rumänien unterzeichnet hat, und trotz der besonderen Schul- und Kirchenautonomie, die gerade den „Sachsen“ und „Szeklern“ Siebenbürgens zugebilligt worden ist<sup>1)</sup>. Die örtliche Selbstverwaltung in Kirchen- und Schulangelegenheiten besteht zwar auf dem Papiere, aber die wirtschaftlichen Grundlagen für die Ausübung dieses vertraglich verbürgten Rechtes sind den beiden Minderheitsvölkern durch

1) Vertrag zwischen den Alliierten und Assoziierten Hauptmächten und Rumänien vom 9. Dezember 1919. — „Recueil des Traités et des Engagements Internationaux enregistrés par le Secrétariat de la S. D. N.“, Bd. V, S. 335 ff. — Daraus Art. 11: „La Roumanie agréé d'accorder, sous le contrôle de l'État roumain, aux communautés des Szekler et des Saxons, en Transylvanie, l'autonomie locale, en ce qui concerne les questions religieuses et scolaires.“

die berüchtigte „Bodenreform“ größtenteils entzogen worden — so vor allem den Sachsen durch die Enteignung der „Sächsischen Universität“, d. h. des jahrhundertealten riesigen Grundvermögens der autonomen Siebenbürgisch-Sächsischen Lutherischen Landeskirche. In einem Aufsatz „Gedanken über ein autonomes Siebenbürgen . . .“ schreibt Dr. H. M.<sup>1)</sup>: „Aber nicht nur nach Ansicht der Minderheiten haben sich die Verhältnisse verschlechtert. Abfällige Urteile der Magyaren lassen sich leicht mit dem Hinweis darauf zurückweisen, daß sie die Verhältnisse in allen von Ungarn abgetrennten Gebieten selbstverständlich und ‚prinzipiell‘ schlechter finden müssen, aber den Deutschen Siebenbürgens, die sich dem neuen Staate freiwillig angeschlossen, darf man bei klarem Verstande und ohne Böswilligkeit wohl ein objektives Urteil nicht absprechen. Denn für uns hat sich formell nur die Art des Herrschervolkes geändert, gestern waren es die Ungarn, heute sind es die Rumänen — wir waren und blieben dort und hier die gleichen Staatsbürger zweiter Klasse, die, ob ihres braven Verhaltens dem Auslande gegenüber zwar als scheinbar gleichberechtigte Musterknaben gezeigt und gelobt, im übrigen aber heute genau so schlecht behandelt werden wie die anderen Minderheiten. Die Sachsen . . . wollen nichts anderes, als in einem geordneten Staatswesen ohne Umsturzbewegungen ihr Leben fristen und ihre Eigenart genau so weiterbewahren, ausbilden und verteidigen wie bisher. Ihnen können selbst ihre größten Gegner keine Abfalls- oder irredentistischen Anschlußgedanken, aber nicht einmal das Streben nach Regierungsmacht vorwerfen. Ihr Urteil darüber, daß die Verhältnisse schlechter wurden, müßte daher bei jedem ‚guten Patrioten‘ Beachtung und Würdigung finden. . . . Dabei wird ganz Siebenbürgen wirtschaftlich aus der Zentrale noch viel schlechter behandelt als seinerzeit von Ungarn. Es genügt der Hinweis auf zwei vielgenannte Redensarten, die die Denkungsweise der ‚Regatspolitiker‘<sup>2)</sup> treffend zu kennzeichnen scheinen, die ‚Siebenbürgen ohne die Siebenbürger‘ wollen und diesen, selbst hiesigen Rumänen, die Unzufriedenheit äußern, nahelegen: ‚nach Budapest und Ungarn auszuwandern‘.“ — Angesichts dieser heutigen Sachlage und der trüben Erfahrungen, die Rumänen und Deutsche unter ungarischer Herrschaft hatten machen müssen, erscheint für Siebenbürgen, das Land der drei Nationalitäten, die Selbstregierung unter Aufsicht des Völkerbundes, bei Verbürgung vollkommenster Gleichberechtigung der drei Völker und Sprachen nach Schweizer Muster, der einzige Ausweg aus Unfrieden, Rechtlosigkeit und wachsendem Mißbehagen. Freilich tritt einer derartigen völkerrechtlichen Lösung die unter den heutigen Umständen noch unüberwindliche Schwierigkeit entgegen, daß damit ein Gebietsverlust für den betreffenden Staat verbunden ist. Hätte Wilsons dritter Artikel<sup>3)</sup> Eingang in die Völkerbundsatzung gefunden, so bestände wenigstens die Möglichkeit einer über die kleinen Auskunftsmittelchen des Minderheitenvertrages und der ihm entsprechenden Völkerbundsbeschlüsse hinausragenden grundsätzlichen Neu-

1) „Deutsche Politische Hefte, vereinigt mit den Mitteilungen zur Kenntnis des Deutschlands in Groß-Rumänien“ herausg. vom Abgeordneten Rudolf Brandsch, Hermannstadt, Jahrg. VI, Heft 6, Juni 1926, S. 100f.

2) Rumänisch „regatul“ = das Königreich.

3) Siehe S. 188 [76] ff.

ordnung verworrener und unhaltbarer Zustände. So aber erlaubt die gegenwärtige Machtverteilung keine Hoffnung auf einen irgendwie erfolgversprechenden Vorstoß eines Völkerbundmitgliedes gemäß Art. 11, Absatz 2, bzw. Art. 19 der geltenden Satzung.

Nicht anders verhält es sich beispielsweise auch mit der Elsaß-Lothringischen Frage. Ebensowenig wie es früher Ungarn, heute Rumänien gelungen ist, die siebenbürgischen Nationalitäten für sich zu gewinnen und das Land zu befrieden, vermochte das Deutsche Reich die Elsässer und Lothringer mit der durch den Frankfurter Frieden von 1871 getroffenen Gebietsregelung endgültig auszusöhnen, und die jetzt neun Jahre lang währende französische Herrschaft hat in dem so heiß umkämpften Grenzlande eine Autonomie- und Heimatrechts-Bewegung von unerhörter Stärke aufflammen lassen. „Le malaise alsacien“ ist zu einem ständigen Schlagworte in der Pariser Presse geworden; die französische Regierung hat nach anfänglichem Zaudern zu den schärfsten Polizeimaßnahmen gegen die Führer der am 25. September 1927 in Straßburg gegründeten <sup>1)</sup> „Elsaß-Lothringischen Autonomistenpartei“ gegriffen: Haussuchungen, Verhaftungen, Anklagen wegen Hochverrates und wegen Gefährdung des einheitlichen Staatsgebietes, Dauer-Verbot der außerordentlich weit verbreiteten heimatrechtlichen Presse, namentlich der „Zukunft“, der „Wahrheit“ und der „Volksstimme“ (durch Ministerratsbeschluß vom 12. November 1927) <sup>2)</sup> bezeichnen den Weg der Regierungspolitik, die von allen französischen Parteien außer den Kommunisten gebilligt wird. Was Frankreich will, ist nichts anderes als die bedingungslose und uneingeschränkte Aufrechterhaltung der „unité nationale“; sie ist seit Jahrhunderten der Glaubenssatz und die Richtschnur der französischen Politik: es gibt nur Ein Staatsgebiet, es gibt auf diesem Staatsgebiete nur Eine „nationale Sprache“, es gibt nur Eine Nation. Max Hildebert Boehm hat unbedingt recht, wenn er den französischen Gedankengang folgendermaßen ausdrückt <sup>3)</sup>: „Wehe dem Elsässer, der auch nach 1918 das Wort Selbstbestimmung, die antideutsche Lösung von 1871, in den Mund nimmt! Der Held und Märtyrer von gestern wird dann flugs zum Hochverräter und Verbrecher von heute und hat alle Folgen seines fluchwürdigen Beginns zu tragen! Heute sind für die Franzosen nur rheinische Separatisten Helden und Märtyrer, unterdrückte Opfer eines brutalen preußischen Regimes und moralisch glänzend gerechtfertigt, wenn sie ihrer legitimen Regierung gegenüber so handeln, wie der Elsässer es nur bis zum November 1918 tun durfte, ja als „echter Franzose“ mußte und sollte!“ Es ist weiter oben <sup>4)</sup> schon dargelegt worden, daß dem Franzosen (und eigentlich ganz allgemein dem Romanen überhaupt) das Verständnis für den Begriff des Volkstums, für die Idee der Volkheit gänzlich mangelt; er kennt nur die „nation“ im Sinne der Staatsnation; daß innerhalb ihres Rahmens eigenständige nationale Kulturen ein

1) „Nation und Staat. Deutsche Zeitschrift für das europäische Minoritätenproblem.“ Wien, Braumüller. November 1927, S. 211.

2) „Nation und Staat“. Dezemberheft 1927, S. 303.

3) „Staatsallgewalt und Nationalitätenproblem“, aus: „Volk unter Völkern“, für den Deutschen Schutzbund herausgegeben von Dr. K. C. v. Loesch, Breslau 1925, S. 195.

4) S. 156 [44] ff. und besonders S. 159 [47] ff.



Daseinsrecht sollen beanspruchen dürfen, daß auf französischem Boden auch andere Sprachen heimatberechtigt sein sollen, ist ihm unaussprechlich. Welch ein Schlag darum für diese Denkweise, daß das Unglaubliche Ereignis geworden ist und sich am 12. September 1927 in Rosporden in der Bretagne ein „comité central des minorités nationales en France“ gebildet hat, dem sich von Elsaß-Lothringischer Seite gleich zwei große Verbände — nämlich der „Heimatbund“<sup>1)</sup> und die „autonomistische Partei“ —, ferner der „Shollad Emerinerien Keiz“ (bretonische autonomistische Partei) und die „Partite Corsu autonomista“ angeschlossen haben! Man versteht die grimmige Enttäuschung aller französischen Parteirichtungen (abgesehen von den Kommunisten) und das wütende Zupacken der Regierung, wenn man bedenkt, daß es bisher ein unantastbarer, weithin feierlich verkündeter Glaubenssatz der französischen Politik war, für Frankreich gebe es keine Nationalitätenfrage und keine völkischen Minderheiten. War es nicht Herr Henri de Jouvenel, Senator der französischen Republik, Oberkommissar in Syrien, amtlicher Vertreter der französischen Regierung bei der VI. Völkerbundversammlung, der die beneidenswerte Kühnheit hatte, in der 4. Sitzung des 6. Ausschusses dieser Versammlung<sup>2)</sup>, am Mittwoch, den 16. September 1925, nachmittags, bei Beratung des in dieser Arbeit schon genannten<sup>3)</sup> litauischen Minderheiten-Antrages zu erklären: „Si la France ne signe pas de pareils traités (nämlich die den kleinen Staaten auferlegten Minderheiten-Schutzverträge), c'est qu'elle n'a pas de minorités! Pour trouver des minorités en France, il faudrait les inventer“! Und keiner der zahlreichen Teilnehmer wagte Widerspruch, niemand hielt eine Berichtigung für nötig, sondern alle nahmen mit verständnisinnigem Schmunzeln diesen erstaunlichen Ausspruch als eine unumstößliche Tatsache hin. Nun aber hat es sich gefügt, daß fast auf den Tag genau zwei Jahre, nachdem vor aller Welt von so maßgebender Seite das Vorhandensein irgendwelcher Nationalitäten in Frankreich mit nicht zu überbietendem Zynismus abgeleugnet worden war, diese selben völkischen

1) Gegründet an Pfingsten 1926. In seinem „Aufruf an alle heimattreuen Elsaß-Lothringer“ heißt es: „In schicksalsschwerer Stunde treten die Unterzeichneten vor das elsäß-lothringische Volk, um es zur Tat aufzurufen. Längeres Zögern wäre Verrat an unserem Volkstum, denn das Maß ist voll bis zum Überlaufen. Sieben Jahre lang haben wir zugesehen, wie man uns Tag für Tag in unserer eigenen Heimat entrechtet hat, wie alle die Versprechungen, welche man uns feierlich gegeben, mißachtet worden sind, wie man unsere Rasseneigenschaften und Sprache, unsere Überlieferungen und Gebräuche zu erdrosseln suchte. Wir wissen nunmehr, daß die Assimilationsfanatiker es auf Wesen, Seele und Kultur des elsäß-lothringischen Volkes abgesehen haben, wobei sie nicht einmal vor Fragen der inneren Überzeugung und des Gewissens Halt machen. . . . Wir sind der Überzeugung, daß die Sicherung und lebendige Auswirkung der unverjährbaren und unveräußerlichen Heimatrechte des elsäß-lothringischen Volkes und die Wiedergutmachung all des uns zugefügten Unrechtes nur gewährleistet sind, wenn wir als nationale Minderheit die vollständige Autonomie im Rahmen Frankreichs erhalten. Diese legislative und administrative Selbständigkeit soll ihren Ausdruck finden in einer vom Volke gewählten Vertretung mit Budgetrecht und einer Exekutivgewalt mit dem Sitze in Straßburg, welche aus dem elsäß-lothringischen Volke hervorgehen soll.“ Aus dem Aufsätze: „Elsaß-Lothringen 1926. Von einem Elsässer“, erschienen in „Deutschlands Erneuerung“, März 1927, S. 99 f.

2) „Actes de la 6<sup>e</sup> Assemblée. Séances des Commissions. Procès-Verbaux de la 6<sup>e</sup> Commission (Questions politiques)“, S. 15 ff.

3) Vgl. S. 124 [12].

Minderheiten ihren Lebenswillen sehr deutlich zum Ausdrucke brachten, ihren Hauptausschuß als Vertreter aller angeschlossenen völkischen Gruppen einsetzten und folgende Grundlinien vereinbarten:

1. „Daß lediglich diejenigen Gruppen, die das Recht der nationalen Minderheiten fordern, um Aufnahme . . . nachsuchen können. . .“;
2. „daß in Anbetracht des inneren Zusammenhanges der Politik des französischen und belgischen Staates gegenüber den nationalen Minderheiten (!!)<sup>1)</sup> Vertreter der vlämisch-nationalen Bewegung von Belgien gebeten werden sollen, in den genannten Ausschuß als Beobachter einzutreten“;
3. „daß die Satzungen des genannten Ausschusses unverzüglich auf jeder Seite in Angriff genommen werden sollen“;
4. „daß zur Festlegung der Satzungen eine Vereinigung der unterzeichneten Abgesandten, denen Vertreter anderer nationaler Minderheiten in Frankreich auf Einladung hin beiwohnen können, in dem für die Tagungen des Hauptausschusses bestimmten Orte, Paris, stattfinden soll, und zwar im Laufe des Oktobers oder Novembers 1927<sup>2)</sup>.“

Nur im Vorübergehen sei auf den seltsamen Mangel an Folgerichtigkeit hingewiesen, der sich in folgenden zwei Tatsachen-Paaren kundgibt:

I. a) Frankreich hat sich von jeher gesträubt und weigert sich auch heute aufs heftigste, irgendeiner fremdvölkischen Gruppe innerhalb seiner Grenzen das Recht auf national-kulturelles Eigenleben zuzugestehen und sie als Minderheitsvolk anzuerkennen.

b) Frankreich hat aber 1919 und 1920 nicht gezögert, den in Mittel- und Osteuropa neu gegründeten oder stark umgebildeten Kleinstaaten und späterhin noch einigen anderen Ländern trotz ihres allgemeinen Widerstandes ganz bestimmte, sogar international geschützte Verpflichtungen zugunsten der von ihnen am liebsten ebenfalls abgeleugneten Minderheiten aufzuzwingen.

II. a) Frankreich lehnt den Begriff der „Kultur-Nation“ als einer über die Staatsgrenzen, über die Schranken der Staats-Nation hinausgreifenden völkischen Gemeinschaft ab, — wenigstens soweit es sich um das Volkstum der anderen handelt.

b) Frankreich verfährt indessen durchaus nach dem Grundsatz der das Staatsgebiet überschreitenden völkisch-kulturellen Zusammengehörigkeit, soweit die Pflege seiner sehr engen Beziehungen zu den Wallonen und Welsch-Schweizern in Frage kommt. Ja, im Falle Belgien begnügt es sich nicht einmal mit der ihm stammes- und kulturverwandten wallonischen Volksgruppe, sondern nimmt schlankweg die gesamte Staatsbevölkerung, das ganze Belgien als „Vorposten der lateinischen Zivilisation“ für seinen starken, halb geistigen, halb politischen Ausdehnungsdrang in Anspruch; und neuerdings knüpfen sich auch die Fäden zum französischen Volkstume in Kanada viel dichter. —

Alle diese Betrachtungen führen zu der Einsicht, daß die Elsaß-Lothringer „als nationale Minderheit“ die von ihnen erstrebte „vollständige Auto-

<sup>1)</sup> Vgl. zu dieser treffenden Bemerkung die Ausführungen in dieser Arbeit auf S. 156 [44] f.

<sup>2)</sup> „Nation und Staat“, November 1927, S. 214. (Diese erste Tagung der Minderheiten in Frankreich hat denn auch im Dezember 1927 wirklich stattgefunden.)

nomie im Rahmen Frankreichs“ niemals erlangen werden: „Von französischer Seite ist somit nicht zu erwarten, daß freiwillig gewährt wird, was unser Land fordern muß, um sich vor dem Untergange zu retten. Es liegt in der Hand unseres Volkes selber, ob es für Elsaß-Lothringen trotz der ‚Befreiung‘<sup>1)</sup> noch ein Entrinnen vor dem Sturz in den offenen Rachen des französischen völkermordenden Zentralismus gibt“<sup>2)</sup>. Aus solcher Erkenntnis ist zu folgern, daß auch für dieses Grenzland — und Grenzvolk-Problem, wenigstens für absehbare Zeit, eine im Sinne des Nationalitätsprinzips befriedigende und gerechte Lösung — genau wie bei Siebenbürgen — nur in der Gewährung einer völkerrechtlich verbürgten Selbstregierung unter dem Schutze des Völkerbundes, also außerhalb des „Rahmens Frankreichs“, gefunden werden kann.

### E. Der Minderheitenschutz und die Bürgerschaft des Völkerbundes.

Im Verlaufe der bisherigen Auseinandersetzungen hatten sich mehrere Wege gezeigt, auf denen man versuchen kann, der Schwierigkeiten Herr zu werden, die mit der europäischen Nationalitätenfrage verknüpft sind. Wenn das im allgemeinen sicherste und gerechteste Verfahren, nämlich die Anwendung des völkischen Selbstbestimmungsrechtes, aus politischen Gründen bewußt umgangen wurde oder in einigen ganz besonders gelagerten Fällen, angesichts der bunt durcheinander gewürfelten Volkssplitter und der wechselseitigen Durchdringung der nationalen Siedlungsgebiete, — wie etwa bei Siebenbürgen oder einem Teile des heutigen Westpolens — nicht durchgeführt werden konnte, so blieben zunächst noch vier sehr einschneidende Mittel zur Verfügung: zwei davon bestehen im Wechsel des Wohnsitzes und in der Nicht-Annahme der neuen Staatsbürgerschaft durch die Minderheitsangehörigen — beim Einzelnen: Option, meist mit Abwanderung verbunden; bei einer ganzen Volksgruppe: Bevölkerungsaustausch und Massenauswanderung; — die beiden anderen bedeuten die Veränderung der staatlichen Verhältnisse des national umstrittenen Gebietes — staatsrechtliche Lösung: bundesstaatlicher Zusammenschluß der gegnerischen Nachbarländer und damit Ausschaltung des bisherigen Gegensatzes zwischen ihnen; völkerrechtliches Verfahren: Abtrennung des betreffenden Gebietes vom bisherigen Staatsverbande und Verleihung des Selbstverwaltungsrechtes unter dem Schutze bzw. der Oberaufsicht des Völkerbundes.

Jede dieser Maßnahmen läuft auf einen Umsturz des augenblicklichen Zustandes hinaus: bald sind es die Menschen, d. h. die Nationalität und ihre Angehörigen, die in ihrem ganz persönlichen Leben davon erfaßt werden, bald betrifft er die staatliche Lage der Volksgruppe und ihres Siedlungsraumes.

1) Dr. Ricklin, einer der zähesten Vorkämpfer der elsass-lothringischen Selbständigkeitsbewegung zur Zeit der deutschen Herrschaft, schreibt in einem Briefe an den Pariser „Temps“, d. d. „Dannemarie, le 16 décembre 1927“, wörtlich: „... cette Alsace si passionnément française avant sa libération du soi-disant joug allemand par les Français. . .“ („Le Temps“, Nr. 24, 241, Freitag, 30. Dezember 1927.)

2) „Elsaß-Lothringen 1926. Von einem Elsässer“, a. a. O., S. 102.



Aber es gibt noch eine letzte Art, wie man dem Nationalitätsprinzip gerecht werden kann. Sie hat insofern manches für sich, als mit ihr kein so jäher Wechsel im einzelnen Schicksale verbunden ist; die Angehörigen des Minderheitsvolkes werden Bürger des Staates, dem ihr Wohngebiet einverleibt ward, und es kann sich deshalb für sie nur darum handeln, ihre Beziehungen zu diesem Staate und zu dessen Mehrheitsvolke in einer Weise geregelt zu sehen, die es ihnen erlaubt, gleichzeitig ihre sowohl aus dem Bürgerrechte wie aus der Volkszugehörigkeit („Nationalität“) erwachsenden Pflichten zu erfüllen. Wesentlich an dieser neuen Ordnung ist also der Versuch zum Ausgleich zweier Pflichtenkreise. Ist die bewußte Hingabe an das eigene, minderheitliche Volkstum und dessen opferwillige Pflege vereinbar mit der Stellung eines Staatsbürgers? Das Ziel jeder einsichtigen Staatspolitik müßte es nun sein, den Angehörigen der nationalen Minderheiten die Durchführung ihrer Doppelaufgabe zu ermöglichen, ja zu erleichtern und ihnen zu zeigen, daß die Treue gegen ihr Volk sie keineswegs in Gegensatz zum Staate bringt. Nur wenn die Gefahr eines Widerstreites der Pflichten vermieden wird, vermag sich allmählich jener Zustand innerer Befriedung und seelischen Gleichgewichtes durchzusetzen, unter dessen Herrschaft auch die widerstrebende Minderheitsnationalität dahin gelangt, sich mit der neuen Lage abzufinden.

Die zehnte Vollversammlung des „Weltverbandes der Völkerbundgesellschaften“ zu Aberystwyth vom 29. Juni bis 3. Juli 1926 hat in einer Entschließung über „die Zukunft der völkischen Minderheiten“<sup>1)</sup> einige Grundsätze niedergelegt, die sich nahe mit der hier vorgetragenen Auffassung berühren und deshalb, als eine immerhin wichtige Urkunde internationalen Gepräges, wiedergegeben seien: „*Considérant que les minorités de race, de langue et de religion ont le devoir d'être loyales à l'égard de l'État auquel elles ressortissent et que ce résultat ne peut être atteint si ces minorités sont mécontentes de leur sort par suite de la privation de la pleine jouissance de leur langue, de leur religion ou de leur culture propre, ou par suite de traitements dont l'objet serait de les absorber contre leur gré dans la nationalité de la majorité:*

„*L'Assemblée estime que la diversité de race, de langue, de religion ou de culture parmi les citoyens d'un État n'est pas incompatible avec le loyalisme des citoyens à l'égard de l'État ni de nature à compromettre son unité et que, par conséquent, des tentatives d'absorption de cette nature sont à la fois inconsidérées et injustes ...*“

Nun kann es offenbar nicht Sache der völkischen Minderheit und ihrer Glieder sein, für die Vereinbarkeit von Nationalbewußtsein und Staatsgesinnung unter den bezeichneten Umständen zu sorgen. Die Zugehörigkeit zum eigenen Volkstume ist altererbter, lebendiger Besitz; die Einordnung in den einen andersartigen Mehrheitsvolke beherrschten Staat bleibt zunächst eine inhaltsleere, rein äußere Tatsache, die für den Einzelnen nur

<sup>1)</sup> „Union Internationale des Associations pour la Société des Nations. Xe Assemblée plénière. Aberystwyth, 29 juin—3 juillet 1926. Résolutions adoptées par l'assemblée“. S. 15, Abs. 1 und Abs. 2, erste Hälfte.

durch die Forderungen und Befehle der Staatsgewalt eine begreiflicher Weise als lästig empfundene Wirklichkeit gewinnt. Ferner ist der Umschwung in den staatlichen Verhältnissen nicht von der Minderheit ausgegangen, vielmehr vom Staate und dessen Mehrheitsvolke herbeigeführt worden: die Minderheitsnation kam nicht zum Staate, sondern der Staat fügte sie und ihren Siedlungsraum seinem Gebiete ein. Endlich hat zwar der Staat die Macht, die Beziehungen zu den einzelnen Bürgern wie zu ganzen Gruppen und so auch zu seinen einem fremden Volkstume angehörenden „Untertanen“ von sich aus zu regeln, nicht aber vermögen die Glieder der völkischen Minderheit einen Einfluß darauf auszuüben, wenn ihnen der Staat solche Einwirkung nicht gestatten will. Diese drei Erwägungen leiten zu dem Ergebnisse, daß es grundsätzlich und von allem Anfange an dem Staate und seinem Mehrheitsvolke zukommt, die ersten Schritte zur Verständigung mit der nationalen Minderheit zu tun; darüber hinaus aber obliegt es ihm, in Gesetzgebung und Verwaltung so zu verfahren, daß die Minderheitsangehörigen als solche, d. h. als nationale Minderheitsgruppe eigenen Gepräges, sich in ihrem Verhältnisse zu ihrem Volkstume und zu dessen eigentümlichen Werten gegenüber der andersvölkischen Mehrheit geschützt fühlen. Auch hierzu findet man in der erwähnten Entschließung der zehnten Vollversammlung des „Weltverbandes der Völkerbundgesellschaften“ zu Aberystwyth, 1926, eine deutliche und eindringliche Forderung<sup>1)</sup>: „... elle (nämlich: l'Assemblée) exprime sa conviction que pour arriver à une solution satisfaisante des questions de minorités, il est nécessaire de considérer celles-ci comme une valeur de l'État, et qu'en satisfaisant le désir qu'elles éprouvent d'être l'objet de mesures spéciales en ce qui concerne leur langue, leur religion et leur culture propre, la majorité servira de la manière la plus efficace à la fois la justice et l'intérêt de l'État.“ Leistet der Staat diese Aufgabe, ist mithin eine Majorisierung des Minderheitsvolkes in den Fragen der nationalen Eigenkultur ausgeschlossen, so kann man wohl Redslobs Urteil beipflichten, wenn er sagt<sup>2)</sup>: „Il y a des territoires où les populations se trouvent si fortement mêlées qu'une répartition équitable entre les États compétiteurs serait impossible. En pareille occurrence la solution la plus heureuse et le meilleur hommage à rendre au principe des nationalités consiste à établir un régime égalitaire qui donne à chaque élément de la population la même faculté de libre développement. Cette méthode a été enseignée par la Suisse et l'Amérique...“ Freilich geht der Verfasser an einer anderen Stelle seines Buches<sup>3)</sup> sogar so weit, den Minderheitenschutz als die unter allen Umständen und schlechthin beste Lösung des Nationalitätenproblems zu bezeichnen; er entspricht nach seiner Meinung dem Nationalitätenprinzip noch besser als die Verwirklichung des freien Selbstbestimmungsrechtes im Volksentscheid: „C'est une solution tout à fait différente de celle du plébiscite. Elle ne consiste pas à circonscrire un État spécial pour chaque nationalité, mais au contraire, à respecter chaque nationalité dans le cadre du même État. Cette méthode, dûment élargie, porte en elle un plus grand

1) a. a. O., S. 15, Abs. 2, zweite Hälfte.

2) a. a. O., S. 519.

3) a. a. O., S. 423.

avenir que le plébiscite qui est une mesure tranchante, sacrifie les minorités et fixe le sort des générations futures d'après la résolution d'un jour."

Dieser Schutz wäre nun also eine der vornehmsten und ehrenvollsten Aufgaben des gemischt-völkischen Staates; und es ist in der Tat nicht einzusehen, was andere Staaten dreinzureden haben sollten, wenn der betreffende Staat — oder vielmehr sein Mehrheitsvolk — und die seinem Gefüge eingegliederte Nationalität sich miteinander so gut wie nur möglich nach ihren beiderseitigen Bedürfnissen einrichten. Welchen Auffassungen aber begegnet man hier! Da ist zunächst der lächerliche Anspruch der jungen Staaten, um jeden Preis als Nationalstaat gelten zu wollen. Sie, die gerade immer den Mehrheitsvölkern Österreichs und Ungarns, des Deutschen Reiches, der Türkei und schließlich auch Rußlands vorwarfen, das politische Ziel des reinen Nationalstaates anzustreben auf Kosten der Nationalitäten — eine Klage, die ja z. B. dem alten (und anscheinend auch dem heutigen) Ungarn gegenüber durchaus berechtigt war, — tun doch jetzt nichts anderes, als was sie bei ihren Gegnern verketzerten! Nur gibt es jetzt nicht ein Ungarn, sondern mehrere, wo das herrschende Volk nur rund die Hälfte aller Staatsbürger umfaßt, während die andere Hälfte sich aus den Angehörigen der Minderheitsvölker zusammensetzt. Dieses Zahlenverhältnis gilt vor allem für die Tschechoslowakei, von der man darum mit Recht gesagt hat, daß sie die alt-österreichischen Verhältnisse auf ihrem Boden wieder aufleben lasse, — nur mit umgekehrtem Vorzeichen und mit erheblich weniger Duldung und Gerechtigkeit für die Nationalitäten, als sie das viel gelästerte kaiserliche Österreich mit seiner im Grunde recht weitherzigen Nationalitätenpolitik aufgebracht hatte! „Trotz der undemokratischen Verfassung“ dieses Reiches „und der demokratischen oder schein-demokratischen Verfassung der Nachbarstaaten genossen die acht Nationalitäten dort innerhalb der von ihnen auch nur zum Teil besiedelten Länder im wesentlichen unvergleichlich mehr an Gleichheit, nationaler Freiheit, Schutz und positiver Förderung als jetzt die nationalen Minderheiten in den nichtdeutschen Sukzessionsstaaten“<sup>1)</sup>. — Und andererseits bringt es ein rumänischer Richter aus der Landeshauptstadt Bukarest fertig, in einem 1927 erschienenen Buche über die Minderheitenfrage und Rumäniens Stellung zu ihr folgende Äußerungen zu tun<sup>2)</sup>: „Nous pourrions affirmer que nous formons l'État dans les limites duquel toutes les nationalités sont comprises. Et nous sommes obligés de vivre dans une entente cordiale avec tous ces étrangers!“ Welch wertvolles Eingeständnis! Welche Enthüllung einer schönen Seele! Dieser Ausspruch ist in zwiefacher Weise wertvoll: Erstens geht daraus hervor, daß Rumänien sich bei der Verteilung der Siegesbeute übernommen hat, und zweitens zeigt dieser Ausruf doch, daß diesen Leuten jede Spur eines feineren, geschärften Rechtsempfindens abgeht. Man wagt Szekler und Sachsen, buchenländische Ukrainer und bessarabische Bulgaren, Russen, Tataren, ferner Bulgaren der Dobrudscha und Banater Schwaben — alles Völker, die seit Jahrhunderten im Lande siedeln, es überhaupt erst urbar gemacht, durch ihrer

<sup>1)</sup> Laun, „Nationalitätenfrage einschließlich des Minderheitenrechtes“ in Strupps „Wörterbuch des Völkerrechtes und der Diplomatie“, Berlin u. Leipzig 1923, S. 102.

<sup>2)</sup> Budisteano, „La Condition juridique des Minorités ethniques selon les derniers traités de paix“, Paris 1927, S. 37.



Hände Fleiß und Geschicklichkeit den Wert des Landes gesteigert haben, — sie wagt man heute, acht Jahre, nachdem das im Kriege geschlagene Rumänien diese Gebiete dank fremder Hilfe sich hat einverleiben dürfen, als „Étrangers“ zu bezeichnen! Wenn solche Denkweise bei einem Richter der Landeshauptstadt — angesichts des Minderheitenvertrages, der den Rumänen doch gerade beibringen sollte, in ihren neuen freindvölkischen Mitbürgern keine Fremden, sondern dem Rumänentum gleichberechtigte Landeskinder zu sehen und zu achten, angesichts der Schirmherrschaft des Völkerbundes über eben diese Minderheitsvölker — möglich ist, welches, so fragt man sich unwillkürlich, wäre dann das Los dieser beklagenswerten Objekte eines auf Wortbruch beruhenden Gewaltfriedens ohne den bescheidenen Rechtsschutz der Minderheitsverträge!

Wirklich, es war unbedingt nötig, daß die völkischen Minderheiten sich in den neuen Staaten einigermaßen wohl und zuhause fühlen lernten: nur so bot die Neuregelung der Grenzen in Mittel- und Osteuropa einige Gewähr für Dauerhaftigkeit. War nun von den neu- und umgebildeten Staaten ein solches Verhalten ihren völkischen Minderheiten gegenüber zu erwarten? Durfte man ihnen, d. h. ihren Herrschaftsvölkern, so viel Selbstüberwindung, so viel weise Mäßigung zutrauen, daß sie das menschlich immerhin begreifliche Gelüste nach schrankenloser Ausübung der Regierungs- und Gesetzgebungsgewalt innerhalb ihres Staates bändigen würden? Daß sie dieses Opfer an Entsagung bringen würden um eines höheren Zweckes willen, nämlich dem europäischen Frieden und ihrer eigenen ruhigen Fortentwicklung zuliebe? Schon die Hartnäckigkeit, mit der während der Friedenskonferenz diese Staaten auf der Einverleibung möglichst großer Stücke fremdvölkischen Bodens bestanden, ohne irgendwelche Rücksicht auf die Wünsche der beteiligten Bevölkerungen zu nehmen, die Geflissentlichkeit, mit der sie ihre Ansprüche auf das Gebiet anderer Nationalitäten durch die fragwürdigsten statistischen, geschichtlichen, strategischen, wirtschaftlichen Gründe zu rechtfertigen suchten, zeigte, wessen man sich in Bezug auf den Schutz der Minderheiten von ihnen zu versehen hatte. Wenn die Entente-Mächte also dem von ihnen geschaffenen Zustande Dauer verleihen wollten, so mußten sie notwendigerweise den völkischen Minderheiten innerhalb der neuen und vergrößerten Staaten Europas ein gesichertes Leben zu ermöglichen suchen; zu gut wußten sie ja aus eigener Erfahrung und Anschauung, welche Schwächung es für einen Staat bedeutet, unzufriedene Nationalitäten inmitten seiner Bürger zu haben! Mit anerkanntem Freimute und ohne Schönfärberei hat diesen ganzen Sachverhalt Professor Gilbert Murray, Vertreter der Südafrikanischen Union, in der 4. Vollsitzung der III. Völkerbundversammlung, Dienstagnachmittag, den 5. September 1922, dargestellt<sup>1)</sup>: „It is most important that this Assembly should recognise — as no doubt it does — that the question of minorities is not merely a humanitarian question. It is not merely that there are certain people suffering from oppression whom we wish to help; it is that the new condition of Europe is threatened with extreme danger if in any one of the new States there is a permanently disaffected element allowed

<sup>1)</sup> Actes de la Troisième Assemblée. Séances Plénières. Vol. I.: „Compte Rendu des Débats“, Genf 1922, S. 37 f.

to continue. We must spread general contentment with the new distribution of Europe, or the new distribution of Europe will not endure<sup>1)</sup>).

Man wird nach einem solchen unwidersprochen gebliebenen Zeugnisse die berühmte „intervention d'humanité“<sup>2)</sup> nur schwer als die eigentliche psychologische Grundlage des Minderheitenschutzes ansehen können. Wenn auch das Vorhandensein solcher menschlicher Beweggründe nicht ganz bestritten werden soll, so ist dennoch der eigentliche Zweck dieser Maßnahmen und die von den Siegerstaaten damit verfolgte Absicht eindeutig klar. Wollte man nämlich wirklich Menschen in ihren Rechten und Freiheiten, Nationalitäten in ihrer Eigenkultur und in der Bewahrung ihrer treu gehüteten Überlieferungen schützen, dann durfte man nicht Verträge schließen und deren planmäßige fortgesetzte Verletzung dulden. Dann durfte man nicht den einer Großmacht einverleibten Minderheitsvölkern verweigern, was man denen der Kleinstaaten — auf dem Papiere — zubilligte; dann durfte man nicht in der Ausübung einer einmal übernommenen Schutzpflicht so lässig, gleichgültig, widerwillig sein, wie man es seit bald einem Jahrzehnte nun gewesen ist; dann durfte man nicht in aller Öffentlichkeit mit der einen Hand geben, um insgeheim, im Beratungszimmer des Völkerbundesrates, mit der anderen Hand wieder zu nehmen. Alles das aber hat man bedenkenlos getan; es handelt sich hier, genau wie beim Selbstbestimmungsrechte der Völker, letzten Endes nicht um die Verwirklichung einer Idee, sondern um die Ausschachtung eines hohen und reinen Gedankens zu machtpolitischen Zwecken. Ging man nämlich wirklich von einem Grundsatz aus, — und zwar von dem der Menschenrechte —, wie viele Theoretiker in ihren rechtsphilosophischen Deduktionen zu versichern nicht müde werden, so durfte man nicht sogleich zu Beginn den „Grundsatz“ über den Haufen werfen und den Schutz der Minderheiten auf bestimmte Einzelfälle beschränken: dann mußte man zum wenigsten mit Wilson die Aufnahme einer entsprechenden Vorschrift in die neue Völkerbundsatzung fordern.

Die Anregung hierzu hatte der Präsident bei seiner Ankunft in Europa vom Burengeneral Smuts empfangen, dessen „suggestions“<sup>3)</sup> überhaupt eine ziemlich große Wirkung in diesem Entwicklungsabschnitte des Völkerbund-Planes ausübten. Hiervon beeinflusst und unter dem Eindrucke der eifrigen jüdischen Werbetätigkeit fügte Wilson in den „Ergänzenden Abmachungen“ seines zweiten Entwurfes vom 10. Januar 1919 folgenden Punkt VI hinzu: „Der Völkerbund soll alle neuen Staaten veranlassen, sich zu verpflichten, daß sie allen Minderheiten der Nation oder Rasse innerhalb ihrer verschiedenen Jurisdiktionen genau die gleiche Behandlung und Sicherheit sowohl gesetzlich wie praktisch angedeihen lassen, die der Mehrheit der Nation oder Rasse ihres Volkes gewährt wird; dies ist die Vorbedingung ihrer Anerkennung als unabhängige oder autonome Staaten<sup>4)</sup>.“ Aber selbst diese auf alle neuen Staaten eingeschränkte Vorschrift, die dem Anspruche

1) Von mir gesperrt.

2) André Mandelstam, „La Protection des Minorités ethniques“ in „Académie Diplomatique Internationale. Séances et Travaux. Année 1927. Tome I.“, Paris 1927, S. 18f.

3) Smuts, „The League of Nations“, bei Wilson-Baker a. a. O., Bd. III, S. 84.

4) B. W. v. Bülow a. a. O., S. 475.

auf grundsätzliche Allgemeingültigkeit noch bei weitem kein Genüge tat, fand keinen Eingang in die späteren Fassungen des Völkerbund-Vertrages; schon in dem gemeinsamen, der Friedenskonferenz vorgelegten Entwürfe des amerikanischen Sachverständigen David Hunter Miller und des britischen Kronjuristen Cecil Hurst vom 3. 2. 1919<sup>1)</sup> wurde die Verbürgung des Schutzes und der Gleichstellung der rassischen und völkischen Minderheiten erheblich abgeschwächt und zu einer Gewährleistung für die freie Religionsübung der religiösen Minderheiten in allen Mitgliedsstaaten des Völkerbundes umgebogen; von der eigentlichen brennenden Hauptfrage der Nationalitäten fand sich darin kein Wort mehr. Auch dieser lediglich den religiösen Minderheiten gewidmeten Schutzbestimmung war kein Glück beschieden: im Zusammenhange mit dem Antrage auf grundsätzliche Gleichberechtigung der Rassen, den Japan nicht weniger als viermal einbrachte<sup>2)</sup> (am 13. 2. 1919 im Völkerbunds-Ausschusse der Friedenskonferenz, am 14. 2. in der Vollsitzung, am 10. April abermals im Ausschusse und am 28. April wieder in der Vollversammlung), fiel auch sie unter den Tisch.

Nachdem dergestalt jeder Versuch einer allgemein-völkerrechtlichen Erweiterung der Menschenrechte gescheitert war, sahen sich die Hauptmächte trotzdem veranlaßt, entscheidende Schritte für die von ihnen als notwendig erachtete Festlegung des Minderheitenschutzes in einigen bestimmten Einzelfällen zu tun: so erhielt denn am 1. Mai die „Commission des nouveaux États“ den Auftrag, ein Abkommen zum Schutze der „rassischen, religiösen und sprachlichen Minderheiten“ auszuarbeiten. Neben einer Fülle von einzelnen Anregungen diente ihr dabei vor allem die vom Pariser „Comité des délégations juives“ am 10. Mai 1919 unterbreitete Denkschrift<sup>3)</sup> als Grundlage. Diese Urkunde forderte die Anerkennung der Rechte aller völkischen, konfessionellen, rassischen oder sprachlichen Minderheiten und bezeichnete ihr Ziel mit folgenden Worten: „Par des garanties constitutionnelles adéquates et la sanction éventuelle de la Société des Nations, assurer aux populations des États récemment créés ou agrandis en Europe, les droits suivants:

- 1° Liberté civile, religieuse et politique pour les individus;
- 2° Droit d'organisation et de développement pour les minorités nationales;
- 3° Égalité de statut pour les individus et pour les minorités nationales.“

Der zweite Teil der Denkschrift verlangt, daß jeder Unterzeichner der in Rede stehenden Minderheitsverträge befugt sein soll, gegebenenfalls eine Klage beim Völkerbunde oder bei dem vom Völkerbunde zu errichtenden Weltgerichtshofe einzureichen. Die von den neuen bzw. vergrößerten Staaten übernommenen Verpflichtungen müssen internationalen Charakter haben und den Rechtsschutz des Völkerbundes genießen.

Ein Vergleich zwischen dem endgültigen Vertragstexte und diesen Vorschlägen zeigt den offenkundigen Einfluß des jüdischen Entwurfes auf den Inhalt und selbst auf den Wortlaut der Abkommen von 1919 und 1920. Nur Eine Bestimmung wurde nicht gebilligt: sie hatte die Schaffung „na-

1) Wilson-Baker a. a. O., Bd. III, S. 127.

2) v. Bülow a. a. O., S. 380 f.

3) Marc Vichniac, „La protection des droits des minorités dans les traités internationaux de 1919–1920“, Paris 1920, S. 26 ff.



tionaler Kurien“ vorgesehen, „laissant à chaque minorité nationale le droit de contribuer dans une certaine proportion à la formation des différents corps électifs de l'État, du département, de la commune, ou autres.“

## F. Die positiven Vertragsbestimmungen als Rechtsquellen des internationalen Minderheitenschutzes.

Im „Rapport général à la 6<sup>e</sup> Assemblée de la S. D. N. sur l'oeuvre du Conseil, sur le travail du Secrétariat et sur les mesures prises pour exécuter les décisions de l'Assemblée“ — A. 7. 1925 — <sup>1)</sup>, Kapitel VI („Protection des minorités“), findet man im ersten Abschnitte ein Verzeichnis aller „Traités et déclarations relatifs à la protection des minorités“ nebst Angabe des Tages der Unterzeichnung, des Tages der Ratifizierung und des Tages, an dem durch Beschluß des Völkerbundesrates die betreffenden Abmachungen unter die Bürgschaft des Völkerbundes gestellt worden sind. Es handelt sich zunächst um bestimmte Artikel der vier Friedensverträge des Feindbundes mit Österreich (St. Germain, Art. 62—69), mit Bulgarien (Neuilly, Art. 49—57), mit Ungarn (Trianon, Art. 54—60), mit der Türkei (Lausanne, Art. 37—44), sodann um die fünf eigentlichen sogenannten „Minderheitenschutzverträge“ der Alliierten und Assoziierten bzw. nur der Alliierten Hauptmächte mit Griechenland, Polen, Rumänien, S. K. S. und der Tschechoslowakei. Zu diesen neun Verträgen treten die fünf „Erklärungen“ Albaniens, Estlands, Finnlands, Lettlands und Litauens vor dem Völkerbunde, durch welche die genannten fünf Staaten die den Minderheits-Verträgen ungefähr entsprechenden Verpflichtungen auf sich nehmen; endlich folgen noch der Genfer Vertrag zwischen dem Deutschen Reiche und Polen betr. Oberschlesien und das Memel-Abkommen zwischen den Alliierten Hauptmächten und Litauen. Erstaunen weckt die Lückenhaftigkeit dieses vom Völkerbunde der Völkerbundversammlung unterbreiteten Verzeichnisses: es fehlt der Friedensvertrag von Riga zwischen der U. S. S. R. und Polen vom 18. März 1921, dessen Art. 7 der Minderheitenfrage gewidmet ist; man kann sich hierbei nicht auf die Tatsache berufen, daß die U. S. S. R. nicht dem Völkerbunde angehöre, da ja auch der Lausanner Friedensvertrag aufgenommen worden ist, obwohl die Türkei gleichfalls nicht Mitglied des Völkerbundes ist. Ferner aber vermißt man eine ganze Reihe von Gegenseitigkeits-Verträgen, die den Minderheitenschutz in den beteiligten Staaten zum Gegenstande haben, und die sämtlich — wie auch der Rigauer Friedensvertrag — beim Völkerbundsekretariate eingetragen und im „Recueil des Traités et des Engagements Internationaux, enregistrés par le Secrétariat de la S. D. N.“ veröffentlicht worden sind: Österreich — Tschechoslowakei, Brünnener Vertrag und Karlsbader Protokoll; Polen — Tschechoslowakei, Prager Vertrag; Warschauer Abkommen zwischen Polen, Estland, Finnland und Lettland; Dorpater Vertrag zwischen U. S. S. R. und Finnland; Vertrag von Rapallo zwischen Italien und S. K. S.; Abkommen zwischen Litauen und Lettland; Verträge zwischen Polen und Danzig von

<sup>1)</sup> „Actes de la 6<sup>e</sup> Assemblée-Séances Plénières. Compte Rendu des Débats.“ („Journal Officiel. Supplément Spécial Nr. 33.“) Genf 1925.

1920 und 1921; Frankreich — Türkei, Angora-Abkommen. — Nachdem sich 1919 weder ein allgemeiner völkerrechtlicher Vertrag zum Schutze aller Minderheitsvölker in allen Staaten noch wenigstens die Einfügung eines entsprechenden Grundsatz-Artikels in die Völkerbundsatzung hat erreichen lassen, bilden die hier aufgezählten Verträge, Abkommen und Erklärungen die Gesamtheit der Völkerrechts-Quellen, auf denen der internationale Minderheitenschutz und die Bürgschaften des Völkerbundes beruhen. Das vom Völkerbunde in einer Anzahl von Entschlüssen entwickelte Verfahren zur Ausübung des Schutzrechtes und der Schutzpflicht sowie die von ihm und von der Völkerbundversammlung hierfür aufgezeichneten Richtlinien sind nur als ergänzende Bestimmungen zu werten, deren Aufgabe es ist, die in den Verträgen vorgesehene Tätigkeit des Völkerbundes in Gang zu bringen.

Betrachtet man das Ganze der Vertragsbestimmungen als einen in sich geschlossenen Aufbau von Rechten, so ist zunächst festzustellen, daß — mit wenigen Ausnahmen — nicht von den Minderheiten als Volkskörpern die Rede ist, sondern daß fast stets nur von den „personnes appartenant à des minorités“ gesprochen wird; d. h. nicht die nationale Gruppe als eine Gesamtheit wird geschützt, sondern lediglich der einzelne Mensch in seiner Eigenschaft als Glied einer völkischen (bzw. religiösen oder sprachlichen) Minderheit. Woraus sich sofort ergibt, daß das eigentliche Problem der Nationalität nicht erkannt oder aber mit Absicht ausgeschaltet worden ist. Für die Minderheitsvölker als solche wie auch für den Einzelnen erwachsen hieraus schwerwiegende Nachteile; denn nicht einmal die Voraussetzungen sind geregelt worden, unter denen der Einzelne als zur Minderheit gehörig gilt. So kommt es, daß wiederholt die Regierungen sich das Recht angemaßt haben, über die Volkszugehörigkeit der fremdnationalen Staatsbürger zu entscheiden — z. B. in Oberschlesien bei den Kämpfen um die deutschen Minderheitsschulen; in Oberschlesien, in Rumänien, in der Tschechoslowakei bei den Kämpfen um die Einschulung der Kinder in die Minderheitsschulen; ferner in verschiedenen Ländern bei Volkszählungen, bei der Aufstellung von Wählerlisten usw.

Es wird nun aber trotzdem öfters versucht, diese nur dem Individuum zugewendete Betrachtungsweise wissenschaftlich zu rechtfertigen. Louis Eisenmann<sup>1)</sup> begründet den amtlichen Standpunkt der Regierungen und Verträge damit, daß er das persönliche Glaubensbekenntnis des Einzelnen zum Beweise heranzieht. Die Nationalitätsrechte gehören dem einzelnen Staatsbürger persönlich genau so, wie ihm persönlich das Recht zusteht, seine Religion auszuüben, ihm als Einzelwesen und nicht als Glied einer religiösen Körperschaft. Der Verfasser erinnert an die Maßnahmen, die ehemals zum Schutze der Hugenotten, also der religiösen Freiheit, in Frankreich getroffen werden mußten: Die berühmten Sicherheitsplätze der Protestanten, die schließlich dazu geführt hätten, daß sich im Staate ein Staat bildete. Heute nun gebühren die religiösen Rechte jedem französischen Protestanten in seiner Eigenschaft als französischer Staatsbürger; religiöse Freiheit ist ein Hauptstück der „bürgerlichen“ Freiheit und der Men-

1) „Rights of Minorities in Central Europe. Lecture delivered at the Centre Européen de la Dotation Carnégie pour la Paix Internationale, Paris, January 6, 1926“, S. 15 f.

schenrechte. Der französische Protestant ist der religiösen Freiheit teilhaftig, weil sie einen wesentlichen, untrennbaren Teil der bürgerlichen und menschheitlichen Gesamtrechte ausmacht. Genau so verhält es sich angeblich mit der freien Zugehörigkeit zu einem Volkstume.

Indessen sind gegen diese Beweisführung sehr triftige Einwände zu erheben. Positivrechtlich sind tatsächlich nur die einzelnen Minderheitsangehörigen geschützt; denn die Schutzverträge sprechen, wie gesagt, fast stets nur von den einzelnen Personen, die der Minderheit angehören, und der Völkerbund hat eben nur die Folgerungen aus diesem Wortlaute gezogen. Wenn aber zur Rechtfertigung dieser Vertragsvorschrift auf geschichtliche Beispiele zurückgegriffen und insbesondere die geschichtliche Entwicklung des Rechtsschutzes der Religionsfreiheit herangezogen wird, so muß, eben aus geschichtlicher Kenntnis heraus, die mißbräuchliche Verwendung historischer Parallelen abgelehnt werden. Mit Recht weist man darauf hin, daß die ersten Ereignisse, die in das Gebiet des Minderheitenschutzes fallen, sich auf der religiösen Ebene abspielten. Und so ist es eben jahrhundertlang mit ganz verschwindenden Ausnahmen bis zum Berliner Kongresse geblieben. Des öfteren sind religiöse Freiheitsbewegungen mit völkischen Unabhängigkeitsbestrebungen tatsächlich verbunden — so bei den Hussiten, bei den christlichen Balkanvölkern, bei den Niederländern in ihrem Kampfe gegen Spanien; diese religiösen und völkischen Freiheitsbewegungen finden ihren rechtlichen Niederschlag aber fast regelmäßig in Gestalt von Schutzvorschriften lediglich für die religiösen Minderheiten.

Vor über 500 Jahren begann in der abendländischen Welt der Kampf um die „Freiheit des Christenmenschen“, um religiöse Duldung. Es galt wirklich die Erringung und den Schutz eines individuellen Rechtsgutes. Aber der Einzelne war der Staatsgewalt gegenüber ohnmächtig. Die Bekenner des neuen Glaubens schlossen sich zu Gemeinschaften zusammen, suchten und fanden in ihnen Rückhalt. Der Staat Heinrichs IV. von Frankreich wünschte nach den furchtbaren Erfahrungen der Pariser Bluthochzeit der religiösen Minderheit Gleichberechtigung und Religionsschutz zu gewähren. So schuf er den Duldungserlaß von Nantes 1598 und die befestigten Sicherheitsplätze der Hugenotten. Als Friedrich der Große das Wort sprach: „In meinem Staate kann jeder nach seiner Fassung selig werden“ —, da war der Grundsatz der individuellen Religionsfreiheit als eines Menschen- und Bürgerrechts durchgedrungen; und keineswegs war es mehr nötig, die Glaubensgemeinschaften als solche mit einem besonderen Schutze zu umgeben, wenn der Staat ja doch jedem seiner Bürger das Recht des freien Anschlusses an irgendeine religiöse Bekenntnisgruppe, volle Sicherheit in der Ausübung seiner religiösen Pflichten und ungeschmälerter Aufrechterhaltung seiner staatsbürgerlichen und wirtschaftlichen Gleichberechtigung — gleichviel, zu welcher Religion oder Weltanschauung er sich bekennen mochte — ausdrücklich gewährleistete und tatsächlich gewährte. An 400 Jahre hat es gedauert, bis sich in den alten Kulturländern Mittel- und Westeuropas dieser Grundsatz durchringen konnte.

Viel neueren Ursprungs ist der Aufstieg der Nationalitäts-Idee; erst seit vier bis fünf Menschenaltern begann sie sich einen Weg durch das im wesentlichen staatlich gebundene Denken der europäischen Völker zu bahnen



und eine Macht im abendländischen Geistesleben zu werden. Es mag sein, daß auch auf der Ebene der Volkszugehörigkeit einmal der Standpunkt vollkommener Duldung und persönlicher Freiheit erreicht wird, und daß man sich daran gewöhnen lernt, im Bekenntnisse zum eigenen Volkstum genau so einen Ausfluß der Menschenrechte und der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung zu sehen wie heute im Bekenntnisse zu einer Glaubensgemeinschaft. Aber wenn sich diese Auffassung durchgesetzt haben wird, dann ist auch die Zeit des Schutzes der völkischen Minderheiten vorbei. Aus solchen Erwägungen ergibt sich die Schlußfolgerung, daß es jedenfalls heute — und wohl noch auf lange hinaus — ganz verfehlt ist, den Schwerpunkt der Nationalitätenrechte und ihres Schutzes in den persönlichen Rechtsbereich des einzelnen Minderheitsangehörigen zu verlegen; vorläufig kann nur die völkische Gesamtheit als solche wirksam gesichert werden und nur durch sie und in ihr der Einzelne.

Vier verschiedene Gruppen von Rechten sind nun den Minderheitsangehörigen in den Verträgen, Abkommen und Erklärungen gewährleistet worden:

1. Solche Rechte, die allen Einwohnern des Staatsgebietes zustehen. Dahin gehören die persönliche Sicherheit und die persönliche und religiöse Freiheit.

2. Solche Rechte, die allen Staatsbürgern zukommen: nämlich die bürgerliche und politische Gleichberechtigung ohne Rücksicht auf völkische, religiöse oder sprachliche Unterschiede.

3. Solche Rechte, die sie nicht mit den übrigen Einwohnern oder Staatsbürgern teilen, sondern die ihnen in ihrer besonderen Eigenschaft als Minderheitsangehörige zuerkannt worden sind. Hierunter sind zu rechnen:

a) Der Gebrauch der eigenen Muttersprache im privaten und wirtschaftlichen Leben, im Gottesdienste, in öffentlichen Versammlungen, in der Presse und in sonstigen Veröffentlichungen.

b) Trotz der Einführung einer amtlichen Staatssprache soll den Minderheitsangehörigen der mündliche wie der schriftliche Gebrauch ihrer Muttersprache vor Gericht auf „geeignete Weise“ erleichtert werden.

c) Wie alle anderen Staatsbürger haben sie ferner das Recht, eigene Privatschulen und sonstige Erziehungsanstalten zu gründen, zu verwalten und zu überwachen, an denen selbstverständlich von Lehrkräften ihres Volkstums in ihrer Sprache unterrichtet wird.

d) Abgesehen davon ist der Staat verpflichtet, in solchen Gemeinden und Bezirken, wo ein „beträchtlicher Anteil“ der Staatsbürger dem Minderheitsvolke angehört, öffentliche Volksschulen<sup>1)</sup> mit der Minderheitssprache

1) „... pour assurer que dans les écoles primaires l'instruction sera donnée, dans leur propre langue, aux enfants ...“ Vertrag mit Polen, 28. 6. 1919, Art. 9, 1. — Gleichlautend Vertrag mit S. K. S., 10. 9. 1919, Art. 9, 1. — Gleichlautend Vertrag mit Rumänien, 9. 12. 1919, Art. 10, 1. — Aber: Vertrag mit Tschechoslowakei, 10. 9. 1919, Art. 9, 1: „... pour assurer que l'instruction sera donnée, dans leur propre langue, aux enfants ...“, mit anderen Worten: in der Tschechoslowakei besteht diese Verpflichtung des Staates aus Art. 9, 1 zur Erteilung öffentlichen Unterrichtes an Kinder der Minderheitsangehörigen in minderheitlicher Unterrichtssprache nicht nur für die Volksschulen (wie in Polen, S. K. S., Rumänien u. a.), sondern für das gesamte Schulwesen. Vgl. Jan Auerhahn, „Die sprachlichen Minderheiten in Europa“. Ergänzte deutsche Ausgabe, übers. von Langner, Berlin 1926, S. 79 ff.

als Unterrichtssprache einzurichten, — wobei er selbstverständlich anordnen kann, daß auch die Staatssprache als ordentlicher Lehrgegenstand im Stundenplane vertreten ist.

e) Weiterhin steht den Minderheitsangehörigen gleich allen anderen Staatsbürgern das Recht auf Gründung, Leitung und Beaufsichtigung religiöser, gemeinnütziger und der Wohltätigkeit gewidmeter Stiftungen und Anstalten zu.

f) Endlich hat der Staat dafür zu sorgen, daß überall da, wo die Minderheitsangehörigen einen „beträchtlichen Anteil“ an der Zahl der Staatsbürger bilden, von den im Staats- oder im Gemeindehaushalte für schulische, kirchliche oder wohltätige Zwecke ausgeworfenen Summen ein entsprechender verhältnismäßiger Betrag den Minderheiten<sup>1)</sup> überwiesen werde.

4. Solche Rechte, die nicht allen Minderheitsangehörigen, sondern nur einigen wenigen Gruppen in bestimmten Staaten gewährt worden sind: hier handelt es sich um das ausnahmsweise zugebilligte Selbstverwaltungsrecht, dessen Träger nun — im Gegensatze zu allen übrigen Vertragsvorschriften — natürlich nicht die einzelnen Glieder der Minderheitsvölker sind, sondern die als Gesamtheit, als Personen des öffentlichen Rechtes anerkannten Nationalitäten bzw. Kirchengemeinschaften. Mit diesem großzügigen Geschenke wurden bedacht:

a) Im weitesten Umfange die rund 500 000 Karpatorussen<sup>2)</sup>; sie sollen erhalten „sous la forme d'une unité autonome: la plus large autonomie compatible avec l'unité de l'État tscheco-slovaque“; ihnen wird ein eigener Landtag mit Gesetzgebungsrecht in allen kulturellen und örtlichen Verwaltungsangelegenheiten zugesichert, und der vom Präsidenten der Tschechoslowakei ernannte Gouverneur ist dem karpatorussischen Landtage verantwortlich. Die Beamten sollen der einheimischen Bevölkerung entnommen werden. Bei alledem haben die Karpatorussen als tschechoslowakische Staatsbürger natürlich auch das aktive und passive Wahlrecht zum Prager Parlament, genau im selben Maße wie die anderen Staatsangehörigen. Art. 13 räumt ihnen den Anspruch auf eine „représentation équitable dans l'Assemblée législative de la République“ ausdrücklich ein; und nur in jenen Fragen, die der karpatorussische Landtag bereits in eigener Zuständigkeit für das autonome Gebiet regelt, steht den karpatorussischen Abgeordneten im Prager Parlament kein Stimmrecht zu.

b) In erheblich beschränkterem Umfange die Sachsen und Szekler Siebenbürgens<sup>3)</sup>; ihnen wird ganz kurz die „örtliche Selbstverwaltung in Kirchen- und Schulangelegenheiten“ gewährt, die „unter der Aufsicht des rumänischen Staates“ in Wirksamkeit tritt. Den Kutzo-Walachen („Valaques du Pinde“)<sup>4)</sup> hat Griechenland eine ähnliche Stellung zugesichert. In gewissem Sinne genießen auch die Juden Polens<sup>5)</sup> ein Vorrecht vor den übrigen

1) Dies ist einer der wenigen Fälle, wo ganz allgemein und ohne Einschränkung von den „Minderheiten“ als solchen gesprochen wird; Art. 9, 2 des polnischen, tschechoslowakischen, südslawischen Vertrages; Art. 10, 2 des rumänischen Vertrages.

2) Vertrag mit der Tschechoslowakei, 10. 9. 1919, Kap. II, Art. 10—13.

3) Vertrag mit Rumänien, 9. 12. 1919, Art. 11. Im Wortlaute bereits aufgeführt auf S. 193 [81], Anm. 1

4) Vertrag mit Griechenland, 10. 8. 1920, Art. 12.

5) Vertrag mit Polen, 28. 6. 1919, Art. 10, 1.

Minderheitsangehörigen dieses Staates. Sie werden in höherem Maße als die anderen Nationalitäten mit dem Merkmale der Gruppe ausgezeichnet, und ihre Kultusgemeinden — sei es, daß sie als rein religiöse, sei es, daß sie auch als völkische Gemeinschaften gelten, — bilden Schulausschüsse, die als Vertretungskörperschaften dieser Minderheit vertragsrechtliche Anerkennung finden.

c) Eine Art Personal-Autonomie wird endlich den mohammedanischen Minderheiten Griechenlands und Südslawiens gewährleistet, deren auf religiösen Vorschriften beruhende persönliche und familienrechtliche Verhältnisse keinen Eingriff von Seiten des Staates erfahren sollen. Umgekehrt hat die Türkei im Lausanner Verträge den nicht-mohammedanischen Minderheiten dieselbe Personal-Autonomie in den entsprechenden Angelegenheiten eingeräumt.

5. Das Bild des gesamten in Paris geschaffenen Minderheitenschutz-Vertragswerkes wäre nicht vollständig, wenn hier nicht auch noch dreier höchst willkürlicher Rechts-Beschränkungen Erwähnung geschähe.

a) Es wird nämlich im Verträge mit Polen ausdrücklich festgesetzt, daß zwei der allerwesentlichsten Rechte, der Anspruch auf Errichtung staatlicher Volksschulen mit minderheitlicher Unterrichtssprache (Abs. 3, Punkt d)<sup>1)</sup> und das Recht auf Zuweisung des nach dem Zahlenverhältnis der Bevölkerungsgruppen auf die Minderheit entfallenden Anteiles am öffentlichen Schul-, Kirchen- und Wohlfahrtshaushalte (Abs. 3, Punkt f)<sup>2)</sup> nur denjenigen „polnischen Staatsbürgern deutscher Zunge“ zustehen, die in den am 1. August 1914 reichsdeutsch gewesen Gebieten Polens leben<sup>3)</sup>. Der Sinn dieser, so weit ich sehe, in der französischen, angelsächsischen und slawischen Literatur fast gar nicht, im deutschen Schrifttume nur selten erwähnten und wohl kaum genügend gewürdigten Vorschrift wird in ein helleres Licht gerückt, wenn man sie mit den Sätzen zusammenhält, die Clemenceau ihr in seinem berühmt gewordenen Begleitschreiben an Paderewski vom 24. Juni 1919<sup>4)</sup> widmet. Es heißt da im zweiten Absatze des fünften Hauptabschnittes: „In the final revision of these latter articles, the Powers have been impressed by the suggestions made in your memorandum of the 6<sup>th</sup> June, and the articles have in consequence been subjected to some material modifications. In the final text of the Treaty it has been made clear that the special privileges accorded in Article 9 are extended to Polish citizens of German speech only in such parts of Poland, as are, by the Treaty with Germany, transferred from Germany to Poland. Germans in other parts of Poland will be unable under this article to claim to avail themselves of these privileges. They will therefore in this matter be dependent solely on the generosity of the Polish Government. . .“

b) In ähnlicher Weise werden auch für S. K. S. die Schutzbestimmungen des Art. 9, 1 und 2, und für Griechenland, Art. 7, 2, Art. 9 und Art. 11, auf die nach dem 1. Januar 1913 erworbenen Gebiete beschränkt, so daß

1) Vertrag mit Polen, 28. 6. 1919, Art. 9, 1.

2) Vertrag mit Polen, Art. 9, 2.

3) Vertrag mit Polen, Art. 9, 3.

4) Strupp, „Documents pour servir à l'histoire du droit des gens“. Berlin 1923, 2. Aufl., Bd. IV, S. 591ff.



die dem Staate schon länger angehörenden Minderheiten der weitergehenden Vergünstigungen entbehren.

An der Spitze der soeben erörterten materiellen Schutzvorschriften der Minderheitenverträge steht ein Artikel, der diese Abmachungen zu Staatsgrundgesetzen erklärt. Sie können mithin weder durch Verwaltungsmaßregeln, noch im Wege der regelmäßigen ordentlichen Gesetzgebung irgendwie abgeändert oder gar aufgehoben werden. Kein bestehendes und kein zukünftiges Gesetz, keine bestehende und keine zukünftige Verordnung vermag sich ihnen gegenüber durchzusetzen, kann ihnen gegenüber Rechtskraft gewinnen. Aber noch mehr: auch Staatsgrundgesetze unterliegen ja gemeinhin dem Willen des Gesetzgebers, der sie unter Berücksichtigung der besonderen, von der Verfassung für diesen Fall vorgeschriebenen erschwerenden Bedingungen abändern bzw. aufheben kann. Jedoch trifft diese Möglichkeit ebensowenig für die Minderheitenschutzbestimmungen zu; vielmehr ist ihnen gegenüber die staatliche Gesetzgebungsgewalt vollkommen ausgeschaltet; sie sind dem staatlichen Willen entzogen und stehen sonach nicht nur über jeder behördlichen Anordnung und über jeder Gesetzesvorschrift, sondern sogar über der Verfassung des Staates. In Abwandlung eines bekannten Satzes des deutschen Staatsrechtes darf man von ihnen sagen: Minderheitenvertrags-Recht bricht Staatsverfassungs-Recht. Freilich haben sich die betreffenden Staaten auf eine solch ernste, die eigene Handlungsfreiheit derart einschränkende Bindung nur den Alliierten und Assoziierten Hauptmächten gegenüber eingelassen; aber indem der Schluß-Artikel die gesamten Abmachungen, soweit sie sich auf die Minderheitsangehörigen beziehen, unter die Bürgschaft des Völkerbundes stellt, ihnen den bindenden Charakter internationaler Verpflichtungen zuerkennt und ihre etwaige Abänderung von der Zustimmung der Mehrheit des Völkerbundes abhängig macht, sind sie zu einem wesentlichen Bestandteile der modernen Völkerrechts-Ordnung geworden.

Die Rest-Bestimmungen stellen einige Grundsätze für die Ausübung der Schutztätigkeit durch den Völkerbund auf und regeln die Zuständigkeiten hierfür: der Völkerbundrat ist es, der als Völkerbunds-Organ durch die Verträge ausdrücklich dazu berufen wird, die dem Völkerbunde als solchem übertragene Aufgabe zu erfüllen. Jedes Ratsmitglied ist befugt, den Rat mit einer Minderheiten-Angelegenheit amtlich zu befassen („saisir le Conseil“, wie es in der Völkerbund-Sprache gewöhnlich heißt) und ihm jede begangene oder drohende Verletzung irgendeiner Vertragsvorschrift anzuzeigen („signaler à l'attention du Conseil toute infraction ou danger d'infraction“)<sup>1)</sup>. Der Völkerbundrat seinerseits hat volle Freiheit in der Wahl seiner Maßnahmen und Anordnungen für den betreffenden Beschwerdefall. Schließlich folgen noch die bekannten und oft angeführten Abmachungen über die Inanspruchnahme des Weltgerichtshofes bei Meinungsverschiedenheiten, die zwischen irgendeinem Ratsmitgliede und dem vertraglich gebundenen Staate über Rechts- oder Tatfragen aus den Minderheiten-Bestimmungen entstehen könnten.

1) Verträge mit Polen und Rumänien, Art. 12, 2; mit Tschechoslowakei, Art. 14, 2 mit S. K. S., Art. 11, 2.

Damit wäre der Hauptinhalt der die Grundlage des völkerrechtlichen Minderheitenschutzes bildenden Rechtsschwellen zusammengetragen, und es erübrigt nur noch, ergänzungsweise einige Tatsachen hinzuzufügen.

1. Weil die Beschützung der Nationalitäten keine allgemeine Aufgabe des Völkerbundes ist (denn sie ist ja als solche nicht in die Völkerbundsatzung übergegangen), sondern ihm nur insoweit obliegt, als er durch Verträge, die unter seine Bürgschaft gestellt worden sind, darum angegangen wurde, bleiben alle diejenigen Minderheitsvölker, deren Staaten keine entsprechenden völkerrechtlichen Verpflichtungen übernommen haben, nach wie vor ungeschützt. Diese Feststellung trifft zu auf Italien, Spanien, Frankreich, Belgien, das Deutsche Reich (abgesehen von Oberschlesien), Großbritannien, Dänemark und Schweden. Bei Italien liegt allerdings ein Sonderfall vor, insoferne der italienische Ministerpräsident Nitti am 6. August 1919, also noch vor Friedensschluß, eine feierliche Erklärung im römischen Parlamente abgab, durch die er den fremden Nationalitäten in den neuen Provinzen bedeutsame Versprechungen machte<sup>1)</sup>: „Die Weisungen, die ich gegeben habe, gehen dahin, diese andersrassigen Bevölkerungen im Sinne der Freiheit, der Gleichheit und mit wahrem Mitgefühl zu behandeln. Sie müssen es empfinden, daß Italien nicht die Entnationalisierung will. . . Ich verlange Entscheidung, aber auch Toleranz.“ In ihrer Antwort auf die ernsten und eindringlichen Vorstellungen der österreichischen Regierung gegen die beabsichtigte Zuteilung Deutsch-Südtirols an Italien bezogen sich die Feindbund-Staaten ausdrücklich auf diese Zusicherungen der italienischen Regierung; im Begleitschreiben Clemenceaus zum endgültigen Wortlaute des Friedensvertrages von St. Germain, der am 2. September 1919 der österreichischen Abordnung überreicht wurde, heißt es<sup>2)</sup>: „Die Alliierten und Assoziierten Mächte sind der Ansicht, daß die Grenze zwischen Italien und Österreich, wie sie der österreichischen Abordnung in ihren Friedensbedingungen vorgelegt worden ist, keine Änderung erfahren dürfe. Wie aus den sehr klaren, vom italienischen Ministerpräsidenten im römischen Parlamente abgegebenen Erklärungen folgt, beabsichtigt die italienische Regierung gegenüber den neuen Untertanen deutscher Nationalität in Bezug auf deren Sprache, Kultur und wirtschaftliche Interessen eine in weitem Maße liberale Politik zu befolgen.“ Und nicht genug damit: gelegentlich der Beratung des Gesetzentwurfes über die Angliederung Südtirols führte Senator Tittoni, Vertreter Italiens bei den Friedensverhandlungen, am 27. September 1919 in der italienischen Kammer folgendes aus<sup>3)</sup>: „Polen, die Tschechoslowakei, Rumänien und Serbien sind durch verschiedene Bestimmungen, welche in die Friedensverträge eingeschaltet wurden, verpflichtet, Sprache, Religion, Kultur, Schule und jede freie Betätigung der nationalen Minderheiten zu achten und zu würdigen. Es ist unbedingt notwendig, daß diese Bestimmungen aufrichtig und gesetzmäßig eingehalten werden. Italien hat, wie die übrigen Großmächte, keine gesetzliche Verpflichtung hierzu, aber nach meinem Empfinden besteht wegen der liberalen Tradi-

1) Paul Herre, „Die Südtiroler Frage“, München 1927, S. 109.

2) F. K. Hennersdorf (Deckname!), „Südtirol unter italienischer Herrschaft. Eine Schilderung mit urkundlichen Belegen“. Charlottenburg 1926, S. 31.

3) F. K. Hennersdorf a. a. O., S. 11 f.

tionen, die sein Ruhm und Vorzug sind, eine große moralische Verpflichtung dazu. Die Völker der Nationalitäten, die mit uns vereinigt werden sollen, wissen, daß uns der Gedanke einer Unterdrückung und Entnationalisierung vollkommen fernliegt und daß ihre Sprache und ihre kulturellen Einrichtungen geachtet werden, ihre Verwaltungsbeamten alle Rechte unserer liberalen und demokratischen Gesetzgebung besitzen. Wir können der Bevölkerung von Deutsch-Südtirol die Versicherung geben, daß nie ein Polizeiregiment eingeführt werden wird, noch Verfolgungen und Willkürherrschaft. . .“ Es ist hier nicht der Ort, das erschütternde Bild des schmachvollen Wortbruches zu entrollen, den das Königreich Italien seitdem seinen völkischen Minderheiten gegenüber begangen hat; eine völkerrechtliche Bearbeitung der Minderheiten-Frage wird nur die Tatsache festhalten, daß Italien keinen Vertrag unterschrieben, keine Erklärung vor dem Völkerbundrate abgegeben, wohl aber durch den Mund seiner höchsten berufenen Vertreter vor aller Welt die sittliche Verpflichtung anerkannt hat, seinen Minderheiten eine solche Behandlung angedeihen zu lassen, von der man sagen kann, daß sie ungefähr den in den Minderheiten-Schutzverträgen niedergelegten Forderungen entspräche, wenn sie verwirklicht würde. Und diese moralisch bindende Zusage hat sogar völkerrechtlichen Charakter gewonnen, dadurch daß sie in eine amtliche Urkunde der Pariser Friedenskonferenz, eben in Clemenceaus Mantelnote vom 2. September 1919, aufgenommen worden ist.

2. Kann die Schutztätigkeit des Völkerbundes sonach die nicht eigens vertraglich gesicherten Nationalitäten nicht erfassen — es ist bekannt, wie sehr zum Beispiel gerade Italien darauf pocht, daß es keinen Minderheitenvertrag unterschrieben habe, also sich auch auf keine irgendwie geartete internationale Erörterung der Lage seiner fremdvölkischen Minderheiten einzulassen brauche, vielmehr berechtigt sei, jeden Versuch dazu als eine unerlaubte Einmischung in seine eigenen innerstaatlichen Angelegenheiten zurückzuweisen, — so bleibt nur noch die Berufung auf den schon mehrfach angeführten Art. 11, 2 der Völkerbundsatzung übrig: „Il est, en outre, déclaré que tout Membre de la Société a le droit, à titre amical, d'appeler l'attention de l'Assemblée ou du Conseil sur toute circonstance de nature à affecter les relations internationales et qui menace par suite de troubler la paix ou la bonne entente entre nations, dont la paix dépend.“ Es war, wie erinnern<sup>1)</sup>, Großbritannien, das mit Hilfe dieser Bestimmung die Aalands-Frage vor den Völkerbund zog und so zum ersten Male ein Beispiel dafür lieferte, wie der Völkerbund auch außerhalb des engen Rahmens der Minderheiten-Verträge einer von ihrem Staate sich bedrängt fühlenden Nationalität helfen — könnte. Nur muß sich eben ein Ratsmitglied finden, das eine solche unter Umständen reichlich undankbare Aufgabe übernimmt und sich nicht nur dem Einwande des Art. 15, 8, sondern auch der Gefahr einer deutlichen Verschlechterung seiner politischen Beziehungen zu dem betroffenen Staate und zu dessen etwaigen Bundesgenossen aussetzt! Schweden, dessen hervorragender früherer Außenminister, der Universitätsprofessor Undén, so manches Mal im Völkerbundrate für bedrohte deutsche Minderheiten mutig

1) Vgl. S. 172—181 [60—69].



eine Lanze gebrochen und dadurch verschiedentlich den lebhaftesten Unwillen anderer Länder — nicht nur Polens! — herausgefordert hatte, konnte diese Erfahrung wiederholt machen.

3. Für das Eingreifen des Völkerbundes bieten die auch Minderheitenfragen regelnden Gegenseitigkeits-Verträge kaum neue Gesichtspunkte. Höchstens wäre anzuführen, daß in dem griechisch-bulgarischen Verträge vom 27. November 1919 betreffend die gegenseitige freiwillige Auswanderung <sup>1)</sup> ein Überwachungsausschuß von vier Teilnehmern eingesetzt wird, von denen der Völkerbundrat zwei ernennt. Und ebenso beteiligt sich der Völkerbundrat auch an dem großen elfgliedrigen Überwachungsausschusse, der durch den griechisch-türkischen Vertrag vom 30. Jänner 1923 für die Durchführung des zangsweisen Bevölkerungsaustausches eingesetzt worden ist. Aber im Grunde haben ja diese beiden Abmachungen nichts mit dem Minderheitenschutz im eigentlichen Sinne zu tun; im Gegenteile, man könnte sagen, daß sie vielmehr eine Verneinung des Minderheitenrechts darstellen. Ganz anderer Natur sind die wichtigen Bestimmungen des Genfer Oberschlesien-Abkommens vom 15. Mai 1922 <sup>2)</sup>. Sein ganzer dritter Teil, Art. 64 bis 158, ist dem Minderheitenschutz gewidmet. Durch dieses Abkommen wird auch das Deutsche Reich, das im übrigen von vertraglichen Minderheitenschutz-Bestimmungen freigeblieben war, zugleich mit der polnischen Republik zu einem hohen Maße von rechtlichen Sicherungen für die polnische Minderheit verpflichtet. In der Präambel wird festgestellt, daß erstens der polnische Minderheitenvertrag vom 28. Juni 1919 auch auf den der polnischen Republik zugesprochenen Teil Oberschlesiens anzuwenden ist; zweitens: daß aus Billigkeits- und Gründen des Wirtschaftslebens die Deutsche Regierung — wenigstens für die Übergangszeit von 15 Jahren — in dem deutsch gebliebenen Teile Oberschlesiens Bestimmungen treffen solle, die den Artikeln 1, 2, 7 bis 9 (Absatz 1 u. 2), 10 — 12 des polnischen Minderheitenvertrages entsprechen; drittens, daß die hierüber getroffenen deutsch-polnischen Abmachungen Verpflichtungen von internationaler Bedeutung für Deutschland und Polen begründen und ebenso unter die Bürgschaft des Völkerbundes gestellt werden wie die Vereinbarungen des Vertrages vom 28. Juni 1919. Diese drei Feststellungen des Vorspruches stützen sich auf eine Entscheidung der Botschafterkonferenz vom 20. Oktober 1921. Art. 64 verpflichtet Deutschland zur Befolgung der im Teile III des Abkommens getroffenen Vereinbarungen für den Zeitraum von 15 Jahren, Polen wendet die Bestimmungen dieses selben Abkommens und im übrigen die Festsetzungen des Vertrages vom 28. Juni 1919 „de plein droit“ ohne zeitliche Begrenzung an. Der erste Abschnitt dieses dritten, dem Minderheitenschutz gewidmeten Teiles entspricht vollkommen den Bestimmungen des polnischen Minderheitenvertrages. Der zweite Abschnitt regelt in eingehendster Weise die Gewährleistung der bürgerlichen und politischen Rechte, der religiösen und Unterrichts-Freiheit, führt also die nur ganz knapp angedeuteten Bestimmungen der Minderheitenverträge weiter aus. Auch die Sprachenfrage findet eine genaue Erledigung in diesem Abschnitte. Der dritte Abschnitt endlich ordnet das den Minderheitsangehörigen zustehende Recht der Ein-

<sup>1)</sup> Vgl. in dieser Arbeit S. 191 f. [79 f.].

<sup>2)</sup> „Reichsgesetzblatt“, 1922, Teil II, S. 237 ff.

gaben und den Beschwerdeweg. Hier findet sich die größte, entscheidende und, wie mir scheint, zukunftsreiche Anordnung, insofern das Abkommen zwischen den Minderheiten auf der einen und dem Völkerbundrat als oberstem Schirmherrn auf der anderen Seite zwei neue Instanzen, eine staatliche und eine überstaatliche, einsetzt. Im Artikel 148 errichten die beiden Regierungen, jede auf ihrem Gebiete, ein staatliches Minderheitenamt, dessen Aufgabe es ist, einlaufende Beschwerden zu prüfen und gegebenen Falles auf Beseitigung der gerügten Mißstände hinzuwirken. Über dem Minderheitsamte steht dann noch der sogenannte „Gemischte Ausschuß“, an dessen Spitze der bekannte schweizerische Jurist Calonder getreten ist. Der Beschwerdeweg regelt sich für die völkischen Minderheiten hiernach in folgender Weise: die Eingaben werden zunächst an die zuständige heimatliche Verwaltungsbehörde gerichtet, gehen dann, wenn diese Amtsstelle die Beschwerde für unberechtigt hält oder keine Abhilfe schafft, in drei Exemplaren an das Minderheitsamt und werden dann, wenn auch dieser Schritt ergebnislos geblieben ist, der Gemischten Kommission unterbreitet. Erst wenn deren Entscheidung die Minderheit nicht befriedigt oder aber infolge des Widerstandes der staatlichen Behörden keine Verwirklichung gefunden hat, wird die Minderheitsbeschwerde — im allgemeinen — an den Völkerbund gelangen.

4. Unter den den Minderheiten durch die Verträge gewährleisteten Verträgen sind zwei Gruppen hervorgehoben worden, von denen die eine nicht nur den Minderheitsangehörigen, sondern allen Staatseinwohnern zugesprochen wird, während die Minderheitsangehörigen die zweite Gruppe von Rechten mit sämtlichen Staatsbürgern teilen. Es ist indes bei dieser Unterscheidung festzuhalten, daß nun nicht etwa alle der gesamten Einwohnerschaft zukommenden Rechte unter die Bürgerschaft des Völkerbundes gestellt worden sind, und ebensowenig werden vom Völkerbunde alle Staatsbürger in dem ihnen eingeräumten Rechte geschützt: vielmehr bestimmt Art. 12, 1 des polnischen Vertrages (und ebenso Art. 14, 1 des tschechoslowakischen, Art. 11, 1 des südslawischen und Art. 12, 1 des rumänischen Vertrages) ausdrücklich, daß die Abmachungen der vorangehenden Artikel insoweit Verpflichtungen von internationaler Tragweite darstellen, als sie Minderheitsangehörige berühren, und auch nur in diesem Umfange unter die Gewähr des Völkerbundes gestellt werden. Tatsächlich also sind nicht die Einwohner und nicht die Staatsbürger der betreffenden Staaten international und durch Völkerbunds-Bürgerschaft gesichert, sondern eben nur die Minderheitsangehörigen.

5. Während Artikel 12 des polnischen Vertrages die internationale Bedeutsamkeit der Minderheits-Vereinbarungen hervorhebt, bestimmt Art. 1 die innerstaatliche Tragweite dieser Abmachungen. Und da erscheint es bemerkenswert, daß zwar die internationale Bedeutsamkeit der Minderheitenschutz-Vorschriften ausdrücklich für die Gesamtheit aller Bestimmungen festgestellt wird, indessen die ihnen gewährte staatsrechtliche Vorrangstellung nur für die Artikel 2—8 gebührt. Art. 9, der für das kulturelle Eigenleben des Minderheitsvolkes von so ungeheurer Wichtigkeit ist, fällt demzufolge aus dem Rahmen der mit besonderen staatsrechtlichen Sicherungen umgebenen Anordnungen. Während Art. 12, 1 von den „stipulations des ar-



tieles précédents“ spricht, heißt es im Art. 1 wörtlich, daß die „stipulations contenues dans les articles 2 à 8“ eine bestimmte staatsrechtliche Vorrangstellung einnehmen sollen.

Wenn hiermit der gesamte Umkreis des internationalen Minderheitenrechts-Schutzes umrissen worden ist, so bleibt noch als eine wichtige Aufgabe, eine Kritik der Gesamtheit dieser Bestimmungen zu leisten. Unter den mancherlei Einwendungen, die gegen das gesamte Vertragswerk erhoben worden sind, spielt die Hauptrolle der Vorwurf einer unbilligen, den Geist und die Grundsätze des Völkerrechtes verletzenden Zerteilung aller Staaten: Staaten, die Minderheitenschutz-Verträge unterzeichnet haben oder zur Abgabe entsprechender Erklärungen veranlaßt worden sind, die also wesentliche Einschränkungen ihrer Handlungsfreiheit auf sich nehmen mußten, auf der einen Seite, Staaten, die von alledem verschont blieben und sich nach wie vor der unbegrenzten staatlichen Gewalt erfreuen, auf der anderen Seite. Wenn dieser Vorwurf gegen die Väter des Minderheitenschutz-Vertragswerkes naturgemäß in erster Linie von den sich benachteiligt fühlenden Staaten selber herrührt, so ist es doch auch zu begreifen, daß manche Minderheiten, ferner internationale Organisationen und endlich die Völkerrechts-Wissenschaft selber sich diesem Einwande nicht versagen konnten. Die Völkerrechts-Lehrer sehen hier die Notwendigkeit vor sich, einen der wichtigsten Grundsätze ihrer Wissenschaft zu verteidigen, nämlich den von der Gleichheit aller Staaten vor dem Rechte. Sind nicht Staaten, denen derartig folgenschwere Vertragsbestimmungen auferlegt wurden, minderen Rechtes, da sie sich die unangenehmsten Eingriffe in ihr staatliches Eigenleben und in die Gestaltung ihrer inneren Verhältnisse gefallen lassen müssen? — Daß große internationale Verbände, wie der Weltverband der Völkerbundgesellschaften oder die Interparlamentarische Union, an der bestehenden, mindestens tatsächlichen, aber, wie behauptet wird, auch rechtlichen Ungleichheit der Staaten Anstoß nehmen, erklärt sich großenteils aus dem Wunsche, den kleineren durch eben jene Verträge verpflichteten Staaten die Bürde schmackhafter zu machen und solche Verhältnisse zu schaffen, daß sie sich nicht mehr benachteiligt fühlen. — Wenn aus dem Kreise der Minderheiten selber derartige Beanstandungen kommen, so sprechen zwei verschiedene Beweggründe hier ein gewichtiges Wort: einmal erscheint es ihnen ein unerträglicher Zustand zu sein, daß schwerbedrückte Minderheitsvölker, die in einem vertraglich nicht verpflichteten Staate leben und nicht des geringsten Schutzes teilhaftig werden, dauernd jenes geringe Maß von Sicherheit sollen entbehren müssen, das sie selbst seit 1919 genießen. Zum zweiten schwebt der Gedanke vor, daß eine Ausdehnung des Nationalitäten-Schutzes auf alle Staaten, mindestens Europas, eine überaus segensreiche Rückwirkung haben müßte auf die allgemeinen politischen Verhältnisse unseres Erdteils sowohl als auch auf die Lage der Minderheiten insgesamt. Andererseits kommen innerhalb des Kreises der Nationalitäten auch ernste Bedenken zur Geltung, die wesentlich praktisch-politischer Natur sind. Hier sind es begreiflicherweise diejenigen Minderheitsvölker, die über ein gewisses Mindestmaß von Rechten und von Sicherungen verfügen, deren politischer Sinn sich dagegen sträubt, eine Verbindung mit dem Lose der anderen Minderheitsvölker einzugehen und auf diese Weise das Wenige, das sie für sich und ihre Kinder gerettet haben, womöglich



aufs Spiel zu setzen. Denn der Gedanke liegt ja nicht allzu fern, daß eine Verwirklichung des Wunsches nach Ausdehnung des Minderheitenschutzes auf alle Staaten fürs Erste einer Vertagung jeder ernstlichen Rechtssicherung gleichkäme. Wenn die Staaten der kleinen Entente und Polen dauernd auf die Rechtsungleichheit unter den Völkerbundmitgliedern hinweisen, wenn sie auf der anderen Seite sich bereit erklären, den ihnen angegliederten Nationalitäten den denkbar freiesten Spielraum und ein Höchstmaß von Rechten zu gewähren, falls nur die anderen, bisher vertraglich nicht gebundenen Staaten dasselbe tun, so ist es ganz klar, daß sich dahinter die Hoffnung verbirgt, bei einer Verallgemeinerung des Minderheitenrechtes würden die Großmächte schon dafür sorgen, daß den Nationalitäten nicht zu viel Zugeständnisse eingeräumt werden, und durch das Zaudern dieser Mächte werde ein ernster Minderheitenschutz überhaupt hinfällig werden.

Neben diesem allgemeinen Einwand, der sich gegen den Minderheitenschutz im ganzen richtet, sind nun in den verflossenen Jahren seit dem Friedensschluß mehrere Forderungen laut geworden, die auf eine Verbesserung des durch die Verträge herbeigeführten Zustandes hinzielen. Die wichtigste Forderung, die aus dem Kreise der Minderheiten selbst stammt, ist der Anspruch auf Zuerkennung der Rechtsfähigkeit an die Minderheiten als Körperschaften. Aus einer solchen Rechtsfähigkeit, also ihrer Anerkennung als juristischer Person, ergäbe sich natürlich das Recht, unmittelbar dem Völkerbunde die eigenen Beschwerden unterbreiten zu dürfen, während beim jetzigen Zustande die Eingaben der Nationalitäten einen langen Weg zu durchlaufen haben, bis sie (wenn überhaupt) das Gehör des Rates finden. Und es sind erfreulicherweise nicht nur die Minderheitsvölker selbst, die diesen Anspruch mit steigender Tatkraft vertreten, sondern auch in der Völkerrechtswissenschaft selbst mehren sich die Stimmen derer, die für diese zeitgemäße Neuerung eintreten, ja in ihr sogar einen Schritt vorwärts auf dem Wege zu einer vollkommenen völkerrechtlichen Umbildung der zwischenstaatlichen Beziehungen sehen. Wie dem auch sei, es steht fest, daß die gegenwärtigen Verhältnisse für die Minderheiten höchst unbefriedigend sind. Es gibt freilich auch Völkerrechtslehrer, die jeden derartigen Gedanken als umstürzlerisch von vornherein glauben abweisen zu müssen, weil er ihrem Begriffe der Staatlichkeit widerspricht.

Mit der bezeichneten Forderung auf Zuerkennung der völkerrechtlichen Handlungsfähigkeit an die Minderheiten hängt enge zusammen das Verlangen nach Einführung eines geordneten Streitverfahrens vor dem Völkerbunde für Minderheit und Staat, für Kläger und Beklagten. Da es sich im Augenblicke für uns um Einwendungen gegen den Inhalt der Minderheitenverträge handelt, so wird bloß zu untersuchen sein, ob eine solche Forderung mit dem Geiste und dem Wortlaute der Schutzverträge vereinbar ist. An und für sich scheinen die Verträge, wenn sie auch meistens von Minderheitsangehörigen und nicht von der Minderheit als Körperschaft sprechen, doch kein Hindernis zu bilden für eine Anerkennung der Minderheit als rechtsfähiger Person, die ihre Sache vor Gericht bzw. vor dem Völkerbunde gegen ihren Staat führt. Umso weniger sollte hier eine Schwierigkeit liegen, als ja gewisse Gruppen von Minderheitsangehörigen, wie bereits erörtert, als Gesamtheiten in den Verträgen zusammengefaßt erscheinen. Man könnte

freilich auch umgekehrt schließen, daß die Tatsache einer solchen bestimmten Hervorhebung einzelner Gruppen die Absicht der Vertragsurheber beweise, den anderen Minderheiten eine solche Zusammenfassung zur organisierten Körperschaft nicht zu gestatten.

Eine weitere Anklage wendet sich gegen verschiedene höchst unbestimmte Ausdrücke des Vertragstextes: Was ist z. B. unter „angemessenen Erleichterungen“, was unter „beträchtlichem Bevölkerungsanteil“ zu verstehen? Und doch hängt von der Deutung dieser Worte für viele Minderheitsangehörige und deren Kinder das Schicksal ihrer nationalen Zugehörigkeit ab. In der Erkenntnis der Unzulänglichkeit dieser Fassung haben ja die Tschechoslowakei und Österreich den Brünner Vertrag geschlossen, der einer endgültigen Auslegung der fraglichen Ausdrücke den Weg bahnen sollte. Es heißt im Art. 20, 1: „Die beiden Staaten behalten sich vor, ein Übereinkommen über die Auslegung des Art. 68 des Vertrages mit Österreich und des Artikels 9 des Vertrages mit der tschechoslowakischen Republik, insbesondere über die Wörter ‚proportion considérable‘, ‚villes et districts‘ und ‚facilités appropriées‘ in einem späteren Zeitpunkt abzuschließen.“

### G. Das Verfahren des Völkerbundrates in Minderheitsangelegenheiten.

Die Handhabung des völkerrechtlichen Minderheitenschutzes beruht auf mehreren Entschlüssen bzw. „Wünschen“ der Völkerbundversammlung und vor allen Dingen auf den Beschlüssen des Völkerbundrates. Wenn behauptet wird, daß das Verfahren in Minderheitsangelegenheiten bereits durch die Verträge geregelt sei, so vermag ich dem nicht beizustimmen; zwar hat der italienische Vertreter, Senator Tittoni, am 22. Oktober 1920 in seinem Berichte an den Völkerbundrat während dessen zehnter Tagung zu Brüssel<sup>1)</sup> behauptet: „Le Conseil doit entrer en fonction en cas d'infraction à l'une quelconque des obligations à l'égard des dites minorités. Les traités en cette matière sont très clairs: ils indiquent la procédure à suivre.“ Tatsächlich haben die Verträge dem Völkerbunde doch einen sehr erheblichen Spielraum zur Erfüllung seiner Schutzpflicht gelassen, und es ist erst der Völkerbundrat selbst gewesen, der diesen freien Spielraum durch seine Beschlüsse über das einzuschlagende Verfahren mehr und mehr eingeengt, mehr und mehr bürokratisiert hat, — sehr zum Nachteile der Minderheiten, zu deren Schutze das gesamte Verfahren erdacht werden sollte.

Das gegenwärtig geltende Verfahren hat sich allmählich auf Grund einer Reihe von Rats-Entscheidungen entwickelt, und sein Aufbau läßt sich an Hand der verschiedenen Beschlüsse verfolgen. Der erste Baustein ist der ziemlich bekannte Tittoni-Bericht (von dem vorher die Rede war), jener Bericht, der in Brüssel bei der zehnten Ratstagung am 22. Oktober 1920 von dem italienischen Senator erstattet worden ist. Der Gedankengang des Berichterstatters läßt sich folgendermaßen zusammenfassen:

a) Was versteht man unter der „Bürgerschaft“ des Völkerbundes? Tittoni erkennt als die wichtigsten Merkmale dieser Bürgerschaft einmal die strenge

<sup>1)</sup> „Xe Session — Conseil de la S. D. N.“, 2. Sitzung (geheim), lfd. Nr. 202, S. 12, Genf 1920.

Unverletzlichkeit der Vertragsbestimmungen und sodann die Ausübung einer beständigen Überwachung durch den Völkerbund („Il semble évident que cette stipulation signifie avant tout que les dispositions concernant les minorités sont intangibles... En second lieu, cette stipulation signifie que la Société doit s'assurer que les dispositions relatives à la protection des minorités sont constamment exécutées“).

b) Allerdings ist das Recht, die Aufmerksamkeit des Rates auf tatsächliche oder drohende Verletzungen dieser Schutzbestimmungen hinzulenken, ausschließlich den Völkerbundratsmitgliedern vorbehalten. Gleichwohl dürfen natürlich die Minderheiten selbst oder Staaten, die keinen Ratssitz haben, dem Völkerbunde jeden vollzogenen oder drohenden Bruch der vertraglichen Abmachungen anzeigen. Indessen fehlt solcher Anzeige jegliche rechtsverbindliche Kraft, jegliche Rechtswirksamkeit im Sinne der Vertragsvorschriften, sie trägt vielmehr nur das Gepräge einer Bittschrift (wenn von der Minderheit selbst ausgehend) oder einer Nachricht (wenn von einem nicht im Rate vertretenen Staate herrührend). („Le droit de signaler les infractions ou les dangers d'infraction est réservé aux Membres du Conseil... Par ce droit, les puissances représentées au Conseil sont en effet invitées à porter un intérêt tout particulier à la protection des Minorités...“)

c) Handelt es sich um eine Minderheiten-Bittschrift, so hat sie der Generalsekretär des Völkerbundes ohne jegliche Erläuterung den Ratsmitgliedern und gleichzeitig dem beschuldigten Staate mitzuteilen, damit letzterer sich mit den Ratsmitgliedern in Verbindung setzen kann, wenn er der Minderheiten-Eingabe seine eigenen Bemerkungen hinzuzufügen wünscht.

Drei Tage nach der Annahme des Tittoni-Berichtes fügte der Völkerbundrat in der geheimen Sitzung vom 25. Oktober 1920 seinem Verfahren in Minderheitsangelegenheiten eine neue Bestimmung hinzu: auf Antrag des belgischen Vertreters Hymans<sup>1)</sup> wurde der sogenannte „Dreier-Ausschuß“ eingesetzt („En vue de faciliter aux Membres du Conseil l'exercice de leurs droits et devoirs... il est désirable que le Président et deux Membres désignés par lui dans chaque cas procèdent à l'examen de toute pétition ou communication à la S. D. N. ayant traitée à une infraction ou à un danger d'infraction...“).

Auf Antrag Polens und der Tschechoslowakei wurden vom Rate während seiner dreizehnten Tagung eine Reihe neuer Beschlüsse für das Verfahren in Minderheitsangelegenheiten gefaßt, wofür ein Bericht des Generalsekretärs als Grundlage diente. Dieser Bericht war durch den Briefwechsel der beiden genannten Staaten mit dem Völkerbundsekretariat veranlaßt worden; er enthält folgende Vorschläge, die dann vom Rate zum Beschlusse erhoben wurden:

a) Alle Bittschriften oder Beschwerden in Minderheitsfragen, die nicht von einem Ratsmitgliede oder einem Mitgliedsstaate des Völkerbundes überhaupt ausgehen, müssen dem Staate, gegen den sie gerichtet sind, vorher mitgeteilt werden, ehe sie an die Ratsmitglieder gelangen.

1) „Xe Session — Conseil de la S. D. N.“, Brüssel, 25. Oktober 1920, Geschäftsnummer 203 und 220, S. 14 u. 32.



b) Binnen dreier Wochen soll der beklagte Staat alsdann dem Völkerbundsekretariate mitteilen, ob er zu der Eingabe Stellung nehmen will oder nicht.

c) Hat der beklagte Staat die Absicht zu einer Gegenäußerung kundzugeben, so hat er zwei Monate Frist, um seinen Standpunkt schriftlich darzulegen. Während dieser Zeit (d. h. also während zweier Monate plus dreier Wochen, also rund während eines Vierteljahres) ruht die Angelegenheit beim Völkerbundsekretariat völlig.

d) Beschwerde und Gegenschrift werden gemeinsam und gleichzeitig dem Völkerbundrate und den Völkerbundmitgliedern vorgelegt.

e) Nur in Ausnahmefällen und in dringendster Notlage ist es dem Völkerbundsekretariate gestattet, den Völkerbundmitgliedern eine Minderheitenklage früher zuzuleiten; aber auch dann muß er noch vorher den Vertreter des angeschuldigten Staates davon in Kenntnis setzen.

f) Diese Entschließung tritt unverzüglich für Polen und die Tschechoslowakei (auf deren Verlangen die ganze Angelegenheit ja verhandelt und entschieden worden war) in Kraft<sup>1)</sup>.

In der 26. Tagung des Völkerbundrates erstattete der brasilianische Vertreter Rio Branco am 5. September 1923 einen Bericht<sup>2)</sup>, der nach einigen Änderungen im Wortlaute auf Grund der Anträge von Lord Robert Cecil und dem französischen Vertreter Hanotaux vom Rate gebilligt wurde. Er umfaßt eine Reihe einschneidender und wichtiger Bestimmungen, die sich in folgende Punkte zusammenfassen lassen:

a) Minderheiten-Eingaben, die an den Völkerbund gerichtet sind, sollen vom Völkerbundsekretariate vor jeder weiteren Behandlung auf ihre Zulässigkeit hin geprüft werden; sie dürfen nur dann entgegengenommen werden, wenn sie folgenden Bedingungen entsprechen:

1. Sie dürfen nur den Minderheitenschutz betreffen, soweit er durch die Minderheitenverträge geregelt worden ist.

2. Sie dürfen keine Forderung enthalten, die auf den Bruch der politischen Beziehungen zwischen der Minderheit und dem Staate, dem sie angehören, hinzielt.

3. Sie dürfen nicht aus ungenannter oder unglaubwürdiger Quelle herühren.

4. Sie dürfen nicht in heftiger oder verletzender Sprache abgefaßt sein.

5. Sie dürfen weder Mitteilungen enthalten noch sich auf Tatsachen berufen, die bereits vor kurzem den Gegenstand eines vorschriftsmäßigen Gesuches gebildet haben.

b) Wenn das Völkerbundsekretariat die Annahme eines Gesuches ausgesprochen hat, der beschuldigte Staat aber aus irgendeinem Grunde Einwendungen dagegen erhebt, so entscheidet über die Entgegennahme des Gesuches der Präsident des Völkerbundrates und zwar

1) „XIIIe Session — Conseil de la S.D.N.“, Sitzung vom 27. Juni 1921, Geschäfts-Nr. 423, S. 51. Der Briefwechsel mit Polen und Tschechoslowakei im Anhang, Nr. 222a, S. 236—238.

2) „XXVIe Session — Conseil de la S.D.N.“, Sitzung vom 15. 9. 1923, Geschäfts-Nr. 1048, S. 1290—94. Dazu im Anhang: Nr. 558, S. 1426—31.

1. Entweder nachdem er einen Dreier-Ausschuß eingesetzt hat zur Prüfung dieser Frage,

2. Oder ohne den Dreier-Ausschuß dazu heranzuziehen.

c) Der beklagte Staat kann verlangen, daß diese Frage der Zulässigkeit der Bittschrift auch nach der Entscheidung des Ratspräsidenten noch auf die Tagesordnung einer Völkerbunds-Sitzung komme.

d) Der Ratspräsident kann auf Antrag des betreffenden Staates, der sich zu einer Erwiderung auf die Beschwerde seiner Minderheit bereit erklärt hat, und wenn die Umstände es gestatten, die in der EntschlieÙung vom 27. Juni 1921 für die Beantwortung der Eingabe festgesetzte Frist von zwei Monaten verlängern. Eine weitere Fristfestsetzung ist in dieser EntschlieÙung von 1923 nicht vorgesehen.

e) Endlich werden Eingabe und Antwort der angeschuldigten Regierung nur noch den Völkerbund-Ratsmitgliedern mitgeteilt! Damit erfährt die in der EntschlieÙung vom 27. Juni 1921 getroffene Bestimmung<sup>1)</sup> eine weitere Einschränkung („La communication aux membres de la Société des pétitions ainsi que des observations [s'il y en a] du Gouvernement intéressé, conformément à la résolution du 27 juin 1921, sera restreinte aux membres du Conseil“). In einer von der Nachrichten-Abteilung des Völkerbundsekretariates herausgegebenen Schrift<sup>2)</sup> findet sich folgende Begründung für diesen Beschluß: „Der Zweck der Bekanntgabe der Eingaben der Minderheiten ist einzig und allein, die Ratsmitglieder mit Material zu versehen, um sie in den Stand zu setzen, das ihnen in den Minderheitenverträgen vorbehaltene Initiativrecht auszuüben. Dieser wird also auch dann erreicht, wenn nur Mitteilung an die Ratsmitglieder erfolgt. Die Bekanntgabe der Eingaben an alle Völkerbundmitglieder . . . gab dem beteiligten Staate die Möglichkeit zu etwaigen Einwendungen hinsichtlich der Eingabe, die dem Staate gar nicht bekannt gewesen wäre, wenn sie nur den Ratsmitgliedern mitgeteilt worden wäre. Nach dem durch den Beschluß vom 27. Juni 1921 geschaffenen Verfahren aber haben die betreffenden Staaten nunmehr sogar Kenntnis von der Eingabe, bevor die Bekanntgabe an die Ratsmitglieder erfolgt ist. Eine große Zahl von Eingaben ist von so geringem Interesse, besonders nach Vorlage der Einwendungen des betreffenden Staates, daß es sich keineswegs lohnt, sie allen Völkerbundmitgliedern bekannt zu machen. Durch die Beschränkung der Bekanntgabe der Eingaben auf den Kreis der Ratsmitglieder allein wird zugleich verhindert, daß die Einrichtung der Eingaben zur böswilligen Propaganda gegen ein Mitglied des Völkerbundes mißbraucht wird.“(!) — Eine Mitteilung an die Völkerbundstaaten oder an die allgemeine Öffentlichkeit erfolgt künftig nur noch

1. Auf besonderes Verlangen des beteiligten Staates,

2. Oder auf besondere formelle Entscheidung des Völkerbundes in dieser Frage.

3. Allerdings kann, auf Grund eines Beschlusses der dritten Völkerbundversammlung, jedes Völkerbundmitglied auf seinen Wunsch jede Nachricht über die aufgeworfenen Fragen erhalten.

1) Siehe S. 220 [108], Punkt d).

2) „Der Völkerbund und der Schutz der Minderheiten“, herausgeg. von dem Sekretariat des Völkerbundes. Genf 1923, S. 29.

f) Die einzige Aufgabe des Dreier-Ausschusses besteht in der Feststellung, ob ein oder mehrere Ratsmitglieder sich veranlaßt sehen: de signaler à l'attention du Conseil une infraction ou un danger d'infraction à l'une quelconque des stipulations pour la protection des Minorités.“

g) Durch diese Zuständigkeit des Dreier-Ausschusses wird indessen das Recht eines jeden Ratsmitgliedes, aus freien Stücken die Aufmerksamkeit des Rates auf einen begangenen oder drohenden Verstoß gegen die Minderheiten-Verträge zu lenken, nicht beeinträchtigt. —

Am 10. Juni 1925 endlich unterbreitete der Brasilianische Vertreter Mello-Franco dem Rate einen Bericht, der sich zunächst auf einige der bisherigen Ratsentschlüssen in Sachen des Minderheiten-Verfahrens, und zwar vom 25. Oktober 1920, 27. Juni 1921 und 5. September 1923, beruft und dann fortfährt<sup>1)</sup>: „Le système de procédure établi par ces différentes résolutions du Conseil prévoit un examen aussi approfondi que possible des questions de minorités par certains Membres du Conseil, tout en réservant aux autres Membres le droit d'initiative dont ils jouissent en vertu des traités. Dans la pratique, le „Comité des Minorités“ est devenu une instance normale, en ce qui concerne l'activité de la S.D.N. sous point de vue de la protection des Minorités, ce qui donne à la désignation des Membres du Conseil sous la dite résolution, une importance très considérable. C'est pourquoi il me semble qu'il y aurait lieu, pour le Conseil, de prendre acte de, et de confirmer formellement, certaines pratiques qui se sont développées à ce sujet. (Also war es bereits Gewohnheitsrecht, ehe es Satzung wurde?) Dans la pratique, le président en exercice du Conseil, en procédant à la désignation de ses deux collègues, en vertu de la résolution du 25 octobre 1920, s'est ordinairement inspiré du principe — et j'estime que ce principe doit toujours être appliqué — que

1. ni le gouvernement d'un État voisin de celui auquel ressortissent les personnes appartenant à la minorité en cause,

2. ni le gouvernement d'un État dont la majorité des ressortissants appartient, au point de vue ethnique, au même peuple que la minorité en cause, ne doivent être chargés de la mission que prévoit la résolution du 25 octobre 1920. Il va de soi

3. que le gouvernement visé par la pétition de minorités, s'il est représenté au Conseil, ne doit pas être parmi les trois membres désignés pour examiner l'affaire.“

Darum schlägt Mello-Franco vor: Vorsitzender und Beisitzer des Dreier-Ausschusses dürfen nicht angehören

1. einem Staate, dem die klagende Minderheit untertan ist,

2. einem Staate, der an einen solchen beklagten Staat angrenzt,

3. einem Staate, dessen Mehrheitsbevölkerung gleicher Volkszugehörigkeit, gleichen Volkstums mit der klagenden Minderheit ist.

„Man errät unschwer, wohin diese Bestimmung abzielt“<sup>2)</sup>. Heyking hat mit diesen Worten recht, und namentlich, wenn man sich vergegen-

<sup>1)</sup> „XXXIV<sup>e</sup> Session — Conseil de la S.D.N.“ 7. (geheime) Sitzung. Geschäftsnummer 1512. S. 878 f.

<sup>2)</sup> Baron Heyking, „Der internationale Schutz der Minderheiten, die Achillesverse des Völkerbundes“, in Niemeyers „Zeitschrift für internationales Recht“, 36. Bd. 1926, S. 47.



wärtigt, wann dieser Beschluß gefaßt worden ist: die Sicherheitspakt-(Rheinpakt-)Verhandlungen, die dann in Locarno zu Ende gebracht werden sollten, waren bereits in vollem Gange, Deutschlands Eintritt in den Völkerbund stand nahe bevor, ja es war bereits vor dreiviertel Jahren durch Herriot und MacDonald eingeladen worden. —

Das Verfahren des Völkerbundes in Minderheitsangelegenheiten entwickelt sich also — auf Grund der hier zusammengetragenen fünf Ratsentschlüssen vom 22. Oktober 1920, vom 25. Oktober 1920, vom 27. Juni 1921, vom 5. September 1923 und vom 10. Juni 1925 — in folgendem Stufen gange:

1. Das Völkerbundsekretariat empfängt die Minderheiten-Bittschrift.
2. Das Völkerbundsekretariat untersucht die Eingabe daraufhin, ob sie entgegengenommen werden kann, ob sie auf Grund der Regeln über die „recevabilité“ vom 5. 9. 1923 annehmbar ist.

3. Bejahenden Falles wird das Gesuch dem angeschuldigten Staate mitgeteilt.

4. Der beklagte Staat widerspricht gegebenenfalls der Entgegennahme — also auch der Verhandlung — der Beschwerde.

5. Das Völkerbundsekretariat unterbreitet die Frage der Entgegennahme dem Ratspräsidenten.

6. Der Ratspräsident entscheidet über die Annahme der Eingabe, nachdem er den Dreier-Ausschuß für diesen Fall ernannt hat oder ohne einen solchen zu berufen.

(Falls der Ratspräsident sich für die Annahme des Gesuches ausgesprochen hat, der beklagte Staat aber seinen Widerspruch aufrecht erhält, kann auf Verlangen des beklagten Staates diese Vorfrage auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung gesetzt werden.)

7. Wenn die Annehmbarkeit des Gesuches durch den Ratspräsidenten bzw. durch den ganzen Rat erklärt worden ist, erhält der beschuldigte Staat die Beschwerde zurück, um sich binnen drei Wochen schlüssig zu werden, ob er das Klageschriftstück beantworten will oder nicht.

8. Wenn ja, muß er seine Erwiderung binnen zweier Monate dem Völkerbundsekretariate zustellen.

(Falls besondere Gründe vorliegen, kann der Ratspräsident auf Ersuchen des Staates eine Fristverlängerung bewilligen.)

9. Nach Eingang der Entgegnung der beklagten Regierung werden nunmehr Eingabe und Gegenschrift gleichzeitig allen Ratsmitgliedern unterbreitet.

10. Nunmehr findet die Prüfung des Minderheiten-Gesuches und der Regierungs-Antwort durch den Dreier-Ausschuß statt.

11. Der Dreier-Ausschuß erstattet dem Völkerbunde nur dann Bericht, wenn er der Ansicht ist, daß der Gegenstand der Bittschrift und die Antwort der Regierung ein solches Vorgehen erheischen. In dem von Prof. Brunet (Paris) und Dr. Loewenfeld (Berlin) erstatteten „Mémoire“<sup>1)</sup> finde ich noch folgenden ergänzenden Hinweis: „Le Comité ne soumettra

1) „De la Protection des Minorités par la S. D. N. Mémoire par Prof. Brunet et Docteur Loewenfeld.“ Paris, o. J. S. 12.

pas la question au Conseil, même si l'examen de la plainte en elle-même le conduit à un résultat favorable, si pour des motifs politiques aucun des membres du Conseil n'a de raison d'appeler sur cette affaire l'attention du Conseil“.

12. Jetzt kann endlich die Minderheiten-Beschwerde auf die Tagesordnung des Völkerbundesrates gesetzt werden!

(Freilich kann auch jedes Ratsmitglied aus eigenem Antriebe die Minderheiten-Bittschrift vor den Völkerbundrat bringen — ganz gleich, zu welchem Ergebnisse der Dreier-Ausschuß gelangt ist.)

13. Wenn nun die Beschwerde entweder durch ein Ratsmitglied oder durch den Dreier-Ausschuß vor den Völkerbundrat gebracht worden ist, so gilt jede Meinungsverschiedenheit zwischen einem Ratsmitgliede und dem angeschuldigten Staate über eine Rechts- oder Tatsachen-Frage aus dem Minderheiten-Abkommen als ein nach Art. 14 der Völkerbundsatzung zu behandelnder Gegensatz, und der Streitfall kann auf Antrag eines Ratsmitgliedes dem Ständigen Internationalen Gerichtshofe unterbreitet werden.

14. Die Entscheidung des Ständigen Internationalen Gerichtshofes ist endgültig und hat die gleiche Rechtskraft und dieselbe rechtliche Wirkung wie eine nach Art. 13 der Völkerbundsatzung ergangene Entscheidung. Ebenso gut ist es aber auch möglich, daß der Völkerbundrat beschließt, den Weltgerichtshof nicht um eine richterliche Entscheidung, sondern lediglich um die Erstattung eines Rechts-Gutachtens anzugehen.

Endlich bleibt noch festzustellen, daß auf Grund des Art. 4, 5 der Völkerbundsatzung ein Vertreter des beklagten Staates zu der Erörterung im Gesamt-Rate beigezogen wird, indessen die beschwerdeführende Minderheit natürlich nicht vor dem Ratstische erscheinen darf und demzufolge bei der mündlichen Hauptverhandlung genau so benachteiligt ist wie beim schriftlichen Teile des Klageverfahrens. Die Beschlüsse des Völkerbundesrates in Sachen von Verletzungen der Minderheitenverträge erfordern nach Art. 5, 1 der Völkerbundsatzung Einstimmigkeit<sup>1)</sup>; denn weder handelt es sich dabei um eine Verfahrensfrage, noch trifft die Völkerbundsatzung für das minderheitsrechtliche Gebiet eine besondere Anordnung. — Aber es ergibt sich nunmehr die paradoxe Lage, daß für die Entscheidung des Rates in jedem einzelnen Beschwerdefalle die Einstimmigkeit notwendig ist, während für eine etwaige Abänderung der Minderheiten-Schutzverträge selbst, die als Grundlage der gesamten Tätigkeit des Völkerbundes in diesen Fragen doch eine viel größere und weiterreichende Bedeutung haben als jede einzelne Vertragsverletzung — und wäre sie noch so schwerwiegend — lediglich Stimmenmehrheit verlangt wird<sup>2)</sup>.

Auch an das Verfahren des Völkerbundesrates in Minderheitssachen hat sich eine lebhafte Kritik geheftet, die zum großen Teile aus den Kreisen

1) Dr. Heinrich Rauchberg, Professor des Völkerrechtes an der Deutschen Universität in Prag: „Der internationale Schutz der nationalen Minderheiten“, erschienen in der „Prager Juristischen Zeitschrift“, 1922, Nr. 7 bis 8 (Sonderdruck), S. 8.

2) Verträge mit Polen und Rumänien, Art. 12, 1. Vertrag mit Tschechoslowakei, Art. 14, 1. Vertrag mit S.K.S., Art. 11, 1.

des Völkerbundes selbst stammt, im übrigen natürlich auf dieselben Quellen zurückgeht wie die gegen die Verträge erhobenen Einwendungen. Man kann die widersprechenden Ansichten der Hauptsache nach in folgende Punkte zusammenfassen.

Senator Tittoni hatte die „Bürgerschaft des Völkerbundes“ durch zwei Merkmale bestimmt<sup>1)</sup>: Die Vorschriften der Minderheiten-Verträge sind unantastbar, und der Völkerbund ist verpflichtet, ständig die Durchführung dieser Vorschriften zu überwachen. Wenn schon Tittoni zu solchen Gedanken kam, dann durfte er sich doch auch nicht auf die Ausarbeitung eines Verfahrens — ob gut, ob schlecht, sei hier unerörtert — beschränken, das nur im Falle einlaufender Beschwerden (und auch dann nur unter gewissen einengenden Voraussetzungen und abschwächenden Vorsichtsmaßregeln) in Erscheinung tritt. Das nennt man doch nicht „ständige Überwachung“, wenn man sich nur dann um eine Sache kümmert, falls Beschwerden, Klagen, Hilferufe vorliegen! Denn Tittoni entkräftet, ja vernichtet jenen ersten allgemeinen Grundsatz („der Völkerbund ist verpflichtet, ständig die Durchführung jener Vertrags-Vorschriften zu überwachen“), den er mit vollem Rechte an die Spitze seines Berichtes gestellt hat, wenn er danach mit besonderem Nachdrucke, ja geradezu mit Genugtuung die Tatsache hervorhebt, daß — kraft der Verträge und ihrem Wortlaute — das Recht, die Aufmerksamkeit des Rates auf eingetretene oder drohende Verletzungen der Minderheitenschutz-Bestimmungen zu lenken, den Ratsmitgliedern vorbehalten ist. Er mußte diese letztere Feststellung naturgemäß machen; denn sie ist ja in den positiven Vertragsvorschriften begründet. Aber er hat nichts getan, um den Widerspruch zwischen dem von ihm anerkannten obersten allgemeinen Grundsatz und dieser kümmerlichen Verwirklichung zu mildern! Es bedeutet demgegenüber keine irgendwie wesentliche Verstärkung bzw. Wiederherstellung der ursprünglichen Schutzbürgschaft, wenn Tittoni weiterhin feststellt, daß es den Minderheiten selbst und auch allen anderen im Völkerbunde nicht vertretenen Mitgliedstaaten natürlich unbenommen bleibe, dem Völkerbunde jede vollzogene oder drohende Vertragsverletzung in Minderheiten-Sachen anzuzeigen; denn alsbald geht der scheinbar gewonnene Boden wieder verloren, da Tittoni die Bedeutung solcher aus dem Minderheiten-Kreise oder von einem Nicht-Mitgliede des Völkerbundes stammenden Anzeigen sofort dahin einschränkt, daß er ihnen nur den Charakter von Eingaben („pétitions“) bzw. von Tatbestandsmeldungen („informations“) zuspricht.

Und was wird nun aus solch einem Minderheitsgesuche? Was erfahren ihre Verfasser über das Schicksal der Klageschrift? Das Verfahren ist geheim, solange nicht ein Ratsmitglied von seinem Rechte Gebrauch macht und die Beschwerde amtlich dem Völkerbunde unterbreitet.

a) Offiziell hat die beschwerdeführende Minderheit nach Einreichung ihrer Klageschrift keinerlei Einfluß mehr auf den Gang des Verfahrens; sie erhält nicht und erfährt nicht die Antwort ihrer Regierung. Es ist ein reiner Glücksfall, wenn die von der Regierung überreichte Antwort über Rechts-

<sup>1)</sup> Ratsentschließung vom 22. Oktober 1920. „X<sup>e</sup> Session, Conseil de la S.D.N.“ S. 12 und 142—145.



oder Tatfragen der Beschwerde den Minderheiten bekannt wird „à l'aide de moyens politiques<sup>1)</sup>“. Ist das ein Zustand, der dem Geiste der Verträge entspricht? Man muß hier schon besonders auf den Sinn und Willen der Verträge sich beziehen, da der Wortlaut überhaupt nichts darüber enthält.

b) Der Dreier-Ausschuß kann seine Entscheidung also nur fällen auf Grund zweier Schriftstücke: Minderheitsbeschwerde und Regierungsantwort. Die Regierung hat regelmäßig das letzte Wort. Für die Klagepartei ist keine Rückäußerung möglich. Der Dreier-Ausschuß wird höchstwahrscheinlich den Darlegungen der Regierung ein günstiges Ohr leihen. Dabei muß die Regierungs-Entgegnung noch gar nicht einmal notwendigerweise den Minderheitsbehauptungen widersprechen und ihnen andere Behauptungen entgegenstellen, die ihrerseits durchaus nicht mit den Tatsachen übereinzustimmen brauchen, vielmehr spielt sich der Vorgang sehr häufig so ab, daß nicht der Tatbestand strittig ist, sondern daß erst die Deutung, die Würdigung der gleichen oder ähnlichen Tatbestände die Gegensätze offenbart.

c) Und nun ist eben das Minderheitsvolk von vornherein im Nachteile, kämpft von allem Anfange an auf ungünstigem Gelände: wie soll es im voraus alle die Gesichtspunkte kennen und widerlegen, die möglicherweise und unter gegebenen Umständen von der angeschuldigten Regierung geltend gemacht werden? Und wenn es auch wirklich alle überhaupt denkbaren Rechtfertigungsgründe seines Gegners ausfindig machen könnte und Punkt für Punkt zu entkräften unternähme: ohne genaue Kenntnis der Art und Weise, wie die Regierung ihre Beweisstücke verwertet, ohne Einsicht in die Deutung, die sie den einzelnen Vorgängen und Tatbestandselementen gibt, kann logischerweise die klagende Minderheit gar nicht ihre eigene Auffassung irgendwie erschöpfend und zwingend darlegen. Sie wird also dieser Möglichkeit, die einzig und allein dem Sinne der Verträge entspräche, durch das vom Völkerbundrate beschlossene und angewandte Verfahren beraubt; so hat der Völkerbundrat also durch das Mittel seines Verfahrens die von den Alliierten und Assoziierten Mächten abgeschlossenen Verträge zum guten Teile ihres Sinnes entkleidet. Man darf ohne Kühnheit von diesem Verfahren behaupten, daß es nicht zur Anwendung der Verträge und zur Wahrung der in ihnen gewährleisteten Minderheitenrechte diene, sondern daß es vielmehr ein Verfahren zur Unschädlichmachung der Schutzverträge (vom Standpunkte der Staatsregierungen aus gesehen) sei. Ein Verfahren aber, das von vornherein die eine Partei benachteiligt, ist ungerecht; ein Verfahren, das zu unvollständigen, ungenauen, ja falschen Ergebnissen führen muß, ist widersinnig.

Dabei wäre die Beseitigung dieses unerträglichen Mißstandes so einfach! Durch einen Ratsbeschluß brauchte lediglich angeordnet zu werden, daß die Regierungsantwort den Beschwerdeführern alsbald von Völkerbunds wegen zugeleitet und ihnen Gelegenheit und Zeit zur Gegenantwort gegeben werde. Der Einwand, daß dadurch die Behandlung der Frage vor dem Dreier-Ausschusse und damit (gegebenen Falles) auch vor dem Rate selbst verzögert werde, ist doch wirklich nicht stichhaltig; hat die Minderheit bis-

1) Brunet-Loewenfeld, a. a. O., S. 11.

her schon mindestens einige Wochen (Prüfung der Annehmbarkeit der Eingabe durch das Völkerbundsekretariat) plus drei Wochen (Äußerung der beteiligten Regierung, ob sie zu antworten wünsche oder nicht) plus zwei Monate (Regierungserklärung zur Minderheitenklage) plus noch etliche Wochen (falls der Ratspräsident Verlängerung der Antwortfrist bewilligt) plus noch mehrere Wochen (Mitteilung der zwei Urkunden an alle Ratsmitglieder, Ernennung und Einberufung des Dreier-Ausschusses durch den Ratspräsidenten) im ganzen also mindestens vier Monate, sehr leicht aber ein halbes Jahr und noch länger warten müssen, bis ihr Gesuch überhaupt einer erstmaligen sachlichen und tatsächlichen Erörterung unterzogen wurde, so kommt es doch wohl auf einige weitere Wochen und selbst Monate nicht mehr an, wenn dadurch der in Rede stehende Klagefall gründlicher und möglichst nach allen Seiten hin beleuchtet werden und infolgedessen eine sachlichere und unparteilichere Behandlung finden kann!

An den gerügten Übelstand schließt sich eng ein weiterer an, der darin besteht, daß die Minderheit nicht die geringste Gewähr für eine amtliche Erwägung ihres Gesuches vor dem gesamten Völkerbundesrate hat! Wenn der Dreier-Ausschuß zu dem Ergebnisse kommt, dem Rate sei die Prüfung der Beschwerde nicht zu empfehlen, so bleibt der Fall — nach dem amtlichen Ausdrucke — „en état d'étude“, d. h. noch nicht einmal Begräbnis erster Klasse, sondern einfach Einsargung in den Akten des Völkerbundsekretariates. Der Klagesteller aber erfährt weder etwas vom Schicksale seiner Bittschrift, noch vermag er — wenn ja durch günstigen Zufall etwas über die Behandlung seines Gesuches auf verschlungenen Wegen an sein Ohr gedrungen sein sollte — die Gründe zu ahnen, die zu diesem Mißerfolge geführt haben. „Le Secrétariat général ne renseigne pas les pétitionnaires officiellement sur le sort d'une pétition qui a été jugée recevable; et ce n'est que dans certains cas qu'il donne des indications tout à fait générales aux personnes dont la pétition n'est pas jugée recevable<sup>1)</sup>.“ Das Völkerbundsekretariat hat als Grund für diese Zurückhaltung in einer vom Generalsekretär an den Rat gerichteten Note vom 10. Juni 1926 folgende Erwägungen angegeben:

„a) Le pétitionnaire n'est pas partie à un procès;

b) La décision prise par le Secrétariat n'a pas un caractère définitif, car elle peut être contestée par le Gouvernement intéressé et soumise au Président du Conseil et éventuellement au Conseil<sup>2)</sup>.“

Die erwähnte Mitteilung des Generalsekretärs führt dann weiter aus, daß der Minderheit, falls ihre Beschwerde als nicht annehmbar angesehen wird, lediglich eine förmliche Empfangsbestätigung übersandt wird. Bisweilen allerdings bemüht sich das Sekretariat, die Aufmerksamkeit des Absenders auf die für die Annahme der Bittschrift vorgeschriebenen Regeln zu lenken: „Toutefois, le Secrétariat est obligé de faire preuve de la plus grande prudence en cette matière, car il n'est pas autorisé à conseiller les pétitionnaires

<sup>1)</sup> André Mandelstam, „La protection des minorités ethniques“, in: „Académie Diplomatique Internationale, Séances et Travaux“, Paris (VIII a), Bd. I, Jg. 1927, S. 26.

<sup>2)</sup> André Mandelstam, „La protection des minorités ethniques“, a. a. O., S. 26, Anm. 2.

sur la façon de présenter leurs pétitions<sup>1)</sup>“. Und ein solches Verhalten nennt sich „Schutz“ der Minderheiten!

Nunmehr muß hier ganz deutlich ausgesprochen werden, daß durch die Einsetzung des Dreier-Ausschusses der Völkerbundrat zwischen die Minderheiten und die zu ihrem Schutze vertraglich verpflichtete Körperschaft, eben den Völkerbundrat, ein in den Verträgen nicht vorgesehenes Glied eingeschoben hat, das zwar auch als Bindemittel, als Vermittler dienen könnte, aber mindestens ebenso leicht zu einem Werkzeuge der Trennung wird. Es läßt sich natürlich nichts dagegen einwenden, wenn der Völkerbundrat, nach parlamentarischen und auch sonstigen körperschaftlichen Gepflogenheiten, einen Ausschuß mit der vorläufigen, unverbindlichen Prüfung der Eingabe, mit deren Vorberatung und mit der Vorbereitung eines vom Rate selbst zu fassenden Beschlusses betraut; dann hat sich der Rat ein Organ zur Erleichterung seiner Geschäftsführung geschaffen, ohne irgendwie die nach den Verträgen ihm allein zustehende Entscheidung aus der Hand zu geben. Es ist also nicht so sehr die Einrichtung des Dreier-Ausschusses an sich, gegen die hier zu Felde gezogen wird — obwohl auch über ihn und die Art seiner Bestallung einiges zu sagen wäre, — sondern die mit den Verträgen schlechterdings unvereinbare Machtfülle, das Maß an Zuständigkeiten, die diesem lediglich nach dem Ermessen des Ratspräsidenten berufenen Ausschusse zuerteilt worden sind.

Noch ein beunruhigender Zug an dem Dreier-Ausschusse des Völkerbundesrates ist, wie mir scheint, darin zu erblicken, daß diese „instance normale<sup>2)</sup>“, wie der amtliche Bericht des Völkerbundesrates ihn nennt, — oder dieses „organe purement officieux<sup>3)</sup>“, wie der Bericht des Minderheitenausschusses des französischen Zweiges der International Law Association ihn bezeichnet, ohne ein irgendwie fest geregeltes Verfahren seine Arbeiten erledigt; „les réunions du Comité sont tenues en séance privée, sans procès-verbal formel, le Comité adoptant librement sa propre procédure.“ Dieser formlosen Geschäftsbehandlung, die ohne Verhandlungsbericht arbeitet, entspricht auch die vollkommen willkürliche Art und Weise, in der der Minderheiten-Ausschuß des Rates seine jeweilige Aufgabe abschließt. „Le Comité de minorités peut conclure ses travaux de deux manières: 1<sup>o</sup> En référant la question au Conseil. Dans ce cas, les pétitionnaires auront la même faculté que le public en générale de prendre connaissance du rapport du comité et de tous les documents soumis au Conseil, y compris les observations du Gouvernement intéressé. — 2<sup>o</sup> Sans référer la question au Conseil. . . Dans ce cas, le Comité n'adressera ordinairement aucun rapport au Conseil. . .“ Abgesehen von fünf Sonderfällen, „dans aucun autre cas, la conclusion des travaux d'un Comité des minorités n'a abouti à une communication au Conseil ou au public et, lorsqu'aucune communication de ce genre n'a été faite, le Secrétariat ne se considère pas comme autorisé à prendre l'initiative de faire connaître au pétitionnaire le résultat de sa pétition. Si le pétitionnaire

<sup>1)</sup> Ebenda.

<sup>2)</sup> „Rapport du Conseil à la VI<sup>e</sup> Assemblée de la Société des Nations“ — „Journal Officiel“, Februar 1926, S. 138, 286, 299—301.

<sup>3)</sup> „Projet et Rapport de la Commission des Minorités. French Branch, International Law Association“, Paris 1926, S. 3.



demandait ce renseignement, on lui répondrait d'ordinaire que, jusqu'ici aucun Membre du Conseil n'a pris l'initiative d'attirer l'attention du Conseil<sup>1)</sup>. . .“

In der Tat: eine Völkerbund-Bürgschaft politischer Natur, übernommen und ausgeübt von einer politischen Körperschaft, deren Entscheidungen im wesentlichen durch politische Erwägungen bestimmt werden, bietet wahrlich keinerlei „Bürgschaft“ für den Schutz der Minderheiten und ihrer „Rechte“. „Rechte“ können eben niemals durch politische Einrichtungen geschützt werden, sondern — mindestens in letzter, höchster Instanz — nur durch Organe der Rechtspflege. Nun besteht zwar die Möglichkeit, gewisse Streitfragen auf dem Gebiete des Minderheitenschutzes dem höchsten Weltgerichtshofe, nämlich dem Ständigen Internationalen Gerichtshofe im Haag, zur letzten, unanfechtbaren Entscheidung zu unterbreiten; aber solch streng richterlichem Verfahren kann nicht schlechthin jede Minderheiten-Beschwerde von einigem Gewichte unterworfen werden; sondern, damit es dazu komme, muß — erste Voraussetzung — die politische Körperschaft, nämlich der Völkerbundrat, sich vorher amtlich mit dieser Sache befaßt, mit anderen Worten mindestens ein Ratsmitglied — sei es der Präsident, sei es das „Comité des Trois“, sei es eine sonstige im Völkerbundrat vertretene Regierung — muß die betreffende Angelegenheit amtlich vor den Völkerbundrat gebracht haben und sodann muß — zweite unerläßliche Voraussetzung — der in dieser diplomatisch-politischen Weltkörperschaft vorhandene starke Hang zu Kompromissen, zu Ausgleichs- und Halb- und Halb-Lösungen, zu Einerseits-Andererseits-Entscheidungen überwunden worden und in mindestens einer der Ratsmächte der politische Mut erwacht sein, die dumpfe Atmosphäre der Kompromisse zu durchbrechen, in der die Empfindlichkeiten beider Teile, des beschuldigten Staates und derjenigen Regierung, die sich zum Anwalte der klagenden Minderheit aufgeworfen hat, in gleicher Weise geschont werden sollen, und eine klare richterliche Entscheidung zu erzwingen. Von der Erfüllung dieser beiden politischen Bedingungen also hängt es ab, daß die Frage, ob eine Verletzung bzw. Gefährdung verbriefter Minderheitenrechte vorliege oder nicht, dem Bereiche willkürlicher politischer Rücksichten und politischen Handelns entzogen und dem geordneten Verfahren der Rechtspflege anvertraut werden kann. Auch bei ruhigster Abwägung der Gründe und Gegengründe und bei leidenschaftslosester Betrachtung des so gekennzeichneten Tatbestandes wird niemand leugnen können, daß der Völkerbund in seiner Gesamtheit, insbesondere aber der Völkerbundrat als das hierfür in Wahrheit maßgebende und zuständige Organ die von ihnen übernommene Verpflichtung eines Schutzes der vertragsmäßigen Minderheitenrechte nur sehr unvollkommen erfüllt haben; ja, es ist wohl nicht zuviel gesagt, wenn man behauptet, daß hier von „Schutz“ und „Bürgschaft“ im eigentlichen Sinne überhaupt nicht mehr die Rede sein kann, wo alles und jedes, selbst nur die einfache Möglichkeit, eine Beschwerde vorzubringen und Gehör zu finden, dem willkürlichen Belieben politischer Berechnungen und diplomatischen Ränkespiels anheim-

1) Note du Secrétariat général soumise au Conseil le 10 juin 1926. „Journal Officiel“, Juli 1926, S. 988, Anhang 885.

gegeben erscheint. „Es gibt keine Regel dafür, welche Beschwerden zuzulassen und welche (aus anderen als den oben erwähnten<sup>1)</sup> formalen Gründen) a limine abzuweisen sind. Die Vorfrage der Zulassung wird nicht getrennt von den materiellen Beschwerdepunkten entschieden. Es gibt keine Unterscheidung zwischen dem schriftlichen Vorverfahren und dem mündlichen Verfahren vor dem Rate, keine Bestimmungen über Beweisanerbieten und Beweisaufnahme. Der Grundsatz des gleichen beiderseitigen Gehörs ist nicht anerkannt, denn die beschwerdeführende Minderheit hat weder Gelegenheit, die Gegenschrift des belangten Staates, noch die Ausführungen seines Vertreters vor dem Rate kennen zu lernen und zu beantworten. Die primitivste aller Verfahrensregeln und zugleich die einleuchtende Forderung der Billigkeit, der Grundsatz: ‚Audiatur et altera pars‘, hier gilt er nicht. Kann man erwarten, auf solche Weise die Wahrheit zu erfahren und nach Recht und Gerechtigkeit entscheiden zu können? Kann man einen solchen Vorgang überhaupt noch ein Verfahren im Sinne Rechts nennen?“<sup>2)</sup>

Der Wunsch nach politischem Ausgleich zwischen der klagenden, sich bedrückt fühlenden Minderheit und dem angeschuldigten Staate hat sich bisher im Völkerbunde als so stark erwiesen, daß rechtlichen Entscheidungen geradezu geflissentlich ausgewichen worden ist. „Le Conseil n'a jamais cherché à imposer une décision à l'État, objet d'une plainte, mais s'est efforcé, au cours des négociations de lui faire accepter les solutions qu'il jugeait conformes à l'intérêt international“ (Also im internationalen Interesse, aber nicht im Interesse der vertragsgemäß zu schützenden Minderheiten!). „Ce désir de se tenir à la médiation a, dans certaines occasions, induit les membres isolés du Conseil à s'abstenir de déférer leur différend avec un État accusé, à la décision de la Cour permanente de Justice internationale, comme le permet l'article final de ces traités. Ce désir a même parfois empêché le Conseil d'user de son droit de solliciter l'avis consultatif de la Cour, conformément à l'article 14 du Pacte“<sup>3)</sup>. Und das Unerhörte dabei ist, daß der Rat und seine einzelnen Mitglieder sich bei solcher Handlungsweise in genauer Übereinstimmung befinden mit den Entschlüssen und Wünschen der Völkerbundversammlung, die sich dadurch mitschuldig gemacht hat an einem fortlaufenden Verstoße gegen den Geist der Schutzverträge. Waren sowohl der Rat, als seine Dreier-Ausschüsse, als das Sekretariat ordentlich stolz auf ihre ausgleichende, vermittelnde, streitschlichtende, versöhnende Tätigkeit in Minderheitensachen, so hat sie die Völkerbundversammlung in ihrer Selbstzufriedenheit noch bestärkt.

Worin liegt eigentlich das Hauptunrecht, wenn der Völkerbund im Wege des Ausgleiches zwischen klagender Minderheit und beklagter Regierung vermittelt? In der nackten, klaren Tatsache, daß die Nationalität im fremdvölkischen Staate stets nur in der Verteidigungstellung sich befindet, wäh-

1) Der Verfasser bezieht sich hier auf die formalen Zulassungsbedingungen, die in der Rats-Entschlüsselung vom 5. September 1923 festgelegt worden sind. Vgl. dieser Arbeit S. 220 f. [108 f.].

2) Heinr. Rauchberg, „Der internationale Schutz der nationalen Minderheiten“, a. a. O., S. 3.

3) André Mandelstam, a. a. O., S. 27 f.

rend der Angriff immer und immer nur vom Mehrheitsvolke und der von ihm beherrschten Staatsgewalt ausgeht. Die Folge dieses sich regelmäßig wiederholenden Sachverhaltes ist die, daß das Minderheitsvolk seine ganze Kraft dareinsetzen muß, um nur den „status quo“ aufrechterhalten und sich in seinen an sich beschränkten Rechten, in seinem Besitze behaupten zu können. Der geringste Erfolg, den also das Mehrheitsvolk auf irgendeinem Gebiete des wirtschaftlichen, kulturellen (schulischen, sprachlichen) Lebens davonträgt, bedeutet einen klaren und unbezweifelbaren Verlust für die an sich schwächere Minderheit. Und wie vollziehen sich nun die Ausgleichsversuche des Völkerbundes zwischen angreifender Staatsnation und angegriffener Minderheits-Nationalität? Doch natürlich auf derselben Linie, auf der jeweils Kompromisse geschlossen werden: Beide Teile müssen von ihrem Standpunkt etwa 50 v. H. preisgeben. Das heißt also in eindeutiger Rechnung: das angreifende Mehrheitsvolk hat noch immer dank der ausgleichenden, vermittelnden „Schutz“-Tätigkeit des Völkerbundes die Hälfte seines erstrebten Gewinnes in die Scheunen gebracht, und die nationale Minderheit hat sich mit ihrem Verluste abfinden müssen. Wenn die polnische Regierung heute 500 deutschen Ansiedlern die Enteignung ihres Landbesitzes ankündigt und diese Maßnahme nach Verlauf einiger Monate durchzuführen beginnt, die berufenen Vertreter des deutschen Minderheitsvolkes in Polen diesen Vorgang aufgreifen und zum Gegenstande eines Beschwerdeschrittes in Genf machen, so ist das Ende der vom Völkerbunde beliebten Vermittlung, daß die polnische Regierung den Enteignungsbeschluß für diejenigen deutschen Ansiedler, denen gegenüber er bis zum Einsetzen des Ausgleichsverfahrens noch nicht durchgeführt worden ist, zurückzieht, während diejenigen, an denen er bereits vollzogen worden ist, enteignet bleiben. Und die Zahl dieser enteigneten Minderheitsangehörigen und der Boden, der ihnen auf diese Weise verloren gegangen ist, bedeuten einen unbestreitbaren Verlust der Minderheitsnationalität gegenüber dem Mehrheitsvolke.

Nur wenn man sich diesen Tatbestand, der sich im minderheitlichen Daseinskampfe Tag um Tag erneuern kann, vor Augen hält, wird man die ganze, verhängnisvolle Schädlichkeit jenes Vermittlungsverfahrens ermessen können, auf das der Völkerbund so stolz ist.

In der Sitzung des „Royal (früher: „British“) Institute of International Affairs“ vom 23. Februar 1926<sup>1)</sup>, die ganz dem Minderheitenprobleme gewidmet war, hat Frau Edgar Dugdale einen Bericht über „The Working of the Minority Treaties“ erstattet. In der ungewöhnlich aufschlußreichen Aussprache nach Verlesung des Berichtes kam W. A. Bewes, einer der geschäftsführenden Sekretäre der International Law Association, nicht mehr zu Worte; infolgedessen legte er in einem Briefe an den Leiter jener Sitzung seine Auffassung kurz dar, die in zwei Worten gipfelt; über das Verfahren bei Sekretariat und Völkerbundrat gibt er das schneidende Urteil ab: „... This means compromise and not justice“. Der gesamte Minderheitenschutz aber, wie ihn der Völkerbund zur Zeit handhabt, scheint ihm von dem Wahlsprüche beherrscht zu sein: „Surtout point de zèle“!<sup>2)</sup>

<sup>1)</sup> „Journal of British (heute „Royal“) Institute of International Affairs“, March 1926, S. 79 ff.

<sup>2)</sup> Ebenda, S. 95.



Bei allem Lobe, das die Völkerbundversammlung für die politisch-vermittelnde Tätigkeit des Sekretariats, der Dreier-Ausschüsse und des Rates selbst in Minderheitenrechts-Fragen übrig hatte, wünschte sie dennoch, daß im Falle der Nicht-Ausgleichbarkeit der Gegensätze (wovon überhaupt ja nur gesprochen werden kann, wenn sich ein Ratsmitglied der klagenden Minderheit annimmt!) dann mit möglichster Beschleunigung der Streitfall dem Ständigen Internationalen Gerichtshofe unterbreitet werde. Die Entschliebung der III. Völkerbund-Versammlung zu diesem Gegenstande lautet: „En cas de divergence d'opinion sur les questions de droit ou de fait, concernant les stipulations des traités de minorités entre le Gouvernement intéressé et l'un quelconque des États Membres du Conseil de la Société des Nations, l'Assemblée recommande aux Membres du Conseil de faire appel, en évitant tout délai inutile, à la décision de la Cour permanente de Justice internationale, conformément aux traités de minorités, étant entendu que les autres formes de conciliation prévues par le Pacte peuvent toujours être employées<sup>1)</sup>.“ Der schweizerische Vertreter Motta erläuterte diese Entschliebung in einem Berichte, demzufolge die Versammlung diese zwei Wünsche hat aussprechen wollen<sup>2)</sup>: 1. „que les questions de minorités soient préalablement soumises à l'intervention officieuse du Conseil aux fins d'une solution à l'amiable; 2. mais que, dès qu'apparaîtra l'impossibilité d'une pareille solution, le différend soit soumis à la décision juridique de la Cour.“

Die beiden für die Minderheitenklagen entscheidenden Körperschaften sind also der Minderheiten-Ausschuß des Rates und der Völkerbundrat selbst. Allein schon auf der zweiten Völkerbundversammlung hatte Prof. Gilbert Murray im Namen der Südafrikanischen Union die Schaffung eines Ständigen Völkerbunds ausschusses für Minderheiten-Fragen beantragt, der dieselbe Stellung eines dauernd wirksamen Hilfsorganes haben sollte wie etwa der Ständige Mandatsausschuß, die „Commission Permanente des Communications et du Transit“ oder auch der die Geldgebarung des Völkerbundes überwachende Ständige Ausschuß u. a. m. Als dann in der Völkerbundversammlung die Ratsentschliebung vom 25. Oktober 1920 bekannt gemacht wurde, durch die auf des Belgiers Hymans Antrag der Dreier-Ausschuß eingesetzt worden war, hat Murray „in der, nebenbei bemerkt, irrigen Meinung, daß diese Entschliebung seinem Antrage entspreche“<sup>3)</sup>, seinen eigenen Vorschlag zurückgezogen. Seitdem ist der Gedanke immer und immer wieder in allen möglichen Kundgebungen aufgetaucht, und man kann sagen, diese Forderung ist eine „communis opinio“ außerhalb des sehr engen Kreises der Völkerbund-Politiker und der Völkerbund-Taktiker geworden. Es erscheint mir wichtig, hierfür noch eine englische Stimme anzuführen. In der schon erwähnten Sitzung des „Royal Institute of International Affairs“ hat Frau Edgar Dugdale außer anderen Verbesserungsvorschlägen auch auf die Tätigkeit des Ständigen Mandatsausschusses beim Völkerbunde hingewiesen und den so oft schon mit Bitterkeit empfundenen Vergleich zwischen dem Schutze,

1) „Actes de la 3<sup>e</sup> Assemblée de la S.D.N. Séances Plénières, vol. I. Compte Rendu des Débats“. Genf 1922, S. 170 ff.

2) André Mandelstam, a. a. O., S. 27, Anm. 1, letzter Absatz.

3) Rauchberg, a. a. O., S. 4, Spalte 2.

den der Völkerbund den „native races in Mandated Territories“ gewährt, und den Rechtsbürgschaften, die er den seiner Obhut doch gleichfalls anvertrauten europäischen Minderheiten tatsächlich bietet, aufs neue bezogen. „I shall not describe its working in detail, ... but some sort of counterpart of the Permanent Mandates Commission would probably be the best way to develop the efficiency of the League's Minority guarantee. I think the adaptations could easily be worked out, provided the signatories of the Treaties were willing to cooperate. At present they are not. Therefore I fear this solution is some way off. There is significance in the history of some abortive attempts that have been made to establish local Commissions, and to get the principle of such Commissions accepted. I have purposely not dwelt on these, because I hope Professor Murray, who was personally concerned with them, will tell us about them himself.“ In der Aussprache kam Erik Colban, der Leiter der Minderheiten-Abteilung des Völkerbundsekretariats, zu Worte. „As to the proposed permanent Commission, he failed to see how it would be better than the present system. If the intention was that such a commission should have power to take action on its own initiative, that action would not be within the design of the Treaties. If the commission were only to give advice and information when called upon to do so by the council or its Committees, it would achieve no more than the present Minorities Section was supposed to do.“ Professor Murray, der folgende Redner, legte den Hauptnachdruck auf die Verallgemeinerung des Minderheitenschutzrechtes. „The Assembly had already expressed unanimously a hope that the Great Powers would behave as if bound by these Treaties<sup>1)</sup>. This expression of opinion might help in the Italian Tyrol question...“<sup>2)</sup> Der Beschluß der Völkerbundversammlung, worin die von Prof. Murray erwähnte „Hoffnung“ ausgesprochen war, daß die Großmächte, die keinen Minderheiten-Vertrag unterzeichnet hatten, sich ihren Minderheiten gegenüber so verhalten würden, als ob sie durch einen derartigen Schutz-Vertrag gebunden wären, ist die berühmte Entschließung vom 21. September 1922, in der die Völkerbundversammlung durch einstimmige Annahme einer freiwilligen Ausdehnung des Minderheitenschutzes das Wort redet: „L'Assemblée exprime l'espoir que les États qui ne sont liés vis-à-vis de la S. D. N. par aucune obligation légale, ... observeront cependant, ... au moins le même degré de justice et de tolérance qui est exigé par les traités et selon l'action permanente du Conseil“.

Wenn man sich erinnert, welche Folgen dieser auch von Frankreich und Italien angenommene Beschluß der Völkerbundversammlung bis heute — nicht gehabt hat, dann wird man doch wohl einen neuen berechtigten Grund zum Zweifel an der wirklich aufrichtigen Schutz-Absicht des Völkerbundes gegenüber den nationalen Minderheiten finden. Man muß sich darüber klar sein, daß letzten Endes diese ganze große Menge von vielfach beanstandeten Schwächen im Verfahren und im Aufbau des Minderheitenschutzes auf eine gemeinsame Wurzel zurückgeht: nämlich auf jene zwie-

1) „Actes de la Troisième Assemblée — Séances Plénières, vol. I: Compte rendu des Débats.“ Genf 1922, S. 170 ff.

2) „British Institute of International Affairs“, a. a. O., S. 91, 93.

spältige Haltung unserer ehemaligen Feinde gegenüber dem Nationalitätsprinzip, mithin auch gegenüber dem Minderheiten-Problem, die an einer früheren Stelle dieser Arbeit als Grundsatzlosigkeit, als ein „mit der einen Hand geben, um mit der andern wieder zu nehmen“ gebrandmarkt worden ist. Weil man im internationalen Minderheiten-Schutze nur das geeignete Mittel zur Verewigung eines erwünschten machtpolitischen Zustandes sieht, weil man keine aus grundsätzlichen Erwägungen geborene sittliche Verpflichtung zur Verteidigung eines oft hochstehenden minderheitlichen Volkstums gegenüber kulturell häufig rückständigen Mehrheitsvölkern anerkennt, darum vermag man sich auch nicht zu einem entschiedenen und unzweideutigen Vorgehen in der Richtung auf ein voll ausgebautes Sicherungswerk durchzuringen. Gelegentlich der III. Völkerbundversammlung nannte<sup>1)</sup> der Maharadschah Jam Saheb von Nawanagar den schon wiederholt erwähnten Professor Gilbert Murray halb bewundernd, halb mit gutmütigem Spotte den „fahrenden Ritter der Minderheiten“ („the Knight-errant of Minorities“). Dieser Ausspruch ist doch deshalb so bezeichnend, weil er beweist, wie sehr es im Völkerbunde Aufsehen erregt, wenn ein an den europäischen Nationalitätsorgen nicht unmittelbar beteiligter Staatsvertreter sich, ohne irgend einen Vorteil für sich bzw. sein Land zu erhoffen, nicht nur gelegentlich einmal, sondern mit Ausdauer und hingebender Überzeugungstreue der schutzbedürftigen Minderheitsvölker annimmt.

Ein Kernstück in den Erörterungen aller großen internationalen Organisationen, der Völkerrechtswissenschaft, der Minderheitsnationalitäten selbst bildet die Frage nach dem Eingreifen des Weltgerichtshofes. Das Bedauern darüber ist allgemein, daß der Völkerbundrat, oder wenigstens seine Mehrheit, alles nur Erdenkliche tut, um ihn — in der Minderheiten-Frage wenigstens — so selten wie möglich in Tätigkeit treten zu lassen, trotz der Minderheiten-Verträge, die seine Mitwirkung bei der Ausübung des Minderheiten-Schutzes vorsehen. Woher diese Zurückhaltung? In dem schon einmal angeführten Berichte des Minderheiten-Ausschusses des französischen Zweiges der „International Law Association“<sup>2)</sup> werfen die Berichterstatter Brunet-Huet gleichfalls die Frage auf, warum der Völkerbundrat nicht viel öfter Gutachten und Entscheidungen des Ständigen Internationalen Gerichtshofs in Minderheitensachen einhole, zumal der Völkerbundrat sich dadurch von dem häufig erhobenen Vorwurfe des politisch interessierten Verfahrens in diesen Angelegenheiten befreie und sich außerdem von schwerer Verantwortlichkeit entlaste. „Malgré les avantages de toutes sortes que présente le renvoi des affaires des minorités à la Cour Permanente de Justice, malgré le voeu émis en ce sens par la troisième assemblée, le Conseil n’a, jusqu’à maintenant, saisi la Cour de Justice que dans deux affaires: la première était relative à la situation des colons allemands en Pologne, la seconde aux conditions dans lesquelles les minorités allemandes en Pologne ont le droit d’acquérir la nationalité polonaise. Dans les deux cas, l’avis de la Cour a été favorable aux minorités. Au premier abord, on s’étonne de cette

1) „Actes de la 3<sup>e</sup> Assemblée. Séances Plénières. Vol. I: Compte Rendu des Débats“, Genf 1922, S. 176.

2) „International Law Association, French Branch, Projet et Rapport de la Commission des Minorités“, Paris 1926, S. 4.



sorte de repugnance que manifeste le Conseil à consulter la Cour, et on se demande si cette attitude ne s'explique pas précisément par les conclusions auxquelles a abouti la Cour dans les deux affaires qui lui ont été soumises.“ Fest steht jedenfalls, daß die möglichst häufige Inanspruchnahme des Weltgerichtshofes in Minderheiten-Streitfällen eine gemeinsame Forderung der europäischen öffentlichen Meinung ist; und von vielen Seiten wird darüber hinaus für die Minderheitsvölker das Recht verlangt, von sich aus ihre Anliegen dem Weltgerichtshofe unterbreiten, somit als Prozeß-Partei auftreten zu dürfen, ohne hierin von den politischen Entscheidungen des Völkerbundesrates abhängig zu sein. Diese Forderung berührt sich eng mit dem schon im Zusammenhange mit den Minderheits-Verträgen erörterten Problem der Zuerkennung der völkerrechtlichen Handlungsfähigkeit, der juristischen Persönlichkeit an die Nationalitäten. Bis heute jedenfalls hat das „Statut“ des Ständigen Internationalen Gerichtshofes keine Möglichkeit vorgesehen, die Minderheiten-Völker vor seinen Schranken als Kläger zuzulassen.

Zum Schlusse wäre noch die Frage aufzuwerfen, als was sich — im ganzen gesehen — die Schutztätigkeit des Völkerbundes für die Minderheits-Nationalitäten darstellt. „On pense involontairement à l'affranchi de droit lombard qui ne peut revendiquer sa liberté que par la voix de son patron<sup>1)</sup>.“ Im langobardischen Rechte, „der hervorragendsten Schöpfung auf dem Gebiete der germanischen Gesetzgebung in der Zeit der Volksrechte<sup>2)</sup>“, war „der Freigelassene auf die Vertretung des Schutzherrn angewiesen, denn nur sie verbürgte ihm die Fortdauer seiner Freiheit. Nimmt ein Dritter ihn als Knecht in Anspruch, so ist er nicht in der Lage, seine Freiheit selbst zu schirmen, sondern es muß ein Schutzherr für ihn eintreten<sup>3)</sup>.“ Hat nicht Giuseppe Motta einen ähnlichen Gedanken ausgesprochen, hat er nicht die Aufgabe des Völkerbundes gegenüber den Minderheits-Völkern in einem ähnlichen Lichte gesehen, wie hier die Stellung des Schutzherrn zum Freigelassenen geschildert wurde? Am Donnerstag, den 21. September 1922, in der XIII. Vollsitzung der III. Völkerbundversammlung, erstattete er den Bericht über die Verhandlungen des VI. Ausschusses in Minderheitsangelegenheiten und kam dann auf Grund der Ausschuß-Beratungen und seiner eigenen Erwägungen zu einer überraschend hohen Auffassung von den Pflichten des Völkerbundes den Nationalitäten gegenüber und stellte unter lebhaftestem Beifalle die Zielforderung auf: „... je considère qu'il y a un fait extrêmement heureux en ceci que l'Assemblée ... intervient dans la question des minorités et que la S.D.N., en interprétant désormais le Pacte dans ces tendances généreuses et dans son esprit, devient en quelque sorte la gardienne des minorités dans tous les pays du monde“ (Applaudissements)<sup>4)</sup>. —

Wird der Völkerbund einmal in kommenden Zeiten — „désormais“ — dieser erhabenen Aufgabe entsprechen? Der Weg bis dahin ist noch weit;

1) Robert Redslob, „Théorie de la Société des Nations.“ Paris 1927, S. 188, Fußnote 1.

2) Hrch. Brunner, „Grundzüge der deutschen Rechtsgeschichte“, Leipzig 1901, S. 45.

3) Brunner, „Deutsche Rechtsgeschichte“, Bd. I, S. 144. Leipzig 1906.

4) „Actes de la 3<sup>e</sup> Assemblée. . .“ Vol. I, . . . Genf 1922, S. 172.

es ist sogar, seit im Reformationssaale zu Genf diese Worte erklangen, ein Rückschritt auf dem Gebiete des Minderheitenschutzes eingetreten. Bis das Ziel einer wahren Schirmherrschaft des Völkerbundes über gequälte Minderheitsvölker erreicht ist, wird für sie, die europäischen Nationalitäten, geschützte wie ungeschützte, mehr als je der Ausspruch des französischen Dichters Paul Bourget<sup>1)</sup> gelten: „Être, pour un peuple, ne consiste point à respirer, manger, boire. Il n'est vraiment que s'il ne relève que de soi, s'il ne pense que pour soi, s'il sent sa route à soi, s'il pense ses idées à soi, s'il est indépendant, au plein sens du mot, chargé d'une si simple et si forte signification.“

<sup>1)</sup> Angeführt bei René Johannet, „Le principe des Nationalités“. Paris 1923. S. II.

# **Völkerrechtliche Literatur**

---

*Karl Strupp*

## **Ausgewählte diplomatische Aktenstücke zur orientalischen Frage**

Preis 2.40 Mark

„Eine hochwillkommene Zeitgabe, die das Verständnis für die kommende Entwicklung schult und vertieft.“ Die Post

---

*Karl Strupp*

## **Neutralisation und Neutralität Belgiens**

Ein Urkundenbuch  
mit einer historisch-völkerrechtlichen Einleitung

Preis 2.40 Mark

Ein gründliches Quellenbuch, das die belgische Frage auf dem Boden der lückenlos zusammengestellten rechtlichen und politischen Tatsachen behandelt, der Schlußstein der völkerrechtlichen Belgien-Literatur.

---

*Adolf Hedler*

## **Völkerfriede und Völkerrecht im Laufe der Geschichte**

Preis 1.60 Mark

Faßt das einschlägige Material tendenzlos zusammen. Von den Urzeiten bis zum Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Dieser selbst ist ebenfalls behandelt. Vergangenheit und Gegenwart

---



---

**Leopold Klotz Verlag / Gotha**



**Wichtige Neuerscheinungen  
zur Gestaltung der Kirche im neuen Staat:**

---

# Die Eine Deutsche Evangelische Kirche

ihre Notwendigkeit, ihre Aufgaben und ihre Gestaltung

von D. Heinrich Weinel  
Professor der Theologie an der Universität Jena

Preis ca. zwei ~~Mark~~

Diese Untersuchung gehört zu den wichtigsten Veröffentlichungen in der Diskussion über die Gestaltung der Kirche im neuen Staat. Der Verfasser fordert die Ausgestaltung der deutschen Kirche vom Geiste des Evangeliums aus auf Grund der im neuen Staat ihr gesetzten Aufgaben, und zwar durch eine organische Vervollendung der vorhandenen Bundesverfassung. Er wendet sich gegen den Versuch, das deutsche evangelische Volk in drei konfessionelle Kirchenbünde zu spalten, verlangt jedoch Schonung des Bekenntnisstandes und der inneren Eigenart der Landeskirchen, verbunden mit entschiedenem Fortschritt zu einer einheitlichen, deutschen Volkskirche.

---

# Friedrich von Bodelschwingh

und seine Berufung zum  
Reichsbischof

Mit zwei Bildern  
Preis achtzig Pfennig

Die Wahl des weltbekannten Leiters des Betheler Hilfswerkes zum Oberhaupt der deutschen evangelischen Kirche lenkt den Blick der ganzen evangelischen Welt auf diesen Mann. Die Schrift gibt vor allen Dingen Antwort auf die Frage:

Wie ist der Reichsbischof zu dem ihm anvertrauten Amt vorbereitet worden?

Eine Chronik der Entwicklung des reichskirchlichen Gedankens bis zur Ernennung des Reichsbischofs ist beigegeben.



---

LEOPOLD KLOTZ VERLAG / GOTHHA

21. JAHRGANG / NR. 4

4. VIERTELJAHR 1933

# DIE EICHE

**VIERTELJAHRSSCHRIFT  
FÜR FREUNDSCHAFTSARBEIT  
DER KIRCHEN**

IN VERBINDUNG MIT  
**YNGVE BRILIOTH u. ADOLF KELLER**  
HERAUSGEGEBEN VON  
**F. SIEGMUND-SCHULTZE**



## A U S D E M I N H A L T

Lutherische Kirchenführer, die im letzten Jahre von uns gingen:  
Theodor Kaftan / Bischof Ihmels / Bischof Fajnor  
Die Tagung des Exekutivkomitees des Ökumenischen Rates in  
Novi Sad  
Die Beschlüsse des Exekutivkomitees des Weltbundes in Sofia

**LEOPOLD KLOTZ**



**VERLAG / GÖTTA**

# INHALTSVERZEICHNIS

## ARTIKEL

Mitteilung des Herausgebers . . . . .	333
Lutherische Kirchenführer, die im letzten Jahre von uns gingen:	
Theodor Kaftan. Von F. Siegmund-Schultze . . . . .	335
Bischof Ihmels. Von Dr. John Morehead . . . . .	358
Bischof Fajnor. Von F. Siegmund-Schultze . . . . .	363
Die Tagung des Exekutivkomitees des Ökumenischen Rates in Novi Sad . . . . .	364
Die Beschlüsse des Exekutivkomitees des Weltbundes in Sofia . . . . .	372
Christliches Gewissen und kirchliche Presse. Ein mutiges Bekenntnis einer kirchlichen Zeitschrift zur christlichen Haltung in Rassen- und Minoritätenfragen. Vom Herausgeber . . . . .	381
Corpus Confessionum. Vom Herausgeber . . . . .	386

## CHRONIK

### I. Wege zur Einheit der Kirche Christi:

Die Jahresversammlung der Europäischen Zentralstelle . . . . .	396
Aufruf der Europäischen Zentralstelle zugunsten des Hilfswerkes für die Hungernden in Rußland . . . . .	397
Die nächste Sitzung des Exekutivkomitees der Lausanner Bewegung . . . . .	398

Ein Jahrzehnt ökumenisch-theologischer Arbeit . . . . .	398
Das Exekutivkomitee des Lutherischen Weltkonvents in Hannover . . . . .	399
Ökumenischer Pressedienst in Genf . . . . .	399
Tagung des Weltbundes für Freies Christentum . . . . .	400
Die evangelisch-katholische Bewegung . . . . .	400

### II. Ökumenisch-Soziales:

Der Kongreß des „Christianisme social“ in Chambon, 18.—21. September . . . . .	400
Ökumenische Studententagungen . . . . .	401
Die Stellung der amerikanischen Kirchen zum „National Recovery Program“ . . . . .	401
Die diesjährige amerikanische Kirchenkonferenz für Sozialarbeit . . . . .	403
Soziale Aufgaben des Völkerbundes. Von P. Buscharain . . . . .	404
Internationale Vereinigung der christl. Gewerkschaften . . . . .	404

### III. Aus dem Weltbund:

Botschaft von Lord Dickinson an die Mitarbeiter im Weltbund . . . . .	405
Gemeinsame Sitzung des Verwaltungsrates von Stockholm und des Sekretariats des Weltbundes . . . . .	406
Der „Goodwill“ über Deutschland . . . . .	406

### IV. Bücherbesprechungen . . . . .

## Ihre Mitarbeit haben zugesagt:

Prof. Dr. H. Allvisatos (Athen), Bischof D. Dr. Elvind Berggrav (Tromsø), Dr. Kurt Böhme (Berlin), Pfarrer R. Bornand (Moudon, Schweiz), Prof. D. Karl Bornhausen (Breslau), Studienrat D. W. Classen (Hamburg), Prof. Dr. J. A. Cramer (Bilt-hoven), Oeh. Kons.-Rat Prof. D. A. Deßmann (Berlin), Lord Dickinson (London), Rev. H. W. Fox (London), Pastor G. Fritze (Köln), Erzbischof Germanos, Metropolit von Thyateira (London), Prof. D. Goeters (Bonn), Pfarrer V. H. Günther (Oslo), Lic. Dr. Hans Hartmann (Berlin), Prof. D. Hermelink (Marburg), Prof. Dr. Hermann Hoffmann (Breslau), Wenzel Holec (Berlin), Pfarrer R. Honigberger (Bukarest), Propst K. Irbe (Riga), Bischof Irenäus (Novi-Sad), H. W. Jannasch (Goldberg, Schlesien), Pastor J. Jézequel (Paris), Pfarrer R. Jordan (Wachow, Westhavelland), Missions-Direktor D. S. Knak (Berlin), Dr. Walther Koch (Saarbrücken), Prof. D. A. Lang (Halle a. S.), Lic. Olga Lau-Tugemann (Wien), Lic. J. F. Laun (Okarben), Renate Lepsius (Berlin-Ost), Pastor P. Ludwig (Chicago), Prediger Theophil Mann (Frankfurt), Pfarrer H. Maas (Heidelberg), Prof. Wilfred Monod (Paris), Eduard de Neufville (Blonay, Schweiz), Rev. Thomas Nightingale (London), Kons.-Rat Pastor E. Ohly (Stockholm), Bischof Paissij (Bukarest), Dr. Alfred Peter (Berlin), Herbert Petrick (Berlin), Franz Pletl-Pletellus (Stockholm), Bischof D. Poelchau (Riga), Priv. Doz. Pastor A. de Quervain (Wuppertal), Prof. D. M. Rade (Oberursel, Taunus), Rev. D. D. Alexander Ramsay (London), Prof. D. Dr. J. Richter (Berlin), Lic. Dr. F. Rittelmeyer (Stuttgart), Dr. Elisabeth Rotten (Dresden), Dr. Alice Salomon (Berlin), Pfarrer Lic. Schlier (Leipzig), Pfarrer G. E. Schmidt (Gablonz, Böhmen), Pastor Th. Schmidt (Niesky), Prälat D. J. Schöell (Stuttgart), Prof. Dr. Schomerus (Kiel), Pfarrer D. E. Schubert (Berlin), Archimandrit J. Scriban (Bukarest), Pastor Paul Le Seur (Potsdam), Reichsgerichtspräsident i. R. Dr. W. Simons (Berlin), Pastor S. Sirenus (Helsingfors), Präsident D. F. A. Spiecker (Berlin), Prof. Lic. E. Staehelin (Basel), Dozent Dr. Ed. Tennemann (Dorpat), Prof. D. Titius (Berlin), Präsident D. Wehren-fennig (Gablons a. N.), Pastor J. C. Wissing (Vught), Stud.-Dir. Dr. H. Witte (Schleusingen), Prof. Dr. F. Žilka (Prag).



# DIE EICHE

VIERTELJAHRSSCHRIFT  
FÜR FREUNDSCHAFTSARBEIT DER KIRCHEN

---

21. Jahrgang Nr. 4.

4. Vierteljahr 1933

---

## An die Leser.

Herausgeber und Verlag sind zu dem gemeinsamen Entschluß gelangt, das Erscheinen der „Eiche“ zeitweilig einzustellen, zumal in solchen Zeiten der Krisis auch die finanziellen Erwägungen ein anderes Gewicht gewinnen. Die wirtschaftliche Lage der deutschen Zeitschriften hat schon in den letzten Jahren die Aufrechterhaltung einer Vierteljahrsschrift von Art und Umfang der „Eiche“ schwierig gemacht. Da der Verlag weitere Opfer nicht bringen kann und der Herausgeber von seinem Krankenurlaub aus nicht wie bisher die zusätzlichen Mittel aufzubringen vermag, muß eine Pause in der Herausgabe eintreten. Es ist dafür Sorge getragen, daß die Mitteilungen der Deutschen Vereinigung des Weltbundes, die Genfer Mitteilungen des Ökumenischen Rates und des Weltbundes und auch andere uns nahestehende Zeitschriften zeitweilig den nötigen Ersatz bieten.

Der Herausgeber.

---

## Lutherische Kirchenführer, die im letzten Jahre von uns gingen.

Vom Herausgeber.

In den letzten Monaten sind viele Freunde der ökumenischen Sache in Deutschland von uns gegangen. Sicherlich haben die Aufregungen der Stunde dazu beigetragen. Und für gewöhnlich ist es ja so, daß in der Zeit nach der Erregung noch mehr Opfer gefordert werden als während derselben. Neben denen, die uns durch den Tod entrissen wurden, stehen die, die aus anderen Gründen der Arbeit der Kirche verloren gehen. Wir könnten sie kaum aufzählen und wollen's auch nicht, vom Präsidenten des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses, der zugleich der Führer der deutschen

Mitarbeit am Stockholmer Werk war, bis hin zu jüngeren Theologen, die ihr Amt aufgeben oder auf ihre Mitarbeit an der ökumenischen Sache verzichteten müssen. Unter den Älteren, die dem Weltbund für Freundschaftsarbeit der Kirchen größte Dienste geleistet haben, sind die Generalsuperintendenten D. Gennrich, der uns auf der Königsberger Regionalkonferenz Gastgeber war, D. Dibelius, der sich um den Zusammenhang mit den deutschen Auslandskirchen so große Verdienste erworben hat, und D. Eger, der die Landesvereinigung Sachsen-Anhalt und die mitteldeutschen Konferenzen des Weltbundes leitete. Aber neben ihnen haben fast alle anderen jetzt abgesetzten Generalsuperintendenten der ökumenischen Sache ihre Mitarbeit gewährt. Auch in den Arbeiten der Inneren Mission und der christlichen Jugendbewegung sind Lücken entstanden. Uns fehlen heute manche, die die Verbindung mit den entsprechenden Organen des Auslands aufrecht erhielten. Wir grüßen die Lebenden und hoffen, daß wir ihnen wieder begegnen. Wir beklagen die Toten, weil sie uns in den schweren Kämpfen künftiger Tage unendlich fehlen werden. Wer wird mit so tiefem Interesse die Weltbundarbeit verfolgen wie der frühere Oberkonsistorialpräsident des Elsaß D. Dr. Friedrich Curtius? Wer wird die deutsche Kirche so würdevoll vertreten wie Landesbischof D. Ihmels? Wer wird die Sicherheit des Urteils besitzen, die wir an dem Schleswiger Generalsuperintendenten D. Theodor Kaftan bewunderten?

Über D. Kattan habe ich selbst im Folgenden geschrieben, hauptsächlich unter dem Gesichtspunkt, seine ökumenische Wirksamkeit uns nochmals vor Augen zu stellen. Über Landesbischof D. Ihmels schreibt der Führer des amerikanischen Luthertums D. J. A. Morehead, den seit dem Kriege enge Zusammenarbeit mit D. Ihmels verband. Mir lag daran, daß der bedeutsame Artikel, den Dr. Morehead im „Lutheran Companion“ veröffentlicht hat, auf diese Weise deutschen und anderen Freunden der ökumenischen Sache vor Augen käme. Ich erinnere an den Nachruf, den Landesbischof D. Marahrens namens des Lutherischen Einigungswerkes diesem „von Gott geweihten Mann“ widmete. Auch in der Gedächtnisrede von Professor D. Sommerlath, die in der Allgemeinen Evangelisch-Lutherischen Kirchenzeitung vom 16. Juni 1933 erschienen ist, ist diese Bischofsgestalt von vollendeter innerer Würde gut geschildert. Den Nachruf für Präsident Friedrich Curtius werden wir schreiben, sobald uns seine Briefe und Äußerungen zur ökumenischen Sache wieder zugänglich sind. Wir erinnern heute nur an die Aufsätze, die Curtius in der „Eiche“ veröffentlicht hat: immer der Zeit vorausseilende Äußerungen zu den brennendsten Problemen von Kirche und Politik, nie angenehm für die Trägen, immer aufrüttelnd und hilfreich für die Vorwärtsdrängenden. Er ist derjenige deutsche Kirchenleiter gewesen, der früher als alle seine Kollegen die Notwendigkeit einer auf Christus gegründeten Freundschafts-Arbeit erfaßt hatte. Er war zugleich eine lebendige Brücke zwischen Deutschland und Frankreich, wenigstens solange das Elsaß noch eine Brücke war. Wieviele Brücken sind in diesen fünfzehn Jahren von anderer Seite abgebrochen worden, bis Deutschland in die seelische Situation gedrängt war, seinerseits alle Brücken abubrechen!

## Generalsuperintendent D. Theodor Kaftan.

Nach Bezzel, der nicht zur vollen Auswirkung seiner eigenartigen Persönlichkeit gekommen ist, war, soweit ich sehe, Theodor Kaftan der bedeutendste kirchliche Führer des alten Deutschlands. Seine Bedeutung reichte weit über die Kirchenprovinz hinaus, der er in allen seinen Ämtern, zuletzt über dreißig Jahre lang im bischöflichen Amt, gedient hat. Er ist die überragende Intelligenz des deutschen Luthertums gewesen, von der auch stärkste Einflüsse auf das theologische Ringen der Epoche vor dem Kriege ausgegangen sind. Er hat am sichersten erkannt, welche Konsequenzen eine ernste lutherische Gesinnung hinsichtlich der kirchlichen Verfassung mit sich bringt. Er hat von da aus auch die ökumenischen Aufgaben des Luthertums am tiefsten erfaßt. Sein Lebenswerk ist weder für die Gestaltung des deutschen kirchlichen Geschehens noch für die der ökumenischen Zusammenhänge ausgeschöpft. Das ist der Grund, weswegen wir jüngeren Freunde des Heimgegangenen uns verpflichtet fühlen, seinen Spuren nachzugehen und einige Teile seines Testaments vor dem Vergessen einer führerlosen Generation zu schützen.

Theodor Kaftan hat uns die Möglichkeit gegeben, seinen „letzten Willen“ genauer zu erforschen. Es ist ihm gelungen, im hohen Alter — er ist am 18. März 1847 geboren, als Siebenzjähriger von seinem Amt zurückgetreten und fünfundachtzigjährig am 26. November 1932 gestorben — autobiographische „Erlebnisse und Beobachtungen“ herauszubringen, die 1931, ein Jahr vor seinem Tode, in zweiter Auflage erschienen sind (bei C. Bertelsmann in Gütersloh). Wir schöpfen diese Schrift, die wir hier noch nicht ausführlich besprochen haben, nach Kräften aus und zitieren sie im Folgenden häufig. Alle Hinweise, die nicht näher angegeben sind, beziehen sich auf sie. Wir verweisen im Verlauf der Darstellung noch auf einige Erinnerungsartikel, die nach dem Tode D. Kaftans in deutschen Zeitschriften erschienen sind. Hier sei besonders die Leichenrede von Bischof D. Völkel genannt, die in Nr. 52 der Allgemeinen Evangelisch-Lutherischen Kirchenzeitung abgedruckt ist.

\*

Wir beschäftigen uns zunächst mit D. Kaftans Stellung zur deutsch-dänischen bzw. zur Minoritätenfrage, weil wir hierbei seine Jugendgeschichte als Untergrund seiner späteren Stellungnahme in dieser Frage wie in der Politik überhaupt streifen können. Wir werden nachher auf Kaftans theologisch-kirchliche Arbeit zu sprechen kommen, die als das andere Fundament seiner ökumenischen Arbeit angesehen werden kann und uns Gelegenheit gibt, die innere Entwicklung während seines Mannesalters zu verfolgen.

Kaftans Leben hat von frühester Jugendzeit an unter den Gesetzen der deutsch-dänischen Geschichte gestanden. Eine seiner ersten Erinnerungen ist die Seereise, die ihn von Apenrade über Kopenhagen nach Lübeck brachte — es war die Flucht seines Vaters, der Hauptpastor in Loit bei Apenrade gewesen war, nach dem Siege der Dänen bei Idstedt (25. Juli 1850). Sein Vater konnte sich, wie der Sohn in seinen Erinnerungen sagt,



nicht in politisch-kirchliche Maßregeln schicken, die er als Unrecht beurteilte; das war nach seinem Gewissen wider die Treue, zu der er sich seinem Lande wie seiner Kirche verpflichtet fühlte. So kam die Not der selbstgewählten Verbannung über die Familie, die um so schwerer war, als der Vater in den Aufregungen jener Jahre krank geworden war. Ein Hamburger Komitee, das sich für die vertriebenen Schleswig-Holsteiner gebildet hatte, vermittelte zwar der Familie eine Wohnung; doch starb der Vater bereits nach zwei Jahren.

Theodor Kaftan hat zuerst das Husumer Gymnasium, danach das dänisch gewordene Gymnasium von Flensburg besucht, hat aber der Versuchung widerstanden, dänischen Stipendien zuliebe das Versprechen zu geben, die Universität Kopenhagen zu besuchen. Der Einzug der deutschen Truppen im Jahre 1864 hat ihn dann diesen Gefahren entnommen und ihm die Möglichkeit gegeben, noch eine deutsche Prima durchzumachen.

So stand die ganze Jugendzeit unter der Herrschaft der deutsch-dänischen Frage. Das Kapitel der „Erlebnisse und Beobachtungen“ über die Dänenzeit ist eines der interessantesten des ganzen Buches. Von allgemeinem Interesse ist u. a., daß Kaftan berichten kann, in Flensburg sei damals die Volkssprache fast allgemein Deutsch gewesen. Trotzdem habe sich die Dänenherrschaft so stark bemerkbar gemacht, daß Theodor Kaftan mit seinen Brüdern und verschiedenen Freunden damals den Plan faßte, nach Amerika auszuwandern. Er sagt, daß in seinem Gedächtnis die Dänenzeit als eine böse Zeit lebt. Wenn die Dänenpresse später von dieser Zeit als einer goldenen Zeit und einer Zeit der Freiheit geschrieben habe, so sei diese Charakteristik wohl die verkehrteste gewesen, die man geben konnte; von Freiheit sei damals keine Rede gewesen: „Es war eine Zeit der Knebelung der öffentlichen Meinung und polizeilicher Willkür. Meine dänischen Landsleute, die vielfach die preußische Zeit ähnlich empfunden haben wie wir deutschen Schleswiger die dänische Zeit, brauchen nur des von ihnen in Schleswig unter preußischem Regiment entfalteten dänisch-nationalen Lebens zu gedenken, um erdrückt zu werden von Belegen, wieviel günstiger sie gestellt gewesen sind zur Preußenzeit als wir deutschen Schleswiger zur Dänenzeit“ (S. 29). Er berichtet, daß die deutschen Schleswiger vor allem erbittert waren durch die Sprachverfügungen. Die dänische staatliche Bürokratie sei überzeugt gewesen, daß man einen fremdnationalen Bruchteil im Staate durch sprachliche Vergewaltigung gewinnen könne. Kaftan wendet sich nicht dagegen, daß die dänische Regierung, als sie an der Herrschaft war, der dänischen Sprache überhaupt größere Geltung zu schaffen versuchte. Das Unrecht habe in der Einteilung der Bezirke gelegen, in denen Dänisch als alleinige Sprache oder als bevorzugte Sprache galt. Am schlimmsten habe es in kirchlicher Hinsicht gestanden. Der Religionsunterricht wurde ohne weiteres danisiert. In der Kirche wurde von oben dekretiert, daß der Gottesdienst abwechselnd in deutscher und dänischer Sprache gehalten werden mußte, welch letztere den Gemeindegliedern einfach unbekannt war. Kaftan gibt als Folge an: „In mancher Gemeinde erschienen . . . in diesen dänischen Gottesdiensten nur die Familien des Pastors, des Küsters und des Gendarmen“ (S. 30).

Theodor Kaftan hat jedoch von seiner Jugendzeit kein Gefühl eigent-

licher Feindschaft gegenüber dem Dänentum zurückbehalten. Er sagt in seinen Erinnerungen, daß es für seine geistige Ausbildung einen eigenartigen Wert gehabt habe, daß er in zwei Sprachen und zwei Literaturen aufgewachsen sei. Er vertritt auch die Meinung, daß es für Schleswig-Holstein am besten gewesen wäre, wenn eine gerechte Teilung auf Grund der Zusammensetzung der Bevölkerung schon früher, sei es 1850 oder 1864, erfolgt wäre. Aber er weist auf Grund der politischen Dokumente, die inzwischen veröffentlicht worden sind, darauf hin, daß Dänemark sich damals einer solchen Teilung strikt widersetzt habe.

Als Schleswig-Holstein dann im ganzen preußisch geworden war, war es Kaftan ebenso wie vielen anderen deutschen Patrioten in Schleswig darum zu tun, daß die Entscheidung der schleswig-holsteinischen Angelegenheiten nun nicht einfach von Kopenhagen nach Berlin verlegt würde, sondern daß eine eigene Verwaltung zustande käme, zumal angesichts der starken Zentralisierung, die damals in Preußen herrschte. Kaftan hat später, wie er selbst sagt, aus sittlichen und nationalen Gründen, der preußischen Nordmarkpolitik opponiert. Diese Haltung hat ihm vielfach den Ruf eingetragen, er sei antipreußisch gesinnt, was er als durchaus falsch bezeichnet. Aber er gibt zu, daß er als Schleswig-Holsteiner, dem das Preußische bis in seine Jünglingsjahre hinein völlig fremd gewesen sei, selbstverständlich nicht nach Gefühl und Haltung ein Preuße im eigentlichen Sinne habe werden können.

Für Kaftan ist die deutsch-dänische Frage durch sein ganzes Leben hindurch von größter praktischer Bedeutung geblieben. Als er, eigentlich gegen seinen Willen, Diakonus in Apenrade wurde, hat er dort die dänische Bevölkerung ebenso betreut wie die deutsche; er war ja auch der Pastor des dänischen Teils der Gemeinde und hatte auch für sie Gottesdienst zu halten. Übrigens wurde damals der dänische Gottesdienst auch von einem Teil der deutschen Gemeinde besucht, da in Apenrade Dänisch zu dieser Zeit die Umgangssprache der meisten Deutschen war.

Kaftan hebt hervor, daß bei aller Offenheit der Gegensätze in politischen Fragen ihn doch enge persönliche Freundschaft mit dänischen Gliedern seiner Gemeinde und anderen Dänen verbunden hat. An seine alte Tätigkeit in Apenrade erinnert ein kleines Gedicht, das Kaftan im hohen Alter in Baden-Baden für den „Schleswig-Holsteinischen Sonntagsboten“ geschrieben hat. Da heißt es:

„In deinem Kreis der Männer und der Frauen —  
ob deutsch, ob dänisch, hab ich nie gefragt —  
durft ich in helle Seelenaugen schauen,  
wie gerne hab ich dann das Wort gesagt.“

Als Kaftan sein Amt als Generalsuperintendent antrat, haben es daher, wie er selbst sagt, selbst die fanatischsten Dänen nicht fertig gebracht, ihn als einen Fremden anzusehen. „Jungdänen“ habe es damals noch nicht gegeben; sie seien erst eine Frucht der späteren preußischen Nordmarkpolitik gewesen. Von ihm aber hieß es in dänischen Kreisen: „Wir müssen Gott danken, daß wir keinen Schlimmeren bekommen haben“ (S. 137).

Selbstverständlich hat eine solche gerechte und irenische Haltung Kaftan manches Mal in arge Konflikte mit den eigenen Landsleuten gebracht. Je

stärker die Agitation des „Deutschen Vereins für das nördliche Schleswig“ wurde, desto schärfer mußte Kaftan als Generalsuperintendent den Übergriffen der haltlosen Ansprüche dieser Agitation entgegentreten und speziell auf dem Gebiete der Kirche die Grundsätze wahren, die aus seiner christlichen Überzeugung erwuchsen. Aber Kaftan hat auch zu der Zeit, als der Oberpräsident von Köller sich gegen ihn erklärte und seine Versetzung von Schleswig in die holsteinische Generalsuperintendentur betrieb, die Mehrheit der schleswigschen Pastoren stets hinter sich gehabt und vermocht, die staatlichen Angriffe auf seine Stellung zurückzuschlagen. Doch darüber später mehr.

Besonders wichtig sind die Mitteilungen, die Kaftan über die von ihm während seiner Tätigkeit als Schulrat vorgefundenen Sprachverhältnisse in Nordschleswig macht. Die Sprachinstruktion vom 9. März 1877, die für ihn galt, verlangte bereits Unmögliches von den der deutschen Sprache damals nicht mächtigen Lehrern. Die geistliche Schulinspektion, deren Mängel Kaftan vielfach entgegentrat, hatte unter diesen politischen Schwierigkeiten außerordentlich zu leiden. Kaftan sah die Aufgabe der Kirche darin, daß die Christusherrschaft in der Schule gewahrt würde. Hierfür erschienen ihm sowohl die geistliche Schulinspektion wie das zu starke Wertlegen auf die nationalen Töne als Hindernisse. Aber nur einen kleinen Teil seiner Umgebung hat er hiervon zu überzeugen vermocht.

Eine Frage, die für die Stellung der kirchlichen Minoritäten von grundsätzlicher Bedeutung ist, wurde mit D. Kaftan verhandelt, als er anlässlich seiner Ernennung zum Generalsuperintendenten von Schleswig in Berlin seine Besuche machte: ob nämlich fremde Staatsangehörige, in diesem Falle also die dänischen Christen in Nordschleswig, wahlberechtigte Mitglieder der Landeskirche sein könnten. Der damalige Chef des Zivilkabinetts v. Lucanus vertrat am schroffsten den staatskirchlichen Standpunkt; aber auch der Minister von Goßler und der damalige Ministerialdirektor Barkhausen waren der Meinung, daß den Dänen das kirchliche Wahlrecht nicht gewährt werden könne. Kaftan hebt in seinen Erinnerungen hervor, daß er als Kirchenmann selbstverständlich anders urteilte. Er sagt auch, daß er später überrascht war, als die preußische Staatsregierung beim Erlaß des Kirchensteuergesetzes von 1906 die fremden Staatsangehörigen zur Kirchensteuer heranzog. Kaftan selbst hoffte damals, daß nun den dänischen Staatsangehörigen, denen seinerzeit ihr Wahlrecht genommen war, dieses wieder beigelegt werden würde. Aber einen Erlaß dieser Art konnte er nicht erreichen. Er fügte der zweiten Auflage seines Buches hierüber den Satz bei: „Dieses Verhalten der preußischen Regierung war kein Ruhmestitel“ (S. 241).

Die späteren Konflikte, die D. Kaftan in der Minoritätenfrage hatte, knüpfen sich fast alle an die Sprachenfrage. Die Volkssprache Nordschleswigs war, wie D. Kaftan immer wieder feststellt, wesentlich die dänische. Die dänische Sprache aber wurde bereits im Süden seines schleswigschen Sprengels und erst recht in Holstein nicht mehr verstanden. In dem mittleren Bezirk Schleswigs war eine Mischung vorhanden, bei der das Deutsche überwog. Immerhin aber sah Kaftan die Lage beim Antritt seines Amtes so an, daß er dem Konsistorialpräsidenten Mommsen in Kiel die Hoffnung aussprach, es noch zu erleben, daß in Nordschleswig in sprachlicher Hin-



sicht Ruhe einkehre, d. h. die dortige Bevölkerung sich den bestehenden Verhältnissen anpassen würde. Nach Kaftans fester Überzeugung ist diese Hoffnung nur dadurch zuschanden geworden, daß die preußische Regierung einen Fehler nach dem anderen in ihrer Sprachenpolitik in Nordschleswig begangen hat. Als Kaftan 1886 sein Amt antrat, war ein Teil der dänischen Bevölkerung für Deutschland gewonnen. Das Verschicken der nordschleswigschen Jugend nach Dänemark ließ nach. Die dänischen Volkshochschulen, die speziell für die Nordschleswiger jenseits der Grenze errichtet waren, mußten damals um ihre Existenz kämpfen. Die deutschfeindliche Presse in Dänemark war ziemlich einflußlos geworden. Die Wiedervereinigung Nordschleswigs mit Dänemark galt allgemein als aussichtslos. Es zeigte sich immer stärker, daß Schleswig ein geschlossenes Ganzes war und daß, wie früher die deutschen Schleswiger mit zu Dänemark gehört hatten, jetzt die dänischen Schleswiger mit zu Deutschland gehören wollten. Es schien das Natürlichere zu sein, daß in einem Grenzland mit national gemischter Bevölkerung die Majorität darüber entschiede, zu welchem Lande sie gehören wollte; und ebenso war es natürlicher, daß ein solches Grenzland Teil des größeren und nicht des kleineren Nationalstaates wurde. Es kam hinzu, daß in der Zeit des wirtschaftlichen Aufstiegs Deutschlands sich die wirtschaftlichen Verhältnisse in Nordschleswig vorzüglich entwickelt hatten; Bauern und Handelsleute nördlich der Grenze beneideten ihre in Deutschland wohnenden Freunde. So hätte eine verständige Politik der Regierung diese Entwicklung zu einem glücklichen Abschluß bringen können. Voraussetzung dafür aber war, daß die preußische Regierung keine Sprachverfolgung inszenierte, einige Sorgfalt in der Auswahl der Beamten und zwar sonderlich in den nördlichen Distrikten übte und vor allem auch Kirche und Religion unangetastet ließ. Aber gerade das Gegenteil war nach Kaftans Bericht der Fall. Immer häufiger wurden besonders nach Hadersleben Landräte geschickt, die nichts von den deutsch-dänischen Fragen wußten und sich nun auf diesem und anderen wichtigen Posten nur ihre Sporen als forschende Beamte verdienen sollten oder wollten. Die Zahl der eingeborenen deutschen Scharfmacher in diesen Bezirken von Nordschleswig war damals noch außerordentlich gering. Die kirchlichen Kreise vor allem fühlten sich, wie Kaftan sagt, in der Minoritätenfrage an des Herrn Gebot gebunden, den Menschen das zu geben, was sie selbst sich von den Andern gewünscht hätten. Da kam von Berlin jene Sprachverfügung, die ohne ein Vorherwissen des Generalsuperintendenten am 18. Dezember 1888 veröffentlicht wurde. D. Kaftan erfuhr sie aus dem Regierungsblatt, obwohl die staatsrechtliche Verpflichtung vorlag, daß der Oberpräsident in einem solchen Falle den Generalsuperintendenten vorher zur Beratung heranzog. Kaftan ist der Meinung, daß der Grund für diese Vernachlässigung der kirchlichen Instanz im Staatskirchentum gelegen habe: „Dieses hatte die Evangelische Kirche zu einem Staatsdepartement, und zwar einem solchen zweiten oder dritten Ranges, erniedrigt. Schlug der Staatsschwanz rechts, hatte die Evangelische Kirche rechts zu sitzen; schlug er nach links, hatte sie gefälligst links Platz zu nehmen.“ Diese Sprachverfügung, die die alte Verfügung von 1877 außer Kraft setzte, führte vom neuen Schuljahr an die deutsche Unterrichtssprache in allen Lehrgegenständen ein, mit alleiniger Ausnahme des Religionsunterrichts, verlangte

aber, daß neben dem dänischen Religionsunterricht, wo dieser bis dahin erteilt wurde, auch deutscher Religionsunterricht erteilt werden sollte, wodurch die frühere Zurückhaltung der Regierung gegenüber den religiösen und kirchlichen Interessen aufgegeben wurde. Die Anordnung wurde von der dänischen Bevölkerung dahin verstanden, daß die nur noch zum Teil erlaubte Belassung des dänischen Religionsunterrichts eine zeitweilige Maßnahme sei, daß also die Absicht bestehe, ihn so bald wie möglich ganz zu verdeutschen und dann die dänische Sprache aus der Kirche ebenso wie aus der Schule völlig hinauszutun. Ebenso erbitterte die völlige Beseitigung jedes dänischen Sprachunterrichts. Das schädigte unvermeidlich auch den in dänischer Sprache erteilten Religionsunterricht, der ja nun zum Teil erst Sprachunterricht werden mußte. Aber abgesehen von dem Interesse des Religionsunterrichts am Sprachunterricht war es nach Kaftans Meinung grausam, die Schule so zu gestalten, daß das die Heimat verlassende Kind nicht imstande war, einen Brief an seine Eltern in der Sprache, die die Eltern allein kannten, zu schreiben, daß dem Kind überhaupt nicht die Möglichkeit gegeben wurde, in seiner Muttersprache die Bildung zu erhalten, die es als notwendigste und unterste Stufe einer Ausbildung brauchte. Statt das tatsächlich vorhandene Bedürfnis dänischen Sprachunterrichts in der Schule in legitimer Weise zu befriedigen, hielt die preußische Regierung es für weise und patriotisch, nicht nur dieses legitime Bedürfnis in der Schule unbefriedigt zu lassen, sondern auch jede auch nur annähernde Bemühung eines Geistlichen, hier Abhilfe zu schaffen, als vaterlandsfeindliche Stellung zu brandmarken.

Es ist dem Generalsuperintendenten von Schleswig damals nicht gelungen, in Kiel oder in Berlin die unglückliche Verordnung zu ändern. Er hat noch wiederholt Versuche gemacht, die Lage zu bessern, hat unter anderem im Jahre 1893 dem Minister Bosse eine Denkschrift überreicht, die speziell vom kirchlichen Standpunkt aus die gemachten Fehler nachwies. Auch haben 77 nordschleswigsche Pastoren seinerzeit verlangt, daß wenigstens wöchentlich zwei dänische Sprachstunden für die Schulen der Gemeinden mit dänischer Kirchensprache eingeführt würden. Obwohl also die Geistlichen Nordschleswigs in ihrer überwältigenden Majorität genau so urteilten wie D. Kaftan, kam es doch nicht zu einer Beachtung dieser Stellungnahme, weil jede Aktion von vornherein von den staatlichen Behörden im Keime erstickt wurde. Der in ganz Nordschleswig als deutscher Patriot bekannte Probst Reuter sagte damals: „Das ist bitter für uns, daß die Dänen jetzt recht haben“ (S. 203). Je länger diese Politik in Geltung blieb und je stärker sich die entsprechende Gegenpolitik durchsetzte, desto tiefer sank Kaftans Hoffnung auf eine verständige Gestaltung der Verhältnisse in Nordschleswig. Er sagt darüber: „Und die Schuldigen waren in erster Linie wir Deutsche. In erster Linie — auch das Verhalten meiner dänischen Landsleute war nicht einwandfrei“. Damals flammte der dänische Fanatismus in Nordschleswig auf. Der dänische Sprachverein trat in Kraft. Die freien Gemeinden bildeten sich. Die Abstimmung von 1919 war das letzte Ergebnis.

D. Kaftan und die Geistlichen Schleswigs haben getan, was sie konnten, um die bösen Wirkungen der falschen Sprachpolitik der Regierung zu über-

winden. Sie führten zum Beispiel vielfach Bibelstunden ein, um auf diese Weise die Dänen, die der Kirche entfremdet wurden, in dänischer Sprache zur Kirche zurückzurufen. Es waren speziell deutschgesinnte Männer, die das taten. Aber natürlich wurden diese Leute als Landesverräter bezeichnet und auf allen ihren Wegen aufs schärfste behindert. Gewisse Vorkämpfer der deutschen Sprachpolitik, auch solche im geistlichen Gewand, taten das ihrige, um diejenigen Pastoren, die sich der dänischen Minorität annahmen, in der Öffentlichkeit als Landesverräter hinstellen. Es kam so weit, daß dem Generalsuperintendenten Kaftan von oben her nahegelegt wurde, die Generalsuperintendentur von Schleswig mit derjenigen von Holstein zu vertauschen. Kaftan war bereits so weit, sich zu fügen; da begann die alldeutsche Presse einen Feldzug gegen ihn, in dem dem preußischen Oberkirchenrat (der übrigens der Kirche von Schleswig-Holstein nicht übergeordnet war) vorgehalten wurde, daß es seine Pflicht sei, den Generalsuperintendenten aus seiner „Schädlingswirksamkeit“ zu beseitigen. Jetzt erklärte D. Kaftan, daß ihm seine nationale Ehre verböte, den Posten in Schleswig zu verlassen. In einem prachtvollen Gespräch, das in den „Erlebnissen und Beobachtungen“ mitgeteilt wird, machte Kaftan dem Oberpräsidenten v. Köller klar, daß er nicht versetzt werden könne, wenn er nicht wolle, es sei denn auf dem Disziplinarwege (S. 235/36). Köller fügte sich, aber die Hetze gegen den „heimlichen Dänenfreund“ ging weiter und hörte auch nicht auf, als in dem zunehmenden Streit derselbe Mann von der anderen Seite mehr und mehr charakterisiert wurde als derjenige, der Tag und Nacht darauf sinne, Nordschleswig zu germanisieren. Olfert Ricard, der fromme, aber politisch leidenschaftliche Führer der dänischen Jungmännerbewegung, schrieb damals über „Generalsuperintendent Kaftans freches Wort von einer oder zwei Generationen, die geopfert werden müßten, um Nordschleswig zu verdeutschen“ und hat niemals das Dementi dieser Verleumdung gebracht, das die empörten Amtsbrüder in Schleswig von ihm verlangten. Man sprach in Dänemark allgemein von einer „Verfälschung von Religion und Politik“, an der auch Kaftan schuld sei. So hat D. Kaftan bis zu seinem Abschied im Jahre 1917 gegen die Feindschaft von beiden Seiten kämpfen müssen. Er hat das rechte Verhalten gegenüber diesen Verleumdungen gefunden, indem er sich in seiner Stellungnahme und Arbeit nicht beirren ließ. Er hat das Haderslebener Seminar für die dänischsprechenden Geistlichen weiter gefördert. Er hat die Gottesdienste und die sonstige Versorgung der dänischen Gemeinden weiterhin angeregt und geschützt. Er hat auf das neue dänische Gesangbuch für Nordschleswig unendlich viel Mühe verwendet. Kurz, er ist ein rechter Bischof auch der dänischen Minorität in Schleswig gewesen. Manche dänischen Geistlichen, die Kaftans Wirken miterlebt haben, haben mir das bezeugt.

Man wird sagen dürfen, daß die politische Atmosphäre Schleswig-Holsteins ein wesentliches Glied in der inneren Entwicklung Kaftans bedeutet hat. In dieser Grenzlandatmosphäre ist einerseits seine deutsche Gesinnung eine wirkliche Kraft geworden, die sein Leben reich befruchtet hat. Ebenso aber hat das Zusammenleben mit der dänischen Bevölkerung ihn in seiner kirchlichen und seelsorgerlichen Arbeit in immer stärkerem Maße zu der Erkenntnis geführt, daß ein nachbarliches Zusammenleben der Stämme,



vor allem innerhalb der Kirche, notwendig sei. Theodor Kaftan hat damals bereits in der Minoritätenfrage im wesentlichen die Grundsätze gewonnen, die heute innerhalb der christlichen Kirchen, wenigstens innerhalb des Weltbundes für Freundschaftsarbeit der Kirchen, vertreten werden. Wenn in Schleswig-Holstein nach dem Kriege diese Grundsätze alsbald Anwendung gefunden haben, so ist es auf deutscher Seite zum guten Teil das Verdienst von D. Kaftan, das über seine Amtszeit hinaus in den kirchlichen Kreisen Schleswig-Holsteins lebendig geblieben ist. Es ist ein glückliches Zusammenreffen, daß auf dänischer Seite, d. h. in dem Gebiet, in dem die deutsche Minderheit seit dem Frieden von Versailles sehr viel stärker ist als die dänische Minderheit auf deutschem Gebiet, sich durch die Persönlichkeit und Wirksamkeit von Bischof Ammundsen ähnliche Grundsätze durchgesetzt haben, wie sie Kaftan auf deutscher Seite vertreten hatte.

\*

Das andere Fundament der ökumenischen Anschauungen Kaftans war seine Theologie, verbunden mit seiner kirchlichen Wirksamkeit. In Erlangen hatte er zunächst als Student unter dem starken Einfluß von Hofmann gestanden, dem er, wie er sagt, sein Interesse für die Theologie verdankte. Er sieht als das Charakteristikum der Hofmannschen Theologie seine heilsgeschichtliche Auffassung des Christentums an; es sei Hofmanns Verdienst, die Tatsache, daß die heilige Geschichte Heilsgeschichte sei, dem Geschlecht unserer Tage zum Bewußtsein gebracht zu haben. Aber auch der anderen Erlanger Lehrer gedenkt er in Ehrfurcht und sieht die Begründung dieses Gefühls darin, daß sie alle in ihrem ganzen Wesen Theologen waren und sämtlich in allerintimsten Beziehungen zur Kirche standen. Es ist von daher immer seine Überzeugung gewesen: „Die Kirche kann die Theologie nicht entbehren, und die Theologie existiert nicht ohne die Kirche“ (S. 49). Übrigens gehörte Kaftan in Erlangen der christlichen Verbindung Uttenruthia an, die, wie er hervorhebt, nicht wie der Wingolf dogmatisch bestimmt war, sondern sich darauf beschränkte, dem Christentum die sittlichen Grundsätze für ihr Gemeinschaftsleben zu entnehmen.

In Berlin waren neben der Theologie von Steinmeyer (nicht Hainmeyer, wie die Allg. Ev.-Luth. Kirchenzeitung ihn nennt, vgl. Sp. 491 dieses Jahrgangs) die Persönlichkeiten von Dorner und Trendelenburg von besonderem Einfluß auf ihn. Die Tatsache, daß diese in philosophischer und theologischer Hinsicht als liberalisierend geltenden Persönlichkeiten einen so tiefen Eindruck auf ihn machten, hat mit dazu beigetragen, daß sich später bei ihm die Ansätze einer verständigungsbereiten Theologie bildeten, die endlich in seiner modernen Theologie des alten Glaubens ihren Abschluß fanden.

Für Kaftans weitere theologische Entwicklung ist es von Bedeutung gewesen, daß für ihn die alte Form der Verbalinspiration hinfiel. In seinem Kieler Sommersemester des Jahres 1870 kam ihm die kleine Streitschrift in die Hände, in der Kahnis gegen Hengstenberg für die wirkliche Schrift eintritt, gegen die, die man in der Verbalinspiration aus ihr konstruiert habe. Kaftan berichtet, daß er froh und frei wurde in der Erkenntnis, daß wir in der wirklichen Schrift Gottes Wort haben, ohne daß wir aus ihr etwas Besonderes zu machen brauchen.

Selbstverständlich ist das Pfarramt D. Kaftans von ganz besonderer Bedeutung für seine Theologie gewesen. Wir müssen uns versagen, das hier im einzelnen aufzuzeigen. Mit Recht ist die Darstellung seiner Apenrader Wirksamkeit in seinem Buche als eine „praktische Pastoraltheologie“ von besonderem Werte beschrieben worden<sup>1)</sup>. Seine vorübergehende Tätigkeit als Schulrat hat ihn von der Bedeutung des Religionsunterrichts innerhalb der kirchlichen Erziehung überzeugt, zugleich ihm aber von neuem die Größe des kirchlichen Amtes gezeigt. Er ist dann nur ganz kurz Hauptpastor und Propst in Tondern gewesen, da er bereits 1886 Generalsuperintendent von Schleswig wurde.

Welche Stellung nahm Kaftan zum kirchlichen Leben jener Zeit ein?

Kaftans Beurteilung der kirchlichen Versäumnisse speziell auf dem Gebiete des großstädtischen Lebens war ungemein scharf. Anlässlich einer Beschreibung der bekannten Waldersee-Versammlung und der Entstehung des Evangelisch-Kirchlichen Hilfsvereins schreibt er: „Es ist fast unbegreiflich, daß und wie bei dem starken Anwachsen Berlins nach dem französischen Kriege, um kirchlich Schritt zu halten, so gut wie nichts geschah, und das unter der Regierung eines religiös so warmen und vom Volk so geliebten Königs, wie es Wilhelm I. damals war. Natürlich hat hier der allgemeine religiös-sittliche Niedergang, der in Deutschland den glänzenden Siegen folgte, das Seine getan“ (S. 185). Kaftan spricht hier von der Schuld Bismarcks an diesem Zustand; Bismarck habe nach seiner Niederlage im Kulturkampf auch von der evangelischen Kirche nichts wissen wollen. Kaftan fährt dann fort: „Die kirchliche Vernachlässigung Berlins nach dem siegreichen Krieg bis zur Waldersee-Versammlung war eine so skandalöse, daß in der ganzen Kirchengeschichte sich schwer ihresgleichen findet“ (S. 185).

Die eigentliche Kritik Kaftans aber richtete sich gegen das Staatskirchentum. Er gab zu, daß unter dem Gesichtspunkt des Staatskirchentums für das Kirchenwesen damals nicht viel zu wünschen übrig blieb. Aber die bloße Tatsache, daß der Inhaber des Kirchenregiments in Preußen der keiner kirchlichen Instanz verantwortliche Kultusminister war, daß die damals zur Durchführung gekommene Synodalordnung zwar eine den Zeitverhältnissen Rechnung tragende, konstitutionelle Einschränkung des absoluten Regiments bedeutete, daß aber trotzdem die eigentliche Regierung bei jenen staatlichen Stellen einschließlich eines aus Protestanten und Katholiken, Juden und Heiden zusammengesetzten Parlaments lag, war ein für ihn beschämender Zustand des kirchlichen Aufbaus. Kaftan begrüßte es, daß der staatlichen Einverleibung Schleswig-Holsteins nicht auch eine kirchliche Einverleibung in dem Sinne folgte, daß die Kirchenprovinz Schleswig-Holstein dem preußischen Oberkirchenrat unterstellt wurde; in Schleswig-Holstein nämlich hatte man den dringenden Wunsch, selbständig zu bleiben. Kaftan lobt in diesem Zusammenhang den damaligen Vorschlag des Barmer Missionsinspektors D. Fabri, der sich dachte, daß die altpreußische Staatskirche in Provinzialkirchen aufgelöst würde, wodurch der konfessionellen

1) Propst Janst in seinem Aufsatz zum Gedächtnis von Generalsuperintendent D. Kaftan in der Allg. Ev.-Luth. Kirchenzeitung, 66. Jahrgang, Nr. 21, Sp. 492.

Eigenart der einzelnen Provinzen Rechnung getragen werden sollte, daß entsprechend die neuprovinzlichen Kirchen nebengeordnet und mit den alt-preußischen Provinzialkirchen zusammen unter ein wesentlich auf die Verwaltung beschränktes Oberregiment gestellt werden sollten. Aber diese Zerschlagung in Provinzialkirchen entsprach nicht, wie Kaftan sagt, dem Stolz der Altpreußen auf ihre „große“ Kirche. „Gut staatskirchlich gedrillt, wußten sie nicht, daß die Kirche in der Einzelgemeinde pulsiert, nicht wie der Staat in der Zusammenfassung“ (S. 242).

Immer wieder tauchte auch während der bischöflichen Amtszeit D. Kaftans der Gedanke auf, daß die Union auf das schleswig-holsteinsche Kirchentum übertragen würde. Als Kaftan selbst Generalsuperintendent wurde, verbreitete sich sogar in streng lutherischen Kreisen Schlesiens das Gerücht, daß er für den Unionsgedanken gewonnen sei. Selbstverständlich war das ein schwerer Irrtum. Kaftan ist zwar selbst stets für eine brüderliche Gesinnung gegenüber den Reformierten eingetreten und hat speziell in Schleswig-Holstein gegen ein solches Verhalten keine scharfe Opposition gefunden. Er hielt auch, wie er wiederholt ausgesprochen hat, die Union für einen großen und schönen Gedanken. Er war jedoch überzeugt, daß sich eine wirkliche Union nicht machen lasse, sondern daß sie aus dem Geist geboren werden müsse. Eine so entstandene Union müßte in einer neuen Formulierung des Bekenntnisses ihren Ausdruck finden, da Bekenntnisbildung und Kirchenbildung Korrelate seien. Als eine solche Union seinerzeit nicht entstand, machte man eine Union, damit sich Staat und Kirche tunlichst decken möchten. Dieses staatliche Machen mußte, als Preußen infolge der späteren Entwicklung kein konfessioneller Verband mehr blieb, zu größten Schwierigkeiten führen.

Kaftan hat auch oft seine Bedenken gegen die Art des Kirchenregiments geäußert, wie es sich in den Konsistorien entwickelt hatte. Nach seiner Meinung stand dieses Kirchenregiment in striktem Widerspruch zu der aus der Reformation erwachsenen Ordnung des landeskirchlichen Kirchenregiments. Diese forderte statt einer Einzelperson ein Kollegium, und zwar ein solches, das vorzugsweise aus Theologen bestand. Aber die Konsistorialverfassung stand nicht nur mit der Reformation, sondern auch mit der modernen Entwicklung des evangelischen Kirchenwesens in Widerspruch. Die Generalsuperintendenten waren nach Kaftans Meinung in der freien Entfaltung ihrer Tätigkeit zu sehr beengt. Die Bürokraten des Konsistoriums empfanden die Generalsuperintendenten als ein störendes Element für die Bürokratie, was sie nach Kaftans Meinung auch wirklich waren, während selbstverständlich die Generalsuperintendenten durch diese Bürokratie wiederum behindert wurden. Das Bischofsprinzip — Kaftan hat ja auch sein Wirken oft als ein bischöfliches bezeichnet und die Aufgaben entsprechend formuliert — wurde von Kaftan schon zu einer Zeit, als innerhalb der preußischen Kirche nicht viel davon die Rede war, recht deutlich herausgearbeitet. Übrigens war er auch von Natur ein Monarch, ein bischöflicher Diktator; sein Konsistorium hieß bei boshaften Leuten das Millionenkonsistorium (eine Eins, die aus den vielen Nullen etwas macht) oder sogar das Kaftansche Panoptikum. In Wahrheit ist jeder große Geist Autokrat.

Unter den vorbildlichen Methoden seines bischöflichen Wirkens sei auf



eine besondere hingewiesen, nämlich auf seine Visitationstätigkeit. Es ist nicht möglich, in diesem Rahmen näher zu beschreiben, wie er dieselbe ausübte. Es sei nur die Tatsache erwähnt, daß er innerhalb dreier Jahre sämtliche Propsteien der Provinz einschließlich von zwei Dritteln der einzelnen Gemeinden zu visitieren unternahm, und zwar in einer sehr sorgsam und genauen Weise, die sich in gleicher Weise auf die Seelsorge wie auf die Verwaltungstätigkeit bezog. Auch hier war das Prinzip gültig, daß der Bischof seinen Pastor kennen und in engster Beziehung zu allen Amtsstellen seines Sprengels stehen muß.

Ferner sei darauf hingewiesen, daß Kaftan die Innere Mission seines schleswigschen Kirchensprengels neu aufgebaut hat. Besonders enge Beziehungen hatte er nach seinem eigenen Bericht zu dem Diakonissenwesen und zu der Mission. Freilich hat er gerade in bezug auf die letztere erleben müssen, daß sein theologisches Wirken dort gelegentlich auf Mißverständnisse und Widerstände stieß, die ihm sein Wirken für die Sache der Mission erschwerten. Seine Mitarbeit ist sonst noch besonders intensiv gewesen für den Nordschleswigschen Asylverein und für den Schleswig-Holsteinischen Erziehungsverein, für welch letzteren er auch im einzelnen Grundsätze ausgearbeitet hat, die uns für das kirchliche Arbeiten vorbildlich zu sein scheinen: Er ließ den Verein nicht erst in Wirksamkeit treten, wenn für einen Jugendlichen Fürsorge verordnet war, sondern forderte die Arbeit des Vereins für alle Jugendlichen von der Konfirmation an. Er hat besonders die bekannten Ricklinger Anstalten der Inneren Mission gefördert, nämlich die dortige Arbeiterkolonie, die Fürsorgeanstalten, die Trinkerheilanstalt und die Diakonenanstalt, welch letztere entstand, als sich Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit mit dem Rauben Haus ergaben. Interessant ist, daß Kaftan die gesamte Arbeit der Inneren Mission sehr stark diakonisch ausbaute. Man hat ihm von seiten der Pastoren Vorwürfe gemacht, daß er hier von einem lutherischen Prinzip abwicke. D. Kaftan aber war, wie er mir wiederholt ausgesprochen hat, davon überzeugt, daß die Darbietung des Christentums in unserem deutschen Kirchentum einer starken Ergänzung durch die christliche Tat bedürfe. Ihm erschien gerade das stille Wirken der Diakonen wertvoll. Gegen ein zu starkes Hervorheben evangelisatorischer Tätigkeit der Diakonen hatte er sogar gewisse Bedenken, die hauptsächlich darin bestanden, daß durch eine zu intensive Verkündigung innerhalb der Inneren Mission ein „methodistischer Zug“ großgezogen würde, der zum wahren Luthertum in Widerspruch stände.

Mit diesem kirchlichen Wirken stand Kaftans theologische Arbeit in engstem Zusammenhang. Eine ganze Reihe von Einrichtungen, Studienkonferenzen, Arbeitsgemeinschaften usw. ist von ihm ausgegangen. Neben manchen Gründungen, die sich nicht bewährten, sei hier die „Theologische Arbeitsgemeinschaft“ hervorgehoben, die er mit Professor Schäder zusammen gegründet hat. In seinem theologischen Wirken lag ihm einerseits an der rechten Bildung der Pastoren, andererseits an der Klärung der Wahrheitsfrage in der Theologie. Die Rechtfertigung aus dem Glauben, überhaupt seine konfessionell-lutherische Auffassung des Christentums, war die Grundlage seines Wirkens. Aber er arbeitete gern mit Biblizisten wie Schäder oder mit Männern anderer Richtungen zusammen, wenn nur nicht eine ab-

solute Infallibilität den Wesenszug ihrer Theologie ausmachte. Er wendete sich in gleich scharfer Weise gegen die Infallibilität der Anhänger der Verbalinspiration wie gegen die Infallibilität der Männer der Religionswissenschaft.

Kaftans Schriften sind fast alle aus der Praxis erwachsen. Die erste Schrift, die er veröffentlichte, war eine „Auslegung des Lutherischen Katechismus“, die zunächst nur für den eigenen Gebrauch geschrieben worden war. Sie erschien 1892 auf Wunsch solcher, die Katechesen von ihm miterlebt hatten, und ist inzwischen in 7. Auflage herausgekommen, hat übrigens auch im Ausland, bis hin nach Amerika, Beachtung und sogar Nachahmung gefunden. Er wollte durch die Art seiner Behandlung des Katechismus dazu helfen, daß in den Schulen statt einer dogmatisierenden Behandlung eine religiöse Erfassung des Katechismusstoffes zustande käme. Im Alter hat dann Kaftan die Erklärung des Katechismus noch einmal in etwas anderer Form aufgenommen, woraus das Büchlein entstand: „Luthers Katechismus, wie ein Hausvater denselben einfältig erklären soll“.

Die nächste Schrift, die er veröffentlichte, entstand aus dem Apostolikumstreit und richtete sich hauptsächlich gegen Harnack: „Der christliche Glaube im geistigen Leben der Gegenwart“. Ihm war das Apostolikum nicht nur eine geschichtliche Größe, sondern auch das unveräußerliche älteste Bekenntnis unseres christlichen Glaubens, der für ihn nicht aus Spekulation erwachsen, sondern in geschichtlicher Offenbarung gegründet ist. Wenige Jahre später entstand die Schrift, die am stärksten in den theologischen Streit eingegriffen hat, nämlich die „Moderne Theologie des alten Glaubens“ (zuerst 1905 erschienen). Schon in seiner Jugend war ihm das an den Erlangern wichtig gewesen, daß sie neue Wege für die Darstellung des alten Glaubens gesucht hatten. Hofmann sagte von sich selbst, daß er die „alte Wahrheit in neuer Weise“ lehren wollte. Thomasius suchte in seiner Christologie die griechische Christus-Konstruktion mit der reformatorischen Erkenntnis des Evangeliums in Einklang zu bringen. Später wurde Kant für Kaftan der eigentliche Philosoph der christlichen Religion, und zwar gerade in der Unterscheidung zwischen dem verstandesmäßig Erkennbaren und dem, was sich uns auf anderem Wege offenbart. Kaftan spricht sich in diesem Zusammenhang einmal über die Möglichkeiten einer Erkenntnis außerhalb der christlichen Offenbarung aus. Er sagt da in seinen „Erlebnissen und Beobachtungen“ (S. 308): „Ich meine sogar, daß in unserem natürlichen Erkennen sich trotz allem Züge finden, die auf gewisse Elemente des christlichen Gottesbegriffs hinführen, freilich nicht auf seine eigentliche Fülle (der Vater), und auch jenes nur so, daß da alles über ein Möglich, vielleicht ein Wahrscheinlich nicht hinauskommt, sondern in dem Sinne, daß in meinen Augen alle so gar verschiedenen Versuche, das Christentum in die Kette des Natürlichen eingliedert zu fassen, immer wieder scheitern an der Person Jesu. Ich kann es vertragen, das Menschliche in der Überlieferung von ihm zu sehen; ich erlebe immer wieder die durch dieses alles hindurchbrechende, von ihm selbst geprägte Gewißheit: Hier ist Gottes Haus und die Pforte des Himmels. Hier ist, was alles Denken übersteigt; hier stehen wir vor dem kündlich großen Geheimnis: Gott war in Christo und veröhnte die Welt mit sich selbst. Und von da aus lerne ich, was Theologie

ist, etwas ganz anderes als Religionswissenschaft; von da aus lerne ich, was Kirche ist, etwas ganz anderes als ein religiöser Zweckverband oder allgemeiner Religionsverein; von da aus lerne ich beides, daß die armen Formeln unserer überlieferten Dogmatik dieses gottselige Geheimnis nicht fassen, wie daß es diese gesegneten Formeln sind, die es bewahren“. In diesen Sätzen erscheint die Theologie Kaftans am deutlichsten und kürzesten zusammengefaßt. Die „Moderne Theologie des alten Glaubens“ war ein solcher Versuch, den alten Glauben in seinem Kern zu erfassen und zugleich zu zeigen, daß derselbe eine moderne Theologie fordere. Kaftan ist es damals nicht angenehm gewesen, daß seine Schrift in solche Nähe der damals aufkommenden „modernen positiven Theologie“ rückte, um die sich die Schule Seebergs sammelte. Kaftan hat zwar gelegentlich in diesem Kreise mitgearbeitet, im ganzen aber, wie er selbst sagt, den Eindruck gehabt, daß seine moderne Theologie des alten Glaubens „einen anderen Geist“ habe. Das tritt auch in der Schrift hervor, mit der er die Diskussion über seine Schrift zu einem gewissen Abschluß brachte: „Zur Verständigung über moderne Theologie des alten Glaubens“ (1909 erschienen).

Mit einer weiteren Veröffentlichung hat Kaftan dann besonders im schleswig-holsteinischen Lande viel mehr Streit aufgewirbelt, als er bei der Herausgabe dieser Schrift, die dem Frieden dienen sollte, gedacht hatte. Es handelt sich um seine in der lutherischen Zeitschriftenliteratur vielgenannte Abhandlung über den Mittler, die unter dem Titel erschien: „Der Mensch Jesus Christus, der einige Mittler zwischen Gott und den Menschen. Ein Wort zur Klärung“. Kaftan lag daran, das Werk Christi rein religiös, aus der Schrift heraus, als Zentralwahrheit des Christentums darzustellen, die als solche der Verständigung dienen sollte. Das erwies sich als Irrtum. Besonders scharf war der Angriff des Missionsinspektors Pastor Bracker, der im Schleswig-Holsteinischen Sonntagsblatt den Angriff auf den Generalsuperintendenten unternahm. Kaftan wurde damals auch von den meisten lutherischen Theologen im Stich gelassen, wobei sich die Angriffe vielfach an einzelne Ausdrücke klammerten, die von Kaftan mehr religiös als theologisch gemeint waren. Vielleicht war es der Wunsch, sich in diesen Kreisen wieder verständlich zu machen, der ihn veranlaßte, eine Streitschrift zu schreiben, die sich gegen links wendete, nämlich die anläßlich der bekannten Irrlehre-Prozesse geschriebene Abhandlung: „Wo stehen wir? Eine kirchliche Zeitbetrachtung, verfaßt in Veranlassung des Falles Heydorn bzw. des Falles Jatho“. Er kämpfte darin gegen das Heimatrecht einer „blank heidnischen Religion“, in der mit dem Christentum radikal gebrochen war, innerhalb der christlichen Kirche, und gegen den Anspruch ihrer Träger auf ein kirchliches Amt. Kaftan begrüßte dann im Verfolg dieser Schrift die Entstehung des Spruchkollegiums, auch wenn dasselbe ihm in vieler Hinsicht die Angelegenheit zu sehr in die Form eines weltlichen Gerichts zu verschieben schien. In diesem Zusammenhang sei eine andere Schrift von Kaftan noch genannt, in der er sich in einer stilleren Weise mit der liberalen Theologie auseinandersetzt, nämlich seine Darstellung der Theologie von Ernst Troeltsch in der 1912 erschienenen Vortragsreihe: „Ernst Troeltsch, Eine kirchliche Zeitstudie“.

Dann aber wandte sich Kaftan nochmals der Aufgabe zu, den christ-



lichen Glauben in einer allgemein verständlichen Schrift dem Laien darzubieten. Dieselbe erschien im Frühsommer 1914 unter dem Titel: „Unterricht im Christentum, interessierten und gebildeten Laien aller Stände dargeboten“. Leider ist diese Schrift, die 1927 noch in einer zweiten Auflage erschienen ist, zunächst in der Erregung des beginnenden Krieges vollständig übersehen worden, während sie bei ihrem zweiten Erscheinen nicht mehr genügend die Anknüpfungspunkte hervorhob, die in der Nachkriegszeit für die deutschen Leser die anregendsten gewesen wären.

Schließlich seien noch Kaftans Schriften zur Kirchenfrage erwähnt. Einige Aufsätze, die er seinerzeit zur kirchlichen Lage verfaßt hatte, erschienen unter dem Gesamttitel: „Vier Kapitel von der Landeskirche“. Im allgemeinen hat er in dieser Schrift sich zur Landeskirche positiver gestellt, als das seinen späteren Ansichten entsprach. Einige kleinere Hefte, die nach Schluß des Krieges erschienen sind, bringen diese veränderte Auffassung deutlich zum Ausdruck: „Die freie Volkskirche“, „Wie verfassen wir die Kirche ihrem Wesen entsprechend?“ und „Staat und Kirche“. Aber damals war Kaftan schon von seinem Amt als Generalsuperintendent zurückgetreten. Es mag mit hieran gelegen haben, daß diese Schriften längst nicht mehr so stark gewirkt haben, wie das seinem Wunsche und dem Wert dieser Schriften entsprochen hätte.

Aber Kaftans Theologie hat in dem Parteienstreit der Jahrhundertwende überhaupt nicht die Beachtung gefunden, die sie verdiente. Der konfessionelle Lutheraner wollte von einer Fortentwicklung der lutherischen Theologie nichts wissen, während der liberale Theologe eine spezifisch lutherische Theologie für unzeitgemäß erklärte. Die Doppelerkenntnis, die sich uns um die Jahrhundertwende aufdrängte, daß nämlich der Glaube immer derselbe bleiben muß, wenn er überhaupt Glaube ist, daß aber die Theologie sich ständig ändern muß, wenn sie überhaupt Theologie ist, war damals noch nicht Allgemeingut. Vielmehr wollten die, die am alten Glauben festhielten, auch eine alte Theologie behalten, während diejenigen, die eine neue Theologie vertraten, sich auch einen neuen Glauben verschrieben. Moderne Theologie des alten Glaubens hätte das lösende Wort sein sollen. Aber noch heute sind ja die Grenzen zwischen Christentum und Wissenschaft nicht besser gezogen oder vielmehr von neuem so verwischt worden, daß man auch heute nicht die Notwendigkeit einer modernen Erfassung des Einen Christus versteht. Man versteht auch heute noch nicht, daß diese Einigung in dem Einen Herrn bei allen Verschiedenheiten der Erkenntnis auch nicht mehr nur eine Frage der Theologie, sondern des Lebens der Kirche ist, und zwar nicht nur der Kirche Schleswig-Holsteins oder Hannovers, auch nicht nur der Deutschen Evangelischen Kirche, sondern der Kirche der ganzen Welt. Entweder erkennt die Kirche Christi ihre Einigkeit in dem Einen Haupt, oder aber die Kirche Christi verliert mit der Einheit auch die Wahrheit. Vielleicht hat D. Kaftan diese Fragestellung noch fern gelegen, seine kirchlich-theologische Arbeit ist trotzdem in dieser Richtung gegangen. Das was in seinen Schriften — man mag zu seinen Aufstellungen im einzelnen stehen, wie man will — uns stärker entgegentritt als in irgendwelchen anderen Erzeugnissen der Theologie seiner Zeit, das ist die Tatsache, daß hier ein kirchlicher Führer, der innerhalb seines Sprengels engste

Berührung mit allen Richtungen hatte, der innerhalb der deutschen Kirchen ein maßgebendes Wort mitsprach, der innerhalb der lutherischen Kirchen der Welt als scharfer Beobachter und einflußreicher Führer geschätzt wurde, an einer theologischen Erfassung der christlichen Wahrheit arbeitete, die geeignet war, den Ertrag der Reformation innerhalb der heutigen Christenheit lebendig zu erfassen.

\*

Zwei Arten von Hemmungen sind es, die den deutschen Kirchenmann vielfach gehindert haben und oft noch heute hindern, sich in die ökumenische Bewegung hineinzubegeben: politische Rücksichten und kirchlich-theologische Anstöße. Beide verdichten sich dann zuweilen zu einem „deutsch-evangelischen Protest“. Oft kehren solche politische oder theologische Bedenken, die schon aufgegeben waren, in Zeiten der Krisis wieder. Wenn die Fundamente der ökumenischen Gesinnung nicht sehr fest sind, werden sie von Stürmen der Politik oder der Weltanschauung leicht fortgeschwemmt. Der Krieg hat bei vielen Christen das christliche Gemeinschaftsbewußtsein zerstört. In Deutschland hat vielleicht der Nachkrieg noch stärker an dem Glauben des dritten Artikels gerüttelt. Theologische Einflüsse einer Reaktion gegen alle Verständigungs- und Freundschaftsbestreben sind besonders in den letzten Jahren stark zur Geltung gekommen. Heute steht eine geschlossene Front von Politikern und Theologen gegen Stockholm, Lausanne, Weltbund und alle anderen ökumenischen Tendenzen.

Bei Kaftan waren die Fundamente gut gelegt. Wer die Übergriffe eines fremden Volkstums auf religiösem Gebiet mit ihren Leiden für seine Landsleute, auch mit ihren inneren Schäden für die Sache des Glaubens und der Kirche erlebt hat, wie das bei Kaftan in seiner Jugend der Fall war, wer dann in die Lage kommt, als Pastor die Verantwortung für die Menschen des anderen Volkstums aufgetragen zu erhalten, und wer diese Aufgabe als Christ löst, der gewinnt in dieser praktischen Lösung der religiösen Minoritätenfrage ein tüchtiges Stück Einsicht in das Minderheitenproblem und damit in die ökumenische Frage überhaupt. Vollends wenn der Betreffende das andere Volkstum kennen und verstehen gelernt hat, wenn er unter den Menschen des anderen Stammes Freunde gefunden hat, Menschen, die ihm persönlich und religiös nahestehen, dann ist er für eine christliche Lösung der Volkstumsfrage prädestiniert. Es gibt für ihn dann nur zwei Möglichkeiten: aus Liebe heraus zu handeln oder aber in fanatischen Haß zu verfallen. D. Kaftan handelte als Christ.

Aber selbstverständlich besteht die Politik nicht nur in der Minderheitenfrage. Auch andere politische Gebiete müssen von Christus her durchleuchtet sein, wenn sich nicht immer wieder politische Hemmungen gegen eine auf Frieden und Einigung gerichtete Arbeit einstellen sollen. Das eine große Hindernis politischer Friedensarbeit nach innen und nach außen ist in den vergangenen Jahrzehnten die politische Festlegung in Deutschland gewesen. Wer auf den Klassenhaß von oben oder von unten festgelegt war, blieb natürlich gegenüber einer ernsten Friedensarbeit skeptisch. Ebenso waren die, die sich mit Haut und Haaren militaristischen Gedanken ver-

schrieben, naturgemäß einer politischen Einsicht, die das Unrecht des eigenen Volkes mit in Betracht zog und die guten Seiten an anderen Völkern zu schätzen wußte, unzugänglich. Daß Kaftan in beiderlei Hinsicht als Schleswig-Holsteiner verhältnismäßig vorurteilsfrei an die preußische Politik heranging, hat ihm die Möglichkeit verschafft, sich eine politische Meinung zu bilden, die, unabhängig von den herrschenden Gewalten, sich der religiösen Überzeugung anpassen konnte.

In politischer Hinsicht hat neben den schleswig-holsteinischen bzw. deutsch-dänischen Fragen das Problem des richtigen staatlichen Aufbaues Kaftan zeitig beschäftigt. Am stärksten haben sich wohl seine Anschauungen hierüber gebildet, als er in den jüngeren Mannesjahren durch Vermittlung seines Universitätsfreundes Graf Wolf Baudissin, des späteren Berliner Alttestamentlers, Hauslehrer bei dem Grafen Rantzau in Rastorf wurde. Bedeutsam für seine Urteilsbildung wurde die Tatsache, daß Graf Rantzau, der als schleswig-holsteinischer Aristokrat eine gewisse Zurückhaltung gegenüber Preußen fühlte, aber durch und durch deutsch empfand, nebeneinander eine konservative, eine nationalliberale und eine fortschrittliche Zeitung hielt. Je stärker Kaftan daran gearbeitet hat, im Austausch mit dem Grafen Rantzau und mit anderen eine eigene politische Überzeugung zu gewinnen, desto fester ist seine Überzeugung geworden, daß die Wahrheit nicht bei einer Partei liege und daß die preußisch-deutschen Ideale jener Zeit nicht letzte Wahrheiten seien. Er hat z. B. das damals dem deutschen Volke gegebene allgemeine Wahlrecht kritisiert, weil dasselbe den politisch Urteilslosen zum Urteilen zwingt. Er hat damals schon erkannt, daß wir zu gesunden und natürlichen Verhältnissen in Deutschland erst dann kämen, wenn wir die liberale Auffassung des Staates als eines Sandhaufens überwunden hätten und eine berufsständische Ordnung des Volkslebens der Wahlordnung zugrunde legten. Kaftan hebt in seinen Erinnerungen hervor, daß es auch unter den neuen Verhältnissen, womit die Nachkriegsjahre gemeint sind, heilsam sei, diesem Gedanken nach Möglichkeit Rechnung zu tragen.

Nicht ohne Bedeutung sind für ihn als Pastor die Erfahrungen gewesen, die er später in der Militärseelsorge gemacht hat. Auch da hat er einem gewissen preußischen Stil mißtrauen gelernt. Kaftan erzählt, daß er es einmal erlebte, daß während seiner Predigt sich zwei junge Leutnants ungeniert unterhielten. Er habe innegehalten und sie fixiert. Nach einer Zeit des Schweigens habe aber das Plaudern von neuem begonnen. Von seiner Seite dasselbe Verfahren. Nach einem kurzen Schweigen zum drittenmal Plaudern. Kaftan sagt, er habe innerlich so gekocht, daß er sich heimkommend vorgenommen habe, zunächst nichts zu tun, sondern kaltes Blut abzuwarten. Am Dienstag habe er sich bei dem Kommandeur gemeldet, der wohl eine Störung des Gottesdienstes beobachtet hatte, aber behauptete, er wisse nichts Näheres. Kaftan bezeichnete darauf das Vorgefallene als eine Störung seiner Berufstätigkeit, die er zwar persönlich durch sein Naturell überwinden könne, die er aber aus Rücksicht auf die Kirche nicht ein zweites Mal zulassen könne. In dem Falle, daß etwas ähnliches wieder vorkomme, werde er seine Predigt abbrechen und den Gottesdienst schließen, danach aber sofort seiner vorgesetzten Behörde, d. h. dem Konsistorium



sowohl wie dem Generalkommando, davon Anzeige machen. Kaftan berichtet, daß der Kommandeur über diese Mitteilung verduzt gewesen sei, aber das Seinige getan habe, um einer Wiederholung des Vorfalles vorzubeugen. Offenbar haben Ereignisse dieser Art Kaftans Gefühl, daß die preußische Militärherrschaft Konsequenzen mit sich brächte, die auch für das kirchliche Leben unerträglich seien, in ihm bestärkt. Kaftan hatte ein sehr feines Gefühl für die Achtung der Souveränität Christi. Auch wenn er diesen Ausdruck nicht gebrauchte, so war doch sein ganzes pastörisches wie später auch sein bischöfliches Wirken darauf eingestellt, daß die Würde nicht nur des kirchlichen, sondern des göttlichen Elements im Leben gewahrt würde. Sowohl als Pastor wie später als Schulrat wie endlich als Generalsuperintendent hat er diese Überzeugung und Haltung in wirksamster Weise zur Geltung gebracht. Die Gegensätze, die sich hierbei ergeben haben, mußten dazu beitragen, seine Auffassung, daß der Kirche eine selbständige Bedeutung gegenüber dem Staat zukomme, zu bestärken. Jeder Totalitätsanspruch des Staates oder des Militärs war ihm ein Greuel. Die Kirche war ihm die Instanz, der die wichtigste Aufgabe gegenüber Übergriffen des Staates zufiel. Wenn sie nicht das Gewissen hütete und weckte, war alles verloren. Vor allem aber hat sie die Aufgabe, für alle Unterdrückten einzutreten und allen Unterdrückern ihr Unrecht vorzuhalten.

Wer so von der Kirche denkt, isoliert nicht die Kirche eines Landes. Ihm ist die Kirche überall Kirche Christi, Teil der Gesamtkirche. So wie Gott im Gewissen des Menschen als solcher spricht, so lebt Christus in dem Geist der Kirche als solcher. Ein Christ, der das Wesen der Kirche auf kleinstem Raume richtig erfaßt hat, hat damit auch ihre ökumenische Gestalt und Aufgabe erkannt.

Wie manche andere Männer, die der ökumenischen Sache große Dienste geleistet haben, ist D. Kaftan in die spezielle Arbeit dieser Bewegung erst eingetreten, als er ein verhältnismäßig hohes Alter erreicht hatte. Das Verständnis für die Minoritätenfrage war in ihm vorher erwacht, ebenso wie sich das politische Interesse nach dieser Richtung hin bewegt hatte, aber die Gelegenheit, das öffentlich zu bezeugen, fehlte lange Zeit. Kaftan hatte in seiner schleswigschen Tätigkeit zunächst wenig Möglichkeiten gehabt, über die Grenzen des Landes hinauszugreifen, ja sogar eine Mitwirkung in der Eisenacher Konferenz der evangelischen Kirchen war ihm lange Zeit versagt geblieben. Er war ein Mann von über fünfzig Jahren, als er zum erstenmal Mitglied dieser Konferenz wurde; er hat, wie er selbst sagt, auch eigentlich erst in diesem Alter begonnen, Reisen zu unternehmen. Es ist charakteristisch für die innere Frische Kaftans, daß er von dem Alter über fünfzig Jahre sagen kann: „Mich packte der Reiz des Reisens“ (S. 328). Er nahm an der berühmten „Pilgerreise“ teil, die die deutschen Kirchenmänner unter Führung des Kaisers ins Heilige Land unternahmen. Eben weil er die Reise trotz aller entgegenstehenden Merkmale als eine Pilgerreise auffaßte, haben die Eindrücke der Reisegesellschaft und Palästinas auch dazu beigetragen, daß er ein tieferes Verständnis für den Zusammenhang der evangelischen Kirchen der Welt empfand. Bei der Einweihung der Erlöserkirche in Jerusalem vereinigten sich mit den Vertretern aller evangelischen Kirchen des Deutschen Reiches die Bischöfe des Nordens,

hervorragende Kirchenmänner Hollands, Vertreter der evangelischen Kirche Ungarns, die Deutsch-Evangelischen Amerikas, die Waldenser zu einer imposanten Darstellung der Ökumene.

Meine erste persönliche Berührung mit D. Kaftan auf dem Gebiete ökumenischer Arbeit kam anlässlich der Englandfahrt der deutschen Kirchenmänner im Jahre 1908 zustande. Ich hatte die Freude, auf dem Dampfer, der uns nach England führte, mit D. Kaftan an einem Tischchen zu sitzen, an dem natürlich die Gespräche sich ganz und gar auf diese Friedenskundgebung konzentrierten. D. Kaftan war bezüglich dieser Friedensfahrt, bei der die meisten deutschen Theologen nicht recht wußten, was mit ihnen geschähe, zurückhaltend mit seinem Urteil. Andererseits war er einer der wenigen, die sich mit Verantwortungsbewußtsein und -willen an dieser Friedenskundgebung beteiligten. Er hatte durch seine deutsch-dänische Verständigungsarbeit, aber auch durch sein Bewußtsein germanischer Stammeszusammengehörigkeit, endlich durch seine Achtung vor dem angelsächsischen Christentum die Überzeugung gewonnen, daß die deutschen Kirchen sich für eine deutsch-englische Verständigung, insbesondere auch für eine gemeinsame ökumenische Arbeit der deutschen und der britischen Christen einsetzen müßten.

In seiner Reisebeschreibung von 1908, die in seiner Autobiographie einen breiten Raum einnimmt, gibt er einen packenden Bericht über seine eigenen Eindrücke. Mit Bezug auf den politischen Zweck der „Pastorenfahrt“ erinnert er an das Wort, das auf der Reise oft gesprochen wurde: „Wenn die größte Seemacht und die größte Landmacht einander die Hände reichen, diktieren sie der Welt den Frieden.“ Ein tiefer Eindruck dieser Reise war für ihn ferner die Berührung mit dem englischen Leben, vor allem mit dem englischen kirchlichen Leben. Er fand, daß in England der Geist durch und durch germanisch sei und daß im englischen Volke Religion und Kirche ungleich mehr bedeuteten als im öffentlichen Leben des deutschen Volkes. Endlich aber bedeutete es auch viel für ihn, daß er zum erstenmal die christliche Gemeinschaft empfand in einem Kreise von Männern, der in gleicher Weise römisch-katholische Geistliche wie freikirchliche Pastoren mit den Führern der deutschen evangelischen Kirchen zusammenbrachte. Diese Zusammensetzung der Reisegesellschaft hat ihn so verwundert, daß er, der bis dahin sowohl zu katholischen Geistlichen wie zu freikirchlichen Geistlichen ein Verhältnis der Fremdheit, wenn nicht des Gegensatzes gehabt hatte, nun erklärte, daß das jetzige Zusammensein nur möglich geworden sei, weil es sich nicht um eine kirchliche Veranstaltung, sondern um ein nationales Unternehmen gehandelt hätte. Er verkennt freilich nicht, daß die Durchführung der Reise und vor allem das wirkliche Erlebnis innerer Gemeinschaft nicht möglich gewesen wäre, wenn es nicht eben doch so etwas gäbe wie eine Gemeinschaft der Heiligen. Kaftan erzählt, daß er in der Rede, die er selbst während der Besuchsreise zu halten hatte, ausgesprochen habe, in dieser ungewohnten, wohl kaum früher dagewesenen, wenigstens bisher von ihm nicht erlebten Gemeinschaft läge ein Erquickendes; in seiner Seele habe das Gestalt gewonnen in dem Aufflammen des frohen Bewußtseins: Es gibt eine Christenheit auf Erden! (S. 359).

Im folgenden Jahre erfüllte D. Kaftan meine Bitte, zum Gegenbesuch

der britischen Kirchenmänner nach Hamburg herüberzukommen. Seitdem hat sich eine rege Zusammenarbeit zwischen D. Kaftan und dem Verfasser dieses Artikels ergeben, die sich von Jahr zu Jahr gefestigt hat und besonders auch in den letzten Lebensjahren Kaftans zu einer gütigen Freundschaft des Älteren gegenüber dem Jüngeren geworden ist. Während seiner Amtszeit hat D. Kaftan sich manches Mal mit mir über wichtige Schritte verständigt, stets aber angesichts der Bedenken, die der Präsident des Evangelischen Oberkirchenrats und andere Persönlichkeiten gegenüber einer Freundschaftsarbeit der Kirchen hatten, alle Anregungen für dieselbe in eine vorsichtige Form gekleidet. Immerhin hat D. Kaftan bei mancher Gelegenheit, auch zum Beispiel bei der Generalsynode von 1909, die Angriffe, die gegen eine Friedensarbeit der Kirchen gerichtet wurden, abgewehrt und sich für die ökumenische Sache eingesetzt.

Den Krieg hat Kaftan als ein gläubiger Deutscher miterlebt. Er sagt in einer Schrift, die in der Revolutionszeit erschien<sup>1)</sup>: „Wir glaubten alle. Dann tauchte Widerspruch auf, wachsender Widerspruch. Aber dieser war nicht dazu angetan, auf Gutgesinnte Eindruck zu machen“ (a. a. O. S. 9). Er hielt zugleich die ökumenischen Ideale hoch. Im zweiten Kriegsjahr wagte er in Kiel einen Vortrag über „National und international“. Der Saal, der sonst bei seinen Vorträgen voll war, war nur halb gefüllt. Nach dem Vortrag, der sich bemühte, das Recht dieser beiden Haltungen als nebeneinanderstehend zu erweisen, erfuhr er allerlei Angriffe. Aber es war so wie in der deutsch-dänischen Frage: vom Ausland aus wurde er auch angegriffen. Kaftan hatte in einem schleswigschen Blatt geschrieben, die Torpedierung der *Lusitania* sei berechtigt gewesen, da sie nicht ein harmloses Passagierschiff, sondern ein Munitionsschiff gewesen sei. Die *Westminster Gazette* entrüstete sich über den „Bischof von Kiel“, der es billigte, daß ein „Lebensmittelschiff“ (!) mit sämtlichen Passagieren versenkt wurde. Auch in der neutralen Presse erfuhr Kaftan damals manche Angriffe, die ihn als kriegslüsternden Germanen schilderten. Später erkannte Kaftan gerade an der Hetze des neutralen Auslands, wie führerlos Deutschland in den Krieg hineingetrieben war — „das zeigte unsere isolierte Lage beim Ausbruch, das zeigte unsere Ohnmacht gegenüber dem Verleumdungsfeldzug unserer Feinde im Verlaufe des Kriegs“ (a. a. O. S. 10). Er erkannte mehr noch nach dem Kriege: „Führerlos gingen wir in den Krieg. Und nicht nur das. Wir begannen ihn mit einem vorher lügnerisch verdeckten Kontraktbruch“ (a. a. O. S. 12). Er sah den entscheidenden Fehler der späteren Kriegspolitik Bethmann-Hollwegs darin, daß er unter dem Druck der Alldeutschen schließlich in den unbeschränkten U-Bootkrieg willigte. Das Hintzutreten Amerikas hat nach Kaftans Meinung die Entscheidung zu Deutschlands Ungunsten gebracht. Zusammenfassend sagt Kaftan von den Gründen der Niederlage: „Das hat Gott getan! — Und weshalb hat das Gott getan? Weil es ewig wahr ist, was geschrieben steht: Gott läßt sich nicht spotten; was der Mensch sät, das wird er ernten. — In dieser seiner furchtbaren Niederlage erntet das deutsche Volk, was es gesät hat“ (a. a. O.

<sup>1)</sup> Was nun? Eine christlich-deutsche Zeitbetrachtung von D. Theodor Kaftan. Leipzig 1919. Verlag von Dörffling & Franke.



S. 32). Auch den Feinden gelte dies Wort und habe sich zum Teil auch schon an ihnen erfüllt. „Aber lassen wir die anderen. Was gehen die uns an, wenn wir unsere Rechnung aufzumachen haben mit Gott? Ja, unsere Rechnung mit Gott — die ist es, die es gilt“ (a. a. O. S. 33).

Es kommt uns hier nicht auf die Einzelheiten an. Wir führen die Meinungen und Äußerungen Kaftans auch nicht deswegen an, weil wir sie für absolut richtig hielten. Sondern es kommt uns auf die Grundeinstellung an, aus der heraus Kaftan schreibt. Es kommt uns darauf an, ob wir deutschen Christen bereit waren und bereit sind, über unser Schicksal mit Gott zu reden und, was bei einem ernsten Gespräch mit Gott unvermeidlich ist, uns von Ihm unsere Schuld weisen zu lassen. Diesen Ernst hat Kaftan aufgebracht, und zwar zu einer Zeit, als es furchtbar schwer war, solche Schuld anzuerkennen. Denn in Kaftan empörte sich damals alles gegen eine Revolution, die er als ein Herrschen der Unkundigen, als eine Klassenherrschaft ohnegleichen, als proletarische Ausbeutung ansah. Und nicht minder empörte sich in ihm alles gegen das Unrecht des Feindbundes, der damals Deutschland niederzutreten und auszusaugen begann. Aber er ließ sich durch diese „Schuld der anderen“ nicht von der einen Pflicht des Christen abbringen, die eigene Schuld mit Gott in Ordnung zu bringen.

Diese Haltung hat Kaftan auch befähigt, die Kriegsschuldfrage aufs ernsteste zu ergründen und Recht und Unrecht sorgsam abzuwägen, mit dem Ergebnis, daß Deutschland zum mindesten nicht mehr Schuld auf sich geladen habe als andere Völker. Sein berühmter Aufsatz „Selbstbesinnung in der Kriegsschuldfrage“ findet sich in dem Jahrgang 1921 der „Eiche“ (Juliheft, S. 200 ff.). Kaftan sagt in der Einleitung dieses Aufsatzes: „Die Kirche wird wieder Kirche. Aus den Schlingen des Gouvernamentalismus befreit, hat sie eine freie Dienerin der Völker zu sein, aus Eigenem heraus; sie hat das Gewissen der Völker zu sein. Es ist eine Nachwirkung des alten Staatskirchentums, daß auch treffliche Christen das heute noch nicht sehen, aber diese Nachwirkung zu überwinden ist sittliche Pflicht. Kirchenleute, Christen als Christen, sind nicht nur voll berechtigt, sie sind sittlich verpflichtet, in der Kriegsschuldfrage das Wort zu nehmen“ (a. a. O. S. 201). Kaftan sagt dann im Folgenden, daß er bei Erörterung der Kriegsschuldfrage die Schuld unberührt lasse, die jedes der beteiligten Völker vor Gott habe; er wolle im Folgenden nur von der Kriegsschuld im Konzern der Völker reden. Da sei es die Gewohnheit der Parteien, sich gegenseitig anzuschreiben. Aber unter Christen solle der unbedingte Wille zur Wahrheit herrschen. Die deutschen Christen könnten mit der Selbstbesinnung deswegen leichter anfangen als die anderen, weil der Kriegswille in Deutschland vor dem Kriege schwächer gewesen sei als in Rußland, Frankreich und England. Selbstbesinnung sei nicht ein Zeichen der Schwäche, sondern der Stärke. Für diese Selbstbesinnung fordert Kaftan nun die Unterscheidung zweier Fragen, die für gewöhnlich untereinander gemischt würden, nämlich der Frage: Haben wir Deutsche den Krieg gewollt? und der anderen Frage: Haben wir der Weltverleumdung Anknüpfungspunkte geboten? Und er kommt in einer ausführlichen Untersuchung aller Momente, die zu einer Bejahung dieser zweiten Frage führen, zu dem Ergebnis: „Wir haben den Krieg nicht gewollt, aber daran, daß

er zum Ausbruch gekommen ist, tragen wir unser Teil Schuld“ (a. a. O. S. 210). Kaftan fragt im Anschluß an das Ergebnis, was auf Grund dieser Selbstbesinnung uns zu tun bleibe, um welche Zukunft wir zu ringen hätten, und gibt darauf die Antwort: „Wir wollen nicht bleiben in der schmerzvollen Lage, in welche die nicht nur aller Ritterlichkeit, die aller Menschlichkeit bare Ausnützung des von Amerika herbeigeführten Sieges seitens unserer Feinde uns versetzt hat. Diese ist ein Hohn auf alle Selbstbestimmung und Gerechtigkeit“ (a. a. O. S. 211). Die nähere Ausführung der positiven Aufgaben, die Kaftan da sieht, lese der, der sich dafür interessiert, selbst in jenem Aufsatz nach.

Eine Reihe dieser Fragen hat Kaftan ein Jahr später in einem Aufsatz „Zur Klärung“ wieder aufgenommen, den er im Juliheft des Jahrgangs 1922 der „Eiche“ veröffentlicht hat (S. 246 ff.). Ich erwähne hier nur einen Punkt, den Kaftan einer Klärung innerhalb der ökumenischen Kreise für bedürftig hielt, nämlich das Verhältnis von National und International innerhalb einer Freundschaftsarbeit der Kirchen. Wir lassen Kaftan hier wieder selbst sprechen: „Wir sind nicht der Meinung, daß das International das National zu verschlingen habe; wir wollen den ‚Patrioten‘ an nationaler Gesinnung nicht nachstehen. Nur nationalistisch wollen wir nicht sein. Der Grundsatz des Nationalismus steckt in dem vor dem Kriege auch in Deutschland oft gerühmten Right or Wrong, my Country. Den lehnen wir ab. Der Nationalismus ist nichts anderes als in das Soziale oder Plurale übersetzter Egoismus. Der plurale Egoismus aber ist wenig edler als der personale. Wahrhaft national ist nur der, der mit unbegrenzter Hingabe an die eigene Nation Respekt vor der Nationalität anderer empfindet“ (a. a. O. S. 247).

Die Größe der sozialpädagogischen Aufgabe, der sich Kaftan in der Behandlung dieser nationalpolitischen Erörterungen unterzog, ist für jeden, der die Verschllossenheit lutherischen Staatskirchentums gegen solche Gedankenreihen in deutschen Ländern beobachtet hat, nicht zu unterschätzen. Und zwar hat D. Kaftan seine Aufgabe nicht ohne Erfolg gelöst. Deshalb noch ein Wort zu der Stellung der lutherischen Kirchen Deutschlands innerhalb eines Weltluthertums.

D. Kaftan ist es gewesen, der schon vor dem Kriege mit am meisten dazu beigetragen hat, daß die deutschen lutherischen Kirchen wieder eine Verbindung mit den lutherischen Kirchen der übrigen Länder aufgenommen haben. Bis dahin bestanden solche Verbindungen nur ganz zufällig. Selbst zwischen den lutherischen Kirchen Deutschlands und Amerikas waren geordnete Beziehungen nicht vorhanden. Ja sogar die sogenannte Allgemeine Evangelisch-Lutherische Konferenz beschränkte sich ganz auf Deutschland. D. Kaftan nahm zum erstenmal im Jahre 1879 an einer Tagung dieser Konferenz teil, und zwar in Nürnberg. Kliefoth, Luthardt, Zetzschwitz und Max Frommel waren damals zusammen mit dem Präsidenten Ruperti die Säulen dieser Konferenz. Aber Kaftan gewann trotz dieser Führer den Eindruck, daß der Einfluß der Konferenz wie auch ihre Aufgabe im Sinken war. Er ist der Meinung, daß die Wendung zum Wiederaufstieg für die Konferenz dadurch eingetreten ist, daß sie international ausgestaltet wurde. Die Tagung von Lund war die erste Auslandstagung der Konferenz. Kaftan schreibt: „Da horchte ich auf. Südgermanen und Nordgermanen reichten

sich die Hände in Kraft ihres gemeinsamen Glaubens. Wo das geschah, durfte Schleswigs Bischof nicht fehlen“ (S. 299). Noch ein anderer Gedanke beherrschte Kaftan: Während er bis dahin zweifelhaft gewesen war, ob man ihn in dem Kreise dieser Konferenz als „Voll-Lutheraner“ gelten ließe, war mit der internationalen Form der Konferenz sichergestellt, daß nun nicht mehr eine „Spezialsorte Luthertum“ maßgebend sein könnte. Neben dem Bischof von Lund D. Billing machte der Norweger Klaveness einen tieferen Eindruck auf Kaftan — beides Männer, die der ökumenischen Sache große Dienste geleistet haben. Aber Kaftan unterscheidet zwischen der dänisch-norwegischen und der schwedischen Mitwirkung an den ökumenischen Fragen: Hier findet er ein ernstes theologisches Ringen ähnlich der deutschen Theologie, während er bei den Dänen und Norwegern stets eine gewisse Harmlosigkeit in den theologischen Fragen beobachtet habe. Nach der Konferenz trat Kaftan in den Vorstand derselben ein. In der Folgezeit hat D. Kaftan dahin gewirkt, daß die Allgemeine Lutherische Konferenz die Aufgabe habe, alle Lutheraner zu sammeln; nur so erfülle sie ihre Aufgabe. „Die Lutheraner in der Union seien obendrein vielfach bessere Lutheraner als die der Landeskirchen“ (S. 300). Obwohl zunächst in diesem Sinne beschlossen wurde, erhob sich in den Zusammenkünften der sogenannten „Engeren Konferenz“ noch ein höchst unerquicklicher Streit wegen der Vollgültigkeit des Luthertums gewisser Kirchen und ihrer Vertreter. Kaftan drang aber schließlich mit dem Grundsatz durch, daß die Aufgabe dieser Konferenz überhaupt nicht eine repräsentativ-kirchliche sei, in der jede Kirche sich fragen müsse, welche Grundlagen Gültigkeit hätten, sondern sie kämen zusammen als solche, „die das Luthertum für die reinste Ausprägung des Christentums hielten und deswegen dasselbe hoch- und festhalten wollten in der Welt“ (S. 300). Auf diese Weise wurde der ökumenische Charakter der Konferenz zwar durchgesetzt, aber die Alt-lutheraner zogen sich, wenigstens aus der „Engeren Konferenz“, zurück.

Auf der nächsten Versammlung, die 1904 in Rostock stattfand, hielt Kaftan den Hauptvortrag über die Frage: „Taugt das lutherische Bekenntnis für das zwanzigste Jahrhundert?“ Vielleicht hat dieser Vortrag dazu beigetragen, daß die Spaltung innerhalb der Konferenz sich fortsetzte. Jedenfalls trat in den folgenden Jahren die vollkommene Trennung in Allgemeine Evangelisch-Lutherische Konferenz und Lutherischen Bund ein. Durch diese Trennung war aber wenigstens innerhalb der „Konferenz“ der Friede hergestellt, wie sich auch auf der Konferenz von Upsala zeigte. D. Kaftan nahm an dieser Konferenz als Gast von Professor Billing, dem Sohne des Bischofs von Lund, teil und lernte auch Professor Söderblom kennen.

D. Kaftan hat 1914 zur Installation des Erzbischofs Söderblom eine offiziöse Reise nach Upsala unternommen. Der Regierung lag damals daran, daß D. Kaftan die Reise unternahm, die die Beziehungen zu der Schwedischen Kirche warm halten sollte; der Magdeburger Generalsuperintendent D. Jacobi fuhr mit D. Kaftan zusammen. Kaftan spricht sich anläßlich der Beschreibung der Feier auch über die Schwedische Kirche aus, deren kirchliche Ordnung er nicht in jeder Hinsicht ideal findet; besonders fehle es an dem nötigen Ausbau der kirchlichen Selbstverwaltung. Uneingeschränkte



Bewunderung fühlt er für D. Söderblom, der durch seine wissenschaftliche Arbeit der Religionsgeschichte den richtigen Platz in Beziehung auf das Christentum angewiesen habe. Auch beobachtete Kaftan schon 1914 die Vielgestaltigkeit der persönlichen Beziehungen von D. Söderblom zu den Theologen und kirchlichen Führern anderer Länder. Der romanisierende Eindruck der Feierlichkeiten freilich erschien ihm, wenigstens für deutsche Verhältnisse, bedenklich, auch wenn es nur in der äußeren Erscheinung lag, während der Gehalt der Feiern nach Kaftans Wort restlos lutherisch war.

An diese Bekanntschaft mit Söderblom wie auch an D. Kaftans Mitwirkung in der Allgemeinen Lutherischen Konferenz hat dann später D. Söderblom angeknüpft, als er D. Kaftan in die Vorbereitung der Stockholmer Konferenz hineinzog. D. Kaftan hat sich in diese Aufgabe mit derselben Urteilssicherheit hineinbegeben, mit der er die politischen und kirchlichen Fragen sonst behandelte. Wir hatten einige Bedenken bei ihm zu überwinden; auch wurde es ihm natürlich nicht leicht, in einer gewissen Opposition zu den führenden Kirchenhäuptern in Berlin zu handeln. Immerhin wußte D. Kaftan, daß der Vizepräsident des Evangelischen Oberkirchenrats D. Lahusen in Wahrheit dem Plane freundlich gegenüberstand und nur durch die Rücksicht auf den Oberkirchenratspräsidenten und andere Persönlichkeiten gehindert wurde, sich ebenso offen wie während des Krieges für die Beteiligung der deutschen evangelischen Kirchen an der Konferenz zu erklären. D. Kaftan sagte infolgedessen auch seine Mitwirkung an der Vorbereitungskonferenz von Helsingborg zu. Als sich aber gerade damals durch Söderbloms Überredungskunst die plötzliche Wendung des Oberkirchenratspräsidenten Möller zur Stockholmer Sache vollzog, geschah es, daß D. Möller an Erzbischof Söderblom die Forderung stellte, daß, wenn der deutsche Kirchenausschuß sich offiziell beteiligte, die Beteiligung der „Freibeuter“ der ökumenischen Bewegung aufhören müsse. Kaftan und ich wurden von Erzbischof Söderblom gebeten, auf unsere Mandate zu verzichten, damit die offiziellen Vertreter der deutschen Kirchen sich beteiligen könnten. Während ich selbst einerseits durch meine engen Beziehungen zu D. Söderblom in die Lage versetzt war, diese Ausscheidung leicht zu überwinden, war es eine wirklich starke Brüstung für den Senior der lutherisch-ökumenischen Arbeit in Deutschland, daß er so ohne weiteres beiseite geschoben wurde. Wäre er noch im Amt gewesen als Generalsuperintendent von Schleswig-Holstein, hätte der preußische Oberkirchenratspräsident selbstverständlich nicht gewagt, ihn so beiseite zu schieben. Aber machtlos wie damals Kaftan zu sein schien, mußte er sich diesen Schritt gefallen lassen. Um so höher ist es ihm anzurechnen, daß seine Teilnahme an der ökumenischen Sache unter diesen Vorgängen nicht gelitten hat. Allerdings ist wohl der Umstand, daß er später an der Stockholmer Konferenz nicht teilgenommen hat, eine Folge jener Vorgänge von 1922 gewesen.

Es ist mir leider zur Zeit nicht möglich, meinen Briefwechsel mit D. Kaftan einzusehen. Ich hoffe später einmal Gelegenheit zu finden, die Briefe des großen norddeutschen Bischofs, die sich auf ökumenische Fragen beziehen, zu veröffentlichen. Jedenfalls wollen wir alles tun, sein Bild bei uns lebendig zu erhalten, um so mehr, als allerlei Kräfte am Werke waren und am

Werke sind, den Einfluß seiner überragenden Persönlichkeit auszuschneiden. Für ihn war Christus in Wahrheit das Licht der Welt; deshalb wollen wir die von ihm ausgehenden Lichtstrahlen weiterleuchten lassen.

\*

### Bischof Ludwig Ihmels.

Von Dr. John Morehead<sup>1)</sup>.

Der Tod von D. Ludwig Ihmels, des Bischofs von Sachsen, bedeutet in einer kritischen Zeit einen großen Verlust für das evangelische Christentum in Deutschland und in der ganzen Welt. Er war der ehrwürdige Patriarch der lutherischen Theologie und der Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands. In ganz verschiedenen Kreisen der Christenheit wird sein Heimgang von vielen beklagt.

Bischof Ihmels war ein echter Deutscher, der seinem Volke und seiner Nation voll und ganz in Treue zugetan war. Wenn er auch wenig Sympathie mit dem modernen Internationalismus hatte, so war er doch, weil er von Grund aus Christ war, durchdrungen von ökumenischem Geist und dem Interesse an den ökumenischen Bewegungen seiner Zeit, deren Charakter übernational ist. Sein erstes Anliegen war natürlich die Einheit der Lutheraner in Deutschland und überall in der Welt. Als Präsident der Allgemeinen Evangelisch-Lutherischen Konferenz vertrat Bischof Ihmels in tatkräftiger Arbeit ein bekenntnismäßiges, positives, biblisches Christentum unter den lutherischen Kirchen Deutschlands und der anderen Länder des europäischen Kontinents und förderte die bewußte Einheit im Glauben unter ihnen. Als dann die amerikanischen lutherischen Kirchengemeinschaften, die an dem Lutherischen Nationalkonzil teilnahmen, gemeinsam ein Komitee ernannten, das die vorgeschlagene Einberufung eines Lutherischen Weltkonvents durchberaten sollte, war es Bischof Ihmels, der die Vertreter der amerikanischen Kommission einlud. Er begrüßte sie bei einer privaten Vorstandssitzung der Allgemeinen Evangelisch-Lutherischen Konferenz und gab ihnen Gelegenheit, die Frage des Lutherischen Weltkonvents zur Diskussion zu stellen. D. Ihmels wurde zum Vorsitzenden des europäischen Komitees gewählt, das zusammentrat, um gemeinsam mit dem amerikanischen Komitee die Pläne und die Einberufung des Ersten Lutherischen Weltkonvents nach Eisenach, für den August 1923, zu erörtern. Auf Vorschlag der vereinigten amerikanischen und europäischen Kommission wurde Bischof Ihmels zum Präsidenten des Ersten Lutherischen Weltkonvents gewählt. Mit Würde führte er in Eisenach den Vorsitz. Er wurde zum Mitglied des Fortsetzungsausschusses des Eisenacher Konvents ernannt, wurde bei dem Zweiten Lutherischen Weltkonvent in Kopenhagen wiederum zu diesem Amte gewählt und war bis zu seinem Tode ein interessierter und tätiger Mitarbeiter in der Lutherischen Weltbewegung. Die noch lebenden Mitglieder des Exekutivkomitees empfinden den Verlust von Bischof Ihmels, der sich selbst so freimütig den Idealen und den Zielen der Lutherischen Bewegung hingegeben hat und stets ein so fähiger und hilfreicher Berater gewesen ist, aufs tiefste.

<sup>1)</sup> Übersetzt aus „The Lutheran Companion“ vom 5. August 1933.

Die hochragende Gestalt von Bischof Ihmels war ein sichtbares Zeichen von der Größe seiner Persönlichkeit. Er war ein bedeutender Mensch.

1. Er war ein großer Theologe, Lehrer und Schriftsteller.

Zahllose frühere Schüler, die in Erlangen oder Leipzig seine Vorlesungen gehört haben, legen dankbar Zeugnis ab von dem tiefen Einfluß, den er auf ihr Denken, ihr religiöses Leben und ihre Entwicklung gehabt hat. Die Theologie seiner Vorlesungen wie seiner Veröffentlichungen war christozentrisch. Sein Lieblingsthema handelte von der Heilsgewißheit des Christen. In der Tat ist sein Buch über dieses Thema klassisch und in der theologischen Literatur der ganzen Welt berühmt. Der Umfang dieses Artikels erlaubt nicht, eine Würdigung des wissenschaftlichen Theologen Ihmels zu versuchen. Es möge daher genügen, als Beweis seiner Größe auf diesem besonderen Gebiete mit herzlicher Zustimmung die Erklärung von Prof. Sommerlath zu zitieren, der in seiner Ansprache bei dem Trauergottesdienst für das verehrte Oberhaupt der Sächsischen Landeskirche in der Universitätskirche zu Leipzig etwa folgendes gesagt hat:

Bischof Ihmels selbst faßte seine theologischen Anschauungen in dem Satze zusammen: „Die Theologie muß Offenbarungstheologie sein, wenn sie nicht aufhören will, Theologie zu sein“. Er bemühte sich immer, seine theologische Lehre mit der Heiligen Schrift und dem Bekenntnis der Lutherischen Kirche in Einklang zu bringen. Es war charakteristisch für Ihmels, daß der gesamte Ertrag seiner Theologie eine tief religiöse Bedeutung hatte. — Gewiß kein geringer Beweis der Größe bei einem wissenschaftlichen Theologen!

2. Bischof Ihmels war ein großer Prediger.

Vielleicht ist Bischof Ihmels in Deutschland und in anderen europäischen Ländern am weitesten und am besten als Prediger bekannt. Als Professor der Systematischen Theologie an der Universität Leipzig war er auch Prediger an der Universitätskirche am Augustusplatz. Mit der Berufung zum ersten Bischof der Sächsischen Kirche wurde er natürlich der Hauptprediger und Pfarrer am lutherischen Dom (der früheren sog. Evangelischen Hofkirche) in Dresden. Einfache und hochgebildete Leute drängten sich, um die Predigten zu hören, die er während seiner amtlichen Visitationsreisen in der Sächsischen Kirche hielt. Er hatte die Gabe, seinen Hörern die ewigen Wahrheiten der christlichen Religion so nahezubringen, daß sie ihnen lebendig wurden und Botschaften waren, die ihnen für die Lösung der persönlichen Probleme christlichen Glaubens und Lebens in der Gegenwart eine wahrhafte Hilfe bedeuteten. Manches Mal kam bei außerordentlichen Gelegenheiten der Prediger Ihmels zum Vorschein. Z. B. stand D. Ihmels auf dem Programm des Zweiten Lutherischen Weltkonvents mit einem Vortrag oder einer Ansprache über das Thema: „Wie würden wir für eine innere Erweckung unserer Kirche kämpfen?“ Nachher charakterisierte mehr als einer der Delegierten diese Ansprache mit den Worten, daß sie „eher eine bedeutende Predigt als eine Ansprache“ gewesen sei. Freunde sagen mir, der ich bei der Stockholmer Konferenz (für praktisches Christentum) nicht anwesend war, andererseits, daß während der kritischen Periode zu Anfang der Verhandlungen, als Unklarheiten und Meinungsverschiedenheiten über



die christliche Botschaft (das soziale Evangelium auf der einen Seite und das Evangelium der Erlösung auf der anderen Seite) bestanden, Bischof Ihmels, der nach dem Programm eine Predigt halten sollte, rechtzeitig eine Rede hielt, die zugleich eine scharfsinnige Definition des biblischen Reichsgottesbegriffs war, und damit entscheidend für die Aufhellung der Atmosphäre wirkte und der Versammlung klare Richtlinien gab.

### 3. D. Ihmels war ein echter Bischof.

Bei dem Trauergottesdienst wurde Bischof Ihmels von einem Mitglied des Konsistoriums als der Seelsorger der Evangelisch-Lutherischen Synode Sachsens charakterisiert. Er wurde Bischof in der Zeit der Inflation und der furchtbaren Wirtschaftsnot nach dem Weltkrieg, als die Massen der sächsischen Bevölkerung in ihrer Not sich durch den anti-religiösen Materialismus von Karl Marx und durch den radikalen Kommunismus beeinflussen ließen. Ihmels verbündete sich nicht mit den lokalen politischen Strömungen der Stunde, sondern bemühte sich, darauf zu achten, daß die Stimme der Kirche gehört würde, und arbeitete unermüdlich, um die Kirche zu der Aufgabe der Wegbereitung für das alte Evangelium von Christus zu sammeln, damit es eine neue Macht im Leben des Volkes werde. Man hat Ihmels öffentlich dafür Dank gesagt, daß, wie behauptet wird, der Freistaat Sachsen der einzige Staat Deutschlands ist, in welchem die Evangelisch-Lutherische Kirche unter einem radikalen System nicht gelitten hat. Er war in der Tat in seiner Generation als Diener seines Herrn ein wahrer Hirte und Bischof der Seelen.

### 4. Vor allem und als Erklärung für alles: Bischof Ihmels war ein großer Christ.

In persönlicher Berührung und besonders bei den Sitzungen des Exekutivkomitees des Lutherischen Weltkonvents lernten seine Mitarbeiter den Christen Ihmels kennen und würdigen, ihn um seiner Religiosität willen zu verehren und um seiner Arbeit willen hochzuschätzen. Weil alle von dieser Seite seines Wirkens so angetan waren, wurde D. Ihmels sehr oft aufgefordert, die Morgenfeiern der Komiteesitzungen zu leiten. Die Gebete, die er bei diesen Gelegenheiten sprach, sind denkwürdig; denn wie Blitzlichter in der Dunkelheit offenbaren Gebete die Herzen der Menschen. Er war so überaus demütig in der Gegenwart Gottes und bekannte seine Sünden offensichtlich mit tiefempfundener Aufrichtigkeit. Er war so einfach, so kindlich und ernst in seinem Glauben an Christus als seinen persönlichen Erlöser und so gewiß, daß Gott um Christi willen aus reiner Gnade und Güte alle seine Sünden vergab. Als erlöstes Kind Gottes, das wußte, an wen es glaubte, widmete er sich dann ganz dem Dienste Christi und Seiner Kirche. So wirkte sein Glaube durch Liebe und machte ihn reich und fruchtbar in guten Werken. Ja, Bischof Ihmels war ein großer Christ und gibt der Kirche ein leuchtendes Beispiel, damit wir ihm folgen, wie er Christus folgte.

Sein Christentum war nicht nur theoretisch, sondern praktisch.

Neben seiner überreichlichen Arbeit als Lehrer, als Prediger, als Schriftsteller und als Kirchenbeamter war D. Ihmels an jeder praktischen Arbeit

der Kirche, wie sie für die Erfüllung ihrer wahren Mission notwendig ist, lebhaft interessiert. Er widmete sich besonders der Sache der Äußeren Mission und hat jahrelang als interessiertes und führendes Mitglied des Kollegiums der Leipziger Missionsgesellschaft gearbeitet. Auch schenkte er diesem Werk seinen Sohn, Dr. Carl Ihmels, der als Direktor der Leipziger Missionsgesellschaft der Nachfolger des verstorbenen Dr. Paul wurde. Dankbar gedenken wir auch der Tatsache, daß D. Ihmels den von dem Exekutivkomitee des Lutherischen Weltkonvents geplanten Hilfsmaßnahmen für die Kirchen unter dem Kreuz seine begeisterte Zustimmung und seine Unterstützung gab, besonders der Hilfsaktion für die leidende Russische Kirche und den konservativen Flügel der protestantischen Bewegung unter den Ukrainern Polens und der Rettung und Neuansiedlung der in der Mandschurei zurückgelassenen deutsch-russischen Flüchtlinge. Er erschaute und liebte die praktische Arbeit der Kirche ebenso wie die tiefen Wahrheiten der christlichen Religion und die persönlichen Freuden ihrer unschätzbaren Segnungen.

Aber wie groß er auch in seinem Glauben, in seiner edlen christlichen Frömmigkeit und in der Fülle seiner christlichen Arbeiten war, ich bin gewiß, daß er der allererste sein würde, der alles der Gnade und Macht Gottes in Jesus Christus unserem Heiland verdanken wollte.

#### 5. Ein eindrucksvoller Trauergottesdienst.

Bischof Ihmels starb plötzlich am Abend des 7. Juni in Leipzig, wo er einer Sitzung des Konsistoriums der Sächsischen Kirche beiwohnte. Der eindrucksvolle Trauergottesdienst fand in der Universitätskirche zu Leipzig statt, wo er so fruchtbar als Prediger und als Lehrer der Systematischen Theologie in der Theologischen Fakultät der Universität gewirkt hatte. D. Sommerlath, der als Nachfolger den Lehrstuhl Ihmels' an der Universität innehat, trug die Verantwortung für den Gottesdienst. Reservierte Ehrenplätze waren angewiesen: den Mitgliedern des Sächsischen Konsistoriums; dem Oberbürgermeister der Stadt Leipzig und anderen städtischen Beamten; den Fakultäten der Universität; den zahlreichen studentischen Korporationen, die in geschlossener Gruppe beiwohnten; der lutherischen Geistlichkeit von Leipzig und Sachsen, mehr als 200, im Ornat; und einzelnen hervorragenden Gästen, unter ihnen: Prinz Friedrich Christian von Meissen, Dr. Voelker, Vertreter der sächsischen Regierung, Dr. Bumke, der Reichsgerichtspräsident, Konsistorialpräsident Rothe, der den katholischen Bischof von Meissen vertrat, Propst D. Wallerius, der Vertreter der Schwedischen Kirche, und D. Marahrens, der Bischof von Hannover. D. Jörgensen, Kopenhagen, hatte dafür gesorgt, daß das Exekutivkomitee des Lutherischen Weltkonvents Blumen gesandt hatte.

#### 6. Verstehende Sympathie und Fürbitte der Lutherischen Gesamtkirche für die Christen in Deutschland.

Das deutsche Volk hat in verfassungsmäßigem Vorgehen mit einem bemerkenswerten Minimum an Unordnung und Gewalt eine tiefgreifende Revolution in Deutschland herbeigeführt, die noch nicht beendet ist. Und doch ist die Veränderung in der politischen Ordnung der Dinge ebenso grundsätzlich und tatsächlich, als wenn große Exzesse, wie sie die französische

und russische Revolution charakterisierten, zutage getreten wären. Natürlich bedauern wir aufrichtig, wenn gegen irgend jemanden in Deutschland Gewalt geübt worden ist, wie es die Christen des Landes sicher auch tun.

Wenn jedoch grundlegende Änderungen in der Regierung eines Landes, besonders in einer Nation wie der deutschen, geschehen, wo die Verbindung zwischen Kirche und Staat seit Jahrhunderten mehr oder weniger eng gewesen ist, so ist eine Neuordnung der Beziehungen der Kirche zu der neuen staatlichen Ordnung unvermeidlich und notwendig. Eine gesunde Neuordnung der Beziehungen zwischen den Organen der geistlichen Macht auf der einen Seite und den Organen der weltlichen Macht auf der anderen ist in der Geschichte der Menschheit immer ein großes und schwieriges Problem gewesen, dessen Lösung die größte Bedeutung für das Wohl oder Wehe von Kirche und Staat gehabt hat. Das Christenvolk in Deutschland sieht sich der harten Aufgabe gegenüber, die staatlichen und kirchlichen Organisationen in so durchaus gesunde Beziehungen zueinander zu bringen, daß sie in der Lage sind, dem Kaiser zu geben, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist. Die Forderungen des neuen Regime bieten den deutschen Kirchen wirklich eine Gelegenheit, dem Christentum einen Dienst von tiefer Bedeutung zu leisten. Was ist die evangelische Lösung der richtigen Beziehungen zwischen Kirche und Staat? Wie können unter den gegenwärtigen Umständen die Kirchen Deutschlands so organisiert werden, daß jede ihrem Glauben und ihrem Bekenntnis die volle Treue bewahrt und frei ist, ihre eigenen inneren Angelegenheiten zu verwalten und ihre Arbeit in dem geistlichen Bereich, ohne Einmischung von außen, zu vollbringen?

Mitten in solch ernstesten Problemen haben die Christen Deutschlands nach Gottes unerforschlichem Ratschluß den Verlust eines geliebten und verehrten Führers erleiden müssen. Vom menschlichen Standpunkt aus betrachtet scheint es, daß die deutsche Kirche und die deutsche Nation es schwer tragen können, in einer solchen Zeit, in der so offensichtlich ein weises und erfahrenes Führertum erforderlich ist, einen Mann wie Bischof Ihmels zu verlieren. Die Lutherischen Kirchen Deutschlands werden ihn schmerzlich vermissen, da er ihre Grundsätze und ihre Ziele vertrat. Er war ein deutscher Patriot und ein hervorragender geistlicher Führer. In seiner eigenen Person veranschaulichte er die Wahrheit, daß der wertvollste und auch echtste Dienst, den die Kirche dem Staat leisten kann, der ist, seinen Bürgern ein befähigtes und wirkungskräftiges geistliches Amt zu geben, das in Einklang mit ihrem ihr von Gott gewordenen Auftrag ist. Es wird ferner allgemein anerkannt, daß Bischof Ihmels für die Verwirklichung dieses geistlichen Zieles fest eintrat, dadurch, daß er das alte Evangelium von Jesus Christus, wie es in der Lutherischen Reformation der Kirche wieder hergestellt ist, unverseht an die neue Zeit und unter einem neuen Regime weitergab.

Die Kreise des Lutherischen Weltkonvents nehmen tiefen Anteil an der Krisis, durch welche die deutschen Kirchen jetzt gehen, aus Interesse an dem Wohlergehen ihrer Glaubensbrüder in dem Heimatlande der Reformation und weil Deutschland eines der drei Hauptzentren des Luthertums in der Welt ist. Wenn auch keine Gelegenheit war, mich offiziell darum



zu bitten, so fühle ich mich doch durch die Umstände berechtigt, im Namen des Exekutivkomitees des Lutherischen Weltkonvents und der mit ihm arbeitenden Evangelisch-Lutherischen Kirchen in der ganzen Welt die deutschen Lutheraner und mit ihnen das deutsche Volk unserer herzlichen Sympathie zu versichern bei dem Verlust ihres ausgezeichneten Führers Bischof Ludwig Ihmels, ihres großen und hilfreichen Mitbürgers. Ich möchte sie alle unserer Fürbitte versichern, daß es Gott in seiner Gnade gefallen möge, den deutschen Kirchen fähige Führer zu erwecken, die so erfüllt sind von Weisheit und Gnade von oben, daß wahrhafte Lösungen für alle die Probleme, die Kirche und Staat in Deutschland bevorstehen, zum Wohle aller Menschen in diesem Lande gefunden werden. Möge Gott Kirche und Regierung in Deutschland führen und reichlich segnen und sie befähigen, der Menschheit ein lehrreiches und nützlichendes Beispiel zu geben, wie das Problem, gesunde Beziehungen zwischen Kirche und Staat herzustellen, im Einklang mit Wort und Willen des allmächtigen Gottes gelöst wird.

\*

### **Bischof D. Dusan Fajnor.**

Unter den lutherischen Bischöfen des europäischen Südostens war kaum einer, der so tiefe theologische Bildung mit kirchlicher Erfahrung und bischöflicher Würde vereinigte wie der am 9. April dieses Jahres verstorbene Generalbischof der Lutherischen Kirche der Slowakei. Bischof Fajnor war ein Mann, der Luther wirklich erfaßt hatte und nach seinem Sinn unter heutigen Verhältnissen die ihm anvertraute Kirche führte. Er wurzelte mit seinem Glauben und Denken in den lutherischen Schriften, war auch seit seinem Studium in Rostock mit der deutschen lutherischen Theologie aufs engste verbunden. Aber seit seiner Jugend hatte er auch ein tiefes Interesse für Philosophie und Recht, denen er einige Jahre seines Studiums gewidmet hatte. Als Dorfpfarrer lebte er dann mehrere Jahre ganz seiner Gemeinde, erlebte als Senior der Diözese Neutra den Weltkrieg. Nach dem Tode des für die ökumenische Sache ernstbegeisterten jungen Bischofs Zoch wurde er einstimmig zum Generalbischof gewählt und von Erzbischof Söderblom konsekriert. Nach fünf gesegneten Amtsjahren ist er, 57 Jahre alt, heimgegangen. Bischof Fajnor hat manches Mal im Kreise des Weltbundes sich an der ökumenischen Arbeit beteiligt. Unvergessen ist in unserer Mitte sein festes, würdiges Eintreten für die Rechte der slowakischen Minderheit in Ungarn. Auf der Grazer Regionalkonferenz des Weltbundes war er derjenige, der durch die Art seines Kämpfens auf alle den tiefsten Eindruck machte.

Der slowakische „Kreuz-Kalender“ für das Jahr 1929 schrieb in einem dem damals gewählten Bischof gewidmeten Artikel über dessen bisherige Tätigkeit in der Kirchgemeinde von Cačov: „Hier in diesem Dörflein von kaum tausend Einwohnern wirkte er volle 26 Jahre mit warmer Liebe zu seinem Volke, und von hier, aus der Stille des ländlichen Pfarramtes rief ihn der Herr der Kirche, wie das in der Geschichte des Reiches Gottes so oft der Fall ist, zur Bewältigung großer Aufgaben. ... Und so geschah, was sonst leider selbst im Leben der Kirche so selten vorkommt: alle Kirch-

gemeinden des Distrikts ohne Unterschied der Volkszugehörigkeit gaben ausnahmslos ihre Stimme auf ihn ab. Und wo so die Herzen zusammenschlugen, da schlugen sie höher; wo Jünger Jesu auch heute noch in solcher Einmütigkeit etwas vornehmen, da fällt der Heilige Geist auf die Herzen herab und folgt Gottes Segen. Ein so gewählter Bischof ist mit Recht ein Mann, der Hoffnung verkauft. ... Zur bischöflichen Installation war auch der lutherische Erzbischof von Upsala Dr. Nathan Söderblom aus Schweden gekommen. Er, Bischof Dr. Janoška und bischöflicher Administrator Dr. C. E. Schmidt segneten den Neugewählten nach urchristlicher Gepflogenheit mit Gotteswort, Gebet und Handauflegung.“

Und das Preßburger „Evangelische Gemeindeblatt“ vom Mai/Juni 1933 (14. Jahrgang Nr. 5/6) schreibt über die Führung seines Bischofsamtes: „Kaum fünf Jahre war es ihm vergönnt, als Bischof zu wirken. Es waren schwere Jahre für unsere Landeskirche und unseren westlichen Distrikt. Wir waren Gott dankbar, daß in diesen schweren Jahren gerade er unsere Kirche und unseren Distrikt leitete mit fester und doch milder Hand. ... Daß unser Oberhirt nicht mehr unter uns weilt, fühlen wir stark. Er wird nicht so leicht zu ersetzen sein. Er war ein seltener Mann, ein wahrer Bischof! Das ewige Licht leuchte ihm! Jesus Christus wolle unserer Kirche gnädig sein. Seine Diener kommen und gehen. Er aber bleibt. Und es bleibt seine Kirche. Er wolle uns den Mann schenken, den wir brauchen, damit die Kirche in ihrer heiligen Arbeit nicht gehemmt, sondern gefördert werde. Unserem heimgegangenen Bischof aber wollen wir ein treues und dankbares Gedächtnis bewahren.“

## Die Tagung des Exekutivkomitees des Ökumenischen Rates in Novi Sad.

### I.

Einer der deutschen Teilnehmer hatte den Bericht für die „Eiche“ übernommen, mußte aber im letzten Augenblick seine Zusage zurückziehen. So bringen wir statt dessen den offiziellen Bericht des Sekretariats der Konferenz, dem wir einige Mitteilungen über den äußeren Verlauf vorausschicken.

Die Sitzung fand vom 9.—12. September in Novi Sad (Südslavien) statt. Das Exekutivkomitee war der Einladung des Bischofs Irenäus von Novi Sad gefolgt, der schon wiederholt die ökumenische Sache durch seine Gastfreundschaft gefördert hat. Den Vorsitz der Verhandlungen, die im bischöflichen Palais stattfanden, führte der derzeitige Präsident des Ökumenischen Rates, Bischof Bell von Chichester.

Ursprünglich sollte die Deutsche Evangelische Kirche durch Reichsbischof Müller selbst und zwei andere Mitglieder der neuen Kirchenregierung vertreten werden. Im letzten Augenblick wurde Oberkonsistorialrat D. Schreiber, der ständige theologische Referent für die ökumenischen Fragen im alten Kirchenbundesamt, in Gemeinschaft mit Oberkonsistorialrat D. Heckel und Konsistorialrat Dr. Wahl mit der deutschen Vertretung betraut. Außerdem nahmen von Deutschen Professor D. Martin Dibelius (Heidelberg) als stell-

vertretender Vorsitzender der Theologenkommission, Professor D. Hinderer als Vorsitzender der Pressekommission und Pastor Lic. Menn für die Forschungsarbeit an den Beratungen teil. Zur Begrüßung der deutschen Teilnehmer der Konferenz fand in der deutschen evangelischen Kirche eine Begrüßungsfeier statt, bei der Bischof W. Popp (Agram) die Grüße der Deutschen Evangelischen Kirche in Südslavien aussprach.

Auf der Konferenz selbst sprach D. Schreiber im Namen der deutschen Delegation aus, daß die neue Deutsche Evangelische Kirche der ökumenischen Sache ihre volle Mitarbeit schenken würde.

Es sei noch hervorgehoben, daß der Bischof von Chichester die Verhandlungen über die gegenwärtige religiöse Krisis mit der Verlesung der Stockholmer Botschaft eröffnete, deren Forderungen eine eindeutige Grundlage der Arbeiten des Ökumenischen Rates darstellen. Die Aussprache ergab, daß über die Gültigkeit dieser Grundlagen Meinungsverschiedenheiten vorhanden sind. Der folgende offizielle Bericht kommt in seinem zweiten Abschnitt hierauf zu sprechen.

## II.

Die ökumenische Arbeit dieses Jahres steht in besonderer Weise unter dem Zeichen einer sich vertiefenden Fühlung der Gesamtbewegung mit den orthodoxen Kirchen. Die diesjährige Studienkonferenz des Ökumenischen Rates brachte eine wirksame Mitarbeit von orthodoxen Vertretern. Die regionalen Frühjahrskonferenzen in Bukarest schufen eine Fülle neuer Beziehungen zwischen den orthodoxen Kirchen des Balkans und der Gesamtarbeit der ökumenischen Bewegung. Das alles bedeutete einen verheißungsvollen Auftakt für die Tagung des Exekutivkomitees des Ökumenischen Rates, das im südslavischen Novi Sad auf einen in besonderer Weise vorbereiteten Boden kam. Bischof Irenäus, dessen Einladung es folgte, gehört mit seiner ganzen Persönlichkeit in das Werk von Stockholm hinein und stellt selbst in „anschaulichster“ Weise die schon vollzogene Lösung der Frage nach der Möglichkeit der Zusammenarbeit zwischen westlichen und östlichen Kirchen dar. — Die Bevölkerung von Novi Sad, vor allem die Bildungsschicht, zeigte wie schon während der west-östlichen Theologenkonferenz von 1929 ihr lebhaftes Interesse an der ökumenischen Arbeit in der starken Anteilnahme an dem feierlichen Abendgottesdienst zur Eröffnung der Tagung und ebenso auch in der stark besuchten öffentlichen Versammlung, in der der Lordbischof von Chichester, Prof. D. Dibelius und Prof. Dr. Monod mit großer Hingabe angehört wurden. Ebenso gehört hierher die reiche Gastfreundschaft, die den Mitgliedern der Konferenz von den verschiedensten Seiten, vor allem von Seiner Heiligkeit dem Patriarchen, von der Distriktsregierung und von der Stadt, erwiesen wurde. Neben alledem erhielten die Mitglieder des Exekutivkomitees die tiefsten und stärksten Eindrücke von dem Leben der orthodoxen Kirche durch Teilnahme an der Hauptfeier einer innerhalb der südslavischen orthodoxen Kirche erwachten religiösen Bewegung der „Beter“, bei der Bischof Irenäus unter Assistenz zahlreicher Geistlicher nahe dem Kloster Kovil unter freiem Himmel eine Pontifikalmesse zelebrierte. Das Erleben dieser Feier mit der heiligen Ergriffenheit der Handelnden wie der Gemeinde diente besonders dazu, den



Vertretern aus anderen Kirchen eine tieferinnerliche Verbindung zu dem Boden zu schaffen, auf dem die Tagung des Exekutivkomitees selbst sich vollzog.

Der Arbeitsplan des Exekutivkomitees sah mit an erster Stelle eine Aussprache über die gegenwärtige soziale und religiöse Lage vor. Sollte diese Aussprache zu einer Klärung auch nur der wichtigsten und beunruhigendsten Fragen führen, so hätten wir uns gänzlich auf sie beschränken müssen. Indessen konnten nur wenige Stunden darauf verwandt werden, die allerdings wohl jedem Teilnehmer der Tagung besonders wertvoll gewesen sind. Unter den hier erörterten Fragen nahmen die Probleme der allgemeinen und der kirchlichen Entwicklung Deutschlands besonderen Raum ein. Die neue, damals noch einstweilige Leitung der Deutschen Evangelischen Kirche, der Nachfolgerin des ehemaligen Deutschen Evangelischen Kirchenbundes, hatte in einem Begrüßungsschreiben an das Exekutivkomitee ihren Willen zu ökumenischer Mitarbeit ausgesprochen und eine knappe Darstellung der Gesichtspunkte gegeben, unter denen die neue Kirche ihre besondere Aufgabe zu begreifen sucht, war aber leider nicht in der Lage gewesen, Vertreter ihres engeren Führerkreises zu entsenden. So fiel den Mitarbeitern der Deutschen Evangelischen Kirchenkanzlei als Beauftragten der Kirchenleitung und den übrigen deutschen Teilnehmern der Tagung die Aufgabe zu, in der Aussprache Grundlagen für das Verständnis der besonderen Entwicklung Deutschlands und seiner evangelischen Kirche im Zeichen der nationalsozialistischen Revolution zu schaffen. Die Aussprache geschah in brüderlichem Geiste und in größter Offenheit. Angesichts der schwierigen Einzelfragen, die hier zur Erörterung kommen mußten, unter ihnen in erster Linie des Judenproblems und der Frage des Verhältnisses von Staat und Kirche, durfte es nicht Wunder nehmen, daß eine Verständigung im Sinne einer einheitlichen Meinungsäußerung des Komitees nicht erreicht wurde. Es ist aber gewiß kein geringes Ergebnis gerade dieser Aussprache gewesen, daß die Notwendigkeit einer ernsthaften, gemeinsamen theologischen Besinnung und Klärung, wie sie auf dem Wege der Studienkonferenzen der Forschungsabteilung seit Jahren glücklich erstrebt wird, auf allen Seiten anerkannt wurde. Der Wille zu dieser Arbeit ist auf das Stärkste vorhanden.

Wenn bis vor kurzem die in den letzten Jahren von der Forschungsabteilung eingeschlagene Gesamtrichtung mit ihrer deutlichen Betonung der prinzipiellen theologisch-sozialethischen Besinnung noch hier und dort Bedenken hervorrief, das Bedenken vor allem, die Stockholmer Bewegung versage auf diese Weise allzu spürbar vor dringenden, durch die Weltlage gestellten praktischen Aufgaben, so hat die Tagung des Exekutivkomitees jedes Mißverständnis dieser Art durchaus beseitigt und uns in dem Willen zum Festhalten des eingeschlagenen Weges kräftig bestärkt. Es wurde von allen Seiten anerkannt, wie gerade auf diese Weise die Ergebnisse der ökumenischen Forschungsarbeit unmittelbar in der Verkündung und in der Erziehungsarbeit der Kirchen wirksam werden und die Voraussetzungen für die umfassende Stellungnahme der Kirchen zu den großen Gegenwartsfragen schaffen konnten, wie denn die Verhandlungen von Novi Sad das Vertrauen in die Arbeit des Generalsekretariats wie der Forschungsabteilung in höchst erfreulicher Weise befestigt haben.

Eine weitere Frage, die seit langem brennend war, ist durch die Komiteetagung in ihrer Lösung erheblich gefördert worden, nämlich die Frage nach dem Verhältnis der großen ökumenischen Gruppen und den Möglichkeiten ihrer planmäßigen Zusammenarbeit. Es ist in erster Linie das Verdienst des Verwaltungsrates und seines Vorsitzenden, Prof. W. A. Brown, daß im vergangenen Jahre auf dem Wege inoffizieller Besprechungen eine so bisher nicht erreichte Fühlung zwischen der Bewegung von Stockholm, dem Weltbund für Freundschaftsarbeit der Kirchen, dem Werk von Lausanne und dem Internationalen Missionsrat gewonnen wurde. Für die Verbindung zwischen Stockholm und Weltbund hat die Einrichtung des gemeinsamen Generalsekretariats die entscheidenden Voraussetzungen geschaffen. Hier liegen inzwischen ganz bestimmte Vereinbarungen über die gemeinsame Arbeit vor, die das Exekutivkomitee gern gebilligt hat. Aber auch jener weitere Kreis ist auf dem besten Wege zu einer in der Tat unentbehrlichen Arbeitsgemeinschaft, die besonders in der bereits gemeinsam beschlossenen Arbeit in einer Analyse der großen gegenwärtig der Kirche gestellten Aufgaben und ihrer Inangriffnahme fruchtbar wird. Das Exekutivkomitee hat den Verwaltungsausschuß bevollmächtigt, die weiteren Verhandlungen in diesem Sinne zu führen und sie insbesondere für die Gestaltung der bevorstehenden Weltkonferenzen zu fruchtbaren Ergebnissen zu bringen.

Es wird eine höchst bedeutsame Erweiterung und Bereicherung der Stockholmer Bewegung bedeuten, wenn im Verfolg der Novi Sader Verhandlungen die Orthodoxe Gruppe des Ökumenischen Rates eine selbständige Organisation gewinnt. Schon in Novi Sad konnte mitgeteilt werden, daß die orthodoxe Gruppe auch an der finanziellen Verantwortung für das Werk von Stockholm Anteil nimmt. Wichtiger aber ist es, daß der Wille zu selbständiger Arbeit sich deutlich bekundet.

Die Vereinfachung der äußeren Organisation und die straffere Führung der Stockholmer Bewegung, die durch die Schaffung und aktive Tätigkeit des Verwaltungskomitees seit der letzten Ratstagung ermöglicht wurde, hat sich in jeder Weise bewährt; dabei war die längere Anwesenheit des Vorsitzenden, Prof. Dr. W. A. Brown, in Europa von ganz entscheidender Bedeutung. Die gegenwärtige Weltlage macht auch eine möglichst enge persönliche Fühlung wenigstens innerhalb der ökumenischen Führerschaft zu einer dringenden Forderung. Die Beschlüsse des Exekutivkomitees verbürgen die weitere Vereinfachung des organisatorischen Aufbaus durch Übertragung der Aufgaben der Sozialen Kommission an die Forschungskommission, deren Zusammenarbeit mit der Theologenkommision sich zugleich noch enger gestalten wird als bisher. Damit ist die Forschungskommission zum entscheidenden Träger der inneren Arbeit der Bewegung geworden. — Die Arbeit der Pressekommission wird durch Schaffung eines eigenen Genfer Nachrichtendienstes erweitert, für den auf die Mitarbeit der übrigen ökumenischen Organisationen gerechnet werden darf. Er soll die Möglichkeit schneller Orientierung über aktuelle Entwicklungen ökumenischer Art geben.

Als überaus dringend bezeichnete das Exekutivkomitee schließlich die Vermehrung der Arbeitskräfte der Forschungsabteilung. Neben

dem zu erwartenden Einsatz von ständigen angelsächsischen Mitarbeitern muß zum mindesten damit gerechnet werden, daß der verdienstvolle schwedische Mitarbeiter der Forschungsabteilung unter allen Umständen erhalten bleibt, und darüber hinaus wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Kirchen der Europäisch-Kontinentalen Sektion auch weitere Mitarbeiter für die Forschungsarbeit zur Verfügung stellen. Angesichts einer Lage, in der die Aufgaben der Bewegung ins Riesenhafte wachsen und ein hohes Maß von Klarheit über die einzuschlagenden Wege gewonnen ist, hat das Exekutivkomitee darum der großen Verantwortung der beteiligten Kirchen auch für die äußere Erhaltung und Entfaltung des Werkes sehr bestimmten Ausdruck gegeben.

An die Hilfsbereitschaft der in dem Werk von Stockholm vereinigten Kirchen wurde überdies im Blick auf die Lage der assyrischen Christen, die notleidenden Christen in Rußland und die besonderen Nöte von Christen jüdischer Abstammung appelliert. Das Exekutivkomitee ist bereit, in allen diesen Fällen mit den übrigen ökumenischen Organisationen, insbesondere mit der Zentralstelle für kirchliches Hilfswerk in Genf unter Leitung von Prof. D. A. Keller zusammenzuarbeiten und die Kirchen des Ökumenischen Rates zur Mitarbeit aufzufordern.

Dieser Bericht soll nichts anderes sein als ein Versuch, die wesentlichsten Linien der Tagungsarbeit aufzuzeigen. In einem solchen Rahmen ist jedoch das eine noch besonders herauszuheben — welchen in der Tat kaum zu hoch zu bemessenden Dank das Exekutivkomitee dem Lordbischof von Chichester als dem derzeitigen Präsidenten des Ökumenischen Rates für die Klarheit und Sicherheit, für das umfassende Verständnis und die nie versagende Brüderlichkeit seiner Führung schuldet. Bei dem Abschluß unserer Arbeit waren wir alle tief durchdrungen davon, wie die hinter uns liegenden Tage uns zugleich innerlich zusammengeführt und uns die Freudigkeit zur weiteren Arbeit durch das Bewußtsein brüderlicher Verbundenheit über alle Unterschiede der Meinungen, Fragen und Sorgen hinweg in einer Weise gestärkt hatte, wie es Menschen nicht allzu oft zuteil wird.

### III.

In betreff der deutschen kirchlichen Fragen wurde ein Beschluß gefaßt, der das Ergebnis der Aussprachen innerhalb und außerhalb der Sitzungen brachte. In den Zeitungen und kirchlichen Zeitschriften des Auslandes ist über diese Abstimmung manches Richtige und manches Falsche geschrieben worden; hier sei dem gegenüber nur festgestellt, daß die offiziellen Delegierten der Deutschen Evangelischen Kirche sich bei der Abstimmung der Stimme enthalten haben und von den übrigen deutschen Delegierten einer für die Resolution gestimmt hat. Der Herausgeber dieser Zeitschrift, der infolge seiner Krankheit an den ökumenischen Konferenzen dieses Sommers nicht hat teilnehmen können, enthält sich eines Urteils darüber, ob die deutschen Delegierten eine andere Haltung hätten einnehmen können. Er stellt aber ausdrücklich fest, daß der Rat, den er selbst einigen Nächstbeteiligten vor den Konferenzen gegeben hat, dahin ging, keine Resolutionen zu fassen, die sich mit der deutschen Lage befaßten. Nachdem aber aus den Beratungen des Ausschusses mit den deutschen Delegierten ein Text wie



der folgende hervorgegangen ist, ist es selbstverständliche Pflicht der deutschen Mitarbeiter an der Stockholmer Bewegung, diesen Beschluß in den Zeitschriften der Bewegung selbst mitzuteilen:

„Das Exekutivkomitee, das einen Brief von der vorläufigen Regierung der Deutschen Evangelischen Kirche erhalten hat, in dem deren Absicht zur Mitarbeit in der ökumenischen Bewegung ausgesprochen wird, hatte eine lange Diskussion über die Lage in Deutschland, an der viele Delegierte teilnahmen. Die Delegierten der deutschen protestantischen Kirche gaben einen Bericht über die allgemeine Lage und über bestimmte Tatsachen in betreff der kirchlichen Neuordnung. Die Diskussion war frei und freundlich; mannigfache Meinungsverschiedenheiten traten auf. Aber schwere Besorgnisse wurden im besonderen mit Rücksicht auf die harte Aktion ausgesprochen, die gegen Personen jüdischer Abkunft unternommen worden ist, wie auch gegen die ernsten Beschränkungen, die auf Gedankenfreiheit und Äußerungen in Deutschland gelegt sind. Nach einer ausführlichen Diskussion beschloß das Exekutivkomitee, den Bischof von Chichester als seinen Vorsitzenden und als Präsidenten des Ökumenischen Rates zu bitten, einen Brief an die vorläufige Kirchenregierung in Deutschland zu richten, um vor die Deutsche Evangelische Kirche die Bekümmernis und Besorgnis zu bringen, die diese traurigen Umstände den Mitgliedern des Komitees und den von ihnen vertretenen Kirchen verursacht haben.“

Die Genfer „Semaine Religieuse“ (Nr. 39 vom 30. September 1933) sagt über diese Resolution, daß der Ökumenische Rat, zum erstenmal seit der Hitler-Revolution versammelt, eine Entscheidung getroffen hätte, die in den Kirchen einen weiten Widerhall finden und die Grenzen der religiösen Welt überschreiten würde. Sie würde auch einen Trost für unzählige Gewissen bedeuten, die durch das Schweigen ihrer Kirchenführer beunruhigt gewesen seien.

Der Brief, den der Bischof von Chichester als Präsident des Ökumenischen Rates inzwischen an den deutschen Reichsbischof gerichtet hat, ist, nachdem der Empfang desselben bestätigt worden ist, in den Zeitschriften und Zeitungen des Auslandes (zum Beispiel in *The British Weekly* vom 16. November 1933) veröffentlicht worden und muß infolgedessen auch den deutschen Mitarbeitern der ökumenischen Sache bekanntgegeben werden, damit sie in geeigneter Weise dazu Stellung nehmen können. Es darf ja auch erwartet werden, daß die Antwort des deutschen Reichsbischofs alsbald erfolgt. Der Brief des Bischofs von Chichester hat folgenden Wortlaut:

Allgemeine Christliche Konferenz

für Praktisches Christentum.

Chichester, den 23. Oktober 1933.

Sr. Hochwürden

Herrn Reichsbischof Ludwig Müller.

Hochwürdigster und lieber Herr!

Im letzten Monat hatte ich in Novi Sad die Freude, den von der Vorläufigen Regierung der Deutschen Evangelischen Kirche am 6. September

an das Exekutivkomitee des Ökumenischen Rates gerichteten Brief zu empfangen. Ich zweifle nicht, daß seit der Zusammenkunft unseres Komitees Sie durch die Delegierten Ihrer Kirche von dem allgemeinen Verlauf der Diskussion und von der hier beigelegten EntschlieÙung, die zuletzt angenommen worden ist, unterrichtet worden sind. Wie dieser Entschluß deutlich macht, bin ich als Vorsitzender von dem Exekutivkomitee gebeten worden, an die Leitung der Kirche nach der Versammlung zu schreiben und ihre Mitglieder unsere Gedanken über gewisse Fragen wissen zu lassen. So schreibe ich in einem tiefen Gefühl der Verantwortung diesen Brief an Sie als an den ersten deutschen Reichsbischof.

Ich möchte zunächst aussprechen, mit welcher tiefen Teilnahme ich persönlich das große Erwachen im Leben des deutschen Volkes begleitet und die neue Hoffnung, den neuen Glauben und den neuen Enthusiasmus beobachtet habe, mit dem zahllose Volksgenossen von Ihnen, nicht zuletzt die jungen Menschen, getränkt worden sind; dazu das Gefühl der Befreiung von Bolschewismus und Materialismus, mit dem ihre Herzen und Geister erfüllt sind. Darf ich hinzufügen, daß ich und meine Kollegen im Ökumenischen Rat vieles begrüÙe: den Wunsch nach einem reicheren inneren Leben und die mancherlei Anzeichen einer geistlichen Bewegung, die sich in der neuen Entwicklung der Deutschen Kirche finden, auch den Wunsch der Kirche, das Evangelium dem Volke in seiner Sprache und in seiner Art zu bringen. Und ich bin sehr dankbar für den Wunsch, dem Sie selbst in Ihrer Botschaft in Wittenberg am 27. September Ausdruck gegeben haben, daß eine neue Kameradschaft des Glaubens und des Opfers innerhalb der Kirche der Heimat und eine Beziehung ehrenvoller und wahrhafter Zusammenarbeit mit den protestantischen Kirchen anderer Völker unter der Herrschaft desselben ewigen Herrn entstehen möchte.

Ich wünschte, ich brauchte nicht mehr zu sagen. Aber es gibt andere Elemente in der gegenwärtigen Lage, die sehr verschiedenartige Gefühle bei mir und bei meinen Mitchristen, die im Ökumenischen Rat vertreten waren, auslösen; und auf Grund der Freundschaft, die ständig zwischen allen unseren Kirchen und der Deutschen Kirche seit der Stockholmer Konferenz gewachsen ist, fühle ich mich verpflichtet, Sie wissen zu lassen, welches diese Gefühle sind.

Ich schreibe als ein Mann der Kirche und als der Wortführer von Vertretern vieler Kirchen, und schreibe an den Mann, der an der Spitze der Deutschen Evangelischen Kirche steht. Ich stehe im deutlichen Bewußtsein der vielfachen Schwächen der Kirche von England; wir alle sind uns der verschiedenartigen Fehler innerhalb unserer verschiedenen Kirchen bewußt. Nichtsdestoweniger ist unsere Verantwortung eben als die von Vertretern der Kirche in der gegenwärtigen Zeit ungeheuer groß und ungeheuer dringend der Ruf, der an jeden von uns ergeht, das kostbare Pfand des Evangeliums, das Gott seiner Kirche anvertraut hat, treu zu verwalten. Eben weil ich die ungeheure Verantwortung fühle, kann ich um der Wahrhaftigkeit willen mich nicht enthalten, gewisse Züge zu bezeichnen, die in der Entwicklung der neuen Deutschen Evangelischen Kirche das christliche Gewissen aufs schwerste belasten. Ich beziehe mich besonders auf zwei Dinge:

1. Die Annahme des Arier-Paragraphen durch die preußische Synode und gewisse andere Synoden hat uns und unzählige andere Christen schwer erschreckt. Es ist ein großer Schreck für uns, daß Pastoren, Kirchenbeamte und Kirchenglieder ihrer Stellung in der Kirche beraubt werden oder sich als Ausgestoßene oder Christen zweiter Ordnung fühlen müssen, nur weil sie der Geburt nach Juden oder teilweise jüdischer Abstammung sind. Der Schrecken ist um so tiefer, als die Kirche, welche auf diese Weise die Rasse zu einem bestimmenden Faktor in dem Christenstand macht, ja nicht eine Kirche von geringem Wissen oder mangelnder Reife ist, sondern eine Kirche, in der die Gelehrsamkeit und der Eifer um das Evangelium in einer die Bewunderung der Christenheit weckenden Weise zu Hause sind. Ich bin froh, daß eine große Gruppe von Professoren des Neuen Testaments an deutschen Universitäten einen öffentlichen Protest in bezug auf diesen Punkt hat ausgehen lassen.

2. Der andere Punkt, auf den ich hinweisen muß, ist der, den die zweitausend deutschen Pastoren so klar in der auf der National-Synode von Wittenberg vorgelegten Erklärung ausgesprochen haben. Es genügt, diese Sätze anzuführen: „Auf entscheidend wichtigen Synoden hat die jetzige Mehrheit den Vertretern der Minderheit die gründliche Beratung und freie Aussprache versagt, auch bei Fragen, die das innerste Wesen der Kirche und ihren Auftrag berühren. Das kirchliche Leben steht seit einigen Monaten unter dem Druck der Gewalt einer kirchlichen Gruppe. Es darf aber nicht sein, daß die Kirche Jesu Christi unter Verleugnung der brüderlichen Liebe durch Herrschaft der Gewalt zu einem Reich dieser Welt wird.“

Solche Unterdrückung oder solch gewaltsames Mundtotmachen derer, die Ansichten haben, denen die in der Macht befindliche Gruppe widerspricht, ist ein großer Anstoß für andere Kirchen und für alle Christen, die für die freie Predigt des Wortes Gottes und für die Freiheit seiner Prediger eintreten.

Ich habe besonders Bezug genommen auf die zwei Fragen, die das christliche Gewissen schwer belasten. Ist es Ihnen nicht möglich, wenn Sie sehen, wie groß die Interessen sind, die auf dem Spiele stehen, endgültig zu erklären und durch entsprechende Maßnahmen sicherzustellen, daß solche Unterdrückung und Mundtotmachung von Gegnern und ebenso solche Deklassierung von Kirchengliedern jüdischer Abstammung zukünftig nicht mehr stattfinden soll, so lange Sie in der Deutschen Kirche Reichsbischof sind?

Lassen Sie mich am Schluß wiederholen, daß ich in dem Bewußtsein einer aufrichtigen Würdigung von vielem, was gegenwärtig in Deutschland vorgeht, schreibe und daß ich mich danach sehne, daß Deutschland ohne Widerspruch den ihm zukommenden großen führenden Platz in der Gemeinschaft der Völker einnimmt. Aber ich habe mich verpflichtet gefühlt, gerade weil ich dieses Sehnen und diese Bewunderung für Deutschland in mir trage, meinen und meiner Freunde Kummer und Besorgnis in bezug auf die besonderen Fragen der gegenwärtigen Lage vor Sie zu bringen. Ich habe versucht, es in dem Geist der ökumenischen Bewegung zu tun, die ja für brüderliche Zusammenarbeit, einschließlich aller Freimütigkeit im Austausch zwischen den Brüdern, eintritt. Diese Brüder haben, welchem



Volke sie auch immer angehören mögen, den Wunsch, für die Versöhnung der Völker und das gemeinsame Zeugnis von den Grundsätzen der einen allgemeinen christlichen Kirche und der Heilkraft des Evangeliums von Christus gemeinsam zu arbeiten und gemeinsam zu beten.

In aller Hochachtung bin ich

Ihr sehr ergebener

George Cicester,

Präsident des Ökumenischen Rates für Praktisches Christentum.

## **Die Beschlüsse des Exekutivkomitees des Weltbundes in Sofia.**

### **a) Allgemeiner Verlauf.**

Die Sitzung des Internationalen Arbeitsausschusses wurde in diesem Jahre aus finanziellen Gründen durch eine Sitzung des Exekutivkomitees ersetzt, die vom 14.—21. September in Sofia stattfand. Vertreter der Landesräte der Balkanländer und der benachbarten Länder sowie Mitglieder des Minderheitenausschusses des Weltbundes waren außer den eigentlichen Mitgliedern anwesend.

Der Bulgarische Weltbund-Rat, ebenso wie die kirchlichen, staatlichen und städtischen Behörden überschütteten die Delegierten mit Freundlichkeit und Ehrungen. Ein feierlicher Gottesdienst wurde in der Alexander Newski-Kirche abgehalten. Der König empfing das ganze Komitee in Audienz und gab in warmen Worten seinem Glauben an eine Annäherung der Völker durch ein gemeinsames Vorgehen der christlichen Kirchen Ausdruck. Eine öffentliche Versammlung in dem größten Saal Sofias gab einer Reihe eindrucksvoller Redner Gelegenheit, dem dichtgedrängten Hause Ziele und Aufgaben des Weltbundes auseinanderzusetzen.

Es wurden wichtige Beschlüsse gefaßt für eine engere Zusammenarbeit mit dem Ökumenischen Rat für praktisches Christentum und für gemeinsame Veranstaltungen mit der Einigungsbewegung für Glaube und Kirchenverfassung, dem Internationalen Missionsrat und den internationalen christlichen Jugendorganisationen. Eine Teilnahme des Weltbundes an dem Internationalen Christlichen Presse- und Nachrichtendienst, der kürzlich in Genf eingerichtet worden ist, und eine engere Verbindung mit gewissen Tätigkeiten des Völkerbundes und des Internationalen Arbeitsamtes wurde in Aussicht genommen.

An den Völkerbund wurde ein Appell zugunsten der assyrischen Christen im Irak gerichtet. Ein anderer Appell erging an die Kirchen, bei Wiederezusammentritt der Abrüstungskonferenz bei ihren Regierungen vorstellig zu werden. Das Komitee umriß Grundlagen und Arbeitsmethoden seines Minderheitenausschusses und nahm einstimmig eine Resolution über Rassenminderheiten an.

Prof. Zankoff, der Schriftführer des Bulgarischen Weltbund-Rates, wurde gebeten, für einen Zeitraum von drei Jahren als Sekretär für die orthodoxen Länder zu fungieren. Dr. N. Zernoff wurde aufgefordert, Sekretär der Ver-

einigten Jugendkommission von Weltbund und Stockholmer Bewegung zu werden. Um die Beiträge der Landesräte zu erhöhen, wurde ein Schema aufgestellt, das den Ausfall an Einnahmen ausgleichen soll.

Schließlich wurden mehrere Sitzungen der nächsten Zusammenkunft des Internationalen Rates gewidmet, die im August 1934 in Budapest stattfinden soll.

b) Zusammenarbeit des Weltbundes mit dem Ökumenischen Rat.

Den Sitzungen der Exekutivkomitees des Ökumenischen Rates und des Weltbundes war eine Sitzung der Verwaltungsausschüsse beider Bewegungen am 6. September in Zürich vorausgegangen. Die Verabredungen, die dort zwischen den Vertretern des Ökumenischen Rates und des Weltbundes getroffen worden waren, wurden von dem Exekutivkomitee des Ökumenischen Rates in Novi Sad und von dem Exekutivkomitee des Weltbundes in Sofia bestätigt. Die wichtigsten Beschlüsse sind die folgenden: Soweit wie möglich sollen zukünftig gemeinsame Tagungen beider Vereinigungen abgehalten werden. Zunächst lädt der Weltbund den Ökumenischen Rat ein, durch Delegierte an der nächstjährigen Sitzung des Internationalen Rates des Weltbundes in Budapest teilzunehmen. Ferner wird eine beratende Körperschaft aus Vertretern des Ökumenischen Rates und des Weltbundes gebildet, der der Verwaltungsausschuß des Ökumenischen Rates und das Sekretariat des Weltbundes angehören. Dieselbe Art der Gruppenbildung soll in den verschiedenen Ländern versucht werden. Der gemeinsame beratende Ausschuß hat ferner den Auftrag erhalten, für die Forschungsarbeit das Genfer Büro zu erweitern und auch die gemeinsame Pressearbeit auszubauen. In gleicher Weise soll in den einzelnen Ländern versucht werden, in personeller Hinsicht wie auch in der Einrichtung des Büros eine bessere Zusammenarbeit des Ökumenischen Rates und des Weltbundes zu erreichen, gemeinsame Versammlungen beider Vereinigungen einzurichten und auch in finanzieller Hinsicht auf eine möglichst weitgehende Zusammenarbeit hinzuwirken.

Endlich begrüßt das Exekutivkomitee des Weltbundes in Übereinstimmung mit der Züricher Sitzung alle sonstigen Bestrebungen, die auf eine engere Zusammenarbeit der ökumenischen Bewegungen hinzielen, insbesondere auch die Vorarbeit dafür, die durch gewisse Versammlungen in York und Paris geleistet worden ist.

c) Botschaft wegen der Abrüstungskonferenz<sup>1)</sup>.

1. Die Exekutive hat von dem Generalsekretär in Genf einen Bericht erhalten, der die Verhandlungen der Genfer Abrüstungskonferenz bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt darlegt. Es ist ein wertvolles Dokument, da es die Fortschritte, die in vielen wichtigen Punkten für ein Übereinkommen erzielt worden sind, herausstellt. Zu einer Zeit, in der die Menschen erklären, die Konferenz habe versagt und den Nationen bleibe nichts anderes übrig, als in den alten Rüstungswettstreit und den alten Kampf um die militärische Suprematie zurückzufallen, dürfen diejenigen, die der Menschheit ein höheres Schicksal als aufeinanderfolgende Epochen gegenseitigen

<sup>1)</sup> Vor dem Zusammentritt der Generalkommission der Abrüstungskonferenz abgefaßt.

Niedermetzeln zuerkennen, nicht den Mut verlieren gegenüber Vorgängen, die zunächst wie eine Niederlage aussehen. Vor allem dürfen die Kirchen niemals zugeben, daß sie besiegt seien, noch daß die Grundlage, auf der sie bauen, anders als unzerstörbar sei.

2. Die Exekutive hält es für erwünscht, daß alle Landesräte der gegenwärtigen Lage ernste Beachtung schenken und sich mit den praktischen Aussichten vertraut machen. Der Bericht des Generalsekretärs wird sie bei dieser Aufgabe unterstützen und ihnen zum Bewußtsein bringen können, was unter den gegenwärtigen Umständen erreichbar ist. Sie werden so in der Lage sein, Wollen und Wirken der Christen auf das praktische Gebiet zu lenken und die ganze Energie der Kirchen auf Bemühungen zu richten, die zu einem Erfolg führen können.

3. Der Weltbund hat sich bei vielen Gelegenheiten zur Frage der allgemeinen Herabsetzung und Beschränkung der Rüstungen geäußert. Im Jahre 1931 hat der Internationale Rat in Cambridge die Erklärung abgegeben, daß die religiösen und sittlichen Kräfte der Welt ein internationales Abkommen fordern, das zustande bringen soll:

1. eine wesentliche Herabsetzung der Rüstungen aller Art;
2. die Aufstellung eines Maßstabes für die Streitkräfte der Staaten, der für alle gerecht und in Übereinstimmung mit der Tatsache ist, daß sie auf den Krieg verzichtet und es auf sich genommen haben, alle etwa entstehenden Streitigkeiten nur durch friedliche Mittel zu regeln;
3. Sicherheit für alle Nationen gegen einen Angriff.

Im Jahre 1932 hat der Internationale Arbeitsausschuß in Genf eine Resolution gefaßt, die der überall in der Christenheit empfundenen bitteren Enttäuschung über die Unfähigkeit der Abrüstungskonferenz, zu einem positiven Ergebnis zu gelangen, Ausdruck gab und die Überzeugung aussprach, daß ein Scheitern der Konferenz furchtbares Unheil nicht nur über den internationalen Handel und den internationalen Frieden, sondern auch über die Kirchen und ihr Werk bringen würde. Das Komitee betonte noch einmal, wie notwendig es sei, das Prinzip, daß alle Staaten gleiche Rechte und Verantwortungen haben sollten, anzuerkennen und die Vorkehrungen für die Verhinderung eines Friedensbruches und für die Garantierung der Sicherheit zu erweitern. Wieder appellierte es an die Landesräte, ihre Regierungen dringend aufzufordern, ohne Verzug die Vorschläge voranzutreiben, die damals für die Herabsetzung der Rüstungen gemacht wurden.

Ein Jahr ist vergangen, seit jene Resolution gefaßt wurde, und noch immer wartet der Weltbund darauf, daß die Abrüstungskonferenz einen festumrissenen Plan vorlegt. Doch muß auch anerkannt werden, daß zwei sehr wichtige Punkte erreicht worden sind. Die Mächte, die an der Konferenz beteiligt sind, haben als Grundlage des Abkommens das Prinzip anerkannt, daß bei der Herabsetzung der Rüstungen alle in Betracht kommenden Staaten als gleich in statu behandelt werden sollen. Zweitens ist man provisorisch zu einer Formel gelangt, nach der im Falle eines Friedensbruches oder eines drohenden Friedensbruches die anderen Staaten, einschließlich der Vereinigten Staaten von Amerika und Sowjetrußlands,



zusammen ratschlagen werden, um zur Zurückweisung eines Angreifers die Maßnahmen zu treffen, die der Lage nach ratsam und möglich erscheinen. So ist zu hoffen, daß die beiden Haupthindernisse, die Deutschland und Frankreich für eine freie Zusammenarbeit auf der Konferenz im Wege stehen, beseitigt worden sind. Es kann kein Zweifel darüber sein, daß die Annahme dieser Grundsätze durch die in Betracht kommenden Regierungen dem moralischen Druck zu verdanken ist, den der Weltbund, die Kirchen, die Völkerbundgesellschaften, die Frauenorganisationen und andere soziale und religiöse Stellen, die die öffentliche Meinung der Welt widerspiegeln, ausgeübt haben. Das Wissen um diese Tatsache verpflichtet den Weltbund um so mehr, keine Mühe zu scheuen, um durch Vermittlung der Kirchen, mit denen er in Verbindung steht, ein lebendiges Interesse an den Verhandlungen der Abrüstungskonferenz innerhalb der Völker zu fördern. Es ist richtig, daß jüngste Geschehnisse in Europa es für die auf der Konferenz vertretenen Staaten immer schwieriger machen, einer Herabsetzung ihrer Streitkräfte zuzustimmen. Aber das ist klar: mögen sie auch mit der Abrüstung irgendein Risiko auf sich nehmen, ein Fehlschlag, überhaupt zu irgendeiner Konvention der Rüstungsbeschränkung zu kommen, muß für die ganze Welt unheilvoll sein. In der Hoffnung, daß die Landesräte sich der Verantwortung bewußt sind, die sie in dem gegenwärtigen Augenblick haben, und daß sie die sich ihnen jetzt bietende Gelegenheit, die Sache des Friedens zu fördern, benutzen, hat die Exekutive die folgende Resolution angenommen:

„Die Exekutive des Weltbundes für internationale Freundschaftsarbeit der Kirchen ist der Meinung, daß die Fortschritte der Weltabrüstungskonferenz in unnötiger und gefährlicher Weise aufgehalten worden sind. Sie erkennt trotzdem an, daß einige Punkte gewonnen sind, namentlich mit der Annahme zweier wichtiger Grundsätze, nämlich:

1. daß in den zukünftigen Rüstungsregelungen alle Staaten als in gleichem Status befindlich behandelt werden sollen;
2. daß jeder Unterzeichner der Abrüstungskonvention durch gemeinsames Vorgehen der anderen Unterzeichner in den wirksamen Genuß der Sicherheit gegenüber einem Angriff kommen soll.

Die Exekutive ist der Überzeugung, daß die Annahme dieser beiden Grundsätze es jetzt ermöglicht hat, zu einem Abkommen hinsichtlich praktischer Maßnahmen für eine allgemeine Herabsetzung und Beschränkung der Rüstungen zu gelangen. Sie begrüßt daher den Wiederzusammentritt der Konferenz und richtet an die Delegierten den ernststen Appell, ihre Arbeit mit Mut und Entschlossenheit vorwärts zu tragen, in einem Geiste, der der großen sittlichen Probleme, die dabei auf dem Spiele stehen, würdig ist.

Die Exekutive ersucht alle Landesräte des Weltbundes ernstlich, weiterhin die öffentliche Meinung in ihren Ländern anzuregen und dringend darauf hinzuweisen, wie wichtig es ist, daß die Konferenz alsbald zu einem Übereinkommen gelangt und einen Konventionsentwurf vollendet, der im besonderen vorsieht:

1. die Abschaffung aller Waffen, die bloßen Angriffszwecken dienen,
2. eine unmittelbare allseitige Herabsetzung von Verteidigungswaffen und Verteidigungsstreitkräften,

3. die Einrichtung einer internationalen Behörde oder Kontrollkommission, die mit der Verantwortung für die Durchführung des vereinbarten Konventionsentwurfs und für eine strenge Kontrolle der Fabrikation und des Handels von Waffen und Rüstungsmaterial beauftragt ist.

Ferner bittet die Exekutive die Landesräte des Weltbundes, sofort an die Regierungen ihrer Länder heranzugehen, damit die Konferenz bei ihrem Zusammentritt im Oktober zu bestimmten Beschlüssen in den erwähnten Hauptfragen kommen kann. Der Generalsekretär wird ermächtigt, diese Resolution der Abrüstungskonferenz in der Weise, die er für die wirksamste hält, vorzulegen.“

#### d) Eintreten des Weltbundes für die assyrischen Christen im Irak.

„Das Exekutivkomitee des Weltbundes für internationale Freundschaftsarbeit der Kirchen und das Exekutivkomitee des Ökumenischen Rates für praktisches Christentum sind in tiefer Sorge wegen der gegenwärtigen Lage der assyrischen Christen im Irak. Sie appellieren auf das Dringlichste an den Völkerbund, daß er Schritte tue, um dieser Minderheit den Schutz zu gewähren, der ihr bei Zulassung des Staates Irak zum Völkerbunde zugesichert worden ist.

Die folgenden Vorschläge werden dem Völkerbunde ehrerbietigst zur Erwägung unterbreitet:

1. Die Regierung des Irak sollte dringend ersucht werden, den assyrischen Christen zu gestatten, die ihnen in Dohuk und Zakkho zugewiesenen Gebiete unter Bedingungen zu bewohnen, die ihnen Freiheit in der Gestaltung ihres religiösen Lebens gestatten und ihnen in kommunalen Angelegenheiten unter der Führung und unter dem Schutze eines Vertreters des Völkerbundes Unabhängigkeit verbürgen.

2. Oder es könnten die assyrischen Christen mit Hilfe des Europa-Unterstützungsfonds — sofern dieser verfügbar ist — durch Vermittlung der Amerikanischen Presbyterianischen Mission oder des Nansen-Komitees nach Azerbeidjan in Persien gebracht werden.

3. Dr. Atkinson und der Generalsekretär werden ersucht, alle ihnen möglich erscheinenden Schritte zu tun, um die Wünsche des Komitees in dieser Angelegenheit durchzuführen.“

#### e) Zur russischen Hungersnot.

Im August 1930 hatte der Internationale Arbeitsausschuß des Weltbundes in Mürren folgende Resolution wegen der Verfolgung der russischen Kirchen gefaßt:

„Der Arbeitsausschuß des Weltbundes für internationale Freundschaftsarbeit der Kirchen spricht seine Sympathie mit allen aus, die in Rußland um ihres Glaubens willen leiden, und bittet die Landesräte des Weltbundes, alle Gelegenheiten in Rede, Schrift und sonstiger friedlicher Einflußnahme zu benutzen, um die allgemeine Meinung ihrer Völker dazu aufzurufen, den religiösen Verfolgungen in Rußland entgegenzutreten.

Dieses Vorgehen sollte den Regierungen der verschiedenen Länder, den Handelskreisen und führenden Persönlichkeiten zu besonderer Kenntnis ge-

bracht werden, damit dieselben die autoritativen Stellen in Rußland in geeigneter Weise angehen und so die unbehinderte Ausübung des christlichen Glaubens und volle Religionsfreiheit für alle Bewohner der Union der Sowjetrepubliken sicherstellen.“

Jetzt hat das Exekutivkomitee unter Bestätigung der obigen Resolution folgende Ratschläge wegen der Hungersnot erteilt:

„Die Exekutive des Weltbundes für internationale Freundschaftsarbeit der Kirchen hat erfahren, daß für Millionen der Ärmsten und Hilfsbedürftigsten im russischen Volke eine weitverbreitete Hungersnot droht und daß zur selben Zeit ungeheuere Vorräte an Nahrungsmitteln in anderen Ländern vorhanden sind, die dort nicht verkauft oder verbraucht werden können. Die Exekutive ist der Meinung, daß trotz aller politischen Hindernisse, die die Hilfe für die Leidenden in Rußland erschweren könnten, die Nachfolger Jesu Christi überall in der Welt ihren Einfluß in jeder nur möglichen Weise geltend machen sollten, um ihren leidenden Brüdern in Rußland Hilfe zu bringen.“

#### f) Der Minderheitenausschuß des Weltbundes.

Der Arbeitsausschuß des Weltbundes hat bekanntlich im vorigen Jahre in Genf einen Minderheitenausschuß gebildet, der im Auftrage des Arbeitsausschusses gewisse Vorarbeiten leisten sollte, wenn Beschwerden von Minderheiten oder andere Minderheitenprobleme im Weltbund zur Verhandlung kommen. Während der früheren Jahre sind wiederholt Minderheitenausschüsse des Weltbundes ad hoc gebildet worden. Es hat sich aber als wünschenswert erwiesen, daß ein solcher Ausschuß ständig zur Verfügung ist. Es sind dann aber speziell in den Balkanländern Bedenken entstanden, ob ein solcher Minderheitenausschuß nicht zu starke Vollmachten in bezug auf die Erforschung der Lage der Minderheiten in den verschiedenen Ländern erhalten könnte oder gar mit der Berechtigung ausgestattet würde, Entscheidungen wegen dieser Minderheiten, speziell auch wegen der religiösen Minderheiten zu treffen. Selbstverständlich hatte der Arbeitsausschuß des Weltbundes nie die Meinung, die Entscheidungen, an denen jeweilig die Vertreter der verschiedenen Länder in seiner Mitte beteiligt sein sollten, aus der Hand zu geben. Er hat die Aufgaben des Minderheitenausschusses jetzt nach der negativen und positiven Seite in fünf Paragraphen festgelegt, die in der Sitzung des Exekutivkomitees in Sofia einstimmig angenommen worden sind:

1. In Übereinstimmung mit der Verfassung des Weltbundes wird die Minderheitenfrage in erster Linie vom religiösen und sittlichen Standpunkt aus behandelt werden.

2. Der Ausschuß darf in keiner Weise als unabhängige Körperschaft betrachtet werden, sondern steht für die Behandlung dieser Frage im Dienste des Weltbundes.

- 3a. Der Ausschuß ist nicht als Gerichtshof oder Forschungsausschuß eingesetzt worden, der die Richtigkeit oder Falschheit der vor ihn gebrachten Beschwerden festzustellen hat; es sei denn, daß er aufgefordert würde, auf Beschluß des Internationalen Rates oder des Internationalen



Arbeitsausschusses des Weltbundes eine individuelle Beschwerde eingehend zu untersuchen.

3b. Wenn eine Angelegenheit verhandelt wird, die irgendeinen Landesrat angeht, so soll ein Mitglied des betreffenden Rates gebeten werden, an denjenigen Sitzungen des Komitees teilzunehmen, die der Vorsitzende bezeichnet.

4. Von dem Ausschuß soll kein Urteil oder kein Spruch über irgendeine Frage veröffentlicht werden, die sich auf Beschwerden irgendeiner Minderheitsgruppe bezieht, es sei denn, daß der Weltbund ihn hierzu auffordert.

5. Der Ausschuß soll seine Arbeit innerhalb der Grenzen tun, die in den folgenden Richtlinien über Aufgaben und Absichten dargelegt sind:

- a) Aufgabe des Ausschusses ist, innerhalb des Weltbundes eine Stelle zu schaffen, die sich in geordneter, regelmäßiger und wirksamer Weise mit der Minderheitenfrage befaßt.
- b) Der Ausschuß soll beauftragt werden, hierfür einen Plan zu entwerfen und eine Satzung zu formulieren, die vom Weltbund als seine Methode für die Behandlung der Minderheitenfrage anerkannt werden kann.
- c) Der Ausschuß soll als die Stelle fungieren, die alle Beschwerden und Anschuldigungen in Empfang nimmt und sie so bearbeitet, daß sie in bestmöglicher Weise dem Weltbund zu Beratung und Beschlußfassung vorgelegt werden können. Auf diese Weise soll der Ausschuß in erster Linie als beratende Instanz fungieren, und so die Bemühungen des Weltbundes in der Behandlung von solch wichtigen, schwierigen und delikaten Fragen erleichtern.
- d) Der Ausschuß soll soweit wie möglich die Frage Minderheiten und religiöse Rechte in ihrer Beziehung zu den Idealen des Christentums, der Verfassung des Weltbundes und der Freundschaftsarbeit der Kirchen untersuchen oder für ihre wissenschaftliche Bearbeitung Vorsorge treffen.
- e) Der Ausschuß darf Material, das sich auf die Frage bezieht, vorbereiten und darf es veröffentlichen, wenn derartige Dokumente vom Internationalen Rat oder dem Internationalen Arbeitsausschuß angenommen worden sind. Wenn irgendein solches Dokument veröffentlicht wird, soll es unter den Auspizien des Weltbundes geschehen.
- f) Der Ausschuß soll dem Weltbund auch in anderer Weise dienen, wie von Zeit zu Zeit durch Beschluß des Internationalen Rates oder des Internationalen Arbeitsausschusses vereinbart wird.

#### g) Rassenminoritäten.

Es war unvermeidlich, daß sich der Weltbund auf seiner diesjährigen Sitzung mit der Rassenfrage beschäftigte, wie sie durch die jüngsten Ereignisse im deutschen kirchlichen Leben in den Mittelpunkt des kirchlichen Interesses der Welt gerückt war. Der Herausgeber dieser Zeitschrift hatte zwar während der vergangenen Monate ebenso wie früher die Meinung vertreten, daß es den Interessen des Weltbundes nicht diene, wenn derselbe Entschließungen faßt, die von außen her einem einzelnen Lande Richtlinien vorschreiben oder Ratschläge erteilen, die nicht von der Kirche dieses Landes bzw. der Weltbundvereinigung eines solchen Landes selbst ausgehen.

Um irgendwelchen Beschlüssen, die in der Erregung dieses Jahres gefaßt werden konnten, vorzubeugen, war schon während der ersten Hälfte dieses Jahres zwischen dem Präsidium und dem Sekretariat des Weltbundes vereinbart worden, daß das Exekutivkomitee, das in diesem Jahre zusammenzutreten sollte, als eine für grundsätzliche Fragen nicht zuständige Instanz, nicht berechtigt sein sollte, Resolutionen zu solchen Fragen zu fassen. Das Exekutivkomitee hat jedoch auf seiner Tagung in Sofia sich über diese Verabredungen hinweggesetzt und eine Resolution zur Rassenfrage gefaßt, die sich mit der Stellung der deutschen Kirchen beschäftigt. Die Vertreter der Kirchen der größten Länder haben erklärt, daß es das Ende der Arbeit des Weltbundes bedeuten würde, wenn eines seiner Gremien, das in diesem Jahre tagt, nicht zu dieser die ganze Christenheit bewegenden Frage Stellung nähme. So haben die deutschen Vertreter, die an der Sitzung teilnahmen, nicht verhindern können, daß überhaupt eine Resolution gefaßt wurde. Sie haben zugleich dafür Sorge getragen, daß in derselben keine Kritik an der Regierung ihres Landes geübt wurde, sondern nur eine Äußerung zu den kirchlichen Maßnahmen, die ja auch in Deutschland selbst strittig sind, erfolgte. Es wäre nicht fair, wenn wir in Deutschland diese Resolution verschweigen wollten. Der Herausgeber dieser Zeitschrift fühlt sich vielmehr verpflichtet, gerade weil er an den ökumenischen Konferenzen dieses Sommers und Herbstes nicht teilnehmen konnte, die einmütige Stimme der Kirchen, die im Weltbund vereinigt sind, den deutschen Freunden der ökumenischen Sache mitzuteilen. Der Text lautet folgendermaßen:

„Die Mitglieder des Exekutivkomitees des Weltbundes, die sich in Sofia vom 14.—21. September versammeln, geben der Tatsache Ausdruck, daß Rassenunterschiede, die in irgendeinem Teile der Welt, sei es auf Grund der Hautfarbe oder aus anderen Gründen gemacht werden, eine große Gefahr für den Frieden und die Sache der Menschheit bedeuten, und halten daher eine absolut deutliche Erklärung für notwendig, in der sie sich zu der grundsätzlichen Überwindung der Rassenunterschiede durch das Evangelium bekennen.

Als Glieder von vielen Kirchen, die verschiedene Kulturen repräsentieren und aus vielen Ländern kommen, aber alle in der einen gemeinsamen Treue gegenüber unserem Herrn Jesus Christus vereinigt sind, bekennen wir voller Scham unsere vielfachen Sünden eines falschen Verhaltens gegen unsere Brüder von anderer Rasse und Farbe. Im Gefühl der Bruderschaft und der gemeinsamen Verantwortung aller Kirchen der Welt sind wir bei aller Anerkennung des Rechtes jedes Landes, die Reinheit seines eigenen nationalen Lebens zu schützen, trotzdem tief berührt durch die Behandlung, die Menschen jüdischer Abstammung und Verbindung in Deutschland erlitten haben.

Wir beklagen insbesondere die Tatsache, daß die staatlichen Maßnahmen gegen die Juden in Deutschland eine solche Wirkung auf die öffentliche Meinung gehabt haben, daß in manchen Kreisen die jüdische

Rasse als eine Rasse minderen Wertes angesehen wird. Wir protestieren gegen den Beschluß der preußischen Generalsynode und anderer Synoden, die den Arierparagraphen des Staates auf die Kirche übertragen, wodurch sie das Urteil einer Unfähigkeit für den Dienst in der Kirche über Geistliche und Kirchenbeamte aussprechen, die durch ihre Geburt nicht Arier sind; das aber halten wir für eine Verleugnung der deutlichen Lehre und des Geistes des Evangeliums von Jesus Christus“.

#### h) Finanzen des Weltbundes.

Das Exekutivkomitee des Weltbundes hat in Sofia folgende Vorschläge des Finanzkomitees gebilligt:

1. daß jede Landesvereinigung des Weltbundes in jedem Jahre zur Zentralkasse beitragen soll;
2. daß diese Summe in jedem Jahre spätestens zum 1. Oktober an die Zentralkasse geschickt werden soll;
3. daß jede Landesvereinigung eine öffentliche Werbung für diesen Beitrag in ihrem Lande unternehmen soll;
4. daß speziell bei Gelegenheit des Friedenssonntags alle Kirchen eine besondere Kollekte für die internationale Arbeit des Weltbundes in ihrem Lande erbitten sollen;
5. daß womöglich diese finanziellen Werbeunternehmungen zusammen mit der Stockholmer Bewegung unternommen werden;
6. daß eine bestimmte Summe für jedes Land festgesetzt wird, die sein Mindestbeitrag sein soll.

Die Summe, die in diesem Zusammenhang für Deutschland vorbehalten der Zustimmung des deutschen Landesrates genannt worden ist, ist die Summe von 1000 Schweizer Franken, übrigens dieselbe Summe, die seinerzeit von deutscher Seite in Vorschlag gebracht worden ist. Deutschland hat einige Jahre hindurch sogar die Summe von 1000 Mark aufgebracht, die in öffentlichen Versammlungen gesammelt worden war. In den letzten Jahren ist allerdings die Werbung zurückgegangen. Aber das ist in manchen anderen Ländern ähnlich gewesen.

#### i) Internationaler Rat des Weltbundes 1934 in Budapest.

Schließlich wurde folgender Beschluß in bezug auf die nächste Versammlung des Internationalen Rates des Weltbundes gefaßt:

„Wir schließen uns der Resolution des Internationalen Arbeitsausschusses, im Jahre 1934 in Budapest eine Sitzung des Internationalen Rates in beschränktem Umfange abzuhalten, an. Das Exekutivkomitee wird ermächtigt, an Stelle des Internationalen Arbeitsausschusses zu treten, falls die Umstände es erfordern.

Angesichts der gegenwärtigen Finanzlage ermächtigen wir hierdurch das Exekutivkomitee, die Auslagen für die Sitzung in Budapest für die Hälfte der üblichen Anzahl von Delegierten eines jeden Landesrates anstatt die vollen Auslagen für alle zur Teilnahme berechtigten Delegierten zu zahlen. Ferner wird vereinbart, daß jeder Landesrat berechtigt ist, die volle Anzahl von Delegierten zu senden, und daß die vermehrten Auslagen der



anderen Delegierten von den Landesräten oder den einzelnen Mitgliedern persönlich getragen werden.

Ferner wird beschlossen, das Exekutivkomitee zu ermächtigen, wie seinerzeit in Prag, Anordnung für die Teilnahme weiterer Delegierter zu treffen, die nach Zahlung einer kleinen Gebühr für eine Teilnehmerkarte zugelassen werden können. Diese Karte berechtigt den Inhaber zu einem Sitz in der Konferenz und zur Wortmeldung, nicht aber zur Stimmabgabe.“

Es wurde beschlossen, daß die Sitzung vom 23.—30. August 1934 stattfinden und das Programm dem Exekutivkomitee und dem Sekretariat unter Hinzuziehung von Persönlichkeiten, die sich für die Sitzung besonders interessieren, überlassen bleiben soll.

## Christliches Gewissen und kirchliche Presse.

### Ein mutiges Bekenntnis einer kirchlichen Zeitschrift zur christlichen Haltung in Rassen- und Minoritätenfragen.

Vom Herausgeber.

Durch die Zeitungen der Welt, auch durch die deutschen Zeitungen, ging vor einigen Wochen die Nachricht, daß in einem unabhängigen Lande Südafrikas, das aber unter britischem Protektorat steht, ein Häuptling, „König“ genannt, durch eine britische Regierungsstelle bzw. Marineabteilung abgesetzt und abgeführt worden sei. Wir gehen auf die Sache selbst nicht ein, da wir sie für eine politische Angelegenheit halten, die uns hier nicht näher beschäftigen kann. Auch die Beziehungen zur Rassenfrage, die in dieser Angelegenheit hervortreten, würden uns nicht veranlassen, gerade diesen Fall näher ins Auge zu fassen. Das, was uns an dieser Sache so außerordentlich bewegt hat, ist die einstimmige Haltung der kirchlichen Kreise Englands, vor allem auch der Missionskreise. Und zwar besteht diese Einstimmigkeit in einer absolut klaren Verurteilung des Verhaltens der britischen Regierungsstellen in dieser Sache. Wir beobachten, daß sowohl die Missionsgesellschaften wie andere kirchliche Vereinigungen das Unrecht, das nach ihrer Meinung diesem Negerhäuptling angetan worden ist, aufs schärfste verurteilen. Eine so angesehene Zeitschrift wie „The Christian World“ bringt bereits am 21. September einen Leitartikel aus der Feder von Sir John Harris, der an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Dieser Mut der englischen Christen, zur gegebenen Zeit sich gegen ein Verhalten ihrer Regierung auszusprechen, wenn es die Grundsätze des Christentums verlangen, ist uns manches Mal entgegengetreten. Wir halten es aber gerade heute für wichtig zu zeigen, wie eine führende englische Kirchenzeitung in solchem Falle vorgeht. Ohne auf die mannigfachen Äußerungen einzugehen, die in anderen Nummern der „Christian World“ oder in anderen Zeitschriften zur Sache erschienen sind, bringen wir einen Abdruck des Artikels, der überschrieben ist:

#### Der Sturz Tshekedis.

Seit Jahren ist die öffentliche Meinung durch einen Zwischenfall in den Kolonien nicht so tief erregt worden wie jetzt das britische Publikum durch den Fall Tshekedi-Khama von Betschuanaland.

Die Presse des Landes war außerordentlich einmütig in der Mißbilligung der Angelegenheit, und nie zuvor hat die südafrikanische Presse sich der Sache eines einheimischen Herrschers so angenommen wie in dem Falle Tshekedi. Möglicherweise ist irgend etwas noch nicht aufgeklärt, das den Lauf der öffentlichen Meinung noch wenden könnte; aber bisher ist weder in den Berichten des Reuterbüros, noch in den Dokumenten der Behörden irgend etwas zutage getreten, das die Absetzung dieses jungen Häuptlings und seine Deportation aus dem Lande rechtfertigen könnte. Die christliche Kirche wird von der Geschichte verurteilt werden müssen, wenn sie, ohne lebhaft zu protestieren, erlaubt, daß dieses Kind missionarischen Glaubens-eifers wie ein verbrecherischer Herrscher behandelt wird, weil er schlimmsten Falles einen technischen Irrtum begangen hat, und zwar, weil er wenige, wenn überhaupt Alternativen gehabt hat.

\*

Anzeichen fehlen nicht, daß in Wirklichkeit irgendeine dunkle Maßnahme oder irgendeine Besonderheit der „hohen Politik“ hinter diesen erstaunlichen Vorgängen steht, die jeden anständig gesinnten britischen Untertanen vor Scham erröten lassen.

\*

Soeben sind höchst bedeutsame Nachrichten bekannt geworden, die einige Menschen in Südafrika mit der Absetzung von Tshekedi glauben in Zusammenhang bringen zu müssen. Am 18. Juni stellten „The Johannesburg Sunday Times“ fest, daß Mr. Havenga und General Smuts Verhandlungen mit Mr. Thomas über die Annexion des Betschuanalandes durch die Südafrikanische Union anknüpfen wollten. Die ganze Angelegenheit werde „innerhalb einiger Monate“ erledigt sein. Diese Ankündigung gelangte Anfang letzten Monats zur Kenntnis von Mr. Thomas, und er widerrief sie nicht. Unter der Regentschaft Tshekedis wäre jede solche Annexion eine Unmöglichkeit gewesen!

\*

Das Betschuanaland-Schutzgebiet ist nicht britisches Territorium, noch sind Tshekedi oder irgendeiner seiner Leute britische Untertanen. Dieses große Gebiet, größer als Deutschland und Frankreich zusammen, wird von fünf eingeborenen Stämmen bewohnt, und der bei weitem größte von ihnen sind die Bamangwato oder das Volk Khamas. Sie zählen 35 000, doch beträgt die Gesamtbevölkerung des ganzen Gebietes nur 160 000 Afrikaner und weniger denn 2000 Weiße. Dieses Land und diese Völker stehen unter dem gnädigen Protektorat Seiner Majestät des Königs Georg. König Khama gebührt das Verdienst, aus einem Chaos Ordnung geschaffen und mit bemerkenswerter Geschicklichkeit einem Lande, das weniger natürliche Hilfsquellen besitzt als irgendeines der benachbarten Gebiete, Frieden und Wohlstand erworben zu haben.

\*

Es war keine leichte Aufgabe, den Fußtapfen Khamas zu folgen. Sein Sohn Segoma, der 1925 starb, hinterließ wenige, die ihn betrauernten, und viele, die das Erbe an Verwirrung beklagten, das sein frühzeitiger Tod seinem jungen Sohne hinterlassen hatte. Unter diesen Umständen bestanden

die britische Regierung und die fünf großen Häuptlinge des Betschuana-landes darauf, daß Tshekedi die eingeschlagene pädagogische Laufbahn aufgab und die undankbare Rolle eines Regenten übernahm.

\*

Tshekedi, der jüngste Sohn Khamas, ist ein prächtiger, aufrechter junger Mann, noch nicht dreißig Jahre alt, mit klar geschnittenen Zügen und einem fröhlichen Lächeln. Er spricht ausgezeichnet Englisch, ist ein ernster Christ, Abstinenter und unverheiratet. Er besitzt alle die Fähigkeiten eines Staatsmannes, die seinen Vater zu mehr als nur einer großen afrikanischen Gestalt machten. Niemand hat je gehört, daß sich auch nur der geringste Skandal an seinen Namen geknüpft hätte. Die Weißen lieben ihn, und gleicherweise trauen ihm seine Mithäuptlinge. Die Reutertelegramme haben uns mitgeteilt, daß nach der Urteilsverkündung des Vizeadmirals Evans die Europäer Tshekedi umgaben und ebenso große Entrüstung und Anteilnahme wie die Eingeborenen zum Ausdruck brachten, während unter den europäischen Frauen mehrere zusammenbrachen und weinten.

\*

Aber Tshekedi hat von Khama eine doppelte Portion der Furcht geerbt, daß die Schwächen der einwandernden Weißen zur Demoralisierung seiner Stämme führen könnten. So hat Tshekedi allzeit ängstlich, fast allzu ängstlich, die Gewohnheiten eines jeden weißen Einwanderers beobachtet. Den Alkohol des weißen Mannes fürchtete Khama am meisten. Gegen den Alkohol des weißen Mannes und den Mißbrauch, den er mit den Frauen seines Stammes trieb, kämpfte Tshekedi, und wegen des letzteren ist er, zu unserer ewigen Schande, gestürzt worden.

\*

Die Haupttatsachen sind nicht umstritten. Tshekedi stellt fest, daß er lange Zeit hindurch gegen die Behandlung der Frauen und jungen Mädchen seines Stammes protestiert habe — offenbar gingen die Schwierigkeiten von mehreren Männern aus, aber ein Mann war berüchtigt, und Tshekedi stellt fest, daß er wiederholt um seine Entfernung gebeten habe. Da er Herrscher eines fremden Landes war, hatte er nicht die Rechte britischer Staatszugehörigkeit, die er hätte zu Hilfe rufen können. Aber er behauptet, alles in seiner Macht Stehende getan zu haben, um den nächsten britischen Beamten zu veranlassen, diesen nicht einwandfreien britischen Untertanen zu entfernen. Doch seine Vorstellungen waren vergeblich. Die Häuptlinge von Betschuanaland beklagen sich, daß ganz abgesehen von den moralischen und sozialen Gefahren eines solchen Verhaltens, zahllose kleine Mischlinge, Kinder von Mädchen, die noch nicht 20 Jahre alt sind, den Gliedern des Stammes zur Last fallen.

\*

Angesichts dieser Situation wurde der Missetäter vor ein rechtmäßig eingesetztes Gericht gestellt, dessen Vorsitz Tshekedi führte. Das Gericht befahl, ihn durchzupeitschen. Aber nach dem bekannt gewordenen Zeugnis von McIntosh selbst ist sehr daran zu zweifeln, ob die Absicht bestand, die Auspeitschung wirklich durchzuführen. Es scheint sogar zwischen Tshekedi und McIntosh vereinbart worden zu sein, daß das Urteil nicht vollstreckt werden sollte. Doch haben dann offenbar die Häuptlinge und das



Volk die Sache selbst in die Hand genommen und haben auf der Durchpeitschung des Mannes bestanden. Es ist beachtenswert, daß McIntosh selbst ausdrücklich konstatiert hat, daß er keinerlei Klage gegen das Verhalten Tshekedis in der ganzen Angelegenheit vorbringen könne.

\*

Die Proklamation des Vizeadmirals Evans ist merkwürdig und lohnt ein eingehendes Studium. Er zollt Tshekedis Fähigkeiten, seinem Charakter und seiner Verwaltung große Achtung. Leider zieht er, trotzdem sie nicht zur Sache gehört, die Anschuldigung hinein, daß er Tshekedi früher einmal verwarnet habe, gibt aber den Grund für diese Verwarnung nicht an. Man darf annehmen, daß es sich um eine ganz geringfügige Sache gehandelt hat. Admiral Evans' Anklage befaßt sich hauptsächlich mit der Tatsache, daß Tshekedi kein Recht hatte, dem Gericht die Untersuchung und Verurteilung eines weißen Mannes zu gestatten. Und er kreidet es tatsächlich Tshekedi als Verbrechen an, daß er diese Meinung vertreten habe. Vizeadmiral Evans mag einen Rechtsberater gehabt haben — das wissen wir nicht. Aber was wir wissen, ist dies, daß Tshekedi zwei langjährige Freunde zur Seite hatte und von ihnen beraten wurde. Erstens Mr. Douglas Buchanan, der zugeständenermaßen einer der glänzendsten königlichen Anwälte in Südafrika ist, ein Mann, der in der Kenntnis des Römischen, Holländischen und Englischen Rechts nicht seinesgleichen hat. Daraus ergibt sich mit Sicherheit, daß Tshekedi einen Rechtfertigungsprozeß nicht geltend gemacht hätte, wenn er nicht von Mr. Buchanan dahin beraten worden wäre. Neben diesem hervorragenden Rechtskundigen hatte er Rev. A. E. Jennings von der Londoner Missionsgesellschaft zur Seite, dessen Kenntnis des Eingeborenenrechts und der Eingeborenenensitten sowie der europäischen Verträge nicht seinesgleichen hat. Diese beiden Männer haben sich noch zu äußern — und mehr, sie haben noch zu handeln! Wenn sie sich entschließen, an den Geheimen Rat zu appellieren, so wird voraussichtlich jeder Leser der „Christian World“ Gelegenheit haben, praktisch helfen zu können. Man muß zur Ehre der britischen Nation hoffen, daß sie Wege finden werden, um diese Schritte zu gehen, selbst wenn sie 6000 bis 8000 Pfund kosten sollten.

\*

Es hat keinen Zweck, die Tatsache zu ignorieren, daß wir uns in den Augen eines jeden intelligenten Eingeborenen in Südafrika außerordentlich lächerlich gemacht haben. Jedes Kind in Südafrika weiß, daß es erste Pflicht eines Häuptlings ist, die Ehre der Frauen und Mädchen seines Stammes zu verteidigen. McIntosh selbst war, trotz seiner alleits zugegebenen Vererbtheit, ehrlich genug, dies anzuerkennen. Weil Tshekedi seine Stammespflichten erfüllte, obwohl sie ihm aller Wahrscheinlichkeit nach zuwider waren, sandten wir die „Macht und Majestät“ Großbritanniens, um ihn zur Rechenschaft zu ziehen. Die Tragödie dieses Zwischenfalles wird durch eine lächerliche Machtentfaltung vergrößert. Die Betschuanen sind von Kindheit an Freundschaft gegenüber Großbritannien gelehrt worden. Sie haben nicht die Absicht, gegen Großbritannien zu kämpfen, und sie wissen auch, daß sie dazu nicht imstande sind. Und doch haben wir gegen dieses Volk 200 Marinesoldaten mit Feldgeschützen und Granaten fast 1000 Meilen per

Bahn geschickt. Ist es ein Wunder, daß wir ganz Südafrika über die Torheit eines solchen Aufwandes an Seestreitkräften zum Lachen gebracht haben?

■

Aber die Lage Tshekedis ist am ernstesten. Auch hier hat sich die britische Regierung der Lächerlichkeit preisgegeben. Die ersten Telegramme aus Südafrika besagten, daß Tshekedi abgesetzt worden sei. Die amtlichen Stellen erschrakten und bestanden darauf, daß das Wort „suspendiert“ gebraucht werde. Die südafrikanischen Telegramme gebrauchten das Wort abgesetzt und gebrauchten es weiter und tun recht daran. Tshekedi ist nicht nur abgesetzt worden, er ist auch deportiert worden. Und der Stamm ist angewiesen worden, einen Nachfolger zu wählen, und hat dies bereits getan.

★

Es ist klar, daß wir nur durch tatkräftiges Vorgehen hierzulande die Wiedereinsetzung Tshekedis in seine rechtmäßige Regentenstellung erreichen können. Hierzu kann jede Kirche, jede öffentliche Körperschaft beitragen, dadurch, daß sie Resolutionen faßt und ihre Parlamentsmitglieder auf diesen Zwischenfall aufmerksam macht. Jede Resolution sollte bei der Regierung darauf dringen, daß die sog. „Suspension“ so schnell wie möglich beendet wird und daß dieser ausgezeichnete Herrscher und christliche Führer wieder in seine Stellung als Regent eingesetzt wird, bis Seretse, der Erbe Khamas durch Segoma, der jetzt elf Jahre alt ist, die Sorge für sein Land übernehmen kann.

Abschließend sei ein kurzer Bericht der „Christian World“ vom 5. Oktober angefügt:

#### Ein Unrecht wird wieder gut gemacht.

Gestern sollte Tshekedi, der entthronte Häuptling der Bamangwato, von Admiral Evans, der einen Monat zuvor seine Absetzung angeordnet hatte, in Serowe formell wieder in sein Amt eingesetzt werden. Zu diesem zweiten Besuch in Serowe ging Admiral Evans ohne ein Gefolge von Seesoldaten, Haubitzen und Maschinengewehren. Für ihn muß dies eine Prüfung, in der Tat ein Gang nach Canossa gewesen sein. Mr. J. H. Thomas' schnelle Entscheidung, das an Tshekedi vollstreckte Urteil rückgängig zu machen, ist in Großbritannien und in Südafrika mit großer Befriedigung aufgenommen worden. Der Bamangwato-Häuptling sandte ein Danketelegramm an den König und erneuerte sein Versprechen „unverbrüchlicher und unabänderlicher“ Loyalität. Tshekedi hat auf jeden Anspruch, über einen in seinem Gebiet wohnenden weißen Mann zu Gericht zu sitzen, verzichtet — falls er diesen Anspruch je erhoben hat. Die Dokumente, die das Ministerium für die Dominions veröffentlicht hat, schränken die Gründe für die Annahme ein, daß Tshekedis Appell an die Behörde, ein Verfahren gegen den schuldigen weißen Mann zu eröffnen, ignoriert worden ist. Aber den „Cape Times“ zufolge hinterläßt die veröffentlichte Erklärung noch immer den Eindruck, als ob die Regierung in ihrem Vorgehen gegen McIntosh nachlässig gewesen sei; er hätte ausgewiesen werden sollen, ehe sein Fall eine berühmte Angelegenheit wurde. Tshekedi wünscht noch immer, nach England zu kommen, um mit dem Staatssekretär für die Dominions, in Gegen-

wart von Sir Herbert Stanley, dem Hohen Kommissar für Betschuanaland (der am 15. November nach Afrika zurückkehrt), einige Punkte der Verfassung zu besprechen, die er für das Protektorat für von grundlegender Bedeutung hält. Er hatte für morgen eine Schiffskarte gelöst, aber die Erlaubnis für die Reise ist ihm entzogen worden. Diese sensationelle Angelegenheit hat in Betschuanaland viele Fragen aufgeworfen, die nach Lösung verlangen. Ein Artikel von Dr. F. W. Norwood, der Betschuanaland kürzlich besuchte, offenbart eine Situation, die auf den britischen Raj kein günstiges Licht wirft.

## Corpus Confessionum.

Von F. Siegmund-Schultze.

CORPUS CONFESSIO NUM. Die Bekenntnisse der Christenheit.

Sammlung grundlegender Urkunden aus allen Kirchen der Gegenwart. In Verbindung mit Dr. Alfred Ernest Garvie, Direktor des Hackney and New College in London, D. Dr. Germanos, Erzbischof von Thyateira, D. Arthur C. Headlam, Bischof von Gloucester, D. Adolf Keller, Sekretär des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes, und D. Charles S. Macfarland, Generalsekretär des Federal Council of the Churches of Christ in America, herausgegeben von D. Cajus Fabricius, Professor der Theologie an der Universität Berlin. Verlag von Walter de Gruyter & Co., Berlin und Leipzig 1932.

Es erscheinen vierteljährlich 2 Lieferungen von je 5 Bogen. Die Lieferungen werden zu Bänden zusammengefaßt. In Aussicht genommen sind etwa 20 Bände, die im Laufe von 10 Jahren erscheinen sollen. Der Bezugspreis beträgt bei Subskription auf das ganze Werk in der Regel M. 7.— für jede Lieferung.

Wir können heute über den Fortgang eines Werkes berichten, das uns als eine der wichtigsten wissenschaftlichen Arbeiten der ökumenischen Bewegung erscheint: über die Sammlung der Bekenntnisse der Christenheit, die Professor D. Cajus Fabricius 1928 herauszugeben begonnen hat. Zu den fünf ersten Lieferungen des Corpus Confessionum, über die wir im 17. Jahrgang der „Eiche“, S. 117 ff., berichtet haben, sind achtzehn weitere Lieferungen hinzugekommen, die es ermöglichen, über zwei Abteilungen des Gesamtwerkes einen Überblick zu gewinnen, nämlich über die Dokumente der Bischöflichen Methodistenkirche und die der Brüdergemeine. Die letzteren sind zwar noch nicht vollständig gedruckt, auch ist für sie noch nicht die zusammenfassende Einleitung des Herausgebers erschienen, so daß es nicht möglich ist, seine Intentionen voll zu beurteilen. Aber wir möchten trotzdem keine weitere Zeit verstreichen lassen, sondern die inzwischen gedruckten Teile des Werkes einer kritischen Besprechung unterziehen, in dem Bewußtsein, daß wir einem in Lieferungen erscheinenden Werk keinen besseren Dienst erweisen können, als wenn wir unser Urteil so schnell wie möglich und so offen wie möglich aussprechen, damit das, was noch nicht festgelegt



ist, entsprechend der Kritik gestaltet werden kann. Auch für das Vorhandene kann eine Diskussion der materialen und formalen Probleme das Interesse eines größeren Publikums am besten anregen.

Wir beginnen mit den Dokumenten der Brüder-Unität. Die sechste Lieferung des Werkes setzt das Liturgienbuch der Brüdergemeinde fort, das also die Seiten 104—160 der fünften und noch S. 161—234 der sechsten Lieferung füllt. Es folgen von S. 234 dieser Lieferung ab deutsche Lieder der Brüdergemeinde, soweit sie „von deutschen Mitgliedern der Brüder-Unität und von einigen ihr nahestehenden Dichtern“ verfaßt worden sind. Diese aus dem Gesangbuch der Brüder-Unität von 1927 abgedruckten Lieder füllen die Seiten 234 der sechsten bis 384 der achten Lieferung. So sehr wir diese Lieder schätzen und ihren Wert für die Brüdergemeinde kennen, vermögen wir doch nicht uns dem Urteil des Herausgebers anzuschließen, daß sie in einem *Corpus Confessionum* abgedruckt werden mußten. Fabricius faßt ja doch, wie der Titel des Gesamtwerkes zeigt, Konfessionen nicht im Sinne von Bekenntnissen frommer oder schöner Seelen, d. h. nicht im Goetheschen Sinne, sondern als grundlegende Urkunden der Kirchen. Dann aber gehören diese Lieder von Herrnhutern engerer oder weiterer Ordnung nicht hinein. Vielmehr hätte ein Hinweis auf das jedermann leicht erreichbare Liturgienbuch der Evangelischen Brüdergemeinde (Gnadau 1907, im Verlag der Unitätsbuchhandlung) und das Gesangbuch der Evangelischen Brüdergemeinde von 1927 genügt, um dem Forscher die Möglichkeit zu geben, an diese Schätze christlicher Frömmigkeit heranzukommen. Übrigens hat nach unserer Meinung das Gesangbuch von 1908 noch stärker die brüderische Note, auf die es hier ankäme, als das von 1927, auch wenn das letztere in zahlreichen Fällen zu der kräftigeren Urform der Lieder durchgedrungen ist.

Es folgen die „Allgemeinen Grundsätze der Brüderkirche“, ohne daß klar würde, um welche Fassung es sich handelt. Handelt es sich um die von der Generalsynode von 1899 erlaubte Ausgabe einer eigenen Kirchenordnung in jedem selbständigen Unitätsgebiet? Die Allgemeinen Grundsätze der Generalsynode von 1914 scheinen, nach der Einleitung zu schließen, nicht gemeint zu sein. Es fehlt ein Hinweis, wenn auch nur vorläufiger Art, wann diese general principles von der Generalsynode oder von der Provinzialsynode des britischen Zweiges angenommen worden sind. Auf S. 385, Z. 16 sollte es, bei der sonstigen Schreibweise, heißen *which it is*. Auf S. 387, Z. 13 von unten sollte *constitutional appointment* mit „verfassungsmäßiger Beauftragung“ oder einem ähnlichen Terminus übersetzt sein, da „Berufung“ im Englischen andere Äquivalente hat. Die betreffende Stelle in dem Generalsynodalverlaß lautet: „Ein Bischof muß wie jeder andere Diener der Unität zu jedem Amt, das er bekleidet, einen besonderen Auftrag von der Synode oder von der Oberbehörde seines Unitätsgebietes erhalten.“

Von S. 389 der achten Lieferung bis S. 427 der neunten Lieferung wird der Katechismus der amerikanischen Brüdergemeinde gegeben. Hier ist die Einleitung des Komitees der Provinzialsynode von 1896 abgedruckt, die einen guten Abriß der Geschichte des Katechismus in Böhmen, Sachsen, England und Amerika gibt. Im deutschen Text (vgl. S. 390) ist nicht erwähnt, daß der Text von 1896 durch die Provinzialsynode von 1926 geändert worden ist.

Für die englischen und amerikanischen Lieder der Brüdergemeine, die von S. 427 der neunten bis S. 508 der 16. Lieferung reichen, gilt dasselbe, was oben für die deutschen Lieder gesagt wurde. Es sei dankbar die Kunst der Übersetzung gerühmt, mit der der zuweilen schwierige englische Text ins Deutsche, und zwar in schönes Deutsch, übertragen ist. Doch muß darauf hingewiesen werden, daß Übersetzungen von Liedern keinen praktischen Wert haben, wenn sie in anderem Versmaß erscheinen als im Original, wie das bei zahlreichen, wenn nicht den meisten deutschen Texten, z. B., um nur einen kurzen Abschnitt durchzuprüfen, bei Lied 39, 41, 47, 48, 51, 52, 54, 55, 56, 58 der Fall ist.

Die besonderen Lieder der Brüder-Kirche in französischer Sprache sind nach dem Schweizer Brüdergesangbuch von 1926 (*Psalmodie de l'Eglise des Frères*) auf S. 508 bis 560 des *Corpus Confessionum* gegeben. Etwa ein Viertel der Lieder dieses Gesangbuches sind herrnhutischen Ursprungs oder herrnhutischer Prägung und sind von dem Herausgeber mit demselben Geschick wie die englischen und amerikanischen Lieder übersetzt worden.

In der 22. Lieferung folgen auf S. 561—584 ladinische Lieder von Johann Baptist Frizzoni, die in dem Unter-Engadiner Gesangbuch („*Il Coral*“) von 1923 abgedruckt sind. Die deutsche Form der Lieder, die wieder von dem Herausgeber selbst stammt, verleitet geradezu zu dem Wunsch, daß diese Lieder in deutsche Gesangbücher aufgenommen würden; ich nenne als Beispiel das Trostlied Nr. 8. Für das *Corpus Confessionum* freilich ist zu sagen, daß Frizzoni kein Glied der Brüdergemeine, sondern nur wie tausend andere Christen jener Tage von der Herrnhuter Bewegung erfaßt war. Diese Lieder können also nicht als brüderisches Bekenntnis gelten. Eher wäre das möglich bei den Liedern des Dänen Nils Johannes Holm, die aus seinem norwegischen Gesangbuch „*Harpen*“ (6. Aufl. 1914) mit derselben Kunst von dem Herausgeber deutsch gestaltet sind (S. 584—605 der Abteilung 10 des *Corpus*).

Von S. 605 ab wird die wichtige „Allgemeine Kirchenordnung der Evangelischen Brüder-Unität“ abgedruckt, wie sie von der Herrnhutischen Generalsynode von 1931 beschlossen worden ist, einschließlich der damals einem Ausschuß überlassenen Beschlüsse und Erklärungen. In diesem Text ist der erste Teil der Kirchenordnung von 1914 (Wesen und Grundsätze der Brüder-Unität) fortgelassen worden, ebenso die 1914 veröffentlichte Geschäftsordnung der Synode. Wir hätten gewünscht, daß wenigstens jene vielbeachteten Grundsätze von 1914 im *Corpus* abgedruckt worden wären. Der Herausgeber scheint davon abgesehen zu haben, entweder weil er jene oben erwähnten „general principles“ abgedruckt hat, oder vielleicht auch deswegen, weil die Generalsynode von 1931 beschlossen hatte, diesen Teil 1 des General-Synodal-Verlases von 1914 nicht auf Kosten der Generalsynode neu zu drucken. Aber diese „Allgemeinen Grundsätze“ von 1914 sind nie aufgehoben worden, vielmehr hat die Generalsynode von 1931 nur erklärt und das ausdrücklich in der Einleitung des IV. Teiles ihrer Beschlüsse und Erklärungen auch ausgesprochen, daß die Generalsynode bei ihrer gegenwärtigen Tagung nicht die nötige Zeit aufgebracht habe, um die von der Britischen Provinz beantragte Neugestaltung der Grundsätze eingehend zu behandeln. Die Generalsynode hat die Britische Provinz gebeten, die Sache

weiter zu bearbeiten und die Ergebnisse ihrer Arbeit den anderen Provinzen vorzulegen, welche letztere wiederum die Vorschläge prüfen sollten mit dem Ziel, eine verkürzte und verbesserte Fassung des ersten Teiles der Allgemeinen Kirchenordnung herzustellen. Bis dahin aber gilt der Text von 1914, der ausdrücklich jeder Provinz als die geltende Darstellung der Allgemeinen Grundsätze bestätigt worden ist. Selbst wenn es gelingen sollte, den endgültigen Text in einer für die ganze Brüder-Unität formell geltenden Weise in absehbarer Zeit festzustellen, ist es doch von größtem Interesse, die Grundsätze von 1914 zu drucken, die eigentlich das einzige gültige Bekenntnis der Brüdergemeinde in diesem Augenblick darstellen.

Auf einen Teil der abgedruckten Kirchenordnung (Kapitel 6) sei besonders hingewiesen, nämlich auf die Verfassung der „Brüder-Unität in der Tschechoslovakischen Republik“, die durch die Generalsynode von 1869 als gemeinsames Werk der gesamten Brüder-Unität erklärt worden ist, ebenso wie auf das Missionswerk, das in einem III. Teil seinen Platz findet und das als ältestes Missionswerk der evangelischen Christenheit womöglich auch in seinen früheren Bestimmungen hätte berücksichtigt werden sollen. Im IV. Teil, der Beschlüsse und Erklärungen der Synode von 1931 bringt, die nicht in die Allgemeine Kirchenordnung gehören, findet sich die in der „Eiche“ abgedruckte<sup>1)</sup> „Erklärung zur kirchlichen Einheit“, nachfolgend die Erklärung über die Beziehung zur Anglikanischen Kirche, danach die Erklärung für den „Friedenssonntag“, die von uns seinerzeit auch mit dankbarer Freude begrüßt wurde<sup>2)</sup>. Die 1931 beschlossene und 1932 genehmigte „Verfassung der Evangelischen Brüder-Unität in Deutschland ist auf S. 674—680 des Corpus abgedruckt.

Einige wundervolle historische Dokumente aus der Geschichte der ältesten Brüder-Unität, die freilich auch nur im weiteren Sinn als Konfessionen gelten können, sind noch auf S. 681 ff. des Corpus gegeben: Die „Herrschaftlichen Gebote“ Herrnhuts von 1727/28, „Brüderlicher Verein und Willkür“ in Herrnhut von 1727, Zinzendorfs Sendschreiben an den König von Schweden von 1735 (die dicke Überschrift auf S. 701 ist ein Versehen), Zinzendorfs Brief an die „verstreuten Prediger des Evangelii“ in Amerika von 1742 und endlich Zinzendorfs Aufsatz über *Confessio Augustana* und Episkopalverfassung, der „dem General-Synodo des Jahres 1748 präsentiert“ worden, alles Stücke, die zum Verständnis der Entstehung der Brüder-Unität ungemein beitragen können.

Die „Bekenntnisse“ der Brüdergemeinde füllen jetzt bereits Lieferung 4 bis 9, 16, 22 und 23 des Corpus Confessionum. Sie stellen einen von den in Aussicht genommenen zwanzig Bänden dar, bisher fast 700 Seiten des Gesamtwerks, einen verhältnismäßig großen Teil. Wir gewinnen erneut den Eindruck, daß das Werk zu breit angelegt ist, ein Eindruck, der bei der Durchsicht der Sammlung der Dokumente der Bischöflichen Methodistenkirche noch verstärkt wird.

Wir kommen damit zu der Abteilung 20 des Werkes. Die zehnte Lieferung knüpft an die dritte an und setzt den Abdruck von Lehre und Kirchen-

1) Vgl. Die Eiche, Jahrgang 19, Nr. 4, 1931, S. 470.

2) Die Eiche, a. a. O. S. 496.



ordnung der Bischöflichen Methodistenkirche fort, für die eine freilich verkürzte amtliche deutsche Übersetzung bereits vorlag. Die Teile der deutschen Übersetzung, die der Herausgeber in Übereinstimmung mit dem englischen Text eingefügt oder gegenüber dem amtlichen deutschen Text geändert hat, finden sich in eckigen Klammern. Der ursprüngliche Text von Lehre und Kirchenordnung der Bischöflichen Methodistenkirche reicht bis S. 436 der zwölften Lieferung, woran sich die Änderungen der Kirchenordnung vom Jahre 1928 anschließen, wofür der Herausgeber die Übersetzung im wesentlichen selbst gestaltet hat. Von § 193 der Kirchenordnung ab (S. 492 ff.) werden nicht mehr englischer und deutscher Text nebeneinander, sondern die Paragraphen je nach dem Inhalt (z. B. §§ 193 und 144 Deutsche Kurse oder §§ 209 und 212 Für den Bezirk Schweden) in deutscher und schwedischer, wie auch in anderen Sprachen gegeben. Der Herausgeber wollte wohl die Vielgestaltigkeit der Kirchenordnung hervorheben, wenn er hier von dem Grundsatz, überall eine deutsche Übersetzung zu geben, abwich. Aber es ist natürlich, daß in den verschiedenen Sprachen allerlei Wiederholungen eintreten. Von § 229 ab findet wieder die alte Methode des englisch-deutschen Doppeltextes Anwendung. Von S. 507 bis 510 folgen in deutscher Sprache die Ordnungen für die Ausbildung und Weiterbildung der Prediger, wie sie für den Mitteleuropäischen Sprengel auf Grund der amtlichen deutschen Ausgabe der Kirchenordnung von 1926 (§ 617 A Anhang) Geltung haben. Solche Sonderbestimmungen im deutschen Sprachgebiet hätten dem Herausgeber zeigen sollen, daß die Kirchenordnung der amerikanischen Methodistenkirche nicht ganz die feierliche Geltung hat, die einem „Bekenntnis“ zukommt. Es handelt sich um sehr viel Augenblicksarbeit, die nicht ganz ihren Intentionen gemäß eingeschätzt wird, wenn sie in einem Corpus Confessionum erscheint. Die Werke und Namen z. B., die für die Veranstaltung von Kursen genannt sind, sind ja zum guten Teil nur temporäre, ja einmalige Vorschläge. Auch werden zahlreiche Bestimmungen, die sich in den „Änderungen der Kirchenordnung“ finden, auf den Generalkonferenzen der Kirche stets wieder geändert. Im ganzen kann man sagen, daß nur die eigentliche „Verfassung“ einen stabilen Teil der Kirchenordnung darstellt, der als solcher auch in den letzten Jahrzehnten immer deutlicher von den übrigen Bestimmungen abgetrennt und schwerer veränderlich gemacht worden ist. Der andere Teil, „Gesetze und Ordnungen“, steht grundsätzlich für jede Generalkonferenz neu zur Änderung oder Bestätigung oder Ergänzung auf der Tagesordnung. Abgesehen etwa von dem Kapitel über „Persönliche Erfordernisse für Leben und Dienst des Predigers“, das von Wesley selbst stammt, könnten alle Abschnitte mit Stimmenmehrheit geändert werden. Selbst wichtigste Festsetzungen der jährlichen Konferenzen, so z. B. die, die auf S. 583 unter der Überschrift „Centralkonferenzen“ mitgeteilt sind, sind inzwischen schon wieder geändert worden. Es heißt das „Bekenntnis“ bagatellisieren, wenn man diese Bestimmungen in eine Bekenntnissammlung aufnimmt. Der Herausgeber des Corpus hat wohl selbst diesen Eindruck gehabt, als er den neunten Teil der Änderungen der Kirchenordnung, der die Liturgien bringt, nicht mit abdruckte. Aber für diesen Teil gerade ist seine Entscheidung nicht ohne weiteres zu bejahen; denn die Riten der Kinder- und der Erwachsenen-

taufe wie auch der Konsekration von Bischöfen und der Ordination von Pastoren sind für die schwebenden ökumenischen Streitfragen von Glaube und Verfassung der Kirchen von größerer Bedeutung. Hier offenbaren sich die eigentlichen Unterschiede zwischen dem Methodismus einerseits und dem Baptismus, Kongregationalismus und Episkopalismus andererseits. Hier gerade zeigt sich, inwieweit die Methodistenkirche sich gewissen Erlebnissen und Ergebnissen der ökumenischen Bewegung anschließt.

Im Folgenden (von S. 584 bis 604 der 14. Lieferung) werden einige wichtige Resolutionen der Generalkonferenz von 1928 abgedruckt, die sicherlich bedeutsame Meinungsäußerungen der Konferenzteilnehmer dieses Jahres darstellen, aber natürlich in keinem Sinn als Bekenntnis der Bischöflichen Methodistenkirche angesprochen werden können, wie schon daraus hervorgeht, daß 1932 wesentlich andere Beschlüsse gefaßt worden sind. Die Entschließung über den Weltfrieden (vgl. S. 593) ist weitergeführt worden; über die Ergebnisse der Prohibition urteilt man heute nicht mehr wie 1928 (vgl. S. 597); in bezug auf das Bundeskonzil der amerikanischen Kirchen sind inzwischen andere Voraussetzungen geschaffen, als sie im Sommer 1928 vorlagen (vgl. S. 603). Hier sei erwähnt, daß der Herausgeber des *Corpus* das genannte Bundeskonzil nicht anders nennen sollte, als wir es nun in der ökumenischen Bewegung und im offiziellen Verkehr der Kirchen seit zwei Jahrzehnten nennen. Eine Frage an den Mitteleuropäischen Bezirk der Methodistenkirche sei hier noch angeschlossen: Warum sind die Bedenken der Generalkonferenz gegen Nacktheit, Entweihung des Heiligen und Blasphemie in der deutschen Übersetzung eingeschränkt auf das Vorkommen dieser Übel „auf der Bühne“ (vgl. S. 595)?

Die auf S. 604 bis 610 mitgeteilten Verfassungsänderungen, die in der im *Corpus Confessionum* gegebenen Form der Generalkonferenz von 1928 vorgelegen haben, sind inzwischen in veränderter Form angenommen worden. Aus diesem Grunde ist auch in Deutschland im Jahre 1933 ein „Ergänzungsheft zur deutschen Kirchenordnung von 1925/26“ herausgegeben worden, das die wichtigsten Neuerungen der Generalkonferenz von 1932 in deutschem Wortlaute bietet. Zugrundegelegt ist die neue amtliche Ausgabe in englischer Sprache, die auch in der Anordnung des Stoffes starke Abweichungen von früheren Ausgaben zeigt. Zum Vergleich der Ausgaben ist dem „Ergänzungsheft“ das vollständige Inhaltsverzeichnis der englischen Kirchenordnung von 1932 beigegeben, so daß den Paragraphen der englischen Kirchenordnung in einer Spalte E diejenigen der deutschen Kirchenordnung von 1925/26 in einer Spalte D entsprechen. Ein Sternchen zeigt außerdem in diesem Inhaltsverzeichnis an, welche in der Spalte D angegebenen Stücke der deutschen Kirchenordnung verändert worden sind. Das *Corpus Confessionum* müßte also eigentlich jetzt bereits ein ähnlich angeordnetes „Ergänzungsheft“ drucken, um dem jetzigen „Bekenntnisstand“ der Bischöflichen Methodistenkirche gerecht zu werden. Jedenfalls aber wird durch den Tatbestand dieser Veränderungen die Methode des *Corpus*, die sämtlichen Gesetze und Verordnungen einer Generalkonferenz abzudrucken, ad absurdum geführt. Noch dazu steht es so, daß die Änderungen von 1932 zum großen Teil wesentlicher sind als die früheren. Wie schon gezeigt wurde, handelt es sich um sehr bedeutsame Änderungen, die diesmal sogar tief in

die Bestimmungen der Verfassung hineingreifen. U. a. wird eine „Laienkonferenz“ geschaffen, die an die Stelle der jetzt verschwindenden älteren Laienwahlkonferenz und Laienvereinigung tritt; die gemeinsame Sitzung derselben wird mit der „Jährlichen Konferenz“ zusammengelegt. Im 4. Kapitel der neuen Kirchenordnung werden ferner die „Zentralkonferenzen“ ganz neu geordnet und § 101 durch folgende Bestimmung eingeleitet: „Diejenigen Zentralkonferenzen bestehen zu Recht, zu deren Bildung die Generalkonferenz die Ermächtigung gegeben hat oder in Zukunft noch geben wird, oder solche, die sich aus anerkannten Zentralmissionskonferenzen . . . zu Zentralkonferenzen umbilden“. Die Zusammensetzung der Zentralkonferenzen aus gleichviel Prediger- und Laienabgeordneten, die Anerkennung der eigenen Bestimmungen der einzelnen Zentralkonferenzen hinsichtlich der Wahl, die Vollmachten und Aufgaben dieser Konferenzen, wie sie 1932 festgesetzt werden, stellen die fortschreitende Entwicklung innerhalb der Bischöflichen Methodistenkirche dar, die einer solchen Festlegung spottet, wie sie in dem *Corpus Confessionum* durch die Heraushebung der Bestimmungen jenes einen Jahres vorgenommen worden ist. Die überaus wichtige Tendenz unserer Tage geht dahin, die Bischöfliche Methodistenkirche in Zentralkonferenzen mit gesetzgeberischen Rechten einzuteilen, über denen als Überbau eine repräsentierende und normierende Generalkonferenz mit verhältnismäßig wenigen Mitgliedern steht.

Auf S. 610—654 steht der von Dr. W. Nast 1868 verfaßte und mit Genehmigung der Generalkonferenz jenes Jahres herausgegebene sogenannte Größere Katechismus für die deutschen Gemeinden; von S. 655—670 der amerikanische (vgl. die mißverständliche Überschrift auf S. 655) Katechismus über die Hauptlehren der Heiligen Schrift, in deutscher und englischer Sprache; von S. 670—688 der allerlei psychologisch-pädagogische Einblicke gestattende Kinderkatechismus, der auch von der Methodistenkirche des Südens angenommen worden ist; endlich von S. 689—720 der Standard-Katechismus der Bischöflichen Methodistenkirche vom Jahre 1905 mit Einschluß der Wesleyschen Darstellung des „Charakters eines Methodisten“ vom Jahre 1739, die als erste deutsche Übersetzung einer methodistischen Schrift 1753 unter dem Titel „Das Muster eines wahren Christen in der Beschreibung eines Methodisten“ erschienen ist (in der Ausgabe des *Corpus Confessionum* ist jedoch die moderne Übersetzung des Methodistenpredigers Junker benutzt).

Was die Auswahl der Dokumente anlangt, so können wir keinen Zweifel darüber lassen, daß wir im Interesse des Gesamtwerkes den Umfang der abgedruckten Werke bedauern. Selbstverständlich wäre es uns eine Freude, die ganze Kirchenordnung in deutscher Sprache gedruckt zu finden, wenn es keine Beschränkungen von Raum und Zeit im literarischen Schaffen und Aufnehmen gäbe. Aber der Tatbestand ist doch der, daß Theologen und theologische Bibliotheken, vollends deutsche Theologen, heute nur mit allergrößten Schwierigkeiten sich die notwendigsten literarischen Hilfsmittel anschaffen können. Überall müssen wir uns bei unsern Veröffentlichungen von der Rücksicht auf die Kaufkraft des in Betracht kommenden Publikums leiten lassen. Da kann nicht anders geurteilt werden, als daß der Umfang dieser kirchlichen Urkundensammlung für unsere Zeit zu groß angelegt ist.



Auch wenn wir mit dem Herausgeber größte Freude darüber empfinden, daß nun dieses oder jenes Stück in deutscher Sprache und in dieser Sammlung gedruckt vorliegt, so können wir doch nicht die Frage zurückstellen, welche Persönlichkeiten oder Bibliotheken sich dieses Riesenwerk leisten können.

Es handelt sich hierbei natürlich in erster Linie um den Abdruck der Kirchenordnung. Auch diejenigen, die sich von dem oben verwendeten Argument des raschen Wechsels der meisten Bestimmungen nicht schrecken lassen, müssen doch erkennen, daß nicht alle Teile der Kirchenordnung für den Methodismus gleich wichtig sind. Das ergibt sich schon aus der Tatsache, daß die deutschen Methodisten in der deutschen Ausgabe große Partien fortgelassen haben, die das *Corpus Confessionum* bringt. Außerdem aber weiß jedermann, der den Methodismus in Amerika studiert hat, daß die Kirchenordnung zwar „als Hausbuch für jedes Gemeindeglied gedacht“ ist (p. XXII), daß aber die Gemeinde selbst große Unterschiede macht zwischen den verschiedenen Teilen des Buches. Kein Prediger mutet seinen Gemeindegliedern zu, daß sie die Partien lesen, die sich auf das Kircheneigentum oder auf die Einrichtung der Behörde für Mission beziehen. Diese fortwährend wechselnden Bestimmungen der Bischöflichen Methodistenkirche zu verewigen, ist dem Gegenstand nicht angemessen. Es kann der Methodistischen Kirche nicht recht sein, daß nach einigen Jahren, wenn das *Corpus Confessionum* beendet sein wird, allerlei unzutreffende Bestimmungen in demselben enthalten sind.

Der Herausgeber könnte den Rezensenten fragen, welche Auswahl denn hätte getroffen werden können. Auch wenn die Frage für die Ausgabe der Dokumente der Bischöflichen Methodistenkirche nicht mehr in Betracht kommt, könnte sie doch für die Darstellung anderer Kirchen von Bedeutung sein. Ich würde darauf die allgemeine Antwort geben, daß in einer Sammlung konfessioneller Dokumente, wie wir sie brauchen, nicht alle offiziellen Texte als solche abgedruckt werden sollten, sondern aus diesen die bedeutsamsten Selbstdarstellungen der Lehre dieser Kirchen. Die Verfassung der Kirchen würde ich, so sehr ich ihre Wichtigkeit speziell in bezug auf die angelsächsischen Verhältnisse unterstreiche, nur insoweit für bedeutsam erklären, als sie einen Teil der Lehre dieser Kirche darstellt. Man mache sich klar, was es z. B. bedeuten würde, wenn der Herausgeber dazu käme, bei der Darstellung der Deutschen Evangelischen Kirche die sämtlichen Bestimmungen der einzelnen deutschen Kirchengruppen abzudrucken. Dies zur grundsätzlichen Frage, was als „Bekenntnis“ zu gelten hat. Aber im Einzelfall ist ja die Entscheidung leichter als eine allgemeine Formulierung. Im Fall der Bischöflichen Methodistenkirche würde ich aus der Kirchenordnung folgende seit Beginn der amerikanischen Methodistenkirche geltenden und noch heute im höchsten Ansehen stehenden Dokumente abgedruckt haben: 1. The Constitution of the Methodist Episcopal Church, d. h. also die Articles of Religion (die Glaubensartikel von 1784), The General Rules (die allgemeinen Regeln für das christliche Leben) und die Articles of Organisation and Government (die Bestimmungen über örtliche und allgemeine Organisation der Kirche). Das wäre § 1—47 der jetzigen Kirchenordnung bzw. S. 9—29 der Abteilung 20

des *Corpus Confessionum*. Es könnte hinzugefügt werden 2. Teil I der Legislation (Kirchliche Gesetze und Ordnungen), enthaltend die Bestimmungen über die Mitgliedschaft der Kirche, die sich im Laufe der Geschichte der amerikanischen Methodistenkirche entwickelt haben, weiterhin die alten *Special advices* (besondere Ratschläge), die Bestimmungen über den Gottesdienst, enthaltend die Richtlinien John Wesleys für die Prediger, d. h. also §§ 48—73 oder S. 29—48 des *Corpus*. Teil II der Legislation ist nicht notwendig, sondern geht in die Details der Konferenzen, deren Gesamtthema bereits in den §§ 37—47 gegeben war. 3. Teil III der Legislation, der das Predigtamt behandelt und auf die Protokolle der Pastorenkonferenzen John Wesleys zurückgeht, wäre wieder wichtiger, speziell das 1. Kapitel, während die folgenden Kapitel stark in die Einzelbestimmungen übergehen. Abzudrucken wären also §§ 114—155 oder S. 98—110 des *Corpus*. Aus den folgenden Teilen der Legislation käme nach meiner Meinung höchstens ein Auszug aus den Bestimmungen über Kirchenzucht in Betracht, der freilich schwer zu bemessen wäre. Sonst könnte nur noch die Liturgie abgedruckt werden, die jedoch heute nicht mehr in ihrer ursprünglichen Gestalt gilt, also schon dadurch als wechselnd gekennzeichnet ist. Bei diesem neunten Teil der Legislation würde es sich um die §§ 524—538 handeln, wenn man sehr vollständig sein will. Aber vorgeschlagen würden von mir die oben genannten Seiten 9—48 und 98—110, also im ganzen etwa 50 Seiten statt 584 Seiten.

Was die abgedruckten Katechismen der Bischöflichen Methodistenkirche anlangt, so hätte sich das *Corpus Confessionum* gemäß seinen sonst ausgesprochenen Grundsätzen auf zwei oder drei beschränken können, nämlich auf den Standard-Katechismus (S. 689—719), den Kinder-Katechismus, falls dieser interessante „Kleine Katechismus“ seines besonderen Gebrauchs wegen Berücksichtigung finden sollte, den Katechismus der Bischöflichen Methodistenkirche in Deutschland (S. 643—654), wenn der jetzt geltende deutsche Katechismus besonders berücksichtigt werden sollte. Dagegen lag meines Erachtens kein Grund vor, in einem *Corpus Confessionum*, das den gegenwärtigen Bekenntnisstand zum Ausdruck bringen will und grundsätzlich auf geschichtliche Dokumente verzichtet, den Nastschen Großen Katechismus abzudrucken, auch wenn derselbe noch so wertvoll und aufschlußreich ist, noch auch den „deutsch-englischen“ Katechismus, der seine Bedeutung für die deutschen Einwanderer in den Vereinigten Staaten gehabt hat, jetzt aber fast nur noch historisches Interesse hat. So werden auch methodistische Theologen im allgemeinen urteilen. Es sind ein paar Stücke im Großen Katechismus, die auch heute noch den Menschen etwas zu sagen haben: etwa das, was darin über den „Heilsweg“ gesagt ist. Ferner käme für eine Sammlung von Bekenntnissen in Betracht, was über geistliches Leben und Glaubensnormen in § 516 (im Anhang!) gesagt ist. Aber charakteristisch für diesen wie für die andern methodistischen Katechismen ist, daß in denselben nicht das methodistische Sondergut, sondern das christliche Gemeingut gebracht wird. Die sogenannten „Unterscheidungslehren“ des Methodismus lassen sich, wie jeder Sachverständige sagen muß, aus diesen Katechismen am wenigsten erkennen. Aber es ist ja überhaupt schwer, ein Kirchentum aus seinen Bekenntnisschriften erkennen zu wollen. Gewisse

Urteile über den Methodismus, die auf Grund der bisherigen Veröffentlichungen des *Corpus Confessionum* erfolgt sind, zeigen die Gefahr, die in einer solchen Darstellung kirchlicher Eigenart liegen. Aber damit sind wir bei einer grundsätzlichen Frage der Kritik angelangt, die wir heute zurückstellen wollen.

Wir kommen noch auf die Einführung zu den methodistischen Bekenntnisschriften zu sprechen, die einen besseren Einblick in die Gedanken des Herausgebers erlaubt, als das bei den Dokumenten der Brüdergemeine bisher möglich war. Da wo in der Einleitung des Herausgebers die Zusammenhänge des Methodismus mit Deutschland geschildert werden, hätte unbedingt der Einfluß Luthers selbst genannt werden müssen (vgl. p. XIII). Der Unterschied hätte an anderer Stelle gleichfalls an Luther aufgezeigt werden können, insofern nämlich der Methodismus stets die Heiligung von der Rechtfertigung getrennt hat, auch als er die Notwendigkeit der letzteren erkannt hatte. Die Darstellung der Geschichte des Methodismus mit den Worten der „allgemeinen Angaben“ des Census der Vereinigten Staaten von 1926 mutet diejenigen eigentümlich an, die wissen, wie solche Censusingaben entstehen. Es hat ja mehr als einen Census in den Vereinigten Staaten gegeben. Die Angaben über die einzelnen Kirchen sind nicht „offizielle Urkunden“ im Sinne kirchlicher Konfessionen. Dasselbe gilt von der Darstellung der Lehre der Bischöflichen Methodistenkirche mit den Worten des Census.

Wertvoll ist das Literaturverzeichnis von Schriften zum Methodismus, das Fabricius von S. XXX bis XXXVII gibt. Selbstverständlich hat es sich nicht vermeiden lassen, daß einige wichtige Werke fehlen, so z. B. unter der ersten Rubrik bei den Büchern über das amerikanische Kirchenwesen das Standardwerk von William Adams Brown: *The Church in America*. New York. The Macmillan Company. 1922. Sonst sei noch erwähnt, daß unter den führenden Persönlichkeiten J. W. Fletcher nicht als Fletscher zu schreiben ist. Nicht genügend hervorgehoben ist die Bedeutung der Jahrbücher, speziell *The Methodist Year Book*, New York. Übrigens ist die Abkürzung durch die zwei Buchstaben N. Y. dem Namen des Staates New York vorbehalten.

Daß es richtiger gewesen wäre, die Methodistischen Kirchen Englands, d. h. des Mutterlandes des Methodismus, voranzustellen, scheint im Grunde der Herausgeber des *Corpus* selbst nicht zu bezweifeln (vgl. Einleitung S. XIX). Der Umstand, daß für die Bischöfliche Methodistenkirche schon deutsche Übersetzungen von Dokumenten vorlagen, kann nicht als Begründung für die Voranstellung der Bischöflichen Methodistenkirche anerkannt werden. Aber das soll uns nicht hindern, unsere Freude über den Abschluß dieses Bandes, den ersten abgeschlossenen Band des Gesamtwerkes auszusprechen.

Inzwischen hat mit der 17. Lieferung der Abdruck der Bekenntnisse der Kirche von England begonnen. Zunächst wird das *Common Prayer Book* englisch und deutsch gegeben, wobei die Zusätze und Abweichungen der Ausgabe von 1928 dem Text von 1662 beigelegt werden. So erfreulich es für den Freund der Reformen innerhalb der englischen Staatskirche ist, daß die Texte von 1928 beigelegt werden, so anfechtbar ist es doch, diese Texte gleichwertig mit denen von 1662 zu stellen, angesichts der Tatsache, daß das *Common Prayer Book* von 1928 innerhalb der Kirche von Eng-



land nicht offizielle Geltung erhalten hat. Die Vorrede von 1928 ebenso wie die folgenden Stücke hätten nur in Form von Ergänzungen, d. h. etwa Anmerkungen erscheinen dürfen, nicht aber in einer Wiedergabe, die die Meinung hervorrufen muß, als könnte dieser Text gleiche Autorität beanspruchen wie der von 1662.

Das Common Prayer Book ist am Schlusse der 21. Lieferung (die 20. und 21. Lieferung führten inzwischen diese 17. Abteilung des Werkes fort) noch nicht beendet. Wir behalten uns daher die Besprechung der anglikanischen Dokumente für einen späteren Zeitpunkt vor.

Aber wir möchten zum Schluß nochmals dem Herausgeber und dem Verlag aufrichtig danken, daß sie dies große schwere Werk energisch weiterführen, trotz der Ungunst der Zeiten und trotz der geringen Unterstützung, die solche notwendigen Werke unserer Zeit finden. Wir begrüßen das Corpus Confessionum auch besonders zum heutigen Zeitpunkt, weil wir uns inzwischen daran gemacht haben, die Sammlung von Selbstdarstellungen christlicher Kirchen, die wir im Kriege begonnen hatten, fortzuführen. Unsere „Ekklesia“ kann sich auf das „Corpus Confessionum“ stützen, wenn es die Bekenntnisse der dargestellten Kirchen behandelt.

## CHRONIK.

### Wege zur Einheit der Kirche Christi.

Die Jahresversammlung der Europäischen Zentralstelle.

Das Exekutivkomitee der Europäischen Zentralstelle für kirchliche Hilfsaktionen tagte vom 3.—6. September im Missionshotel „Hebron“ in Kopenhagen unter dem Vorsitz von Professor Dr. Choisy (Genf). Die Kirchen von Dänemark, Deutschland, England, Frankreich, Holland, Norwegen, Polen, Schottland, Schweden, der Schweiz, der Tschechoslowakei und der Vereinigten Staaten waren vertreten.

Der Geschäftsführer D. Keller verlas einen ausführlichen Bericht, aus dem sich die Schwierigkeit der Beschaffung der notwendigen Mittel ergab. Es wurde dann über die Lage des Protestantismus in Italien berichtet, wo die Waldenser nach wie vor mit Mühe ihre kirchlichen Einrichtungen aufrechterhalten. In Frankreich hat sich, wie der Präsident des Französischen Kirchenbundes D. Marc Boegner zeigte, die finanzielle Lage von Kirche und Mission weiterhin verschlimmert. Für die Kirche Belgiens ist ein besonderer Hilfsfeldzug nötig. In Spanien ist die

Gelegenheit groß, aber das Vermögen klein; die Wichtigkeit einer Einigung der evangelischen Kirchen in Spanien für die Stellung des Protestantismus wurde in einer Resolution hervorgehoben. Über die ernste wirtschaftliche Lage der Inneren und Äußeren Mission in Deutschland berichteten D. Schreiber und D. Heckel, die außerdem manche Fragen über das gegenwärtige Geschehen innerhalb der Deutschen Evangelischen Kirche zu beantworten hatten. Eine Hilfsaktion für die Berliner Stadtmission wurde beschlossen. D. Bursche erzählte von der Not der Diakonissenanstalt in Teschen. Es wurde beschlossen, alles zu tun, um diese einzige evangelisch-polnische Diakonissenanstalt zu erhalten. Aus der Tschechoslowakei berichtete Senior Soucek über die Gebefreudigkeit der Gemeinden. Die Kirchen von Schweden und England sagten weitere Hilfe zu.

Das Schuldenproblem, das bei der schlechten Lage zahlreicher evangelischer Kirchen eine große Rolle spielt, wurde besonders behandelt.

Über die Lage in der Ukraine wurde ausführlich verhandelt. Die in Prag hierüber geführten Ausschußverhandlungen wurden bestätigt.

Noch mehr Raum nahm die Besprechung über die Bekämpfung der russischen Hungersnot ein. Eine eigene Hilfsaktion der Zentralstelle konnte nicht unternommen werden. Es wurde jedoch eine Kommission eingesetzt, die mit den zuständigen Stellen, auch mit der römischen Hilfsaktion zusammenarbeiten soll, und ein Aufruf beschlossen, der im Folgenden mitgeteilt wird.

Wegen des Theologenaustausches und der hierfür bestehenden Stipendien wurde folgender Beschluß gefaßt:

„Das Komitee hält dafür, daß die Fortsetzung und weitere Entwicklung des Stipendienwesens und die Ermöglichung von Stipendien im Ausland für Studenten der Theologie, erfahrene Geistliche und Professoren für das freundliche Verhältnis der Kirchen zueinander von größter Bedeutung ist. Es wird begrüßt, daß in einzelnen Ländern feste Stipendien bestehen oder geschaffen werden, die solche dauernden Beziehungen ermöglichen. Dabei erscheint es von größter Wichtigkeit, daß diese Stipendiaten nicht nur hinsichtlich ihrer sprachlichen und wissenschaftlichen Vorbildung, sondern auch hinsichtlich ihrer geistlichen Ausrüstung mit größter Sorgfalt ausgewählt werden. Das Komitee ersucht die Kirchen, durch Aufbringung von Mitteln dieses Stipendienprogramm nach Kräften zu fördern.“

Unter dem Thema „Fürsorge für Flüchtlinge christlichen Glaubens“ wurden verschiedene Fragen, so die Hilfe für die Deutschen in Charbin, die Assyrerfrage und die Frage der deutschen Judenchristen behandelt. Die Entscheidung wegen der Hilfsmaßnahmen wurde D. Keller überlassen. An die Einstweilige Leitung der Deutschen Evangelischen Kirche wurde in der letzterwähnten Sache ein Schreiben gerichtet, das inzwischen in ihrem Namen von D. Schöffel beantwortet worden ist.

Berichte über die Internationale Protestantische Darlehensgenossenschaft und über die Jahresrechnungen 1932 und 1933 der Zentralstelle wurden vorgelegt und ebenso wie der Voranschlag für 1934 genehmigt.

Die Notwendigkeit der Arbeit der Zentralstelle wurde wiederholt anerkannt. Da seinerzeit der amerikanische Kirchenbund eine Unterstützung der Zentralstelle nur bis 1934 zugesagt hatte, wurde über die Fortführung

derselben und den Einbau derselben in die Organisation der ökumenischen Bewegung beraten. Das Ergebnis war folgender Beschluß:

„Das Internationale Komitee der Europäischen Zentralstelle für kirchliche Hilfsaktionen, in dem die Kirchenbünde der alten und neuen Welt vertreten sind, hat in seiner Tagung vom 3.—6. September 1933 in Kopenhagen eingehend die Lage der kontinentalen Kirchen geprüft und ist dabei zur Überzeugung gekommen, daß die Notlage, die sich infolge der Wirtschaftskrisis in den letzten Jahren noch verstärkt hat, eine Fortführung der Zentralstelle unbedingt nötig macht, auch über den beschlossenen Endtermin hinaus. Eine große Zahl von Kirchen und Liebeswerken sind heute infolge der wirtschaftlichen Erschütterung in einer schlimmeren Lage als zur Zeit der Gründung der Zentralstelle. Diese hat sich in den elf Jahren ihres Bestehens immer wieder bewährt als eine Hilfs- und Arbeitsgemeinschaft, durch welche nicht nur materielle Mittel beschafft wurden, leider in nicht genügendem Maße, sondern auch eine gegenseitige Kenntnis der Kirchen ermöglicht wurde, sowie ein Solidaritätsgefühl gepflanzt wurde, die unbedingt als ein Gewinn für die brüderliche Gemeinschaft der Kirchen angesehen werden müssen.“

Das Komitee empfiehlt daher den Kirchen nachdrücklich, die Fortführung der Europäischen Zentralstelle weiterhin zu sichern, und dankt allen Organisationen, die sich bisher an ihrer Erhaltung beteiligt haben.“

\*

Aufruf der Europäischen Zentralstelle für kirchliche Hilfsaktionen zugunsten des Hilfswerkes für die Hungernden in Rußland.

In Rußland ist Hungersnot. Tausende von erschütternden Briefen, Berichte von Augenzeugen sowie zuverlässige Pressenachrichten schildern das stille und langsame Sterben von Hunderttausenden, namentlich in Süd-Rußland und im Kaukasusgebiet. Niemand weiß zu sagen, wieviele dem Hunger bereits erlegen sind. Sicher ist, daß auch nach der Ernte die Hungersnot binnen wenigen Monaten im russischen Volk fürchterlich wüten und unzählige Todesopfer fordern wird.

Diese Hungersnot trifft auch die Christen

in Rußland schwer. Wir sind nicht imstande, ihrem Sterben einfach müßig zuzusehen und rufen daher die evangelischen Kirchen nachdrücklich zur Hilfe auf.

Zwar hat die Europäische Zentralstelle, in deren internationalem Komitee die Kirchenbünde von Europa, Großbritannien und Amerika sowie einzelne Kirchen offiziell vertreten sind, schon seit 1929 notleidenden evangelischen und orthodoxen Christen in Rußland Hilfe gebracht und Ende 1930 bereits eine Hilfskonferenz von evangelischen und orthodoxen Kirchen und Hilfswerken einberufen. Dem internationalen Arbeitsausschuß dieser Konferenz gelang es, durch Verständigung mit maßgebenden Stellen diejenigen Hilfsmethoden zu finden, durch die wir sowohl evangelische als orthodoxe Christen mit unserer Hilfe erreichen konnten, sei es, daß solche Hilfe durch die russische Handelsbank „Torgsin“ an einzelne Notleidende gesandt wurde, sei es, daß direkte Paketsendungen gemacht wurden. Wir haben zuverlässige Zeugnisse, daß unsere Sendungen die notleidenden Einzelempfänger erreichen. Es ist anzunehmen, daß durch ein Zusammenwirken noch günstigere Hilfsmöglichkeiten gefunden werden. Der ökumenische Hilfsausschuß für Rußland ruft daher angesichts des Massensterbens in Rußland und der binnen kurzem zu erwartenden schrecklichen Hungersnot die evangelischen und orthodoxen Kirchen dringend zu einem Hilfswerk auf, das wir um der schrecklichen Not und der christlichen Solidarität willen unverzüglich auf breiter Grundlage ins Leben rufen müssen.

Auch in der heutigen Notzeit gibt es Lebensmittel genug, um auch die Notleidenden in Rußland vor dem Hungertod zu schützen, wenn sich die nötigen Hilfskräfte dafür in Bewegung setzen. Wir laden Sie ein, in Ihren Ländern unverzüglich die Sammlung in die Hand zu nehmen in Verbindung mit der Europäischen Zentralstelle und voraussichtlich weiteren Hilfsorganisationen, die sich an diesem Hilfswerk beteiligen. Wir überlassen es Ihnen, in Ihrem Land und in Ihrer Kirche die Mittel und Wege zu finden, durch welche eine solche Hilfsaktion organisiert werden kann. Aber wir bitten Sie um der christlichen Solidarität willen, sich der Hungernden in Rußland zu erbarmen und

ihnen die tröstliche Erfahrung zu verschaffen, daß Christen einander helfen.

Im Auftrag des Internationalen Komitees der Europäischen Zentralstelle und des Ökumenischen Hilfsausschusses für Rußland

Prof. Dr. Eugène Choisy, Genf,  
Präsident.

Prof. Dr. Adolf Keller, Genf,  
General-Sekretär.

Genf, den 8. September 1933.

2, Rue de Montchoisy.

(Postcheck: I. 5586, Genève).

\*

Die nächste Sitzung des Exekutivkomitees der Lausanner Bewegung.

Das Sekretariat der Lausanner Bewegung für Glaube und Kirchenverfassung hat seinerseits die Sitzung seines Exekutivkomitees in Zürich auf den 3.—7. September 1934 festgesetzt, um auf diese Weise eine Stellungnahme zwischen den führenden Persönlichkeiten der verschiedenen ökumenischen Bewegungen zu ermöglichen.

\*

Ein Jahrzehnt ökumenisch-theologischer Arbeit.

Unter dieser Überschrift hat Professor D. Adolf Deißmann auf der Eröffnungssitzung des Zweiten Ökumenischen Kursus der Luther-Akademie zu Sondershausen am 30. Juli 1933 einen Festvortrag gehalten, der in gedrängter Kürze einen Bericht über die Mitarbeit der Theologen an der ökumenischen Bewegung gibt. Im ersten Teil dieses Vortrages, der als Sonderdruck der Nachrichten der Luther-Akademie in Sondershausen Nr. 4 vom Oktober 1933 vorliegt, wird zuerst die Arbeit der Luther-Akademie mit Einschluß der vorangegangenen Arbeiten des Wernigeroder Seminars geschildert. Es folgt ein Rückblick auf die Anfänge einer ökumenisch-theologischen Arbeit vor Stockholm. Dann wird speziell die Arbeit der Stockholmer Theologenkommission dargelegt. Zum Schluß folgt eine Auseinandersetzung mit einigen heute besonders stark empfundenen Problemen ökumenischer Arbeit. D. Deißmann versichert „ängstlichen Gemütern“, daß „die nationale Erbmasse des deutschen Protestantismus“ in der ökumenischen Zusammenarbeit nicht gefährdet ist.

\*



Das Exekutivkomitee des Lutherischen Weltkonvents in Hannover.

In der ersten Hälfte des November tagte in Hannover das alle fünf Jahre zusammen tretende Exekutivkomitee des Lutherischen Weltkonvents. Als deutsche Vertreter nahmen daran teil: Landesbischof D. Marahrens (Hannover) und Landesbischof D. Meiser (München), außerdem als Vertreter der Lutheraner der Vereinigten Staaten Direktor D. Long aus New York (an Stelle des verhinderten Präsidenten D. Morehead) und Professor D. Boe aus Minnesota; ferner für die schwedischen Lutheraner Propst D. Pehrsson aus Göteborg und Professor D. Jörgensen aus Kopenhagen.

Auf der Tagung wurde zunächst versucht, die Lage der verschiedenen lutherischen Kirchen der Welt zu erfassen. Das lutherische Liebeswerk, das sich jetzt in erster Linie in Rußland und der Ukraine betätigt, wurde besprochen. Selbstverständlich wurde auch die gegenwärtige Lage in Deutschland beraten. Es wurden weitere Beratungen in bezug auf das Verhältnis von Staat und Kirche in Aussicht genommen; 1935 soll der Weltkonvent deswegen eine Arbeitstagung veranstalten. Landesbischof D. Marahrens wurde zum Vizepräsidenten des Weltkonvents gewählt, dessen Präsident weiterhin D. Morehead bleibt. Die Tagung ergab auch diesmal weitgehende geistige Einheit des Welt-Luthertums, das zugleich die Verpflichtung fühlt, für das Zusammenwirken der Völker auf der Grundlage von Gerechtigkeit und Frieden zu arbeiten.

Ein Empfang der Presse fand aus Anlaß der Tagung im Loccum Hof statt, wo unter anderen sich Propst Pehrsson sehr günstig über seine Eindrücke von dem neuen Deutschland aussprach, Landesbischof D. Meiser Erklärungen über die Struktur der neuen Deutschen Evangelischen Kirche abgab, D. Long sich über die synodale Verfassung des amerikanischen Luthertums aussprach, dem der Bischofsgedanke fernliege, und Professor Jörgensen sich besonders über die Gottlosenbewegung verbreitete.

\*

#### Ökumenischer Pressedienst in Genf.

Seit mehreren Jahren führt der Ökumenische Rat für Praktisches Christentum einen

Pressedienst durch, der für die christliche Gesamtpresse und darüber hinaus für weitere Leserkreise bereits von großem Nutzen gewesen ist. Der Vorsitzende des Presseausschusses, Prof. D. Hinderer, leitet diesen Arbeitszweig von Berlin aus unter persönlicher Hingabe mit großer Umsicht. Seine „ökumenischen Briefe“ haben in verschiedenen Ländern lebhaften Anklang gefunden und werden allenthalben veröffentlicht.

Es hat sich aber das Bedürfnis gezeigt, in Genf selbst, dem Sitz der wichtigsten christlichen Weltbünde, einen Presse- und Nachrichtendienst zu schaffen. Aus diesem Grunde hat der Exekutivausschuß des Ökumenischen Rates für Praktisches Christentum auf seiner letzten Tagung in Novi Sad beschlossen, einen „ökumenischen Presse- und Nachrichtendienst in Genf“ ins Leben zu rufen, an dem die Sekretariate und Forschungsabteilungen der nachstehenden Organisationen mitarbeiten werden:

Weltbund für Internationale Freundschaftsarbeit der Kirchen,

Weltbund der Christlichen Jungmännervereine,

Weltbund der Christlichen Vereine weiblicher Jugend,

Christlicher Studentenweltbund,

Forschungsabteilung des Internationalen Missionsrates.

Dieser Pressedienst, der mit der christlichen Presse der verschiedenen Länder in enger Beziehung stehen und in den wichtigsten Teilen der Welt Korrespondenten haben möchte, hofft nunmehr raschestens in der Lage zu sein, auf Wunsch periodische Veröffentlichungen aller Art mit Material über folgende Gebiete zu besorgen:

1. internationale christliche Arbeit der ökumenischen Organisationen in Genf;
2. besondere Arbeiten der Kirchen und christlichen Verbände in den verschiedenen Ländern, die allgemeines Interesse verdienen;
3. Fragen und Ereignisse, die für die christliche Welt von universaler Bedeutung sind (Abrüstungskonferenz, Bekämpfung des Opiums usw.).

Im Rahmen dieses Pressedienstes ist die Herausgabe von Mitteilungsblättern in deut-

scher, englischer und französischer Sprache, ein Artikeldienst sowie die Vervielfältigung von Dokumenten vorgesehen, welche die Freunde der ökumenischen Bewegung über Fragen von besonderem Interesse unterrichten sollen.

Alle Einsendungen sind zu richten an den Sekretär des Pressedienstes, Alexander v. Weymarn, Genf, 2 Rue de Montchoisy, der auch jede gewünschte Auskunft erteilt.

Der Sekretär des ökumenischen Presse- und Nachrichtendienstes.

A. v. Weymarn.

\*

#### Tagung des Weltbundes für Freies Christentum.

Der Weltbund für Freies Christentum und religiöse Freiheit, dessen Vorsitzender Prof. van Mourik Broekman und dessen Sekretär Prof. Dr. L. J. van Holk ist, kündigt das Programm des nächsten Weltkongresses an, der vom 13.—20. August 1934 in Kopenhagen stattfinden soll. Dem Kongreß wird ein dreiwöchentlicher Kursus für Theologen vorausgehen. Auf dem Kongreß selbst werden drei Hauptthemen verhandelt werden: 1. Die Wirkungen der Religion auf das praktische Leben. 2. Freies Christentum und Kirche (wobei es sich vor allem um die ökumenischen Bestrebungen handeln soll). 3. Was bedeutet uns die Offenbarung? Mit dem Kongreß soll eine Ausstellung verbunden sein, die die Leistungen der freien Religion auf den Gebieten der sozialen Arbeit, der Erziehung und des kirchlichen Lebens aufzeigen soll.

\*

#### „Die evangelisch-katholische Bewegung“.

Über die Fortschritte dieser Bewegung in der Schweiz, Frankreich, Italien, Schweden, Norwegen, Dänemark und Holland berichtet ein Sonderheft (15. Jahrgang, 5./6. Heft) der von Friedrich Heiler herausgegebenen „Hochkirche“. Auch ein Nachruf Heilers für Pfarrer Glinz findet sich in diesem Heft, das am Schluß noch einige wichtige Literatur zur Liturgik bringt.

\*

## Ökumenisch-Soziales.

Der Kongreß des „Christianisme social“ in Chambon, 18.—21. September 1933.

Einem Bericht von Emile Brès in „Le Christianisme au XX<sup>e</sup> Siècle“ vom 5. Okt. entnehmen wir auszugsweise das Folgende:

Etwa 250 Teilnehmer hatten sich für den viertägigen Kongreß des „Sozialen Christentums“ in Chambon eingefunden. Zwei große Gestalten früherer Kongresse fehlten: Charles Gide und Albert Thomas. Da Jean Bianquis und Wilfred Monod nur Grüße hatten senden können, stand der Präsident Elie Gounelle, wie eine alte Eiche als einziger unter der jungen Generation. Unter den Teilnehmern waren bekannte Persönlichkeiten: vom Genfer Internationalen Arbeitsamt Guillon, Georges Thélin und Th. de Felice; M. Vidal und M. Gorni als Sachverständige auf landwirtschaftlichem Gebiet; die Professoren Georges Lasserre und André Philip, die Sachverständigen in sozialen Fragen.

Besprechungen der Einzelgruppen wechselten mit Vollsitzungen, in denen die Sachverständigen die Probleme in ihrer ganzen Breite darlegten. In außerordentlich lebendigen Abendgottesdiensten scharten sich dann etwa 900 Zuhörer um die Predigten von Théod. Gounelle und Pierre Maury.

Zur Verhandlung standen vier Fragenkomplexe: Wirtschaftsführung, die Krise der Landwirtschaft, das Problem der Volkshochschule, namentlich der Bauernvolkshochschule, die Verlängerung der allgemeinen Schulpflicht (Elie Gounelle wird das nächste Heft der von ihm herausgegebenen Zeitschrift „Le Christianisme social“ ganz den auf dem Kongreß erörterten Themen widmen).

Eine fünfte Frage, die zwar nicht auf dem Programm stand, wurde in zunehmendem Maße täglich von den Konferenzteilnehmern diskutiert: die Freiheit des Gewissens. Sie endete mit einer Resolution, die für Friedenszeiten „einen Zivildienst forderte, der ebenso hart und von längerer Zeitdauer als der Militärdienst sein sollte“, um den Kriegsdienstverweigerern aus Gewissensgründen die Möglichkeit zu geben, ihrer Pflicht gegenüber Gott und dem Vaterlande zu genügen. Man betete für die, die um ihrer Überzeu-

gung willen leiden, und bezeugte ihnen große Sympathie, auch wenn nicht alle ihre Meinung teilten.

\*

### Ökumenische Studientagungen.

Die auf deutschem Boden im letzten Jahre abgehaltene Studienkonferenz von Rengsdorf hatte das Thema „Kirche und Gesellschaftsordnung“. Im Anschluß an diese Aussprache soll auf der nächsten Studientagung die Frage „Kirche und Staatsdenken“ verhandelt werden. Auf der für April vorgesehenen Tagung stehen daher folgende Einzelfragen: Welcher Art ist die Autorität des Staates, und worin ist ihre besondere Begründung nach christlicher Auffassung gegeben? Wo liegen die Grenzen dieser Autorität gegenüber Individuum, Völkerwelt, Kirche?

In Verbindung mit der Ökumenischen Studienkonferenz wird eine kleinere theologische Studientagung sich mit der Frage befassen: Gottesreich und Geschichte als sozial-theologisches Problem.

\*

### Die Stellung der amerikanischen Kirchen zu dem National Recovery Program (N. R. P.).

Am 22. September hat das Exekutivkomitee des Bundesrates der amerikanischen Kirchen die folgende Erklärung, die von der Abteilung für Forschung und Erziehung vorbereitet war, angenommen, und zwar, wie ausdrücklich festgestellt wird, in dem Sinne, daß es sich dabei um eine „unterschiedliche Interpretation des National Recovery Program vom Standpunkt des christlich-sozialen Idealismus“ handle.

„Unter der Führung der Bundesregierung hat die Nation in erstaunlicher Weise den Kampf gegen die langanhaltende Depression aufgenommen. Es drängt uns, das Kirchenvolk auf die religiösen und sittlichen Folgerungen aufmerksam zu machen, die sich fortwährend aus dem National Recovery Program ergeben. Seit vielen Jahren haben wir von unseren Kanzeln und in unserer Presse dazu aufgerufen, daß christliche Motive in unserem Wirtschaftsleben stärker zum Ausdruck kommen möchten. Dieser Aufruf hat in der jetzt allen geläufigen Formulierung der „Sozialen Ideale der Kirchen“ Gestalt gefunden. Im Namen des Christentums haben

wir erklärt, daß die große Kluft zwischen den Privilegierten und Nicht-Privilegierten in dieser Welt dem religiösen Ideal einer Bruderschaft der Menschheit Gewalt antut. Heute sind wir zur Mitarbeit an einem großen Werke der Nation aufgefordert, um die Anerkennung dieses Ideals in Fragen der Wirtschaftsorganisation und des Wirtschaftsprozesses zu sichern. Ein Prinzip, das die Kirchen auf religiösem und humanitärem Gebiete verfochten haben, will die Regierung jetzt auf dem Gebiet wirtschaftlicher Stabilisierung und ökonomischen Fortschrittes durchführen. Die Verbreiterung der Kaufkraft, welche Handel und Industrie jetzt für unerlässlich halten, ist der Anfang einer materiellen Grundlage für das völlige Genügen, nach dem das Christentum für jedes menschliche Wesen trachtet. Diese Verbindung wirtschaftlicher und sittlicher Kräfte ist eine Tatsache von unverkennbarer Wichtigkeit.

„Wir sind nicht der Meinung, daß das Nationale Wiederaufbauprogramm das soziale Ideal des Christentums vollkommen darstellt oder daß der Erfolg des Programms wünschenswerte soziale Ziele nicht mehr übrig ließe. Das christliche Gewissen kann sich nur zufrieden geben, wenn Motive der gegenseitigen Hilfsbereitschaft und des guten Willens an Stelle der Motive des privaten Gewinns treten und wenn die Behinderung, die unsere Wirtschaftsordnung jetzt einer großen Menge unseres Volkes, besonders in gewissen Berufs- und Rassengruppen, auferlegt, beseitigt wird. Aber wir möchten die Aufmerksamkeit der Mitglieder unserer Kirchen auf die Tatsache lenken, daß das Wiederaufbauprogramm einen kräftigen Schlag gegen die schlimmeren Formen der Ausbeutung und der Ungerechtigkeit bezweckt.

„Um ein Beispiel zu geben: Nichts widerspricht den Idealen des Christentums so sehr wie die Kinderarbeit. Wir sind jetzt Zeuge, wie aufgeklärter Geschäftssinn und praktische Staatskunst einen verstärkten humanitären Kreuzzug gegen dieses Übel führen. Die Abschaffung der Kinderarbeit — einer der Hauptpunkte unserer Sozialen Ideale — ist im Wiederaufbauprogramm implicite und in mehreren bereits genehmigten Gesetzen explicite enthalten.

„Ferner, wir haben in unseren Sozialen Idealen von Anfang an das Recht der Or-



ganisation für Arbeitgeber und Arbeiter erfordert. Wir billigen daher von ganzem Herzen die Bemühungen der nationalen Regierung um ein neues Arbeitsrecht, das den seit langer Zeit von uns verfochtenen Grundsatz garantiert: Das Recht der Arbeiter, sich zu organisieren und kollektiv zu verhandeln durch Vertreter ihrer eigenen Wahl<sup>4</sup>.

„Von gleicher Bedeutung ist die Tatsache, daß das mühevoll Problem, einen gerechteren Ausgleich zwischen den Vorrechten der ländlichen und städtischen Bevölkerung zu sichern, von der Bundesregierung in ungewohnt kühner Weise in Angriff genommen wird, wie tastend auch die angewendeten Methoden noch sind. Unsere Kirchen können dem Ergebnis des Programms, das Gerechtigkeit für die Landwirtschaft sichern will, nicht gleichgültig gegenüberstehen.

„Im großen und ganzen fordert das Wiederaufbauprogramm eine neue Art ethischen Vorgehens von seiten der verschiedenen Gruppen der Wirtschaftsordnung. Es verlangt von der Geschäftswelt und den industriellen Verbänden die Formulierung von Gesetzen, die sich aus der Praxis ergeben, und die Verantwortung für die Verwirklichung dieser Gesetze unter öffentlicher Billigung und Überwachung. Dies bringt mit sich die Erkenntnis gemeinsamer Interessen unter den Wirtschaftsgruppen und die Anwendung kooperativer Methoden — wichtige Elemente für die Entwicklung des sozialen Wissens. Die Menschen, die diese neuen Grundlagen formen und an ihrer Durchführung mitarbeiten, sind weithin Mitglieder der Kirchen, und sie haben ein Recht, von diesen Kirchen sittliche Führung und Rat zu erwarten.

„Wir möchten auch darauf hinweisen, daß das Wiederaufbauprogramm die beiden Aspekte einer ethischen Lebenshaltung — den sozialen und den individuellen — betont. Auf der einen Seite ist für die Wohlfahrt der Nation eine weitausgreifende soziale Planung notwendig; das hat sich durch die Depression herausgestellt. Ein solches kollektives Bestreben liegt deutlich in einer Linie mit den Soziallehren des Evangeliums. Der Erfolg des Wiederaufbauprogramms wird zum Teil von der Vollständigkeit einer solchen sozialen Planung abhängen. Andererseits wird er auch weithin von der frei-

willigen und selbstlosen Anerkennung des Programms seitens der Einzelpersonen: Arbeitgeber, Kreditgeber, Bankiers, Farmer, Industriearbeiter und Konsumenten abhängen. Auch dies steht in Einklang mit dem Nachdruck, den das Christentum auf das Gewissen der Einzelpersonlichkeit und die Disziplin des persönlichen Lebens legt. Ebenso wie die sittliche Festigkeit des Einzelnen von der Aufrechterhaltung einer gerechten sozialen Ordnung abhängt, so sind die höchsten sozialen Ideale machtlos, wenn sie nicht durch den Charakter der Einzelnen gestützt werden. Da wo Geschäftsinteressen den Code verletzen, nachdem man öffentlich für seine getreue Durchführung sich verpflichtet hat, und wo man gegen Rassengruppen unterschiedlich vorgeht, müssen die Kirchen die besondere Verpflichtung spüren, für eine Abänderung solcher Maßnahmen zu sorgen, ganz besonders auf seiten ihrer eigenen Mitglieder, die sich ihrer etwa schuldig gemacht haben.

„Durch das gesamte Wiederaufbauprogramm und durch die Äußerungen ihrer Befürworter schwingt sich ein Ton des Wagnisses, des Vorstoßens in neue politische und wirtschaftliche Bereiche. Man darf nicht erwarten, daß in Zeiten schwerster Bedrängnis und großer Sorge ein Programm schnell und fehlerfrei entwickelt werden könnte. Die Kirchen glauben sich nicht berufen, jede Einzelheit des Programms zu unterstützen, besonders nicht die technische Seite vieler Maßnahmen, die verkündet worden sind. Man ist namentlich besorgt gegenüber jeglicher Tendenz, die Methoden sozialen Zwangs überzubetonen und unverständige Intoleranz großzuziehen. Aber welche unvermeidlichen Schwächen das nationale Wiederaufbauprogramm auch haben mag, es enthält die Durchführung einer mehr kooperativen Wirtschaftsordnung, die zum allgemeinen Wohl sozial überwacht wird, und eine Bereitschaft, Sonderrechte und Vormachtstellungen aufzugeben. Wir bitten unsere Mitglieder, die sozialen und religiösen Forderungen des nationalen Wiederaufbauprogramms voll anzuerkennen und an der Erreichung der hohen Ziele, auf die es gerichtet ist, mitzuwirken.“

### Die diesjährige amerikanische Kirchenkonferenz für Sozialarbeit\*).

Die fünfte Jahresversammlung der Kirchenkonferenz für Sozialarbeit, die im Juni dieses Jahres in Detroit abgehalten wurde, war unerwartet gut besucht und sehr lebendig. Über 300 Delegierte nahmen an ihr teil. Wenn man die Zusammenkünfte der Episkopalen und der Lutheraner mitzählt, so haben mehr als 500 protestantische kirchliche Sozialarbeiter an den Sitzungen der Nationalen Konferenz für Sozialarbeit teilgenommen, auf der die neuesten Verbesserungen in den Methoden sozialer Arbeit diskutiert worden sind.

Rev. John W. Elliot aus Philadelphia, Sekretär für Erziehungsfragen in der Baptistenkirche des Nordens, wurde zum Vorsitzenden der Kirchenkonferenz für 1933/34 gewählt, und Rev. Irvin E. Deer, Sekretär des Kirchenrates von Kansas City, zum stellvertretenden Vorsitzenden. Rev. Worth M. Tippy ist Vorsitzender des Exekutivkomitees.

Die Ausbildung freiwilliger kirchlicher Sozialarbeiter wurde in Angriff genommen. Dies geschah in Form eines Schulungskurses, zu dem sich 80 Teilnehmer, zum größten Teil aus Detroit, angemeldet hatten. Der Nationalrat der kirchlichen Frauenorganisationen hielt auch eine ganztägige Sitzung ab, die sich mit Arbeitsprogrammen befaßte. Während des kommenden Jahres werden Lehrpläne und Arbeitsmethoden für die Einrichtung von Schulungskursen, ähnlich denen der Sonntagsschullehrer, ausgearbeitet werden.

Einen weiteren Schritt bedeutete die Schaffung einer Abteilung für kirchliche Sozialarbeiter, die als eine Vereinigung der in der kirchlichen sozialen Arbeit fest angestellten Mitarbeiter organisiert werden soll. Im Auftrag eines Komitees, welches während des Jahres an dieser Frage gearbeitet hatte, gab Prof. Walker Alderton einen Überblick über die Lage dieser Sozialarbeiter, und es wurde eine lange Liste namentlich derjenigen, die Gemeindearbeit tun, zusammengestellt. Im kommenden Jahre sollen die Lehrpläne der

Kirchenschulen für die Schulung kirchlicher Berufsarbeiter und freiwilliger Helfer durchgearbeitet werden. Präsident Robert Sawyier von Chicago ist Vorsitzender des Komitees.

Eine weitere Neuerung bedeutet die Teilnahme der im Ausland beschäftigten kirchlichen Sozialarbeiter. Scarritt-College in Nashville bat, Missionare, die auf Urlaub oder im Begriff auszureisen sind, endgültig mitaufzunehmen und für das Studium sozialer Fragen in deren Ausbildung Sorge tragen zu wollen.

Der Kirchenrat von Detroit setzte sich mit aller Kraft für die Konferenz ein. Vierundzwanzig Kanzeln wurden in Detroit den Konferenzrednern zur Verfügung gestellt. Die täglichen Andachten wurden von vielen Delegierten der Nationalen Konferenz besucht. In diesem Jahre hat sich zum ersten Male der Kanadische Rat für soziale Arbeit mitbeteiligt. Charakteristisch war auch die Benutzung des Rundfunks.

Die von der Konferenz angenommene Botschaft war eine sorgfältige Erklärung über die Beziehungen der Kirche zum Sozialarbeiter. Der volle Wortlaut ist bei der Abteilung des Bundesrates für Soziale Arbeit erhältlich. Die Gesichtspunkte gehen aus folgenden Sätzen hervor:

„Gegenwärtig hört man bei jeder Erörterung über Sozialarbeit mehr und mehr eine Auseinandersetzung über die Motive, über die Gemütskonflikte, welche den Schwierigkeiten im Verhalten zugrunde liegen, über den heilenden Wert aufbauender Beziehungen zwischen Sozialarbeiter und Schützling. Die Sozialarbeiter beschäftigen sich mit zunehmender Sorgfalt mit dieser Seite ihres Arbeitsgebietes.

„Keine Gruppe sollte zu dieser Anschauung von sozialer Arbeit besser beitragen können als die kirchlichen Sozialarbeiter, die in ihrem Dienst an der Menschheit das Bewußtsein von jener Hilfe zum Ausdruck bringen möchten, die aus ihrer Beziehung zum Höchsten stammt. Aber wenn diese Beziehung wirklich eine Kraft werden soll, muß neben dem Geist des Dienens und der Treue gegenüber dem religiösen Glauben auch Kenntnis der geistigen und psychologischen Methoden vorhanden sein.“

\* ) Übersetzt aus „Federal Council Bulletin“, September 1933.

### Soziale Aufgaben des Völkerbundes.

Auf dem Gebiet der Gesundheitspflege wenden sich die Regierungen der verschiedenen Länder in steigendem Maße an den Völkerbund, um mit dessen Hilfe an Problemen zu arbeiten, die über den Rahmen des eigenstaatlichen Lebens hinausreichen und nur auf internationaler Grundlage gelöst werden können. Anträge solcher Art sind an den Völkerbund im Laufe des vergangenen Jahres aus vier Erdteilen gekommen, und zwar handelte es sich: im südafrikanischen Kapstadt um den Kampf gegen die Ausbreitung des gelben Fiebers, der Pest und die durch die Schiffe aus dem Orient eingeschleppten Pocken; in Asien um die Errichtung eines chinesischen Quarantänedienstes in den wichtigsten Hafenplätzen sowie den Ausbau der Zentralstelle in Singapur, die mit 153 Häfen in Verbindung steht und im Interesse der sanitären Verwaltung in den Ländern des Ostens als aufmerksamer Wachtposten alle Epidemien ankündigt, die irgendwo ihren Einzug halten mögen; in Amerika um die Bitte der chilenischen Regierung, der Völkerbund möchte eine Untersuchung über die Ernährungsmöglichkeiten des Volkes durchführen lassen; in Europa um den Antrag der tschechischen Regierung an den Völkerbund, ihr bei der Neuordnung ihres sanitären Verwaltungswesens an die Hand zu gehen.

Auf dem Gebiet der humanitären Bestrebungen wird der Kampf gegen das Weltübel des Rauschgifthandels erfolgreich fortgesetzt. Das Übereinkommen hinsichtlich der beschränkten Herstellung der Rauschmittel hat die größte Zahl der Ratifizierungen durch die einzelnen Länder aufzuweisen (39). Dieses stellt insofern eine Neuerung von weittragender Bedeutung dar, als hier in einer vielleicht einzigartigen Weise die Produktion selbst sittlichen Zielen untergeordnet worden ist.

Das Werk zum Schutze der Flüchtlinge, das dem Völkerbund anvertraut ist und durch das internationale Nansenbüro geleistet wird, ist wirksam fortgeführt worden. In den letzten Monaten haben insgesamt 72000 Flüchtlinge Hilfe verschiedener Art erfahren. Von diesen sind rund 7000

Armenier in der Republik Eriwan untergebracht worden.

Ein Ereignis von besonderer Bedeutung ist die Annahme eines Konventionsentwurfes durch den Völkerbund, der einen entscheidenden Fortschritt des Schutzes der Frau gegen Ausbeutung darstellt: Ist bis jetzt der internationale Frauenhandel, d. h. die Anwerbung von Frauen zu unsittlichen Zwecken im Auslande nur dann strafbar gewesen, wenn es sich um Minderjährige handelte, so wird die neue Konvention auch die „Unterbindung des Handels mit volljährigen Frauen vorsehen, selbst wenn deren Anwerbung zu unsittlichen Zwecken aus einem Lande in ein anderes mit ihrem Einverständnis erfolgt ist“.

Es ist zu hoffen, daß dieser Handel eines Tages in gleicher Weise innerhalb eines Landes wie auch im internationalen Bereich verboten sein wird.

Ferner hat die Vollversammlung den Fragen des Schutzes der Kinder und der Jugendlichen besondere Beachtung geschenkt und beschlossen, die Bestrebungen des Völkerbundes auf diesem Gebiet zu verstärken, soweit die dazu erforderlichen Mittel es möglich machen. Die Vollversammlung hat deshalb um die Ausarbeitung eines erweiterten Aktionsplanes gebeten.

P. Bouscharain.

★

### Internationale Vereinigung der Christlichen Gewerkschaften.

Das Exekutivkomitee der Internationalen Vereinigung der Christlichen Gewerkschaften — es handelt sich in der Hauptsache um katholische Gewerkschaften — hat auf einer Straßburger Versammlung Anfang August einstimmig eine Resolution angenommen, in der es sich aufs Schärfste gegen die Unterdrückung der Gewerkschaften in Deutschland ausspricht. Es „protestiert gegen das gegenwärtige System in Deutschland mit seinem unbeschreiblichen Terror“. Während sich die Internationale Vereinigung der Christlichen Gewerkschaften sonst in ihren Schritten stets größte Zurückhaltung auferlegt hat, ist diese Äußerung schärfer als die meisten anderen Erklärungen internationaler Gremien.

★



## Aus dem Weltbund.

Botschaft von Lord Dickinson,  
Präsidenten des Weltbundes für  
Freundschaftsarbeit der Kirchen.

An alle meine Mitarbeiter vom Weltbund!

Der Generalsekretär hat Ihnen mitgeteilt, daß es in diesem Jahre aus finanziellen Gründen nicht möglich ist, den Arbeitsausschuß einzuberufen. Obwohl ich diese Entscheidung gebilligt habe, bedaure ich sie aufs tiefste. Denn ich bin überzeugt, daß es bei der gegenwärtigen Weltlage sehr wichtig wäre, daß die Kirchen gemeinsam erörtern, wie sie die Staatsmänner der ganzen Welt unterstützen könnten, um die christliche Zivilisation vor dem Untergang zu retten.

Es ist nicht der Augenblick, einer Panik nachzugeben, denn die Panik würde das Unheil nur beschleunigen. Es ist jedoch an der Zeit nachzufragen, ob die Führer der christlichen Welt den Grundsätzen der Gerechtigkeit, der Duldsamkeit und des Opfers fest anhangen, welche das Evangelium Jesu Christi als Grundlage aller menschlichen Gesellschaft fordert. Machen die Christen in den sogenannten christlichen Nationen ihren Einfluß geltend, um zu beweisen, daß zwischen Staaten wie zwischen Einzelpersonen die brüderliche Liebe das einzige Fundament des internationalen Friedens ist?

Gegenwärtig sagt man uns allerorts, daß die wirtschaftliche Wohlfahrt der Welt von der internationalen Zusammenarbeit abhängt. Am 12. Juni hat der König von England bei Gelegenheit der Weltwirtschaftskonferenz gesagt: „Angesichts einer Krise, von der ein jeder sich Rechenschaft gibt und die ein jeder erkennt, wende ich mich an Sie mit der dringenden Bitte, zum größten Wohle der gesamten Welt zusammenzuarbeiten“. Bei derselben Gelegenheit hat der Präsident der Konferenz sich folgendermaßen geäußert: „Keine Nation kann sich auf die Länge auf Kosten einer anderen bereichern... Die internationale Zusammenarbeit ist unser bestes Mittel, den nationalen Wiederaufbau herbeizuführen. Die Nation, die ihre eigenen Interessen in einem internationalen Geiste betrachtet, wird nicht nur dazu beitragen, der Welt den Weg zu weisen, sondern auch ihr zum Wohle zu verhelfen“. Der Ministerpräsident von Frankreich, der am 10. Juni

in der Deputiertenkammer die Politik seiner Regierung darlegte, hat gesagt: „Wenn die Menschen, die in allen Ländern verantwortlich sind, die Gefahren im Auge haben, welche die Ordnung und das Gleichgewicht der Welt, ja sogar die Zivilisation bedrohen, wie könnten sie sich ihrer Pflicht entziehen und nicht alles daran setzen, um endlich zwischen den Völkern jenen Geist der Zusammenarbeit wiederherzustellen, ohne den es keine Lösung geben wird?“

Dies sind Worte, die von Staatsmännern gesprochen wurden, aber sie werden keine Wirkung haben, wenn sie nicht in den Herzen ihrer Völker ein Echo wecken. Die Massen sind gegenwärtig weit davon entfernt, dieselben Empfindungen zu hegen. Ein selbstsüchtiger Nationalismus hat die ganze Welt in Knechtschaft versetzt. Der Patriotismus ist, wenn er wohlverstanden und wohl angewendet wird, eine edle Offenbarung des menschlichen Geistes, aber gegenwärtig wird er als Werkzeug des Hasses und der Rivalität gebraucht. Er trennt die Nationen, wo er sie einander näher bringen sollte; er führt sie zur Zerstörung der Nation anstatt zu ihrem Aufbau.

Die Pflicht der christlichen Kirchen tritt hier klar zutage. Denn das Problem, das gegenwärtig der Menschheit gestellt ist, ist geistiger Art. Die Staatsmänner fordern einen Geist der Zusammenarbeit, der Liebe, der allgemeinen Hilfsbereitschaft, des Vertrauens an den guten Willen der anderen, einen Geist, der Versöhnung und Opferbereitschaft auf persönlichem und nationalem Gebiet einflößt, notwendige Voraussetzungen, um zu dieser Versöhnung zu gelangen. Alles dies ist Teil des Programms, das die Christen verkündigen und das zu verwirklichen, ihre Pflicht ist. Die Zeit ist gekommen, um diese Mission zu erfüllen.

Deshalb bitte ich die Nationalen Räte des Weltbundes, den Kirchen zu Hilfe zu kommen. Sie haben Mitglieder in fast allen christlichen Ländern, und sie sind das Mittel, um ihren religiösen Einfluß auf die religiösen Führer einer großen Anzahl evangelischer und orthodoxer Kirchengemeinschaften auszuüben. Ich bitte dringend, daß sie diese Fragen sofort aufnehmen. Kirchliche Gottesdienste, Gemeindeversammlungen und, wenn möglich, öffentliche Zusammenkünfte könn-

ten organisiert werden, in denen die Notwendigkeit einer Intervention von christlicher Seite für die Lösung der zur Zeit erörterten internationalen Probleme unterstrichen wird und gleichzeitig im Gebete derer gedacht würde, die mit der Lösung der schwebenden Probleme beauftragt sind. Auf diese Weise würde der Weltbund in jedem Lande eine christliche Meinung heranbilden, die imstande wäre, die Völker auf den Weg des Friedens zu leiten.

Dickinson.

41, Parliament Street, London SW 1,

13. Juni 1933.

\*

Gemeinsame Sitzung des Verwaltungsrates von Stockholm und des Sekretariats des Weltbundes.

Anfang November sind in London die engeren Mitarbeiter des Ökumenischen Rates und des Weltbundes zu einer Beratung zusammengetreten, auf der folgende Beschlüsse gefaßt worden sind:

1. Die Vorbereitung der gemeinsamen Tagung des Ökumenischen Rates und der Vollversammlung des Weltbundes, die vom 23.—30. August 1934 in Budapest stattfinden soll, ist in aktivster Weise in dem Ausmaß durchzuführen, als die Gesamtlage und die finanziellen Mittel es erlauben. Das Thema der gemeinsamen Arbeitstagung, das bereits jetzt Gegenstand von nationalen und regionalen kirchlichen Studienkonferenzen bildet, wird etwa lauten: Nation und Völkerwelt vor Gott, wobei vor allem auch das Staatsproblem vom Boden der Kirche her zu behandeln ist.

2. Im Rahmen der regionalen und nationalen kirchlichen Studienkonferenzen ist eine möglichst enge Zusammenarbeit zwischen den beiden ökumenischen Bewegungen vorgesehen, die von der Genfer Forschungsabteilung vorzubereiten und zu unterstützen ist. — Ein ständiges ökumenisches Seminar soll in Genf aufgebaut werden, das sich besonders mit den Fragen eines gesamtkirchlichen Denkens und Handelns befaßt und dabei auch besonders die grundsätzliche Auseinandersetzung mit den Hauptfragen und Arbeiten des Völkerbundes und des Internationalen Arbeitsamtes berücksichtigt.

3. Es wurden die nötigen Maßnahmen ergriffen, um die Beschlüsse der beiden ökumenischen Bewegungen zugunsten der assyrischen Christen im Irak, der unter der Hungersnot leidenden Christen in Rußland sowie zugunsten der Flüchtlinge aus Deutschland wirksam zu machen und ferner die besondere Aufmerksamkeit der Kirchen auf die kritische Lage der Abrüstungskonferenz zu richten.

\*

Der „Goodwill“ über Deutschland.

Der „Goodwill“, die Zeitschrift der Britischen Vereinigung des Weltbundes, bringt im 4. Heft des 8. Jahrgangs (vom 15. Okt. 1933) allerlei Mitteilungen über Deutschland, die den deutschen Freunden des Weltbundes bekannt werden sollten. Unter der Überschrift „Sicherheit für alle Völker, vom deutschen Gesichtspunkt“ (S. 131) wird eine Veröffentlichung des Evangelischen Preßverbandes gebracht, die sich hauptsächlich zur Abrüstungsfrage äußert. Der „Goodwill“ sagt in den Mitteilungen des Herausgebers (auf S. 107) zu diesem Stück, daß er es von dem Preßverband der Deutschen Kirche erhalten habe: „Es stellt also die offizielle Anschauung nicht nur der Kirche, sondern des Staates dar. Wir stellen seine positiven Mitteilungen nicht in Frage; wir glauben, daß die große Mehrheit des deutschen Volkes wie auch die große Mehrheit jedes Volkes Frieden wünscht; wir glauben, daß im gegenwärtigen Zeitpunkt, Deutschland der notwendigsten Mittel, die es ihm möglich machen würden, einen Krieg zu führen, ermangelt“. Wir versichern denen, die für den deutschen Artikel verantwortlich sind, daß die britischen Kirchen ihre Überzeugung nicht geändert haben, wonach auf die zwangsmäßige Abrüstung Deutschlands eine allgemeine Abrüstung der anderen Völker folgen müsse, und daß so die in Versailles gegebenen Zusagen erfüllt werden müssen. Aber was uns in Wahrheit stört, wenn wir auf das heutige Deutschland blicken, ist die Tatsache, daß, während unzweifelhaft der Friedenswille ausgesprochen wird, gleichzeitig die bewußte oder unbewußte Pflege einer Geisteshaltung stattfindet, die unvermeidlich zum Kriege führen muß. Die rohen und brutalen Ausschreitungen, welche gegen-

über einzelnen Personen stattgefunden haben, die Aufhebung der persönlichen Freiheiten, das Vorgehen in der Rassenfrage, speziell gegen die Juden, die Einmischung in die inneren Angelegenheiten von Nachbarländern erregen unsere tiefste Entrüstung und erfüllen uns mit peinlichen Gefühlen.“

Im Anschluß an die Darstellung des deutschen Standpunktes in der Sicherheitsfrage wird ein Teil des Briefes veröffentlicht, den der Reichsbischof der Deutschen Evangelischen Kirche an die Kirchen des Auslandes gerichtet hat (S. 133). Die Zeitschrift stellt neben diesen Brief des Reichsbischofs einige Zitate aus der Schrift von Karl Barth „Theologische Existenz heute“, die als eine mutige Stimme des einflußreichsten deutschen Theologen bezeichnet wird. Es wird gesagt, daß sich die Schrift von Barth nicht nur gegen die Verfassung der neuen Kirche, sondern vor allem gegen die dieser Verfassung zugrunde liegende und von der neuen Kirche gepredigte Lehre richte (S. 134/35). In der Einleitung der Zeitschrift findet sich ein Abschnitt, der sich an die oben zitierten Ausführungen unter der Überschrift „Die Gefahr eines nationalen Gottes“ (auf S. 107 der Zeitschrift) anschließt. Dort heißt es: „Aber diese äußeren Vorgänge stellen nicht die schlimmste und gefährlichste Seite der Lage dar. Was uns am meisten bekümmert, ist der Geist, der solche Vorkommnisse möglich macht. Der Geist, der sich nicht des Gebrauchs körperlicher Gewaltanwendung schämt, der das Rassenprinzip auf die christliche Kirche anwendet und das geistliche Amt eines Paulus und der übrigen Apostel in Deutschland verwerfen würde, wenn sie noch lebten. Wir können nur zum Ausdruck bringen, daß der Geist, der sich in Reden und Gedanken über einen nationalen Gott ergeht, ein Geist ist, der einem dunkleren Zeitalter angehört und nicht der Geist Christi ist. Wir müssen uns fragen, und wir bitten unsere Freunde in Deutschland, sich selbst zu fragen, ob dieser Geist nicht solcher Art ist, daß dadurch Samen des Krieges gesät werden. Wir fragen, ob die kürzlich in den „Times“ angeführten Worte von Professor Banse, der vor einigen Monaten einen Lehrstuhl für Wehrwissenschaft an der Braunschweiger Technischen Hochschule erhalten hat, den Geist des Friedens, den Geist Christi

atmen, wenn er folgendermaßen schreibt: „Regierung und militärische Führung sollten nur eine Kirche unterstützen, die das Nationalgefühl des Einzelnen und des Soldaten stärkt. Der sterbende Soldat stirbt leichter, wenn er weiß, daß sein Blut für seinen nationalen Gott rinnt.“

Endlich bringt „Goodwill“ einen Artikel von Lord Noel Buxton, der kürzlich Deutschland besucht hat, wo er auch verschiedene Mitglieder der Regierung, darunter auch den Reichskanzler, gesprochen hat. Lord Buxton, der ein alter Freund Deutschlands ist und seit mehr als zwanzig Jahren mit dem Herausgeber dieser Zeitschrift in freundschaftlicher Beziehung steht, sucht auch in seinem Artikel über Deutschland, der zuerst im „Spectator“ vom 25. August erschienen ist, die deutsche Geistesverfassung seinen Landsleuten verständlich zu machen. Er macht darauf aufmerksam, daß der Durchschnittsdeutsche sich tatsächlich über das englische Verhalten beschwert fühlt, weil er absolut nichts über all die Ausschreitungen erfährt, die vorkommen, und die Begründung für die gegenwärtige Lage und die Verhaltungsweise der Regierung ständig nur von dieser selbst vorgesetzt bekommt. Die Meinung, die in England sich daraus ergibt, daß man den gegenwärtigen Zustand der Information der Deutschen nicht kennt, bestehe darin, daß man in England alle Deutschen heute für Hunnen halte. Die Unkenntnis der Deutschen über das, was im eigenen Lande geschieht, werde dadurch noch vermehrt, daß die nationalsozialistische Bewegung tatsächlich ideale Züge habe, die sich besonders in Staatsdienst und Disziplin zeigen. Diese auf den Straßen in Erscheinung tretenden Merkmale des neuen Regime in Deutschland gäben tatsächlich auch dem Besucher einen viel zu glücklichen Eindruck von der Gesamtlage. Umgekehrt sei das Bild, das in England durch die Berichte der Zeitungen entstehe, zu ungünstig. Aber Tatsache sei, daß die Verantwortung für die üble Politik, die Deutschland führe, auf ganz wenigen liege, und daß vor allem Vergeltungen und Brutalitäten, die vorkommen, noch weniger Leuten in die Schuhe geschoben werden könnten. Noel Buxton sagt zuletzt: „Die Beschränkung der Verantwortung auf eine kleine Zahl von Leuten mildert freilich nicht das Verbrechen;



aber wenn man die Verantwortlichkeit der Alliierten für die Politik dagegen hält, die die gegenwärtige Verzweiflung und den Bürgerkrieg hervorgerufen hat, dann bedeutet das eine Hilfe für die Anschauungen, die wir über die Hauptfragen einer Politik der Alliierten gegenüber Deutschland gewinnen sollten. Heiße Entrüstung ist natürlich, aber eine solche führt nur zu Irrtümern im Urteil. Auf Grund solcher falschen Urteile kommen wir vielleicht zu der Entscheidung, daß jetzt

kein Vertrag (speziell über die Abrüstung) mit Deutschland abgeschlossen werden sollte. Die Argumente hierfür werden aber bei weitem unwirksam gemacht durch die offensichtbare Tatsache, daß, wenn keine Abrüstungskonvention zustande gebracht wird, Deutschland eiligst aufrüsten würde und hierfür den moralischen Grund anführen könnte, daß die Alliierten ihr Versprechen abzurüsten gebrochen hätten“.

★

## Bücherbesprechungen.

Adolf Keller, Von Geist und Liebe. Ein Bilderbuch aus dem Leben. Mit 39 Bildern. Leopold Klotz Verlag, Gotha. 244 S. 5.80 M.

Unser verehrter Mitarbeiter D. Adolf Keller hat dem Andenken Erzbischof Söderbloms ein Buch gewidmet, das als das schönste Bilderbuch der ökumenischen Bewegung bezeichnet werden kann. Bilder fast aus allen Teilen der Welt, die auch an die verschiedensten Zeiten erinnern, sind in einer außerordentlich anregenden und anziehenden Weise zusammengestellt. Die große Begabung Adolf Kellers, sich in fremde Verhältnisse hineinzuversetzen, sich den Anschauungen anderer anzupassen, das Wertvollste aus ihnen hervorzuholen und das Ganze zu einem sympathischen Bilde der dargestellten Persönlichkeiten und Tatbestände zusammenzustellen, tritt hier in höchstem Maße in Erscheinung. Die Zeitschriftenaufsätze, die wir von D. Keller kannten, haben schon immer diese Kunst gezeigt, aber hier ist aus solchen Einzelstücken mit Vorbedacht ein schönes Mosaik entstanden. Jedes einzelne Stück für sich würde den Charakter eines Zeitungsfeuilletons haben; aber die Zusammenstellung des Ganzen macht ein geordnetes Werk daraus. Zu dem Eindruck des Kosmos trägt besonders noch der Umstand bei, daß man leicht den roten Faden in der Reihe der Bilder erkennt: es ist das Leben Adolf Kellers selbst, das hier in dreißig Bildern seiner Arbeitsjahre vor uns aufgerollt wird. Dabei tritt die Person des Verfassers in bescheidenster Weise zurück: kaum daß man in den Berichten und Anekdoten des Buches merkt, daß der eine Partner der Unterhaltung der Erzähler selbst ist.

Wir ahnen früheste Erinnerungen des Verfassers, wenn er uns „das verlorene Para-

dies im Pfarrgarten“ schildert. Wir erfahren von seiner wissenschaftlichen Arbeit an den Handschriften des Katharinenklosters auf dem Sinai. Wir geleiten ihn auf den Berg Sinai und in die Wüste Ägyptens. Jerusalem zur Zeit der Einweihung der Erlöserkirche tritt vor unsere Augen. Das christliche Idyll der Pfarre von Seldwyla führt uns an die Schweizer Arbeitsstätten. In dem Auditoire Calvins in Genf hören wir die alten Worte der Liturgie Calvins: „Wir sind unfähig, aus uns selbst das Gute zu tun, und sind in Sünden empfangen und geboren. Wir übertreten Deine heiligen Gebote täglich und auf verschiedene Weise und ziehen uns dadurch Dein gerechtes Gericht und den Tod zu.“ In Zürich treten wir mit dem Verfasser über die Schwelle der Studierstube seines großen Vorgängers Lavater und sehen vor uns die alte Kirche von St. Peter mit ihrem schönen Turm und dem berühmten großen Zifferblatt. Überhaupt die Bilder, die dem Buche beigegeben sind, sind so schön ausgewählt, daß sie wie eine Begleitmusik der Erzählung wirken. Ein Kapitel „Grenzen der Seelsorge“ führt in die Fragen der Psychoanalyse bzw. der Tiefenpsychologie ein, die in Kellers pfarramtlicher Arbeit sich mit der Seelsorge verband; das erschütternde Bild des Mannes, der seine Frau zugrunde richtet, indem er sie in die Wirklichkeit hineinzuzwingen sucht, wird nicht so leicht vergessen.

Es folgt eine Reihe von Bildern, die bereits in die ökumenische Arbeit hinüberführt. Die Darstellung der „Bethesda-Konferenz“, auf der die Europäische Zentralstelle für kirchliche Hilfsarbeit in Erscheinung trat, bringt uns zunächst die Schilderung des ersten Zusammentreffens mit Erzbischof Söderblom. Welche Erinnerungen werden in uns geweckt,

wenn wir an diese Gespräche im Schatten der Kastanien von Beau-Séjour in Champel vom Jahre 1920 denken! Wir kreuzen mit D. Keller den Atlantischen Ozean. Wir dringen in die Wunder der Neuen Welt ein. Wir verstehen den ersten Eindruck des Verfassers: „Ein Niagara guten Willens“. D. Keller zeigt uns zugleich den Niedergang des Puritanismus innerhalb des amerikanischen Kirchentums; ebenso wie der puritanische Geist den Willen Gottes in ganz konkreten Fragen zu genau zu kennen meinte, so arbeitete auch lange Zeit der religiöse Wille der amerikanischen Kirchen mit zu festen sozialen Programmen, stellte auch für die Evangelisation der Welt einen Absolutheitsanspruch in bezug auf die Kenntnis des Willens Gottes. — Hier sei ein Wort der Kritik am äußeren Text des Buches eingeschoben: Es finden sich allzu viele Druckfehler in dem Buche. Zum Beispiel auf Seite 85: „Absolutheitsanspruch“ statt „Anspruch“, oder das Wort „führen“ statt „verführen“ auf S. 49, Zeile 3 von unten. Außerdem fehlt fast überall das Komma, wenn der Und-Satz mit dem neuen Subjekt beginnt. — Die Schilderung der amerikanischen Universitäten, in der auch D. Kellers Doktorpromotion in Yale in derselben bescheidenen Weise auftaucht wie andere eigene Erlebnisse, bringt wertvolle Äußerungen über die amerikanische Theologie.

Wir kehren in die Alte Welt zurück und in Lambeth Palace ein, in dem uns der verstorbene Erzbischof Davidson als der „Genius der Mitte“ entgegentritt. (Auf S. 100 findet sich in Anmerkung 2 eine falsche Übersetzung des offiziellen Titels des Erzbischofs.) Es folgt eine Beschreibung der Lambeth-Konferenz von 1930. Farnham Castle und Winchester führen zu der Stockholmer Konferenz hinüber. Es folgen aber erst noch Schilderungen von Erlebnissen aus England und Schottland; eine Hausgruppe der Oxford-Bewegung und Probleme des schottischen Presbyterianismus treten an uns heran. Von England begleiten wir D. Keller auf seinen ökumenischen Reisen durch den Balkan. Die Schilderung des Kreuzzugs für soziale Arbeit führt uns in die neueste Zeit. (Hier sei wieder um der zweiten Auflage willen auf einen Irrtum hingewiesen: Lord Dickinson ist nicht Ehrenpräsident des Weltbundes für Freundschaftsarbeit der Kirchen, sondern sein sehr aktiver Arbeitspräsident.) Aus der Unterhaltung D. Kellers mit dem rumänischen Patriarchen sei ein kurzes Zwiegespräch festgehalten, das uns einen wichtigen Gegensatz vor Augen führt. D. Keller: „Eurer Eminenz ist vielleicht bekannt, daß die evangelischen Kirchen des

Westens im Begriffe sind, den Individualismus zu verabschieden, der uns einem subjektivistischen Sektentum nahebrachte. In unserer ökumenischen Bewegung steigt jedenfalls wieder der Glaube an die Kirche über die einzelnen Kirchen und Kirchlein auf.“ Der Patriarch: „Trotzdem haben manche Sekten, die bei uns zu einem Element der Auflösung geworden sind, ihre Proselytierung der Orthodoxen Kirchen ebenso wenig aufgegeben wie die Römische Kirche. Die Orthodoxe Kirche treibt keine Propaganda im Gebiet anderer christlichen Kirchen“

Es folgen Darstellungen des französischen, des italienischen und des spanischen Protestantismus; im Mittelpunkt des römischen Besuchs ein interessantes Gespräch mit dem Duce. Die Beschreibung der inneren Arbeit des Sanatoriums von Leysin ist hier eingeschoben. Den Leiden der assyrischen Christen wird ein Kapitel gewidmet. Die prachtvolle Gestalt des Kwasniuk in der Ukrainischen Kirche taucht auf. In Straßburg ist es der Kreis Albert Schweitzers und das Haus von Friedrich Curtius, die uns geschildert werden. Die Fragen der protestantisch-katholischen Einigung klingen in einem Dreigespräch an, in dem eine deutsche Künstlerin die ökumenische Bereitschaft des Katholizismus verkörpert. Dann folgen Erinnerungen an Erzbischof Söderblom und Reiseerinnerungen an den Norden und Osten Europas einschließlich der russischen Frage. Die Eisenacher Tagung des Ökumenischen Rates bildet den Schluß.

Ich habe den Inhalt dieses Buches skizziert, um dadurch dem Leser der „Eiche“ einen Eindruck von der Fülle der behandelten Gebiete zu geben und zugleich Lust zu machen, sich in diese wichtige und doch so leichte Lektüre in den Weihnachtstagen hinzuzugeben. F. S.-S.

Paula Schäfer, Die katholische Wiedergeburt der Englischen Kirche. Verlag von Ernst Reinhardt, München 1933. 160 S. Gr. 8°. Brosch. 4.50 M.

Dr. Paula Schäfer, die in der Einigungsbewegung für Glaube und Kirchenverfassung mitgearbeitet und dort eine ausgesprochen hochkirchliche Tendenz verfolgt, hat zur rechten Zeit, d. h. im Jahre der Jahrhundertfeier der Oxfordbewegung, ein Buch erscheinen lassen, das die Geschichte dieser Bewegung in großem Zusammenhange schildert. Uns allen, die wir die Bedeutung der Tractarianischen Bewegung in der Geschichte der Kirche von England kennen und die wir die gegenwärtige Bedeutung des Ritualismus innerhalb der Englischen Kirche beobachten, können



nur unsere Freude darüber aussprechen, daß jetzt ein so sorgfältiges Studium von deutscher Seite an diese Bewegung gewandt worden ist und daß auch ein Wort deutscher theologischer Wissenschaft zur Begrüßung dieser Bewegung gesprochen worden ist.

Paula Schäfer gibt zunächst eine Geschichte des Anglikanismus, die im wesentlichen mit Bischof Bells Grundriß zusammengeht. In einigen Punkten aber unterscheidet sich diese deutsche Beurteilung der Geschichte der Kirche von England erheblich von englischer Beurteilung: die Fehler mancher englischen Regierungen, die dem nationalen Empfinden des Engländers teuer sind, werden deutlicher bezeichnet, ebenso wie die Schäden einer Verbindung der Kirche mit dem Staat deutlicher hervorgehoben werden. So wird zum Beispiel die Reformationsepoche Englands als die „von Lastern befleckte Regierung Heinrichs“ bezeichnet und die „schicksalhafte Verquickung“ der Kirche von England mit dem Staate als heute noch bestehend bezeichnet (vgl. S. 18 ff.). Die Gesamthaltung der Englischen Kirche wird als nationalkatholisch bezeichnet, wobei der Widerspruch, der in dieser Doppelheit liegt, nicht verschwiegen wird.

Von Einzelheiten sei erwähnt, daß die Königin Elisabeth von Paula Schäfer günstiger beurteilt wird, als das sonst von Kirchenhistorikern zu geschehen pflegt. Aber solche Differenzen der Beurteilung hängen mit der Gesamthaltung der Verfasserin zusammen, die überall eine möglichst weitgehende Friedfertigkeit nach der katholischen Seite hin zum Maßstab der Beurteilung macht. Der andere Gesichtspunkt, der sich durch die gesamte Geschichtsdarstellung Paula Schäfers hindurchzieht, ist das Interesse für gewisse hochkirchliche Probleme: die Apostolische Sukzession, die Liturgie und speziell die Reservation der Abendmahlselemente. Gegenüber der hochkirchlichen Bewegung kommt die evangelikale Bewegung natürlich recht schlecht weg. Sie scheint ganz unter den Gesichtspunkt der Reaktion gestellt zu werden (vgl. S. 37), was sicherlich weder ihrer Art noch ihrer Bedeutung entspricht.

Die eigentliche Geschichte der hochkirchlichen Bewegung wird unter der Überschrift „Die katholische Wiedergeburt der Anglikanischen Kirche“ behandelt. Die Situation der Englischen Kirche zur Zeit des Aufgangs der Oxfordbewegung wird ganz mit den Augen der hochkirchlichen Führer gesehen. Die Bewegung selbst erscheint geradezu als eine Wiederaufnahme der alten Väter einerseits, der ersten Englischen Kirche andererseits. Die Schilderung der Führer der

Bewegung ist mit großer Einfühlungskraft gegeben. Auch die Entstehung der Tracts und anderer wichtiger Werke der Bewegung ist besser dargestellt, als mir das sonst in irgendeiner deutschen Schrift entgegengetreten ist. Aber auch in dieser Darstellung, insbesondere der Schilderung des späteren Ritualismus, zeigt sich ein größeres Interesse für die äußeren Formen der Religion — Fragen wie das Mischen des Kelches während des Gottesdienstes, östliche Wendung während des Gebets, Stehen während des Konsekrationsgebets auf der westlichen Seite des Altars mit dem Rücken zum Volk, Abwaschen der heiligen Gefäße während des Gottesdienstes in Gegenwart der Gemeinde, Gebrauch der Kerzen, Kreuzzeichen bei der Absolution, gottesdienstliche Kleidung des Geistlichen, liturgische Farben —, als es eigentlich für die Aufnahme im deutschen Kirchenvolk in Betracht kommt.

Der dritte Teil des Buches behandelt Probleme der jüngsten Zeit, die für die ökumenische Bewegung von größtem Interesse sind. Das zweite Kapitel dieses Teils, überschrieben „Die Einigung im Glauben“ (Reunion), das vierte Kapitel, das die Revision des Common Prayer Book behandelt, die Darstellung der Ergebnisse der Lambeth-Konferenz von 1930 im fünften Kapitel werden vielleicht noch zu einer Diskussion in unseren Spalten Anlaß geben. Wir würden selbst schon heute auf diese Ausführungen näher eingehen, wenn wir nicht beobachten müßten, daß die Verfasserin sich bisher kaum die Mühe gemacht hat, die Auffassungen, die von deutscher Seite zu diesen Fragen im Laufe der letzten Jahre ausgesprochen worden sind, ernsthaft zu studieren. Ihre Kenntnis der deutschen Literatur zur ökumenischen Bewegung ist doch außerordentlich einseitig. Auch in rein geschichtlichen Fragen, wie zum Beispiel in bezug auf die anglikanisch-römischen Verhandlungen von Mecheln, sind die vorhandenen Berichte der verschiedenen Seiten nicht benutzt. Aber es handelt sich ja hier allerdings um ein Arbeitsgebiet, das eine Lebensarbeit bedeuten würde. Wir wollen daher nur nochmals unsere Freude aussprechen, daß diese Darstellung des Anglikanizismus erschienen ist, auch wenn sie sowohl in der Quellenbenutzung wie in der Haltung einseitig ist.

F. S.-S.

Völker und Mächte im Fernen Osten. Eindrücke von der Reise mit der Mandschureikommision von Dr. Heinrich Schnee, Gouverneur z. D. Mit Karten und



Abbildungen. Deutsche Buchgemeinschaft G. m. b. H. Berlin, 1933. 365 S. Geb. 4.70 M.

Der frühere Ostafrikagouverneur und Präsident des Arbeitsausschusses Deutscher Verbände hat als deutsches Mitglied der Lyttonkommission die ostasiatischen Probleme studiert und gewisse Ergebnisse der Reise in einem interessanten Reisebericht niedergelegt. Der besondere Vorzug des Berichtes ist, daß er weitgehende Kenntnisse mit einer für den politischen Laien geeigneten Schreibart verbindet. Die Unterschiede zwischen den Zuständen im Fernen Osten und denen in Europa, die der Europäer so leicht übersieht, werden deutlich ins Bewußtsein gehoben. Das deutsche Interesse an Ostasien wird unterstrichen und dadurch dem deutschen Leser die Situation nahegebracht. Nachdem in der ersten Hälfte des Buches mehr die äußeren Aspekte geschildert sind, werden im zweiten Teil die kulturellen Seiten des früheren und jetzigen China und Japan dargestellt.

Die Darstellung der religiösen Verhältnisse in China und Japan zeigt, daß der Verfasser einer der Kolonialpolitiker ist, die eine besondere Begabung besitzen, die Eigenart fremder Völker und Rassen zu erfassen. Mit feinem Verständnis wird sowohl die Art des Konfuzianismus wie auch des chinesischen Buddhismus geschildert, vor allem auch die dem Chinesen in religiösen Dingen eingeborene Toleranz hervorgehoben. In der Darstellung der christlichen Mission werden die katholischen Missionen, die ja in China auch die Priorität hatten, sehr viel ausführlicher geschildert als die protestantischen Missionen, deren außerordentlich interessante Arbeit kaum berührt wird. Es wird von den amerikanischen Missionaren nur gesagt, daß sie auch ihrerseits gute Erfolge in verschiedenen Teilen Chinas erzielt hätten und „gleichfalls in Ausdehnung begriffen“ seien (S. 204). Bei der Schilderung der ersten Mission will es so scheinen, als habe der Verfasser die Nestorianer als eine Art Orden angesehen, der in eine gewisse Parallele zu den Jesuiten gestellt werden könnte. Aber es sei nochmals ausgesprochen, daß die Einbeziehung der religiösen Fragen gerade auch in die Geschichte Chinas außerordentlich dazu beiträgt, das Buch nach der völkerpsychologischen und weltanschaulichen Seite zu ergänzen. Dasselbe gilt für die Darstellung der japanischen Religiosität. Der polynesischen Ursprung der Shinto-Religion wird als wahrscheinlich angenommen, die japanische Ethik zwar als bedeutsam hingestellt, aber in ihrem ungemein wichtigen Grundtypus (Bushido) kaum geschildert. Die wechselnde Stellung

Japans gegenüber dem Christentum tritt in der Geschichtsdarstellung wieder gut hervor. Vor allem wird am Schluß der geschichtlichen Darlegungen sehr wirksam aufgezeigt, daß in Wahrheit der Kontrast zwischen den Ergebnissen der modernen Wissenschaft, die so weitgehend von dem japanischen Volk übernommen worden sind, und den in der Shinto-Religion enthaltenen alten Glaubensanschauungen doch ungeheuer stark sei, woraus sich die abrupten Entladungen japanischer Führung ergeben. Auch in Japan werden die modernen Einflüsse der christlichen Religion, vor allem des Anglikanismus, der eine starke selbständige Kirche in Japan gegründet hat, nicht näher berührt.

Am Schluß wird die Entstehung und Entwicklung des Mandschureikonflikts in Übereinstimmung mit dem Lyttonbericht geschildert.

Da wir im Rahmen dieser Zeitschrift nicht näher auf die behandelten Probleme eingehen können, sei nur nochmals ausgesprochen, daß diese Art Bücher zu schreiben in der Tat die außenpolitische Erziehung des deutschen Volkes oder wenigstens seiner Gebildeten fördert, eine Erziehung, die heute auch der jungen Generation noch so völlig fehlt.

F. S.-S.

Kleine Lutherschriften des Verlages Johannes Herrmann, Zwickau (Sachsen):

Der Kleine Katechismus D. Martin Luthers. 11. Auflage (Taschenformat). 25 Pfg.

Von der Freiheit eines Christenmenschen. 6. Aufl. 30 Pfg.

Luthers 95 Thesen vom Jahre 1517. 7. Aufl. 15 Pfg.

An die Ratsherren aller Städte deutschen Landes, daß sie christliche Schulen aufrichten und halten sollen. 30 Pfg.

Luthers Haustafel für alle Stände (Flugblatt).

Dazu:

An Regierung und Volk. Zeitgemäße Mahnungen von D. Martin Luther. 2. Aufl. 90 Pfg.

Die Lutherrose, Martin Luthers Wappen. Von Gotthilf Herrmann. 50 Pfg.

Luther als Vater seiner Kinder. Von M. Willkomm. 5. Aufl. 15 Pfg.

Die genannten Abdrucke liegen uns vor, viele andere sind von demselben Verlag zu beziehen. In der Sammlung der Lutherworte an Regierung und Volk vermissen wir den Stellennachweis. Die Sache der Lutherschriften sollte auch nicht zu stark mit der des „erwachenden Volkes“ verbunden werden.

F. S.-S.



Rüstzeug für den Bau der Deutschen Evangelischen Kirche. Herausgegeben von Walter Borning. Berlin, Martin Warneck, 1933.

Heft 1: Die zehn Gebote.

Heft 2: Der Glaube.

Heft 3: Das Vaterunser.

Der Berliner Pfarrer W. Borning hat schon in seinem Jesusbuch eine große Begabung gezeigt, Glaubenswahrheiten der evangelischen Kirche auf einfachste Weise den Menschen nahezubringen. Diese drei Erklärungen von Teilen des Kleinen Katechismus D. Martin Luthers werden von uns in gleicher Weise gewertet und herzlich empfohlen.

F. S.-S.

Gebete. Deutsche Christliche Studentenvereinigung (DCSV). Berlin NW 87. 1933. Preis 1 M.

Dies Gebetbuch der deutschen christlichen Studentenschaft ist aus dem Gebrauch entstanden und im Buchhandel nicht erhältlich. Als Freund der christlichen Studentenbewegung kann man es jedoch von der obengenannten Geschäftsstelle beziehen.

Es enthält einige Gebete „um Geist und Gnade, recht zu beten“, danach Gebete der Tageszeiten (Morgen und Abend), Gebete der Kirche, Abendmahlsgebete und Gebete für besondere Anlässe (z. B. Tischgebete). Die Auswahl ist zufällig, aber gut und den Bedürfnissen des evangelischen jungen Menschen unserer Tage angepaßt. Die Gebete für die Una Sancta zeigen wie manche andere das Verständnis des Herausgebers für das innere Leben der Alten Kirche. Die Reformationsgebete lehren im Geist Luthers zu beten. Der Zweck wird erreicht, „daß wir an der großen, frommen Sprache der Väter wieder selbst beten lernen“ (Nachwort, S. 87).

F. S.-S.

John Bellers. Ein Vertreter des frühen Quäkertums. Dargestellt von Dr. Karl Seipp. 1933. Quäkerverlag. Nürnberg. Preis 1.50 M.

Der Quäker John Bellers, auf dessen sozialpolitische Anschauungen schon manche von uns in den letzten Jahrzehnten hingewiesen haben, hat hier eine sympathische Darstellung gefunden. Das College of Industry und das Genossenschaftswesen stehen mit Recht im Mittelpunkt der Darstellung. Ist es nicht möglich, Bellers' Beziehungen zu William Penn genauer zu erforschen?

In dem Literaturverzeichnis A, das auf S. 76 mitgeteilt ist, soll offenbar die erste Zeile die Quelle des folgenden Katalogs angeben. Ebenso ist nicht klar, daß die auf S. 77 letzte Zeile genannte Schrift (An Abstract of George Fox' Adoree etc.) in den Bemerkungen von S. 78 näher beschrieben wird. Die Abbildung 1 zeigt nicht, wie dort gesagt ist, die eigene Unterschrift von Bellers. So fanden wir auch andere Irrtümer, die uns jedoch die Freude an dieser Schilderung der großen Persönlichkeit von John Bellers nicht verringern können. F. S.-S.

Hans Schmidt, Der Kampf des Kommunismus gegen Gott. Verlag des Evang. Vereins für die Pfalz, Kaiserslautern. 10 Stück M. 2.—.

Eine gute für jedermann lesbare Schrift, die die Furchtbarkeit der bolschewistischen Revolution schildert.

F. S.-S.

Josef Treß, Profile. Gedichtzyklus aus dem Fürsorgeerziehungsmilieu. Müller & I. Kiepenheuer G. m. b. H. Verlag, Potsdam. 48. S.

Die sichere Zeichnung der Typen, die in diesem Gedichtzyklus geschildert werden, veranlaßt uns, auf dieses kleine Bändchen aufmerksam zu machen.

F. S.-S.

*Diesem Heft liegt das Inhaltsverzeichnis des abgeschlossenen Jahrgangs bei.*

*Alle Anfragen, Manuskripte, Zusendungen u. dergl. sind zu richten an die Schriftleitung Berlin O 17, Fruchtsstraße 64 II. Sämtliche Originalartikel erscheinen unter eigener Verantwortung der Verfasser. Nachdruck der Originalartikel ist nur mit besonderer Erlaubnis der Schriftleitung gestattet. — Das Recht der Übersetzung bleibt vorbehalten.*

*Vierteljährlich ein Heft. — Im Inland zu beziehen durch alle Postämter und den Buchhandel, im Ausland nur durch Kreuzband vom Verlag direkt. Haltegebühr im Inland jährlich zehn Mark, im Ausland zehn Mark plus Porto nach dem jeweiligen Posttarif. Einzelpreis des Heftes drei Mark. — Postscheckkonto Erfurt 4754. Für Schweizer Bezieher: Postscheck Zürich Nr. VIII 12 267. — Leopold Klotz Verlag, Sonderkonto, Gotha.*



# EINLADUNG ZUR SUBSKRIPTION

Der Neubau der evangelischen Kirche in Deutschland lenkt die Aufmerksamkeit auf die übrigen christlichen Kirchen der Erde. Die neue Deutsche Evangelische Kirche hat ihr Interesse an der ökumenischen Arbeit bekundet. Die Kenntnis des kirchlichen Lebens der verschiedenen Länder und Erdteile wird damit zur praktischen Notwendigkeit und das Fehlen einer erschöpfenden und zuverlässigen Orientierungsmöglichkeit immer fühlbarer.

Nach jahrelangen Vorarbeiten beginnt nun ein Sammelwerk großen Ausmaßes, dem wegen seiner dringenden Notwendigkeit und eminenten Bedeutung die Theologenkommission des Ökumenischen Rates für Praktisches Christentum eine warme Empfehlung mit auf den Weg gibt:

## EKKLESIA

Eine Sammlung von Selbstdarstellungen  
der christlichen Kirche

Eine Kirchenkunde der Gegenwart  
herausgegeben von Siegmund-Schultze

Das Werk wird in etwa 50 Einzelheften von durchschnittlich 8 bis 10 Bogen Umfang erscheinen, die wiederum in 12 Bände zusammengefaßt werden sollen. Diese 12 Bände, von denen jeder sich aus einer Anzahl von Einzeldarstellungen aufbauen wird, sind nach dem Anlageplan des Gesamtwerkes die folgenden:

- |                                   |  |
|-----------------------------------|--|
| 1. Die britischen Länder          | 8. Afrika  |
| 2. Die skandinavischen Länder     | 9. Asien und Australien                                    |
| 3. Die mitteleuropäischen Länder  | 10. Die Orthodoxe Kirche auf dem Balkan und in Vorderasien |
| 4. Die nordosteuropäischen Länder | 11. Die Orthodoxe Kirche in Osteuropa                      |
| 5. Die südosteuropäischen Länder  | 12. Die orientalischen Kirchen                             |
| 6. Die romanischen Länder         |  |
| 7. Amerika                        |  |

Der Subskriptionspreis ist für den Druckbogen von 16 Seiten Großoktavformat auf nur 50 Pfg. festgesetzt. Die erste Lieferung wird in einigen Wochen vorliegen. Nach Abschluß des Gesamtwerkes, der in etwa 4 bis 5 Jahren zu erwarten ist, sowie bei Abnahme einzelner Teile erhöht sich der Bogenpreis auf mindestens 70 Pfg.

Alle, die die hohe Bedeutung dieses Planes erkennen, sind aufgerufen, die Durchführung der großen Aufgabe durch Subskription auf das Gesamtwerk zu unterstützen.

*Es wird gebeten, Vorbestellungen zum Vorzugspreis schon jetzt aufzugeben.*

LEOPOLD KLOTZ



VERLAG / GOTHA



Die notwendige neue Schriftenreihe:

# DER KAMPF UM DIE DEUTSCHE KIRCHE

EINE KIRCHENGESCHICHTE DES JAHRES 1933/34

bargestellt für das evangelische Volk

von

**Dr. Andreas Duhm**

Privatdozent an der Universität Heidelberg

Soeben erschien Heft 1 / Preis eine Mark

Heft 2 und Fortsetzung erscheinen in rascher Folge!

Die Unmöglichkeit, die sich seit dem Frühjahr überstürzenden Ereignisse auf kirchlichem Gebiete zu verfolgen, erfordern dringend eine zusammenhängende, von jeder kirchenpolitischen Richtung unabhängige Darstellung. In wissenschaftlich fundierter, unparteiischer Deutung soll hier für alle Zukunft festgelegt werden, was wir heute erleben dürfen. Diese Schriftenreihe wird deshalb den Charakter eines kirchen- und religionsgeschichtlichen Dokumentes von größter Bedeutung haben.

Die Reihe erscheint in Heften von etwa 30–40 Seiten zum Durchschnittspreis von RM. 1.—, und wird nach Bedarf ausgegeben. — Bei Vorbestellung auf die ganze Reihe — wenigstens 6 Lieferungen — 15% Preisnachlaß.

\*

Ferner erschien soeben:

## FREIES DEUTSCHES CHRISTENTUM

von

**Prof. D. Hermann Schuster**

Herausgeber der „Zeitschrift für evang. Religionsunterricht an höheren Lehranstalten“

Preis zwei Mark

Der Verfasser greift in den Kampf der großen Fronten weniger in polemischer Auseinandersetzung, als in warmherziger, lebendiger Darlegung der eigenen Auffassung einer ausgeprägt deutschen Gestalt frommen Glaubens ein. Ihn leitet keine historische Absicht, eine Geschichte des Christentums zu zeichnen, sondern durchaus das grundsätzliche Bemühen, große Typen aufzuzeigen, aus denen eine innere Einheit bei großer Mannigfaltigkeit hervorleuchtet:

Die Verkörperung des Evangeliums im deutschen Gemüt.

LEOPOLD KLOTZ



VERLAG / GOTH A